



NPD - 'Deutschland-Treffen' [vorläufig] verboten
Massenmobilisierung für 'Rock gegen Rechts'



Arbeiterkampf

Jg. 9 Nr. 154 28.5.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

DGB-Jugend von DKP/SDAJ »unterwandert«?

Ziele und Methoden einer SPD-Kampagne

Seit etwa einem halben Jahr wird in den Gewerkschaften zunehmend heftiger um die Politik der DKP/SDAJ und ihr nahestehender Kreise diskutiert.

Die Auseinandersetzung läuft entlang zweier Hauptstränge: Der Kritik an der Jugendarbeit und dem angeblich dominierenden Einfluß der DKP (hierzu gibt es ein Diskussionspapier aus der Bundesjugendschule des DGB in Oberursel) und der Gewerkschaftsarbeit, wo das dort verwehte Bild der DKP nahen Autoren Doppa, Vollbrecht und Harter „Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, von verschiedenen Seiten angegriffen wird.

Die Initiatoren der Kritik bezeichnen sich als Linke, sie sind durchweg dem linkssozialdemokratischen Lager zuzuordnen. Sie begreifen ihre Kritik als eine Öffnung nach links gegenüber anderen Positionen und fordern einen stärkeren Meinungsaustausch. Sie betonen außerdem ihre kritische Distanz zur bestehenden Gewerkschaftsbewegung. Andererseits besteht eine gewisse

liche Parallelität zwischen diesen Kritiken und Bemühungen der Gewerkschaftsspitze sowie der SPD-Partei-führung, verlorengegangenen Einfluß in der Gewerkschaftsarbeit und besonders unter den Jugendlichen zurückzugewinnen. So sind es exponierte Parteiführer bis in höchste Führungsetagen der SPD, die auf ihre Weise die vorgetragenen Kritiken an den Revisionisten unterstützen.

Gerade von dieser Seite, unterstützt von rechten Gewerkschaftsführern aus der IG Bergbau und der bürgerlichen Presse wird die Kritik zu einer massiven antikomunistischen Hetzkampagne umgepolt, zur Sicherung des sozialdemokratischen Monopols in den Gewerkschaften. Im ersten Teil werden wir uns auf die Auseinandersetzungen in der Gewerkschaftsjugend konzentrieren, im zweiten die Diskussion um das Buch „Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ aufnehmen, und die Position der DKP beleuchten.

Fort. Seite 8

Auf nach Westberlin und Hannover zu den Arbeiterjugendtagen der

Auf nach Westberlin und Hannover zu den Arbeiterjugendtagen der „Falken“ und der DGB-Jugend

Pfingsten finden in Westberlin und Hannover zwei zentrale Veranstaltungen für Arbeiterjugendliche, aber auch andere, statt. In Westberlin veranstalten die „Falken“ einen Arbeiterjugendtag, zu dem sie 10.000 jugendliche erwarten. Geboten ist eine interessante Mischung aus politischer Diskussion und Information und kulturellem Programm. In Hannover mobilisiert die DGB-Jugend unter dem Motto „Stop – Jugendarbeitslosigkeit“, womit sie dieses Problem wieder in die Öffentlichkeit tragen will. Auch hier wird es ein reichhaltiges kulturelles Programm geben.

Arbeiterjugendtag der „Falken“ am 2. und 3.8.

Beginn am 2.6. um 10.30 Uhr mit einer Demo vom Mariannenplatz in Kreuzberg.

+ Sonnabend Nachmittag und Abend kulturelles Programm, Programm für Kinder.

+ Am Sonntag finden verschiedene Podiumsdiskussionen statt:

1. Perspektiven der Gewerkschaften in der Krise
2. Atomenergie – Umweltschutz oder Sicherung der Arbeitsplätze
3. Wie frei sind Frauen und Mädchen in der BRD?
4. Neofaschismus in der Jugend. Wo hat er seine Ursachen, wie ihn bekämpfen?
5. 75 Jahre Arbeiterjugendbewegung – was können wir daraus lernen?
6. Was erwartet die Arbeiterjugend von der SPD?
7. Wem nutzt das Jahr des Kindes?
8. Ist der Sozialismus in Westeuropa zu verwirklichen?

+ Sonntag Abend ein Rockkonzert mit den Gruppen: Cochise, Schmetterlinge, Gruppe Victor Jara, Lake, Franz K., Schwof mi, Made in Germany.

...

Pfingstjugendtreffen der DGB-Jugend vom 2.-4.6. in Hannover

+ Beginn am 2.6. mit einer Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit.

+ 3.6.: Großes Kulturprogramm auf dem Schlitzplatz mit: Hannes Wader, Ilse Scheer, Orpheus & Rosa, Die Zeitgenossen, Liederjahn, Larryn, Rolf Linne-mann, Theater K, Kulturkooperative Ruhr, Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Die Katakombe.

+ 4.6.: Jazz-Frühschoppen (Für Auswärtige kostet das ganze 25 DM, mit An- und Abreise, zweimal Frühstück und zeltmäßiger Übernachtung)

Strauß? Nein danke!

Carstens als neuer Bundespräsident, Strauß als Kanzlerkandidat – damit sind die Weichen für den Bundestagswahlkampf 1980 bereits gestellt.

Wesentlich an Carstens ist nicht seine vergleichsweise eher bescheidene Nazi-Vergangenheit. Was dies angeht, bleibt er an Bedeutung weit hinter dem früheren Bundeskanzler Kiesinger zurück, der einen zentralen Posten in der NS-Auslandspropaganda hatte. Es werden ihm auch keine Verbrechen vorgeworfen wie dem früheren Bundespräsidenten Lübke, der von den DDR-Medien als „KZ-Baumeister“ bezeichnet wurde.

Wesentlich an der Wahl von Carstens zum Bundespräsidenten ist das damit gesetzte Zeichen für einen politischen Wechsel in Bonn. Die Wahl von Carstens könnte einer CDU/CSU-Regierung so vorangehen wie 1969 die Wahl des Bundespräsidenten Heinemann der Bildung der SPD/FDP-Regierung vorausging.

Fortsetzung S. 2

Bundespräsidenten Heinemann der Bildung der SPD/FDP-Regierung vorausging.

Fortsetzung S. 2



Iran heute – wie Deutschland kurz vor 1933?!

Die Situation im Iran erinnert an die Entwicklung in Deutschland vor 1933 – diesen Vergleich zog der ehemalige Mitarbeiter Mossadeghs, der 70jährige Ali Shayegehan, der erst kürzlich aus dem Exil in den Iran zurückgekehrt war. Shayegehan war vor dem Sturz des Schah-Regimes bei der bürgerlichen Opposition für den Staatspräsidentenposten im Gespräch gewesen („FR“, 21.5.79).

Gerade aus dem Iran zurückgekehrte iranische Genossen berichten, daß in vielen Städten inzwischen eine klerikal-faschistische Atmosphäre herrsche, besonders in der nach Teheran größten Industriestadt Isfahan, in Meshed und Qom. Ausgenommen seien Teheran, Abadan und die Gebiete Irans, in denen die ethnischen Minderheiten (Kurden, Aserbeidschaner, Türkmene, Belutschen und Araber) leben.

Ayatollah Khomeiny, der „Führer

der iranischen Revolution“, hat in einer Rundfunkrede am 24.5. seine Anhänger zum Kampf gegen alle, die eine weltliche Demokratie wollen, aufgerufen. Sinngemäß sagte Khomeiny, daß der Schah noch der Form halber gebetet hätte, die für eine weltliche Demokratie eintreten würden, täten nicht einmal das (nach Berichten iranischer Genossen). Die „Süddeutsche Zeitung“ (25.5.) zitiert aus dieser Rede: „Der Umstand, daß sie gegen den Schah waren, macht sie nicht automatisch zu unseren Verbündeten. Jeder, der für ein politisches System ohne Gott und Koran eintritt, ist unser Feind.“

Mit dieser Rede hat Khomeiny den Kampf gegen die „Ungläubigen“ – und das sind ja vor allem die Linken, die „Marxisten“ und Kommunisten – an erste Stelle vor den Kampf gegen das Schah-Regime gesetzt, dessen Strukturen noch weitgehend er-

halten geblieben sind. Bei der Regierungsbildung nach dem bewaffneten Aufstand waren die linken und revolutionären Gruppen ebenso wie die während des Kampfes gegen das Schah-Regime geschaffenen Arbeiter-räte noch einfach ignoriert worden. Die Erklärung all jener zum Feind, die für eine „weltliche Demokratie“, und d.h. die in der jetzigen politischen Situation im Iran für bürgerliche Freiheiten gegen den in der „Islamischen Republik“ von den reaktionären religiösen Kräften verordneten Despotismus eintreten, bedeutet eine unversöhnliche Kampfansage.

Zu den Aufgaben der Linken sagte B. Nizumand uns im Dezember '78 in einem Interview: „Heute muß die Linke versuchen, möglichst viel an bürgerlich-demokratischen Rechten

Fort. Seite 48

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abnehmers, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abnehmer mit dem Grund der Nicht-aushändigung zurückzusenden.



(aus der niederländischen (sozialdemokr.) Tagesztg. „de Volkskrant“, 10.2.79)

NPD - „Deutschland-Treffen [vorläufig] verboten Massenmobilisierung für „Rock gegen Rechts“



Am 15.5. erklärte das Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt, daß Oberbürgermeister Wallmann eine Verbotserklärung gegen das „Deutschland-Treffen“ der NPD sowie alle Ersatzveranstaltungen dieser Partei erlassen habe. Die NPD hatte ihre alljährliche Kundgebung zum sogenannten „Tag der Deutschen Einheit“ diesmal für den Abend des 16.6. auf dem Frankfurter Römerberg angemeldet. Das Verbot stützt sich wie im letzten Jahr darauf, daß zu diesem Anlaß „Gewalttätigkeiten“ zu erwarten seien. „Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ gingen zum einen von antifaschistischen Gegendemonstrationen aus, zum anderen aber auch von der NPD selbst, was mit Übergriffen von NPD-Mitgliedern und Ordnern beim Abmarsch der Nazis beim letzten 17. Juni begründet wird. In der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt wird dieser letzte Aspekt viel stärker als früher in den Vordergrund gerückt. Zudem hat Wallmann seine Verfügung mit einigen antifaschistischen Vokabeln garniert. — Man gibt sich „empört“.

Diese schärferen Akzente gegen die NPD haben einige Überraschung hervorgerufen. Deshalb muß darauf hingewiesen werden, daß Wallmann andererseits von einem der NPD „an sich grundsätzlich zustehenden Versammlungsrecht“ spricht. Die Frage des faschistischen Charakters der NPD und die Anwendung des §139 GG (Verbot faschistischer Bestrebungen gemäß den alliierten Kontrollratsbestimmungen) wird daher von vornherein ausgeklammert. Zieht man die Entscheidung des Verwaltungsgerichts vom Vorjahr heran (mit der das Verbot der Stadt aufgehoben worden war), so wird deutlich: Vor Gericht wird es ausschließlich darum gehen, ob die NPD gewährleisten kann, daß von ihren Demonstrationsteilnehmern keine Gewalt ausgeht. Dabei wird der NPD als erschwerend vorgeworfen werden, daß ihr dies vor einem Jahr trotz entsprechender „Mahnungen“ und Auflagen des Gerichts nicht gelungen sei, daß also „Störungen“

durch NPD-Demonstranten nicht als „Einzelfall“ betrachtet werden könnten.

In diesem engen Rahmen liegt es natürlich jederzeit drin, daß das Verwaltungsgericht das NPD-Treffen unter Bedingungen genehmigt, die Auseinandersetzungen mit antifaschistischen Gegendemonstranten vollkommen ausschließen sollen; z.B. Kundgebung ohne Demonstration auf einem Platz am Rand des Stadtgebiets und unter massiver Abriegelung des Geländes durch die Polizei.

Dies weiß die in Frankfurt regierende CDU natürlich genau, und vielleicht plant sie es auch gerade so. Denn in Wirklichkeit gibt es natürlich keine Widersprüche zwischen Stadtverwaltung und Verwaltungsgericht. In den letzten Jahren war es vielmehr immer darum gegangen, daß Richter und Politiker als ehrenwerte Antifaschisten dastehen wollten, die leider nur ihre Pflicht tun, wenn sie das „Deutschland-Treffen“ genehmigen, während das Stattfinden des Nazi-Aufmarsches in Wirklichkeit von Anfang an ausgemachte Sache war. Um so erfreulicher ist es, daß der DGB-Frankfurt relativ weitgehende Forderungen aufgestellt hat. Er fordert sowohl die „Verhinderung jeglicher Nazi-Propaganda“ wie auch die „Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten“ gegen den Neofaschismus und weist dabei ausdrücklich auf den §139 GG hin. Ebenso fordert der DGB-Frankfurt die Auflösung sowohl der militanten rechtsradikalen Banden (genannt werden Schönborns „Kampfbund Deutscher Soldaten“ und die „Wehrsportgruppe Hoffmann“) als auch der NPD und des HIAG, das ist beachtlich.

Daß es mit Wallmanns „Antifaschismus“ nicht weit her ist, zeigt sich auch daran, daß immer noch keine Genehmigung für die gegen die NPD angemeldeten Veranstaltungen am 16. und 17. Juni ergangen ist. So hat als erste Gruppierung und stellvertretend für ein der DKP nahestehendes Bündnis die DFG/VK eine Veranstaltung auf dem Römerberg angemeldet. Per-

ner will das Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts“ (siehe AK 153) am 16.6. nach einem Sternmarsch in die Innenstadt ein antifaschistisches Kulturprogramm auf dem Römer durchführen, und der DGB plant dort ebenfalls eine Kundgebung. Zwischen RGR und dem DGB-Frankfurt gibt es Absprachen (die allerdings vom DGB-Kreisvorstand noch nicht endgültig abgesegnet sind), den Römerberg nacheinander zu nutzen, ohne sich gegenseitig Konkurrenz zu machen. Demnach würde RGR am frühen Nachmittag des 16.6. mit Liedermachern auf dem Römer beginnen, dann die DGB-Kundgebung unterstützen und anschließend auf ein Parkgelände ziehen, um gegen 21 Uhr mit dem eigentlichen Rock-Konzert als Open-Air-Festival zu beginnen. Die DFG/VK dagegen, die selbst gar keine konkreten Vorbereitungen zur Durchführung einer eigenen Veranstaltung trifft, sondern nur immer wieder erklärt, die DGB-Kundgebung unterstützen zu wollen, ist nicht bereit, ihre Anmeldung zurückzuziehen oder sich dieser Koordinierung anzuschließen. Dies wird vom Ordnungsamt als Vorwand für die Hinauszögerung einer Entscheidung über die antifaschistischen Kundgebungsanmeldungen genommen. Man wolle erst eine Einigung zwischen „Rock gegen Rechts“, dem DGB und der DFG/VK abwarten, heißt es dort. Ob dies nun der wahre Grund für die Verzögerung des Genehmigungsverfahrens ist oder nicht: Tatsache ist, daß die DKP (die natürlich das Handeln der DFG/VK bestimmt) mit ihrer Ablehnung einer Zusammenarbeit unter Antifaschisten so weit geht, daß sie nicht nur „Rock gegen Rechts“, sondern auch den DGB in große Schwierigkeiten bringt.

Das Mindeste, womit man rechnen muß, ist, daß die CDU versuchen wird, den Antifaschisten alle möglichen Knippen zwischen die Beine zu werfen — sei es, daß man versucht, die verschiedenen Veranstaltungen voneinander zu trennen, oder daß man einen Teil davon verbietet oder ähnliches. Dabei kommt ihr die Spalterei der DKP gut zupass. Andererseits ist das Bündnis „Rock gegen Rechts“ sehr stark, wie auch das Engagement des DGB in der Öffentlichkeit nicht ohne Wirkung geblieben ist. Dies muß genutzt werden, um einen massiven öffentlichen Druck auf die Frankfurter Stadtverwaltung auszuüben.

Das Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts“ hat beschlossen, ab sofort eine bundesweite Pressekampagne für

die uneingeschränkte Genehmigung der antifaschistischen Kundgebungen und des Rockfestivals zu starten. Alle Freunde und Unterstützer werden gebeten, diese Kampagne nach Kräften zu unterstützen.

Unterstützung für „Rock gegen Rechts“ wird immer größer

Selten ist es so einfach gewesen, ein antifaschistisches Bündnis aufzubauen wie bei dieser Initiative, gegen das „Deutschland-Treffen“ der NPD ein „Rock gegen Rechts“-Festival durchzuführen. RGR ist zwar eine in England geborene Idee (rock against racism), aber sie scheint wie geschaffen auch für die BRD. Die Liste der Unterstützer (siehe AK 153) hat sich in den letzten Wochen noch einmal verdoppelt bis verdreifacht. Mittlerweile rufen ca. 70 Musikgruppen bzw. Liedermacher nach Frankfurt auf, wovon gut die Hälfte auch bereit wäre, aufzutreten. Das zeigt, daß RGR eine wirkliche Musikerbewegung zu werden beginnt. Ebenso sind zahlreiche Bürgerinitiativen, antifaschistische Arbeitskreise, Jugendverbände, Frauengruppen, alternative Listen, die Gesellschaft für bedrohte Völker, in Gedanken an 500.000 in der Nazizeit vernichtete Zigeuner, die Nationale Arbeitsgemeinschaft Repression gegen Schwule (NAR), ein SPD-Ortsverein (Marburg-Süd), Robert Jungk, Ingeborg Drewitz, Klaus Traube, usw. u.s.f. als Unterstützer hinzugekommen. Natürlich sind in diesem Bündnis zahlreiche Fragen noch ungeklärt, da viele Gruppen unterschiedliche Vorstellungen mitbringen und ihr aktives antifaschistisches Engagement z.T. erst in letzter Zeit begonnen hat. Solche Fragen sind z.B.: Wie sind die Gefahren, die von den Neofaschisten ausgehen, einzuschätzen? Soll man ein Verbot faschistischer Organisationen fordern? Welche Aktionsformen müssen angewandt werden? Welches Verständnis haben wir von (politischer) Musik? Wie soll sich das Verhältnis von Musikern und politischen Gruppen in dieser Kampagne gestalten? Aber im Unterschied zu früher besteht ein großes Bedürfnis zu konstruktiver Zusammenarbeit und Diskussion.

Demgegenüber wirkt es fast makaber, wie DKP, VVN und DFG/VK statt an ihrer Unvereinbarkeitspolitik festhalten. Krampfhaft suchen diese Leute nach Argumenten, um ihre Spalterei zu rechtfertigen. Die Unterstützerliste von RGR sei gefälscht, sie selbst seien nicht frühzeitig genug eingeladen worden, RGR plane

Rock gegen rechts muß finanziert werden. Deshalb verkaufen wir als Finanzierungsbeitrag einen Button (RGR-Emblem in rot/gelb) für DM 5,-. Ihr helft uns sehr, wenn ihr die Plaketten schnell bestellt, schnell (mit)verkauft und schnell das Geld auf unser Konto überweist. Gebt bei euren Bestellungen unbedingt eure Adresse und Telefonnummer an.

Vertrieb:
ROCK GEGEN RECHTS
Kleine Hochstraße 5
6000 Frankfurt
Tel.: 0611 / 28 52 81

„Gewalttätigkeiten“ (!!) usw. Kaum zu glauben, aber wahr: Während die DKPler alles versuchen, um RGR beim DGB anzuschwärzen, legt sich auf der letzten Sitzung des DKP-Bündnisses der Vertreter des DGB-Frankfurt dafür ins Zeug, daß dieses Bündnis sich bei „Rock gegen Rechts“ beteiligt. Vergeblich. Zur Verteidigung ihrer These 41 geht die DKP anscheinend bis zur „Gewerkschaftsfeindlichkeit“...

Umgekehrt hat das Aktionsbündnis RGR beschlossen, die Unterschriftensammlung der VVN gegen das NPD-Treffen zu unterzeichnen, um noch einmal demonstrativ den Willen zur Einheit zu bekräftigen. Mal sehen, ob es die VVN über sich bringt, dies überhaupt bekanntzugeben.

Man könnte das Verhalten der DKP völlig vergessen (der Erfolg von „Rock gegen Rechts“ wird dadurch ohnehin nicht geschmälert), wenn sie nicht mit dieser Politik den rechten Kreisen im DGB (die ja schließlich nicht vom Erdboden verschwunden sind) die Möglichkeit geben würde, mit Hinweis auf die Spaltung der Linken jede Zusammenarbeit — sowohl mit „Rock gegen Rechts“ als auch mit der VVN/DKP — auszu-schlagen. Daß dieser Kurs mit der totalen Isolierung der DKP verbunden ist, stört diese Partei anscheinend wenig: Hat sie sich vielleicht schon damit abgefunden?

AUCH WIR AUSLÄNDER AM 16./17. JUNI: AUF NACH FRANKFURT I

Das diesjährige „Nationale Deutschlandtreffen“ der westdeutschen Neonazis am 16./17. Juni in Frankfurt soll durch ein großes antifaschistisches Rockfestival verhindert werden. Zu diesem Festival wird überall in der Bundesrepublik mobilisiert. Eine solche Aktion können wir als Ausländer in der Bundesrepublik nur begrüßen. Unser Protest richtet sich einerseits gegen die offene Hetze gegen Ausländer in der BRD seitens der NPD, die den „Rauschmiß“ aller Ausländer aus der BRD fordert. Unser Protest richtet sich dagegen, daß die NPD als neofaschistische Partei legal operieren kann und damit gleichzeitig als Rekrutierungsfeld für militante faschistische Banden dient.

AUCH WIR AUSLÄNDER AM 16./17. JUNI: AUF NACH FRANKFURT I

Das diesjährige „Nationale Deutschlandtreffen“ der westdeutschen Neonazis am 16./17. Juni in Frankfurt soll durch ein großes antifaschistisches Rockfestival verhindert werden. Zu diesem Festival wird überall in der Bundesrepublik mobilisiert. Eine solche Aktion können wir als Ausländer in der Bundesrepublik nur begrüßen. Unser Protest richtet sich einerseits gegen die offene Hetze gegen Ausländer in der BRD seitens der NPD, die den „Rauschmiß“ aller Ausländer aus der BRD fordert. Unser Protest richtet sich dagegen, daß die NPD als neofaschistische Partei legal operieren kann und damit gleichzeitig als Rekrutierungsfeld für militante faschistische Banden dient.

Darüberhinaus haben wir Ausländer mit der Freizügigkeit für Faschisten in der Bundesrepublik unsere eigenen, bitteren Erfahrungen machen müssen. Dabei haben sich insbesondere die faschistische MHP („Nationale Bewegungspartei“) und ihre „Grauen Wölfe“ hervorgetan. MHP-Führer Türke hat die in der BRD agierenden türkischen Faschisten dazu aufgefordert, ein Bündnis mit der NPD einzugehen und sich ihre Organisationsstrukturen anzueignen. MHP und „Graue Wölfe“ begehen unbehelligt von Behörden und Justiz Mordüberfälle, die dann lapidar als „Auseinandersetzung unter Türken“ abgetan werden. Morddrohungen, Überfälle auf fortschrittliche ausländische Arbeitervereine sind mittlerweile zum Alltag geworden, ohne daß staatliche Behörden einschreiten. Dabei haben die in der BRD agierenden türkischen Faschisten allein jedoch eine organisatorische Stärke, die die westdeutschen Neonazis vor Neid erblinden lassen.

Die MHP-Führer selber geben fast 50 000 Mitglieder an.

Als weiteres Feld für ihre Propaganda benutzen diese Faschisten zunehmend den Deckmantel der religiösen Erziehung, die Islam und Korankurse, die jährlich von vielen 100 000 Menschen besucht werden.

Angesichts dieser Tatsachen sollten wir auch in Frankfurt zusammen mit den westdeutschen Antifaschisten ein „deutliches Zeichen“ setzen, wie die Veranstalter in ihrem Aufruf schreiben. Der Kampf gegen die Faschisten muß international geführt werden.

Unsere aktive Teilnahme am 16./17. Juni in Frankfurt soll dazu beitragen, das Schweigen über den Terror ausländischer Faschisten in der BRD zu durchbrechen und den gemeinsamen Kampf aller Antifaschisten in der BRD zu verstärken.

Erstunterzeichner:
Türkische Volkseinheit in Hamburg e.V.
Jürgen Roth (Schriftsteller), Frankfurt
Kulturzentrum der Türkei, Darmstadt
Bernd Hoffmann (Mitarbeiter der amnesty international
Koordinierungsgruppe Türkei)
Komitee gegen die „Grauen Wölfe“, Darmstadt
Devrimci Yol

Bürgerinitiative ausländischer Arbeitnehmer e.V., Rudolfstr. (Hamburg)
Verein der fortschrittlichen Arbeiter aus der Türkei e.V. in Hamburg
Verein der Arbeiterjugend e.V. in West-Berlin

Darüber hinaus haben bisher nach kurzer Anlaufzeit schon zahlreiche weitere ausländische Organisationen, Vereine und Einzelpersonen den Vorschlag für diesen Aufruf sehr positiv aufgenommen und diskutieren eine Unterstützung.

Kontaktadresse:
Edwin Herrmann Bürozeit: täglich von 17-19 Uhr
Am Eichbaumack 52 Telefon: 06151/21 785
61 Darmstadt

Falken treten „Rock gegen Rechts“ bei

Die SJD — Die Falken haben auf ihrer 17. Bundeskonferenz (24. - 27.5.) „den erneuten Versuch der neofaschistischen NPD, ihr Deutschlandtreffen in Frankfurt durchzuführen“ verurteilt und „alle Gliederungen des Verbandes (aufgefordert), dieses Treffen zu verhindern.“ Gleichzeitig beschloß die Bundeskonferenz, der Initiative „Rock gegen Rechts“ beizutreten.

„KPD“: Rechter geht's nimmer



Nachdem „Rock gegen Rechts“ kaum mehr zu übersehen ist, erwecken die Sitzungen des Aktionsbündnisses zunehmend auch das Interesse der Sektenzene: Trotzistische Gruppen erscheinen, um je nachdem ihre Unterstützung oder „entschiedene Ablehnung“ zu erklären und auch die „KPD“ teilte dem Bündnis großzügig mit, daß der „breite Zusammenschluß“ sehr „erfreulich“ sei. Dann allerdings kommt's dick (und dankenswerterweise hat die „KPD“ ihre Position in einem Schreiben an das Aktionsbündnis RGR schwarz auf weiß festgehalten).

In der BRD würden sich aufgrund der sozialen und politischen Situation „immer mehr Menschen, vor allem Jugendliche, von diesem Staat abwenden“ — „Wer aber trägt die Verantwortung dafür“, fragt die „KPD“, „daß Nutznießer dieses Entfremdungsprozesses zunehmend auch neofaschistische Kräfte sind?“ Man ahnt schon, wie die Antwort lautet wird. In der Tat: Verantwortlich sei das „reaktionäre Schreckgespenst“ des „realen Sozialismus“ in der DDR. Und nochmal zur Verdeutlichung: „Wer will bestreiten, daß mehr als jede McCarthy-Ära, mehr als jede Adenauer-Reaktion, mehr als jede Terroristen-Hysterie, die drakonische Verfolgung der demokratischen und sozialistischen Opposition in der DDR einen fortschrittlichen Ausweg aus den hiesigen Verhältnissen als undenkbar erscheinen läßt“. Eine dextere perverse Begründung des Neofaschismus in

der BRD ist bisher noch nicht einmal den etablierten Parteien eingefallen.

Unter diesen Bedingungen hat auch der KB gegen eine Beteiligung der „KPD“ an der „Rock gegen Rechts“-Kampagne votiert. Es half der „KPD“ nicht, daß sie auf der folgenden Sitzung einen Rückzieher machte, indem ihre Vertreter beteuerten, sie wollten diese Meinung nicht dem Bündnis „aufzwingen“ und einige Passagen ihres Briefes seien auch „mißverständlich“ bzw. „unglücklich“. Die Juso drohten mit ihrem Austritt, falls die „KPD“ akzeptiert werde, und der ASIA meinte, der Zug sei nun abgefahren, das Bündnis habe seine Struktur und man könne nicht alle Grundsatzdiskussionen neu beginnen. Die SB-Vertreter schlossen sich dieser Argumentation an, betonten aber auch, daß eine Teilnahme der „KPD“ bei solchen Positionen ihnen zumindest erhebliche Magenschmerzen bereiten würde. Die KB-Genossen erklärten, daß man über eine Beteiligung der „KPD“ erst dann reden könne, wenn die oben zitierten Passagen voll zurückgenommen würden, da die darin enthaltene Zielsetzung der „KPD“ den Intentionen von „Rock gegen Rechts“ klar widerspreche. Natürlich wird die „KPD“ jetzt scheinheilig Empörung über eine angebliche „Unvereinbarkeitspolitik“ von RGR mimen, nur setzt die Aktionseinheit im antifaschistischen Kampf voraus, daß man sich wenigstens über den Hauptfeind einigt ist. Dieser ist bei RGR der Faschismus und nicht die DDR, wie es die „KPD“ gerne hätte.

Türkische Faschisten gegen WDR

Hintergründe einer Massenmobilisierung

Am 20.5.79 demonstrierten ca. 8.000 türkische Faschisten aus der ganzen BRD gegen die „kommunistische Berichterstattung“ der türkischen Redaktion des Westdeutschen Rundfunks und „gegen die Folter der Ecevit-Regierung“. Aufgerufen hatte die in der Bundesrepublik legal operierende faschistische Tarnorganisation der MHP, die „Türk-Federasyon“ (Föderation der Türkischen-Demokratischen Idealistenvereine in Europa). Für die Öffentlichkeit war dieser faschistische Propagandamarsch aufgemacht, als handle es sich bei der Föderation um eine demokratische Vereinigung friedfertiger türkischer Bürger. So wurde nicht nur auf saubere Kleidung und Krawatte Wert gelegt, auch in einem Aufrufungsblatt wurde die Friedfertigkeit rausgeholt. So sei man „nicht gegen den WDR“, auch „wolle man keine Zensur und wir bestreiten den türkischen Mitarbeitern des WDR nicht das Recht auf eine freie, offene Meinungsäußerung“, aber man solle der „deutschen Öffentlichkeit“ doch „klar zu erkennen geben, daß sie überwiegend unter kommunistischer Flagge regeln“. Auch „sollen die sogenannten türkischen Sendungen des WDR wieder objektiv, noch helfen sie, tatsächliche Probleme der Türken in ihrem Gastland zu lösen“.

Die Mobilisierung zu dieser Demonstration verlief auf geheimen Kanälen. Aus einem internen Schreiben der rechtsextremen Türk-Federasyon, das wir nebenstehend abdrucken, geht der detaillierte Aufmarschplan hervor. Das interne Schreiben erinnert eher an die Anweisung einer militärischen Führung an ihre Soldaten als an die Mobilisierung zu einer Massendemonstration.

Die „Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD“ (FIDEF) schrieb in einem Flugblatt über diese interne Anweisung der türkischen Faschisten: „Die Art und Weise des Schreibens zeugt von weiteren vom paramilitärischen Charakter der Organisation. Strenge Anweisungen bezüglich der Kleidung, Logos, Bildung von kleinen schlagkräftigen Gruppen unter Hauptverantwortlichen und nicht zuletzt die Tatsache, daß die Vorsitzenden für ihre Gruppen (besser Truppen) haften, beweisen dies“.

Daß es den türkischen Faschisten möglich war, auf diesen Verbindungswegen nicht nur ein paar hundert stramme Rechtsradikale auf die Beine zu bringen, sondern 8.000 bis 10.000 Türken, zeigt, wie durchorganisiert, wie engmaschig das Netz ist, das diese Terrororganisation über ihre türkischen Landsleute gebreitet hat.

Gegendemonstration der Jusos verboten

Gegendemonstration der Jusos verboten

Die Jungsozialisten hatten zu einer Gegendemonstration zur gleichen Zeit und am gleichen Ort wie die türkischen Faschisten aufgerufen. Wegen „unmittelbarer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ verbot der Kölner Polizeipräsident beide Demonstrationen. Da kam das Kölner Verwaltungsgericht den Faschisten zu Hilfe: Es verbot die Juso-Demonstration und gab grünes Licht für die Anti-WDR-Demonstration der türkischen Faschisten, weil diese angeblich ruhig verlaufen werde, „wenn man sie gewähren ließe“.

Obwohl die Jusos mit 5.000 Gegendemonstranten rechneten („Kölner Stadtanzeiger“, 19./20.5.), gaben sie nach dem skandalösen Verbot ihrer Demonstration durch das Verwaltungsgericht eine Erklärung ab, daß sie sich an das Verbot halten werden. Eine Demonstration an einem anderen Ort lehnten sie ab. „Vorsichtshalber“ wurde die Faschisten-Demonstration von 1.100 Bullen „geschützt“.

Auf einer von den Jusos am Tag vor der Faschistendemonstration organisierten Veranstaltung in Köln mit Wolf Biermann, Konstantin Wecker und Angie Domsday (Schneewittchen), zu der ca. 8.000 Menschen erschienen waren, wurden die Jusos von einem Veranstaltungsteilnehmer aufgefordert, zu dem Verbot ihrer Gegendemonstration zu sprechen, wozu sie jedoch nicht bereit waren.

Breit gefächerte Kampagne gegen den WDR

Auf einem Treffen der Islamischen Kulturzentren an Ostern in Frankfurt waren bereits ähnliche Angriffe wie bei der Kölner Demonstration gegen die Türkei-Berichterstattung des WDR erhoben worden. Die Sendungen seien „gegen die Religion“ („Frankfurter Rundschau“ - FR -, 18.4.79).

Bei der Kampagne gegen den WDR geht es unübersehbar um eine von der MHP koordinierte Aktion, die in allen Unterorganisationen durchgezogen wird. Die türkischen Besucher zu religiösem Fanatismus aufreizenden Islamischen Kulturzentren sind Agitationszentren der MHP. Dies gibt auch der Verfassungsschutz in seinem jüngsten Bericht zu: „Mitglieder und Anhänger der MHP in der Bundesrepublik sind seit dem Sommer 1977 in türkischen „Idealistenvereinigungen“ und „Islamischen Kulturzentren“ tätig“ („FR“, 18.4.79). Der türkischen „Süleymanier-Bewegung“ des Kölner Kulturzentrums gehören 133 Gemeinden in der BRD und Westberlin an - 60% aller religiösen Gemeinden des Islam überhaupt (neben u.a. arabischen oder persischen Moslems). „Das Islamische Kulturzentrum Köln ist damit nach eigener Darstellung „der mit Abstand größte islamische Spitzenverband“, die größte Organisation von Ausländern auf deutschem Boden überhaupt. 150 Moscheen werden nach Informationen der Organisation „Christlich-Islamische Begegnung“ unterhalten; die Besucherzahl in jenen Zentren beläuft sich pro Jahr auf nahezu eine Million“ („FR“, 18.4.79).

Drahtzieher Türke

Es gibt hieb- und stichfeste, öffentlich zugängliche und den westdeutschen Behörden bekannte Beweise, daß die Türkischen Idealistenvereine, Organisatoren der Anti-WDR-Demonstration, auf Anweisung des türkischen Faschistenführers und Vorsitzenden der MHP, Alparslan Türkeş, arbeiten. Dies ist deshalb von besonderem Interesse, da die MHP in der BRD offiziell nicht mehr existiert.

Türkeş richtete sich mit einer ausführlichen strategischen Anweisung an den „Vorstand des Exekutivkomitees der Partei der Nationalistischen Bewegung in Deutschland“. Dieses Schreiben ist datiert vom 28.7.1977.

Am 28.7.1976 jedoch waren die MHP-Vereine (laut Auskunft des Kemptener Amtes für Öffentliche Ordnung) angeblich aufgelöst worden. Das türkische Verfassungsgericht hatte aufgrund zahlreicher Beschwerden aus der BRD über den Terror der MHP/„Graue Wölfe“ gegen fortschrittliche Landsleute die Auslands-tätigkeit der MHP verboten.

In diesem Schreiben also aus der Zentrale in Ankara an das sehr wohl existierende Exekutivkomitee der MHP in der BRD befiehlt Türkeş:

„Die Organisation unserer Partei muß auf breiter Basis vonstatten gehen. Mit Hilfe der gegründeten Sondermannschaften müssen in den Gemeinschaftswohnungen, Arbeitsplätzen, Quartieren und Clubs noch mehr Bücher, Broschüren und Drucksachen verbreitet werden, die MHP-Ideologie propagieren. Grundelemente unserer Propaganda sind die Argumentation und die Wiederholung. Indem man sich auf die bisher erzielten Erfahrungen und gemachten Bemühungen stützt, sind mit den Seitenorganisationen (!) der Partei im Ausland wie den Baskurt Ataturk („Grauer Wolf Ataturk“), Türkische Vereine, dem Nationalistischen Türkischen Arbeiterverein und den Idealistenvereinen engere Kontakte zu knüpfen und diese rationeller auszunutzen.“

Und „um nicht die Aufmerksamkeit der örtlichen Behörden auf sich zu lenken, ist es notwendig, die Parteitätigkeiten so zu betreiben, als hätte man das Vereinsrecht vor Augen“.

Die Taktik des Faschistenführers ist deutlich: auf der einen Seite baut man unter Anleitung der MHP-Kader legale Massenorganisationen auf, um es den westdeutschen Behörden zu erleichtern, das faschistische Treiben zu übersehen, auf der anderen Seite hat man einen funktionierenden Kader- und Terrorapparat, der getarnt arbeitet und dessen Existenz stets „entriestet“ geleugnet wird.

Daß es bei den MHP-Aktivitäten in der BRD nicht um ein paar mehr oder weniger isolierte Überfälle, Bedrohungen, etc. geht, sondern um einen auf Massenbasis organisierten, jederzeit einsatzbereiten faschistischen Terrorapparat, der eine Bedrohung nicht nur für unsere türkischen Kollegen, sondern auch für alle westdeutschen Antifaschisten darstellt, sollen einige Zahlenangaben verdeutlichen: Laut der türkischen Zeitung „Hürriyet“ vom 11.2.1976 gab ein Dr. Tanrikulu, der im Namen des Europaratsvorsitzenden der MHP, Enver Altaylı, sprach, an: „Im Jahre 1975 gab man die Zahl der MHP-Mitglieder mit 2000 an. Dies entspricht nicht der Wahrheit. Denn wir hatten bereits im Jahre 1973 37.000 - und 1976 stieg die Zahl der Mitglieder auf 48.000. Wenn wir die 50.000-Grenze erreicht haben, werden wir dies dem Vorsitzenden des DGB unverzüglich mitteilen (!)“.

Die Mitgliederzahl der türkischen MHP übersteigt also bei weitem die der westdeutschen Neonazis; die Zusammenarbeit zwischen NPD und anderen westdeutschen Nazi-Banden und den türkischen Faschisten ist seit geraumer Zeit sehr eng und weit entwickelt (s. nebenstehenden Bild-Kasten).

Ausländerkommission



Mit Leidensmiene und aneinandergefaßelt versuchen hier Teilnehmer der türkischen Faschistendemonstration Eindruck bei der westdeutschen Bevölkerung zu schinden. Sie trauern um ihre Terrorhelden, die in der Türkei (einige zu wenige) hinter Schloß und Riegel sitzen oder bei (von ihnen angezettelten) Schießereien ums Leben kamen.



Faschistische Biedermänner mit Schlips und Kragen



In Bild oben westdeutsche Nazis, die bei der Demonstration der türkischen Faschisten gegen den WDR gesichtet wurden. Wer kennt sie?

Die Verbindungen zwischen MHP und der westdeutschen Nazi-Szene sind seit langem eng und „freundschaftlich“. MHP-Führer Türkeş schrieb 1977 in einer internen Anweisung an die MHP-Zentrale in der BRD: „um die vorgesehenen Ziele zu erreichen, sind unbedingt die Aktions-einheit unserer Partei und der NPD sowie deren Erfahrungen

und Arbeitsmethoden auszunutzen“.

Aus anderen Quellen geht hervor, daß die MHP ebenfalls enge Kontakte mit der in Hamburg agierenden Hansabande (ANS) des Michael Köhnepflegt (Altonaer Echo Nr. 3/1978) sowie mit der Wehrsportgruppe Hoffmann, der seine „Anleitung zur Gründung und Ausbildung von Zellen“ ins Türkische übersetzen lassen wollte, um sie den „Grauen Wölfen“ zur Verfügung zu stellen.

BRUNNEN
TÜRK-FEDERATION
(Föderation der Türkischen-Demokratischen Idealistenvereine in Europa)
Ansprache (1) 2. Februar 1979
Ansprache (2) 3. Februar 1979

Meine verehrten Herr Vorstandsmitglieder,
am Sonntag, den 20. Mai 1979, wird in Köln eine Gegendemonstration der Jusos stattfinden. Diese Demonstration wird von der Jusos-Führung in Köln organisiert. Diese Demonstration ist ein Teil der Jusos-Kampagne gegen die türkische Berichterstattung des WDR. Diese Demonstration ist ein Teil der Jusos-Kampagne gegen die türkische Berichterstattung des WDR. Diese Demonstration ist ein Teil der Jusos-Kampagne gegen die türkische Berichterstattung des WDR.

1. Unsere Vorstandsmitglieder werden alle ihre Mitglieder und andere wichtige Mitarbeiter informieren, um die Demonstration zu unterstützen.
2. Es ist besonders wichtig, auf die Kleidung der Teilnehmer zu achten. Die Teilnehmer sollten in saubere, dunkle Kleidung gekleidet sein.
3. Unsere Vorstandsmitglieder werden dafür sorgen, dass die Demonstration in der Nähe des WDR-Gebäudes stattfindet.
4. Nach der Demonstration werden alle Teilnehmer in der Nähe des WDR-Gebäudes versammelt.
5. Unsere Vorstandsmitglieder werden dafür sorgen, dass die Demonstration in der Nähe des WDR-Gebäudes stattfindet.
6. Unsere Vorstandsmitglieder werden dafür sorgen, dass die Demonstration in der Nähe des WDR-Gebäudes stattfindet.
7. Unsere Vorstandsmitglieder werden dafür sorgen, dass die Demonstration in der Nähe des WDR-Gebäudes stattfindet.

--- NEUTRALE WDR
--- BÜROKRATISCHE ARBEIT UND WDR
--- WDR ZURÜCK WDR

1. Unsere Vorstandsmitglieder werden alle ihre Mitglieder und andere wichtige Mitarbeiter informieren, um die Demonstration zu unterstützen.
2. Es ist besonders wichtig, auf die Kleidung der Teilnehmer zu achten. Die Teilnehmer sollten in saubere, dunkle Kleidung gekleidet sein.
3. Unsere Vorstandsmitglieder werden dafür sorgen, dass die Demonstration in der Nähe des WDR-Gebäudes stattfindet.
4. Nach der Demonstration werden alle Teilnehmer in der Nähe des WDR-Gebäudes versammelt.
5. Unsere Vorstandsmitglieder werden dafür sorgen, dass die Demonstration in der Nähe des WDR-Gebäudes stattfindet.
6. Unsere Vorstandsmitglieder werden dafür sorgen, dass die Demonstration in der Nähe des WDR-Gebäudes stattfindet.
7. Unsere Vorstandsmitglieder werden dafür sorgen, dass die Demonstration in der Nähe des WDR-Gebäudes stattfindet.

DGB-Jugend von DKP/SDAJ »unterwandert«?

Fortsetzung von Seite 1

DGB-Bundesjugendkonferenz 1977

Im Mittelpunkt der Bundesjugendkonferenz standen Diskussionen um die weiteren Perspektiven des Kampfes gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für den Schutz der arbeitenden Jugend. In der öffentlichen Berichterstattung aber beherrschte ein Thema die Schlagzeilen: „Sorgen beim DGB: in der Gewerkschaftsjugend wächst der kommunistische Einfluß“ („FAZ“, 16.12.77). Ausdruck für diese „Besorgnis“ war ein Schreiben des DGB-Vorstandsmitglieds Karl Schwab, zuständig für die DGB-Jugendarbeit, an alle Gewerkschaftsjugendfunktionäre in den Vorständen der DGB-Gewerkschaften. Schwab beklagte in diesem Schreiben, das „Maß der Intoleranz“, das die Diskussion auf diesem Kongreß beherrschte und stellte einen „besorgniserregenden“ Einfluß von DKP/SDAJ-Mitgliedern unter den 146 Delegierten fest. Hauptächlich sei dieser offensichtlich geworden bei der Behandlung des Antrags zur Freilassung des DDR-Kritikers Bahro, (dessen Befassung abgelehnt wurde) und der Weltjugendfestspiele in Kuba, wo sich jeweils die SDAJ-Positionen durchgesetzt hätten. Deutlicher wurde aber die Richtung der Schwab'schen Kritik, als er auf die Forderung nach Übernahme aller Auszubildenden in ein Lehrverhältnis feststellte, daß es Strategie der SDAJ sei, „möglichst solche Forderungen zu stellen, die dann nicht erfüllt werden können ... damit man dann daraus politisch Kapital schlagen kann“ (Schwab-Brief aus „FR“, 28.12.77), ein Vorwurf, der Kommunisten immer gemacht wird, wenn sie die kapitalistische Wirtschaftspolitik der SPD nicht hinnehmen. Weiterhin fand Schwab es „erschütternd“, daß die DGB-Gewerkschaftspolitik der SPD nicht hinnehmen. Weiterhin fand Schwab es „erschütternd“, daß die Mehrheit der Delegierten „nicht davon zu überzeugen [war], daß die Bundesrepublik Deutschland kein Unrechtsstaat sei, daß die sogenannten Berufsverbote nicht die Tagespraxis sind, daß die Einschränkungen der politischen Freiheiten nicht Tag für Tag mit Medienzensur vorgetragen wird“ (ebenda). Schließlich kritisierte er, daß die Forderung „Weg mit den Berufsverböten“ verabschiedet wurde und erklärte die DKP indirekt zu einer „gegensätzlichen Organisation“. Schuldfolger: Schwab fordert, die DGB-Vorstände müßten der Jugend „helfen“, mit dem Problem des SDAJ-Einflusses fertig zu werden. Gemeint war mit Schwabs Vorstoß aber auch, antikapitalistische Positionen aus der Gewerkschaftsjugendarbeit zu verbannen.

Diese Kritik fand Widerhall vor allem bei exponierten Antikommunisten: die Springer-Presse, die „Frankfurter Allgemeine“ und besonders die IG Bergbau und Energie warnten vor der „kommunistischen Unterwanderung“. Die IG Bergbau stellte fest, daß „es letztlich unverträglich mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft“ ist, wenn Kommunisten mitarbeiten und forderte, daß „besonders die Jugendbildungsarbeit ... in den einzelnen Gewerkschaften genauso systematisch abgeklöpft werden (müsse) wie beim DGB selbst“ (in ihrer Zeitung „einheit“, nach „Tagesspiegel“, 22.12.77).

Bereits hier wurde deutlich eine Säuberung gefordert. Es ist kaum zu übersehen, daß es sich um eine Kritik von rechts an der DKP/SDAJ handelte. Die IG Bergbau, die sich in den Gewerkschaften durch ihren exponierten Antikommunismus profiliert hat, gab schon Ende 1977 Themen der Auseinandersetzung an, die dann ein Jahr später Gegenstand heftiger Diskussion geworden sind: die Gewerkschaftsjugendarbeit und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Auch das später offen angegriffene Buch zur Gewerkschaftsgeschichte wurde in dieser Kampagne schon inoffiziell zur Zielscheibe erklärt. So wußte der „Spiegel“ bereits im Januar 1978 zu berichten, daß DGB-Führer feststellten, daß „DGB-Jugendbildungsreferenten auffällig oft aus den Seminaren des Marburger DKP-Professors Frank Deppe kamen“ („Spiegel“, 3/78) — Deppe wiederum ist einer der maßgeblichen Autoren des Geschichtsbuches.

Und schließlich wurde bereits damals ein Faktor ins Spiel gebracht, der in der heutigen Diskussion um die gewerkschaftliche Jugendarbeit auch im Oberurseler Papier eine wichtige Rolle spielt: die Kritik, daß die Jusos sich zu wenig um die Gewerkschaftsjugendarbeit kümmern würden und das Feld der SDAJ überlassen: „Sind für die Jusos 1,2

Millionen junge Gewerkschafter wirklich so uninteressant, daß sie alle ihre Kräfte auf Hochschulprobleme oder ideologische Streitigkeiten konzentrieren müssen?“, fragte die DGB-Jugendzeitung „ran“ (Nr. 1 vom 4.1.1978).

Das „Oberurseler Papier“

Seit Oktober 1978 kursiert in bestimmten DGB-Kreisen ein Papier zur Strategie der DKP in der Gewerkschaftsarbeit — kurz „Oberurseler Papier“ genannt. In Oberursel befindet sich eine DGB-Bundesjugendschule, deren Leiter, Hinrich Oetjen, nach eigenen Angaben am Papier mitgearbeitet hat. Oetjen, der sich selbst als „undogmatischer Linker“ bezeichnet (gegenüber der „Tagesspiegel“ vom 30.4.79), war einige Jahre Mitglied im Hauptvorstand der IG Chemie. In dem Papier wird der DKP/SDAJ Postenjäger und Unterwanderung gewerkschaftlicher Gremien speziell im Jugendbereich vorgeworfen und eine besorgniserregende Majorisierung in gewerkschaftlichen Gremien behauptet.

Das Papier war wiederum Anlaß für verschiedene rechte Kreise, eine stramm antikommunistische Kampagne zu starten: vorneweg wieder die IG Bergbau und Energie, die in ihrer Zeitung „einheit“ vom 1.4.79 lobte, das Papier „ist die offensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den KP-Zielen, die notwendig ist“. Aus dem mehr als zwanzigseitigen Papier pickte sich die „einheit“ im SdL des „BILD“-Zeitungsjournalismus die Brocken heraus, die für die antikommunistische Hetze als am brauchbarsten angesehen wurden.

Kaum sprachte die IG Bergbau vor, zog die bürgerliche Presse, insbesondere die „Frankfurter Allgemeine“, nach. Unter der Überschrift „Die Roten sind auf dem Marsch“, besonderte die „Frankfurter Allgemeine“, nach. Unter der Überschrift „Die Roten sind auf dem Marsch“ schreibt sie am 21.4.79: „Plötzlich wird hier ein Zeichen für die heimliche Infiltration der Gewerkschaften durch fünfte Kolonnen einer sich auch gegen die Sozialdemokratie richtenden kommunistischen Ideologie sichtbar“. Die „FAZ“ führte als Beleg hierfür sowohl das „Oberurseler Papier“ als auch die Kritik am Gewerkschaftsbuch an.

Bestimmend in der Diskussion um die Politik von DKP/SDAJ in den Gewerkschaften ist bisher eindeutig die antikommunistische Kampagne, die in ihren Spitzen (IG Bergbau) eine personelle Säuberung in den Gewerkschaften verlangt.

U.a. auch hieran muß sich die Kritik der Oberurseler memo lassen. Sie machen es sich zu leicht, wenn sie konstatieren: „Die DKP verstehen wir gar nicht als linke Gruppe, die davon (oder Kampagne) direkt betroffen ist, weil sie in den Gewerkschaften durchaus loyal gegenüber den herrschenden Positionen auftritt“ (Hinrich Oetjen in einem Interview mit der „TAZ“, 30.4.79). Ebenso leicht machen es sich die „linken“ DKP-Kritiker, wenn sie immer wieder betonen, daß sie für eine offene Auseinandersetzung sind und „administrative Maßnahmen“ ablehnen; bedenkt man, daß gerade letzteres gängige Praxis in den Gewerkschaften ist, was auch die Oberurseler wissen müssen.

Kritik von links oder Antikommunismus?

Das „Oberurseler Papier“ (abgedruckt in vollem Wortlaut in der „Frankfurter Rundschau“ vom 5.5. und 7.5.79) enthält eine sehr schillernde Kritik der gesamten politischen Praxis der DKP und den Versuch einer politischen Auseinandersetzung mit ihrer gewerkschaftlichen Arbeit. Dabei wird vielfach die Praxis der DKP in der Gewerkschaftsarbeit richtig beschrieben, nachvollziehbar für all jene, die einige Erfahrungen mit der SDAJ/DKP in der Gewerkschaft haben. Hinrich Oetjen machte dazu im „TAZ“-Interview Ausführungen, denen durchaus zuzustimmen ist: die DKP würde „mit rechten Apparatschik (in der Gewerkschaft) paktieren (und) linke Ansätze in den Gewerkschaften kaputt machen“. Die DKP werde angegriffen, weil sie den Kurs rechter Gewerkschaftsführer „für ‚Ruhe und Ordnung‘ mitgestützt (hat), und weil sie die herrschenden Positionen in den Gewerkschaften immer prinzipiell unterstützt, um ja nicht aufzufallen“ („TAZ“, 30.4.). Auch die Feststellung im „Oberurseler Papier“: „ist das Gremium erst erobert, dann wird mit Tod und Teufel paktiert, um nichtdogmatische Linke“, die die eingekehrte Friedhofstraße

mit Leben füllen könnten, sich und der Organisation vom Hals zu halten“ („FR“, 5.5.), ist eine vielfach gemachte Erfahrung linker Gewerkschafter.

Die Kritik kippt allerdings dann vollständig um, wenn die DKP und ihre Mitglieder praktisch zum Hauptfeind für die Entwicklung einer aktiven Gewerkschaftsarbeit erklärt werden. Oetjen in der „TAZ“: „Das macht natürlich die Gewerkschaftsjugendarbeit so schwierig, weil das ganze aktive Potential dadurch, daß die DKP Gremien und Strukturen der Gewerkschaftsjugendarbeit beherrscht, sich die ganze Jugend in der Gewerkschaftsjugend nicht wieder erkennt und da nicht mitmacht“. Hier wird, wie auch an mehreren Stellen im Papier, in aufgebauschter Weise eine Beherrschung der DKP an die Wand gemalt, die nicht den Tatsachen entspricht.

Vor allem aber werden die Gewichte völlig umgekippt: entgegen der Behauptung, man kritisiere die DKP, weil sie dem Apparat in den Gewerkschaften das bürokratische Vorgehen zum Abwürgen einer lebendigen Gewerkschaftsarbeit erleichtere, wird hier eindeutig der Apparat geschont und der DKP die Verantwortung in die Schuhe geschoben. Tatsache ist aber, daß der sozialdemokratische beherrschte Apparat heute und in der Vergangenheit die Verantwortung für das „tote Leben“ in den Gewerkschaften trägt, die DKP sich dabei als willfähriger Erfüllungsgehilfe erwiesen hat. Daß diese unterschiedliche Gewichtung notwendig ist, zeigen Aussagen des Papiers, die darauf hinarbeiten, den Apparat und die Sozialdemokratie von dieser Verantwortung zu entlasten.

Da wird die DKP kritisiert, weil sie eine Politik betreibt, durch die die Einzelgewerkschaften und der DGB „aus ihrer Bindung an die eine Politik befreit, durch die die Einzelgewerkschaften und der DGB „aus ihrer Bindung an die Sozialdemokratie gelöst werden“ sollen, und es das „wesentliche Ziel der Partei“ ist, „diese sozialdemokratische Kontrolle“ über die Gewerkschaften zu verändern oder zu durchbrechen“ („FR“, 5.5.). Eine Verharmlosung der Praxis sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer ist es auch, wenn es heißt: „Vorherhalte hauptamtlicher Kollegen gegenüber einer notwendigerweise kritischen Auseinandersetzung werden dabei ausgenutzt, um eine Diskussion zwischen der DKP/SDAJ zu beeinflussen“ („FR“, 7.5.). Auch hier wieder die „Hauptfeind“-These.

Liebe sich des Ungleichgewichts vielleicht noch damit entschuldigen, daß man sich in diesem Papier zur internen Diskussion unter kritischen Gewerkschaftsfunktionären auf die Politik von DKP/SDAJ konzentriert habe und die Kritik am Apparat voraussetzt, wird das Papier da unglaublich, wo es pauschal die Anhänger von DKP, Stamkap-Jusos, die Anhänger der Marburger Abendroth-Schule und die DKP-verdächtigen Bündnisorganisationen sowie deren Publikationen (alle namentlich aufgeführt) in diese Ecke drängt und schließlich in der Aussage gipfelt: „Wir halten es für verantwortungslos, wenn DGB- und SPD-Mitglieder sich in den (DKP-dominierten) Komitees und Initiativen beteiligen und sich dabei den Positionen einer völlig bedeutungslosen Gruppierung unterwerfen“ („FR“, 7.5.).

Der Verdacht, daß mit der Kritik an der DKP die SPD und sozialdemokratische Gewerkschaftsführung von ihrer Verantwortung für den Zustand der Gewerkschaftsarbeit entlastet werden sollen, wird noch durch andere Zusammenhänge erhärtet.

Aktive Gewerkschaftspolitik und sozialdemokratische Integrationsmanöver

Die Kritik an der Rolle der DKP in der Gewerkschaftsjugend hat ihren Ausgangspunkt in Überlegungen der Gewerkschaftsvorstände, wie die Jugend wieder zu gewinnen ist. Der Zustand der Gewerkschaftsjugendarbeit ist desolat. Nach den großen Aktionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit 1976 ist seit 1977 ein erkennbarer Rückgang der Arbeit unter der Gewerkschaftsjugend feststellbar, was sich unter anderem in sinkenden Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaftsjugend niederschlägt. Immer weniger erweist sich für die Masse der von Ausbildungsverflechtung, Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und immer eingeschränkteren Freizeitmöglichkeiten betroffenen Jugendlichen die Gewerkschaft als attraktiv. Gerade Mitte der 70er Jahre ist diese Arbeit von der Bürokratie reglementiert, gegängelt, unter-

drückt und z.T. zerschlagen worden. Mit Besorgnis stellen führende Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer fest, daß es ihnen nicht gelingt, die Jugendlichen zu integrieren. Bereits auf dem letzten Bundeskongreß der Jungsozialisten wurde eine Intensivierung der Gewerkschaftsarbeit der Jusos beschlossen, ohne daß dies allerdings erkennbare Auswirkungen hatte.

In den letzten Monaten ist diese Diskussion in der SPD intensiviert worden und fand Eingang in verschiedene strategische Überlegungen. Besonders deutlich wurde dies in dem im Februar 1979 vorgelegten Papier von Junker/Scherf (beide gelten als SPD-Linke, Scherf ist Bremer SPD-Vorsitzender).

Das Junker-Scherf-Papier zur Gewerkschaftsarbeit der SPD

„In den 60er und anfangs der 70er Jahre bot sich die SPD für große Teile einer mobil gewordenen Jugend auf vielen Arbeitsfeldern an. Die Anziehungskraft ist verlorengegangen. Sich in der SPD zu aktivieren, gilt für viele geradezu als Akt der Anpassung, oder auch der Resignation. Andererseits gibt es eine beachtlich große Bereitschaft, sich bei alternativen Gruppen zu engagieren“ (Auszüge aus: „Spiegel“, 12.2.79). Dies spiegelt sich auch in der Gewerkschaft wider. Bereits im Oktober 1978 stellte Scherf die These auf:

- nur zwei Fünftel aller Gewerkschaftsdelegierten sei regierungsloyal — ein Fünftel sei DKP-infiltriert
- zwei Fünftel „verharren in kritischer Distanz zur SPD-geführten Bundesregierung“ (aus: Juso-Zeitschrift „sozialist“, nach „Spiegel“, 5.3.79).

Junker/Scherf kommen zu der Einschätzung, daß die „enge Anlehnung der Partei an den hauptamtlichen Gewerkschaftsapparat (sich) langfristig als Belastung erweist. Denn wenn der Gewerkschaftsführung, wie im Stahlstreik geschehen, die Kontrolle über die eigene Basis entgleitet, dann überträgt sich die Vertrauenskrise auf die Partei der Gewerkschaftsarbeit“ („Spiegel“, 26.3.79).

Für den Bereich der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und die Jusos ausserhalb, das verlorengegangene Vertrauen in die SPD wieder herzustellen, Peter von Oetjen, „linkes“ Mitglied im SPD-Parteivorstand, warf den Jusos vor, „die hätten kaum mehr als punktuelle Kontakte zur Gewerkschaftsjugend und überließen das Feld der DKP-Nachwuchsorganisation SDAJ“ („Spiegel“, 26.3.79).

Der Juso-Vorsitzende Schröder hat seine Lektion gelernt, wenn er beklagt, daß es „innerhalb der Gewerkschaften eine für die Sozialdemokraten in der Tat gefährliche Bewegung“ gibt, „die Verbindung zur Sozialdemokratie nicht mehr eng genug zu halten“. Schröder nicht die Gefahr, „daß die geringer werdende Bindung von Gewerkschaften an die Partei zu Wahlenthaltungen in wichtigen Bereichen der Arbeiterschaft führt“ und den grünen, buntten oder alternativen Linien zugute käme („Spiegel“, 26.3.).

„Linke“ Kritiken, zumal aus Juso-nähe oder SPD-nähe Ecke, wie z.B. das „Oberurseler Papier“, müssen es sich angesichts solcher strategischer Überlegungen gefallen lassen, daß man ihre Kritik und Motivation daraufhin untersucht, wieweit sie nicht nur dieser Partei nutzen, bzw. wieweit diese „Linken“ von der Partei benutzt werden.

Die Vorstellungen zur Gewerkschaftsjugendarbeit

Auffällig am „Oberurseler Papier“ ist die nahezu völlig fehlende Alternative zur derzeit vorherrschenden Gewerkschaftsjugendpolitik und der SDAJ-Arbeit. Über Aussagen wie „pluralistische Diskussionen“ in Abgrenzung zur „monolithischen Theorie“ der DKP („FR“, 5.5.), wie Entwicklung „konkreter betrieblicher Gegenwehr“, Ansetzen an den vielfältigeren Bedürfnissen der Jugendlichen nicht nur an „den auf Betrieb und Gewerkschaft gerichteten: der kulturellen Bedürfnisse, der Freizeitbedürfnisse ... der Kernkraftausweitung, um alternative Ökonomie usw.“ (Oetjen in „TAZ“, 30.4.), kommen die Oberurseler nicht hinaus, so begrüßenswert es auch ist, wenn diese Vorstellungen

Nach der Bundesjugendkonferenz 1977 und der ersten öffentlichen Diskussion entschied der DGB-Vorstand, „die zutage tretende Lage in einer Reihe von Gesprächen mit den zuständigen Leuten der Einzelgewerkschaften (zu) erörtern; danach soll entschieden werden, wie die Jugendarbeit der Gewerkschaften weiter angelegt oder verändert werden müsse“ (Karl Schwab laut „FR“, 12.1.78). Und danach wurde tatsächlich gehandelt: in der Jugendbildungsarbeit (dazu später bei der Behandlung des Buchs zur Gewerkschaftsgeschichte) und bei der Änderung der politischen Aktionsformen zur Mobilisierung von Jugendlichen mit dem Ziel der Ausschaltung von DKP/SDAJ: die bisherigen Aktionsformen der Massendemonstration sind abgesetzt.

Es gibt eine auffällige Übereinstimmung zwischen Karl Schwab und den Oberurselern bei der Einschätzung der bisherigen Massendemonstrationen gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Schwab schrieb bereits unmittelbar nach der Jugendkonferenz, „daß gewerkschaftspolitische Auseinandersetzungen in der Organisation durch Aktionismus, durch Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen ersetzt werden soll“ („FR“, 28.12.77).

Die Oberurseler kritisieren die „jetztige Demonstrationspolitik“ und wollen neue Formen (Oetjen in der „TAZ“). Mögen auch die Motive unterschiedlich sein, kommt es Schwab und seinen DGB-Vorstandskollegen durchaus entgegen, wenn Nicht-SDAJ-Kräfte zunächst einmal mit dazu beitragen, daß die bisherigen Aktionsformen aus der Arbeit verbannt werden, wie mit Erfolg geschehen.

Warum diese Kampagne gegen DKP/SDAJ?

Warum diese Kampagne gegen DKP/SDAJ?

Bei der Zerschlagung der aktiven und offenen gewerkschaftlichen Jugendarbeit stützte sich die DGB-Führung nicht zu gering auf die DKP, die in ihrem Opportunismus und im Restriktionen, Positionen in der Gewerkschaft zu erobern, bereit war, die Anweisungen der Vorstände zu erfüllen. Die Oberurseler liegen nicht schief, wenn sie schreiben: „Will man in der Organisation Ruhe haben, sind Kommunisten gemeint sind die DKP-ler oft die ungenutztesten Stütze“.

Mittlerweile werden die Revisionisten allerdings zum Heilmittel beim Bestreben der Sozialdemokraten, den Einfluß auf die Jugend zurückzugewinnen. Zum einen, weil die DKP, wo sie Einfluß hat, tatsächlich Initiativen abblockt und damit für die Formen der Einflussnahme ein Monopol in der Jugendarbeit haben, das die DGB-Führer für ihre Jugendarbeit erobern möchten: die verschiedenen DKP/SDAJ-Angebote für soziale Feste, Jugendfreizeiten, Rockkonzerte etc. Dazu schreiben die Oberurseler: „Die DKP trifft mit ihren Angeboten tatsächlich drückende Bedürfnisse“ („FR“, 5.5.). Dieses Monopol soll der DKP/SDAJ entzogen werden. Ihre derzeitige Stärke in den Gewerkschaftsjugendgremien wird dabei als Bremsklotz angesehen (Oetjen im „TAZ“-Interview, „TAZ“, 30.4.). Vor diesem Hintergrund muß auch die SPD-Schelte gegen die Abstinenz der Jusos in der Gewerkschaftsarbeit gesehen werden.

Diejenigen, die angeblich, DKP-Politik von links zu kritisieren, müssen erkennen, daß sie im Begriff sind, von strategischen Überlegungen und Integrationsmanövern der SPD- und Gewerkschaftsführungsspitze vereinnahmt zu werden. Es ist keine unbekannte Praxis gewerkschaftlicher Jugendarbeit und sozialdemokratischer Parteipolitik, für eine gewisse Zeit die Türen nach links zu öffnen, um dann, wenn die Bewegung integriert ist, den Damm drauf zu halten. So haben SPD- und Gewerkschaftsführung nach der APO die Lehrlingsbewegung zunächst ans Herz der Partei/Gewerkschaft geholt, um sie dann umso stärker zu unterdrücken. Es mutet makaber an, daß diejenigen, die damals diese Praxis unterstützt haben, die Revisionisten, selber in der Gefahr stehen, Opfer solcher Überlegungen zu werden. Dies ruft die Weisheit in Erinnerung, daß die jeweils herrschenden wohl den Verstand, nicht aber den Verstand lieben.

Ähnliches Schicksal droht der DKP von Seiten der Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsbildungsarbeit bei der Auseinandersetzung um das Buch zur Gewerkschaftsgeschichte, was Gegenstand des zweiten Teils dieses Artikels sein soll.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

»Europa-Parlament«: Es gibt nichts zu wählen

„Ein Wunsch aller Europäer wird jetzt erfüllt: Die direkte Wahl des Europäischen Parlamentes.“ (Zitiert nach DGB-Info).

Am 10. Juni ist es soweit, der angeblich schicksalhafte Wunsch „aller Europäer“ geht in Erfüllung. Das „Europa-Parlament“ wird direkt gewählt, die Demokratie in der EG zu vollenden, Bürger rufen deine Rechte wahr, zu deine Pflicht, schaffe die Demokratie.

Sowohl in leicht überspitzter Form die Propaganda der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer Parteien zu den EG-Wahlen. Es ist einiges gemacht worden, den Bürger auf seinen „Wunsch“ aufmerksam zu machen. Von Plakatserien, über die Umstellung des TV- und Radioprogramms bis zur Unterordnung der zentralen DGB-1.-Mai-Parole unter das Thema Europa. Die bürgerlichen Parteien haben sich mächtig ins Zeug gelegt: CDU/CSU inszenieren einen Streit um die Parole, die SPD läßt neben Willy Brandt führende Gewerkschafter auf ihrer Liste kandidieren, worauf Strauß dann auch gleich wieder Protest anmeldete. Die FDP läßt Wahlkämpfer der Judo nach Schomland beordern. Bergeweine werden Broschüren, Zeitungen usw. verbreitet.

Diese Propagandaanstrengungen haben aber bislang nicht gefruchtet. Von der erhofften Europabegisterung der Bürger ist in der BRD nichts zu spüren. Auf den Wahlveranstaltungen der Parteien kam in der Regel noch nicht einmal der barte Kern der eigenen Mitgliederversammlungen. Die Hauptsorge aller bürgerlichen Parteien gilt darum mehr und mehr der Frage, ob überhaupt eine einigermaßen respektable Wahlbeteiligung zu schaffen ist. Dazu Willy Brandt in der letzten Ausgabe des „Sozialdemokratischen Monatsmagazin“ an die SPD-Mitglieder: „Meine Sorge, die ich mit dieser Wahl verbunden ist, ist die, daß die Bürger auf den 10. Juni in aller Offenheit aussprechen will, bezieht sich in erster Linie auf die Wahlbeteiligung.“ DGB-Chef Vatter assistiert dazu: „Ich glaube, daß wir in der Phase der nächsten drei, vier Wochen bis zur Wahl noch einmal eine Aktivierung bringen müssen.“ Sollte das schief gehen, kündigen einige bürgerliche Politiker heute schon Wahlbeteiligungen von 60 % und weniger als akzeptables Ergebnis an.

Karikatur auf die Karikatur

Das zu wählende EG-Parlament besitzt keinerlei Kompetenzen. Wenn im Imperialismus, die bürgerlichen Parlamente die Karikatur der Idee parlamentarischer Vertretung von „Bürgerinteressen“ sind, dann ist das EG-Parlament die Karikatur auf die Karikatur.

Es geht also weniger um das Europa-Parlament, als um die „Europagide“. Es geht allein darum, den „Europagedanken“, das „Europabewußtsein“ zu schaffen. Anders ist diese Wahl nicht zu verstehen. Welchen Europagedanken die Bourgeoisie verankern will, hat der Spitzenkandidat der CSU, Otto von Habsburg, so ausgedrückt: „Das Europa der Neuen ist ein Ausgangspunkt. Von diesem Europa der Neuen soll später das größere Europa ausgehen. Es geht bis zu den Grenzen Rußlands.“ (Spiegel, 8/79).

Es geht um die Großmacht Europa. Mit dieser Wahl soll Zustimmung für ein Europa vorgetäuscht werden, das sich mehr und mehr zu einer imperialistischen Großmacht entwickelt, dessen Soldaten in Zaire ein Stück des „Dialoges der Supermächte mit der dritten Welt“ vernachlässigen. Ein Europa, in dem Repression jeglicher Art mehr und mehr zunimmt, in dem die Polizeistaat nach dem „Modell Deutschland“ aufgebaut wird. Die französischen Stahl-Arbeiter spüren zur Zeit am deutlichsten, was dies für ein Europa ist. Nicht zuletzt ist es auch das Europa, dessen Realität in Mailville, Kalkar und vielen anderen Orten sichtbar wird.

Dieses Europa steht schon heute unter dem maßgeblichen Einfluß des BRD-Imperialismus. Vor allem die westdeutsche Bourgeoisie hat darum versucht, die Wahlen zum EG-Parlament auch zu einer Abstimmung über ein „Modell-Deutschland-Europa“ zu machen.

Die Tatsache, daß in der BRD keine Europabegisterung aufkommt und in vielen EG-Ländern massenhafter Widerstand gegen dieses Europa sichtbar geworden ist, halten wir für ein positives Zeichen. Diesen Zustand wollen wir nicht zugunsten einer konsequenzlosen Debatte um ein besseres Europa verändern.

Bei dieser Wahl gibt es nichts zu wählen. Für eine niedrige Wahlbeteiligung, bleibt massenhaft zu Hause.

EG-Kommission
(KB/Gruppe Göttingen)

Wachsender Protest gegen die Erschießung Elisabeth von Dycks

Die Erschießung Elisabeth von Dycks löste eine seit dem Schock von Stammheim-Stadelheim nicht mehr gekannte Heftigkeit des Protestes und der Empörung aus, die bis ins liberale Lager hineinreicht. Wenn der Kommentator des „Express“ vom 7.5. schrieb: „Elisabeth von Dyck wird kaum einer eine Träne nachweinen“, dann hat er sich verrechnet.

Entgegen der auch in „Bild am Sonntag“ und anderen Hetzartikeln verbreiteten Lüge, die Bewohner ihres Heimatdorfes Eckenbach sowie ihre Familie würden sie verurteilen, ist es Tatsache, daß Elisabeth unter bewogener Anteilnahme der gesamten Familie und des Dorfes beigesetzt wurde. Am Grab wurden Transparente sichtbar, in denen gegen die Erschießung protestiert wurde, u.a.m.

Die Eltern Elisabeths scheinen nicht gewillt zu sein, den Tod ihrer Tochter widerstandslos hinzunehmen. In einer Pressekommunikation äußerten sie ihren unmißverständlichen Protest.

Die bayrische FDP hat durch ihren Abgeordneten Gerhard Zech im Landtag von Innenminister Tandler einen umfassenden Bericht über die Umstände des Todes von Elisabeth von Dyck gefordert. Die Fraktion bezweifelt die Notwehrsituation, da Elisabeth in den Rücken geschossen worden ist und kritisiert die Bezeichnung dieser Tat als „Bombenerfolg“. Im Pressedienst der FDP heißt es: „Es wäre in hohem Maße fatal, würde sich nun im Bewußtsein der Öffentlichkeit der Eindruck festsetzen, mit dem in Bayern in Kraft befindlichen Polizeiaufhebungsgesetz sei eine Art „Freiheits“ für den „finden Rettungschoß“ auch dann verbunden, wenn es andere Möglichkeiten gibt, Täter kumpfunfähig zu machen.“ (nach „taz“ v. 16.5.)

Terror-Fahndung

Motto: Wer aufgibt, wird nicht erschossen!

Die Welle der Sensationsberichterstattung über die Erschießung Elisabeth von Dycks ist verebbt, dafür treten an immer mehr Stellen Stimmen der Empörung und der Kritik an dieser Polizeiaktion auf den Plan (siehe nebenstehenden Artikel). Die Bemühungen, dagegen das „anti-terroristische Bewußtsein“ der Bundesbürger zu mobilisieren sind zahlreich, die Erfolge dieser Bemühungen spärlich.

Wie gehabt: Bundesweite Fahndung „ohne greifbare Ergebnisse“

Nachdem die „Terroristen“ bereits vor vier Wochen „eingekreist“ waren („Bild“ v. 26.4.), Christian Klar „ge-sichtet“ wurde, als er „durch München raste“ („Bild“ v. 7.5.), die Fahnder die Nürnberger Wohnung, in der sie Elisabeth von Dyck erschossen, nur einen Tag „zu spät“ entdeckten, um „die ganze Bande zu fassen“ (ein „hoher Sicherheitsbeamter“ H. „Bild am Sonntag“ v. 6.5.), hört man jetzt nur noch wenig von ihnen. Der bundesweiten Fahndung „auf Hochtouren“ („FR“ v. 8.5.) und den dafür eingesetzten 3.000 Bullen („Express“ v. 7.5.) zum Trotz. Die Nachfrage bei den Insurgenten der Wohnungen, für die sich Elisabeth von Dyck in München interessiert haben soll, brachte nichts („Welt“ v. 8.5.). Ebenfalls die zur Mittfahndung aufgerufene Bevölkerung: 520 bis 560 „Hinweise aus der Bevölkerung“ sind die in der Presse höchstgenannten Zahlen („Tagesspiegel“ v. 14.5. und Nürnberger Nachrichten v. 12.5.) und kein Ruhmesblatt in der Geschichte der „Öffentlichkeitsfahndung“ — bei der Lorenz-Entführung z.B. waren es knapp zehnmal so viele. Dabei haben sich Polizei und Presse alle Mühe gegeben: nicht nur durch zahlreiche bilderrichte Aufrufe sondern auch etwas nachdrücklicher mit allen möglichen Schikanen der Bevölkerung „vor Ort“: unmittelbar an die Erschießung schloß sich neben der bundesweiten Fahndung eine „Ring-Landesalarmfahndung“ („Hmb. Abendblatt“ v. 5.5.) an mit Kontrollen auf Straßen und Autobahnen Süddeutschlands. Vor allem in München und Nürnberg gab es zahlreiche Hausdurchsuchungen und „Personenkontrollen“. So wurde am Montagvormittag nach der Erschießung beispielsweise in München unter polizeilichem Großesinsatz ein fünfstöckiges Wohnhaus umstellt, nur weil sich an einem Klingelknopf ein angeblich verdächtiges Namensschild befand („Welt“ v. 8.5.). Noch vor zwei Wochen kündigte ein Polizeisprecher die Fortsetzung von Razzien und Personenkontrollen an („Süddeutsche Zeitung“ v. 11.5.).

Die Fachschaftsrollversammlung der Erlanger Theologiestudenten hat eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt, daß sich aus dem christlichen Menschenbild ergebe, daß es ein „lebensunwertes Leben“ nicht gebe, sie fordert auf, „sorgfältiger mit Menschenleben umzugehen“. Die Erklärung wurde mit 36 gegen 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. („Nürnberger Nachrichten“, vom 23.5.)

Der Asta der Frankfurter Goethe-Universität verabschiedete die folgende Erklärung:

„Wir melden uns zu Wort, weil uns das einhellige Schweigen über die Umstände des Todes von Elisabeth von Dyck entsetzt. Wir trauern um sie. Sie wurde von Vertretern der bürgerlichen Staatsgewalt erschossen, die uns bedroht und verfolgt. Im Jahre 1979, dreißig Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes, ist es praktisch unmöglich geworden, staatliche Mordmorde zu beweisen. Elisabeth von Dyck ist offensichtlich seit Wochen lückenlos überwacht worden. Sie hätte bei jeder beliebigen Gelegenheit verhaftet werden können — ohne Gefahr für die eingesetzten Beamten. Doch man zog es vor, sie hinter ihrer Wohnungstür aus Notwehr durch einen Schuß in den Rücken zu töten. Wer redet da von Mord? Heute wurde Elisabeth von Dyck beerdigt. Unsere Trauer und Wut brauchen keine Märtyrer. Doch manche Tote sind lebendiger als viele der Lebenden.“

Frankfurt am Main, den 10. Mai 1979
ASTA der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt
Der Vorstand
(nach „JD“, 12.5.79)

In der bürgerlichen Presse äußerten sich bislang neben schemenhaften Kommentaren nach dem Motto: war das wirklich nötig (so die „Frankfurter Rundschau“) und die „Zeit“ vom 12. bzw. 11.5.), die Proteste und vor allem die Zweifel an der Notwehrversion in den Leserbriefspalten. Hervorgehoben wird, daß jeder Anspruch auf Leben hat. In mehreren uns vorliegenden Briefen werden das Schweigen und die Kritikunfähigkeit, die

hierzu zu diesem Thema vorherrschen, angegriffen.

Die Fotos der Erschossenen werden als „Jagdtrophäe“ bezeichnet, der Verdacht geäußert, daß die Behörden „keine Gefangenen mehr machen“ und an die politische Wachsamkeit appelliert (aus neun Leserbriefen in der „FR“, „Nürnberger Nachrichten“ und „Süddeutsche Zeitung“).

Im letzten ARBEITERKAMPF veröffentlichten wir die nachfolgende Erklärung:

Erklärung zur Erschießung von Elisabeth v. Dyck

Die Unterzeichner dieser Erklärung sind über die Erschießung von Elisabeth von Dyck bestürzt.

Noch stärker als nach der Erschießung von Willi Peter Stoll drängt sich der Eindruck auf, daß die Polizeibeamten nicht in Notwehr gehandelt haben. Wir befürchten, daß die Staatssicherheitsorgane eine kriegsmäßige Strategie des „kurzen Prozesses“ verfolgen, durch welche die Ungelegenheiten eines regulären Prozesses ver-

mieden werden sollen.

Wir verlangen, daß diese Polizeiaktion öffentlich untersucht und die für diesen Einsatz Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ingeborg Drawitz, Berlin
Max von der Grün, Dortmund
Gerd Hirschauer, München
Volker Schlöndorff, München
Peter Schneider, Berlin
Christian Sigrist, Münster
Margarethe von Trotta, München
Angelika Wittlich, Köln

Diese Erklärung wird inzwischen auch getragen von:

Henryk M. Broder, Köln
Norbert Coburn, Frankfurt
Jürgen Roth, Frankfurt
Kai Ehlers, Hamburg
Renate Chotjewitz, Kraspis
Peter O. Chotjewitz, Kraspis
Christa Kullen, Baden-Baden

Jürgen Reents, Hamburg
Wienke Zitzlaff, Staufenberg
Ilse Ensdlin, Stuttgart
Helmut Ensdlin, Stuttgart
Christiane Ensdlin, Köln
Nina Bader, Griesau
Rudolf Rau, Köln

Wir fordern dazu auf, diese Liste durch weitere eigene Unterschriften zu ergänzen.

Um schließlich zu beweisen, daß sie noch Verhaftungen vornehmen ohne die Betroffenen gleich zu erschießen, griffen sich die Fahndungsbehörden am 9.5. in Heidelberg einen Arzt namens Karl-Heinrich Adzersen. Von diesem wurde lediglich bekannt, daß er angeblich Schilfer-Entführern Medikamente und medizinische Fachliteratur vor der Entführung gegeben hätte, daß er schon einmal des Kontakts zu „Terroristen“ verdächtigt wurde und daß der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof „noch am selben Tag“ Haftbefehl gegen ihn erließ — also offenbar nachträglich („Tagesspiegel“ v. 11.5.).

Das Notizbuch Elisabeth von Dycks und ein Knallfrosch

Zum Teil schon im Vorfeld der Erschießung und in den Tagen nach dem 4.5. erschienen in den Zeitungen eine lange Reihe gemutmaßter Attentate, groß aufgemachter „Rache-Akte“ u.a.m. Diese Masche wurde zwei Wochen lang fortgesetzt und läßt sich unter dem Tenor zusammenfassen: nachträgliche Rechtfertigung der Erschießung E. von Dycks.

Als „breit angelegtes Spektrum“ einer Rache-Aktion wurden ausgegeben:

- ein harmloser Anschlag auf ein Dortmunder Amtsgericht — das Mobiliar wurde beschädigt, hier flogen zwei mit Benzin gefüllte Bierflaschen durchs Fenster („Südd. Ztg.“ v. 8.5.);
- eine ähnlich umfangreiche Aktion gegen die Kripo in Westberlin-Schöneberg, geringer Sachschaden („FR“ v. 8.5.);
- drei kokele Autos in der Tiefgarage des Gebäudes der CSU-Landesleitung in München — Sachschaden 30.000 DM („FR“ v. 7.5.).

Auffällig in diesem Zusammenhang ist, wie unterschiedlich sich die verschiedenen Blätter über 30.000 DM Sachschaden und ein paar zerstörte Büromöbel und über ein ausgelöstes Menschenleben äußern können.

Eine angebliche Eintragung in dem angeblich bei Elisabeth von Dyck gefundenen Notizbuch und die Tatsache, daß die bewußte Wohnung in Nürnberg „in Sichtweite“ des Nürnberger Werks des Rüstungsfabrikanten Diehl liegt („SZ“ v. 11.5.), reichte für die Vermutung eines der zahlreichen „geplanten“ Vorhaben der RAF.

führung des Prinzen (!) von Thurn und Taxis („MoPo“ v. 17. und 18.5.). Letzterer wurde ebenfalls durch das besagte Notizbuch bedroht, u.a. durch in der Presse schon früher erwähnte Aufzeichnungen über ein Münchner Feinschneckerlokal, in dem der Prinz verkehrt. Schon am 8.5. war einem Artikel des „Tagesspiegel“ zu entnehmen, daß nach Auskunft des bayrischen Innenministeriums die Verfolgung dieser „Spur“ „keine Erkenntnisse“ ergeben habe („Tsp.“ v. 8.5.).

Die „Bombe“ auf Kohl schließlich entpuppte sich als ein „Brandsatz mit Verpuffungswirkung“ (ein Sprecher des NRW-Innenministeriums) oder, wie sie das Hamburger Abendblatt wohl treffender bezeichnete „ein größerer Knallfrosch“ („HA“ v. 18.5.).

Man wird sehen, was dieses sagenhafte Notizbuch noch alles zutage fördert.

Von ähnlichem Schlage dürfte die Meldung in der „Süddeutschen Zeitung“ (v. 16.5.) sein, Kronzeuge Volker Speitel habe vor Gericht ausgesagt, Elisabeth von Dyck habe bei der Präparierung der berüchtigten Handakten geholfen, mit deren Hilfe die Pistolen seinerzeit in das Stammheimer Gefängnis gelangt sein sollen. Die „Tagesspiegel“ vom 22.5. jedenfalls schreibt über diese Aussage, „Speitel nahm für sich in Anspruch, als einziger mit der Container-Herstellung befaßt gewesen zu sein.“

Nach „Selbstmorden“ jetzt auch „Selbstanschüsse“?

Es hat in der Presse Kritik an der Nürnberger Polizeiaktion gegeben. Diese Kritik macht sich allerdings überwiegend an der Frage der Effektivität der Zielfahndung fest. Der „liberale“ Spiegel bringt den Zynismus fertig, diese Kritik über zwei Seiten zu führen sich den Kopf darüber zerbrechend, daß die lebende Elisabeth von Dyck eine ergiebige „Spur“ zu den noch gesuchten „Terroristen“ sei als die tote. Die Erschießung ist für diese Leute nicht mehr als der „jüngste taktische Fehler der Münchner und Nürnberger Polizeiführer“ („Spiegel“ v. 14.5.).

Den Vogel schießt aber die „Theorie“ ab, Elisabeth von Dyck habe „die Beamten zur Notwehr gezwungen“ (!) („Kölnischer Stadtanzeiger“ v. 7.5.). Das wird noch verfeinert: Andreas Bader habe den Befehl gegeben, „bei drohender Festnahme sofort und unbedingt zur Waffe zu greifen“. Denn: „Offensichtlich kalkulieren die Terroristen nicht (mehr) mit den Beweisschwierigkeiten der Justiz, sei

es, weil das nicht zur Theorie des bewaffneten Kampfes paßt, sei es, weil sie dem Staat, den sie als faschistisch hinstellen möchten, keine Berücksichtigung von Beweis-schwierigkeiten zugunsten linker Angeklagter mehr zutrauen und ohnehin mit lebenslanger Haft rechnen, sei es weil sie den Eindruck erwecken und in links-extremistischen Kreisen verankern wollen, das sei so“. In einem Wort, die „Terroristen spekulieren mit ihrer Erschießung, provozieren sie, um damit ihre Theorie zu belegen, Stammheim treibt Blüten“.

Zuckerbrot und Peitsche

Bundesinnenminister Baum nutzte die Gelegenheit auf seine typisch „liberale“ Weise: unmittelbar nach der Erschießung Elisabeth von Dycks rief er die Angehörigen der „RAF“ auf, sich zu stellen. „Ich bin sicher, Gesellschaft und Gerichte werden die Bereitschaft zur Umkehr würdigen“ („FR“ v. 15.5.). Der Erfolg wurde unverzüglich verkündet: in Paris stellten sich — durch Baum ermutigt, wie es hieß — Susanne Herminghausen und Ewald Gölrich. Tatsächlich wurde der Haftbefehl gegen die beiden außer Vollzug gesetzt und sie wurden bisher auch nicht in Haft genommen („Tsp.“ v. 11.5.). Baum ließ durchblicken, daß er allerdings einiges von denen erwartet, die sich aus der Todesstrafe freikaufen wollen. „Es bestünden viele Möglichkeiten, den Beweis (!) zu erbringen, daß man ernsthaft versucht habe, aus dem Teufelskreis auszubrechen.“ („FR“ v. 15.5.). Was für „Beweise“ da erbracht werden sollen, dürfte der gegenwärtig stattfindende Müller-Newerli-Prozess zeigen, in dem der „Kronzeuge“ Speitel das einzige „Beweismittel“ ist, um die Behauptung zu erhärten, die Anwälte hätten Waffen ins Stammheimer Gefängnis geschmuggelt.

Die Realität der „Terror“-Fahndung auf der einen, das Baum-„Angebot“ auf der anderen Seite bringt die Staatsschutz-Strategie auf ihren letzten Nenner und enthüllt zugleich die Fratze hinter der angebotenen „Liberalisierung“. Wer aus der „Szene“ nicht auf der Straße in „Notwehr“ erschossen oder in den Gefängnissen vom Leben zum Tode isoliert werden will, der/die muß sich dem Staatsschutz als Überläufer/in, Denunziant/in, Kronzeuge/in zur Verfügung stellen. Das ist die „freie demokratische Grundordnung“ Marke SPD/FDP dreißig Jahre nach der Ratifizierung des Grundgesetzes!

Antifa-Kommission
KB Gruppe Hamburg

Kronzeuge Speitel erklärt das Wunder im Stammheimer Todesknast

Wie der Staatsschutz seine Zeugen aufbaut und was er aus den Leuten macht, die ihm mal in die Fänge geraten, konnte man jetzt im Stammheimer Gerichtssaal erleben: Im Prozeß gegen die Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla wurde am 15. Mai mit der Vernehmung von Volker Speitel begonnen. Speitel ist der Hauptbelastungszeuge in diesem Verfahren; die gesamte Anklage stützt sich ausschließlich auf die Behauptungen Speitels und seiner „Kollegen“ Hans-Joachim Dellwo, und wäre ohne sie längst zusammengebrochen: Die (Knastr- und Justiz-)Bullen, die bis jetzt vom Gericht gehört wurden, haben nämlich übereinstimmend erklärt, daß es ausgeschlossen ist, daß ein Anwalt an ihnen vorbei hätte Pistolen und Sprengstoff in den Stammheimer Knast oder das Justizgebäude schmuggeln können. Nichtsdestotrotz soll mit Hilfe der „Erinnerungen“ Speitels jetzt endlich mal das Stammheimer Wunder erklärt werden.

Darüber hinaus hat Speitel offensichtlich Ambitionen, die höhere Kronzeugenlaufbahn einzuschlagen: Als der Heidelberger Arzt Adzieren wegen angeblicher Beilegerung der Schleyer-Entführer mit Medikamenten verhaftet wurde, konnte man in der Presse lesen, es sei Volker Speitel gewesen, der sich an ihn „erinnert“ habe.

Die Legende vom Transport der Sprengstoffstangen

„Da war die Rede davon, wenn die bei der Durchsicherung in der Hose rumfummeln, und an etwas Hartes kommen, hören sie auf, weil sie denken, Arndt sei dann irgendwie inspiriert.“ (Speitel am 15.5.)

Die Sprengstoffstangen sollen 15 bis 18 cm lang gewesen sein, mit einem Durchmesser von 1,5 bis 2 cm. Arndt Müller soll davon zeitweilig sogar zwei gleichzeitig in Hosenladen durch die Kontrollen getragen haben, wenn man Speitel glauben will.

Als er allerdings darüber befragt wurde, wie denn mit den Anwälten darüber gesprochen worden sei, konnte er sich nur an ein Gespräch in Bezug auf Post „erinnern“, die in den Knast eingeschmuggelt werden sollte. Bezüglich Armin Newerla nahm er seine Beschuldigung fast ganz zurück: In seiner eigenen Verhandlung hatte er noch gesagt, Armin habe Sprengstoff in der Unterhose in den Knast gebracht, jetzt aber konnte er sich nur noch „dunkel“ daran „erinnern“. Armin sei mal zurückgekommen von einem „vergeblichen Versuch“.

Überhaupt sei viel Sprengstoff zurückgekommen, und den hätte man dann immer schnell aus dem Büro in die Depots bringen müssen. Vielleicht erinnert sich der Zeuge demnächst doch noch daran, daß es wohl überhaupt nur in den Depots weichen gegeben hat?

„... doch noch daran, daß es wohl überhaupt nur in den Depots weichen gegeben hat?“

Weitere offene Fragen

Ansonsten sind laut Speitel „Heizspiralen im Kugelschreiber transportiert worden, kleine Zettel mit Tesa-Film umwickelt unter der Zunge, Kopfhörer, Radioapparat, Batterien, elektronische Kleinteile, ein Bügeleisenunterteil“.

— Nach dem Tod von Ulrike Meinhof hätten die Gefangenen eine Minox-Kamera „bestellt“, um das Fenster zu fotografieren, an dem sie sich angeblich erhängt hat. Da habe er die Idee gehabt, die Minox in einer Handakke versteckt in das Gerichtsgebäude zu schmuggeln. Darüber sei auch „mit Arndt Müller diskutiert“ worden. Ob die Kamera dann tatsächlich über diesen Weg hereingekommen ist, konnte Speitel gar nicht mehr sagen, sondern nur noch, daß sie hereingekommen ist!

— Speitel will den Sprengstoff eigenhändig in Plastikfolie verschweißt haben, kann aber nicht mal genau sagen, wie das Gerät funktioniert!

— Auf die Frage, wie die „Kuriere“ sich zum „date“ (Treffen) mit den „Illegalen“ absetzten, meinte Speitel: man sei mit dem Auto vom Büro in ein Waldstück gefahren und habe sich von dort aus „möglichst aus dem fahrenden Auto abgesetzt“ und zu Fuß weiter durchgeschlagen. Frage: Wohin fuhr dann das leere Auto?!

— Auch die Anzahl der Depots, der Sprengstoffstangen und sonstiger Gegenstände wird von Speitel widersprüchlich angegeben: Aus 50 bis 60 Depots in der Hauptverhandlung sind inzwischen nur noch 20 bis 30 geworden. Dafür hat er die Zünder für den Sprengstoff gleich doppelt erhalten: einmal von H.-J. Dellwo (laut Hauptverhandlungsprotokoll), und jetzt auch gleich noch mal von Silke Maier-Witt (laut Aussage am 17.5.). Auch sollen die Zünder laut der damaligen Aussage „im Taschen-

tuch“ durch die Kontrolle geschleust worden sein, während sie inzwischen angeblich in der Unterhose getragen wurden...

Auf den Widerspruch hingewiesen meinte Speitel: „Für mich ist Taschen-tuch und Hosenladen fast dasselbe“...

Wo der Zeuge nicht mehr weiter weiß, hilft Richter Foth nach

„Wie ist das denn, im Anwaltsbüro, da trieben sich ja einige junge Leute herum?“

Dies und die Frage, ob Arndt und Armin eine „klammheimliche Freude“ über den Tod Bubacks oder Schleyers anzumerken gewesen sei, zeigen, worauf Foth hinaus will. So konnte sich Speitel erst nach mehrmaligem Drängen Foths zu der „Erinnerung“ durchringen, die Anwälte könnten von den Waffendepots gewußt haben. Anfangs hielt er das für ausgeschlossen.

„Gesprochen wird darüber nie“

Darüber, wie der ganze Schmuggel geklappt hat, soll angeblich nie gesprochen worden sein. Sondern es sei so gewesen, daß an erfolgreichen Tagen Freudenessen stattgefunden hätten, weil Stammheim überlistet werden konnte, aber nie habe jemand dieses Thema angesprochen.

Andererseits erzählte Speitel, für den Pistolenschmuggel hätte man erst rausbekommen müssen, wann der Beamte Götz keinen Dienst hat, weil der besonders gründlich gewesen sei. Aber wie soll Rechtsanwalt Müller das erfahren haben, und wer hat es denn den „Kuriern“ gesagt, wenn darüber nie gesprochen wurde?!

„Texte der RAF“ — Ein Buch der Anwälte?

„Ja, z.B. der Psychiatrie-Text, da hatten die Gefangenen was geschrieben, und dann sagte z.B. ein Anwalt, er wisse darüber mehr und lege den Gefangenen einen Alternativ-Entwurf (!!) vor.“ Soll man jetzt auch noch glauben, daß die „Texte der RAF“ von den Anwälten geschrieben wurden?!

Elisabeth von Dyck: Erst erschossen, dann „Komplizin“

Die Verbindung zwischen den Illegalen, den RAF-Gefangenen und dem Anwaltsbüro will Speitel selber gewesen sein, und außer ihm noch Dellwo. Wer ihm angeblich den Kontakt zum Untergrund vermittelt hat, war natürlich Willy-Peter Stoll — den kann man nicht mehr fragen.

Genauso wird jetzt Elisabeth von Dyck nach ihrer Erschießung noch schnell zur „Komplizin“ gemacht: In seiner eigenen Verhandlung hatte Speitel noch erzählt, er selbst habe die Sprengstoff- und Pistolenvorräte in die Walder um Stuttgart gebracht und dort vergraben. Inzwischen „erinnert“ er sich, doch nicht allein gewesen zu sein: „Na ja, jetzt ist es ja egal, es war die Elisabeth von Dyck, die daran noch beteiligt war“ (Speitel am 15.5.).

Tote können sich nicht wehren, und es wird sich wohl nicht mehr feststellen lassen, ob sich Speitel erst durch ihren Tod an sie „erinnert“, oder ob seine „Erinnerungen“ vielleicht schon der Grund dafür waren, warum sie von einem Zelfahndungskommando gejagt wurde, obwohl die Vorwürfe gegen sie nicht mal für einen Haftbefehl ausreichten hätten?

Auf die Frage, wer von den „Kuriern“ denn die ganzen politischen Diskussionen mit Arndt Müller geführt habe, meinte Speitel, das seien nicht die Kuriere gewesen, sondern die Gefangenen, vor allem Gudrun Ensslin...

Es gehört eigentlich schon ganz schön viel Dreistigkeit dazu, eine Geschichte aufzutischen, in der — außer den Kronzeugen und den Angeklagten — sämtliche wichtigen Personen tot sind. Und daß dann der Zweck der Geschichte auch grad noch der ist, die Todesumstände in Stammheim zu verschleiern, ist so zynisch und abartig, das kann nur Staatsschutzgebirnen entsprungen sein.

Nachtrag:

„Auf Befragen der Verteidigung erklärte Speitel vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht in Stammheim, die Bundesanwaltschaft habe ihm kurz nach seiner Festnahme im Oktober 1977 für den Fall eines Geständnisses und für belastende Aussagen gegen seine früheren Gesinnungsgenossen ein mildes Urteil in Aussicht gestellt.“ („Süddeutsche Zeitung“, 23.5.79).

Eine Genossin aus Baden-Württemberg

Untersuchungsbericht über den Tod Ulrike Meinhofs: Zweifel an Stammheimer „Selbstmorden“ genährt

Seit kurzem liegt auch in der deutschen Übersetzung der Bericht der Internationalen Untersuchungskommission zum Tode von Ulrike Meinhof vor (im folgenden: IUK-Ber., zur Erstveröffentlichung siehe auch AK 148, S. 20). Jeder, der — ohne Scheuklappen der Selbstzensur — lesen will, kann jetzt dort eine Vielzahl medizinischer und kriminologischer Befunde finden, aufgrund derer „ein Selbstmord als Todesursache Ulrike Meinhofs ausgeschlossen werden muß“ (IUK-Ber., S. 44).

Unter anderem widerlegen die Befunde etwa die Behauptungen der offiziellen Gutachter Prof. Mallach und Rauschke, Ulrike Meinhof sei infolge Ersticken nach eindeutiger Selbsterhängung gestorben. Denn alle typischen Symptome der sogenannten Erstickenabblutungen fehlen bei ihr; das Erhängungswerkzeug — die Schlinge — war offensichtlich zu groß und damit untauglich für eine tödliche Erhängung, wobei es bemerkenswerterweise nach der ersten Messung bei der rechtsmedizinischen Leichenschau vor der später stattfindenden Obduktion so gekürzt wurde, daß danach seine „Tauglichkeit“ nicht mehr in Frage gestellt zu sein schien. Außerdem gibt es Anhaltspunkte für die Anwesenheit von fremden Personen in dieser Todesnacht: So wurde eine Glühbirne in der Tischlampe der Zelle gefunden, obwohl — von der zuständigen Justizangestellten bestätigt — Ulrike Meinhof ihre Glühbirne am Abend vorher abgegeben hatte (das war in Stammheim abendliche Vorpraxis). Fingerprints an der Glühbirne ergaben keine Anhaltspunkte für eine Übereinstimmung mit Ulrikes Fingerabdrücken. Beunruhigender noch, daß chemische Untersuchungen ihrer Unterhose auf Samenflüssigkeit hin ein positives Ergebnis ergaben. Zwar wurden keine Samenfäden gefunden, was aber nicht viel bedeutet, da diese durch Bakterienwirkung in der verunreinigten Unterhose verschwinden konnten.

Der Bericht widerlegt so nicht nur die offizielle „Selbstmord“-These im Fall Ulrike Meinhofs. Er ist vielmehr geeignet, Zweifel auch an den „Selbstmorden“ des deutschen Herbstes 77 zu schüren und freizusetzen, da sich erstaunliche Parallelen zwischen diesen Fällen herausstellen, worauf die Untersuchungskommission an verschiedenen Stellen auch hinweist.

Das fängt an bei der Art und Weise, wie zu den Todesfällen ermittelt wurde, nämlich: Erst stand das Ergebnis fest, dann wurde ermittelt. Sowohl bei Ulrike Meinhof wie auch am 18.10.77 ließ das baden-württembergische Justizministerium zu einem Zeitpunkt als Todesursache „Selbstmord“ mitteilen, zu dem in

Sowohl der Ulrike Meinhof wie auch am 18.10.77 ließ das baden-württembergische Justizministerium zu einem Zeitpunkt als Todesursache „Selbstmord“ mitteilen, zu dem in beiden Fällen nicht einmal die gerichtsmmedizinische Obduktion abgeschlossen war (IUK-Ber., S. 52 und RA Heldmanns Aktenbeziehung im Verfahren gegen Kai Ehlers, abgedruckt im „Arbeitsmaterial zum Prozeß gegen die „Wunder von Stammheim“, Reents-Verlag).

Entsprechend bemühten sich die Behörden in beiden Fällen, eine kritische Öffentlichkeit aus den Ermittlungen herauszuhalten: Weder Verwandte, noch ein Vertrauensanwalt oder ein unabhängiger Pathologe konnten die tote Ulrike Meinhof noch einmal sehen; sie wurden auch von der Zellendurchsicherung ausgeschlossen. Logisch, daß dann die Internationale Untersuchungskommission in keiner Weise vom Staat Unterstützung oder ein Entgegenkommen erfuhr. Eineinhalb Jahre später läßt die baden-württembergische Regierung zwar Rechtsanwälte und zwei ausländische Ärzte zur Obduktion zu, aber nur als Beobachter, so daß sie kein eigenes Obduktionsergebnis vorlegen konnten. Die Zellendurchsicherungen liefen auch wieder ohne neutrale Zeugen, und statt der Einbeziehung internationaler Kapazitäten in die Untersuchung der Todesfälle gab es einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtags, der gar nicht mehr den Anspruch hatte, die Frage Mord oder Selbstmord zu klären und z.B. die ausländischen Zeugen der Obduktion nicht mehr vernahm (IUK-Ber., S. 56 ff).

Beide Male wurden Beobzipuren verweist: Prof. Rauschke obduzierte die Leiche Ulrike Meinhofs so, daß der Nachobduzent nicht mehr zu einer genauen Feststellung der Todesursache kommen konnte; außerdem wurde zwei Tage nach ihrem Tod ihre Zelle frisch gestrichen, bevor ihre Anwälte

oder Angehörigen sie betreten und möglicherweise Spuren finden konnten. Ähnlich wurden am 18.10.77 in den Zellen das Inventar weitgehend zerstört und in Kleinstücke zerlegt. Etwas später wurde angeordnet, alle nichttragenden Wände abzureißen, Putz von den tragenden Wänden zu stemmen und Fußböden aufzureißen (IUK-Ber., S. 55 und AK 117). Der Logik dieser Art von Ermittlungen folgend wurde in beiden Fällen das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren eingestellt, obwohl noch wichtige Untersuchungsbefunde fehlten: Bei Ulrike Meinhof etwa die Auswertung der Fingerabdrücke an der Glühbirne (IUK-Ber., S. 53); im anderen Fall kamen noch sechs Untersuchungsgutachten zu den Akten, die für das Ermittlungsverfahren nicht mehr berücksichtigt wurden, z.B. ein Gutachten des BKA, nachdem der tödliche Schuß auf Andreas Baader aus 30 bis 40 cm Entfernung abgefeuert sein muß und somit er ihn unmöglich selbst abgefeuert haben konnte.

Parallelen lassen sich auch hinsichtlich einzelner Indizien, Ungereimtheiten und Unterlassungen zwischen dem Fall Ulrike Meinhofs und speziell Gudrun Ensslin aufzeigen, die sich ja angeblich auch selbst erhängt haben soll. Besonders schwerwiegend für die Aufklärung der Fälle wirkt sich aus, daß bei beiden eine Histaminprobe unterlassen wurde, mit der relativ zweifelsfrei die ansonsten äußerst schwierig zu klärende Frage, ob sie bei Aufhängen lebendig oder schon tot waren, hätte beantwortet werden können (IUK-Ber., S. 18 u. 55, RA Heldmann s.o.). Auffällig ist, daß in beiden Fällen die ersten Zeugen von der Zeit der Entdeckung der Toten keinen Stuhl gesehen haben und erst die Gerichtsmediziner von einem Stuhl berichteten, von dem aus sich Ulrike Meinhof bzw. Gudrun Ensslin erhängt haben sollen (IUK-Ber., S. 41 und RA Heldmann s.o.). In beiden Fällen steht weiterhin in Frage, ob das angebliche Erhängungswerkzeug — einmal ein Strick aus einem Handtuchstreifen, das andere Mal ein Platenspielerkabel — der Belastung beim Aufhängen und bei den Bewegungen im Todeskrampf hätte standhalten können (IUK-Ber., S. 15 und RA Heldmann s.o.). Und schließlich wird bei Ulrike Meinhof wie Gudrun Ensslin verneint, daß sie vor ihrem Tod unter Einfluß von Betäubungsmitteln oder Drogen gestanden hätten, obwohl die toxikologischen Untersuchungen bei beiden eine Vielzahl in Frage kommender Substanzgruppen überhaupt nicht erfassen konnten (IUK-Ber., S. 53, RA Heldmann s.o.).

Was die Frage der Anwesenheit von fremden Personen im 7. Stock von Stammheim während der Todesnächte am 8.5.76 und 17.10.77 angeht, steht fest, daß die Möglichkeit

Was die Frage der Anwesenheit von fremden Personen im 7. Stock von Stammheim während der Todesnächte am 8.5.76 und 17.10.77 angeht, steht fest, daß die Möglichkeit

hierzu in beiden Fällen bestand: Zu dem 7. Stock gibt es einen unkontrollierten Zugang über eine Feuer-treppe und es war möglich, die Alarmanlage an der Tür zur Feuer-treppe zu umgehen; die Stammheimer Abhöraffaire hatte es bereits an den Tag gebracht, daß der daran beteiligte BND offensichtlich schon einmal Zugang zum Stammheimer Gefängnis gehabt hatte (IUK-Ber., S. 49).

Es mag bei der Ähnlichkeit der Unterlassungen und Widersprüche nicht verwundern, daß die verantwortlichen gerichtsmedizinischen Gutachter bei Ulrike Meinhof wie bei den anderen Stammheimer Toten dieselben waren: Prof. Rauschke und Mallach aus Tübingen. Etwas Aufschluß über deren Qualität und Einstellung mag bieten, daß Prof. Rauschke z.B. bei der Obduktion von Siegfried Hauner 1975 die Schädelverletzungen „übersah“, die der Anstaltsarzt festgestellt und für die Todesursache gehalten hatte; oder daß er ebenfalls 1975 im Stammheimer Prozeß unter Eid die Angeklagten für uneingeschränkt verhandlungsfähig begutachtet hatte, was nur wenig später von den vom Gericht bestellten Internisten und Psychiatern widerlegt wurde (IUK-Ber., S. 55).

Oder daß Prof. Mallach der IUK, die ihn um sein Zeugnis zum Tod von Ulrike Meinhof gebeten hatte, provokativ zynisch antwortete: „Nicht ohne Erstaunen habe ich Ihre Zeilen vom 11.11.77 erhalten, denn dieses Datum ist in Deutschland mit dem Beginn des Karnevals eng verknüpft...“ (IUK-Ber., S. 78).

Die Auflistung auffälliger Parallelen zwischen dem Tod Ulrike Meinhofs und den Toden des Herbst 77 bleibt hier noch sehr beschränkt und unsystematisch. Doch allein in den aufgeführten Parallelen besonders in dem Verhalten der staatlichen Organe nach den Todesfällen sprechen dafür, daß es hier nicht um Schlamereien, sondern um ein bewußtes und geplantes Verhalten des Staates geht, was die Zweifel nährt, ob nicht auch die Todesursachen in solch geplantem Vorgehen zu suchen und zu finden sind. Der Bericht der IUK hat jedenfalls für Ulrike Meinhof den Mordverdacht erhärtet. Umso dringlicher erscheint es, endlich systematisch die Stammheimer Ereignisse vom Herbst 77 zu klären, damit nicht eines Tages den vergangenen parallelen „Selbstmordfällen“ eine neue Parallele zugefügt wird.

Antirepressionskommission
KB/ Gruppe Westberlin

[Der Tod Ulrike Meinhofs — Bericht der Internationalen Untersuchungskommission, Internationale Taschenbücherei, Iva-verlag Bernd Polke, Tübingen 1979, DM 6,80 DM]

[Der Tod Ulrike Meinhofs — Bericht der Internationalen Untersuchungskommission, Internationale Taschenbücherei, Iva-verlag Bernd Polke, Tübingen 1979, DM 9,80 DM]



Der Tod Ulrike Meinhofs
Bericht der Internationalen Untersuchungskommission
Iva-verlag Bernd Polke, Tübingen 1979, DM 9,80 DM

Der Tod Ulrike Meinhofs
Bericht der Internationalen Untersuchungskommission
Iva-verlag Bernd Polke, Tübingen 1979, DM 6,80 DM

iva

KB-Prozesse

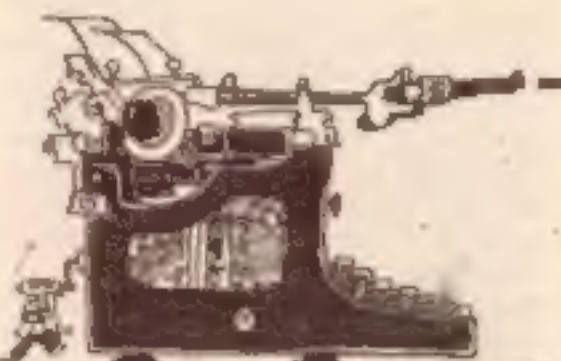
Russell-5-Prozeß:

Von der Staatsbeleidigung zur Majestätsbeleidigung . . .

Sieben rote Nelken auf dem Tisch, an dem Jürgen Reents und sein Verteidiger Uwe Maeffert im „Russell-5“-Prozeß gemeinsam sitzen: der 16. Verhandlungstag (21. Mai) bot mehrfachen Grund zur Freude.

„Auf Antrag der StA (Staatsanwaltschaft) Hamburg wird das Verfahren gemäß § 154a II StPO (Strafprozeßordnung) vorläufig eingestellt, soweit Beleidigungsdelikte, die sich auf die Erschießung des Thomas Weißbecker und des Georg von Rauch beziehen, den Gegenstand des Verfahrens bilden.“ Mit diesem Beschluß des Gerichts sind — nach der Ankündigung einer Nichtverurteilung wegen „Staatsverunglimpfung“ am 10. Prozeßtag — zwei weitere Steine aus der Anklage herausgebrochen. Daß die Einstellung in diesen beiden Punkten von der Staatsanwaltschaft selbst beantragt wurde, verdeutlicht dabei nur das Flasko, in dem die Anklage mittlerweile steckt. Immerhin: Noch am 14. Prozeßtag (12. April) hatte StA Reumann höchstpersönlich die Bezeichnung der Todesermittlungsakten von Thomas Weißbecker und Georg v. Rauch beantragt und ausdrücklich mitgeteilt, daß eine teilweise Einstellung „nicht beabsichtigt“ sei. Und am 15. Prozeßtag (10. Mai) widersetzte er sich vehement einem entsprechenden förmlichen Antrag der Verteidigung und meinte arrogant, daß ja „noch genügend Zeit für weitere Ermittlungen“ bestünde. Nicht minder arrogant war nun Reumanns Antwort auf die Frage von Jürgen Reents, ob der „Meinungsumschwung“ der Staatsanwaltschaft vielleicht gegen seinen Willen auf Anweisung seiner vorgesetzten Behörde erfolgt sei: „Herr Reents kann mutmaßen, was er will.“ Tatsächlich ist wohl die Annahme berechtigt, daß die schnoddrige und offen reaktionäre Art der Staatsanwaltschaft Reumann (man erinnere sich nur an sein berühmtes „Ne und?“ zu den Planspielen im „Krisenstab“ über eine mögliche Exekution politischer Gefangener) der Anklagebehörde selbst unklug erscheint und sie um einen Zusammenbruch weiterer Anklagepunkte fürchtet. Schließlich hatten sowohl Reumann als auch Richter

Betz bereits als wahr unterstellt, daß Thomas Weißbecker „gepeit in eine Polizeifalle gelockt“ wurde. Da zieht die Anklagebehörde diese Dinge lieber selbst vom Tisch, bevor weiteres Licht in diese Angelegenheit gebracht ist — zumal die demokratische Öffentlichkeit auf den Tod Elisabeth v. Dycks durch einen polizeilichen Rückenschuß unüberhörbar mit Protest reagiert hat.



Formal besagt der § 154a, nach dem die teilweise Einstellung beschlossen wurde, daß die Beleidigungsdelikte in Sachen Weißbecker und v. Rauch „für die zu erwartende Strafe oder Maßregel der Besserung und Sicherung nicht ins Gewicht“ fallen und daher „die Verfolgung auf die übrigen Teile der Tat oder die übrigen Gesetzesverletzungen beschränkt“ werden. Da die Staatsanwaltschaft (zumindest in dieser Instanz) nach der Ankündigung des Richters Betz aber auch nicht mehr mit einer Bestrafung wegen „Staatsverunglimpfung“ rechnen kann, bleiben als „gewichtiger“ Beleidigungsdelikte demnach nur die Bezeichnung „Öffentliche Exekution“ für die Erschießung des Bankräubers Gonzales in Hamburg und die Namens-Schreibweise von Strauß mit „SS“ übrig.

Zeugenvernehmung der Geisel bestätigt: keine „Nothilfe“

Die Karten der Staatsanwaltschaft in Sachen Gonzales sind jedoch mehr als schlecht. Allein die Aussageverweigerung für den Todesschützen Fasig (MEK-Beamter) geht schwer zu Lasten der Anklage und nicht des Ange-

klagten — denn offensichtlich ist, daß die Polizei hier reichlich was verbergen will. Eine Farce war außerdem die Vorladung des Leitenden Kriminaldirektors (LKD) Bertling am 16. Verhandlungstag, der bei der Erschießung von Gonzales in Ablosung des LKD Zühlsdorf die Einsatzleitung innehatte. Die erste Frage des Richters an Bertling lautete, ob er der Einsatzleiter an jenem Tag war. Antwort Bertling: dafür habe er keine Aussagegenehmigung. Die Verteidigung beantragte daraufhin sofort, Bertling unvernommen zu entlassen, denn in welcher Eigenschaft sollte dieser überhaupt noch aussagen?! Dem Antrag wurde nach anfänglichem Sträuben des Staatsanwalts und des Richters stattgegeben. Jener Bertling ist übrigens der gleiche, von dem vor etliche Jahren der „sicherhaft

Mit welcher Bewußtheit und Ignoranz hier von der Polizei Gesetze überschritten wurden, verdeutlicht auch die Antwort des Bankangestellten auf die Frage von Jürgen Reents, wie die Polizei denn am Telefon auf die flehentliche Bitte reagiert habe: Sie habe überhaupt keine Antwort darauf gegeben. Stattdessen, so L. schon vorher in seiner Zeugnisaussage über den gesamten Ablauf, hat die Polizei im weiteren die Telefonleitungen zwischen der Bank und ihrem Kommandoraum blockiert.

Staatsanwalt Reumann paßten diese Aussagen sichtlich nicht in sein Anklagekonzept. Mit geradezu aufdringlicher Unverschämtheit versuchte er den Zeugen zu einer Abschwächung seiner Aussage zu bewegen. Ob er denn „auf gar keinen Fall“ einen Schußwaffeneinsatz der Polizei ge-

Übrig bleibt also . . .

Der Mann, der kein SS im Namen haben möchte

Die bereits an mehreren Prozeßtagen von Richter Betz gestellte Frage, ob wegen der Schreibweise von Strauß eine Erklärung abgegeben werden soll, wurde nun endlich beantwortet. Ausführlich begründete Jürgen Reents mit der politischen Vergangenheit von Strauß als „weltanschaulicher Referent“ des „Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps“ (NSKK) und als „Offizier für wehrgeistige Führung“ in der Hitler-Armee, wie auch mit zahlreichen rechtsextremistischen Äußerungen von Strauß nach 1945 bis heute, daß die Schreibweise seines Namens mit SS politisch berechtigt ist. „Wie kann jemand, der 1959 in der Zeitschrift „Der Freiwill-



geteilte“ Ausspruch berichtet wurde: „Es gibt bei uns Sachbearbeiter, die wissen alles besser. Die gehören am besten in den Gefängnis.“ (alte AK-Sammler können diesen Vorgang noch mal im AK 44, Mai 1974, Seite 18 nachlesen).

Die Vernehmung des Bankangestellten L., der von Gonzales als Geisel mit aus der Bank geführt wurde, war besonders hinsichtlich eines Punktes sehr aufschlußreich: L. Geisel mit aus der Bank geführt wurde, war besonders hinsichtlich eines Punktes sehr aufschlußreich: L. berichtete, er habe noch in der Bank telefonisch die Polizei „flehenhaft gebeten, nicht Gebrauch von der Schußwaffe zu machen“. Das bedeutet: eine „Nothilfe“-Situation, die nach den gesetzlichen Vorschriften die Zustimmung des Betroffenen erfordert. Dem die Polizei Nothilfe „gewähren“ will, lag eindeutig nicht vor; die Polizei ist sogar gegen den ausdrücklichen Willen der Geisel eingeschritten.

wollt hätte? Ob er die Polizei denn auch darum gebeten hätte, wenn er „eine Chance zur Befreiung“ gesehen hätte? Ob er das denn „aus freien Stücken“ gesagt hätte? Der Zeuge blieb dabei: das sei seine Aufforderung gewesen, er habe unter großer Angst gestanden. Schließlich suchte Reumann in einer Frage Zuflucht, die viel über die Mentalität dieses Staatsanwalts aussagt, an der nicht vorhandenen „Nothilfe“-Situation aber nicht das geringste ändert: „Haben Sie der Polizei hinterher Vorwürfe gemacht, daß (1) Sie befreit worden sind?“

Wenn unsere nochmalige gerichtliche Beschwerde über die Nichterteilung einer Aussagegenehmigung für den Todesschützen erneut abgelehnt wird, dürfte der „Gonzales-Komplex“ in diesem Verfahren damit abgeschlossen sein — und was sollte dies wohl nach dem viel gepriesenen „rechtsstaatlichen Maßstäben“ noch für eine Verurteilung hergeben?

ge“ seine „Hochachtung“ vor der SS bekundet, durch diese Schreibweise beleidigt werden?“, fragte er das Gericht.

Rechtsanwalt Uwe Maeffert stellte abschließend zwei Beweisansätze: 1. den Schriftsteller Berni Engelmann über die Vergangenheit von F.J. Strauß unter dem Nazi-Regime zu vernehmen; 2. zum Beleg für das faschistische Gedankengut von Strauß, dessen Sonthofener Rede, die Gutachten der Historiker Geis und Kühn sowie eine vom PDI erteilte Gegenüberstellung mit Zitaten von Strauß und Hitler zu verlesen.

Die Entscheidung darüber wird am nächsten Prozeßtag mitgeteilt:

Mittwoch, 30. Mai, 9.30 Uhr
Strafjustizgebäude Raum 297,
Sivakingsplatz 3

Erklärung Hamburger Buchhändler zum Prozeß gegen den Rotbuch-Verlag

Hamburg, den 21.5.79

Wir, die unterzeichnenden Buchhändler Hamburgs, sind empört über den hier anstehenden Prozeß. Wieder einmal wird versucht, durch Gerichte Einfluß auf Literaturproduktion zu nehmen. In diesem Fall ist der Rotbuchverlag vor die Schranken des Gesetzes gestellt worden. Es soll der Beleidigungscharakter folgender drei Zeilen: „...die Angst vor Konkurrenz, vor selbsteigenen, vorm Schuß, ... schwitzen die von ihm bezahlten Politiker über Gesetzen, die ihm genehm sind, und seine Gegner zerfetzen...“ eines Gedichtes von F.C. Delius über H. Horten verhandelt werden. Ersterachlenen ist dieses Gedicht im Tintenfaß 1971 (nie), zweitveröffentlicht im Rotbuchverlag, Berlin, 1975.

Hortens Ruf, der ihm durch drei Gedichtzeilen gefährdet scheint, ist ihm ein Streitwert von 200.000 DM vor Gericht wert. Das erneute Publizieren will er bei Strafe von 300.000 DM verhindert sehen. Derartige Summen würden den finanziellen Ruin des Verlages bedeuten. Indem Gedichte zum juristischen Streitgegenstand werden, besteht die Gefahr, daß eine freie Auseinandersetzung über literarische und politische Phänomene verhindert wird.

Gerade aber diese Auseinandersetzung fördert der Rotbuchverlag, der seit seiner Gründung mit mehr als 300 Publikationen wichtiger Bestandteil des Verlagspektrums in der BRD geworden ist. Diese Funktion übernahm der Verlag jüngst durch die Publikation des Buches „Die Herren des Morgenraums“ von P.O. Chotjewitz.

Für uns Buchhändler bedeutet dieser Prozeß nicht nur den Versuch einer Aushöhlung des Grundgesetzartikels 5, Abs. (1) und (3), sondern auch einen zensurmäßigen Eingriff in unsere Sortimentgestaltung.

Diese Erklärung haben folgende Hamburger Buchhändler unterschrieben:

cafe und buch	Holstenstraße 186
Mühlenkamper Bücherstube	Peter-Marquard-Str. 11
Heinrich Heine	Grindelallee 26
Buchladen Osterstraße	Osterstraße 156
Arbeiterbuch	Grindelhof 45
Nautilus	Bahrenfelderstr. 68
Internationale Bert Brecht	Eppendorferweg 157
Pädagogik Kinderbuch	Schillerstraße 86
Von Heute An	Bismarckstraße 98
Buch Handlung Welt	Martstr. 12
Wage	Rothenbaumchaussee 7
Libretto	Binderstr. 24
Elmenhorst	Schillerstr. 4
Engel	Moorweidenstr. 22/24
Mauke	Karl-Muck-Platz
Glogau jun.	Neuer Wall 50
Hochhuth	Alte Post
Hamburger Bücherstube	Neuer Wall 13

Thomas Luczak (»KPD«) mit Knast bedroht

Thomas Luczak, Funktionär der „KPD“ in Nordrhein-Westfalen, soll für 17 Monate in den Knast! Entsprechende Anträge stellte die Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Dortmund. Um dies zu erreichen, will sie die Bewährung in früheren Urteilen gegen Thomas Luczak aufheben lassen und mit einem neueren Knasturteil zu einer „Gesamtstrafe“ zusammenziehen:

- Wegen Teilnahme an einer Demonstration gegen den US-Bombenterror gegen Nordvietnam 1972 wurde Thomas Luczak zu 8 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt.
- Gleichfalls zu 8 Monaten auf Bewährung wurde er als Presseverantwortlicher für mehrere „KPD“-Flugblätter in den Jahren 1974/75 verurteilt. Das Urteil erging u.a. wegen „Staatsverunglimpfung“ (§ 90a), weil in den Flugblättern von „Schwindel mit Demokratie und Parlament“, „Demokratie der Ausbeuter“, „Polizeiterror“, „Morde an Arbeitern“ (das bezog sich auf den Tod Günther Routhiers) usw. die Rede war.
- Wegen „Sachbeschädigung“ wurde Thomas Luczak im September 1977 schließlich zu 2 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt! Er hatte während des Bundestagswahlkampfes 1976 ver-

sucht, eine Parole der „KPD“ an eine Mauer zu malen... Über den Umfang dieser „Sachbeschädigung“ stellte das Gericht in seiner Urteilsbegründung selbst fest: „Bei dem Gebäude handelt es sich um ein altes, baufälliges (!), unbenutztes (!) Eingangshaus der ehemaligen Zeche. Die Farbe hat die Stadt Dortmund inzwischen von einem Kostenaufwand von ca. 250,- DM (!) wieder entfernen lassen. Sie hätte sich aber bei normalen Witterungsbedingungen in verhältnismäßig kurzer Zeit von allein abgelöst“ (!!). Der „verhältnismäßig geringe Schaden“ wurde vom Gericht aber nur deswegen erwähnt, weil es damit begründen wollte, daß keine höhere Strafe verhängt wurde, sondern 2 Monate Knast ohne Bewährung „ausreichend“ seien! Das Gericht verurteilte ihn wegen seiner „Bereitschaft, bestehende Gesetze aus eigenem Gutdünken im Einzelfalle zu übertreten“ und „weil er glaubte, seine politische Einstellung gebe ihm das Recht, die bestehenden Gesetze zu übertreten“; dazu verwies es auf seine „erheblichen Vorstrafen“.

Diese 2-Monats-Strafe hätte Thomas Luczak im Oktober 1978 antreten sollen — dazu kam es aber nicht, da er sich zu dieser Zeit von einer län-

eren Krankheit auskurieren mußte. Das nutzte die Staatsanwaltschaft, um im Februar 1979 einen Antrag zu stellen, die Bewährung aus dem „Vietnam-Urteil“ (8 Monate) zu widerrufen — und im April 1979 einen zweiten Antrag, die Bewährung aus dem Flugblätter-Prozeß zu widerrufen und mit dem Parolen-Urteil zu einer Gesamtstrafe von 9 Monaten zusammenzuziehen! Insgesamt also 17 Monate.

Über diese Anträge der Staatsanwaltschaft ist noch nicht entschieden. Umso dringlicher ist es, eine breite Solidarität „Keine Gefängnisstrafe für Thomas Luczak!“ aufzubauen. Wir rufen die Genoss(innen) des KB und die AK-Leser dazu auf, in Karten oder Briefen an Thomas ihre Solidarität zu bekunden:

Thomas Luczak
Yorkstr. 11
4600 Dortmund 1

Dort kann auch eine Dokumentation über diesen Fall drohender Genossenschaft bestellt werden (2 DM). Desweiteren ist es sinnvoll, sich direkt an das Gericht mit Protesten zu wenden (und Thomas davon Kopien zuzuschicken):

Amtsgericht Dortmund
Gerichtstr. 22
4600 Dortmund 1



Justiz — Kritik kriminell?

Interview mit Henryk M. Broder

Arbeiterkampf: Henryk Broder! Als Justiz-Kritiker, der selbst gegen Zensurprozesse geschrieben hat, bist du nun kürzlich selbst Opfer eines solchen Zensurprozesses geworden. Kannst du uns kurz informieren, worum es bei dem Prozeß vor dem Schöffengericht Köln am 9. Mai dieses Jahres ging?

Henryk M. Broder: Richtig Opfer bin ich noch nicht, weil das Urteil ja noch nicht rechtskräftig ist, das war die erste Instanz. Die Sache ist eine Groteske, sie läßt sich nur mit der Puppe in der Puppe in der Puppe vergleichen. In Köln gibt es einen Richter, der spricht Urteile, mit denen er ständig auffällt, auch durch die Art seiner Prozeßführung.

Wegen dieser Prozeßführung hat es Kritik gegeben, wegen dieser Kritik an der Prozeßführung dieses Richters hat es Prozesse gegeben. Einen solchen Prozeß habe ich besucht und darüber einen Bericht im WDR gemacht. Der Richter ist Dr. Victor Henry de Somoskeoy.

Es war ein harmloser, kurzer, vier Minuten langer absolut sanfter Kommentar, der, wenn ich jemals meine gesammelten Werke herausgebe, da nicht verstreut sein wird, weil er sich nicht verstreut hat. Ich habe referiert, was im Prozeß los war, ich habe referiert, was der Gegenstand des Prozesses war, nämlich eine Broschüre, die die ROTE HILFE herausgegeben hat.

In dieser Broschüre ging es um die Prozesse unter dem Vorsitz von Richter de Somoskeoy. Eine wirklich harmlose, kleine, banale Geschichte. Dieser Richter, Richter de Somoskeoy, fühlte sich nun auch von dieser Harmlosigkeit beleidigt und in seiner Ehre verletzt, wofür man noch dazu sagen muß, daß dieser Radiobericht ein paar Wochen später in der FRANKFURTER RUNDSCHAU gedruckt erschienen ist.

Er hat die FRANKFURTER RUNDSCHAU nicht angezeigt, mich hat er angezeigt und die verantwortliche Redakteurin der Sendung. Das Verfahren gegen die verantwortliche Redakteurin der Sendung ist von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden, sie wurde nicht belangt.

Arbeiterkampf: Henryk, wofür sollst du genau verurteilt werden?

Henryk M. Broder: Wegen Beleidigung und übler Nachrede. Ich habe zitiert, weswegen der Mann, der vor Gericht stand, bestraft wurde. Er wurde bestraft, weil er neben Behauptungen, die er selbst aufgestellt hatte über diesen Richter, auch die Behauptungen anderer zitiert hat; der COMBAT hatte über de Somoskeoy geschrieben, er sei ein Nazirichter, der STERN hatte ihn als einen Mann von internationalem Ruf bezeichnet. Ein Kölner Anwalt hat erklärt, wenn Somoskeoy den Vorsitz hat, legt er das Mandat nieder, weil die Angeklagten unfair behandelt werden. Das war der Gegenstand der Anklage gegen den Mann, der die Broschüre gemacht hat. Dies habe ich in meinem Prozeßbericht zitiert. Und dies wiederum war der Vorwurf der Beleidigungen gegen mich, und zwar mit der Begründung, ich sei ja viel zu clever und gerissen, um diesen Burschen selbst zu beleidigen, derwegen hätte ich mir die beleidigenden Äußerungen zu eigen gemacht.

Arbeiterkampf: Was ist das Ergebnis des Prozesses?

Henryk M. Broder: Das konkrete Ergebnis dieses Prozesses ist die Verurteilung zu 3.000,- Mark Geldstrafe. Wir gehen in die Berufung. Ich wollte eigentlich gar nicht in die Berufung gehen, weil ich finde, es gibt so tolle Urteile in der Geschichte der deutschen Justiz, daß man der deutschen Justiz auch dieses Urteil als Menetekel gönnen sollte. Ich habe mich aber für einen Anwalt und Kollegen, auch in die Berufung zu gehen, weil es ja bei dieser Geschichte nicht nur um mich geht. Es geht ja auch um die Freiheit der Berichterstattung. Es geht darum, daß die Justiz in bester alter deutscher Tradition sich mal wieder anmaßt, alles nach ihrem Lei-

sten zu scheren, sich wieder anmaßt, zu bestimmen, was sein darf und was nicht sein darf. Zumal in der kritischen Berichterstattung. Derwegen müssen wir in die zweite Instanz gehen. Ich bekomme Rechtschutz vom Journalistenverband und der RFFU, so daß ich das Risiko nicht allein trage.

Arbeiterkampf: Welche Bedeutung hat deiner Meinung nach der Prozeß für die Justizkritik, für die freie Presse bzw. auch im weiteren Sinne für die antifaschistische Berichterstattung?

Henryk M. Broder: Wenn das Urteil bestätigt wird, wenn es rechtskräftig wird, kann es verheerende Folgen haben. Ich will ein paar

sich heraus, daß „Die Schnüß“ vollkommen korrekt berichtet hatte. Das wurde durch eine Vielzahl von Zeugen bestätigt. Die sind trotzdem verurteilt worden. Da kam es überhaupt nicht darauf an, wahr oder unwahr. Der Richter meinte, auch eine sachgemäße Berichterstattung über das Vorgehen der Polizei sei beleidigend, die Polizei müsse davor geschützt werden.

Es kommt also nicht auf Tatsachen an, sondern eben auf den „negativen Zungenschlag“, der verfolgt wird.

Arbeiterkampf: Bist du der Meinung, daß so ein Urteil, wie das gegen dich jetzt eine Besonderheit ist, oder ordnest du das in eine bestimmte Tendenz ein?

auch die Urteile, die die Nazirichter fällten, waren revisionssicher. Es hat einen Haufen absolut revisionssicherer Urteile gegeben, wo die Leute anschließend gehängt wurden, nur hat sich's später irgendwann herausgestellt, die waren leider unschuldig. Also formal korrekte Verfahren mit katastrophalem Ausgang.

Dies ist der Maßstab, den die Justiz anwendet und dies ist der Maßstab, den die Justiz auf die Justizkritik anwenden will.

Es kommt noch was anderes hinzu: seit 10 Jahren bin ich — ich will nicht sagen im Kampf, das ist mir zu heroisch — aber in einer ständigen Auseinandersetzung mit der Justiz.

Ich habe viele Sachen gemacht, wo die Jungs ziemlich lächerlich dastanden. Ich habe ihnen nachgewiesen, daß die Neonazis nicht ver-

den Jungs gesagt, daß sie aus einer Firma kommen, die auch einen Freileiter hervorgebracht hat, wobei die es für angemessen hielten, mir darauf zu antworten, ich käme aus einer Firma, die Herrn Goebbels hervorgebracht habe. Das war natürlich besonders geschmackvoll.

Das ist sicher auch 'ne Retourkutsche auf diese Auseinandersetzung, wobei ich damals der Punktzieger geblieben bin. Daß die Jungs in Köln das mitgekriegt haben, darüber gibt es wohl keinen Zweifel.

Arbeiterkampf: Du schäuderst ja einen Zustand der westdeutschen Justiz, der ziemlich schlimm ist. Worin siehst du die Ursache für diesen Zustand?

Henryk M. Broder: Darüber ist schon wahnsinnig viel Literatur gemacht worden und geschrieben worden. Wenn ich mir heute die WELTBÜHNE nachgucke, kommt's mir vor, als wären das alles Sachen, die erst im letzten Monat erschienen sind und nicht vor 60 Jahren. Man kann jetzt auch nicht anfangen und sagen, dies sind alles Nazis oder zum großen Teil Nazis oder Leute, die in der NS-Tradition stehen. Das stimmt nicht und das wäre auch viel zu einfach. Die Leute waren schon reaktionär, bevor das 3. Reich angefangen hat und sie haben mit ihrer Rechtsprechung teilweise die Grundlagen für den deutschen Faschismus gelegt.

Es gibt die berühmte Untersuchung von Gumbel aus den 30er Jahren, wo er Fememorde untersucht hat, von Linken an Rechten und von Rechten an Linken und dann untersucht hat, wie jeweils diese Morde geschehen wurden.

Die Linken wurden streng bestraft, die Rechten kamen sehr gnädig davon.

Man muß sich immer wieder vor Augen halten, welche Rolle die Justiz im 3. Reich gespielt hat, da kann man von Rechtsprechung überhaupt nicht mehr sprechen. Rechtsbeugung war da die Regel. Und man muß auch wissen, daß nach dem Krieg kein einziger Richter, der mit seinen Untaten die Naziherrschaft gestützt hat, zur Verantwortung gezogen worden ist. Im Gegenteil, die meisten haben weiter Recht gesprochen auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Ein paar Dutzend haben sich vorzeitig pensionieren lassen. Das war alles.

Nun haben wir es heute zum größten Teil natürlich nicht mehr mit Richtern zu tun, die damals noch im Amt waren, das ist eine Altersfrage. Aber eine Tradition vermittelt sich ja nicht nur in Personen, sie vermittelt sich auch osmotisch, also durch bestimmte Haltungen. Und wenn ich mir angucke, wie heute die deutsche Justiz mit Rechtsradikalen umspringt, dann kann ich nur sagen, sie hat ihre schlimmste Tradition aufrecht erhalten.

Arbeiterkampf: Kannst du ein bißchen genauer ausführen, wie die Justiz heute die Nazis behandelt und welches Verhältnis die Justiz heute zu den Nazis hat?

Henryk M. Broder: Ich habe das in meinem Buch ausgeführt. Es wird — wenn überhaupt — nur zaghaft ermittelt, und dann nur auf Druck. Wenn ermittelt wird, wird wahnsinnig lange und schleppend ermittelt. Herr Eckart ist nach 10 Jahren zum ersten Mal zu einer Strafe ohne Bewährung verurteilt worden, es können Jahre vergehen, bis die Strafe rechtskräftig wird. Herr Röder ist ins Ausland entwichen. Mich hat der Frankfurter Staatsanwalt, der das Verfahren gegen ihn führen sollte, gefragt, wo sich Herr Röder aufhält. Ich bin nicht der Hiwi der Justiz, daß ich denen sagen muß, wo ihre Kundtschaft ist.

Ein anderes Beispiel ist Schönborn, ein Propagandist der Nazis, der ungehindert und ungestraft behaupten darf, die Sache mit den 6 Millionen Juden ist eine Legende. Der ist freigesprochen worden vor ein paar Wochen in Frankfurt. Wobei das Gericht ausdrücklich festgestellt hat, auch falsche Tatsachenbehauptungen genießen den Schutz der Meinungsfreiheit.

Wenn es um ein paar Millionen ermordete Juden geht, gelten offenbar andere Maßstäbe als bei dem Ehrenschutz eines Richters.

Das ist der eine Grund, warum die Rechtsradikalen so gefährlich sind. Der zweite Grund ist der, daß die Haltung der Rechtsradikalen in einer

Fortsetzung auf Seite 10



Im folgenden dokumentieren wir den inkriminierten Broder-Kommentar, den er am 21.12.77 im „kritischen Tagebuch“, einer Sendung des WDR hielt.

DOKUMENTATION DES INKRIMINIERTEN BRODER-KOMMENTARS

„Ein Kölner Schöffengericht hat am 19. Dezember 1977 einen Kölner Bürger wegen Beleidigung und übler Nachrede zu 600,- Mark Geldstrafe, ersatzweise 60 Tage Haft, verurteilt. Das Verfahren und auch das Urteil waren nicht weiter bemerkenswert, wenn es dabei nur um die verletzte Ehre des klagenden gegangenen wäre. Tatsächlich ging es um viel mehr: nämlich die Frage, wie weit Kritik an der Justiz gehen darf und welches Maß an Empfindlichkeit die Justiz ihrerseits entwickelt, wenn sie kritisch bis polemisch angepackt wird, das heißt: von welchem Punkt an stellt die Justiz Kritik an der Justiz unter Strafe.“

Zur Vorgeschichte: Am Kölner Landgericht ermittelt und urteilt der Richter Dr. Victor Henry de Somoskeoy. Einer breiten Öffentlichkeit wurde es erstmals im Juli 1974 bekannt, als Vorsitzender im Verfahren gegen Beate Klarsfeld. Er schloß — außer je einem Vertreter der in- und ausländischen Presseagenturen und je einem Vertreter der in- und ausländischen Rundfunkanstalten — die gesamte Öffentlichkeit von der Prozeßbeobachtung aus. Der Kölner Stadt-Anzeiger sprach von einem in der westlichen Prozeßgeschichte einzigartigen Beschluß. Die Art der Prozeßführung von Richter de Somoskeoy, vor allem die Behandlung der vor Gericht als Zeugen er-

schienenen französischen Widerstandskämpfer, veranlaßte die Pariser Tageszeitung „Combat“, ihm das Prädikat „Nazirichter“ zu verleihen. Im April 1976 sprach das Schwurgericht unter dem Vorsitz von Richter Dr. Victor Henry de Somoskeoy einen 47 Jahre alten Deutschen von der Anklage des Totschlags frei, der zwei Tanten entsetzt und einen dritten lebensgefährlich verletzt hatte. Dem Angeklagten wurde eine strafbefreiende Notwehrüberschreitung aus Furcht und Schrecken zugute gehalten. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Freiheitsstrafe beantragt. Ein paar Tage später verurteilte derselbe Strafhammer unter demselben Vorsitzenden einen 39jährigen Portugiesen, der seinen deutschen Nachbarn mit einem Messer schwer verletzt hatte, zu sechs Jahren Haft wegen versuchten Totschlags. In diesem Fall hatte der Staatsanwalt ein Jahr wegen Körperverletzung beantragt. Die BILD-Zeitung, sonst kaum auf der Seite zugewandelter Übeltäter, fragte: „Hat Richter Vorurteile gegen ausländische Angeklagte?“

Auch Prozesse gegen KPD-Mitglieder oder türkische Oppositionelle, bei denen de Somoskeoy den Vorsitz führte, verheßen so, daß sie in der Öffentlichkeit immer Aufmerksamkeit erregten. Die illustrierte „Der Stern“ nannte ihn einen „Mann von internationalem Ruf“, der Kölner Rechtsanwalt und Bürgermeister Dr. Jacobs erklärte: „Ich lege in Zukunft mein Mandat nieder, wenn de Somoskeoy den Vorsitz hat, weil Angeklagte bei ihm nicht die nötige Fairneß finden.“

Im Sommer 1977 brachte die der KPD sehr nahe stehende „Rote Hilfe“ eine Broschüre über Dr. Victor Henry

de Somoskeoy heraus. Sie enthielt außer einer Reihe von faktisierten Zeitungsberichten über Verfahren unter de Somoskeoy's Vorsitz und einem Sitzungsprotokoll mit vielen starken Somoskeoy-Sprüchen (Hier werden Sie gegeritten wie die Konaken ihre Strafen!) auch ethisch kommentierende Bemerkungen über den Richter wie z.B. die, Dr. Victor Henry de Somoskeoy betreibe „Gegensinnjustiz“, praktiziere die „Entrechtung der Verteidigung“ und zeige ein „zynisches, ausländerfeindliches Rassedenken“ in seinen Urteilen. Der Angeklagte — im Nehmen nicht so stark wie im Geben — stellte Strafantrag gegen den Impresario als Herausgeber genannten Hartmut J., der aus dem Gericht wegen übler Nachrede und Beleidigung verurteilt wurde. In seiner Urteilsbegründung erklärte der Richter, Kritik an der Justiz sei zulässig, berechtigt und notwendig, aber im vorliegenden Falle sei die Kritik nur ein Vorwand, um den Richter Dr. Victor Henry de Somoskeoy in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Die Broschüre sei eine Scheindokumentation, von einer Wahrnehmung berechtigter Interessen könne keine Rede sein.

So ist die angegriffene Ehre des Dr. Victor Henry de Somoskeoy fürs erste wieder hergestellt, und alle, die eine kritische Beschäftigung mit der Praxis der Richter und Gerichte für nötig halten, müssen lernen, daß es eben diese Richter und Gerichte sind, die darüber entscheiden, ob die Kritik an ihnen berechtigt oder nur ein Vorwand für Ehrverletzung sei. Es kann kaum angenommen werden, daß sie im Zweifelsfall für das Recht auf Kritik entscheiden werden.“

Sachen zitieren, für die es noch keinen schriftlichen Beleg gibt, die während der Prozeßführung gesagt wurden und auch in der mündlichen Urteilsbegründung zum Ausdruck kamen.

Der Staatsanwalt meinte — relativ — ich hätte einen negativen Zungenschlag.

Das ist inzwischen offenbar wieder ein strafwürdiger Tatbestand. Dann meinte der Richter, ich hätte Dreck verspritzt.

Auch dies ist offenbar etwas, was bei deutschen Gerichten wieder zählt. Wenn der eine „negativer Zungenschlag“ sagt und der andere sagt „Dreck verspritzt“, dann klingt das in meinen Ohren, als würde der eine von „zerstörerischer Kritik“ sprechen oder von „Volkschädlingen“ und der andere von „entarteter Kunst“, was ja nun beides nicht sein darf. Soweit sind wir inzwischen wieder.

Es ging darum, eine kritische Haltung — ich komme darauf gleich zu sprechen — die selbstverständlich in dem Beitrag zum Ausdruck gekommen ist, zu kriminalisieren.

Fakten spielten gar keine Rolle. In Bonn war kürzlich ein Prozeß gegen den Redakteur einer Stadtzeitung, einer kleinen Stadtzeitung, die heißt „Die Schnüß“. „Die Schnüß“ hatte berichtet über einen Polizeieinsatz, der sich mit einer unglaublichen Brutalität in Bonn abgespielt hat. Und im Laufe des Prozesses stellte

Henryk M. Broder: Beides. Es gibt im Augenblick bei der Justiz eine unverkennbare Tendenz, ihre Vorstellungen von dem was sein darf, anderen gesellschaftlichen Organisationen aufzudrücken. Wobei natürlich differenziert vorgegangen wird.

Gegen „Die Schnüß“ kann man ganz anders vorgehen als gegen den STERN und gegen mich kann man ganz anders vorgehen als gegen den WESTDEUTSCHEN RUNDFUNK. Aber irgendwo muß man anfangen. Und wenn die sich erstmal am kleineren Gegner genug Mut gemacht haben, dann werden sie es auch an größeren Sachen versuchen. Das ist zweifellos eine systematische Geschichte.

Das Absurde, Witzige, Groteske an der Geschichte ist ja, daß hier, ich glaube zum ersten Mal seit langer Zeit, von der Justiz ganz klar gesagt wurde, für die Berichterstattung über Justiz haben Justizimmanente Maßstäbe zu gelten.

Also ein banales Beispiel: Wenn ich einen Film kritisiere, darf ich nicht meine Maßstäbe anwenden, sondern die des Regisseurs, der den Film gemacht hat, eine Absurdität.

Weil der Staatsanwalt sagte, die Urteile, um die es da ging, die de Somoskeoy gefällt hat, die kritisiert wurden, seien alle revisionssicher gewesen, von der Revisionsinstanz bestätigt, und dann gibt's es davon überhaupt nichts zu kritisieren. Dazu kann man halt nur sagen,

folgen wollen. Ich habe auch ein paar Leute bloßgestellt. Und in dem Straf-antrag, den Somoskeoy gegen mich gestellt hat, kommt auch der verdrängte Satz drin vor: „Herr Broder ist zu lange mit der Justiz befaßt, um nicht zu wissen, was er macht“.

Arbeiterkampf: Du hast ja ein Buch herausgegeben, das sich mit diesem Thema befaßt und das in die antifaschistische Berichterstattung gewissermaßen auch eine Bresche geschlagen hat: „Deutschland erwacht“. Wieweit könnte so was zum Beispiel eine Reaktion auf dieses Buch sein?

Henryk M. Broder: Diese Reaktion kann man nicht nachweisen. Ich hab keinen Beleg dafür. Aber ich bin sicher, daß die beiden Geschichten sehr eng zusammenhängen.

Es gibt einen sehr konkreten Hinweis darauf. Als das Buch erschien, hat der Deutsche Richterbund es für nötig gehalten, sich in einer sehr unqualifizierten Weise darüber zu äußern. Daraufhin gab es eine Kontroverse zwischen dem Deutschen Richterbund und mir, die in den Spalten der WESTDEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG stattgefunden hat.

Beide Seiten kamen zu Wort. Und irgendwann hat die Justizministerin von Nordrhein-Westfalen dem Deutschen Richterbund die Weisung gegeben, mit der Auseinandersetzung aufzuhören, weil, zum Schluß standen sie ziemlich blamiert da. Ich hatte

Fortsetzung von Seite 9

etwas moderateren Form sich an der Basis in einer großen Breite wiederfindet. Während die Linken vom „kleinsten gemeinsamen Vielfachen“ der deutschen Seele weiter entfernt sind.

Die Rechtsradikalen artikulieren radikaler, deutlicher das, was der statistische Durchschnitt empfindet. Deswegen ist die Angst vor dem Linksradikalismus so groß und die vor dem Rechtsradikalismus so klein. Arbeiterkampf:

Du hast vorhin gesagt, daß dieses Urteil ein Urteil ist, das der westdeutschen Justiz zu gönnen sei. Was meinst du damit?

Henryk M. Broder: Ich meine damit, daß es schon viele solche Urteile gegeben hat. Ich will mich jetzt wirklich nicht herstreiten, das liegt mir fern, aber bitte schau die WELTBÜHNE an, schau dir an was für Prozesse damals stattfanden, schau dir an, wie Ostietzky vor Gerichten behandelt worden ist, schau dir an, wie andere Leute behandelt werden, die hier Kritik am Staatsapparat üben, die 90a, die 88a-Prozesse.

Die Justiz hat das Urteil auch aus einem anderen Grund verdient. Sie hat wieder mal artikuliert, was nicht sein darf. „Dreck verspritzen“ darf nicht sein, das ist undeutlich, unsauber. „Negativer Zungenschlag“ darf nicht sein – er müsste positiv sein. Wenn du Nein sagst, bist du schon fast kriminalisiert. Es ist schon sehr symptomatisch, was da gesagt wurde.

Arbeiterkampf: Du hast an anderer Stelle bei einem Gespräch, das zwischen dir und einem Vertreter unserer Organisation geführt worden ist, mal geäußert, du seist der Meinung, der Zug in der BRD sei bereits abgefahren. Was für eine Einschätzung steht dahinter?

Henryk M. Broder: Einschätzungen kann ich sehr schlecht. Ich kann nur meine Erfahrungen und persönlichen Empfindungen wiedergeben.

Ich bin hier zugewandert. Meine Eltern sind ja 1937 in die Bundesrepublik gekommen. Sie haben mich nicht gefragt, ob ich wollte. Würde ich heute nicht in der Bundesrepublik leben, und vor der Frage stehen hierher zu kommen, würde ich mich nicht dafür entscheiden.

Der Zug ist abgefahren – wenn man sich die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik anguckt, ist das eine kontinuierliche Geschichte der Restauration.

Der Schock, den der 2. Weltkrieg der Bundesrepublik angedrückt ist, das ist eine kontinuierliche Geschichte der Restauration.

Der Schock, den der 2. Weltkrieg ausgelöst hat, und der Vorsatz, es alles nun besser zu machen, war sehr schnell vergessen.

Es hat keine breite Demokratisierung stattgefunden. Tatsächlich wurde die Demokratie aufgetrocknet, von vielen als aufgetrocknet empfunden. Und es gibt nicht den demokratischen Grundbestand an Fairplay, an common sense, den es in anderen Ländern gibt.

Ich habe das Gefühl – das ist kein Gefühl, das ist schon Sicherheit –, daß eine kleine aktive Minderheit sich um den Bestand der demokratischen Rechte kümmert, also Teile der Gewerkschaften, Teile der Kirche, Teile der Publistik, Teile der Anwaltschaft. Daß aber diese Frage sich losgelöst vom vitalen Lebensinteresse der Nation abspielt. Wenn ich mir angucke, was der STERN immer wieder ausgrüßt, wenn ich mir angucke, wie wenig allgemeine Betroffenheit das auslöst, dann weiß ich nicht, wie man sich um den demokratischen Bestand kümmern kann, wenn die meisten Leute sich darum nicht kümmern.

Es gibt bei uns eine einzige Zeitung, die kontinuierlich Skandale aufdeckt, das ist die FRANKFURTER RUNDschau. Wenn man sich anguckt, was andere Zeitungen daraus machen, dann kommt über jedes verpatzte Fußballspiel eine größere Meldung als über die Skandale des Bundesnachrichtendienstes.

Arbeiterkampf: Aber auf der anderen Seite hast du diesen Prozeß aktiv geführt. Wie verträgst sich das mit deiner Einschätzung, daß der Zug abgefahren ist?

Henryk M. Broder: Der Zug ist abgefahren. Die Frage ist nur, wie langsam er fährt oder wieviel Zeit er uns noch läßt, vom Bahnsteig wegzugehen, bis die Bahnpolizei kommt, um uns abzuholen; das ist die Frage. Vorläufig stehen wir noch auf dem Bahnsteig herum und warten. Und solange wir nicht abgeholt werden, können wir ein wenig schlumpfen.

Natürlich habe ich den Prozeß aktiv geführt, weil das eine Frage meiner persönlichen Ehre ist, meines eigenen Durchhaltevermögens, meiner Identität. Ich kann nicht aufgeben, nicht nachgeben. Bei meiner Biografie verbietet sich das ganz von allein. Nicht, daß ich meine, damit etwas zu verändern. Es ist nur, daß ich verpflichtet bin, das festzuhalten, das zu dokumentieren, um anderen

Leuten in gleicher Situation auch Mut zu machen, so wie mir Mut gemacht wird von Leuten, die sich in der gleichen Situation befinden oder befunden haben, wie eben Ostietzky, Mühsam, Toller.

Arbeiterkampf: Wie hat das ausgesehen, mit der Unterstützung für deinen Prozeß, sowohl national als auch international?

Henryk M. Broder: Ich überblick das noch nicht ganz. Aber das war eigentlich sehr angenehm. Wir haben – meine Anwälte und ich – diese erste Instanz auf relativ kleiner Flamme gekocht. Weil wir mit anderem Ausgang rechneten. Wir waren doch überrascht von der exorbitanten Dummheit und Offenheit, mit der dieses Urteil begründet wurde.

Es war auch sehr viel Presse da, von der TAZ bis zur FRANKFURTER RUNDschau, von der NEUEN bis zu METALL. Das hat mich sehr gefreut.

Die zweite Instanz wird von uns wesentlich aggressiver geführt werden. Sowohl was die Darlegung von Beweismitteln angeht als auch was die Öffentlichkeitsarbeit angeht; vielleicht wird das Ergebnis nicht anders sein, dann muß aber die Blamage der Justiz zumindest intensiver gestaltet werden.

Arbeiterkampf: Hast du eine Vorstellung, wie man in diesem Fall, aber auch in anderen Fällen den Kampf gegen solche eine Justiz und die darin deutlich werdende Entwicklung auf breiterer Basis führen kann? Wie man also die von dir auch bemängelte Betroffenheit in der Bevölkerung weiter aufwecken kann?

Henryk M. Broder: Ich hab keine genauen Vorstellungen, man muß es ausprobieren, man muß vieles versuchen, man muß unermüdlich rotieren. Man muß vor allem die Medien aufmerksam machen, man muß vor allem so Leute in Justizapparaten selbst mobilisieren. Weil – natürlich sind nicht alle Richter so – das wäre eine unzulässige Verallgemeinerung. Es haben sich sogar zwei Richter bei mir gemeldet, allerdings nicht aus Köln.

Ich weiß genau, daß hinter vorgehaltener Hand und unter vier Augen sich die Kölner Richter von da Moskowsky distanzieren. Allerdings kommen diese Distanzierungen nicht in ihren Urteilsprüchen zum Ausdruck.

Man muß Öffentlichkeit herstellen. Immer wieder Öffentlichkeit herstellen, weil in der gegenwärtigen Phase natürlich der Justiz Kleier nachstellen. Immer wieder Öffentlichkeit herstellen, weil in der gegenwärtigen Phase natürlich der Justiz vieles noch peinlich ist, das heißt, sie ist nicht der allmächtige Apparat, der sie mal gewesen ist, noch nicht. Und ich weiß genau, daß alle Leute halt in ihrem Bedürfnis als gute Justizmenschen, als gute Juristen dazustehen, verlässlich sind, daß sie Peinlichkeiten scheuen.

Der Richter, der mich verurteilt hat, mokierte sich minutenlang darüber, daß wir in der STADTREVUE auf den Prozeß aufmerksam gemacht haben. Er mokierte sich darüber, in welchen Organen ich überhaupt schreiben würde. Das heißt, sie sind sehr gut über das Echo informiert, das sie produzieren. Man muß also Öffentlichkeit herstellen.

Vor allem, man muß den Kollegen, die glauben, sie seien gar nicht betroffen, klar machen, daß sie sehr schnell betroffen sein können.

Arbeiterkampf: Welche Möglichkeiten siehst du, genau das zu machen?

Henryk M. Broder: Ich weiß es nicht. Ich kann keine Rezepte sagen. Man muß halt die bürgerlichen Journalisten, zu denen ich mich selbst zähle, ansprechen und ihnen klarmachen, daß es auch um sie geht. Und ich glaube, daß es in diesem bürgerlichen Lager relativ mehr Verständnis dafür geben wird als innerhalb der linken Sektoren, die in einem ständigen Kampf und Konkurrenzverhalten zueinander liegen.

Du wirst wahrscheinlich einen Menschen von der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG oder der FRANKFURTER RUNDschau eher in einem solchen Fall mobilisieren können, als einen Menschen von der UZ, der erst einmal fragt, worum geht es. Dem es also nicht darum geht, daß der Staat hier eingreift und der verurteilt wird, sondern der erst einmal guckt, was er verbieten will. Und wenn der Staat etwas verbieten will, was nicht auf der UZ-Linie liegt, dann ist das nicht so schlimm, dann kann er das auch ruhig verbieten.

Bei vielen bürgerlichen Leuten ist, glaube ich, doch noch das Empfinden dafür da, daß der Staat sich um solchen Sachen rauszuhalten hat. Nur, es ist die Frage, wieviele solcher bürgerlichen Journalisten es gibt, es sind nicht viele.

Das heißt, ich kann dir auch nicht sagen, wie es geht, man muß es immer wieder versuchen.

Arbeiterkampf: Wir danken dir für dieses Gespräch.

Heimlich, still und leise – „Innere Sicherheit“ auf dem Vormarsch

Man konnte in den letzten Monaten den Eindruck gewinnen, als erlebe man einen liberalen Frühling: Innenminister Baum kündigte bei seinem Amtsantritt ein „Durchforsten des Sicherheitsapparates“ an und legte (3 Tage vor der Schleswig-Holstein-Wahl) die ersten Prüfberichte über Amtshilfe und Datenschutz vor. Große Illustrierte bringen mehr oder weniger kritische Serien („Stern“: „Freiheit '78“; „Spiegel“: „Das Stahlnetz stülpt sich über uns“). Immer mehr Politiker äußern Vergleiche mit der Gestapo. Unbeeinträchtigt von aller Kritik, und gerade wegen des Liberalisierungs-Theaters kaum beachtet, wird weiter am „System der Inneren Sicherheit“ gearbeitet:

– Am 1.7.78 stellte Dr. A. Stümper (Baden-Württemberg) in einem Interview seine Vorstellungen über eine zu schaffende „Generaldirektion für die Innere Sicherheit“ beim Bundesinnenministerium vor; sie soll die polizeiliche Forschung und den operativen Einsatz aller „Sicherheitsorgane“ bei „Gefahrenlagen“ bundesweit koordinieren. Im Januar '79 wurde dieser Vorschlag in der Fachzeitschrift „Kriminalistik“ einem etwas größeren Publikum vorgestellt.

– Am 29.8.78 beschloß die „Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundesinnenministers“

der Bremer Innensenator Fröhlich (SPD), charakterisiert die Arbeit der IMK, die bisher ihre Beschlüsse prinzipiell einstimmig gefaßt hat, folgendermaßen:

„Wenn es um die Kernfragen der Inneren Sicherheit geht, ist die Gemeinsamkeit aller Innenminister – gleich welcher politischen Herkunft – sehr groß... Die Verantwortung für die Innere Sicherheit verpflichtet uns alle zur Zusammenarbeit. Der Wille dazu ist da, quer durch die Parteien“. Angesprochen auf Schwierigkeiten, die entstehen, wenn Vorschläge der IMK im Parlament (also vor den Augen der Öffentlichkeit) verabschiedet werden sollen (wie z. B. beim Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz), antwortete Fröhlich: „Ich gebe... zu, daß es problematisch ist, in einer Runde wie der Innenministerkonferenz Gesetzentwürfe zu finden, die anschließend durch alle Länderparlamente und den Bundestag gehen müssen... Ich sehe da aber die Stärke der Ministerkonferenz eher in der Abstimmung ganz praktischer Vorgehensweisen im Polizeibereich“. (Hervorhebungen von uns; „Deutsche Polizei“ 3/79). Der Schwerpunkt der IMK-Arbeit liegt also darin, unabhängig und außerhalb der Kontrolle der Parlamente Maßnahmen zu beschließen.

Auf die Frage, ob die Zuständigkeit der Länderparlamente durch Beschlüsse der IMK ausgehöhlt werden kann, antwortet Schwarz: „Ich meine, es ist wichtig, Leitlinien aufzustellen, die man Zug um Zug realisiert. Es ist vor allen Dingen gut – und darin liegt der Vorzug des Sicherheitskonzepts –, daß man sich einmal programmatisch vereinbart hat. Ich halte das für eine legitime Sache.“ („Deutsche Polizei“ 1/75).

Zwei Beispiele mögen verdeutlichen, daß die IMK wenig Interesse an der Kontrolle unrechtmäßiger Praktiken zeigt:

– Einen Tag, nachdem die zweite Abhör-Affäre in Stammheim bekannt geworden war, tagte die IMK am 18.3.77. Die Abhör-Affäre stand nicht auf der Tagesordnung. („Deutsche Polizei“ 4/77).

– Die erste Reaktion auf die von Baum vorgelegten Prüfberichte über Amtshilfe, Datenschutz und Kartieren von Seiten der IMK am 27.4.78 war die Forderung, solche Berichte doch bitte vor ihrer Veröffentlichung den Innenministern vorzulegen. Die inhaltliche Debatte über die Berichte wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

Zur Arbeit der IMK

Im Rahmen der „Sicherheitspolitik“ war die Erarbeitung eines „Sicherheitsprogramms“ das erste große Werk der IMK. Schon in der Vorbemerkung des im Juni verabschiedeten „Programms für die Innere Sicherheit“ wird demagogisch ein schwarzer Schimmel vorgestrichen:

„An der aus guten Gründen zwischen Ländern und Bund geteilten Verantwortung für die Innere Sicherheit wird festgehalten. Wie gerade das vorliegende gemeinsame Sicherheitsprogramm von Bund und Ländern beweist, schließt das jedoch einheitliche, der Entwicklung angepaßte Grundsätze über Aufgaben, Organisation, Ausrüstung und Ausbildung der Polizei nicht aus. Diese Grundsätze sollen helfen, die Einheitlichkeit, die innerhalb der Länder schon besteht, dort, wo es für ein gemeinsames Handeln der Polizei hilfreich ist, innerhalb der Länder schon besteht, dort, wo es für ein gemeinsames Handeln der Polizei erforderlich ist, auch im Zwischen-Länder-Bereich und im Bund-Länder-Verhältnis wirksam werden zu lassen.“

Es wird behauptet, daß an der Verantwortung der Länder festgehalten werde. Tatsache ist jedoch, daß selbst an der Konzipierung dieses Sicherheitsprogramms die Länderparlamente überhaupt nicht beteiligt waren. Die bundeseinheitliche Ausrichtung der Grundsätze, Aufgaben, Organisation, Ausrüstung und Ausbildung der Polizei ist gerade unter Umgehung der Parlamente festgelegt worden. Die Parlamente sind, wenn überhaupt, so meistens nur zur Absegnung schon praktizierter Maßnahmen mit einzelnen Folgen dieses Programms konfrontiert worden.

Auf Grundlage dieses „Sicherheitsprogramms“ (PIS) und seiner Ergänzung im Teil II wurden schwerwiegende Maßnahmen durchgesetzt, wie z.B.:

- die Einrichtung von Lagezentren bei allen Länderinnenministerien (Frühjahr 1974);
- einheitliche Richtlinien für die Ausbildung und den Einsatz von Sonderkommandos (Frühjahr 1974);
- Kompetenzerweiterung für das BKA (11.4.75), und in dessen Folge die Errichtung des BKA/T (7.5.75);
- Ausarbeitung und Verabschiedung des Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz (1.6.76);
- Schaffung besonderer Organisationseinheiten beim VS zur systematischen und kontinuierlichen Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Projekt: „Verfassungsschutz durch Aufklärung“;
- länderübergreifende Zusammenarbeit von Führungsstäben; Einrichtung ständiger Beratergruppen am Lagezentrum; Bewilligung von 5 Mio. DM für Öffentlichkeitsarbeit gegen den Terrorismus (Bund-Länder-Kommission) (28.4.78);
- Kompetenzerweiterung für BKA-Beamte im Bereich der „Gefahrenabwehr“.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Vereinheitlichung und Zentralisierung der westdeutschen Polizei heute bereits ein Ausmaß erreicht hat, das in der Weimarer Republik nicht erreicht wurde, sondern erst nach der Machtübernahme von den Nazis durchgesetzt wurde.

Antifa-Kommission Hamburg



Pressekonzferenz der IMK: Schiess, Fröhlich, Mailhofer, Hirsch

(IMK) eine Regelung für die Zusammenarbeit des BKA mit den Länderpolizeien zur Bekämpfung „terroristischer Gewaltkriminalität“; die Zuständigkeit der Länderpolizeien wird stärker betont; dem BKA wird aber weiterhin die Steuerungsfunktion zuerkannt sowie die derzeitige Möglichkeit, im Bedarfsfall die Ermittlungen auch direkt und personell zu leiten. (AK 149, S. 16).

– Im Februar erwähnte das Informationsblatt des Bundesinnenministeriums „Innere Sicherheit“ Nr. 47, daß Bundesinnenminister Baum sich dafür ausgesprochen habe, „ein möglichst übereinstimmendes System von Führungsstäben zur Bewältigung besonderer Krisen- und Gefahrensituationen zu entwickeln“ (AK 150, S. 34).

Interessant ist der Hintergrund, auf dem diese Absichtserklärungen gemacht wurden: Im Bundeskanzleramt (BuKa) und im BKA existieren bereits seit längerem bombensichere Bunker, die als Herberge für ständig besetzte Lagezentren dienen. Im Bundesinnenministerium gibt es bereits eine rund um die Uhr besetzte Führungs- und Lagezentrale, die im „Krisenfall“ sofort als Führungsstab fungieren kann. Vergleichbare Lagezentren bei den Länderinnenministerien haben bereits ihre „Bewährungsproben“ bestanden. Auf dieser Grundlage sind Stümper und Baums „Vorschläge“ nicht als Aufstakt einer Diskussion über ein mögliches System polizeilicher Befehlzentren zu verstehen, sondern vielmehr als Versuch, die Existenz und die Arbeit von Lagezentren nunmehr Alltag werden zu lassen, nachdem ihr Entstehen Anfang der 70er Jahre immer mit außergewöhnlichen Bedrohungen gerechtfertigt wurde. Heute geht es nur noch darum, eine reibungslose Zusammenarbeit zu gewährleisten und dieses System mit einer alle Fäden ziehenden Zentrale („Generaldirektion für die Innere Sicherheit“) zu versehen.

„Solidarität der Demokraten“

Alle Maßnahmen zur Zentralisierung und Koordinierung des „Innere Sicherheit“-Apparates basieren auf einheitlichen Zielvorstellungen und einem einheitlichen Konzept (Programm für die Innere Sicherheit). Dieses Konzept ist von der IMK seit 1971 konsequent entwickelt worden. Der derzeitige Vorsitzende der IMK,

IMK – illegale Exekutive

Die IMK setzt sich zusammen.

IMK – illegale Exekutive

Die IMK setzt sich zusammen, wie der Name schon sagt, aus den Innenministern der Länder und des Bundes. Zuarbeit leisten der IMK zahlreiche „Arbeitskreise“ (1972 waren es 11), die sich ebenfalls aus Vertretern verschiedener Länder zusammensetzen. Mitglied des bedeutendsten Arbeitskreises „Öffentliche Sicherheit“ (AK II) ist übrigens Dr. A. Stümper. Es ist anzunehmen, daß alle entscheidenden Vorschläge zum Aufbau einer „Neuen GeStaPo“ aus dem Kreis der Fachleute in den Arbeitskreisen kommen, ja daß hier gewissermaßen der Motor für die westdeutsche „Sicherheitspolitik“ zu finden ist.

Der damals in der Ausarbeitung des „Programms Innere Sicherheit“ (PIS) federführende Hamburger Innensenator H. Ruhnau selbst hatte auf den verfassungswidrig fragwürdigen Charakter der IMK aufmerksam gemacht: Die Arbeitskreise der IMK seien so etwas wie „graue Zonen“ der Verfassung. Dort würden Vereinbarungen getroffen, die in allen Bundesländern einheitlich Gültigkeit erlangten, ohne daß je ein Landesparlament mit diesen Fragen befaßt worden sei („Deutsche Polizei“ 3/72).

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Werner Kuhlmann, ergänzte diese Kritik: Seit Inkrafttreten des Grundgesetzes sei der Einfluß der Exekutive auf die Politik ständig gewachsen, während die Parlamente als Kontrollorgan weitgehend funktionsunfähig geworden seien. (ebd.).

Tatsächlich ist die IMK in keinem Gesetz vorgesehen. Dennoch werden dort Maßnahmen beschlossen, die entweder gar nicht oder allenfalls nachträglich durch Parlamentsentscheidungen legalisiert werden. Die IMK unterläuft daher das als Lehre aus dem Faschismus im Grundgesetz verankerte Prinzip: „Polizei ist Ländersache“.

Die Frage nach der (Un)Rechtmäßigkeit der IMK wurde bis heute nicht – oder wenn überhaupt, dann dumm-dreist – beantwortet, wie z.B. von Ruhnau Nachfolger, dem rheinland-pfälzischen Innenminister Schwarz (CDU): „Wenn wir uns z.B. heute einig werden, innerhalb unserer Zuständigkeiten einheitliche Dienstvorschriften zu machen, dann ist die Innenministerkonferenz keine graue Zone, sondern ein völlig legales Institut.“ („Deutsche Polizei“ 1/75).

Alternative Liste in Bremen gegründet - Grüne Liste will Spaltung?

Am Freitag, dem 25. 5., fand in Bremen die entscheidende Versammlung statt, auf der über die Gründung einer alternativen Liste zu den im Oktober stattfindenden Bürgerschaftswahlen beschlossen werden sollte.

350 Interessierte waren gekommen, wie sich nun zeigen sollte in der festen Absicht, nun endlich die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz zu gründen. In der Abstimmung über die Gründung stimmte die überwältigende Mehrheit für eine Gründung, sieben stimmten dagegen, elf enthielten sich der Stimme.

Beschlossen wurde, daß sich die Liste auf Grundlage einer vorläufigen Erklärung gründet, die endgültig vier Wochen später nach breiter Diskussion verabschiedet werden soll. Für Bremerhaven wurde die Gründung einer örtlichen Liste für den 30.5. angekündigt.

Auf der Gründungsversammlung wurde über die sich positiv entwickelnden Ansätze in einzelnen Stadtteilen berichtet, erfreulich war auch das breite politische Spektrum, das auf der Versammlung zusammengekommen war. Mitglieder der Jungdemokraten, Nach- und ehemalige Mitglieder der SPD, unabhängige Linke und Initiativier, zahlreiche „neue Gesichter“, die an der Frage der Alternativen Listen begannen, aktiv zu werden, und „natürlich“ die Linke.

Gerade von verschiedenen Linken waren über weite Strecken der Versammlung Zweifel vorgetragen worden, um so überraschender war dann das fast geschlossene Votum für die Gründung der Liste.

„KPD“
Gegen die Gründung stimmten (bei insgesamt sieben Gegenstimmen) die anwesenden „KPD“-Mitglieder. Erst angesichts des neuen Aufschwungs hatte sich die „KPD“ entschlossen, wieder auf den fahrenden Zug zu springen. Nach der Spaltung durch die Grünen hatte die „KPD“ sich nämlich erst einmal aus der Liste zurückgezogen, als der „Initiativkreis“ vorübergehend zusammengeschmolzen war. Sie versuchte das nachträglich damit zu rechtfertigen, daß die Versammlungen zu KB-Mitgliederversammlungen verkommen seien und die „KPD“ keinen Sinn darin gesehen habe, sich „mit dem KB über eine alternative Liste zu unterhalten“. Kein Wunder. Der KB hatte zudem die „KPD“ noch wegen ihrer opportunistischen Politik angegriffen, weil die „KPD“ in den Verhandlungen mit den Grünen sogar Unvereinbarkeitsbeschlüssen bei den Kandidaten zustimmen wollte. Offensichtlich betrachtete die „KPD“ ihre Beteiligung an der Wahldiskussion mehr unter dem Gesichtspunkt, ob da „was zu holen“ sein könnte.

Es muß wohl mehr als Zugschindeln an die Kritiker in den ei-

genen Reihen verstanden werden, wenn die „KPD“ in ihrer Erklärung („Wie steht die KPD zu einer alternativen Liste“) schreibt, sie werde nur in der Liste mitarbeiten, „wenn ihr Programm nicht ausschließt, für das demokratische Recht auf Selbstbestimmung der deutschen Nation einzutreten“. Bleibt macht sie sich damit nicht, insbesondere, wenn man hauptsächlich nur „abwahlen“ will.

„KPD/ML“
Erstaunlich erfreulich hob sich davon das Auftreten der „KPD/ML“ ab, deren anwesende Mitglieder hier wohl erstmalig den Aufbau einer Liste unterstützten, sogar ohne ihren sektiererischen Plunder gleich mitzubringen.

Wenn auch das SB auch nicht aktiv am Aufbau der Liste in Bremen beteiligt, so wird doch intern um die Frage einer Beteiligung mit pro und contra diskutiert. In einem 4-seitigen Flugblatt erläuterte das SB seine Vorstellungen.

Zum einen werden „im wesentlichen die ... vorgebrachten Argumente gegen eine Beteiligung“ geteilt, andererseits ist auch von der „Hoffnung“ die Rede, „daß eine alternative Liste unter bestimmten lokalen Voraussetzungen eine gewisse Funktion haben kann“, nämlich Druck auf die etablierten Parteien auszuüben. Allerdings bestünden große Zweifel beim SB, ob die Bremer Wahlinitiative diese Hoffnungen erfüllen könne,

alternative Liste gegeben, zum ersten Mal den Sprung in ein Landesparlament zu schaffen.

Die SPD verfügt über eine sichere Mehrheit, die CDU erhielt bislang lediglich 34 % der Stimmen. Bisher profitierte die FDP von den Proteststimmungen und erreichte bei der letzten Bremer Wahl 13 statt bisher 7 %. Bei der letzten Wahl erlangten 1975 linke Listen schon 3,09 % (DKP = 2,14, KBW = 0,59, „KPD“ = 0,33 und Spartacusbund 0,03%). Das Spektrum der Linken ist trotz der Zersplitterung groß, was etwa die Mobilisierung von über 4.000 Bremern nach Hannover beweist.

Ein wesentlicher Faktor, der die Chancen und Möglichkeiten einer alternativen Kandidatur beeinträchtigt,

herauszuhalten. Gegenüber der bisherigen Position, die lediglich davon ausging, daß organisierte Kommunisten (speziell des KB) nicht Kandidaten werden sollen, wurde der Begriff der Kommunisten diesmal auf alle Linken ausgedehnt. Der Vermittlungsvorschlag des „Initiativkreises“, eine Listenverbindung aufzubauen, in der beide Teile (BGL und AL) selbständig ihren Wahlkampf führen, allerdings gemeinsam kandidieren werden (bei Parität der Kandidaten), wurde ebenfalls von Dinne als unbrauchbar zurückgewiesen, da er damit trotzdem „Kommunisten ins Parlament“ bringen würde.

Ähnlich frech trat die frischgegründete „BGL“-Initiative in Bremerhaven auf, die ursprünglich sogar je des Gespräch mit der Wahlinitiative abgelehnt hatte. Offen kündigten die Bremerhavener „BGL“er an, sie würden gegen eine Alternative Liste „den Hauptkampf“ führen. In der Tat, man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, als ginge es der „BGL“ kaum noch um einen Wahl-erfolg – auch für sich selbst – in Bremen, sondern als sei es ihr Hauptziel, mit platten Antikommunismus den Eintritt einer alternativen Liste ins Parlament zu verhindern.

Die Alternative Liste verbreitet sich

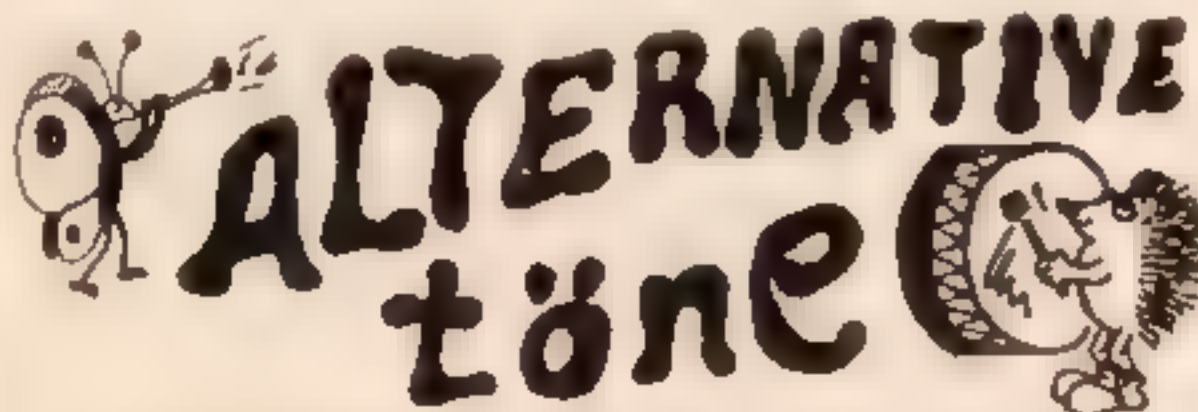
In den letzten Wochen vor der Gründung sind in verschiedenen Stadtteilen und Bereichen (Frauenwahlinitiative, die sich auf die Stadtteile ausdehnt und Schülerinitiativen) Bremens Ansätze für Untergruppen der Liste geschaffen worden. In sieben Stadtteilen gibt es unterschiedlich gut funktionierende Stadtteilgruppen, an zwei Stadtteilen hat es bereits öffentliche Versammlungen gegeben, die mit 50 (Neustadt) und knapp 30 (Steintor/Outerort) Teilnehmern recht gut besucht waren. Als Schwierigkeit hat sich hier herausgestellt, daß die wenigsten Aktivisten Erfahrungen in kommunalbezogener Arbeit haben. Auch gab es teilweise kontroverse Diskussionen über die Funktion solcher Stadtteilgruppen und ihr Verhältnis zu den Bürgerinitiativen, das Verhältnis solcher stadtteilbezogenen Arbeit zur Kandidatur usw. Diese Fragen werden sicherlich auch in Zukunft noch eine Rolle spielen, für falsch würden wir es aber halten, wenn an diese Arbeit mit dem Anspruch gegangen wird, alles und jedes auszuklärten zu müssen, bevor man sich für eine Kandidatur entscheidet. Es entspricht dem Charakter einer Alternativen Liste, daß unterschiedliche Vorstellungen ihren Platz haben müssen, zum Teil müssen wir auch in der Zukunft über die

Praxis der Kandidatur und die Aufnahme praktischer Politik der Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien auf allen Ebenen (nicht nur der Stadtteile), wird die Aufgabe der Alternativen Liste in den nächsten Wochen sein. Wenn uns das gelingt, haben wir die besten Voraussetzungen, um auf der nächsten Versammlung in vier Wochen nach der Gründung auch die Kandidatur beschließen zu können. Es kommen alternative Zeiten in Bremen!

Wahlausschuß KB/Gruppe Bremen

Büro der Alternativen Liste
Bernhardstr. 7, 2800 Bremen

Spendenkonto:
H. Grobleben, Sparkasse in Bremen
Konto-Nr. 12 15 49 44,
Kennwort „Alternative Liste“



Initiativkreis für eine Grüne/Bunte Liste

Gruppe ehemaliger KBWler
Die Gruppe ehemaliger KBWler (die nach eigenen Angaben 30 Leute ausmacht) stellte anfangs ihre Position des Bundesrates „der demokratischen mit der revolutionären“ Bewegung vor und sprach sich gegen eine Listenbindung wegen fehlender programmatischer Aussagen aus. Schon vor einigen Monaten hatte Ex-KBW-Funktionär Fuchs in einem internen Papier deutlich gemacht, daß er für ein alternatives Bündnis eintritt, aber „die Kommunisten“ ihre programmatische Vorstellung durchsetzen sollten. Das Verhalten des KB in der Bunte Liste wurde entsprechend als „Opportunismus“ gekennzeichnet.

Inzwischen trennten sich die Ex-KBW von der Sozialistischen Partei (SP) und doch der Gründung der Liste zu.

deshalb könne sich das SB nicht zu einer aktiven Teilnahme entschließen. In der Spaltung in Bremen vermutet das SB letztlich eine Spaltung von „klassischen“ BL, „die mit reformistischem Selbstverständnis für beschränkte Einzelziele kämpfen, um den sog. Bürgerinitiativen der Linken, die ... einen Beitrag zur Veränderung der gesellschaftlichen Totalität zu leisten erhoffen“.

Das SB empfindet die Kandidatur von zwei Listen „verhängnisvoll und desorientierend“. Unvereinbarkeitsbeschlüsse „wahltechnisch als Mittel des Stimmensangs ... widersprechen dem Anspruch der Alternativität“.

Bremer Grüne Liste an gemein-samer Liste nicht interessiert

In Bremen und Chancen für eine

ngt, ist die inzwischen perfekte Spaltung der „Bremer Grünen Liste“. Dieser Kreis um die ehemaligen Sozialdemokraten Willers und Dinne hatte sich bekanntlich im Februar vom „Initiativkreis für eine Grüne/Bunte Liste“ abgespalten und eine Allein kandidatur angemeldet. Mittlerweile haben die „BGL“-Führer ihren Kurs gegenüber der Alternativen Liste erheblich verschärft. Zu diesem Zweck wurde vier Tage vor der Gründung der Alternativen Liste noch schnell eine Pressekonzferenz zur Vorstellung der eigenen Kandidaten inszeniert (Spitzenkandidat Peter Willers, Platz 3: Olaf Dinne), um bei dieser Gelegenheit kräftig gegen die Alternative Liste zu schreien. So ließ Peter Willers gegenüber dem Weser-Kurier vernehmen, „daß die Abspaltung der kommunistischen Gruppen unmittelbar bevorstehe“. Er ging weiter, „daß die Vertreter dieser Gruppen sich nicht zu den Prinzipien der Gewaltlosigkeit und der Basisdemokratie bekennen würden“ („WK“, 23.5.). Olaf Dinne betonte, die „klare Abgrenzung von K-Gruppen“ und versprach: „Wer uns wählt, wählt keine Kommunisten“ („Bremer Nachrichten“, 23.5.).

Vorangegangen waren dieser Verschärfung der Auseinandersetzungen seitens der „Bremer Grünen Liste“ noch einmal Versuche von Seiten der Alternativen, die Differenzen in Gesprächen zwischen den beiden Gruppen zu überwinden. In Bremen fand auf ihre Initiative hin am 21.5. erstmals seit der Spaltung im Februar ein Gespräch zwischen Vertretern beider Listen statt. Olaf Dinne erklärte auf diesem Treffen mehrfach und eindeutig, daß es ihm darum gehe, die Kommunisten aus der Wahl

Alternative Liste Trier: Unterschriftensammlung erfolgreich abgeschlossen

Die AL hat es geschafft, die notwendige Anzahl von Unterschriften für die Kommunalwahlen am 10.6. konnte wenige Tage vor Ablauf der Frist erreicht werden. Dabei versuchte nicht nur die Stadt, der ALT eine undemokratische Hürde zu stellen, indem sie das Sammeln von Unterschriften auf öffentlichen Plätzen untersagte und stattdessen anordnete, daß alle Unterschriften (innen) sich in städtische Gebäude begeben müßten (und welcher Bürger geht dort gerne freiwillig hin), nein, vor allem die DKP mußte sich hier als undemokratische Kraft profilieren. Erst einmal streute sie das Gerücht aus, die ALT sei eine Tarnliste des KBW, da der KBW dieses Mal auf eine Kandidatur „verzichte-

te“. Zum zweiten focht die DKP die schon eingereichte Unterschriftensammlung an – leider mit Erfolg. So mußte die ALT eine Woche vor offiziellem Abgabeschluß noch einmal alle ihre Freunde(innen) bitten, den Gang zu den Behörden anzutreten. Zusätzlich hatte sich die DKP massiv vor den Eingängen postiert, um für ihre Sekte Unterschriften abzuwerben. Ihr Erfolg war gleich Null, die DKP schaffte es nicht, die notwendigen Unterschriften zusammenzubekommen. Die ALT schaffte es auch in dieser kurzen Frist wieder, 200 Unterschriften bei ca. 60.000 Wahlberechtigten vorzuweisen. Somit kandidiert die ALT als einzige fortschrittliche Kraft gegen die bürger-

lichen Parteien und hat damit gute Aussichten, in das städtische Parlament einzuziehen. Hervorzuheben ist noch, daß die ersten drei Listenplätze Frauen einnehmen. Überhaupt ist bezeichnend, wie viele Menschen, vor allem Frauen, durch die Idee einer alternativen Wahlbeteiligung angezogen wurden und sich zum ersten Mal in der Öffentlichkeit engagierten. Teilweise kandidierten Leute auf der ALT, die die traditionelle linke „Szene“ in Trier bisher gar nicht kannte. Und dabei hätte die „Szene“ nahezu auf eine eigene Kandidatur verzichtet, wenn nicht die Dombesetzung nach dem Unfall in Harrisburg ein großer Erfolg gewesen wäre. Nach dem Bericht einer Genossin aus Trier

„Bunte Liste“ in Köln gegründet

Am 23.5. fand die Gründung der „Bunten Liste/Wehr! Euch Köln, Initiative für Demokratie und Umweltschutz“ statt.

Seit ca. zwei Monaten bestand in Köln eine „Initiative für eine Bunte Liste“, die, nachdem sie mehrere Stände gemacht und einige Flugblätter herausgegeben hatte, sehr schnell anwuchs und auch in der Kölner Öffentlichkeit großen Zuspruch erhielt. Die jetzige Gründung bringt das Bedürfnis der Mitglieder zum Ausdruck, bei den Kölner Kommunalwahlen am 30.9. gegen die etablierten Parteien anzutreten.

Vor der Gründung wurde bereits eine vorläufige Präambel verabschiedet, die auf dem zweiten noch ausstehenden Teil der Gründungsversammlung nochmals verabschiedet werden soll.

In der Bunten Liste haben sich Mitglieder aus 23 verschiedenen Kölner Bürgerinitiativen, der KPD, dem KB, dem Komitee für Demokratie und der GLU zusammengefunden. Auf Grundlage dieses sehr breiten Bündnisses hat die Bunte Liste sehr große Chancen, den etablierten Parteien, einschließlich der DKP, eine Menge Stimmen abzuziehen, und somit auch ins Parlament einzuziehen, was den berechtigten „Kölischen Käufel“ sehr durcheinander bringen dürfte.

Aus besonderes Bonbon muß der Ausritt von 16 SPD-Mitgliedern aus Köln-Porz gelten, die in ihrer Presseerklärung, die in der Kölner Regionalpresse verhältnismäßig ausführlich dokumentiert wurde, sehr anschaulich darstellen, daß sie „die Nase vom kleineren Übel“ gestrichen voll ha-

ben“. Es wurden noch weitere Aus-tritte angekündigt. Ein Teil der Ausgetretenen arbeitet bereits in der „Bunten Liste Köln“ mit, ein anderer steht ihr zumindest sympathisierend gegenüber. Diese Tatsachen sind wohl die besten Startbedingungen für eine Kandidatur der Bunten Liste.

Wie der Einzug der Bunten Liste in die Öffentlichkeit aussehen wird, wird sich auf einer am Montag stattfindenden Pressekonzferenz herausstellen.

Wahlste etabliert
bunt angeschmeiert!
(Wahlbegriff der Bunten Liste)

KB/Gruppe Köln

ANZEIGE

Nr. 8 erscheint am 31.5.79

Aus dem Inhalt:

Bunte Liste Zeitung

Steve B. Peinemann über Afs-A-tone
Gasterfahrt durch den Behörden-
Dschungel

Anti-AKW
Kirchenleitung schießt gegen
St. Petri-Pastoren

Umwelt akut
Chemiewerk-Fabrik demnächst in
Bil verwer

Stadtplanung
Abriss und kein Ende
Noch mehr neue Straßen

Neues aus dem Bezirksparlament

Extra
Vier Seiten Theater
Interview mit Iwan Nage

Was steckt hinter der „Christlichen Bayerischen Volkspartei“?

Eine „Christliche Bayerische Volkspartei“ (CBV) bietet sich mit radikalen Sprüchen „gegen die Bonner Atomparteien“ zur Europa-Wahl an. Daß dieser Verein eher genau das halt, was sein Name ankündigt, zeigt ein kleiner Blick hinter die Kulissen.

Bereits im dritten Jahrgang wird von Starnberg aus eine „Vierteljahrsschrift für entbehrte Zeitgeschichte“ verbreitet. Ihr Titel „Conflict“ Das mit deutschen, englischen und französischen Artikeln gefüllte Blattchen wird vom CBV-Spitzenkandidaten Harry R. Wilkens herausgegeben.

„Conflict“ ist munter aufgemacht. Da gibt es Karikaturen gegen Lehrerarbeitslosigkeit oder den Verfassungsschutz (aus der Feder des Sponti-Zeichners Seyfried), da wird sogar der Chef des Askania-Verlages, Herbert Taege, in einer Artikelserie als Rechtsextremist angegriffen (durchaus nicht zu unrecht) usw. Zudem hat Wilkens gelegentlich Pressemittelungen verschickt, wonach ihm selbst der Verfassungsschutz (oder verwandte Schnüffler) nachgestellt haben sollen. Also, „Conflict“ – ein linkes Blatt? Dagegen freilich verwehrt sich Wilkens. Er propagiert den „Dritten Weg“. „Der Nazismus und der Kommunismus waren nichts anderes als ein riesiges Geschäft, besser noch ein gelungenes Räuber-Coup“. Auf der gleichen Linie wirbt Wilkens für die Wahl seiner eigens für die Europa-Wahl gegründeten „Christlich Bayerischen Volkspartei/Bayerische Patriotenbewegung e.V.“

Verband der Liga der Volksparteien Europas“ mit der Parole „erteilt dem ‚Europa‘ der Bosse und Bonn (!) zehne Absage!“

Es verwundert nicht, daß in „Conflict“ für die flockig-„links“ aufgemachte Zeitschrift „laser“ geworden wird, die von sich behauptet, „nationalrevolutionäre Perspektiven für eine sozialistische Demokratie“ zu haben. Daß „nationalrevolutionär“ hieszulande aber keineswegs irgendwo in der Mitte schwebt, sondern mit größter Zuverlässigkeit nach ganz Rechtsaußen weist, bestätigt ein weiterer Blick in Wilkens „Conflict“ (Nr. 2/79): Eine Schemaumänderung mit dem Rechtsaußen-Tage (s.o.) bricht Wilkens ab, um zu der programmatischen Aussage zu gelangen: „Wiederholen wir das Motto vom letzten CONFLICT und halten wir es jetzt daran fest: ‚Wer die ‚Neo-Nazis‘ bekämpfen will, muß bei den Sozialisten anfangen!‘“

Wie Wilkens die Neonazis „bekämpfen“ will, demonstriert er, indem „Conflict“ für die nächste Lutzerbedevaart in Diksmuide (Belgien) wirbt – wo alljährlich ein Riesentreffen von Militaristen, rechtsradikalen Jugendorganisationen und Nazis aller Schattierungen stattfindet. Außerdem wirbt in „Conflict“ auch Werner Kosbab, eine der bekanntesten Gestalten des „national revolutionären“ Lagers. Dazu paßt natürlich auch die Werbung für ein Buch von Otto Strasser, ehemals auf dem „linken“ Flügel der NSDAP

Antifa-Kommision Hamburg



Nachrichten vom Widerstand



Am 3.6.: Internationaler Aktionstag gegen Atomenergie Demonstration in Kalkar

Holländische und nordrhein-westfälische Bürgerinitiativen rufen dazu auf, am 3.6. in Kalkar gegen den Weiterbau des Schnellen Bräters und für die sofortige Stilllegung aller AKW's zu demonstrieren.

Es wird von den BI's darauf hingewiesen, daß Gorleben und Kalkar, die geplante Wiederaufarbeitungsanlage und der Schnelle Bräuter, nur zwei Seiten derselben Medaille sind. Beide sollen die Grundlage für den Einstieg in das „Plutoniumzeitalter“ sein, von dem sich die westdeutschen AKW-Betreiber eine größere Unabhängigkeit von ausländischen Uranlieferungen versprechen. Die 4. Teilerrichtungsgenehmigung des Schnellen Bräuters wird für den Herbst erwartet.

Am Morgen des 3.6. (Pfungstsonntag) werden in den Dörfern und Städten um Kalkar kleinere Aktionen zur Information der Bevölkerung stattfinden, zu denen sehr viele AKW-

Gegner bereits am Vortag mit dem Fahrrad anreisen wollen. In Kalkar werden zu dieser Zeit ein „Alternativer Jahrmarkt“ und ein Hearing des WSL (Weltbund zum Schutz des Lebens) stattfinden. Das Hearing soll sich zum einen mit der Möglichkeit eines Volksbegehrens gegen den Schnellen Bräuter und zum anderen mit der Kriminalisierung von AKW-Gegnern beschäftigen. Um 14.00 Uhr beginnt die Demo zum Bräutergelände. Dabei dürfen laut Bullenauflagen die Transparentstangen nicht länger als 1,50 m sein und die Demonstranten dürfen sich nicht maskieren.

In den Niederlanden ist es gelungen, für diese und die beiden anderen Aktionen, die an diesem Tag stattfinden werden, eine breite Unterstützung durch fast alle Linken und „linke“ Parteien zu bewirken (einschließlich der sozialdemokratischen PvdA und der Reus). Allein in Nij-

megen unterstützen etwa 40 Gruppen und Organisationen die Demonstration. In NRW wird an einigen Orten ebenfalls versucht, eine breitere Unterstützung für diese Aktion zu bekommen. So unterstützen die Jusos bundesweit den Aktionstag in Kalkar.

Anti AKW Kommission NRW

...

Pfingstlager in Grohnde

Vom 1. – 4. Juni soll in Grohnde ein Pfingstlager stattfinden. Dabei soll eine Veranstaltung in Kirchhosen und eine Demonstration zum AKW organisiert werden.

Nähere Auskünfte gibt das Umweltzentrum in Bielefeld. Tel. 0521/17 90 82

Der große Bluff um die WAA

Ex-Nazi als Europa-Kandidat

Es nimmt kein Ende mit den Nazi-Skandalen in der CDU! Globke, Vialon, Oberländer, Lübke, Kiesinger, Lemke, Puhwogel, Fühlinger, Carstens und jetzt Dr. Hans Edgar Jahn – Kandidat der CDU fürs Europa-Parlament. Seine Karriere ist bis jetzt schon beeindruckend.

- CDU-Bundestagsabgeordneter seit 1965;
- Mitglied des Europa-Parlaments seit 1970;
- außenpolitischer Sprecher der EG-Fraktion der CDU;
- Präsident der „Pommerschen Abgeordnetenversammlung“;
- Vizepräsident von Habsburg „Panuropa-Union“ („FR“, 23.5. 1979).

Doch da fehlt etwas Wichtiges. Der „Stern“ enthüllte das in seiner Ausgabe vom 23.5.79.

1943 erschien das Buch „Der Steppenwolf – der jüdisch-bolschewistische Imperialismus“, ein mit anti-jüdischer Hetze durchsetztes Machwerk, das das Nazi-Reich als „Zitadelle der europäischen Erneuerungsbewegung“ feierte. Autor ist ein gewisser Hans Jahn!

Das vereingte Europa (selbstverständlich unter deutscher Vorherrschaft) besetzte diesen Jahn schon damals: „Mit der Vernichtung des Bolschewismus wird der letzte große Versuch des Judentums nach Erringung der Weltherrschaft zerschlagen werden. Europa aber wird wieder seine große geschichtliche Aufgabe als Kulturzentrum der Welt übernehmen. Die germanischen Völker werden wie zu Beginn der Geschichte um einen Herd versammelt sein. Über allen wird schützend und schirmend das Deutsche Reich stehen. Noch nach Jahrtausenden aber wird die Menschheit und vor allem die Jugend mit Achtung und Ehrfurcht einen Namen nennen: Adolf Hitler.“

Auf diese und weitere Zitate vom „Stern“ angesprochen, tat Jahn ganz unschuldig. Zwar habe er als Student 1941 eine „Klausurarbeit“ über die imperialistische Politik der Sowjetunion geschrieben (da sollte sich die „Rote Fahne“ mal drum kümmern! – Anm. AK). Das Buch unter seinem Namen sei aber zu großen Teilen nicht von ihm, die „Klausurarbeit“ sei 1943 „erweitert und in eine Kriegspropagandaschrift umgewandelt“ worden, auf deren Formulierungen er keinen Einfluß gehabt habe.

Unbestritten ist bisher allerdings Jahn's sonstige Nazi-Vergangenheit. „Drei Jahre vor Hitlers Macht ergreifung war Jahn in die Hitlerjugend eingetreten (woßr er später das goldene HJ-Ehrenzeichen erhielt) und frühzeitig auch in die NSDAP“.

1918 gewährte Dr. Lammers der Chef der Reichskanzlei, auf Brückners Fürsprache (der „persönliche Adjutant“ von Hitler war) dem aus der Kriegsmarine ausgeschiedenen Oberstabskapitän Hans Jahn aus einem „Sonderfonds der Regierung“ ein monatliches Stipendium von 150 Mark zum Studium an der NS-gesteuerten Berliner Hochschule für Politik.

„1944, inzwischen bei der Kriegsmarine Leutnant geworden, wurde Hans Jahn vom Seekommandanten des Küstenabschnitts Westerland-Brunsbüttel zum Nationalsozialistischen Führungsoffizier ernannt.“

(Zitate aus dem „Stern“)

Jahn, Habsburg, Lächert als Europa-Kandidaten – wer wundert sich da noch, wenn das im Ausland richtig registriert wird?!

Antifa-Kommision Hamburg

CSU und Klerus: „Gemeinsam für Europa“

Unter diesem Motto führte das katholische Männerwerk der Erzdiözese Freiburg eine Großkundgebung in Offenbach mit dem CSU-Europa-Kandidaten Otto von Habsburg (Chef der extrem rechten „Panuropa-Union“) durch. Habsburg forderte für Europa „nicht nur die neun Staaten der EG, sondern auch jene Staaten östlich der künstlichen Linie von Jalta“ (Badische Zeitung, 21.5.79). Daß der Freiburger Erzbischof Sauer zusammen mit anderen Klerikern aus Österreich und der Region um Offenbach aus Anlaß der Kundgebung einen Gottesdienst abhielt, führt noch einmal die enge Verzahnung zwischen katholischem Klerus und CSU vor Augen. So hatten schon Ende April der Freiburger Bischof Stimpfle und der Münchner Kardinal Ratzinger Grußtelegramme zu den „Europa-Tagen“ von Habsburgs Panuropa-Union gesandt.

Gegen den Habsburg-Auftritt hatte der Bund der katholischen Jugend protestiert und insbesondere die Beteiligung von Kirchenvertretern kritisiert. Das Ordinariat reagierte empört. „Mit seinem Angriff auf Habsburg unterstützt der Bistum den Versuch von bestimmter Seite, ihn (Habsburg) als Rassist und Faschisten hinzustellen – einen Mann, der als Verfolger des NS-Regimes mehr als 10 000 Juden vor der Vernichtung gerettet hat“ (BZ, 15.5.79). Habsburg also ein Antifaschist wie Fühlinger – der übrigens im Vorstand der Panuropa-Union einen neuen Wirkungskreis gefunden hat?

Bei der Kundgebung selber gelang es der recht kleinen Gruppe von anwesenden Antifaschisten nur gelegentlich, den Habsburg-Auftritt zu stören.

Antifa-Kommision Baden-Württemberg

Am 16.5. legte der niedersächsische Landtag die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben offiziell erst einmal auf Eis. Jetzt ein eindeutiges Ja zum Entsorgungskonzept würde „schwere innenpolitische Erschütterungen, wenn nicht gar eine innenpolitische Spaltung“ mit sich bringen, erklärte SPD-Ratenausschuss. Von „tiefgreifender Zerstörung des inneren Friedens“, ja von „Bürgerkrieg“ sprach CDU-Albrecht.

Während die niedersächsische SPD immerhin noch von Sicherheitsbedenken sprach, beschwichtigte die Albrecht-Regierung der WAA und der Endlagerung ausdrücklich, daß sie völlig harmlos sei, nur derzeit politisch nicht durchzusetzen sei. Um überhaupt dabei glaubwürdig zu bleiben, betonte Albrecht es handele sich nicht um eine Entscheidung, bei der nur Zeit gewonnen werden solle. Wenn, sollten später andere die WAA genehmigen. Trotzdem nahm die DWK die Betreiberin der WAA die Entscheidung völlig gelassen hin. Sie hatten eh erst für 1985 die Genehmigung der WAA eingeplant.

Und mit diesen Aussagen gegen den Bauhegen der WAA im Rücken begannen CDU und SPD gleichzeitig mit einem Wettlauf, die nächsten Schritte im Atomprogramm anzukündigen. Niemand im Landtag vergaß die „Unverzichtbarkeit der Kernenergie“ zu betonen. Der SPD-Abgeordnete Bruns sprach davon, daß bis 1990 fünf bis sechs neue AKWs in

Niedersachsen in Betrieb gehen sollten. Er nannte Wismar, Alt-Garge, Langendorf (für Gorleben), Stade, Cuxhaven und Emden. Albrecht fügte hinzu, daß Grohnde auf jeden Fall zuende gebaut werde und auch ein weiteres AKW in Lingen in Planung sei.

Doch auch in Gorleben soll es zügig weitergehen. Dort soll ein Eingangs- und Voranfragen werden und vor allen Dingen wurde von SPD und CDU der Beginn der Tiefbohrungen angekündigt. In der anschließenden Fernsehdebatte fiel CDU-Minister Schnupkowetz geradezu über den Vertreter der BI Lühchow-Dannenberg her, der es „gewagt“ hatte, Gutachten über den Salzstock zu fordern. Dennoch sind für die Albrecht-Regierung die Tiefbohrungen ein „großes politisches Problem“, das müsse auch aus „politischer Sicht gesehen werden“.

In der Tat unmittelbar nach der Landtagsdebatte stimmten in Lühchow SPD und CDU vereint der Kaserne für 1 500 weitere Bullen im Landkreis zu.

Albrecht betonte, daß bei dieser Taktik das gemeinsame Auftreten von Bundesregierung und Land sehr bedeutsam sei. Es solle „die Bevölkerung davon überzeugt sein, daß die WAA Frage zunächst für Jahrzehnte vom Tisch sei und von diesem Klärungsprozeß hänge es ab, wie rasch die Tiefbohrungen genehmigt werden könnten“. Um die Stimmung unter

der Landbevölkerung abzutesten, kündigte Albrecht eine Umfrage im Landkreis an. Die Bundesregierung nahm den Ball auf, man solle gemeinsam erörtern, „wie das integrierte Entsorgungszentrum schrittweise verwirklicht werden könne“.

Ihr Ziel haben die Atombetreiber keinesfalls aufgegeben, aber sie haben eine Schlacht verloren. Die größte Demonstration in der Geschichte der BRD in Hannover und die Unterstützung von mehr als der Hälfte der Bevölkerung des Landkreises, der so geeignet schien, die WAA dort durchzusetzen, haben die Atombetreiber zur Vorsicht gezwungen.

Auch jetzt trat Albrecht mit Äußerungen hervor, die seine Furcht vor einer gewalttätigen Eskalation ausdrückten.

„Wollen Sie, Herr Bundeskanzler, mir wegen der Wiederaufbereitung zumuten, daß ich auf Zehntausende schieße?“ Ich will keinen Bürgerkrieg im Land“ (so Albrecht in der internen Beratung des Nuklearrates gegenüber Atomkanzler Schmidt), das sind die Gedanken, die diesen AKW-Fans derzeit durch den Kopf gehen. In der Tat soll jetzt erst einmal nach neuen Möglichkeiten des Betrugs und der Beruhigung gesucht werden. Die bisherigen Anläufe sind dabei gescheitert. Unsere Aufgabe wird es sein, dafür zu sorgen, daß es weiterhin so bleibt!

AKW Nein Kommission

„Erst wenn man sich bewegt, spürt man die Fesseln!“

„Die Stimmung hat sich sehr verschlechtert. Der Bürgerdialog hat hier überhaupt nicht gegriffen“ – so kennzeichnete der CDU-MdL Grill die Stimmung im Landkreis Lühchow-Dannenberg. Und tatsächlich haben sich bisher weit über 20 000 der 48 000 Einwohner Lühchow-Dannbergs per Unterschrift gegen „Gorleben“ ausgesprochen. Die Dorfgemeinschaften haben die Listen nahezu geschlossen unterschrieben, in den Städten wird die Aktion noch fortgesetzt. Unzählige „Freiwilige Helfer“ haben im Rahmen dieser Kampagne ihre ersten politischen Erfahrungen gesammelt. Sammelstellen für die Listen waren nicht nur das BI Büro, sondern SPAR-Fernsch, Lebensmittel- und sonstige Geschäfte in den Dörfern.

Bestandteil dieser Aktion ist die an die politischen Mandatsträger gerichtete Forderung, dem Mehrheitswillen der Bevölkerung zu entsprechen und die Anlage abzulehnen.

Dieser Forderung wird auf unterschiedlichster Weise Nachdruck verliehen, so drohten über 50 Bauern und CDU-Stammwähler „ihre Partei per Anzeige schlimme Konsequenzen anfalls sie weiter taktiert. Während

sich inzwischen einzelne Gemeinderäte und Bürgermeister als „Demokraten“ erwiesen und gegen die WAA Front machen, verhalten sich die meisten Mandatsträger (besonders in den Städten) so, wie es die Parteilinie und insbesondere die DWK verlangt.

„Wer nicht nein sagt, wird nicht wiedergewählt und kann in Ruhe seine Memoiren schreiben“

Bisheriger Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war die durch vierfache Besetzung des Kreistages (s. AK 152) erkämpfte Bürgerversammlung am 11. Mai in Hitzacker. Diese nur widerwärtig vom Kreisausschuß des Kreistages einberufene Versammlung sollte als „Anhörung“ verschiedener Verbände und als geschlossene Veranstaltung über die Bühne gehen. Doch es kam alles anders!

Ca. 700 empörte Einwohner drängten die Ordnerkräfte kurzerhand beiseite und verschafften sich so Einlaß. Bereits während der „Anhörung“ wurden die Kreistagsabgeordneten in einem Hagel von Protesten, Zwi-

Ein Genosse aus Lüneburg

Landwirte leisten praktischen Widerstand

Auf Schleichwegen, um Bullenkontrollen zu vermeiden, sammelten sich Montagmorgen (14.5.) um 2 Uhr 70 Personen mit 30 Traktoren und 20 PKW. Der Lückower Schrothplatz, auf dem mittlerweile die vier Bohrfahrzeuge der Ceiler Brunnenbau abgestellt waren, wurde dichtgemacht. Diese erste Blockade der Landwirte war erst vier Stunden zuvor von einigen Bauern beschlossen worden und dauerte 2 1/2 Tage bis zur Albrecht-Grundsatzentscheidung am 16.5.

Insgesamt waren 100 Schlepper im Schichtdienst im Einsatz. In einer Resolution forderten die Bauern den sofortigen Stopp der Bohrungen, die Veröffentlichung sämtlicher Planungs- und Untersuchungsergebnisse der bisherigen Bohrungen sowie die Lagerung des Atomabfalls innerhalb der AKWs, „bis die Prüfung aller in Frage kommenden Salzstöcke abgeschlossen ist“ („HAZ“, 15.5.). Die Bevölkerung Lückows unterstützte die Blockade. Es wurden Bier und Korn, Kaffee und Kuchen vorbeigebracht. Geschäftsleute spendierten Obst und ein Gastwirt Eintopf.

Unter diesen Umständen hielten es Polizei und BGS für ratsam, von einer Räumung abzusehen. Angeblich zur „Sicherung möglicher Schadensansprüche“ wurden Kennzeichen notiert und Fotos gemacht.

Die Bohrfirma hat bereits Strafanzeige wegen Nötigung gestellt und verlangt Schadenersatz. Der Chef der „Gorleben-Polizei“ vor Ort läßt

sogar prüfen, ob wegen Landfriedensbruch ermittelt werden kann!

Der Kommentar eines Landwirts: „Auch wenn die uns 12 Monate in Celler einlocken, hilft ihnen das nichts, der Widerstand geht weiter und wird wachsen.“

Ein Genosse aus Lüneburg



Kaserne für 1500 Polizisten in Lückow!

Täglicher Bullenterror im Landkreis Lückow-Dannenberg. In den Dörfern wird rund um die Nacht Streife gefahren, tagsüber werden Anti-Atom-Schilder in den Vorgärten fotografiert, PKWs mit Plaketten werden von Bullen verfolgt, die sich selbst durch langsames Fahren nicht abschütteln lassen. Wer durch die schönen Wälder radelt, muß damit rechnen, von BGS-Soldaten herangewunken und in spezielle BGS-Listen eingetragen zu werden. Pflanzler auf dem Pachtgelände wurden innerhalb einer Stunde gleich fünfmal kontrolliert und die reizvolle Gegend, in der das Bullenhauptquartier Woltersdorf liegt, wurde zum Sperrgebiet erklärt, das nicht einmal mit Fahrrädern durchfahren werden darf („EJZ“ v. 3. 12. und 18.5.). Vor diesem Hintergrund beschloß am 18.5. der Samtgemeinderat Lückow, am Stadtrand ein 15 - 20 Hektar großes Gebiet für Polizeikaserne zur Verfügung zu stellen. 1500 Polizisten sollen hier

(direkt neben der Lückower Grundschule) einquartiert werden!

Noch am 16.5. schwor die SPD im Landtag, keine weiteren Investitionen in Sachen WAA im Landkreis vor Beendigung des 10-jährigen Salzstock-Prüfverfahrens zuzulassen. Zwei Tage später stimmte im Lückower Bauausschuß die SPD-Riege geschlossen für die Bullenkaserne, während es bei der CDU auch Gegenstimmen gab.

Am gleichen Tag noch wurde die Bauausschußempfehlung bei nur drei Gegenstimmen (von CDU-Landwirten und Gorlebengegnern) im Gemeinderat durchgezogen.

Die Ratsherren versuchten sich damit herauszureden, daß der Landkreis „dringend junge Leute“ und „neue Impulse für die Wirtschaft“ brauche und die Kaserne mit Gorleben gaaaaar nichts zu tun habe.

Die SPD-Spitze ging sogar soweit, die Bullenkaserne nach dem angeblichen „Nein“ zur WAA als das A-

ternativprojekt zu „Gorleben“ anzupreisen!

Demnächst dürften diese Herren das Wasserbecken für Brennelemente als Schwimmbad mit Erholungswert und Alternative zu „Gorleben“ verkaufen wollen. Doch schwarzer Humor ist im Landkreis nicht mehr gefragt. 100 Gorleben-Gegner nahmen an der Ratssitzung teil und hielten ein Transparent mit der Aufschrift: „Wenn das kein Atomstaat ist, auf 30 Bürger ein Polizist!“ und die „Gorleben-Traktor“ erklärten in einer Anzeige: „Wer immer diese Planungen so durchpeitschen will, der beweist, was von den staatlichen Prüfungs- und Genehmigungsverfahren zu halten ist und von den Behauptungen Herrn Albrechts, nur bei absoluter Sicherheit zu bauen: Nämlich gar nicht!“

Dem ist nichts hinzuzufügen!

Ein Genosse aus Lüneburg

tergrund beschloß am 18.5. der Samtgemeinderat Lückow, am Stadtrand ein 15 - 20 Hektar großes Gebiet für Polizeikaserne zur Verfügung zu stellen. 1500 Polizisten sollen hier

bauen und die Kaserne mit Gorleben gaaaaar nichts zu tun habe.

Die SPD-Spitze ging sogar soweit, die Bullenkaserne nach dem angeblichen „Nein“ zur WAA als das A-

ternativprojekt zu „Gorleben“ anzupreisen!

Demnächst dürften diese Herren das Wasserbecken für Brennelemente als Schwimmbad mit Erholungswert und Alternative zu „Gorleben“ verkaufen wollen. Doch schwarzer Humor ist im Landkreis nicht mehr gefragt. 100 Gorleben-Gegner nahmen an der Ratssitzung teil und hielten ein Transparent mit der Aufschrift: „Wenn das kein Atomstaat ist, auf 30 Bürger ein Polizist!“ und die „Gorleben-Traktor“ erklärten in einer Anzeige: „Wer immer diese Planungen so durchpeitschen will, der beweist, was von den staatlichen Prüfungs- und Genehmigungsverfahren zu halten ist und von den Behauptungen Herrn Albrechts, nur bei absoluter Sicherheit zu bauen: Nämlich gar nicht!“

Ein Genosse aus Lüneburg

Das Ergebnis der Bohrungen: KATASTROPHAL!

Die BI Lückow-Dannenberg hatte Gelegenheit, unter Anleitung von Braunschweiger Wissenschaftlern die Auswertungsergebnisse der hydrogeologischen Bohrungen im Vorab zu untersuchen. Auf einer Pressekonferenz am 15.5. gab sie bekannt:

Über dem Salzstock Gorleben liegt eine etwa 60 - 70 Meter dicke Torfschicht. Diese Torfschicht ist als Baugrund für Gebäude von der Größenordnung einer WAA (3 m dicke Betonwände) ungeeignet. Darüber hinaus geht damit fest, daß der Salzstock Grundwasserkontakt hat und damit auch für die Endlagerung radioaktiver Abfälle ungeeignet ist.

Dies bestätigt erneut die Untersuchungen von Prof. Grimmel, denen zufolge der Lückow-Dannemberger Salzstock als Folge mehrerer Einsturzbeben (der Salzstock liegt auf einer tektonischen Störzone) längst

Grundwasserkontakt hat. Es ist hoch merkwürdig, daß die DWK auf Pressekonzferenzen nur positive Bohrungsergebnisse kennt! Die tatsächlichen Schwierigkeiten wurden in einem Geheimpapier aufgelistet, das sogar den Teilnehmern des Gorleben-Hearings vorenthalten wurde. Der Landtag hat dazu bisher geschwiegen.

Nachdem sie 200 Mio. in den Landkreis investiert hat, erklärte die DWK am 17.5.: „Wir haben keine andere Wahl, als an dem Standort festzuhalten“ und setzt ihr Bohrprogramm unverdrossen fort.

Schon vor ihrem Auftreten in Gorleben hatte die DWK im Bundestagsausschuß erklärt, daß sie „prinzipiell ... keinerlei Befürchtungen“ habe, „daß sich der Salzstock unter Gorleben als ungeeignet erweisen wird“ (aus dem Protokoll des Ausschusses für Forschung und Technologie vom

25.5.77). Auch die niedersächsischen Landespolitiker hat die Unterbrechung des Salzstockes für ihre Entscheidung für Gorleben nie interessiert. Der SPD-Landespolitiker Henning, der verzerrt mit dem damaligen SED-Fraktionsvorsitzenden Kriebitzsch der entscheidenden Kabinettsitzung der Albrecht-Regierung beiwohnte, erklärte jüngst auf einer SPD-Mitgliederversammlung in Göttingen, es sei überhaupt nicht die Eignung des Salzstockes in Gorleben erörtert worden, sondern ausschließlich, daß Gorleben sich politisch besonders als Standort eignen würde.

Die Bohrungen dienen überhaupt nicht der Sicherheitsüberprüfung, sondern sind Teile des Bauprogramms.

AKW-Neu-Kommission

Brunsbüttel: Abgeschaltet immer noch unfallträchtig

Ende der vorletzten Woche war es wieder einmal soweit: als in der Anlage für radioaktiven Müll in Brunsbüttel ein Faß gefüllt werden sollte, stand plötzlich der ganze Raum unter einer mehrere Zentimeter hohen Schicht von radioaktiven Harzen.

Die Harze stammen aus Filtern und sind nach langer Betriebszeit hochaktiv. Danach werden sie in ein Faß gefüllt, um dann in Asse eingelagert zu werden. Doch wie in Brunsbüttel schon so vieles daneben ging, liefen hier mehrere hundert Liter dieser Substanz auf den Boden und sickerten sogar durch die Decke in den darunterliegenden Raum. „Natürlich“ bestand zu keiner Zeit weder eine Gefährdung des Personals noch der Umwelt.

Aber wie man wieder einmal sieht, schafft Brunsbüttel immer noch Läufe, obwohl es seit einem dreiwertel Jahr stillsteht. Darum einst recht Endgültige Stilllegung von Brunsbüttel und aller Atomanlagen! (Alle Angaben aus MoPo, 17.5.79)

Ärzte gegen Gorleben

70 Ärzte aus dem Landkreis Lückow-Dannenberg sprachen sich in einer ganzseitigen Anzeige der Lückow-Dannemberger Lokalzeitung gegen den Bau der WAA aus. Gleichzeitig warnten sie vor den Risikobeschöniger der Atomindustrie. 14 Tage später erschien im Uelzener und im Lückow-Dannemberger Lokalblatt in Form ganzseitiger Anzeigen ein „Offener Brief“ am Albrecht, der von 85 (!) Ärzten aus dem Raum Uelzen, sowie 35 weiteren aus Lückow-Dannenberg unterschrieben war. Gefordert wird, das Atomprogramm zu stoppen, da die Bevölkerung „durch die Atomwirtschaft mit einem Anstieg der Krebsinzidenz, einem Rückgang der Lebenserwartung, mit Mißbildungen und Erbsschäden künftiger Generationen zu rechnen“ habe. Das mutige Auftreten dieser Ärzte hat bei den Betreibern erhebliche Besorgnis ausgelöst.

Der Chef der Reaktor Brennelemente-Union Hanau beschwert sich in einem „Offenen Brief“ über die „primäre Verfehlung“ und „Pauschal-Verdächtigung“, der CDU-Frak-

tionsvorsitzende im Kreistag versuchte, den Sprecher der Ärzteschaft in einer Zeitungsanzeige persönlich als Spitzenverdiener mit Auto, Zweithaus und Jagdrevier“ zu diffamieren und sogar im niedersächsischen Landtag bejammerte der CDU MdL Gröll die „systematische Schürung von Ängsten in der Bevölkerung“ durch die Ärzte, die so ihr „hohes gesellschaftliches Ansehen“ mißbrauchten.

Inzwischen haben 30 Ärzte aus Lückow-Dannenberg und Uelzen eine „Ärztliche Arbeitsgemeinschaft Atomenergie und Umweltschutz“ gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hat, „ihre Kollegen und auch die Parientenschaft und ihre Mitbürger auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die von der weiteren Verbreitung atomtechnischer Anlagen ausgehen“ („EJZ“, 19.5.).

Kontakt: Dr. Kubitschek
Lange Str. 10
Lückow
Tel. 05841/4100

Ein Genosse aus Lüneburg

Landrat Buhse rächt sich

Weil er entschiedener AKW-Gegner ist, wurde jetzt der Arzt P. Ruppel gefeuert. Er war bisher Assistenzarzt am Heider Krankenhaus und gehört zu den 30 Dithmarscher Ärzten, die sich nach dem Unfall im AKW Brunsbüttel letztes Jahr in einem Offenen Brief an den Landrat gegen die Wiederinbetriebnahme ausgesprochen haben. Mittlerweile haben sich dieser Erklärung rund 100 weitere Ärzte angeschlossen.

Nach Ansicht von Landrat Buhse (CDU) hat sich Ruppel „nicht so verhalten, wie man es von einem öffentlichen Bediensteten erwartet“. („MoPo“, 25.5.) und kündigte ihm fristlos, drei Monate vor Abschluß seiner Facharztausbildung.

Derselbe saubere Landrat hatte seinerzeit den dreißig Ärzten Falschinformationen und Manipulation vorgeworfen und vorgehabt, in Heide eine Veranstaltung für die Atomenergie abzuhalten. Schließlich konnte aber erreicht werden, daß auch gestandene AKW-Gegner mit auf dem Podium saßen und Buhse mit seinen Atomfreunden eine reichliche Schlappe einstecken mußte, zumal just zu diesem Zeitpunkt bekannt wurde, daß Herr Buhse auch Aufsichtsratsmitglied der Preußen-Elektra ist!

Buhse glaubt wohl, nach dem Wahlsieg der CDU „aufzuräumen“ zu können; doch da hat er sich geirrt!

Für die sofortige Wiedereinstellung von P. Ruppel!

Großbrand in Garching:

„Zeitweise eine Stimmung Großbrand in Garching:

„Zeitweise eine Stimmung wie in Harrisburg“ ...

So beschrieb ein Beobachter die Situation während des Großbrandes in Garching (MoPo, 14.6.79). Nachts, am 12. Mai um 2.30 Uhr, wurde das Feuer entdeckt, ca. 100 m entfernt vom Forschungsatomreaktor, es wurde Katastrophenalarm gegeben. Obwohl der Reaktor natürlich „zu keinem Zeitpunkt vom Feuer bedroht“ war, wurde es angeblich sofort abgeschaltet. Über 10 Stunden wütete das Feuer, bis es den 477 Feuerwehrleuten gelang, es bis auf einzelne „Brandnester“ einzudämmen. Nach offiziellen Schätzungen entstand ein Sachschaden von mindestens 10 Millionen DM („Nürnberger Nachrichten“, 15.5.).

Die Gefahren, die durch den nahegelegenen Atomreaktor und die in den betroffenen Labors gelagerten radioaktiven Stoffe entstanden waren, wurden hinterher vom Umweltministerium gezielt runtergespielt. „Ähnlich wie im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall in Harrisburg in den USA lautete auch im Fall Garching die stereotypische Auskunft des zuständigen Ministeriums, ein vergleichbares großes Atomunglück sei in Bayern selbstverständlich ausgeschlossen“, schrieb lakonisch die „Mainpost“ am 16.5.

Die hinterher zur Schau gestellte „Ruhe und Sicherheit“ widerspricht einer Reihe von Berichten und Fakten.

Der TU-Sprecher Heinrichsen erklärte, „der Umfang der im Physik-Departement gelagerten radioaktiven Stoffe entspricht etwa dem einer Röntgenröhre“ („NN“, 15.4.). Tatsache ist: Den verantwortlichen Stellen war offenbar zum Zeitpunkt des Großbrandes überhaupt nicht bekannt, wo, wieviel und welches radioaktive Material in den Forschungs-labors lagerte. So kündete Josef Vogel vom bayerischen Umweltministerium an, „man werde zukünftig (!) die Art und die Zahl der in solchen Labors gelagerten Substanzen regelmäßig feststellen lassen“, denn das Ministerium sei „mit den Informationen im Zusammenhang mit dem Brand nicht zufrieden gewesen“ („MP“, 16.5.).

Weiter behauptete Heinrichsen hinterher, „alle radioaktiven Stoffe seien in strahlungs- und feuersicheren Tresoren gelagert, sodaß während des

Brandes keine Gefahr der radioaktiven Verseuchung bestand“ („NN“, 15.5.). Dagegen ließen in einer Korrespondentenberichterstattung der „NN“ am 12. Mai um 8.30 Uhr am Samstagmorgen schien es, als wäre das Großfeuer unter Kontrolle. Doch eine Stunde später kam es dann zur kritischen Phase: erst zu diesem Zeitpunkt (!) hatte man erkannt, daß die Flammen auf ein Labor übergriffen könnten, in dem radioaktive Material in Bleibehältern lagerte. Es mußte trotz des beruhigenden Hinweises, diese Behälter seien in feuersicheren Tresoren untergebracht, mit einer Katastrophe gerechnet werden. („NN“, 14.5.). Der Grund: Im gleichen Labor (!) lagerten mindestens 10 Helium- und einige Stickstoffflaschen, die durch die Hitze hätten explodieren können. Es war reiner Zufall, daß das nicht geschah.

Widersprüche in den Berichten über den Ablauf des Brandes deuten ebenfalls daraufhin, daß die wirklichen Gefahren vertuscht werden sollen. So hieß es am 14.5. in der „Süddeutschen Zeitung“: „Das Labor, in dem die radioaktiven Stoffe lagerten, wurde vom Feuer nicht erfaßt“. Dagegen erklärte schon erwähnter Vogel auf einer Pressekonferenz, „alle radioaktiven Präparate seien unbeschädigt im Brandschutz (!!) gefunden worden“ („Augsburger Allgemeine Zeitung“, 16.5.). Irgendetwas kann da nicht stimmen.

Zugeben mußte Vogel aber, daß ein entsprechender Brand auch in dem Reaktor entstehen könne „weil dort ähnliche Versuche durchgeführt werden“ („SZ“, 16.5.). Aber natürlich: „Selbst ein solches Feuer wäre aber beherrschbar und würde für die Umgebung keine radioaktive Bedrohung darstellen“, meinte Vogel.

Klein-Harrisburg in Bayern: Wieder einmal vorgeführt,

was ein „unvorhergesehener Störfall“ ist und daß solche Unfälle eben nicht vorherzusehen sind,

daß nur Zufälle und Glück eine größere Katastrophe verhindert haben,

wie hinterher gelogen, vertuscht, verdreht und hingebogen wird.

Das Schema ist immer dasselbe.

KB/Gruppe Nürnberg

AKW Brunsbüttel soll weiterstrahlen!

Es ist kaum zu glauben! Der Schrothreaktor in Brunsbüttel soll im Herbst dieses Jahres wieder in Betrieb gehen. Dies verkündete das Vorstandsmitglied der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), Hermann Krämer, auf der Hauptversammlung der Gesellschaft am 10. Mai in Hamburg („Holschischer Courier“, 11.5.79). In der nachfolgenden Diskussion über den „Störfall“ in Harrisburg ließ sich der Vorstandssprecher U. Segatz gar zu der Behauptung hinreißen, daß der Nachweis (von der Zuverlässigkeit der Kernkraftwerke) „gegenüber den zuständigen Sicherheitskommissionen, Behörden und Gutachtern geführt werden kann“ („H.C.“, 11.5.). Daß es sich hierbei nur um leeres Geschwätz handelt, wird durch die neuesten Untersuchungen eben dieser Sicherheitskommissionen selbst belegt.

„Die staatliche Materialprüfungsanstalt in Stuttgart hat inzwischen darauf hingewiesen, daß wegen der Gefahr von Rissen und Versprödungen 1981 alle ersten inneren Armaturen im Sicherheitsbehälter ausgetauscht werden müßten. In dem Prüfprotokoll ist die Rede von unsauberen Schweißnähten an den

Frischdampfleitungen und davon, daß sich „Unsicherheiten nicht ganz vermeiden lassen“ („Flensborg Avis“, 18.5.).

Erinnert sei kurz daran, daß die Ursache für die Panne im Juni '78 (bei der 145 Tonnen radioaktive Gase entwichen), ein solcher Riß im schlechten Material war.

Daß selbst die Reaktorsicherheitskommission bei der Untersuchung der Blechstutzen am Sicherheitsbehälter des Siedewasserreaktors in Krümmel (noch gar nicht in Betrieb) feststellen mußte, daß „die konstruktive Ausführung ... nicht den an die Qualität der Sicherheitsbehälter zu stellenden hohen Anforderungen“ („Flensborg Avis“, 18.5.) entspricht, läßt für Brunsbüttel — das schon etliche Unfälle hinter sich hat — schlimmes erwarten.

„Vorstandsmitglied (der NWK) Siegfried Stadie sagte auf die Frage eines Aktionärs nach etwaigen Abbruchkosten, die ein Kernkraftwerk verursachen könnte, darüber würden noch Berechnungen angestellt. Die NWK habe bisher 30 Millionen Mark zurückgestellt“ („H.C.“, 11.5.79).

Offensichtlich trauen sie ihrem Reaktor selbst nicht über den Weg.

Brokdorf-II-Prozeß:

Hohe Strafandrohung schon am ersten Tag

LETZTE MELDUNG

8 Monate für Atomgegner

Hamburg — Zu acht Monaten Haft ohne Bewährung hat das Amtsgericht Hamburg einen 25-jährigen ehemaligen Bewohner des „Anti-Atom-Dorfs“ Grohnde verurteilt.

Das Gericht fand ihn für schuldig, am 27. Juli 1977 einen Schwertransport für die Grohnde-Baustelle gestoppt und entladen zu haben. Es sah darin Nötigung und Sachbeschädigung. Vom Vorwurf des Landfriedensbruchs sprach das Gericht den 25-jährigen Mann jedoch frei.

aus „Morgenpost“-Nachtausgabe 27./28.5.79

„Menschliches Versagen“ in Ohu

Nach Harrisburg hatte die Atomindustrie in der BRD noch dreist behauptet, die „deutsche Sicherheitsphilosophie“ schließt Katastrophen durch menschliches Versagen aus. Doch in Ohu führte nun angeblich „menschliches Versagen“ zu einem erneuten Störfall. Aus der Reinigungsanlage für das hochradioaktive Wasser traten zwischen 5.000 und 10.000 Liter aus. Das Wasser sei aus

10.000 Liter aus. Das Wasser sei aus einem Enflüchtungsbehälter (7) gelassen und zum großen Teil in einem „Sumpfbehälter“ aufgefangen worden. Nur 30 bis 50 Liter seien dabei über die Straße auf einer Länge von 100 Metern den Regenwasserkanal „benetzt“ haben, erklärte das Umweltministerium der bayerischen Landesregierung, dessen „Fernüberwachungssystem“ ja solche Unfälle angeblich verhindert.

Nun, es war nur ein „kleinere“ Störfall, will man den offiziellen Verlautbarungen Glauben schenken. Zudem würde sich das radioaktive Fluor nach kürzester Zeit verflüchtigen. Nach diesem Vorfall forderten die bayerischen Jussos die sofortige Stilllegung, während die SPD sich zu der „ernsthaften“ Frage aufstellte, „ob dieses Kraftwerk nicht endgültig stillgelegt werden“ müsse, da es offensichtlich „weit mehr als Kinderkrankheiten“ besitze. Das kann man wohl sagen! (Quellen: „SZ“, 18.5.79, „Landshuter Zeitung“, 18.5.79)

KB/Gruppe Nürnberg

Eso — festgenommen und wieder frei

Eso und Karl konnten, so hieß es im AK 153 (S. 10) bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag unbehelligt in Holland leben. Schön wäre's ja.

Eso und Karl müssen sich wöchentlich bei der Fremdenpolizei in Amsterdam melden. Bei seiner Meldung am 17.5. wurde Eso festgenommen. Ein „Antrag der deutschen Behörden“ läge vor, das Auslieferungsgesuchen sei unterwegs („de Volkskrant“, 18.5.).

Allerdings wurde Eso auf Anweisung des Untersuchungsrichters am nächsten Tag wieder freigelassen. Eso habe durch sein freiwilliges Meiden bewiesen, daß er nicht unterzutauchen beabsichtige und sein Antrag auf politisches Asyl ernstzunehmen sei. Ratselhaft bleibt, warum Eso überhaupt festgenommen wurde. Der „Antrag der deutschen Behörden“ lag den niederländischen Behörden nämlich schon vor, als Eso und Karl Ende April ihr Asylgesuch stellten — ein Grund zur Festnahme wurde damals jedoch nicht gesehen („de Volkskrant“, 19.5.).

Vielleicht ein Testballon der niederländischen Justiz, ob man Eso und Karl schon jetzt und ohne viel Aufsehen abschieben kann...?

Niederlande-Kommission

Seit dem 8. Mai läuft vor dem Landgericht Hamburg der Brokdorf-„Rädelsführer“-Prozeß gegen Uli Lenz und Professor Jens Scheer. Beide sind angeklagt, bei der zweiten großen Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk Brokdorf am 13.11.76, an der sich etwa 35.000 Menschen beteiligt hatten, „schweren Landfriedensbruch“ begangen und als „Rädelsführer“ den Sturm auf den Bauzaun organisiert zu haben. Außerdem sollen sie auf Veranstaltungen der „KPD“ und von Bürgerinitiativen sowie in Flugblättern zur Besetzung des Bauplatzes aufgerufen haben. Auch für den von der Staatsanwaltschaft und den AKW-Betreibern errechneten Sachschaden von über 330.000 DM will man die beiden Genossen verantwortlich machen.

Schon die ersten Tage dieses auf mehrere Wochen angesetzten Prozesses haben gezeigt, daß das Ergebnis bereits feststünde, ginge es allein nach dem Willen von Staatsanwaltschaft und Gericht und den hinter ihnen stehenden Interessen. Auf die Frage der Verteidigung, wozu begründet werde, daß dieses Verfahren gleich vor dem Landgericht beginnt, antwortete das Gericht: Ein Amtsgericht könne nur Strafen bis zu drei Jahren verhängen, hier aber müsse eine höhere Strafe einkalkuliert werden, denn den Angeklagten werde vorgeworfen, „bürgerkriegsähnliche Zustände“ herbeigeführt zu haben.

Der bisherige Prozeßverlauf ist bereits von einer Kette von Skandalen begleitet gewesen.

Schon am ersten Prozeßtag war ein Teil der Zuschauerbänke von einem angeblichen „Polizeidrang“ besetzt. Die Verteidigung konnte nachweisen, daß aus diesen Reihen in den Verhandlungspausen einer der Hauptbelastungszeugen (der stellvertretende Polizeieinsatzleiter vom 13.11.76) haarklein über den Prozeßverlauf informiert wurde (Zeugen dürfen bis zu ihrer Aussage nicht am

Prozeß als Zuhörer teilnehmen).

Nach dem Gesetz muß die Verteidigung eine Woche vorher über die Besetzung des Gerichts (es handelt sich um ein Schöffengericht) und ihr Zustandekommen informiert werden, der vorsitzende Richter Selbmann „bot“ der Verteidigung aber erst eine halbe Stunde vorher die Prüfung der Unterlagen an.

Einer der Schöffen, DGB Kreisvorsitzender Weinreich, hatte sich vorher aus „gesundheitlichen Gründen“ abgemeldet. Recherchen ergaben jedoch, daß er während des Prozesses auf einer DGB Tagung weilte. Wollte er sich am Auftrag der DGB Führung um die Frage der Verurteilung oder des Freispruchs von AKW-Gegnern herumzögeln?

Am 3. Verhandlungstag wurde eine Verzögerung des Prozeßbeginns damit erklärt, daß einer der Beisitzer um seine Selbstablehnung wegen Befangenheit ersucht hatte. Als die Verhandlung dann schließlich anging, wurde kein Wort mehr darüber verloren. Erst auf Nachfrage teilte der Vorsitzende mit, daß der Richter Godau-Schüttke seinen Antrag zu rückgenommen hatte. Und erst nach beharrlichem Weiterfragen wurde weiter mitgeteilt, daß Godau-Schüttke seinen Antrag damit begründet hatte, daß er entscheidender AKW-Gegner sei. In einer Presseerklärung der Anwälte Eckart Behm, Dieter Magum und Uwe Maefel heißt es zu diesem Vorgang, daß sie „den Eindruck gewonnen (haben), daß Richter Godau-Schüttke nicht mehr an einem Verfahren zum Nachteil von zwei bekannten AKW-Gegnern und Mitgliedern der KPD mitwirken wollte... Die Rücknahme des Selbstablehnungsantrags innerhalb von kurzer Zeit müssen wir darauf zurückführen, daß der Richter dazu vom Gericht massiv bewegt worden ist.“ — Denn andernfalls wäre der Prozeß erstmalig geplatzt.

— Als am dritten Verhandlungstag



Uli Lenz und Jens Scheer

Zuhörer ein Transparent mit einem Ausspruch des früheren Bundespräsidenten Heinemann über den „mundigen Bürger“ hoch hielten, ließ der vorsitzende Richter Selbmann sofort den Saal räumen. Dabei wurden auch gezielte Fotografiereinsätze gemacht — u.a. auch von einem der Verteidiger. Die von der Verteidigung daraufhin beantragte Vernichtung des Filmmaterials wurde abgelehnt.

Das Gericht wird aber auch in diesem Verfahren weiter damit konfrontiert sein, daß es eine ungebrochene Solidarität mit den Angeklagten gibt. Schon am ersten Prozeßtag verlasen Sprecher der Bauern der Wulster Marsch und der Kläger gegen das geplante AKW Brokdorf vor Gericht eine Unterstützungserklärung. Und in einer Pressemitteilung des Delegiertenrats der Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen (BBA) heißt es: „Der Vorwurf, Jens Scheer wäre der Rädelsführer der Demonstration gewesen und habe mit einem Pfeif-

signal den Angriff auf den Bauzaun eingeleitet, ist absurd. Bei dem Versuch, den Bauplatz zu besetzen, waren wir nicht von ‚Feldherren‘ geleitet, sondern von unserem Willen, uns gegen die fortschreitende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu wehren.“

Solidaritätserklärungen für die Angeklagten können an folgende Adresse geschickt werden: KPD/Regionalkomitee Wismarstraße 21, 2000 Hamburg 6.

Die weiteren Verhandlungen finden jeweils dienstags um 9 Uhr im Landgericht Litzke statt. In Hamburg können sich Interessierte zur gemeinsamen Abfahrt um 7.30 Uhr vor dem Abalon-Kino treffen.

(Besicht nach „Rote Fahne“ vom 17. und 24.5. sowie Prozeß-Info des autonomen BLU-Ermittlungsausschusses)

Prozeß gegen AKW-Gegner in Hamburg: 13 Polizisten als Zeugen!

Am 30.5.79 soll vor dem Amtsgericht in Hamburg gegen den AKW-Gegner Joachim G. ein Prozeß wegen schwerem Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung, Rädelsführung und Sachbeschädigung beginnen. Joachim ist am 22.1.77 auf der Vortragsdemonstration zu Brokdorf III in Hamburg willkürlich aus der Menge heraus von den Bullen festgenommen worden. Am 22.1.77 demonstrierten ca. 8000 AKW-Gegner, ein großer Teil in Brokdorf Ausrüstung. Nach Beendigung der Kundgebung am Gerhart-Hauptmann-Platz grüßten viele AKW-Gegner zum nahegelegenen HEW-Zentrum. Als Protest gegen die Atombetreiber flogen Farbbeutel, Tomaten und andere Gegenstände auf das HEW-Gebäude.

Ein riesiges Bullenaufgebot in voller Montur knüppelte in die Demon-

strantenmenge. Die einen wurden in Richtung Rathaus, die anderen durch Wasserwerfer und mit brutalen Knüttelansätzen zum Hauptbahnhof getrieben.

Während eines Bulleneinsatzes am Hauptbahnhof wurde Joachim festgenommen, vorher bekam er zwei, drei Schläge ins Kreuz. Bei den obengenannten Aktionen soll Joachim angeblich als Rädelsführer zu Tätlichkeiten gegen die Bullen aufgefordert haben. Dreizehn Polizeizeugen sagen nach der Anklageschrift aus, daß Joachim sich als Rädelsführer betätigt hätte. Drei bis vier Zeugen behaupten, von Joachim persönlich angegriffen worden zu sein. Vor ca. anderthalb Jahren ist in Hamburg bei der Polizei eine zentrale Dienststelle geschaffen worden. Diese hat zur Aufgabe, in Prozessen mit einer Öffentlichkeits-

wirkung, die Aussagen der Polizisten untereinander abzustimmen. Die Polizei nennt das „psychologische Beratung“. Des weiteren hat die Staatsanwaltschaft im März 78 versucht, das Verfahren an die zuständige Strafkammer des Landgerichts abzugeben, wo es keine Revisionsmöglichkeiten mehr gibt. Joachim schreibt dazu im Prozeß-Info 10 (Ermittlungsausschuß der BLU/Luterothstr.): „Was das bedeutet, ist klar. Aufbau als Rädelsführer und Prozeß vom Landgericht bedeutet eine Gefängnisstrafe, bei der nicht nur in den Knast gehe, sondern die gesamte Bewegung diffamiert und kriminalisiert wird. So schafft man es, die Bewegung auszu-trocknen, indem man einige einkniet. Der Rest wird eingeschüchtert.“

Mit der Drohung einer Verfassungsbeschwerde konnte Joachim er-

reichen, daß das Gericht den Antrag auf Abgabe an das Landgericht ablehnte. So bleibt das Verfahren beim Amtsgericht.

Die Prozeßtermine sind

30.5. — 11 Uhr,

3.6. — 9 Uhr

11.6. — 9 Uhr

18.6. — 11.30 Uhr

in Hamburg, Siebekingplatz 3, Straßenzuggebäude Zimmer 297, 1. St.

Ein Genosse aus Wülfrathburg

20 Mio. DM Schadensersatz für Kinder von Karen Silkwood

Mehr als 20 Millionen Mark Schadensersatz erhalten drei Kinder, weil ihre Mutter als Laborantin in einem Betrieb der Firma Kerr McGee (Oklahoma/USA) mit Plutonium verseucht worden war.

Die engagierte Gewerkschafterin Karen Silkwood starb am Abend des 13.1.74 durch einen Autounfall auf der Strecke von Crescent nach Oklahoma City.

Der Verdacht, daß hier nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei, kam sehr schnell auf, als zwei Männer, die in der Nähe des Unfallortes auf sie gewartet hatten, der bekannte Reporter der New York Times David Burnham und Steven Wodka, Gewerkschaftssekretär der OCAW (Oil, Chemical and Atomic Workers) feststellten, daß ein wichtiges Dossier, das sie ihnen bringen wollten, nach dem Unfall verschwunden war.

Von 1970 bis 1974 waren in der Fabrik 87 Arbeiter in 24 verschiedenen „Störfällen“ mit Plutonium kontaminiert (= verseucht) worden, darunter auch Karen Silkwood. Im September 1974 war sie mit zwei anderen Mitgliedern ihrer Betriebsgruppe nach Washington gereist, um bei der Gewerkschaft Klage über gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen im „Cimarron Plant“ zu führen. Besondere Aufmerksamkeit hatte man dort ihrer Behauptung

geschenkt, daß die Firma Kontrollberichte und begleitende Röntgenfotos gefälscht habe, in denen an Brennstäben Defekte konstatiert worden waren.

Mit dem Auftrag, unzweifelhafte Beweise dieser Behauptungen beizubringen, war Karen damals an die Arbeit zurückgegangen und hatte sich in mehreren Wochen die verlangten Unterlagen besorgt. Diese belastenden Dokumente waren nach dem Unfall nicht mehr aufzufinden, obwohl die Polizeistreife, die die Tote entdeckt hatte, sich an verstreut am Unfallort herumliegende Papiere erinnerte. (nach Robert Jungk, Der Atomstaat, S. 104 ff.)

Doch nicht um diesen Punkt ging es in dem Prozeß, den Karen Silkwoods Ehemann und ihr Vater angestrengt hatten. Die Laborantin hatte erklärt, daß sie vergiftet worden sei, weil die bei Kerr McGee produzierten Plutonium-Kugeln nicht strahlensicher gelagert würden. Tatsächlich fanden sich in Karens Wohnung und an ihrer Leiche Plutonium-Spuren.

Die beklagte Firma behauptete jedoch, daß ihre Angestellte absichtlich Plutonium entwendet und verheimlicht habe, um ihren Vorwurf der Fahrlässigkeit besser untermauern zu können. Gleichzeitig legte die Firma in dem Verfahren Dokumente von Regierungsinspektoren

vor, um den ausreichenden Sicherheitsstand in der Anlage zu beweisen. In einem Interview mit Workers World erklärte hierzu ein Vertreter von OCAW, Jerry Archuleta, „Karen Silkwood hat sich auf gar keinen Fall selbst vergiftet. Sie wurde als Röntgentechnikerin ausgebildet und kannte sehr genau die Gefahren von radioaktiver Strahlung. Sie wußte, daß die Gesellschaft ihre Beschäftigten nicht ausreichend über die Gefahren informierte“ (Workers World, 6.3.79). Im übrigen muß es wohl selbst den Geschworenen selbsten vorgekommen sein, daß eine Firma behauptet, alle Sicherheitsvorschriften einzuhalten, und gleichzeitig sagt, jemand könne Plutonium aus der Anlage schaffen.

Das Urteil des Geschworenen-Gerichts wurde mit Applaus aufgenommen. Der Vater der Ermordeten erklärte nach dem Urteil: „Uns ging es nicht ums Geld, Karen ist jetzt rehabilitiert.“

Untersuchung im Fall Karen Silkwood gefordert

Mit dem Tod der unter geheimnisvollen Umständen ums Leben gekommenen strahlensicheren Atomlaborantin soll sich jetzt die Regierung in Washington befassen. Diese Forderung erhob nach dem

Prozeß der Vizepräsident der OCAW, Anthony Mazzocchi. „Das Urteil ist eine Verteidigung unserer Position und öffnet sicher den Weg zu den nächsten beiden Hauptfragen: Wer hat den Tod von Karen Silkwood verursacht und wer hat die Dokumente beseitigt, die sie bei sich hatte?“, erklärte Mazzocchi. Die Gewerkschaft hat allen Grund, nicht an einen natürlichen Tod zu glauben. Ein von ihr beauftragter Unfall-Sachverständiger, A.O. Pipkin, stellte anhand von Unfallspuren am Wagen fest, daß der leichte Honda von einem Lasten gerammt wurde und dadurch von der Straße abkam (S.F. Sunday Exam, 4.4.79).

Im der Ausgabe vom 4. März des San Francisco Sunday Examens wird außerdem berichtet, daß Karen im Sommer 74 nicht nur mit der Gewerkschaft sprach, sondern auch an einer geheimen Sitzung der AEC der US-Atomkontrollbehörde teilnahm. Die Zeitung vermutet wohl zurecht, daß zwischen AEC und Kerr McGee ganz gute Verbindungen bestanden. So wäre der „Autounfall“ dann etwas „logischer“ (nach „TAZ“, 21.5.79) und „HA“, 19.5.79 sowie nicht näher angegeben).

AKW-Nach-Kommission



Göppingen

Ca. 150 kurzfristig mobilisierte Antifaschisten störten am 12.5. eine geordnete Kundgebung der NPD in Göppingen. 8 Nazis unter Führung ihres Landesvorsitzenden J. Schützinger (Polizei-Beamter!) wollten in Göppingen ihren Scheitern loswerden. Schützingers Rede wurde durch Sprechchöre zur Unverständlichkeit verstört.

Das Aulensgebot war am Kundgebungsplatz ziemlich gering (30 Uniformierte), aber in der Kaserne der Bereitschaftspolizei in Göppingen lag eine Hundertschaft in Bereitschaft.

Als Konsequenz des offenen Auftretens der Nazis auch bei uns im Kreis wird nun die Bildung eines breiten Antifa-Bundes diskutiert (DGB, SDAJ, DJD, Jusos, Jugendzentren und Unorganisierte).

KB-Sympathisant aus Samen b. Göppingen

Hildesheim

Ca. 50 Alt-Nazis ist am 12. Mai die Suppe ein wenig versalzen worden. Aufgerufen hatte die HIAG zu einem „Fest in den Muttertag“. Erschienen waren gut 60 Antifaschist/innen mit Sprechchor, Transpa-

rent, Sandwiches und genügend antifaschistischer Empörung.

Nachdem wir die Blockierung des Zufahrtsweges abgebrochen hatten (Nazis breiteten mit ihren Autos auf die Menge los, Polizei drohte wegen Verkehrsbehinderung Schritte an), erfuhren wir von dem Beschluß der von den Nazis arrangierten Tanzkapelle: Diese, durch unseren Protest aufmerksam gemacht und bestärkt, weigerte sich, auf einem Treffen ehemaliger Waffen-SSler zu spielen. Nach Bekanntgabe dieser Entscheidung packten sie unter Geheiß und Schlägeandrogen der Faschisten und unter dem Applaus der Antifaschisten ihre Anlage ein. Der „Tanz“ war somit gelaufen. Ein kleiner aber mitmachender antifaschistischer Erfolg gegen eine „Nur-Tanzveranstaltung“.

KB Hildesheim

Nürnberg

Seine erste Veranstaltung in Nürnberg übernahm führte Hoffmann (Chef einer Nazi-„Wehrsportgruppe“) am 19.5. durch. Trotz kurzfristiger Gegen-Mobilisierung kamen ca. 500 Antifaschisten.

Erst 2 Tage vor der Veranstaltung wurde es bekannt. Hoffmann und seine Jünger verteilten in der Stadt Flugzettel, und in einer Nürnberger Werbezeitung, die an alle Haushalte kostenlos verteilt wird, hatte der Neonazi eine Anzeige untergebracht. Diese Werbezeitung, die von den Nürnberger Einzel- und Großhändlern bezahlt wird, entwickelt sich immer mehr zum Sprachrohr für Neonazis. (In einer anderen Nummer befand sich ein ganzseitiges Interview mit Hoffmann – ohne Kommentar!)

Auf Initiative der „Antifaschistischen Aktionskommission“ gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann (Jusos Falken, KSG, KB) fand ein Termin des neugegründeten „Bürgerkomitees gegen neonazistische Umtriebe“ noch am Vorabend statt. Auf diesem Termin konnten sich alle auf eine Aktion gegen die Veranstaltung einigen. Dies wurde dann die erste Aktion des Bürgerkomitees. Eine noch schnell verabschiedete Pressemitteilung wurde am nächsten Morgen fast wörtlich in den „Nürnberger Nachrichten“ abgedruckt. Auch dies hat mit zur Mobilisierung beigetragen, die ansonsten nur über Telefonanruf gelaufen ist. Die Falken unterbrachen sogar ein Wochenendseminar, und auf dem „Europafest der KDP“ wurde am Sonntag der Kundgebung hingewiesen.

KB-Nürnberg

Prozesse gegen Nazi-Mörder

Bochum. Eine neuer NS-Prozess hat am 21.5. gegen den 63-jährigen Chemiefacharbeiter Helmut Krizons (Recklinghausen) vor dem Bochumer Schwurgericht begonnen. Ihm wird die Beihilfe am Mord von 15.000 Juden sowie Mord an 24 Juden vorgeworfen. Er hatte im September 1942 bei einer großangelegten Tötungsaktion in der Nähe von Lodz (Polen) mitgewirkt. „Außerdem soll er im Rahmen dieser Aktion, ohne einen Befehl dafür gehabt zu haben, eigenmächtig 24 Juden, darunter auch Frauen und Kinder, umgebracht haben“ („WAZ“, Bochum, 19.5.79). Vorsitzender Richter in diesem Prozess ist übrigens der gleiche Dr. Trepow, der bei dem erst kürzlich beendet Bochumer NS-Prozess dafür gesorgt hatte, daß von ursprünglich 6 angeklagten NS-Verbrechern 5 straf-frei ausgingen (s. auch AK 152).

Antifa-Kommision NRW

Der 1977 in den Niederlanden wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 15 Jahren Gefängnis verurteilte ehemalige SS-Mann Pieter Menten, der in der Berufungsinstantz 1978 seine Freilassung erreichen konnte, muß wieder vor Gericht.

Als SS-Mann war er - nach dem Urteil von 1977 - an Erschießungen von Polen beteiligt, außerdem hatte er Kunstschätze geraubt und sich damit ein Vermögen aufgebaut. (Zu allem er erhielt er von der BRD „Schadenersatz“ in Höhe von 550.000 Mark für von den Nazis 1942 beschlagnahmte Möbel, die er aber zuvor selbst in Polen geraubt hatte!) 1978 wurde Menten freigesprochen, weil ihm 1952 von dem damaligen Justizminister Donker versprochen worden sei, daß er außer Verfolgung gestellt würde. Dieser Freispruch wurde jetzt mit der Begründung aufgehoben, Menten habe die Zusage Donkers nicht bewahren können. Im übrigen könne er sich auch nicht (wie im Prozess 1978) auf eine Bestimmung der Europäischen Menschenrechts-Konvention berufen, wonach eine Anklage „an angemessener Zeit“ nach Bekanntwerden der Tat erhoben werden müsse. Menten hätte damit praktisch eine Art Verjährung durchgesetzt gehabt („FAZ“ 23.5.79).

„Die gute Tat“: Ludwig Klemm, alias Jantz, erlängte sich in seiner Zelle Er wurde beschuldigt, als SS-Angehöriger 1942 und 1943 Juden ermordet zu haben. Ludwig Klemm war Anfang des Jahres festgenommen worden. Der Prozess sollte im Herbst beginnen.

Das Sühneverfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Arbert Heim wurde nunmehr eingeleitet. Es soll die Beschuldigung seines Vermögens erreicht werden. Das Verfahren vor der Strafkammer findet statt am 13. Juni um 10 Uhr 30 im Gebäude des Senators für Bau- und Wohnungswesen, Württembergische Straße 6/10, 11. Stock, Raum 1101, Westberlin. Wie berichtet, ist der mehrerer Nazi-Verbrechen Beschuldigte flüchtig. Er hat in der Tiele-Wardenberg-Straße ein Mietshaus, aus dem er unbefugt seine Einnahmen bezog, bis die Bewohner von der Vergangenheit ihres Hauswirts erfuhren und die Zahlungen an ihn einstellen.

Das Justizministerium der USA beauftragte den ehemaligen Strafverfolger in den Nürnberger Prozessen, Walter Ruckler, mit der Leitung einer neuen Abteilung, die untergeordnete NS-Verbrecher suchen soll, um ihnen die US-Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Die US-Einwanderungsbehörde schätzt, daß mindestens 175 NS-Gewaltverbrecher in den USA leben („FR“ 8.5.79).

Seit 16 Jahren „in der Schwebe“ ist das Verfahren gegen den ehemaligen Hanauer Stadtkommandanten und späteren Tüßlinger Oberlehrer Karl Schuhmacher. Schuhmacher wird vorgeworfen, in den letzten Kriegstagen einen Deserteurer erschossen zu haben.

Nachdem der Vorfall bekannt geworden war, leitete das Land vor 16 Jahren ein Disziplinarverfahren ein. Schuhmacher wurde ein Drittel seiner Ruhestandsbezüge gekürzt. Ansonsten geschah - nichts. Ein eingeleitetes Strafverfahren wurde schließlich wegen „Verhandlungsunfähigkeit“ des Angeklagten eingestellt. Als ein Disziplinarverfahren gegen Schuhmacher die Ermittlungen abgeschlossen waren, erklärte sich die Disziplinarkammer freier für nicht zuständig und übergab das Verfahren dem Tübinger Oberlandesgericht.

Dort lag das Verfahren dann weitere Jahre - bis Schuhmacher selbst,

sich der „Rechts“-Sprechung westdeutscher Gerichte offenbar sicher, eine Petition an den Landtag richtete und auf einen raschen Abschluß und die Nachzahlung seiner einbehaltenen Bezüge drängte. Der Petitionsausschuß beilegte sich denn auch, Schuhmacher zu versichern, daß sein Verfahren „sicher ungünstlich“ gelaufen sei (lt. „Badische Zeitung“, 28.3.79) und daß der Alt-Nazi noch in diesem Jahr mit einer Entscheidung rechnen könne.

Antifa Kommission Baden-Württemberg

Ein Nazi-Mörder lebt unbehelligt bei München: Jacobus Willem Munnikhuizen (61), ehemals Mitglied der „Germanischen SS“ in den Niederlanden. Bei Aktionen gegen niederländische Widerstandskämpfer hatte er in Tynje (Provinz Friesland) im Dezember 1944 zwei unbeteiligte Männer durch Kopfschüsse getötet.

Von einem Gericht in Groningen (Niederlande) wurde er 1950 im Abwesenheit zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglich begnadigt.

Heute lebt Munnikhuizen mit seiner Familie in Güding (Landkreis Starnberg). Mit seiner Auslieferung an die Niederlande ist nicht zu rechnen, denn ihm wurde 1955 die deutsche Staatsbürgerschaft zuerkannt. Um eine Auslieferung möglich zu machen, müßte er ausgebürgert werden.

Wie leicht es den Faschisten damals gemacht wurde, einen deutschen Fuß zu erhalten, wird auch an Munnikhuizen deutlich. Er war nie nach einem Führungszeugnis gefragt worden. In altbekannter Manier wird jetzt von staatlicher Seite versucht, das Geschehene zu wahren. Die verantwortlichen Behörden wußten seinerzeit angeblich nicht, daß Munnikhuizen rechtskräftig verurteilt worden war.

Ob dem holländischen Nazi in der BRD der Prozess wegen Mordes gemacht wird, ist fraglich. Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, der den Nazi aufgespürt hatte, leitete bereits im vergangenen Oktober der Zentralstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg seine Ermittlungsergebnisse mit. Erst im April 1979 wurde von der Staatsanwaltschaft München I ein Ermittlungsverfahren gegen Munnikhuizen eröffnet.

Ein Genosse aus München

Prozesse gegen Neonazis

Seit langem der umfangreichste Prozess gegen einen Nazi-Flugblattverbreiter fand Anfang Mai in Nürnberg statt. Ein gewisser Dieter Werner (41) aus Fürth hatte 1977/78 über Monate hinweg Flugblätter des Frankfurter Nazis Schönborn vor allem vor Schulen verteilt. Der „Höhepunkt“ war eine Flugblattaktion vor der internationalen Spielwarenmesse in Nürnberg. In einem englischsprachigen Pamphlet wurden alle diejenigen als Idioten und Kriminelle bezeichnet, die noch daran glauben, daß im Dritten Reich auch nur ein einziger Jude vergast worden sei. Dieses Flugblatt hatte in der Nürnberger Presse großes Aufsehen erregt und schließlich den Prozess ausgelöst.

In dem 10tägigen Prozess ging es um folgende Anklagepunkte:

Volksverhetzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Staates, Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und fortgesetzte Beleidigung. Zwar sei, so das Gericht, der Angeklagte nicht der Autor der Schriften, sondern nur der Verteiler, trotzdem müsse er sich die Gedanken strafrechtlich als seine eigenen anrechnen lassen. (Bei einem ähnlichen Verfahren, es ging um wesentlichen um die gleichen Schriften, verurteilte ein Gericht Schönborn als Verfasser zu nur fünf Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung).

Am 18.5. verurteilte das Landgericht Nürnberg-Fürth Werner zu einem Jahr o. h. n. e. Bewährung wegen Verbreitung volksverhetzender und verfassungswidriger Schriften. Genannt wurden noch, außer den Schönborn-Flugblättern, der „Angriff“, der „Deutsch-Völkische Beobachter“ und die Nazi-Schrift „Wahrheit für Deutschland“.

KB/Gruppe Nürnberg

Am 10. Mai hat in München ein Prozess gegen die Kersch-Bande begonnen. Angeklagt sind Max Kersch, NPD-Vorsitzender in Regensburg, drei seiner Söhne, das NPD-Mitglied G. Herzogenrath-Amelung (gleichzeitig Funktionär der Burschenschaft Thesalia zu Regensburg) und ein weiterer Komplize.

Am 21.7.77 hatte ein Trupp von etwa 20 Schlägern unter Kerschers Führung in der Münchner Leopoldstraße einen Info-Tuch, an dem über Neonazi-Umtriebe informiert wurde, zerstört und mehrere Studenten mit Holzlaten zusammengeschlagen. Außerdem der genannten Burschenschaft gibt es noch Verbindungen der Kersch-Truppe zu den Burschenschaften Sudetia und Danubia, die die Schläger-Nazis möglicherweise angeheuert hatten. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch („TAZ“, 14.5.79).

Nazi-Umtriebe

Am 10. 5. kam es in Hamburg-Eppendorf zu Auseinandersetzungen zwischen vier in schwarze Uniformen gekleideten Neonazis und einer Gruppe Jugendlicher. Dabei bezogen die Jung-Faschisten Prügel, um einer eine Gaspistole zu stecken und einem der Umstehenden in die Augen schoß. Der Verletzte mußte im Krankenhaus behandelt werden. Die Neonazis lästeten die Kripo ermittelt (?) gegen den Schützen, der aus Hamburg-Harburg stammt, und seine drei Kumpanen. („Hamburger Abendblatt“, 11.5.79).

Unbemerkte von Antifaschisten und offensichtlich gedeckt bzw. geduldet von den Behörden Baden-Württembergs konnte der Führer der italienischen Faschistenpartei MSI, Almirante, in die BRD einreisen, um in Stuttgart eine Kundgebung mit 500 Italienern abzuhalten. (Angesichts der bevorstehenden Europa-Wahlen wird die MSI in letzter Zeit auch in ande-

ren Städten rühmig). Die „Stuttgarter Zeitung“ berichtete erst nachträglich - und äußerst wohlwollend - über Almirantes Auftritt („TAZ“, 9.5.79).

Oldenburg. Der am 28.4. durchgeführte NPD-Landesparteitag Niedersachsen führte zu Protesten von mehreren Hundert Antifaschisten; zeitweilig wurde der Platz, wo die NPD eine Kundgebung durchführen wollte, besetzt. (Siehe AK 153). Der Abzug der Antifaschisten gegen 12 Uhr Richtung Innenstadt, wo eine spontane Demonstration stattfand, reizte die NPD-Faschisten wieder einmal zu üblen Schlägereien. Ungefähr 100 von der noch dastehenden Polizei prügelten Bundi, Dammann u.a. auf vermeintliche Gegen-demonstranten ein - insgesamt etwa 5 Minuten, so zu sehen auf einem erdreisigerweise angefertigten Video-Film. Mittlerweile ist zu erfahren, daß die NPD dem am 28.4. angefangenen Parteitag im Juni fortsetzen will!

„Gestellt und erschossen“

Ende letzten Jahres veröffentlichten wir das Russell-Buch Nr. 4 „Jeder kann der nächste sein“, in dem wir 150 Todesfälle durch polizeilichen Schusswaffengebrauch oder andere polizeiliche Gewalt seit 1971 dokumentierten. Seither hat sich die Zahl der uns bekanntgewordenen Todesopfer auf über 200 erhöht.

Immer weitgehender setzt sich damit das Tödeschussgesetz in der Praxis durch, dessen „Einführung in Bund und Ländern (offiziell) im Bundesgesetz scheiterte“ (am 11.5.79 lt. „SZ“). Der von der Innenministerkonferenz allerdings schon 1976 verabschiedete „Musterentwurf“ eben das Tödeschussgesetz — legte schon damals den Bundesländern nahe, den Tödeschuss in Zukunft befehlbar zu machen. Mit diesem Gesetz würde die bisher immer noch trotz allem in der individuellen Rechtfertigung des polizeilichen Todeschusses zugunsten einer generellen Legitimation der Tötung von Menschen abgelehnt. Damit soll dem einzelnen Polizeibeamten seine bisherige „Gewissensentscheidung“ durch seinen Vorgesetzten abgenommen und die Tötungsschwelle beim einzelnen Beamten herabgesetzt werden — er kann sich jeder Zeit geduckt fühlen.

In Bayern hat sich diese Einschätzung durch das dort seit Juni 1978 bestehende Polizeiaufgabengesetz, das bayerische Tödeschussgesetz, als erstem Bundesland bewährt. Mit diesem Tödeschussgesetz ist Bayern zum Vorreiter in Sachen Todeschuss geworden.

Damit trotz drohendem oder bereits existierendem Todeschussgesetz, trotz gerichtlicher Verdunklungspraxis polizeiliche Todeschüsse in Zukunft zur Rechenschaft gezogen werden, müssen wir gegen jeden einzelnen Todeschuss eine Öffentlichkeit schaffen, müssen wir die stereotypen Formeln „Notwehr“, „Putativ-Notwehr“ und „Nothilfe“ genauso öffentlich hinterfragen, auch auf gerichtlichem Weg. Darüber hinaus dokumentieren wir einige Fälle, in denen zwar nicht von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wurde, die Opfer jedoch buchstäblich in den Tod getrieben wurden, meistens bei Verfolgungsjagden mit dem Auto. Bekannt sind diese Szenen aus jedem amerikanischen Kriminalroman, an der amerikanischen Polizei an der Stoßfront des „Verbrechens“ und irgendwann kommt immer der Augenblick, in dem das Auto in den Abgrund stürzt.

Auch dies ist Ausdruck der Brutalisierung der Polizei, auch diese Tötungen dürfen nicht einfach nur in der Statistik der Unfalltote erscheinen. Ebenso wenig, wie der Tod von im blühenden Alter stehenden Menschen in den Kisten als „natürliche“ Sechse erscheinen sollte.

Köln. Am 11.12.78 wurde ein 22-jähriger Mann bei einem Kellerereignis von einem Schuß schwer verletzt und starb am 17.12.

Nach Angaben der Polizei hatte sich der Polizist durch einen glitzernden Gegenstand in der Hand des Mannes bedroht gefühlt und in dessen Richtung geschossen. Die „Waffe“ entpuppte sich später als Taschenlampe.

...

Salzau. Am 14.12.78 starb der Kraftfahrer Ulf Böttlich an den Folgen eines Kopfschusses vom 17.11. Damals hatte Polizei auf einem Edeka-Markt gelauert, weil sie angeblich einen Hinweis auf einen bevorstehenden Einbruch erhalten hatte. Der ahnungslose Kraft-

fahrer Ulf Böttlich sei dann für den Einbrecher gehalten worden. Als er aus dem Führerhaus stieg, wurde er von einem Schuß getroffen.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft deute das Ermittlungsergebnis auf einen Unglücksfall hin. Der beschuldigte Polizist war aber noch nicht vernommen worden. Einzelheiten wurden auch einen Monat nach dem Schuß noch nicht bekannt gegeben.

...

München. Am 18.12.78 entließ der gerade verurteilte Maschinenschlosser Klaus Eck im Münchner Justizgebäude einen Beamten die Pistole und schloß zweimal in die Decke. Ein zweiter Beamter schloß daraufhin gezielt. Von einem Schuß in die Brust getroffen,

Polizei „gestellt“ worden. Mit den Worten „Nicht schießen, ich mache das selber“ habe er sich sodann selbst in den Mund geschossen.

Nebenbei sei gesagt, daß er außerdem von zwei Schüssen aus Polizeiwaffen verletzt worden war. Er starb auf dem Weg ins Krankenhaus, angeblich an den Folgen seines eigenen Schusses.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß das der fünfte derartige „Selbstmord“ innerhalb eines Jahres war.

...

Bamberg. Am 20.2.79 wurde der 43-jährige Erwin Hofmann bei einem Einbruchversuch im Bamberger Hafen von einem 34-jährigen Polizeiober-

kommissar durch zwei Schüsse in den Bauch tödlich getroffen. Er starb kurz darauf in einem Bamberger Krankenhaus.

Angeblich war Erwin Hofmann der Aufforderung, sich zu ergeben nicht nachgegeben. Er soll mit einem 80 Zentimeter langen Rundenbrevier auf den Kommissar losgegangen sein. Nach zwei Warnschüssen habe dieser gezielt geschossen.

Die Staatsanwaltschaft Bamberg erklärte am 22.2., „man untersuche noch, ob ein Fall von Notwehr vorliege, habe aber bisher nur Beteiligten und keine Beschuldigte... Man habe bisher keine Hinweise, daß es sich nicht um Notwehr gehandelt habe.“

...

Nürnberg. Am 4.5.79 wurde Elisabeth van Dyck in ihrer Wohnung „gestellt und erschossen“. 14 Tage lang hatten Beamte des Sonderkommandos die Wohnung beobachtet und am Abend vorher wurde die Falle vollendet. Zwei Beamte positionierten sich in der Wohnung und warteten auf Elisabeth. Eventuelle Zeugen, spielende Kinder, wurden weggejagt, am 4.5. wurde das ganze Viertel umstellt. Als Elisabeth kam, wurde sie mit Schüssen empfangen, angeblich bevor sie selbst eine Pistole ziehen wollte, wurde sie von einem Schuß in den Rücken tödlich getroffen.

Anschließend sagte die Bundesanwaltschaft: „Ein dringender Tatverdacht, der zur Ausstellung eines Haftbefehls gegen sie gereicht hätte, habe jedoch nicht bestanden.“

...

Landshut. Am 30.4.79 wurde der 27-jährige Manfred Drödl bei einem Banküberfall durch einen gezielten Schuß eines Polizeibeamten getötet. Nach stundenlangen Verhandlungen mit Drödl, der Geiseln genommen hatte, rief die Staatsanwaltschaft gemeinsam mit der Polizeiführung zum „Sturmangriff“. Beamte eines 50-köpfigen Spezialtrupps stürzten in die Bank und schossen auf Drödl. Bei dieser Erschließung waren ca. 300 Polizisten aus Bayern im Einsatz.

Das Bayerische Innenministerium teilte mit, der betreffende Beamte

hätte bei dem tödlichen Schuß auf Drödl im Rahmen des Polizeiaufgabengesetzes gehandelt. „Ein Verfahren habe er deshalb aller Voraussicht nach nicht zu erwarten.“

...

Hagen/Westfalen. Am 8.5.79 tötete ein Polizist den „Hamburger Zigeunerkönig“ Karl Mettlich — angeblich bei einem Handgemenge — mit einem Kopfschuß.

Karl Mettlich war Beamter mit einem gestohlenen Opel in Hagen auf gefahren. Nach einer wilden Verfolgungsjagd wurde der Wagen auf einem Gehöft „gestellt“.

Darauf soll sich nach der polizeilichen Darstellung der verfolgte Karl Mettlich — offensichtlich wohl in selbstmörderischer Absicht — auf die

aus Donauessungen auf der Wache — und sagte, in der Wohnung seiner Verlobten sei sein Unglück passiert. Gleichzeitig gab er eine Pistole ab, in der zwei Patronen fehlten. Die Hülsen wurden später neben der toten Frau gefunden.

Die Staatsanwaltschaft gab an, vermutlich handele es sich um „Eifersucht“. Da Eifersucht aber nicht als „niedriger Beweggrund“ gewertet werde, komme eine Anklage wegen Mordes nicht in Betracht. Wenigstens beantragte der Staatsanwalt Haftbefehl unter der Anklage des Totschlags.

...

Wartburg/Höxter. Am 28.3.79 erschloß der 48-jährige Polizeiobermeister Werner B. seine 53-jährige Freundin mit einem Schuß in den Hinterkopf und anschließend sich selbst.

...

Bad Odesloe. Am 21.1.79 wurde der 52-jährige Heizungsbaumeister Heinrich P. auf der Autobahn gestoppt. Angeblich war seine unsichere Fahrweise aufgefallen. Sein Wagen sollte abgeschleppt werden. Er selber sollte im Polizeiwagen mitfahren.

Nach Angaben der Polizei sei er dann auf die andere Straßenseite geflüchtet. Dabei wurde er von einem Auto erfaßt und erlitt tödliche Verletzungen.

...

Dieburg. Am 21.1.79 stieß ein Polizeiwagen bei der Fahndung nach Einbrechern auf einen schnell fahrenden Wagen ohne Beleuchtung. Der Streifenwagen verfolgte das Auto und bei der Verfolgungsjagd verlor der Fahrer des unbeleuchteten Wagens angeblich die Gewalt über sein Fahrzeug. Er wurde aus dem Auto geschleudert und verunglückte tödlich. Mit den Leihern nach dem Unfall wurde, hatte er nichts zu tun. Angeblich soll er kurz vorher (unbekannt) begangen haben, nachdem er einen parkenden PKW und eine Baumaschine angefahren hatte.

...

Monschau/Eifel. Am 3.3.79 wollte eine Poststreife einen 34-jährigen Postbeamten anhalten, weil er sein Fernlicht eingeschaltet hatte.

Postbeamten anhalten, weil er sein Fernlicht eingeschaltet hatte.

Dieser gab angeblich Gas und verlor in einer Rechtskurve die Gewalt über sein Fahrzeug. Er stürzte in den Fluß und ertrank.

...

Altenerding. Am 6.5.79 wurden ein 20-jähriger Metzger und ein 19-jähriger Soldat nach Polizeiangaben beobachtet, wie sie ein Auto stahlen. Als sie davonfuhr, veranlaßte die Polizei eine Verfolgungsjagd. Für die beiden Männer endete diese Jagd tödlich. In einer Kurve verloren sie die Herrschaft über ihren Wagen und prallten gegen einen Betonpfeiler. Sie wurden in das Wrack so eingeklemmt, daß sie tödlich verletzt wurden und noch am Unfallort starben.

...

Bremerhaven. Am 8.2.79 starb ein 22-jähriger Schlosser nach dem Sturz aus dem dritten Stock des Bremerhavener Polizeihauses.

Angeblich war dem die Rekonstruktion eines Verbrechens vorausgegangen. Dabei habe der in der Vergangenheit mehrfach psychiatrisch behandelte junge Mann demonstrieren müssen, wie er eine schwangere Frau bis zur Bewußtlosigkeit gewürgt und ihr mit einem Messer den Bauch aufgeschnitten hatte.

...

Hamburg. Am 19.12.78 starb der zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilte 33-jährige Heiner Puhl in der Hamburger Haftanstalt „Santa F“. Nach Angaben der Polizei hätten Wiederbelebungsversuche der Ärzte zunächst Erfolg gehabt, auf der Fahrt ins Krankenhaus sei Heiner Puhl an Herzversagen gestorben.

...

Hamburg. Am 6.5.79 starb der 48-jährige Heinz St. im Untersuchungsgefängnis an der Holstenglacis angeblich an Herzversagen.

...

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Bei der Durchsuchung erschloß ein Polizist Karl Mettlich von hinten — Polizeisten bei der Rekonstruktion am Tatort

starb Klaus Eck

starb Klaus Eck

Nach einer anderen Version habe er einen Wachbeamten niedergeschlagen und wild um sich geschossen.

...

Hamburg. Am 28.1.79 wurde der 22-jährige Grieche Athanasios Kouloudopoulos beim Einbruch in eine Gaststätte ertappt. Er wurde von sechs Schüssen aus Polizeipistolen z.T. lebensgefährlich getroffen. Er starb im Krankenhaus.

Angeblich hatte er die Beamten mit einem Revolver bedroht, aber nicht geschossen. Die Revolvertrommel habe geklemmt. Daraufhin gaben die Beamten 16 Schuß auf den Mann ab. Sechs Schuß trafen in Hand, Arm, Gesicht und Unterkeifer.

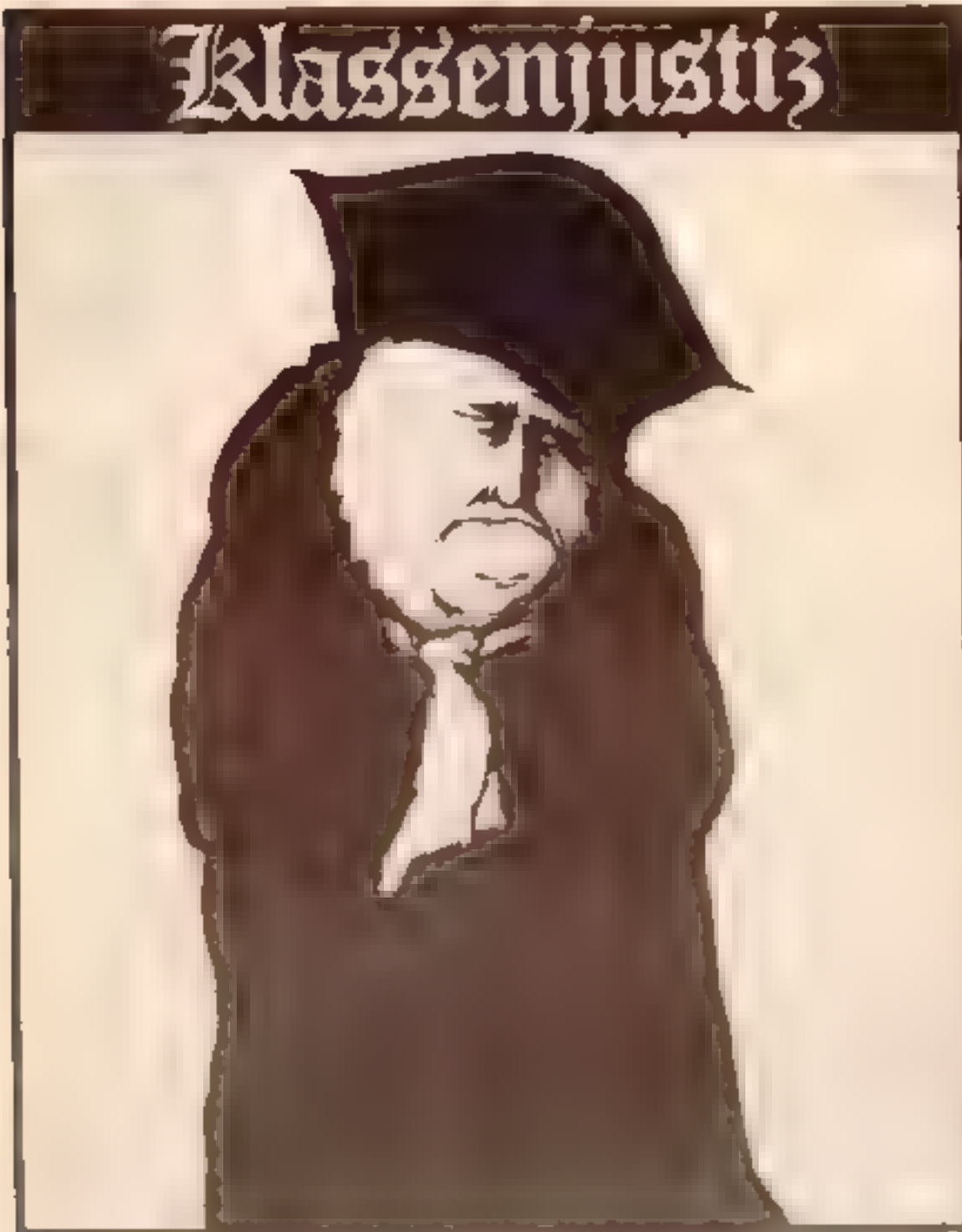
...

Oldenburg. Am 26.1.79 wurde der Bankräuber René Mathias Schleich auf der Flucht von der Polizei „kampf unfähig“ geschossen. Danach soll er sich dann tatsächlich vor der Augen der Polizisten selbst erschossen haben. Nach Aussagen der Polizei soll sich diese dubiose Geschichte folgendermaßen zugetragen haben: Nach einem Banküberfall sei er von der

HALT STEHENBLEIBEN!
ODER ICH NEHME IHRE TÖTUNG
BILLIGEND IN KAUF



Klassenjustiz



Haftentlassung für Christian Heinrich!

Die nachsichtige Erklärung mit der die Haftentlassung von Christian Heinrich aus der Westberliner Strafanstalt Moabit gefordert wird, wird inzwischen von mehreren hundert Personen unterzeichnet. Die Reaktion des ARBEITERKAMPF schließt sich dieser Erklärung an.

ZU Erklärung

Zum 29.3. dieses Jahres wird in Moabit eine Entscheidung gefällt, in der es eklatant um Geltung oder Außerkraftsetzung normaler Haftrechte für einen mit politischer Begründung verurteilten Gefangenen geht. Christian Heinrich hat an diesem Tage zwei Drittel der ihm zu gemessenen Strafe von einem Jahr verbüßt. Er hatte somit Anspruch, in Gleichbehandlung mit anderen Gefangenen entlassen zu werden. Seinem einstigen „Mitläufer“ Sieghard Gummelt, der seine 9 Monate schon abgesessen hat, wurde die Zwei-Drittel-Entlassung mit offen politischer Begründung verweigert. Die Entscheidung im Fall Heinrich ist also, trotz der vorliegenden positiven Stellungnahme der Gefängnisleitung, sehr zugespitzt.

Verurteilt wurde Christian Heinrich als Presseverantwortlicher der KPD. Vier Flugblätter, die von Christian Heinrich presserechtlich gezeichnet

wurden und den Kampf um die Einrichtung einer Kinderklinik im Bremerchen Krankenhaus in Hamburg um Inhalt hatten, hatten den Inhalt, wie man sich in den Flugblättern an die Polizei mit der Aufforderung, sich nicht gegen die Bevölkerung und ihr berechtigtes Interesse an einem Kinderkrankenhaus einzusetzen zu lassen. Das wertete das Gericht nach § 89: Sie hätten „gemeinschaftlich auf Angehörige eines öffentlichen Sicherheitsorgans planmäßig eingewirkt, um deren pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben, und sich dadurch absichtlich für die Bestrebungen gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt.“

Mit Empörung stellen wir fest, daß solche Äußerungen zu einem staatsgefährdenden, die Sicherheitskräfte zersetzenden Delikt erklärt und mit einer empörenden Strafe von 9 bzw. 12 Monaten ohne Bewährung belegt wurde. Das war und ist umso alarmierender, als Äußerungen zunehmend unter Zensur und unter Strafe gestellt werden, wofür in Berlin das Urteil gegen die vier Agit-Drucker das herausragende Beispiel ist.

Über politische Differenzen hinweg fordern wir, daß das „Staatschutz“-urteil gegen Christian Heinrich nicht noch weiter vollstreckt, sondern am 29.3. ausgesetzt wird.

Hamburger Antifaschistenprozeß eingestellt

– Pressemittelung der Anwälte –

23.5.1979

Das Landgericht Hamburg hat heute dem Antifaschistenprozeß gegen Zahlung einer Buße von je 500 DM an Amnesty International eingestellt. Die Verfahrenskosten von 250.000 DM wurden der Staatsanwaltschaft auferlegt. Damit hat ein Prozeß sein Ende gefunden, der nach den Worten der Staatsanwaltschaft schon „traurige Berühmtheit“ erlangt hatte.

Sieben Monate lang wurde im Jahre 1978 unter den äußeren Bedingungen eines sog. Terroristenprozesses gegen acht Angeklagte verhandelt, die am 7. August 1976 als Teilnehmer einer antifaschistischen Demonstration gegen den von der NPD damals organisierten „Kongreß der nationalen Kräfte Europas“ den Landfrieden gebrochen und der Staatsgewalt Widerstand geleistet haben sollten. Gegen diese Strafverfolgung von Antifaschisten gab es in der Öffentlichkeit breiten Protest.

Während der Beweisaufnahme wurde immer deutlicher, daß die Polizei die Zeugnisauftritte ihrer Beamten mithilfe eines Zeugenbetreuers vorstrukturieren versucht hatte. Nachdem aufgrund der langen Verhandlungsdauer schon mehrere der Angeklagten ihre Arbeitsplätze ver-

loren hatten, platzte der Prozeß am 14.11.78 an der geballten Befangenheit eines beitzendenden Richters, der nach einem erregten Wortwechsel aus dem Saal lief und auch durch den Vorsitzenden nicht mehr gehalten werden konnte.

Nach vollständiger Auswechslung der Richter sollte der Prozeß ursprünglich am 28. Mai 1979 von Neuem beginnen. Die Justiz zog es jedoch vor, das Verfahren ohne neue öffentliche Verhandlung zu beenden. Hatte die Staatsanwaltschaft ihre Anklage ursprünglich gerade wegen angeblicher besonderer Bedeutung vor Landgericht gebracht, hat sie jetzt ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung ganz verneint. Auch sie konnte sich nicht vorstellen, daß der Hamburger Senat heute noch einmal einen solchen Faschistenkongreß wie den von 1976 genehmigen und durch die Polizei geschützt lassen würde.

Die Verteidiger Rechtsanwältin von Behr Ohm und Schultze aus Bremen sowie Böddelung, Böttcher, Köncke, Maefert, Piontek und Rogge aus Hamburg

Freiheit für Irmgard Möller!

– Presseerklärung ihres Anwalts

Seit dem 4.5.79 befindet sich Irmgard Möller zusammen mit anderen Gefangenen aus der RAF und der Bewegung 2. Juni im Hungerstreik. Unabhängig vom Hungerstreik ist ihr Gesundheitszustand

– infolge über siebenjähriger fast ununterbrochener sozialer Isolation (Irmgard Möller wird seit dem 8.7.72 in Untersuchungshaft gehalten) –
– infolge akuter Erkrankung der Ohrspeicheldrüse und der Schilddrüse infolge des Fehlens entsprechender ärztlicher Versorgung und darüber hinaus sogar in den letzten Wochen des Abbaus lebensnotwendiger Zusatznahrungsmittel und Medikamenten, die bisher gewährt worden waren, besorgniserregend.

1. Aufgrund einer akuten Erkrankung der Ohrspeicheldrüse mußte durch den Vorsitzenden Richter der Haftkammer 6 des Landgerichts Heidelberg, Dr. Bahr, ein externer Spezialist für Hals-Nasen-Ohrenkrankheiten zur Untersuchung von Irmgard Möller zugezogen werden, und zwar ohne daß sie sich vorher aus und umkleiden mußte. Eine Untersuchung hätte jedoch bisher nicht stattgefunden, da aufgrund einer Initiative der Staatsanwaltschaft das OLG Karlsruhe Irmgard Möller die ärztliche Versorgung nur zubilligt, wenn sie sich vorher nackt auszieht. Diesem Versuch, den ärztliche Versorgungsanspruch zu mißbrauchen, um nur als Schikane zu verschiebende Maßnahmen durchzusetzen, muß sich Irmgard Möller verweigern.

Inzwischen konnte erreicht wer-

den, daß Prof. Müller Irmgard Möller untersuchen konnte, ohne daß sie sich vorher ausziehen mußte. Das Ergebnis dieser Untersuchung steht noch aus.

2. Irmgard Möller leidet seit Jahren an einer Schilddrüsenerkrankung. Zur Behandlung erhielt sie durch Verordnung des Anstaltsarztes Dr. Henck zeitweise täglich drei, in letzter Zeit täglich eine Tablette „Euthyrox“. Dieser Behandlung wurde noch zusätzlich das Medikament „Tridon“ zugesetzt, ein für die Schilddrüsenerkrankung ergänzendes, für die Stimulierung der Körperfunktionen notwendiges Medikament. Ohne ärztliche Untersuchung hat Dr. Becker am 5.5.79 verfügt, daß Irmgard Möller kein „Euthyrox“ und kein „Tridon“ mehr erhält.

Es handelt sich dabei um einen Arzt, der den bisher zuständigen Anstaltsarzt Dr. Henck abgelöst hat. Irmgard Möller hat in ihrem Schlußwort im Verfahren vor dem Landgericht Heidelberg erklärt, daß Dr. Henck – und dies ist im Zusammenhang mit dem jetzigen Hungerstreik von Bedeutung – gerade deshalb abgelöst worden sei, weil er eine Zwangsernährung nur im Falle äußerster Notlage und ohne Verabreichung von Psychopharmaka durchgeführt hätte.

3. Dieser Dr. Becker hat sogar Schluß für Schluß Irmgard Möller sämtliche Zusatznahrungsmittel (1/2 Pfund Butter pro Woche, Quark und Milch täglich) gestrichen und ihr die täglichen Rationen an Calcium Vitamin

B, C, D entzogen. Dies begründet Dr. Becker damit, Irmgard Möller müsse – das sei das ärztliche Hauptproblem – vom Medikamentenmißbrauch befreit werden.

Dies alles geschah und geschieht vor dem Hintergrund massiver physischer und psychischer Auswirkungen der über siebenjährigen fast ausschließlichen sozialen Isolation, die allen Verantwortlichen spätestens seit den Gutachten Dr. Naeve und Dr. Siegwand („Die Frage nach der Haft bzw. Verteidigungsfähigkeit der Patienten muß wie folgt beantwortet werden: Unter den Bedingungen der Isolationshaft ist die Patientin weder hafter noch verhandlungsfähig.“) von 1975 bekannt sind. Unter diesen Bedingungen besteht für Irmgard Möller die Notwendigkeit, zum Hungerstreik als dem letzten Mittel des Gefangenen zu greifen. Es geht für sie – wie sie sagt – um das Überleben als Mensch.

Angesichts dieser bereits jetzt lebensbedrohenden Situation, – der am 18.10.77 erlittenen schweren Verletzungen, – der anschließenden Operation und des Kreislaufkollapses vom 16.3.78 beim Versuch der Zwangsentkleidung wurde die bereits jetzt geplante Zwangs- und Zwangs-ernährung des Lebens von Irmgard Möller akut bedrohen.

Die Forderung nach Freilassung von Irmgard Möller steht auf der Tagesordnung.

17.5.79

Kai-Innemann
Rechtsanwalt

Schmücker-Prozeß: Leserbrief von Jürgen Schwipper, Verlobter von Ilse Jandt

Der Prozeß geht seinen Lauf. Am 28.5.1979 wird das Urteil in der Sache Schmücker gesprochen. Ich werde es dann am 1.6.79 kommen. Auf Antrag der Verteidigung waren am 7.5.79 die Mutter und die Schwester des der Ermordung Wolfgang Weslau angeklagten Wolfgang Weslau als Zeugen geladen. Beide sagten übereinstimmend aus, daß Wolfgang Annette von Wede und seine Schwester Edda am 4.6.74 die Mutter zur Kundschaft mit Willy Brandt begleitet haben und sich ihre Wege dann trennten und kurze Zeit später auch die Wege Eddas und der von Wolfgang und Annette Klauß, daß Wolfgang nicht zur selben Zeit mit seiner Mutter und seiner Schwester zum Marktplatz gegangen ist, in der er in Berlin gewesen sein soll, um am selben Abend Schmücker zu erschießen, wie das vom Kronzeugen Bodeux mehrfach ausgesagt worden ist. Der Vorsitzende Richter, Herr Dr. Pitzner, der seinen Kronzeugen der Falschaussage überführt sah, reagierte dann auch entsprechend, indem er der Mutter unterstellte, sie wolle ihren Sohn nur decken, sonst wäre sie nicht erst in der Revisionsverhandlung, sondern schon viel früher mit der Aussage gekommen.

Tatsache ist, daß Frau Weslau eine Bekannte ist, der Mitglied der SPD in Wolfsburg ist, den sie in der letzten Zeit erst näher kennengelernt

hat, welchen sie noch immer bei seinem Anwalt nachzusehen, in welchem Tag dann die Rede von Willy Brandt war. Frau Weslau hatte bereits '75 bei den „Wolfsburger Nachrichten“ angerufen und von diesen die Auskunft bekommen, daß die Rede von Willy Brandt am 4.6.74 gewesen wäre. Frau Weslau war durch diese Aussage so deprimiert, daß sie in dieser Richtung erst nach vielen persönlichen Schwierigkeiten weiter ermittelte. Der Staatsanwalt übernahm es dann, der Schwester, die offensichtlich das gleiche aussagte, die Falschaussage zu unterstellen und bestrich diese Aussage in seinem Plädoyer am 17.5.79 als bloße Schutzbehauptung.

Daß die Ermittlungen von vornherein in eine Richtung geführt worden sind und wird auch daran deutlich, daß der Herr Oberstaatsanwalt Pysarsky sich am Nachmittag noch genau daran erinnern konnte, daß er Wolfgang und Edda gefragt hat, ob die Erklärung des Kommandos auf der Maschine der GIM Wolfsburg abgelesen worden ist, worauf sowohl Wolfgang als auch Edda die Aussage verweigerten (woher sollten sie das auch wissen, da sie nicht das Kommando sind). Er bestritt, daß die Eltern und die Schwester bereits am 18. Januar 1975 ausgesagt hatten, daß Wolfgang die beiden Pfingsttage 2. und 3. Juni zu Hause war. Dieser

Aussage hatte er in der Verhandlung am 14.5.79 mehrfach nicht mehr wiederholt, sondern erst im Jahre später nachdem Frau Weslau ausgesagt hatte, daß ihr Sohn auch am 4.6.74 zu Hause war.

Um die Anklage in diesem Verfahren aufrecht erhalten zu können, mußte er zum Beispiel in dem Verfahren gegen Rechtsanwalt Reinhardt zu einem Freispruch kommen. Dieser wurde von demselben Zeugen bestritten. Der 1.4. Aussage der Mutter und der Schwester. Infolgedessen wurde der einzige Zeuge, der konkrete Anschuldigungen gegen die Gruppe vorbringt, zusammengebrochen sein. Trotzdem wurde der Antrag der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens am 11.5.79 abgelehnt.

Der Staatschutz kreischt Rache, da er die Erschießung eines seiner geheimen Mitarbeiter nicht ungestraft sehen will. Egal an wem und wie, Hauptsache, es läuft exemplarisch zur Abschreckung. Das auch, trotz der Lügen von Bodeux und der Aussage von Frau Weslau. So ist es zu befürchten, daß das Gericht die Angeklagten trotzdem verurteilen wird und damit meine Verlobte in diesem Staatschutzprozeß unschuldig lebenslanglich hinter Gitter wandert.

Jürgen Schwipper

Brief von Wolfgang Röhl zum „avanti“-Prozeß

Wolfgang Röhl, Chefredakteur des Monatsmagazins „avanti“ schickte uns folgenden Brief mit einer Korrektur zu unserer Berichterstattung über den gegen ihn gerichteten Prozeß. Wir möchten uns bei Wolfgang Röhl dafür bedanken, weil auch dies ein Zeichen von Solidarität ist, sich gegenseitig vor vermeintlichen Anklagen zu schützen.

„Über den Artikel in Sachen Werl-Prozeß (AK 153, Seite 42) habe ich mich gefreut; schon deswegen, da ja das gesamte DKP-Pressumfeld durch Abwesenheit glänzte.“

Sachlich ist Euch aber ein Schnitt zu unterlaufen, den Ihr in der nächsten Nummer korrigieren solltet, damit Euch die Burschen vom Justizamt Hamm keinen auf den Hals geben können.

Absor: Ihr schreibt, in B 1 (eine Abteilung im Werler Knast, Anm. AK) würden Medikamente an Häftlingen erprobt und Überdosen verabreicht. Das ist nicht korrekt und ist im Prozeß auch von mir nicht so dargestellt worden. Die Pharmaversuche mit Häftlingen, über die wir berichteten und die das Parlament in Dü-

seldorf schließlich zugeben mußte, passierten im Landeskrankenhaus Eickelborn, das von Werl regelmäßig mit sogenannten Treibern und anderen versorgt wird.

Diese Versuche sollen seit dem 1.1.78 eingestellt sein, da seit dieser

Zeit ein Gesetz in Kraft ist, das Medikamentenerprobung an Häftlingen auch dann verbietet, wenn diese ihre Zustimmung dazu erteilen.

Beste Grüße
Wolfgang Röhl“

Hungerstreik von ca. 30 politischen Gefangenen

Mittlerweile sind unseres Wissens folgende Gefangene im Hungerstreik: Seit dem 20.4.: Till Meyer, Andreas Vogel, Monika Berbenich, Gabriele Röllink, Angeleika Goder, Gudrun Stürmer. Ihnen droht Zwangs-ernährung, wenn sie ihren aufgrund der Haftbedingungen geführten Hungerstreik fortsetzen. Seit dem 27.4.79: Siegfried Haag, Roland Meyer. Seit dem 4.5.: Irmgard Möller. Seit dem 8.5. Hanna Krabbe. Seit dem 9.5.: Stefan Wisniewski, Ali Jansen. Seit dem 10.5.: Lisa Sturm, Frank Riefenstahl, Tofe Skaker, Bernd Mühle, Werner Franke, Norbert Frühauf und zwei gefangene Frauen.

Seit dem 15.5.: Manfred Grashof, Klaus Jüschke, Ronald Augustin, Lutz Tauber. Seit dem 17.5.: Bernd Rösner, Gerd Schneider, Knut Fokerts. Die Forderungen sind u.a.

- Anwendung der GfA Konvention,
- Abschaffung der Isolationshunger,
- Freilassung von Günther Sonnenberg,
- Überwachung der Haftbedingungen durch internationale humanitäre Organisationen,
- Zusammenlegung zu Interaktionsfähigen Gruppen.

Anti-Repression-Kommission
KB/Westberlin

129a-Prozeß in Düsseldorf — Bericht der Prozeßgruppe —

Am 20.4.79 begann vor dem 6. Senat des Oberlandesgerichts Düsseldorf der Prozeß gegen drei Angeklagte — eine Frau und zwei Männer — die verdächtigt werden, in der Nacht zum 31.8.77 Parolen zur Unterstützung des Hungerstreiks politischer Gefangener gesprüht zu haben.

Die Angeklagten sind zwar auf „freiem Fuß“, trotzdem wird aber im „Bunker“, dem Sondergerichtsgebäude in der Polizeikaserne Tannenstraße, unter militärischen Sicherheitsbedingungen mit den in „Terroristenprozessen“ üblichen weitläufigen Schikanen für Besucher verhandelt.

Der äußere Rahmen hat seine Entsprechung in der Linie der Verhandlungsführung des Vorsitzenden Arend: eine von der Verteidigung schon vor dem Prozeß beantragte Terminverschiebung um drei Wochen hatte er abgelehnt. Die attestierte Verhandlungsfähigkeit einer Angeklagten und die noch nicht gewährte vollständige Akteneinsicht interessierten ihn wenig. Er war auch der Meinung, innerhalb von vier Tagen „kurzen Prozeß“ machen zu können, nur ist aber der sechste Termin schon vorüber und weitere stehen an.

Es kam, was kommen mußte wegen Arends Ignoranter Haltung: es ist in den ersten drei Tagen fast ausschließlich um die Klärung der Verhandlungsfähigkeit der angeklagten Frau, nachdem sie am ersten Tag im Gerichtssaal zusammengeknippt war und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

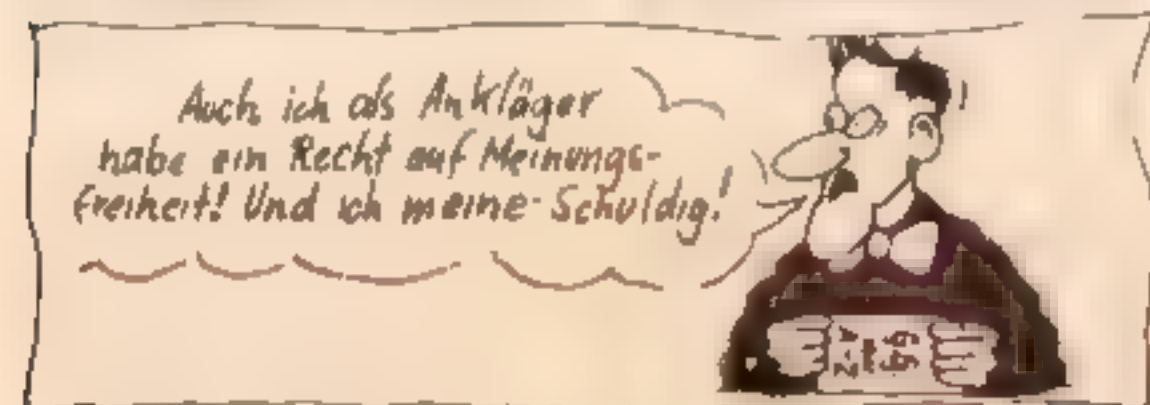
Gutachter mußten gehört werden, die zu dem Schluß kamen, daß der Kreislaufkollaps seine Ursache in den Bedingungen hat, unter denen im Bunker verhandelt wird und daß eine Verhandlungsfähigkeit für drei Stunden besteht und nur mit Einwilligung der Angeklagten und Zustimmung des bei den weiteren Terminen anwesenden Internistischen Vertrauensarztes

Verteidigung darstellen und außerdem Politischer Polizei und Landeskriminalamt zu Ermittlungszwecken dienen (Ausweiskopien). Dabei wurde auch verurteilt, daß Angeklagte und Prozeßbesucher vor und nach den Prozeßterminen von „Mobilen Kontrollgruppen“ (MKG) terrorisiert worden sind.

Der Antrag wurde abgelehnt, weil die „Gefahr“ einer „gesügten Verwandschaft“ (1) eines „Teils der Sitzungsöffentlichkeit“ mit den Angeklagten und 129a-Verurteilten bestehe. Das Verfahren so lange auszusetzen, bis das OLG Hamm über den Antrag entschieden hat, den Prozeß im „normalen“ Gebäude des OLG Düsseldorf stattfinden zu lassen und nicht im Sondergerichtsgebäude in der Tannenstraße. Der Vorsitzende pochte auf seine „Fürsorgepflicht“ den „Amtspersonen“ gegenüber, „die durch ihre Arbeit bei der Verfolgung oder Beurteilung strafbaren Verhaltens nach § 129a StGB besonders gefährdet sind.“

Antrag: Das Beleidigungsverfahren gegen einen der Angeklagten abzuwenden und durch Urteil einzustellen, weil es in erster Instanz vor ein Amtsgericht gehört und in diesem OLG Prozeß für den Fall des Freispruchs im 129a-Vorwurf wenigstens eine Verurteilung wegen Beleidigung gegen einen der Angeklagten bringen soll, womit der Verurteilungswille des Senats deutlich wird. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Vorwurf des Verteidigers, die Anklage sei nachgeschoben worden, bezeichnete der Oberstaatsanwalt als „absurd“ und es sei eine „besondere Fürsorge der Generalstaatsanwaltschaft“, daß noch kurze Zeit vor Prozeßbeginn einem Verteidiger die Beleidigungsakte unaufgefordert zugesandt worden war, um beide Verfahren miteinander verbinden zu kön-



darüber hinaus verhandelt werden könnte.

darüber hinaus verhandelt werden könnte.

Gegen Arend wurde der erste Befangenheitsantrag gestellt, weil er den offensichtlich bedenklichen Gesundheitszustand der Angeklagten nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Wie erwartet, wurde der Antrag als „unbegründet“ zurückgewiesen.

Die Begründung für den zweiten Ablehnungsantrag hatte Arend zwischenzeitlich schon geliefert: mit ausdrücklicher Zustimmung des Oberstaatsanwalts Esser lehnte er es ab, einem der Angeklagten einen seiner beiden Wahlverteidiger als Pflichtverteidiger beizugeben, obwohl der seine Verteidiger nicht bezahlen kann. Arend machte zur Bedingung, daß beide Verteidiger ihr Wahlmandat niederlegen, erst dann konnte er einen beordnen. Dies sei ja kein Großverfahren, außerdem dürfe der Steuerzahler nicht mehr als notwendig belastet werden. Alle Hinweise auf die immensen Kosten des Sicherheitsaufwandes und die Notwendigkeit für den Angeklagten, einen Pflichtverteidiger seines Vertrauens und einen seiner Wahlverteidiger zu haben, weil er auch noch wegen Beleidigung (eines OLG-Richters) angeklagt ist, stießen beim Vorsitzenden auf taube Ohren: er wollte von seiner Linie nicht runter, daß die Finanzierung eines Verteidigers aus der Staatskasse nur dann läuft, wenn der Angeklagte sich in seinen Verteidigungsmöglichkeiten selber beschränkt und einen seiner Verteidiger nach Hause schickt. Diese offene Parteilichkeit und Behinderung der Verteidigung, die Arend an den Tag legte, war Inhalt des Befangenheitsantrages, der natürlich ebenfalls als „unbegründet“ zurückgewiesen wurde.

Mit den weiteren, für eine ausreichende Verteidigung wichtigen Anträgen war es nicht viel anders:

Antrag: den Prozeß 14 Tage auszusetzen, um den Anwälten die Möglichkeit zu bieten, die noch kurz vor Prozeßbeginn vom Vorsitzenden bezogenen Urteilsbegründungen aus RAF-Prozessen (insgesamt ca. 550 Seiten) durchzuarbeiten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag: die „sitzungspolizeilichen Anordnungen“ aufzuheben, weil sie gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit verstoßen, eine Behinderung der

nen — wirklich eine selten zugehörte Gewährung der Akteneinsicht! Die Akten des 129a-Prozesses wurden erst ein Jahr nach Antragstellung rausgerückt!

Nachdem nun alles beim alten (sprich im Bunker) blieb und der „normale“ Rahmen eines „normalen“ 129a-Prozesses abgesteckt war, konnte Oberstaatsanwalt Esser in der Mitte des vierten Verhandlungstages nach mehreren vergeblichen Versuchen endlich seine Anklageschrift vorlesen. Das dauerte nicht lange, weil er außer ein paar Indizien zum Verdachtigen vorweisen kann, aber dafür erweiterte er die Anklage bezüglich fünf Parolen noch auf § 90b, weil mit denen auch „verfassungsrechtliche Organe verunglimpft“ worden sein sollen; so z.B. mit der Parole „Schmidt, Rehmanna, Bender mordet Gefangene nach CIA-Programm“.

Dabei kam dann noch heraus, daß die Generalstaatsanwaltschaft in dieser Sache Teile der Akten zurückgehalten und erst mit Verlesen der Anklageschrift in die Verhandlung eingeführt hat — was dazu führte, daß der Vorsitzende sichtbar sauer auf den Oberstaatsanwalt wurde.

Am fünften Prozeßtag gaben die Angeklagten Erklärungen zur Person, zur Verfolgung autonomer Gruppen durch den Staatsschutz und zur Geschichte und Funktion des § 129a ab.

Die anschließende Vernehmung der ersten Polizeizugewandten an diesem und am sechsten Verhandlungstag ergab nichts wesentliches, weil diese damals ausschließlich damit beschäftigt waren, die Parolen zu fotografieren und einer von der Politischen Polizei bei der Hausdurchsuchung dabei war Als Beweismittel für „die Identifizierung der Beschuldigten mit den Zielen der RAF“ (BGH Beschluß) wurden dann die Hungerstreikerkklärung der Gefangenen aus der RAF vom 29. März 77 und der Frankfurter MOB vom Sommer 77 verlesen. Die Flugblätter und die Zeitung wurden bei den Hausdurchsuchungen gefunden.

Sowie zum bisherigen Prozeßverlauf

Kontakt Prozeßgruppe c/o BIBABUZE Buchladen Konkordiarstr. 81 4000 Düsseldorf Bilk

Militarismus

Antimilitarismus



Göttingen: Antikriegswoche geplant

„Nie wieder Krieg“ diesen Vornam saßten die Menschen im Nachkriegs-europa. Trotzdem bleibt festzustellen, daß die sog. Nachkriegszeit alles andere als friedlich war. Korea, Vietnam, Nahost... Es ist auch keineswegs so, daß der Frieden in Europa nun sicher ist: die zunehmende Aufrüstung läßt die Möglichkeit eines neuen Krieges in Europa von Jahr zu Jahr drohender werden. In den letzten Jahren ist die Sensibilität gegenüber dem Militarismus und der damit verbundenen Kriegsgefahr in der BRD anscheinend gesunken. Reaktionäre und militaristische Kreise bekommen Aufwind. Die Bundeswehr würdigt ihre im „3. Reich“ verwurzelte Tradition und die „besonderen soldatischen Leistungen“ im 2. Weltkrieg. Das zunehmende Angebot (und der Absatz) von Filmen, Büchern, Groschenheften, die den Krieg verharmlosen oder sogar verherrlichen ist erschreckend. Diese Weile muß angehalten werden!“

Mit diesem — auch von der DFG/VK und Gewaltfreier Aktion unterzeichnetem Aufruf trat die Göttinger SO (Selbstorganisation der Zivildienstleistenden) am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation der feindlichen Wehrmacht, an die Öffentlichkeit. Ein dutzend SOLer und einige DFGler bauten auf dem Markt einen Stand auf, große Steiltafeln und Sandwiches riefen zur Beteiligung an einer „Woche gegen den Krieg“ im September auf. Der Aufruf wurde vorgelesen, ebenso extra erstellte Briefe an Frauengruppen, Lehrer, Schüler, Kirchengemeinden, Kinderinitiativen, Gewerkschaften, Schwu-



lengruppe u.a. Das Ganze wurde auf gelockert durch gemeinsam vorgetragene antimilitaristische Lieder. Die Resonanz bei den Passanten war überraschend gut, der Stand und die Steiltafeln waren immer umlagert. Auf das erste Vorbereitungstreffen zu der Antikriegswoche kamen ca. 30 Interessierte, darunter Vertreter zweier Kirchengruppen, Schwulengruppe, AG Frauen & Bund, Anti-FAK, DFG, Gewaltfreie Aktion Kk. Sogar der SLH war mit 4 Leuten angerückt, „um sich zu informieren“. Das war zwar erst ein kleiner Teil

der angesprochenen Gruppen, aber dennoch ein hoffnungsvoller Anfang. Geplant sind u.a. eine gemeinsame Zeitung aller Beteiligten, eine Antikriegsausstellung, Filmwoche, Diskussionsveranstaltungen, usw.

„Wahrscheinlich wird (in der Presse) kaum gefragt werden, wer den Krieg betrieben hat, wer daran verdienst wollte und wie es heute um die Gefahr eines neuen Krieges steht. Diese Fragen müssen wir selbst stellen und in die Öffentlichkeit tragen“ (Aufruf).

KB Göttingen/Zahn

Kurzmeldungen

Mit Ochsenblut gegen die Marine

Es krachte und knallte, und anschließend brachen 16 Leute blutüberströmt zusammen. Soldaten der Marine, welche am Ort des Geschehens in Lorrach damit befaßt waren Neugierigen und Schaulustigen Einzelheiten der Marine-Wanderattribution zu „erkären“, standen „recht hilflos herum“. Nur einer wußte genau, was in solchen Fällen zu tun ist: Ein Uniformierter, der auf „Will!“ hörte, trat dreien der Toten feste auf die Hand. „Will!“ wußte nämlich auf Anhieb, daß die Toten gar nicht tot, sondern lediglich Gegner der Marine Propaganda-ausstellung waren, die mit Ochsenblut die „Erntedankfest“ demonstrieren. Solche „Störer“ zu treten, schien „W.J.“ allemal gerechtfertigt zu sein.

Damit jedoch nicht genug. Etwa eine Stunde später, die „Toten“ waren bereits vorm Eingang der Ausstellung aufgebahrt, zahlreiche Diskussionen hatten stattgefunden und die Antimilitaristen brachen ihre Aktion gerade ab, da erschien die Polizei und nahm insgesamt 17 Leute fest. Gewaltloser Widerstand gegen die Verhaftungen (vors. Auto setzen, etc.) wurde mit Chemical Mace gebrochen.

Da dies eine Marine-Wanderausstellung war, die auch noch in anderen Orten vorgeführt wird, empfehlen die Lorracher, ihren Widerstand nachzuahmen. Zum Widerstand gehörte neben der geschilderten spektakulären Aktion auch eine vorausgehende Fahrraddemo, Theater-Aufführungen, eine fahrbare Gegenausstellung sowie Flugblätter und Informationsmaterial. Informationen sowie einen Film über die Aktion sind zu erhalten über Thomas Schmidt, Drückweg 2 7850 Lorrach Tel. 07621/3887 (Alle Angaben nach „Tagesschau“ vom 8.5.79).

AntimilitaristIn erzwingt Revision

Der dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat jetzt in einem Grundurteil der Revision der Würzburger Studentin Doris Röß stattgegeben, die am 3.10.78 wegen „fortgesetzter verfassungswidriger Einwirkung auf die Bundeswehr“ vom Landgericht Bamberg zu DM 1.350,- Geldstrafe verurteilt worden war (s. AK 140). Sie war presserechtlich Verantwortliche für den dortigen Soldaten- und Reservisten-Verband des KBW.

Vor der damaligen Verhandlung hatte der dortige Richter angeordnet, daß „Besucher nur nach Kontrolle des Lichtbildausweises und nach Durchsichtung auf Waffen, gefährliche Werkzeuge und Wurfgegenstände“ eingelassen werden durften. Der Bundesgerichtshof stellte dazu fest, daß durch diese Maßnahmen der „Grundsatz der Öffentlichkeit“ verletzt worden sei, da ein rechtzeitiges Erscheinen der Zuhörer aufgrund dieser Durchsuchungen nicht möglich gewesen sei. Der Richter hatte daher den Prozeß nicht eröffnen dürfen. (Aktenzeichen 3 STR 39/79 (S) vom 7.3.79).

Big Brother is watching you

Wer nach den jüngsten Enthüllungen über die Bundesnachrichtendienst (BND)-Bespitzelung bundesdeutscher „Bürger“ (tausende von Reisepässen ostreisender BRD'ler wurden an den Grenzen fotokopiert, zig Telefongespräche — aus dem „Osten“ in die BRD und umgekehrt — mitgeschauten, unzählige Briefe des innerdeutschen Briefverkehrs wurden ausgewertet)

geneigt ist, den Schluß zu ziehen, der BND betreibe hauptsächlich nur noch Inlandsaufklärung, unterschätzt gewaltig die finanziellen und personellen Möglichkeiten dieses Geheimdienstes.

In der Nähe von Hof an der Saale in Oberfranken, nahe der Grenze zur DDR und der Tschechoslowakei, unterhält der BND „eine hochempfindliche Abhöranlage“. Diese wurde nach dem Krieg vom amerikanischen Geheimdienst CIA errichtet und mit einem finanziellen Aufwand von insgesamt 80 Mio. Dollar bis 1969 genutzt. Dann bot der CIA die Anlage zum Verkauf an: Kaufpreis: ein (symbolischer) Dollar sowie das Recht auf Daten- und Informationsaustausch. Der BND — also die Bundesregierung — griff zu und baute die Anlage ein wenig aus (für 100 Mio. Dollar seit 1969!). Jährlich 5 Mio. Dollar kosten Personal, Instandhaltung, „Einsatzunterstützung“ (was immer das sein mag. ?), etc. Da sage noch mehr, die Bundesregierung tue nichts für die Wiedervereinigung... (Nach: Wehrtechnik 5/79).



Alt-Nazis und Neo-Militaristen unter einem Hut

Die Stander- und Interessenorganisation von ca. 80 % aller Zeit- und Berufssoldaten der Bundeswehr, der „Deutsche Bundeswehr Verband“ (DBwV) mit 235 000 Mitgliedern, betreibt seit Anfang dieses Jahres eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit mit den drei größten „Soldaten“- und „Traditionsverbänden“ in der BRD. Es handelt sich dabei einmal um den „Kyffhäuserbund“, der nach Kriegsende durch alliierte Kontrollratsgesetze als „sonstige Naziforganisation“ für längere Zeit verboten wurde. Weiter um den „Verband Deutscher Soldaten“ (VdS), dem die faschistische „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS“ (HIAG) als korporatives Mitglied angeschlossen ist bzw. dem direkt Ortsgruppen der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS angehören. Darüber hinaus wurde der „Deutsche Mannebund“ Vertragspartner der DBwV.

(„Vereinbarung“ DBwV/VdS)

Fast wörtlich genauso lautet die „Vereinbarung“ zwischen „Kyffhäuserbund“ und DBwV. Darüber hinaus richten sie ein gemeinsames Büro ein, über das „die Zusammenarbeit technisch organisiert wird“.

**Die „Schaltstelle“
Deutscher Bundeswehr-Verband**

Es wird deutlich, daß dem D8wV mit seinem großen organisatorischen Apparat eine zentrale Rolle in der Zusammenarbeit nazistisch-militaristischer Verbände zukommt. Nicht umsonst sind diese „Vereinbarungen“ zweiseitig abgeschlossen, also zwischen dem D8wV und jeweils einem „Traditionsverband“. Ziel der alten „Traditionsverbände“ war eigentlich ein großer Soldatenbund. Der Bundesvorsitzende des VdS, Bundeswehrgeneral a.D. Matzky, kommentierte – beziehungsweise

Millionenbeträgen aus öffentlichen Mitteln gefördert wird. Auch er ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der Bundeswehr, deren freiwillige wehrwillige Reservisten er organisiert, und dem VdS, dem der VdR sich weitgehend organisatorisch angeschlossen hat. Nach eigenen Angaben des VdS liegt der Anteil der Bundeswehr-Reservisten in einigen Kreisverbänden bei 20 bis 30 % („SiV“, 12/77). Die alten Militärtennysverbände sterben also nicht aus, sondern werden ständig verjüngt! Der „deutsche Jugendbund Kyffhäuser“ hat sich z. B. als kurzfristiges Ziel gesetzt, „die Mitgliederzahl 5.000 zu überschreiten“ („Kyffhäuser“, Juli/Aug. 1978).

Gegen Ende der sechziger Jahre orientierte sich die Regierungspolitik noch darauf, zunächst unabhängig von den alten Militäristenverbänden neue Verbände aufzubauen und zu unterstützen. Unterstützt wurde in erster Linie die sich auf die Bundeswehr abstützenden Verbände, der DBwV und der VdR. Da die alten Verbände nicht mehr in der Lage waren, Kader für mögliche konterrevolutionäre Stoßtrupps zusammenzu-

halten und zu integrieren, übernahm der VdR diese Aufgabe. Der VdR „verzichtet einmal bewußt, Massenorganisation im großen Stil zu werden. Er strebt vielmehr die Rolle des freiwilligen Kadets für ... Heimatschutzorganisationen an, die nach Art von Mille tätig werden sollen“ („Loyal“, Monatsheft des VdR, 7/71). Eine der Aufgaben dieser Miliz war der „Einsatz von Reservisten zur Bekämpfung subversiver Elemente“ („Frankfurter Rundschau“, 26. I 73). Hier schloß sich der Kreis zu den militaristischen und faschistischen „Traditionsverbänden“, deren Erführung man allzuerst auf jüngere Soldaten überließen sehen möchte. Der Inspektor des Heeres, Generalleutnant Hildebrand, sprach es vor Bundeswehrangehörigen in Munster so aus: „Was meines Erachtens ehemalige Soldaten weitergeben sollten, sind die zeitlosen geistigen und seelischen Erfahrungen des Krieges Selbstlosigkeit, Tapferkeit und Freue“ („SiV“, Jan. 1979). Es ist somit für die Militaristen nur ein konsequenter Schritt, die Zusammenarbeit zwischen den „neuen“ Bundeswehrverbänden und den alten Wehrmachts- und SS-Verbänden offiziell zu vereinbaren und zu verstärken, auch wenn es mit dem „großen Sol-

datenbund" (noch?) nicht gekippt hat. Ausdruck dieser verstärkten Zusammenarbeit sind die „Vereinbarungen“ zwischen DBwV/„Kyffhäuserbund“/vds, DMB, die heute noch weitgehend in der Öffentlichkeit verschwiegen worden, damit das Bild einer „demokratischen Bundeswehr“ erhalten bleibt bzw. nicht noch mehr Schiffbruch erleidet. Denn durch die „Vereinbarungen“ wird allzu deutlich, daß die Berufsoldaten in der Bundeswehr eine aktive, vertraglich geregelte Zusammenarbeit mit faschistischen und militaristischen Verbänden betreiben, die auf der „Gemeinsamkeit ihrer soldatischen und staatsbürgerlichen Grundauffassungen“ beruht. Bei den rechtsradikalen Vorfällen in der Bundeswehr und an Bundeswehrhochschulen handelt es sich also keineswegs um „Einzelfälle“ einiger „Spinner“, sondern um einige, meist durch Zufall, bekannt gewordene Fälle, die bereits auf dem Boden einer nazistisch-militaristischen Einstellung der Mehrzahl der Berufsoldaten und „Erzieher“ in der Bundeswehr herangerührt werden.

Annullations-Kommission
K.B./Gruppe Hamburg

Militaristen an einem Tisch – bei der Unterzeichnung der Vereinbarung



Reservisten bei der „Bekämpfung subversiver Elemente“ – in Wohnhäusern

Die Vereinbarungen

Die Vereinarbeit zwischen DfWV und KfH ist als „sozialistische und fachliche Zusammenarbeit“ unterzeichnet hat, lautet ähnlich. Es geht darum, so die Vereinbarung zwischen DfWV und VdS („Soldat im Volk“, Januar 1979) – „im Vertrauen auf die Gemeinsamkeiten ihrer soldatischen und staatsbürgerlichen Grundauffassungen und in der Absicht, ihre seit langem bestehenden kameradschaftlichen Beziehungen im Sinne einer dauerhaften Zusammenarbeit zu vertiefen, sich zu den Leistungen der deutschen Soldaten in Vergangenheit und Gegenwart“ zu bekennen (zitiert aus der „Vereinbarung“ zwischen DfWV und „Kyffhäuserbund“ nach der „Kyffhäuser“ Jan./Feb. 1979). Zwecks „engerer Zusammenarbeit und zu gegenseitiger Unterstützung“ wird ein Ausschuß gegründet, der vierteljährlich zusammentritt und folgende Aufgaben hat:

- Die Zusammenarbeit von DBwV und VdS, ihre Auffassungen und Maßnahmen festzulegen, die Planung und Beschlussfassung über gemeinsame Aktionen abzu stimmen,
- die Öffentlichkeitsarbeit (unter Einbeziehung der Verbandsgemeinschaft) zu regeln, die Zusammenarbeit auch auf Bezirks- bzw. regionaler und öffentlicher Ebene zu koordinieren."

er 1966 Februar Heft der SNHIA
Zeitschrift der Freiwilligen d
Vereinbarung mit den Wm

Soldatenbund“ nicht zustande zu kommen, aber doch eine Art der Soldatenverbände im wesentlichen gleichartige Organisationsform geschaffen worden, die gemeinsames Handeln für gemeinsame Ziele ermöglichen“ (nach „die Tat“)

Im Jahresbericht 1978 des VdS Landesverbandes Nordrhein-Westfalen wird dazu weiter ausgeführt:

„Der DdBvV hat beschlossen, mit den einzelnen Verbänden nur zweijährige Verträge abzuschließen. Damit ist wenigstens die Zusammenarbeit der deutschen Soldatenverbände über die Schaltstelle ⁽¹¹⁾ DdBvV gewahrt. Auf der Strecke geblieben aber sind die gemeinsame Zeitung mit dem Kyffhäuserbund, der Präsidialrat und der Partnerschaftsvertrag DdBvV-DsKB VdS vom 19.12.73“ („Soldat im Volk“, März 1979). Nichtsdesto trotz schiebt Matzky seinen Kommentar in „Freiwiligen“ mit dem Satz: „Von der Vergangenheitsteilung“ ist nun der Weg in die Zukunft offen“ ⁽¹¹⁾.

Wichtig auf diesem „Weg in die Zukunft“ ist für die vom Überaltern bedrohten Militaristenverbände neben dem DBwV der „Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr“ (VdR), der bereits 1975 über 56 000 Mitglieder verfügte und mit

(Anm. die der Verteidigung) zu erleben. Der Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes Ruppert, MdL, sprach von „skandalösem Verhalten“. Er hätte mit Erschrecken festgestellt, daß die Linkstendenzen in der Fuldaer SPD anhielten (auch die Jusos hatten zum Protest aufgerufen).

Die Oberhessische Volkszeitung (OVZ) berichtete in ihrem Artikel, daß schon vor der Verurteilung die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion kein Zweifel daran gelassen hätte, daß sich die Sicherheitskräfte auch auf eine mögliche Konfrontation mit Demonstranten und gewalttätigen K-Gruppen einzustellen hätten. Nach OVZ-Bericht gehörte zu den „Störenfriedern“ eine etwa 60 Personen starke Gruppe des KBW, was angesichts der personellen Stärke des KBW in Fulda stark übertrieben war.

Der ASa gab dann in einer weiteren Presseerklärung bekannt, daß er Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Leiter des Bulleneinsatzes stel-

len werde, worauf CDU-Abgeordneter Rippert konstatierte, daß man sich fragen müsse, inwieweit die beteiligten Gruppen strafrechtliche Handlungen vorgenommen hätten. Er nannte dabei die Paragraphen 89 StGB (verfassungsfürdliche Erwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane) und 90a (Verunglimpfung des Staates oder seiner Symbole), weil auch während des Abspielens der Nationalhymne geffiffen worden war.

Zur Podrumsdiskussion des AStA am 17.5. mit dem Thema „Militarismus in der BRD – haben die Deutschen nichts gelernt?“ kamen dann auch weder Vertreter der drei bürgerlichen Parteien und der katholischen Kirche noch einer der Bundeswehr, obwohl alle sich zu einem „demokratischen Dialog“ bereit erklärt hatten.

KB/Gruppe Fulda

Skandal in Fulda: Rekrutenvereidigung gestört

„Daß wir seit 34 Jahren in Frieden und Wohlfahrt leben, ist nicht das Verdienst dieser Pfeifer da oben auf der Empore. Diese dort haben nicht einmal den Anstand, diese Veranstaltung in Ruhe enden zu lassen. Sie sind nicht anders als das, was sie tun. Pfeifen.“ (Oberbürgermeister Hamburger in seiner Rede zur Rekrutenerhebung.)

Schon vor dem 3. Mai hatte der ASIA der Fachhochschule Fulda sich in einer Presseklerung gegen die öffentliche Verurteilung ausgesprochen, die für ihn ein Zeichen der Wiederauferstehung des Militarismus in der BRD sei. Gerade in Fulda hat die Rekrutenvereidigung eine unangenehme Vergangenheit. Ort war nämlich der Domplatz, wo am 28.11.1938 die letzte Rekrutenvereidigung an diesem Platze stattgefunden hatte. Damals knapp ein Jahr vor dem Überfall deutscher Truppen auf Polen. Am 3. Mai diesen Jahres wurden wiederum 170 Rekruten der 12. Bundeswehr-Panzerdivision bei Fulda

Fackellicht vereidigt in Anwesenheit von Abordnungen des BGS, des amerikanischen Panzeraufklärungsregiments in Fulda und zahlreichen „Ehregästen“. Unter den 2000 Fuldaer Zuschauern befinden sich ca. 150 Antimilitaristen, die ihren Protest durch Pflife, Flugblätter, Parolen und Transparente kundtaten, was zu harten Konfrontationen mit Teilen der Anwesenden führte. Die Antimilitaristen lernten die faschistische Gesinnung eines Teils der Bevölkerung Fuldas kennen dem „Zigeuner-“ und „Kommunistenpack“ wurde mit „Vergasung“ und „Verbrennung“ gedroht. Schließlich kam es sogar noch zu einem Bullenaustritt, bei dem die Protestierenden brutal vom Platz abgedrängt wurden. Doch der Wirbel begann erst

CDU-Oberbürgermeister Hamberger äußerte noch am selben Abend, daß den Störungen durch die „verirrten Idioten“ zum Trotz die öffentliche Verordung in Fulda den Wert gehabt habe, jene politische Situation

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Neents, Lärchenstraße 75, 2000 Hamburg 50, Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20, Redaktion Hamburg 43 53 46, V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift, Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abroß, sonst PSchA Hamburg, 240595-203, Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14-tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 12.000.

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigegeben

Berufsverbot wegen Unterzeichnung von KB-Flugblättern



Nachdem Heidi Zorn im Herbst '77 ihre erste Dienstprüfung als Lehrerin an der Pädagogischen Hochschule in Karlsruhe abgelegt hatte, bewarb sie sich im Februar '78 um eine Teilzeitbeschäftigung in der Schule. Es schien alles zu klappen, die Einstellung sollte zum 1. August '78 vorgenommen werden. Am 28.7.78 leitete Heidi Z. ihren Dienst im Schamml Frauenstadl 5a nahm an der Lehrerkonferenz der ihr zugewiesenen Schule teil und bekam ihren Stundenplan. Alles was ihr noch fehlte war der Arbeitsvertrag. Gewöhnlich sollte der Arbeitsvertrag am 1. August '78 vorliegen. Der kam auch nicht, stattdessen kam aber ein Anruf vom Oberschulamt in Karlsruhe mit der Aufforderung zu einer Gesinnungshörung. Darin wurde Heidi Zorn eröffnet, der Verfassungsschutz habe Erkenntnisse über sie gesammelt, die Zweifel an ihrer Verfassungstreue aufkommen ließen und die einer Einstellung im Wege stünden. Bei diesem ersten Gespräch wurde vereinbart, daß die Vorwürfe schriftlich zugestellt werden und eine zweite Anhörung am 11.8.79 stattfinden sollte.

In der schriftlichen Auflistung der Vorwürfe findet sich dann eine Zusammenstellung von angeblichen Aktivitäten, die zurückreichen bis ins Jahr 1975. Bei der Auflistung der Beobachtungsergebnisse des Verfassungsschutzes wird vollkommen wild drauflos behauptet. So kommt es zu solchen Kuriositäten wie: „Am 28. August 1976 verkaufte Frau Zorn in Karlsruhe Nr. 87 des Zentralorgans des KB „Arbeiterkampf“ und am 29. Juni 1977 in der Fachhochschule Karlsruhe die Kommunistische Volkzeitung (KVZ), das Zentralorgan des KBW“.

Zahlreiche Veranstaltungen, die Heidi Z. besuchte, sind auf einmal KB-Veranstaltungen. So z.B. die spontane Demonstration der AKW-Gegner wegen des Todes eines Demonstranten in Malville durch die französische Polizei und eine Wahlveranstaltung des Karlsruher Frauenzentrums im September '76. Die Logik des Verfassungsschutzes ist sehr einfach, denn da Heidi Z. im Arbeiterkampf 91/78 als Kontaktadresse des KB in Karlsruhe angegeben ist, ist natürlich jede Ansammlung von Menschen, unter denen sich Heidi Z. befindet, vom KB veranstaltet (was zwar „Anerkennung“ zeigt, aber dennoch die Realität auf den Kopf stellt).

Anscheinend wird Heidi Z. neben der KB-Mitgliedschaft auch noch die gleichzeitige Mitgliedschaft im KBW, KPD, KPD/ML und GIM-Spartacusbund vorgeworfen. So wird ihr vorgeworfen, sie sei am 7.10.77 auf einer Veranstaltung von KBW, KPD und KPD/ML zum Thema „Weg mit den Verbotsanträgen“ gewesen.

Weiter heißt es in den Vorwürfen, daß sie am 26.6.76 zusammen mit Angehörigen von KBW, GIM und Spartacusbund verschiedene Publikationen verteilt habe.

Daß die Behauptungen des Verfassungsschutzes vollkommen aus der Luft gegriffen sind, zeigt die Behauptung, Heidi Z. habe am 15.10.77 das „Philippburg-Info“ des KB verteilt. Der VS behauptet dies, obwohl ihm doch zuzuliegen bekannt ist, daß die Demo gegen das AKW Philippburg bereits am 18.9.77 war. Dem VS kommt es hier nicht mehr auf belegbare Tatsachen an, sondern es werden irgendwelche Vorwürfe aus der Luft gegriffen. Man muß schon annehmen, daß auf „Erfolge“ getrimmte Spitzel Lügenberichte abgeben, um bei den Vorgesetzten etwas vorzuzeigen.

In der Anhörung kommt es den Behördenvertretern dann auch gar nicht auf die Klärung der konkreten Vorwürfe an, sondern was Neues Kind die Bewerberin ist.

Als sich die Behördenvertreter in ihrer widersprüchlichen Argumentation verwickeln, werfen sie Heidi Z. vor: „unsern Worten“ (Heidi Z. antwortet: „Ich antworte darauf nicht.“)

Als sich die Behördenvertreter in ihrer widersprüchlichen Argumentation verwickeln, werfen sie Heidi Z. an den Kopf, sie solle sich nicht so anstellen, schließlich sei sie es ja, die die Zweifel auslösen müsse. Diese Dreistigkeit zieht sich durch die ganze Anhörung hindurch. So schrieb Heidi zu dem Vorwurf, sie sei auf einer Veranstaltung der KB-Sympathisanten zu Afrika gewesen: „Daß ich auf einer Afrika-Veranstaltung der KB-Sympathisanten-Gruppe war, stimmt. Gehört es denn inzwischen zu den Pflichten eines Lehrers, das Rassenregime in Südafrika gutzuheißen?“

In dem Gedächtnisprotokoll ihrer Anhörung schreibt Heidi nun zu diesem Punkt: „Meine Frage sei provokativ, es ging ja darum gar nicht, wie man zu Südafrika stehe, es gehe ja da auch noch um andere Sachen, z.B. Idr Amin. Außerdem würde ich ihnen damit ja unterstellen, daß ich Südafrika unterstütze. Ich sollte doch nicht so tun, als ob ich nicht wüßte, um was es geht, es geht nicht um Afrika, sondern um den Völkermord in der DDR. Das müßte sich ein Student ja schließlich überlegen, auf welchen Veranstaltungen er geht.“

Hanseatische Liberalität: 5 Lehrer gefeuert!

Der Bremthavener Lehrer Frank Behrends ist jetzt endlich in den Staatsdienst „berufen“ worden. Beweis genug für Bremens sprichwörtliche „hanseatische Liberalität“ a la Koschuk. Weit gefehlt - die Verbeamtung des einen wird in der Presse und Medien groß herausgehört, um von fünf weiteren Disziplinarverfahren abzulenken!

Fünf Lehrer(innen) stehen in Bremen auf der Abschußliste, denen Unterstützung des KBW vorgeworfen wird - konkret z.B. KVZ-Verkauf. Besuch von KBW-Veranstaltungen, die teilweise drei und mehr Jahre zurückliegen, in einem Fall werden sogar die Aktivitäten in der Schülerzeitung angeführt.

Barbara S.-L. wird seit fünf Jahren immer wieder zu Dienstgesprächen geladen, auf denen sie zu politischen Aktivitäten Stellung nehmen soll - was sie aber durch die Unter-

stützung vieler Eltern, Schüler und des gesamten Kollegiums immer wieder zurückweisen konnte. In ihrem fünften „Bewährungsjahr“ ist nun von der Behörde ihre Entlassung beauftragt worden.

Ähnlich liegt der Fall bei Uli G., der allerdings schon Beamter auf Lebenszeit ist und nun suspendiert werden soll. In seinem und in Barbaras Fall hat sich der Personalrat gegen die Entlassungen ausgesprochen.

Auch Heidi Sch. ist nach immer wieder verlängerter Probezeit jetzt nach viermonatigen Jahren der Entlassungsantrag zugestellt worden. Zwei weitere Kollegen werden von der Behörde aufs Korn genommen. Der Lehrer Ralf S. ist immer noch nicht eingestellt worden und Karl Heinz K. immer noch nicht verbeamtet. Beide hatten Anhörungsverfahren.

KB/Gruppe Bremen



Kurzmeldungen

Groningen: In den Niederlanden ist der 33-jährige Soziologe Max van den Berg neuer Vorsitzender der dortigen sozialdemokratischen Partei, der PvdA, geworden.

In einem Interview mit der „Neuen“ verweist van den Berg darauf, daß es zur Frage der Berufsverbote in der BRD wie auch zu anderen wichtigen Fragen gemeinsame Beschlüsse der europäischen sozialistischen Parteien gebe, wonach die Berufsverbote abgelehnt werden. Er weist aber das große Problem, daß damit „etwas auf dem Papier steht und die Realität anders aussieht“ für ihn und seine Partei entzweit. Er führt die Notwendigkeit, „die Diskussion mit der SPD weiterzuführen, die Theorie und Praxis übereinstimmen.“ Er führt dann noch aus, daß er selber in dem Parteikomitee gegen die Berufsverbote in der BRD mitarbeiten werde.

Helsinki: Auf einer Manifestation des finnischen Bürgerkomitees gegen Berufsverbote in der BRD, einem Zusammenschluß von rund 30 Organisationen, verurteilte der finnische Justizminister Paavo Nikula, die Berufsverbotepraxis in der BRD.

Sankt Petersburg: Auf einer Manifestation, verurteilte der finnische Justizminister Paavo Nikula, die Berufsverbotepraxis in der BRD.

Freiburg: Wohl so ziemlich einmalig in der jüngeren Geschichte der SPD hat sich die Freiburger Schiedskommission gegen das Annehmen rechtsgerichteter SPD-Kreise gestellt, ein Parteiordnungsverfahren gegen den Kreisvorsitzenden Gernot Fietz einzuleiten.

Gernot Fietz hatte mit anderen, auch Kommunisten, den Aufruf eines Bürgerkomitees zugunsten der Einstellung eines Sozialarbeiters unterschrieben, dem wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP Berufsverbot drohte. Die Schiedskommission urteilte, daß die gemeinsame Unterstützung einer überparteilichen Vereinigung durch Sozialdemokraten und Kommunisten, wie in diesem Falle des Bürgerkomitees, nicht unter den Unvereinbarkeitsbeschlüssen falle.

Stuttgart: Allein im letzten Jahr 1978 wurden nur in Baden-Württemberg 46.000 Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüft. Nach Angaben des Innenministeriums wurden in 240 Fällen gegenstandslos gerichtliche Ermittlungen durchgeführt. 24 Bewerber

ber, darunter 20 aus dem Kulturbereich, wurden wegen Zweifel an der Verfassungstreue nicht in den öffentlichen Dienst des Landes übernommen. Darüber hinaus wurden vier Bedienstete aus dem gleichen Grund wieder aus dem Staatsdienst entlassen.

Westberlin: Der Kammergerichtspräsident Dr. Dehnicke hat mit einem Bescheid vom 22.3.79 einen Bewerber für das Gerichtreferendariat im Status eines Beamten auf Widerruf abgelehnt.

Als Begründung gibt Dehnicke an, daß der Bewerber früher in Westdeutschland Mitglied des KSV gewesen sein soll und daß er viermal zu Geldstrafen verurteilt worden ist, die alle im Zusammenhang mit Vorgängen an der Uni standen. Dehnicke bescheinigt dem Bewerber in seinem Ablehnungsschreiben noch ausdrücklich: „Auch Ihr Austritt aus dem KSV läßt einen Sinneswandel nicht erkennen, da Sie Gründe für diesen Schritt in der Anhörung nicht haben erläutern können oder erläutern wollen.“ Die Anhörung hatte mehrfach bei der berichtigten Landeskommission stattgefunden, an der „keine Erklärung abgegeben wurde.“ Die Anhörung hatte mehrfach bei der berichtigten Landeskommission stattgefunden, an der letzten nahm auch Dehnicke und die Senatoren Ulrich und Meyer teil.

Aus einer Presseerklärung des Personalrats der Gerichtreferendare wird deutlich, daß diese Kommission allerdings „Zweifel, die gegen eine Einstellung sprechen“, nicht antworten konnte. Justizsenator Meyer ließ auf Anfrage des Tagespiegels verurteilen, daß er von dieser Entscheidung der Landeskommission nicht beeindruckt abzuweichen.

Göttingen: Im Fall der Krankenschwester Barbara W., deren Anstellung im öffentlichen Dienst ausgesetzt wurde, sind jetzt die „Gründe“ seitens der Behörden geliefert worden. Alles, was die Berufsverbote vorzubringen haben, sind Kandidaturen für die DKP bei den Kommunalwahlen und bei der Landtagswahl. Außerdem wird ihr - und auch das ist ja schon fast üblich - vorgeworfen, Mitunterzeichnerin eines Aufrufs „Weg mit den Berufsverböten“ gewesen zu sein, der im Oktober '78 in einer hannoverschen Tageszeitung erschienen war.

Ganzer NPD-Vorstand im öffentlichen Dienst

In Bayern ist's möglich: Der engere Bezirksvorstand (d.h. Vorsitzender und zwei Stellvertreter) der NPD in Niederbayern/Oberpfalz besteht ausnahmslos aus Beamten:

-Vorsitzender des NPD-Bezirksverbandes ist Wilhelm Wiedermann, Gymnasiallehrer in Neumarkt - für Deutsch, Geschichte und Erdkunde. Seine Aktivität als NPD-Bezirksvorsitzender ist dem Kultusministerium angeblich seit Jahren „entgangen“.

Wiedermanns Stellvertreter ist der Polizeihauptmeister Anton Kollroß aus Amberg, seit längerer Zeit schon im Bezirksvorstand der NPD-Oberpfalz.

-Der andere Stellvertreter ist Hans-Jürgen Beimler, Weiden, ein Justizinspektor.

Zumindest Wiedermann und Kollroß haben bereits vor Jahren eine Stellungnahme zu ihrer NPD-Aktivität abgegeben - seit dem haben die zuständigen Ministerien sie gewahren lassen.

Aus den betroffenen Ministerien ist nun zu erfahren, es sei schwierig, die NPD-Beamten rauszuschmeißen ... Lediglich gegen den Polizisten Kollroß sind jetzt Ermittlungen eingeleitet worden. („SZ“, 21.5.79, „DVZ“, 17.5.79)

NPD-Funktionär Deckert darf Lehrer bleiben

Nun ist es höchststrichlich entschieden. Nach jahrelangem Rechtsstreit darf Günther Deckert, prominenter NPD-Funktionär und Oberstudienrat am Mannheimer Tulla-Gymnasium, beamteter Lehrer bleiben. Dies bestätigte Anfang Mai der in derartigen Fällen einschlägig bekannte Verwaltungsgerichtshof des Landes Baden-Württemberg in Mannheim.

1972, bei der Formulierung des „Radikalenbeschlusses“, hatte die Ständige Innenministerkonferenz ausdrücklich erklärt, daß die NPD verfassungswidrige Ziele verfolge. Dennoch dauerte es drei Jahre, bis der damals schon verbeamtete Deckert, Vorsitzender der NPD-Jugendorganisation JN, Anfang 1975 vom Dienst suspendiert wurde.

Mit einer ersten Berufung Deckerts gegen diese Suspendierung hatte er schon im Mai 1975 Erfolg. Deckert blieb jedoch suspendiert bis zum 16. 9. 1975, als er gegen das Land Baden-Württemberg einen Prozeß gewann und seine Lehrertätigkeit erzwingen konnte.

Mittlerweile war ein Dienststrafverfahren gegen Deckert eingeleitet worden, das noch einmal zwei Jahre dauerte. (Deckert war nach wie vor Beamter und durfte unterrichten!) Am 12. August 1977 hatte die NPD dann Grund zum Jubeln: Die Disziplinarkammer Karlsruhe gab Deckert erneut recht und bestätigte, daß seine Aktivität für die NPD allein kein Beweis für seine Abweichung sein dürfe. („Deutsche Stimme“, 9/77).

Jetzt, Anfang Mai 1979, kam die vorläufig letzte Instanz in diesem Verfahren zu demselben Urteil.

Deckert bleibt Beamter! Ausdrücklich vermerkte das Gericht, daß es die vorausgegangenen Urteile bestätigen müsse, „weil die Prozessbevollmächtigten des Landes vor Gericht nicht genügend Beweise für die Verfassungsfeindlichkeit der NPD vorlegen konnten“ („Süddeutsche Zeitung“, 10. 8. 79). Es ist offensichtlich, daß der Staat diese Beweisführung nicht entzogen will!

Deckert ist dabei beileibe kein unbedeutender Nazi im Staatsdienst. NPD-Mitglied seit 1966, wurde er 1973 - 1975 Vorsitzender der JN.

1975 bis 1977 gehörte Deckert dem Parteivorstand der NPD an, zeitweise sogar als stellvertretender Parteivorsitzender. In seinem Wohnort Weinheim an der Bergstraße erhielt Deckert 1974 bei den Bürgermeisterwahlen 25 % der Stimmen und wurde in den Gemeinderat gewählt.

Der Abschluß seines Falles bestätigt noch einmal, daß sich die Berufsverbote ausschließlich gegen links richten - auch wenn die Bundesregierung im Ausland gern einen anderen Eindruck zu machen versucht.

Antifa-Kommision



So werden die Neonazis „hoffähig“ gemacht: NPD-Funktionär Deckert im Disput mit Minister Ehrenberg (in der Talkshow „Ill nach Neun“).

„Eine Generalamnestie gibt es nicht“

Auf Hamburg schaut die in- und ausländische Anti-Berufsverbote-Bewegung und allzu oft wird davon ausgegangen, daß in Hamburg die Berufsverbote jetzt abgeschafft sind. Das könnte man auch glauben, wenn man zwei Meldungen der „Welt“ vom 2. und 7. 5. vollen Glauben schenkt. In beiden Meldungen ist von einer Akte mit insgesamt 73 Fällen die Rede, die zur Entscheidung anstehen und die angeblich weitestgehend positiv entschieden werden sollen - so jedenfalls die „Welt“ (siehe AK 153).

Ganz so viel Euphorie möchte Schulsensor Grollen nun offenbart sich doch nicht verbreitet wissen und gab kurzerhand einem anderen Springer-Unternehmen ein halbes Dementi. Bereits am 9. 5. war im „Hamburger Abendblatt“ zu lesen, daß es keine Generalamnestie für Berufsverbote geben wird. Korrigiert wurde auch die Zahl von 73 und durch die Zahl 62 ersetzt, diese Korrektur soll durch „eine spätere Überprüfung“ zustande gekommen sein. Offensichtlich ist hier bereits, ohne daß die Namen überhaupt in der Öffentlichkeit bekannt geworden wären, geschweige denn die Betroffenen davon erfahren hätten, der Stab über elf Lehrer gebrochen worden.

Interessant sind allerdings auch Grollens weitere „differenziertere“ Angaben. Danach fallen von den 62 nur 32 in seinen Kompetenzbereich. Von diesen 32 sollen 21 schon seit längerem in einem Beamtenverhältnis auf Probe arbeiten. „N a b o - z u“ in allen diesen 21 Fällen soll es sich um Menschen handeln, „die keine herausragende Funk-

tion in einer extremistischen Organisation bekleideten und die sich auch keine einschlägigen Verfehlungen im Unterricht zuschulden haben kommen lassen.“ Man achte hierbei auf den genauen Wortgebrauch: Die Pferdeöße für heutige und weitere Berufsverbote liegen in den Wörtern „aber“, „herausragend“, „einschlägig“. Doch auch diese eigentlich ganz „netten Menschen“ können noch lange nicht aufatmen. Vor einer positiven Entscheidung stehen noch Deputation und Beamtenernennungsausschuß. Es wäre nicht das erste Mal in Hamburg, wenn in diesen Instanzen die Berufsverbote faktisch verhängt werden.

Die anderen elf von Grollens 32 Fällen sind nun der eigentliche Hammer. Es handelt sich dabei um Neueinstellungen. Diese elf Leute sollen „noch einem Anhörverfahren unterziehen“. Das Antwort, welches Verdachtsmomente sich diese Leute „schuld“ gemacht haben, bleibt Grollen natürlich schuldig. Man könnte ihn nämlich als nächstes fragen, wie die Behörden überhaupt zu diesen Verdachtsmomenten ohne Regelanfrage gekommen sind.

Die schlimmsten Voraussagen über die weitere Hamburger Berufsverbotepraxis bestätigten sich auch noch in drei anderen Fällen. Auf einer Versammlung aller Berufsverboteopfer, zu der die Vorstandskommission „Berufsverbote“ der Hamburg GEW alle Betroffenen eingeladen hatte, wurde bekannt, daß in drei Fällen Berufsverbote vorbereitet werden. In zwei Fällen sind weder die Vorwürfe noch der Weg der Beschaffung dieser Vorwürfe bekannt. Daß überhaupt etwas in Richtung Berufsverbot läuft,

ist den Betroffenen nur über ihre Schulleiter bekannt geworden, die aus unterrichtsplanerischen Gründen von den entsprechenden Behörden benachrichtigt worden waren. Das ganze ist in der Berufsverbotepraxis völlig unüblich und außerhalb der gesetzlich geregelten Wege bei Berufsverboteverfahren. Hier tun sich ziemlichliche Abzünde auf.

Lange Zeit wurde auch in einschlägigen Kreisen (wie z.B. der Hamburger GEW) schon das als Gerücht gehandelt, was die „Welt“ am 9. 5. zu berichten wolle. Bei dem Betroffenen treffen in der GEW hat sich bisher nach einem unvollständigen Überblick nur bestätigt, daß in etwa acht bis zehn Fällen Betroffene erfahren haben, daß ihre Verfahren zur Verhängung auf Lebenszeit wieder aufgenommen worden sind. Gleichzeitig wurde aber auch von solchen Betroffenen berichtet, daß sie jetzt eine Menge Schikanen erfahren (z.B. beim personalärztlichen Dienst) und daß die Wiederaufnahme noch keinerlei Gewähr für einen tatsächlichen positiven Ausgang bietet (Beamtenernennungsausschuß und Deputation).

Gerade in dieser Situation gezielter Verwirrspiele seitens der Berufsverbote ist der Zusammenschluß und die Verständigung aller Berufsverbotegegner und aller Betroffenen eine unabdingbare Voraussetzung für eine wirkliche, auch öffentlich wirksame Kontrolle, ob die Berufsverbote den Worten auch wirklich Taten folgen lassen, und zwar in jedem einzelnen Fall.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

„Bürgerrechtsbewegung“: Raus aus dem Ghetto?

Ihre erste Veranstaltung führte die von den Jusos initiierte „Bürgerrechtsbewegung“ in Köln durch 8.000 Jugendliche nahmen nach Angaben des Jusos-Vorsitzenden, Schröder, an einem Konzert mit Wolf Biermann und Konstantin Wecker teil. Schröder wertete dies „als einen außerordentlichen Erfolg und einen ersten Schritt aus dem linken Ghetto heraus“. Es muß daran erinnert werden, daß dieser Schritt verbunden ist mit einer scharfen Abgrenzung nach links, insbesondere einem offen ausgesprochenen Unvereinbarkeitsbeschuß gegenüber der SDJ. Was denn den Erfolg ausmacht, machte Schröder auch gleich deutlich. Er hat es für einen besonderen Erfolg, daß der DGB-Vorsitzende Vetter die Veranstaltung mit einem Grußwort bedachte: „Wenn die Demokratie in der Bundesrepublik

Zukunft haben soll, dann brauchen wir eine Jugend, die für die Demokratie streitet.“ Schon vergessen, welche Art von Demokratie sich Vetter wünscht wie es das Russell Tribunal diffamiert hat?

Aber nach wie vor gibt es innerhalb der Jusos Widerstand gegen diesen Kurs. In der „Neuen“ (3. 5. 79) schreibt ein Juso:

„Als Jungsozialist sehe ich mich veranlaßt, der Kritik von C. Strässer (Vorsitzender der Jusos, AK) voll zuzustimmen. Ich war auf dem Jusos-Bundeskongreß und habe dort den Eindruck gewonnen, daß der Jusos-Bundesvorstand die Antiberufsverbotebewegung spalten will.“

Als ein weiteres Indiz für den Spalterkurs des Jusos-Bundesvorstands in Sachen Antiberufsverbotebewegung führt Peter D. an, daß es in einem Antrag der Jusos-Linken

auf dem Bundeskongreß noch geheißenen habe, „daß die Bürgerrechtsbewegung nicht als Vehikel zur inhaltlichen und taktischen Umorientierung des Verbandes mißbraucht wird, daß eine Zersplitterung der Kräfte der Jusos vermieden wird, d.h. daß insbesondere die Mitarbeit in der Hamburger Initiative nicht verniedert sondern ausgebaut wird, - daß eine enge Zusammenarbeit mit den Betroffenen gesucht wird.“

Diese Passagen wurden dann durch das vehemente Eingreifen des Jusos-Bundesvorsitzenden Schröder gestrichen. Deutlicher könnte Schröder seine wahren Absichten mit der „Bürgerrechtsbewegung“ wohl kaum erklären.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Statt Berufsverbot „Unfähigkeitsbescheinigung“?

Als die Berufsverbote monatlang öffentlich darüber räsonnierten, wie sie das Kunststück fertig bringen sollten, gleichzeitig an den Berufsverbote festzuhalten und vor der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als seien die Berufsverbote abgeschafft, gab es viele warnende Stimmen, die die Gefahr benannten, daß in Zukunft bei Berufsverbote einfach der politische Rahmen gestrichen würde und die Betroffenen auf Grund ihrer „mangelnden persönlichen oder fachlichen Qualifikation“ Berufsverbot bekämen.

Das scheint sich zu bewahrheiten. In der letzten Verhandlung vor dem Hamburger Arbeitsgericht des Herausgebers der „Hamburger Referendar- und Lehrerzeitung“ Karl-Heinz Kuke gegen die Freie und Hansestadt Hamburg erklärte der Vertreter derselben, daß das von der Behörde in Frage gestellte Verhalten von Karl-Heinz zur FDGO ruhig unberücksichtigt bleiben könne, es ginge allein darum zu klären, ob er als Lehrer geeignet sei. Nach Meinung der Behörde sei es das nicht, da er mehrfach seine Mißachtung gegenüber seinem Arbeitgeber zum Ausdruck gebracht habe. Beweise sind Karikaturen, mit denen seine Dienstvorgesetzten lächerlich gemacht wurden.

Im Kartest bedeutet das, daß die politische Dimension aus diesem Verfahren herausgenommen werden soll, was für die Berufsverbote den enormen Vorteil schaffen würde, die ganze Angelegenheit letzten Endes überhaupt sozusagen vom Rechtsweg auszuschließen. Denn man wird kaum ein Gericht dazu bringen, die fachliche oder persönliche Eignung eines Lehrers festzustellen, geschweige denn ist ein Urteil zu erwarten, das einen Arbeitgeber auch wenn es der Öffentlichkeit ist dazu verdonnert, einen für nicht geeignet befundenen Bewerber einzustellen.

2. In dem Falle einer Hamburger Lehrerin, der zunächst Mitgliedschaft in der KPD/ML und der Besuch von insgesamt 13 Veranstaltungen derselben vorgeworfen wurde und die deshalb eine Anhörung hatte und deren Probezeit verlängert worden war, ist jetzt die Probezeit noch einmal verlängert worden. Dies mit dem Argument, sie habe ihre persönliche Eignung noch nicht genügend bewiesen. Einmal abgesehen davon, daß dies als solches schon eine Frechheit ist, ist auch dies der Versuch, dem Berufsverbot zumindest auch noch eine zweite, unpolitische, Dimension hinzuzufügen.

3. Ebenfalls in Hamburg sind in den letzten Monaten zunehmend Fälle bekannt geworden, in denen bei ins Haus stehender Verbeamtung auf Lebenszeit die dazu als notwendige Vorbedingung anzufertigender Berichte der Schulleiter bzw. der Schulleiter so abgefaßt waren, daß als einziges Resümee unterm Strich die völlige persönliche und fachliche Nichtigkeit des Betreffenden zum Lehrerberuf übrig blieb. „Nachgewiesen“ wurden solche Erkenntnisse in der Regel an Versäumnissen in der Aufsichtspflicht, zu häufigen Krankheiten bzw. Verspätungen, mangelnde Kooperationsbereitschaft, Ununterwerflichkeit am schulischen Leben, Unausgeglichenheit im Unterricht, gespanntes Verhältnis zu den Eltern der Schüler, und - was zur in einem solchen Bericht negativ

zu interpretieren ist - sehr hohes politisches und soziales Engagement.

4. Im AK 147 berichteten wir über den Fall des Lehrers Hans-Hubert Brieden in Münster. Wurde ihm in seinem Berufsverbotsverfahren ursprünglich sozusagen noch das Übliche vorgeworfen (Kandidatur für die Rolle Zelle Germanistik im Wintersemester 71/72, vorläufige Festnahme bei den polizeilichen Aktionen beim Auftreten der „KPD“ aus Anlaß des Brechnew-Besuchs in Dortmund, Kontaktadresse und Verantwortlicher der Zeitung „Rohr Fuch“ der Demokratischen Sozialen- und Reservistengruppe Münster), so mußte er in seiner Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Münster am 9. 3. 79 einen vollen Taktikwechsel der Behörde erleben. Die „Argumentation“ wurde von der politischen zur dienstlichen Ebene verlagert. Das Verfahren vor dem Gericht selber dauerte ganze fünf bis zehn Minuten und kam ohne jede Art von Beweisaufnahme aus, trotzdem spitzte das Gericht die Anschuldigungen und Behauptungen der Regierungspräsidenten sogar noch weiter zu.

Obwohl Hans-Hubert Brieden insgesamt während seines Vorbereitungsdienstes mit „ausreichend“ beurteilt worden war, wird er jetzt vor Gericht plötzlich als Lehrer nicht tragbar beurteilt. Das wird „begründet“ mit verschiedenen Behauptungen, die der Betroffene in einer Stellungnahme zu dem Urteil detailliert widerlegt. Angeblich hat Hans-Hubert Brieden die Seminarveranstaltungen überdurchschnittlich häufig versäumt, soll er wenig kooperationsbereit gewesen sein, sollen seine Leistungen insgesamt mit erheblichen Mängeln behaftet gewesen sein, soll er in den Seminaren auffallend wenig Mängel behaftet gewesen sein, soll er in den Seminaren „auffallend einseitig interessiert“ gewesen sein und entsprechende Beiträge gehalten haben, und natürlich - so was darf in diesem Kanon nicht fehlen - soll er einseitige politische Darstellungen im Unterricht praktiziert haben.

Darüber hinaus ist an dem Urteil besonders interessant und in diesem Sinne richtungweisend, daß das Gericht den Einstellungsbehörden ausdrücklich einen Ermessensspielraum bei der Einstellung von Bewerbern zubilligt und ausdrücklich erklärt, daß es selber diesen Ermessensspielraum nicht einschränken oder ersetzen könne. Betont wird, daß gerade das Erfordernis der Eignung für den Schuldienst nur von der gesetzlich dazu berufenen und fachkundigen Verwaltung, nicht aber von den Gerichten festgestellt werden muß. Das Gericht hat es überdies für notwendig gehalten, darauf hinzuweisen, daß es zu seiner Entscheidung, der Behörde Recht zu geben, kommen konnte, ohne die Frage, ob Brieden jederzeit die Gewähr bietet, klären zu müssen. Wenn das kein ganz dicker Wink an alle zukünftigen Generationen von Berufsverboteopfern ist!

Wegen der enormen Wichtigkeit der Beobachtung möglicher Veränderungen der Berufsverbotepraxis in diese Richtung rufen wir alle Berufsverbotegegner und Freunde des ARBEITERKAMPF auf, uns solche Beobachtungen zukommen zu lassen und sie öffentlich bekannt zu machen.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Mitgliedschaft zählt doch!

Westberlin: Einer Presse-Protest-Erklärung der „Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz“ ist zu entnehmen, daß am 11. April das Bewerberin für den Referendar-dienst Eva S. ein Schreiben der zuständigen Westberliner Behörde erhielt, in der ihr mitgeteilt wurde, daß man ihren „Fall“ an die berichtigte Landeskommission weitergegeben habe, und das, obwohl dieselbe am 13. März 1979 abgeschafft worden sein soll. Sie wurde weiterhin darauf hingewiesen, daß diese möglicherweise neue Ermittlungen führen werde. Das ist nun wirklich ein Glanzstück an „Liberalisierung“ der Berufsverbote, zumal wenn man die anderen Dinge dieses „Falls“ mit berücksichtigt!

Eva S. wartet nämlich seit Herbst 1976 auf ihre Einstellung als Studienreferendarin, gar nicht mal als Lehrerin, also auf die Fortsetzung ihrer Berufsausbildung.

Nachdem Eva S. zweieinhalb Jahre lang auf der Warteliste gestan-

den hatte und zum Februar 79 sich dann endlich auf der dem Personalrat vorgelegten Einstellungsliste befand, fand sich bei ihr der Vermerk, daß noch eine politische Überprüfung vorzunehmen sei. Ihr wird jetzt die Einstellung mit den schon klassischen Begründungen wie Mitgliedschaft in der Liga gegen den Imperialismus, Kandidatur für die „KPD“ und die Tatsache, daß sie in Briefen an die Justiz gegen politische Prozesse protestiert habe, verweigert.

Hierin liegt der zweite Rechtsbruch in diesem Fall. Seit dem 1. Januar 77 gibt es einen Beschluß des Senats, wonach bei Bewerbern um den Vorbereitungsdienst keine Anfrage mehr stattfinden soll. Was aber Eva S. von genau diesem Senat vorgehalten wird, ist nichts anderes als Erkenntnisse des Verfassungsschutzes.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Wie geht's uns denn?



Alsterdorfer Anstalten: Der Kampf geht in die zweite Runde!

Hamburg. In der bürgerlichen Presse war in der letzten Zeit einiges über die Alsterdorfer Anstalten zu lesen. Vorausgegangen war eine Pressekonferenz zu der Anstaltsdirektor Pastor Schmidt am 18.5.79 eingeladen hatte (rund im „Zeit“ Magazin vom 20.4.79 waren zwei Reportagen abgedruckt, die sich mit den teilweise menschenunwürdigen Lebensbedingungen der 1350 geistig und körperlich Behinderten in den Alsterdorfer Anstalten befaßten. Anfangs reagierte die Anstaltsleitung auf diese Enthaltungen mit verbaler Protesten und Durchhalteparolen an die Stationsleitungen, später am 3.5. mit der Freistellung (gleichbedeutend mit der Entlassung) eines ZDL'ers, dem man vorwarf, „Drahtzieher“ der „Zeit“-Reportagen gewesen zu sein. Hierüber war im letzten AK informiert worden. In der Zwischenzeit haben sich die Auseinandersetzungen in den Alsterdorfer Anstalten zugespitzt. Der Kampf geht in die zweite Runde!

Während die Diskussionen in der Öffentlichkeit über die „Zeit“-Reportagen einfach kein Ende nehmen wollten, trat die Anstaltsleitung am 18.5. auf der oben erwähnten Pressekonferenz die „Flucht nach vorne“ an. Pastor Schmidt räumte ein, daß wohl mal Behinderte geschlagen und festgeschaltet worden seien, er habe dabei aber immer „hart durchgegriffen“ und die betreffenden Schläger entlassen. Doch da war er zu weit gegangen. Kollegen informierten die „Hamburger Morgenpost“ und belegten am Beispiel einer brutalen Stationschwester des „wöchentlichen Wachsaals“, daß die Anstaltsleitung sehr wohl von ihren Untaten gewußt, aber nichts unternommen hatte. Erst auf Initiative von 15 Kolleginnen dieser Station wurde Schwester R. nahegelegt, zu kündigen, was sie dann gezwungenermaßen auch tat. So positiv es auch war, daß der Journalist nicht einfach die Statements der Anstaltsleitung nachbetete (wie die übrige Hamburger Presse), sondern die Angaben Pastor Schmidt's bei Mitar-

beitern hinterfragte, so sensationslustern war die Berichterstattung über die sonstigen Lebensbedingungen der Behinderten erfüllt man in diesem Artikel nicht.

Diesen Artikel nahm dann auch eine eilig gegründete „Aktionsgruppe Alsterdorf“ zum Anlaß, eine Gegenoffensive gegen den „Kuldnord“ durch die „Morgenpost“ zu starten. Dieses aufrechte Grüpplein „bewertete“ dann am 20.5. während des Gottesdienstes die Kirche, hängte Transparente aus, wie „Vertrauen für Pastor Schmidt“, „Wir sind keine prägelenden Irrenwächter“. Bei der letzten Parole war wohl das schlechte Gewissen einiger dieser Leute ausschlaggebend.

Zusätzlich startete die „Aktionsgruppe“ eine Unterschriftensammlung für ihre Ziele („Solidarität mit den Behinderten“). Diese Parole war wohl das schlechte Gewissen einiger dieser Leute ausschlaggebend.

Zusätzlich startete die „Aktionsgruppe“ eine Unterschriftensammlung für ihre Ziele („Solidarität mit den Behinderten“).

Pastor Schmidt“). Doch das Echo der Kollegen auf dieses „christliche Engagement“ blieb gering. So zog man in den nächsten Tagen auf einzelne Stationen, um so die Kollegen unter Druck zu setzen. Ein Mitarbeiter, der sich weigerte zu unterschreiben, mußte sich dafür bereits bei seinem Oberpfleger rechtfertigen.

Anfang Juni wird eine Dokumentation des „Kollegenkreises Alsterdorf“ erscheinen, die sich mit den Auseinandersetzungen der letzten Zeit befaßt. Bestellt werden kann sie beim Kollegenkreis Alsterdorf, z.B. Horst Wallrath, Gerichtstr. 39, 2000 Hamburg 50.

Ein Genosse aus Hamburg

Kollegenkreis Alsterdorf
z.B. Horst Wallrath
Gerichtstr. 39
2000 Hamburg 50

Ein Genosse aus Hamburg



„Menschen wie Vieh gehalten... SSK gewinnt Prozeß“

„Der Skandal ist, daß Menschen wie Vieh gehalten werden können, mit Dämpfungsmitteln vollgestopft.“ Diese und andere Aussagen dürfen nach einem Gerichtsbeschluss vom 15.3.1979 weiterhin von der SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln) über die Praxis der psychiatrischen Landeskrankenhäuser (LKH) im Rheinland geäußert werden (siehe „Unbequeme Nachrichten“, April 79).

Die SSK unterhält in Köln schon seit 1977, jetzt auch in anderen Städten Nordrhein-Westfalens Beschwerdezentren für Psychiatriepatienten. Sie gehen jeder Beschwerde über Unterbringung und Behandlung nach. Wenn Hausverbote direkte Besuche unmöglich machen, versuchen sie über geschickte Briefe den Kontakt aufrechtzuerhalten. Um die Mißstände auch an die Öffentlichkeit zu bringen, geben sie eine Zeitung, die „Unbequeme Nachrichten“ heißt, heraus (nach „Unbequeme Nachrichten“, April 79). Auf Grund der Aktivitäten der SSK mußte im letzten

Jahr das LKH Brauweiler letztendlich geschlossen werden. Die SSK hatte die Ärzte der Anstalt auf Grund des Todes der Patientin Marion Masuhr wegen fahrlässiger Tötung und unterlassener Hilfeleistung angezeigt. In diesem Zusammenhang gaben sie ein Flugblatt heraus, in dem es hieß: „Wer bei diesem Drogenmißbrauch stirbt, wird angst- und klanglos unter die Erde geschafft. Brauweiler ist nicht ein einzelner Mißstand, denn in keinem LKH ist es anders als dort. Dieser Mißstand hat System. Und das wird vom Landschaftsverband bestimmt und aufrechterhalten.“

Der presserechtlich Verantwortliche wurde daraufhin vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) angezeigt („Stern“ 12/79).

Für den Prozeß hatte sich die SSK gut vorbereitet. Mit 100 Zeugen wollten sie beweisen, daß die unmenschlichen Bedingungen in der Psychiatrie System haben, wider besseres Wissen der Verantwortlichen immer noch in hohen Dosen

Psychopharmaka verteilt werden und eine ernsthafte Beschäftigung mit den Patienten kaum stattfindet.

Die Zeugen wurden aber vom Gericht gar nicht angehört. Es gab der SSK in vielen Punkten recht. Allerdings darf nicht behauptet werden, „daß der Landschaftsverband dieses grausame Behandlungssystem aufrechterhält und Skandale vertuscht“ („Unbequeme Nachrichten“, April 79). Die SSK will dem Landschaftsverband die Zeugenanhörung nicht ersparen und hat deshalb Berufung eingelegt. „Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, was im Glaspalast des LVR und hinter den Mauern der LKH's für skandalöse Zustände herrschen und wer sie aufrechterhält“ (ebenda). Zu dem Prozeß hat die SSK eine interessante Dokumentation „Die Auswanderung der Entarteten Nr. 3“ erstellt, für 5,- DM zu erhalten bei SSK e.V. - Dokumentation, Postfach Köln Nr. 231610-508.

Behindertenkommission

Berufskrankheiten nehmen zu

Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums wurden im Jahre 1977 bei über 48 000 Beschäftigten eine Berufskrankheit anerkannt (Zunahme gegenüber 1976 + 1,2%). 87% aller Fälle entfielen auf die sechs häufigsten Berufskrankheiten. Stark zugenommen haben vor allem die Lärmschwerhörigkeit und Lärmtaubheit, die 42,7% der anerkannten Berufskrankheiten ausmachen (gegenüber 34% im 1960), aber auch die Zahl der Hautleiden (20,8% gegenüber 18,9%) und die Zahl der Infektionskrankheiten (7,1 statt 4,9%).

Seit 1960 ist die Zahl der (anerkannten) Berufskrankheiten um 14.462 Fälle gestiegen, was einer Zunahme von 42 Prozent entspricht (Information aus „FAZ“ 9.5.79).

Soweit die amtliche Statistik. Doch gerade das Beispiel des Lärms am Arbeitsplatz zeigt, welch ungeheures Ausmaß die Dunkelziffer bei Berufskrankheiten haben kann. „Vor etwa 50 Jahren wurde der ehemalige Landwirt Karl W. in einem schon damals belebten, starken Betrieb der Metallindustrie im südlichen Westfalen als Hilfsarbeiter eingestellt. Karl W. arbeitete zehn Jahre lang in einer Halle, in der ratternde Maschinen einen ohrenbetäubenden Lärm verursachten. Nach zehn Jahren fiel es ihm schwer, Gespräche zu folgen, die in „normaler“ Lautstärke geführt wurden. Wenige Jahre später verschlechterte sich sein Zustand soweit, daß er seinen Gesprächspartnern die Worte von den Lippen ablesen mußte. Als sein Sohn Peter bei der gleichen Firma anfang, dauerte es nur einige Jahre und die gleichen Symptome stellten sich ein. Gleich waren auch die Arbeitsbedingungen geblieben. Wie

sein Vater arbeitete der Sohn in der Maschinenhalle. Der behandelnde Hausarzt sprach von Erbdeafheit. Das liegt in der Familie“ lautete die ärztliche Diagnose“ (Gesundheit am Arbeitsplatz, Hrsg. R. Kamske, Pörschke Bd. 1876).

Seit Erlass der Arbeitsschutznovelle von 1891 ist Lärmtaubheit entstanden durch Lärmwirkungen am Arbeitsplatz, als entschädigungspflichtige Berufskrankheit anerkannt. Aber erst seit 1961 wurde die Lärmschwerhörigkeit unter gewissen Voraussetzungen als „entschädigungspflichtiger Tatbestand“ in die 6 Berufskrankheitenverordnung (BKVO) aufgenommen. Die 7 BKVO von 1968 weitete den Kreis der Anspruchsberechtigten ohne die vorherige zeitliche Begrenzung auf alle Versicherungsfälle aus. Dementsprechend stieg die Zahl der angezeigten Fälle sprunghaft. Waren es 1960 noch 50 Fälle von Lärmtaubheit, die bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften angezeigt worden waren, so gab es 1974 schon 9346 Anzeigen wegen lärmbedingter Erkrankungen des Gehörs.

Die tatsächliche Zahl lärmbedingter Berufskrankheiten ist in unserem System im wahren Sinn des Wortes unermeßlich, denn bundesweite Kontrolluntersuchungen aller gefährdeten Arbeiterinnen gibt es nicht! Den Wert solcher amtlicher Statistiken auf diesem Sektor machte zudem noch ein Ergebnis einer kürzlich abgehaltenen Arbeitsmedizin-Tagung deutlich. Da hieß es allen Ernstes, daß im letzten Jahr ganze 9 (neun) Fälle von Krebs am Arbeitsplatz verzeichnet seien. Kommentar überflüssig.

Grundgesundheitskommission

Tiefststand im Wohnungsbaubereich Tiefststand im Wohnungsbau erreicht

Die Verschlechterung der Wohnsituation läßt sich seit Jahren am Sinken des Wohnungsbauindex ablesen. Im letzten Jahr wurde der bisherige Tiefstpunkt seit Bestehen der BRD erreicht – nur noch 367 500 Wohnungen wurden gebaut. Zwei Drittel der neuen Wohnungen sind zudem noch Eigenheime oder Eigentumswohnungen, weniger als ein Drittel der Wohnungen ist in Mehrfamilienhäusern entstanden („Hamburger Abendblatt“, 11.4.79).

Miserabel auch die Bilanz im „sozialen“ Wohnungsbau. Zwar ist der Tiefstpunkt 1977 (mit 113 000 geförderten Wohnungen) heute um knapp 22 000 überschritten, doch wurden mit den ohnehin zummindest gestrichenen Subventionen davon noch fast 52 000 Eigentumswohnungen gefördert („Handelsblatt“, 10.4.79).

Der Massenwohnungsbau wird damit praktisch eingestellt, denn selbst mit staatlicher Unterstützung können nur wenige sich ein Eigenheim leisten – auch wenn es heute noch so propagiert wird.

Dabei wird der Bedarf an Sozialwohnungen immer größer. Nach den festgelegten Einkommensgrenzen gibt es heute rein rechnerisch 14,5 Mio. berechnete Sozialmieter – aber nur 4,2 Mio. Sozialwohnungen, d.h. der Fehlbestand an Sozialwohnungen beträgt über 10 Millionen (nach „der arbeitgeber“ 6/31 - 1979).

Jahrelang haben die Bauunternehmer vom „sozialen“ Wohnungsbau profitiert. Seit 1970 verdoppelten sich die Baukosten. Trotz Subventionen, die heute über 60% der Kosten betragen, liegt die Anfangsmiete im Bundesdurchschnitt bei 4,57 DM (1977; „Handelsblatt“, 25.4.79). In vielen Ballungsräumen wie z.B. Hamburg noch eine Mark höher – und steigt weiter an. Die Sozialwohnungen sind von den höchsten Mietsteigerungen betroffen, da die Subventionierung schrittweise abgebaut wird.

Stiegen die Mieten zwischen 1970 und 1976 im freifinanzierten Wohnungsbau um 34,5% und bei Altbauten um 40,5%, so liegen die „Sozial“-wohnungen mit einem Mietanstieg im gleichen Zeitraum von 44,3% weit an der Spitze („der arbeitgeber“, 6/31-1979).

Viele „Sozial“-wohnungen müssen heute bereits wieder nachsubventioniert werden, damit die Mieter in ihnen wohnen bleiben können und nicht obdachlos werden.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist heute wieder so verschärft, daß gerade kinderreiche und Familien mit geringem Einkommen von akuter Wohnungsnot bedroht sind. Anstatt Abhilfe zu schaffen, erhöhte die Bundesregierung die Verwaltungs- und Instandhaltungspauschalen beim „sozialen“ Wohnungsbau ab dem 1.7.79. Mit 3 - 4% Mieterhöhung muß gerechnet werden („Handelsblatt“, 23.4.79), zusätzlich zu der „normalen“ Mieterhöhung.

Hausbesitzer fordern „marktorientiertes Mietrecht“

Die von den Hausbesitzern herbeigeführte Wohnungsknappheit nutzen sie seit langem aus, um massiv gegen den Kündigungsschutz und die Mietgesetzgebung zu wehren – sie sei verantwortlich für die Wohnungsbauentwicklung, da kein Hausbesitzer mehr bei Renditen von 4% investieren wolle. Ausgerechnet der Vorsitzende des „Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen“ fordert Mieterhöhungen von 6 - 6,5%, damit mindestens Profite von 7% aus den Wohnungen gepöblt werden können („Handelsblatt“, 4.5.79).

Gegen eine „ortsübliche“ Vergleichsmiete, wie sie z.B. in vielen Städten durch Mieterspiegel erfaßt wird, machen die Hausbesitzer ebenfalls Front, da diese „in ihren Sätzen um rund ein Viertel unter der tatsächlichen, von den Hausbesitzern geforderten und von der Bundesregierung im Prinzip tolerierten „Marktmiete““ läge („FAZ“, 24.4.79). Man sieht – die Hausbesitzer sind noch lange nicht am Ziel ihrer Wünsche. Da ihrer Meinung nach die heutigen Mietgesetze auf „Mietstopp“ und „Enteignung“ hinauslaufen würden und damit für die Wohnungsbauentwicklung verantwortlich sind, wollen sie erneut Verfassungsklagen einreichen, nachdem ihre erste Klage in Karlsruhe lediglich aus formalen Gründen nicht angenommen worden war.

Wohnungskommission

Fortsetzung von Seite 25

In Wolfsburg fand am 30.4. ein Fest zum 1. Mai statt, von dem aus einige Frauen spontan mit Fackeln durch die Straßen zogen. In den Frauengruppen hatte es vorher keine Diskussion oder Mobilisierung gegeben.

In Hildesheim fand eine Demo mit ca. 50-60 Frauen statt, ohne daß vorher mobilisiert worden wäre. Zur Hälfte waren die Frauen auch noch aus umliegenden Orten hinzugekommen. Gerufen wurde vor allem „Macht Krach in Hildesheim“ und „brobert euch die Nacht zurück“.

In Freiburg lief ein Flugblatt unter demselben Motto zu einer Demo auf, deren 300 Teilnehmerinnen nach dem Bericht der Genossin nicht nur der engeren Frauen-Szene zuzurechnen waren. In Freiburg hörte Frau in der Vergangenheit recht wenig von den noch existierenden Frauengruppen, mit Ausnahme wohl der Frauenhausinitiative und neuerdings auch der Frauengruppe der Bunt-Liste-Initiative. Die Demo verlief ohne Abschlussskandung, da das Amt für öffentliche Ordnung keine Megaphone genehmigt hatte!

Interessanterweise hat sich dort in diesem Jahr die DKP (!!) gemeldet und ein Flugblatt verteilt. Es heißt da: „Liebe Frauen, wir Frauen demonstrieren heute in der „Walpurgisnacht“ gegen die Diskriminierungen, denen Frauen durch Gewaltanwendung, Bedrohung, Nacht auf den Straßen, Belästigung in den Kneipen und vieles mehr ausgesetzt sind. Daß Gewalt gegen Frauen möglich ist, tagtäglich ausgeübt wird und in der öffentlichen Meinung vielfach toleriert oder totgeschwiegen wird, signalisiert ein Geschlechterverhältnis, in dem Gleichberechtigung, gleiche Würde und gleiche Rechte verlorengegangen sind oder noch nie existiert haben.“

Der Rest des (übrigens sehr kleinen und schlecht lesbaren) Flugblattes geht dann darauf ein, daß an dieser Situation eben nicht die Männer schuld sind, sondern die gesellschaftlichen Umstände, die sie so gemacht haben. Zum Schluß natürlich der unvermeidliche Hinweis, daß das ganze nur vereint mit den Männern gegen das Großkapital bekämpft werden kann und ein Aufruf zum 1. Mai. Trotz der von dieser Seite seitens bekannten Pauschalität und der Ablehnung einer eigenständigen Frauenbewegung sind dies relativ neue Töne von der DKP, die bisher nur Hetze für die autonome Frauenbewegung übrig hatte.

In Saarbrücken fand ein Fackelzug durch die Innenstadt zum Frauenaden statt, wobei die Frauen mit Flugblättern, Liedern und Sprechchören die Passanten auf das „Freiwillig Frau“ und die ständige Gefahr der Vergewaltigung aufmerksam machten.

In Göttingen fand ein Fackelzug durch die Innenstadt zum Frauenaden statt, wobei die Frauen mit Flugblättern, Liedern und Sprechchören die Passanten auf das „Freiwillig Frau“ und die ständige Gefahr der Vergewaltigung aufmerksam machten.

In Göttingen veranstalteten Frauengruppen in diesem Jahr keine Demo, sondern informierten die Leute in der Innenstadt über ihre Arbeit und führten ein Theaterstück zu ihrer Selbstdarstellung auf.

In mehreren Städten hat es in diesem Jahr gar keine Aktivitäten mehr gegeben, so fiel z.B. eine ursprünglich angesetzte Demo in Bochum mangels Beteiligung ins Wasser.

In ganz NRW (außer in Köln und Bielefeld) sowie in Schleswig-Holstein fanden dieses Jahr keine Demonstrationen oder Feste statt. Auch auf dem Treffen der regionalen Frauenzentren in NRW stellte die „Walpurgisnacht“ dieses Jahr kein Diskussionsthema dar. Auch in Hannover und Braunschweig gab es in diesem Jahr nichts.

Bürgerliche Presse: Zur Hetze wird keine Gelegenheit verpaßt

Die Reaktionen der bürgerlichen

Presse waren in diesem Jahr sehr unterschiedlich. Lediglich wurden die Demonstrationen glattweg ignoriert, teilweise dazu benutzt, mal wieder ordentlich zu hetzen: so schrieb z.B. die „Bild“-Zeitung in Frankfurt „50 wildgewordene Frauen stürmten ins Schauspielhaus. Der Hausmeister rief eine „Hexe“ den Besen aus der Hand und legte alle in die Flucht.“ Als die Demonstration sich nach vier Stunden auflöste, wurden die Frauen abgeholt - von ihren Männern und Freunden. Und die „FAZ“ pöbelte „Hexen mit Makeup-Problemen... Den Polizisten am Opernplatz erging es wie den Ehemännern, die ins Theater wollten.“ Doch der Schwung der frühen Jahre schien vorbei. Das soll gewiß nicht heißen, daß die Marschierenden durch die kalte Nacht älter geworden seien. Das war unter der Bemalung und der Demonstrationen-uniform sowie nicht auszumachen.

Im Gegensatz dazu war der Kommentar der „Frankfurter Rundschau“ sehr neutral und wohlwollend.

Ähnlich zeichnerisch jedoch waren auch die Kommentare in der Westberliner bürgerlichen Presse... 2.800 Berliner Frauen fordern: Ausgehverbot für Männer“ war die Schlagzeile in der „BZ“ am 2.5. und im „Sprecher Volksblatt“ war groß ein Foto mit der Parole „Entwaffnet Vergewaltiger“ abgebildet.

Kritik aus der Frauenbewegung

Innerhalb der Frauenbewegung selbst gab es dieses Jahr vereinzelt kritische Stimmen zu der Durchführung der Demonstrationen. So schreibt z.B. eine Frau in der Westdeutschen Alternativ-Zeitung „radikal“: „Mal hier, mal da ein Parole, insgesamt nur zwei Transparente (warum habe ich keine gemacht?) und ein Flugblatt der Notrufinitiative für vergewaltigte Frauen. Alles in allem jedenfalls kein Gefühl von Einheit, Stärke, Erhaben. Dieses Gefühl konnte auch nicht durch das blockweise Rennen in dunklen, unbewachten Straßen oder das besonders laute Kreischen unter S-Bahnbrücken aufgehoben werden.“ Straßen ablaufend -

mal schnell, mal langsam bis zum „Endpunkt“ der Demo. Tja, und da standen wir nun. Frau unter Frauen, mühen in Berlin. Beste Uhren Sexshop im Blickwinkel und ein frustriertes Gefühl im Bauch. (...) Was hat es also gebracht? (...) Ich sehe nicht ein, wahllos auf irgendwelche in Nebenstraßen stehende Autos Farbe zu kleckern - dann doch lieber die Farbe aufheben für nützlichere Aktionen. Ich frage mich also, warum wir nicht zu einer gezielteren Rangehweise in der Lage sind, warum wir nicht endlich aus den Erfahrungen anderer Demos lernen und die verwerfliche war ja schließlich nicht die erste Demo, die ihrer Möglichkeit nach eigentlich keine mehr war - also nicht einmal den reinen Demonstrationen zweck annähernd verwirklichen konnte.“ („Radikal“ Nr. 61, 11.5.1979)

In der „Heidelberger Rundschau“, einer örtlichen Alternativzeitung, schreiben zwei Frauen anlässlich der diesjährigen Demonstration: „Es ist uns gelungen, uns einmal auszuleben und damit andere zu provozieren, aber wir haben auch den Sinn unserer Demo klargemacht? Frauen, die die „Walpurgisnacht“ als Selbstzweck betrachten, sind sicher auf ihre Kosten gekommen, aber bei vielen Frauen kam zur ersten Begeisterung auch ein Gefühl der Unzufriedenheit.“

Denn einiges hätte besser sein können. Es gab weder Flugblätter noch Transparente, noch einheitliche Parolen oder Frauenlieder. Frauen, die die Demo als Zuschauerinnen erlebten, wurde nicht vermittelt, was die „Walpurgisnacht“ für uns bedeutet, wovon wir uns als Frauen bedroht fühlen und was wir verändern wollen. (...) Die Demo war symptomatisch für den Stand der Frauenbewegung in Heidelberg.

Im großen und ganzen sind solche kritischen Beiträge jedoch nicht sehr zahlreich, wie auch insgesamt die „Walpurgisnacht“ dieses Jahr wesentlich weniger als 1978 in der Spont- und Frauenpresse ihren Niederschlag gefunden hat.

Hat sich etwas verändert?

Insgesamt betrachtet hat sich im Ver-

gleich zu den Vorjahren am Charakter der Demonstrationen nichts verändert. Noch mehr als früher fanden die Demos fast ausschließlich zur Gaudi der Teilnehmerinnen statt. In den Flugblättern - sofern sie überhaupt gemacht wurden - wird in der Regel nicht auf Hintergründe und gesellschaftliche Bedingungen von Vergewaltigung und anderen Formen körperlicher Gewalt gegen Frauen eingegangen. Kein Wort auch zur Situation der Frauen, die den Mut haben, ihren Vergewaltiger anzuzeigen und den entwürdigenden

Prozeß der Gerichtsverhandlung mit all ihren Detailschulderungen durchzustehen.

Angesichts der Tatsache, daß derzeit von der Frauenbewegung sonst so gut wie nichts mehr zu hören und zu sehen ist (mit Ausnahme einiger Frauenhausinitiativen), ist es doch die Frage, ob diese Aktionen uns die Nacht zurückerobern, ganz zu schweigen davon, ob sie in die soziale Form dazu beitragen, den Kreis der Frauen zu vergrößern, die sich Vergewaltigungen und Flügelungen nicht mehr gefallen lassen wollen. In diesem Sinne behalten unsere Aussagen in den Artikeln in AK 104 und AK 129 noch wie vor ihre Gültigkeit.

Soll der KB zur „Walpurgisnacht“ mobilisieren?

„Über das Verhalten des KB bezüglich der „Walpurgisnacht“ haben wir uns sehr geärgert. Wurden in den letzten 3 Jahren zumindest Auseinandersetzungen um die Frage der Inhalte und einer eventuellen Beteiligung der KB-Frauen geführt, so ist der KB in diesem Jahr auf einen reinen Beobachterstatus zurückgefallen. Vier Wochen lang sahen wir im AK die Inhalte und Aktivitäten der „Walpurgisnacht“ ausgewertet und eingeschätzt werden, ohne daß der KB zuvor in der minimalistischen Form in die Diskussion und Vorbereitung der „Walpurgisnacht“ eingegriffen hat. (...) Ihr habt schon öfter über Fälle von Vergewaltigungen berichtet, umso unverständlicher ist es uns, daß ihr einen wichtigen „Aktionstag“ dazu in der Frauenbewegung ignoriert.“

Nicht einmal ein Hinweis oder Informationen auf die geplanten Aktionen der Frauen - stattdessen hinterher eine großartige Auswertung! Ganz abgesehen davon, daß es innerhalb der Frauenszene in diesem Jahr so gut wie gar keine Ankündigungen zu „Walpurgisnacht“-Aktionen gegeben hat, die wir unter Umständen hätten veröffentlichen können, ist diese Kritik von zwei Tübinger Genossinnen die weitestgehende, die bisher aus dem Kreis unserer Mitglieder und Sympathisantinnen gekommen ist. Im Grunde kritisieren die Genossinnen, daß wir als KB uns nicht von vorn herein mobilisierend annäheren, daß wir diesen „wichtigen“ Aktivitäten der Frauenbewegung mehr oder weniger zuschauen.

Wir haben allerdings nichts dagegen, wenn sich einige Frauen bzw. „die Szene“ einen lustigen Abend machen, wir haben auch nichts dagegen, wenn Genossinnen des KB gegen Männergewalt demonstrieren, sich verteidigen und einen Hexentanz veranstalten.

Wir meinen allerdings, daß diese tatsächlich nur noch zum Spaß der beteiligten Frauen veranstalteten Happenings nichts, aber auch gar nichts mehr mit kommunistischer Politik, geschweige denn Frauenpolitik zu tun haben.

Wir haben es schon 1978 den Genossinnen freigestellt, sich an den „Walpurgisnacht“-Aktionen zu beteiligen. Wir haben sogar 1977 nicht aktiv demonstriert, weshalb aber sollten wir 1979 von uns aus eine Diskussion vom Zaun brechen, die noch nicht einmal allgemein in der Frauenbewegung auf der Tagesordnung steht? Das hätte, von uns aus prägend und bestimmend auf diese Demonstrationen oder Feste einzuwirken; einen triftigen Grund dafür sehen wir jedoch nicht.

Wir sehen es demzufolge genauso wenig ein, warum wir für diese Aktionen, die für die Mehrheit der zuschauenden Bevölkerung einfach unverständlich bleiben müssen, auch noch aktiv mobilisieren sollen. Wir meinen auch - schaut Frau sich einmal die Entwicklung der letzten beiden Jahre für die einzelnen Städte genauer an (z.B. Köln, Kassel, Hamburg, Bremen, ...), daß in mehreren Fällen der Charakter der diesjährigen Aktivitäten noch hinter die Aktionen von 1978, z.T. sogar hinter 1977, zurückfällt.

AG Frauen, Hamburg

P.S.: Wir würden es gut finden, wenn sich über diese Positionen, die ja nicht als im KB vereinbart angesehen werden können, eine Diskussion entwickelt, d.h. wenn wir von möglichst vielen Genossinnen Leserbriefe bekommen könnten, die zur Klärung der verschiedenen Standpunkte beitragen.

Kassel, Hannover, Bremen, ... - daß in mehreren Fällen der Charakter der diesjährigen Aktivitäten noch hinter die Aktionen von 1978, z.T. sogar hinter 1977, zurückfällt.

AG Frauen, Hamburg

P.S.: Wir würden es gut finden, wenn sich über diese Positionen, die ja nicht als im KB vereinbart angesehen werden können, eine Diskussion entwickelt, d.h. wenn wir von möglichst vielen Genossinnen Leserbriefe bekommen könnten, die zur Klärung der verschiedenen Standpunkte beitragen.

Nationales Frauenhaustreffen in Göttingen

Nationales Frauenhaustreffen in Göttingen

In der Gruppe Öffentlichkeitsarbeit berichteten Frauen von den verschiedenen Formen ihrer Aktivitäten. In Hannover hatte gerade eine Podiumsdiskussion stattgefunden, zu der 250 Leute kamen. In Hamburg veranstaltete die Frauenhausinitiative eine Kulturveranstaltung mit 2.000 Besuchern. Es gibt von einigen Gruppen auch Theaterstücke, die in Stadtteilen aufgeführt werden, in manchen Schulen konnten die Frauenhausinitiativen in Unterrichtsstunden über ihre Arbeit berichten. Mehr und mehr werden auch die örtlichen Frauengruppen direkt in die Arbeit der Initiativen einbezogen.

Das nächste überregionale Treffen wurde für den 13. - 15. Juli 1979 in Darmstadt verabredet.

Frauenhäuser wehren sich gegen Schikanen

Am 1.4.79 wurde den Bremer Frauenhausfrauen mitgeteilt, daß der bereits bewilligte Zuschuß für 79 (insgesamt 285.000 DM) gestrichen wird. Jede weitere finanzielle Unterstützung wurde vom Bremer Senat von einer Finanzierung über den § 72 BSHG abhängig gemacht. Dem Frauenhaus wird die ständige Überbelastung vorgeworfen (!) außer dem werden dem Frauenhaus die Schwierigkeiten mit den fast 50 Kindern im Haus angelastet - als wäre nicht klar, daß bei so vielen Kindern auf so engem Raum, die noch dazu einfach aus bescheidenen Verhältnissen kommen, Lärm, Schulschwänzen usw. nicht zu vermeiden sind.

Dem Frauenhaus in Hannover

war bereits im Januar 1979 nach einem unbefriedigenden Besuch eines Ratensmitglieds im Haus wegen „mangelnder Hygiene“, „baulichen Unzulänglichkeiten“, „ständiger Überbelastung“ und „geringer Wirtschaftlichkeit“ (!) ein Ultimatum gestellt worden: sie sollten bis Mai ein neues Haus in Hannover suchen (das keine Mängel mehr aufweist), ansonsten würden die Gelder gestrichen.

Der Kasseler Magistrat hatte für 1979 einen städtischen Zuschuß für das Frauenhaus in Höhe von 55.000 DM bereits im Dezember 1978 bewilligt. Im Februar 79 wurde das Geld gesperrt und den Frauen mitgeteilt, entweder sie wählten in eine Finanzierung über den § 72 BSHG ein oder es gibt keinen Pfennig. Gleichzeitig wurde der Frauenhausinitiative mitgeteilt, daß das vorgesehene Haus zum 1.4. bezugsfertig renoviert sei (!).

In allen Fällen geht es darum, die Arbeit in den Frauenhäusern kontrollierbar zu machen, sie unter Druck zu setzen. Nach Bekanntwerden des Zuschußstops hat sich das Frauenhaus in Bremen an die Öffentlichkeit gewandt: sie machten ein Flugblatt und erzählten auf einer Veranstaltung über Alternative Lützen über ihre Sache. Viele Leute wollten sie unterstützen: die Drucker des Flugblatts schrieben im Senat Franko und druckten kostenlos. Der Frauenstammtisch fing mit einer Unterschriftensammlung für eine Anzeige im „Weserkurier“ an usw. Außerdem hatte das Frauenhaus ein Ge-

spräch mit Bürgermeister Koschnick, dieser sicherte eine weitere vorläufige Finanzierung zu (damit ist allerdings das Problem der Weiterfinanzierung über den § 72 BSHG nicht vom Tisch).

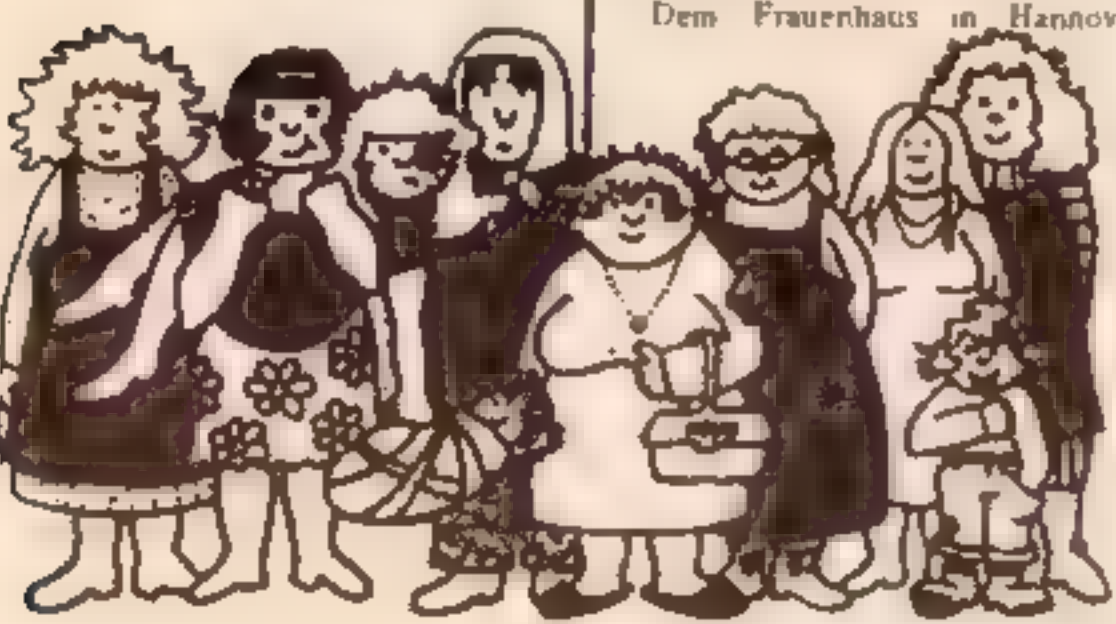


Gut 200 interessierte Frauen (und einige Männer) aller Altersgruppen waren zu einer Veranstaltung zum Thema „Geschlagene Frauen haben keine Lobby“ am 23.4. in Hannover gekommen. Mit einem Sketch, Berichten über das Entstehen der Frauenhausinitiative, den Clinch mit den bürgerlichen Parteimitgliedern, den Tagesablauf und die Erfahrungen im Frauenhaus und mit dem § 72 BSHG (dieses Frauenhaus finanziert sich über diesen §) legte dies aber für die Zukunft ab. Berichten der Frauenhausinitiative Kassel. Das und einem Gedicht zu Ehren des Frauenhauses von betroffenen Frauen wurde ein Fundrock der Arbeit und Schwierigkeiten verteilt.

Die Kasseler Frauenhausinitiative hat sich bisher am konsequentesten gegen die Angriffe der Stadt ge-

wehrt. Am 30.3.1979 besetzten die Frauen zusammen mit bereits länger betreuenden Frauen „ihre“ Häuser, nach dem die Stadtverwaltung sie ständig hinhaltet. Eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit über einen Zeitraum von mehreren Jahren war ein solides Fundament für diese Besetzung. Die Frauenhausinitiative hatte immer wieder auf die Notwendigkeit eines Frauenhauses in Kassel hingewiesen und ständig über den Stand der Verhandlungen mit der Stadtverwaltung berichtet. Dementsprechend breit ist heute der Unterstützerkreis mit einer Unmenge Sachspenden konnte das leere Haus eingerichtet werden, mit Geldspenden und den regelmäßigen Beiträgen der Fördermitglieder wurde die Arbeit zumindest für eine Übergangszeit ermöglicht.

Eine Genossin aus Kassel





Mit dem Mutterschaftsurlaub zurück an den Herd?

Nach einem Jahr Prüfung verschiedener Regelungen hat der Bundestag mit den Stimmen einzelner CDU-Abgeordneter eine Gesetzesvorlage zum Mutterschaftsurlaub verabschiedet. Danach können sich berufstätige Frauen nach Ablauf des gesetzlichen Mutterschutzes vier Monate von ihrer Tätigkeit beurlauben lassen.

Dieses als „frauenfreundlich“ gepriesene Gesetz hat allerdings mehrere Haken. Bisher galt die Regelung sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt eines Kindes wurde die Mutter bei Weiterzahlung ihres Lohnes (durch die Krankenkasse) von ihrer Tätigkeit freigestellt – Mutterschutz nennt sich dies. Danach mußte sie weiterbeschäftigt werden und war für zwei Monate lang unkündbar.

Jetzt ist es so, daß die Frau nach Ablauf des Mutterschutzes gekündigt werden soll, zusätzlich vier Monate Mutterschaftsurlaub zu nehmen. In dieser Zeit erhält sie allerdings nur höchstens 750 DM netto gezahlt (wobei bisher noch unklar geblieben ist, wie sich der Betrag errechnet). Nach diesem Mutterschaftsurlaub gibt es aber keinen besonderen Kündigungsschutz mehr, d.h. bereits unmittelbar mit Wiederaufnahme der Arbeit kann die Mutter unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfristen gekündigt werden.

Was bringt das neue Gesetz den berufstätigen Müttern?

Daß die Befürchtung einer solchen

Daß die Befürchtung einer solchen Reaktion berechtigt ist, haben die Erwägungen der Unternehmer zum neuen Gesetz deutlich gemacht. So klagte der Unternehmenspräsidentenverband BDA bereits vor Gesetzesverabschiedung, daß die „Personalpolitik stark erschwert“ werde. „Für die Betriebe besteht zudem die Ungewißheit, ob und wie lange der Arbeitsplatz freigehalten werden muß“ („der Arbeitgeber“). Deutlicher wenn eine Frau Mutterschutz und Mutterschaftsurlaub in Anspruch nimmt, ist sie bis zu 7 1/2 Monaten aus dem Betrieb raus. Den Frauen, die von ihren Rechten Gebrauch machen, droht angesichts der unternehmerischen Personalpolitik damit die Kündigung.

Doch der so verabschiedete Mutterschaftsurlaub bringt noch weitere Nachteile.

Die Mütter, die den Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen, werden auf Kosten des Bundesministeriums renten- und sozialversicherungsfrei. Allerdings berechnet sich die Höhe nach dem Mutterschaftsurlaub nicht arbeitslosenversicherungsfrei. Viele Frauen müssen Lohnverluste hinnehmen. Von 44% der berufstätigen Frauen liegt das Nettoeinkommen bei 800 DM. Die Lohnverluste wirken hier zwar relativ gering bei Inanspruchnahme des Mutterschaftsurlaubs, aber zusätzlich entstehen finanzielle Nachteile durch eine geringere Renten- und Sozialversicherung. Die restlichen 56% der Frauen müßten jedoch mit erheblichen Einbußen rechnen, wenn sie Mutterschaftsurlaub nehmen wollen.

Daß es der SPD keineswegs um die Probleme der berufstätigen Frauen geht, zeigt, daß Väter keinen Anspruch auf das neue Gesetz haben und damit die Frauen wieder die Erziehung und Hausarbeit allein bewältigen müssen. Durch die Doppelbelastung stellen viele Frauen ihre Berufstätigkeit in Frage. Damit kann das neue Gesetz nur die Funktion haben, durch „finanzielle Anreize“ den Frauen das Kinderkriegen wieder schmackhaft zu machen, um das von allen Parteien beklagte Geburtendefizit zu beheben. Die Effektivität dieser Regelung soll offensichtlich bis 1981 erst einmal getestet werden, denn bis zu diesem Zeitpunkt ist

die Finanzierung des Gesetzes überhaupt nur gewährleistet!

Die Kapitalisten diskutieren das Problem ungezügelt offen: „Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung ist keine Folge mangelnden Arbeitsschutzes, sondern hat andere Ursachen... Diese (Familienpolitik der Bundesregierung) darf nicht allein auf materielle Anreize abzielen, sondern muß durch eine Bündelung von Maßnahmen generell ein familien- und kinderfreundliches Klima schaffen“ („der Arbeitgeber“, 7/79).

Auch der vom Bundestag abgelehnte Vorschlag der CDU/CSU, für alle Frauen ein „Familien-geld“ von insgesamt DM 3.000 für jedes Kind zu zahlen, ist nach Aussagen der Kapitalisten für sie zwar annehmbarer, trotzdem aber nur eine Einzelmaßnahme, die sie ablehnen. Daß es der CDU nicht um eine gerechtere Unterstützung aller Frauen geht, zeigt der Versuch, den das niedersächsische Sozialministerium starten will. „Um den Schritt aus dem Erwerbsleben in die Familie zu erleichtern“ (so Sozialminister Schnipkowitz, CDU), sollen 16 bis 18 Monate lang 350 DM Erziehungsgeld im Monat an Mutter (oder Vater) gezahlt werden, wenn sie auf den Arbeitsplatz verzichten“ (Mitteilungen für Frauen, IGM, 4/78).

Nach einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit von 1978 ist durch das neue Gesetz „kein durchgreifender Arbeitsmarkteffekt zu erwarten“. Das neue Gesetz „kein durchgreifender Arbeitsmarkteffekt zu erwarten“. Nach seiner Rechnung fallen von den jährlich 600.000 Kindern 330.000 auf erwerbstätige Frauen. Ein Drittel der erwerbstätigen Frauen scheiden nach der Geburt ihres Kindes für längere Zeit aus dem Berufsleben aus. Reine rechnerisch würden nach dem neuen Mutterschaftsurlaubsgesetz weitere 75.000 Frauen jährlich ausscheiden. Diese Zahl würde sich jedoch noch um die Hälfte reduzieren, da erwerbstätigen gemäß der Ausfall von Erwerbstätigen nur zur Hälfte durch Neueinstellungen ausgeglichen wird („der Arbeitgeber“, 9/1979).

Vom DGB wird das Gesetz begrüßt und als „ein erster Schritt zur Erfüllung des von den Gewerkschaften der DGB geforderten Erziehungsurteils“ gewertet („Gewerkschaftspost“, April 79). Die DGB-Gewerkschaften erheben die Forderung nach 18-monatigem bezahlten Sonderurlaub für Mutter oder Vater und Sicherung des Arbeitsplatzes. Davon ist das jetzige Gesetz allerdings weit entfernt!

Ganz offensichtlich wird den berufstätigen Frauen hier kein Geschenk gemacht, auch wenn die Mütter unter finanziellen Einbußen entscheiden können, ob sie den Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen. Ihr Arbeitsplatz ist auf alle Fälle gefährdet.

Der Mutterschaftsurlaub ist vielmehr Teil der seit einiger Zeit betriebenen Kampagne der Bourgeoisie zur Stärkung der bürgerlichen Familie. Die Statistiken weisen weniger Ehescheidungen und ein Sinken der Geburtenrate aus. Dies hat vor allem seine Ursachen in der Wirtschaftskrise der Kapitalisten, deren Folgen die Frauen besonders durch zerrüttete Gesundheit, durch zunehmenden Stress am Arbeitsplatz und unzureichende Wohnbedingungen zu tragen haben. Die Arbeitslosigkeit hat längst nicht ihren Höhepunkt erreicht. Die scheinbar frauenfreundlichen familienpolitischen „Leistungen“, z.B. die Erhöhung des Kindergeldes und die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs sollen die tatsächlichen Ziele, die Frauen an Heim und Herd zurückzuführen und so die Arbeitslosenstatistik zu frisieren, verschleiern.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Leserbrief zum Artikel

„Na, dann gebärt man schön“ (AK151)

Mich stört an dem Artikel, daß die verschiedenen Vorschläge der bürgerlichen Parteien zum Thema Mutterschaftsurlaub, Erziehungsgeld etc. fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß reaktionäre Familienideologien das Weib wieder zum Gebären bringen wollen. Dementsprechend stammt der Artikel von der Antifa-Kommission.

Dies ist jedoch immer nur ein Aspekt des Problems. Die andere Seite ist doch die, daß die Situation von Hausfrauen und Müttern in der BRD real beschissen ist. Die „Reform“-versuche der Parteien sind immer auch Antwort auf solche Mißstände, auch wenn damit andere Ziele verfolgt werden. Wir machen es uns etwas leicht, wenn wir solchen Vorgängen nur mit dem Kommentar „reaktionäre Weiblichkeit“ gegen-

überstehen. Die Betroffenen können damit nichts anfangen. Die Wirklichkeit zeigt, daß auch die meisten Genossinnen und Genossen, die ein Kind bekommen haben, alle Möglichkeiten ausnutzen, mehr Zeit für sich und das Kind zu haben, weil sie genau wissen, welchen Stress eine volle Berufstätigkeit beider Eltern mit sich bringen würde. Die Forderungen nach längerem Mutterschaftsurlaub etc. entsprechen also einem ganz realen Bedürfnis.

Unsere Beurteilung solcher Reformvorhaben sollte m.E. folgende Aspekte berücksichtigen:
1. Gegen die Ungleichbehandlung von Müttern und Vätern. Dieser Aspekt wird in dem Artikel zwar angesprochen, kommt aber zu kurz.
2. Geld in Form von Erziehungsgeld oder Lohn für Hausarbeit erhöht zwar in manchen Fällen das Fami-

liehenkommen und ist deshalb für viele wichtig, ändert an der Lage der Hausfrauen und Mütter nur wenig. Weiß es die institutionellen Gegebenheiten (Frau ist verantwortlich für Haushalt und Kinder als ihre private Angelegenheit) verfestigt. Deshalb sind solche Dinge nötig wie mehr Möglichkeiten der Teilzeitarbeit für Mann und Frau, mehr Ganztags-schulen, Förderung und Unterstützung selbstverwalteter Kindergruppen, Spielkreise etc.

Ich finde es wichtig, sich mehr zu überlegen, was für die Hausfrauen und Mütter eigentlich getan werden mußte, müßte man daran die „Familien“-programme der etablierten Parteien, dann sehen sie ganz schön alt aus.

Eine Göttinger Genossin

FRAUEN - MÄNNER GLEICHE ARBEIT - GLEICHER LOHN



300 Kolleginnen und Kollegen geleiten die Frauen zum Prozeß

300 Kolleginnen und Kollegen geleiten die Frauen zum Prozeß

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für 29 Filmentwicklerinnen

20 181 DM muß die Foto-Firma Heinze in Gelsenkirchen ihren Arbeiterinnen insgesamt nachzahlen. Bis zu 1,80 DM pro Stunde bekommen die Fotolaborantinnen nun mehr, um mit ihren männlichen Kollegen gleichzustellen.

Das ist das Ergebnis, zu dem das Arbeitsgericht Gelsenkirchen in erster Instanz aufgrund der gemeinsamen Lohnklage von 29 Filmentwicklerinnen gekommen ist.

Eine Kollegin hatte auf einer herumliegenden Lohnabrechnung eines männlichen Kollegen entdeckt, daß dieser über die tariflichen Zuschläge hinaus noch weitere Zulagen erhielt. Weitere Nachforschungen hatten dann ergeben, daß die männlichen Kollegen pro Stunde zwischen 1,20 DM und 1,80 DM mehr erhielten. Von den Frauen bekamen 16 gar keine Zulage, vier ganze 12 Pfennige, drei 24 Pfennige, eine 54 Pfennige und zwei gar 1,02 DM.

Die Firma Foto-Heinze erklärte zu diesen bemerkenswerten Entlohnungen, „sie zähle die höheren Zulagen an die Männer aus Arbeitsmarktgründen. Für sechs Mark – das ist der für

alle Beschäftigten geltende Tariflohn in dieser Abteilung – seien männliche Arbeitskräfte nicht zu finden.“ (Frankfurter Rundschau, 12.5.79).

Ein feines Spielchen, das da mit der hohen Frauenarbeitslosigkeit gespielt wird. Erst schneidet man die Frauen als erste auf die Straße, und dann kauft man sie für einen Tariflohn um für den männlichen Arbeitsmarkt „nicht zu finden“ sind!

Allen „düsteren Prophezeiungen“, daß die Kolleginnen Ärger mit den Vorgesetzten bekommen könnten, und „schlichten Hinweisen auf die hohe Arbeitslosigkeit in Gelsenkirchen“ zum Trotz, schlossen sich die 29 Kolleginnen zusammen und reichten eine gemeinsame Lohnklage ein.

Zwischendurch sind rund 11.000 Solidaritätsadressen bei ihnen eingegangen. Eine kämpferische Demonstration von 300 Kolleginnen und Kollegen begleitete sie zum Gerichtssaal. Die Kolleginnen marschierten singend durch die Innenstadt.

Parolen wurden gerufen, wie „Wir wollen gleiche Löhne, keines schiebt uns fort“ und „Daß wir von

Heinze sind, das weiß doch jedes Kind, wir holen Löhne raus, wo welche sind“.

Die IG Druck und Papier unterstützte die Aktion mit Flugblättern und Musik.

Auch gegen die Firma Schuckendanz (Verleimte Papierwerke) in Neuß hat die IG Druck und Papier für 52 Frauen eine Lohnklage eingereicht.

Frauen und Männer erhalten dort auch die gleiche Tarifgruppe. Die betriebliche Zulage für die Frauen beträgt dort jedoch DM 1,58 – die der Männer DM 1,94. Und da diese in Dauernachtschichten arbeiten, erhalten sie neben der tariflichen Nachschichtzulage noch einen betrieblichen Nachzuschlag von 75 Pf und eine sogenannte „Arbeitsmarktzulage“ von gleichfalls 75 Pfennig.

Vor Gericht ist der Erfolg von Lohnklagen zwar nicht immer gewiß. Im Dezember letzten Jahres wurde z.B. die Lohnklage von vier Chemierbeiterinnen der Ewald-Werke in Solingen mit haarsträubender Begründungen abgewiesen.

Doch die große Solidarität mit den Kolleginnen bei Foto-Heinze zeigt, daß durch diese Klagen die öffentliche Diskussion – im Betrieb und außerhalb des Betriebes – um die Benachteiligung der arbeitenden Frauen angeregt werden kann.

Eine gute Aktion in diesem Sinne hat der Betriebsrat des Hamburger Bauer-Verlages gemacht.

Weiß „von den Betriebsleitungen die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten wie eine geheime Kommandosache behandelt (werden)“, hat der Betriebsrat ein „Lohn- und Gehaltsbuch“ eingerichtet. „Wer dort seinen eigenen Verdienst einträgt, erwirbt das Recht, auch die Einträge seiner Kolleginnen und Kollegen kennenzulernen“ (Welt der Arbeit, 17.5.79).

Ein wichtiger Schritt, um Ungleichbehandlungen überhaupt kennen zu lernen. Und eine Anregung an die männlichen Kollegen, ihren Kolleginnen mal ihren Gehaltsstreifen zu zeigen.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Große Freude der Arbeiterinnen nach dem erfreulichen Urteil



Ganz schön schwer, heil auf die Welt zu kommen!

Die Appelle an die Frauen der BRD, mehr Kinder in die Welt zu setzen, damit nationaler Fortbestand und Renten gesichert sind, reißt nicht ab. Vornehm verschwiegen wird dabei, daß es in der BRD für Kinder besonders schwer ist, heil auf die Welt zu kommen.

In der BRD werden jährlich über 500.000 Kinder geboren, der Anteil von Frühgeburten steigt (1976 über 40.000). Die Säuglingssterblichkeit ist zwar Anfang der 70er Jahre von 2,3 auf mittlerweile 1,7% zurückgegangen. Prozentzahlen sind allerdings in diesem Fall dazu angetan, die Realität zu verschönern.

Im Jahr 1976 kamen 4.444 Kinder tot auf die Welt – 10.505 starben zusätzlich im 1. Lebensjahr, die meisten davon in der ersten Lebenswoche. Damit liegt die BRD im europäischen Vergleich auf Platz 14. Weit genug hinten!

60% der Sterbefälle entfallen dabei auf frühgeborene Kinder. Frühgeburten wiederum sind oft auf schwierige Situationen in der Schwangerschaft zurückzuführen, was einige Rückschlüsse auf den so genannten Schutz schwangerer Frauen zulässt. Es kommt sicher nicht von ungefähr, daß mittlerweile schon jede dritte Schwangerschaft eine sog. „Risiko-Schwangerschaft“ ist. Der Druck steigender Frauenarbeitslosigkeit, Verschärfung von Arbeitszeiten etc. schlägt sich darin nieder.

Neben der hohen Rate der Geburten- und Säuglingssterblichkeit steht die zunehmende Zahl von Kindern, die mit Behinderungen geboren werden.

24.000 Kinder werden jährlich mit Hirnschäden geboren.

Rechnet man auch sog. kleinere Hirnschäden hinzu, erhöht sich die Zahl auf 60.000 Neugeborene (d.h. jedes 10. Kind).

Täglich kommen 80 Kinder mit genetischen Missbildungen auf die

Welt (= 30.000 im Jahr). Die vorhandenen Beratungsstellen können aber jährlich nur 5.000 bis 6.000 Fälle bewältigen („Hamburger Abendblatt“, 23.9.77).

Wenn's nach der bürgerlichen Presse und Fachwissenschaft geht, sind die Mütter an diesen Katastrophen schuld. Sie informieren sich angeblich schlecht, nutzen die Beratungsstellen nicht, versäumen die Vorsorgeuntersuchung usw. Vor allem nicht-verheiratete Mütter werden gescholten, denn in dieser Gruppe liegt die Säuglingssterblichkeit am höchsten. Tatsächlich liegen die Ursachen aber u.a. in folgendem:

In der BRD fehlen mindestens 1.000 Kinderärzte. Lange zumeist großstädtische Gebiete und noch einigermaßen versorgt, aber Tausende von Gemeinden sind ohne ausreichende ärztliche Versorgung.

– Die Kliniken sind personell unterbesetzt, dies gilt für Ärzte wie für Pflegepersonal. In Hamburg z.B. betreuen 2 Schwestern 13 Babys, nötig wären mindestens 4. Zudem ist das Personal oft nur unzureichend ausgebildet. Es kommt immer wieder zu verhängnisvollen Fehldiagnosen. Gefordert werden spezielle Geburtszentren, denn nur eine Handvoll BRD-Kliniken verfügen über eine Intensivstation in der Nähe des Kreißsaals.

70% aller Frühgeborenen oder Säuglinge aus Risiko-Schwangerschaften müssen mindestens 10 km transportiert werden („Stern“, 2.10.77).

Der Einfluß von Medikamenten, beruflichem Stress, Umweltschmutz, Radioaktivität während der Schwangerschaft ist sehr stark.

Wie nötig es wäre, gerade hier Ursache und Wirkung genauer zu erforschen, zeigt folgende Untersuchung:

Ärzte stellten nach Schwangerschaftsunterbrechungen an 3.10 Wochen alten Embryos in 12,4% aller Fälle tote, in 2,3% mißgebildete Früchte fest. Allen Müttern waren vorher Hormone, Psychopharmaka, Erkältungsmittel, Abführpräparate, Antibiotika und verschiedene Vitamine verabreicht worden. In einer anderen Gruppe, deren Mütter keine Medikamente erhielten, fanden sich nur 1,5% tote bzw. 0,9% mißgebildete Embryos. Nach dieser Untersuchung müßten 88% aller totergeborenen Kinder und 66% aller lebendgeborenen Mißbildungen auf den Einfluß von Medikamenten zurückgeführt werden (Hf nach Blüchel „Die weißen Mägen“).

In welche Richtung demgegenüber die staatlichen Bestrebungen gehen, läßt sich beispielhaft am Fall Westberlin oder Hamburg aufzeigen. Mit den „Argumenten“ Pillenklick und Geburtenrückgang auf den Lippen und den Kosten-Nutzen-Rechnungen in der Tasche wird im Gesundheitssektor eine rigide „Sparpolitik“ dominiert. Über mehrere Jahre durchgezogen.

In Westberlin gibt es z.B. schon vor kurzem 5 Krankenhäuser, 7 Spezialabteilungen und eine Beratungsstelle zu streichen. Vornehmlich Kinderklinik und Gynäkologie-Abteilungen. Nach Angaben der OTV stehen 7.000 Betten und 8.000 Arbeitsplätze zur Disposition.

In Hamburg sollen mindestens 5.300 Betten dem Rotstift zum Opfer fallen. Bis 1985 sollen 905 Kinderbetten gestrichen werden. Eine „Zentralisierung“ ist geplant, die lange Anfahrtszeiten mit sich bringt – in Notfällen kann's dann zu spät sein.

Kinderkommission
AB Hamburg

Offener Brief von Beschäftigten in Berliner Kinderkrankenhäusern

an das Bundesministerium für Gesundheit und Sozialwesen

Sie gehören dem Medizinischen Personal

Nachahmenswert

Durch in Anzeigen veröffentlichte Unterschriften, Demonstrationen und eine Veranstaltung machen westdeutsche Ärzte und Krankenschwestern auf „katastrophalen Auswirkungen der Sparpolitik“ aufmerksam, da sie „nicht mehr bereit sind“, die Verhältnisse durch persönliche Aufopferung zu verschleiern. (Faks. aus „Eingriffe – Sondernummer 16 / März 1979“)

Kampf um Kindertagesheimplätze in Bremen

Seit einigen Wochen kämpfen Eltern aus dem Bremer Stadtteil Osterort/Steintor um ausreichend Kindertagesheimplätze für ihre Kinder.

Im Kindertagesheim Gleimstraße fehlen ca. 60 Plätze. Fast 120 Neuanmeldungen stehen nur 30 freie Plätze gegenüber. 19 Kinder haben inzwischen ihre Ablehnung erhalten. Im Osterortviertel gibt es bisher noch gar kein eigenes KTH. Zusammengekommen kommen im Steintor/Osterortviertel auf 889 dort lebende Kinder im Alter von 3-5 Jahren nur 303 KTH-Plätze. Die Eltern fordern die sofortige Bereitstellung von Räumen und Personal, damit alle angemeldeten Kinder untergebracht werden können.

Die Behörde reagierte zunächst mit Druck. Eine Erzieherin, die die Adressen der anmeldenden Eltern an den Elternbeirat gegeben hatte, um eine Beratung aller betroffenen Eltern zu ermöglichen, wurde gerügt. Sie hatte das Datenschutzgesetz verletzt. Dem Elternbeirat wurde Überbreitung seiner Kompetenzen vorgeworfen und die Versammlung der Eltern im KTH wurde als „Fremdnutzung“ verboten.

Die Eltern und Erzieher haben sich jedoch nicht einschüchtern lassen. Informationsarbeit im Viertel, Demonstrationen zum Jugendamt und massives Auftreten auf den Sitzungen des Stadtteilbeirats waren die Antwort.

Die SPD-Beiratsvertreter übernahmen am 20.4. die Forderungen der Eltern, für alle angemeldeten Kinder einen Kindergarten oder Hortplatz in Wohnbereichen spätestens bis zum August dieses Jahres zu schaffen und das für das Osterortviertel für 1983 geplante KTH so schnell wie möglich zu bauen.

Die Behörde allerdings zog sich auf windige Argumente zurück. Die Zahlen der angemeldeten Kinder seien noch gar nicht endgültig festzustellen, die Kinder könnten ja auf die umliegenden KTHs verteilt und mit Bussen dorthin gebracht werden. Oder sie könnten in eine Nachmittagsgruppe – was auf eine Doppelnutzung der Räume hinausläufe – werden. Außerdem sei es in anderen Stadtteilen auch nicht besser. In Bremen kämen insgesamt auf 1,8 Kinder ein KTH-Platz, dagegen sei es hier noch mit dem Verhältnis 1 zu 1,6 günstiger. Und im übrigen sei nun mal kein Geld da!

Kein Wunder, denn für die geplante Hammler-Benz-Erweiterung z.B. wird die Stadt ca. 400 Millionen aufwenden!

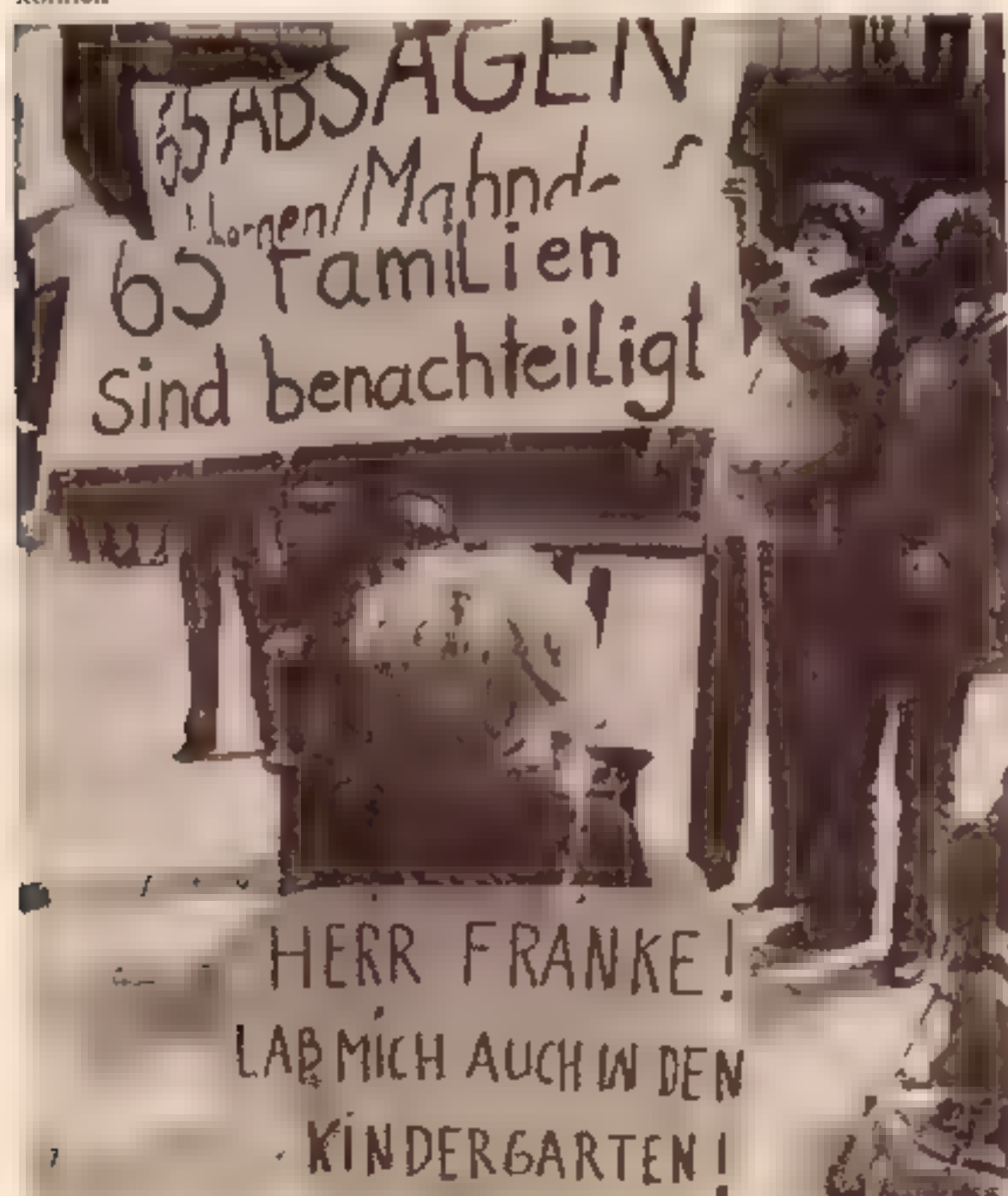
Die Fünftjährigen (Vorschulkinder) sollen nach Meinung der Behörde

„Priorität“ haben. Die Jüngeren sollten lieber in ihren Familien bleiben! Die CDU-Typen im Stadtteilbeirat meinten, die Familie sei immer noch das Beste für die Kinder.

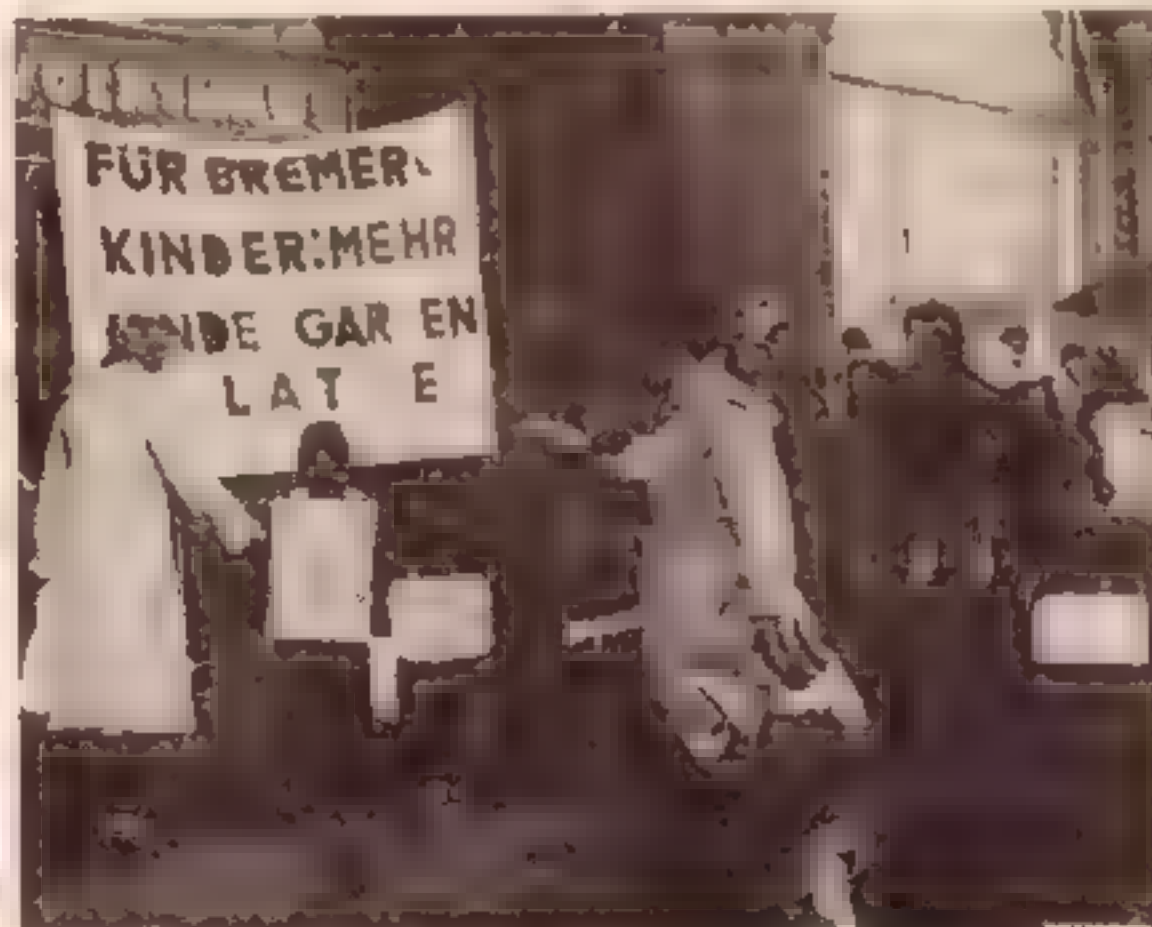
Inzwischen ist der Funke auf andere Kindertagesheime in Bremen übersprungen. Die Eltern vom KTH Fritz-Gansbergstraße aus Schwachhausen wollten sich dem Protest der Gleimstraßen-Eltern anschließen. Ihnen fehlen ca. 41 Plätze. Und auch im KTH Habenhausen rümpft es! Von 74 angemeldeten Kindern wurden 66 abgelehnt!

Inzwischen fanden einige gemeinsame Aktionen statt. Am 25. beteiligten sich ca. 200 Eltern mit ihren Kindern an Protestaktionen vor dem Jugendamt. „Bei Daimler sind sie fix, für die Kinder tun sie nix!“ hieß es auf einem der mitgeführten Schilder. Zweimal demonstrierten Eltern und Kinder der betroffenen Kindertagesstätten vor der Bürgerschaft, jeweils mit über 100 Eltern und Kindern.

KB-Gruppe Bremen



„Bei Daimler sind sie fix, für die Kinder tun sie nix!“ Ca. 200 Bremer Eltern demonstrierten vor dem Jugendamt.



Zweimal demonstrierten über 100 betroffene Eltern vor der Bürgerschaft.

Evangelische Kindernothilfe exportiert Heimerziehung in die „Dritte Welt“

Während in der BRD seit Jahren heftige Kritik von Pädagogen und Psychologen gegen die Praxis hiesiger Heimerziehung geführt wird, forciert die evangelische „Kindernothilfe“ weitgehend unbeachtet über sogenannte Patenschaftsvermittlung die Einrichtung traditioneller Heimerziehung in Ländern der „Dritten Welt“. Als größte Organisation von rund 150 Patenschaftsvermittlern angestrichen, unterhält die evangelische „Kindernothilfe“ (KNH) weltweit ca. 822 Einrichtungen, in denen über 57.000 Kinder und Jugendliche (1977) untergebracht sind. Jährlich verfügt die KNH über Spendenaufkommen von 10 Millionen DM (1978) aus ca. 100.000 Patenschaften. Allein 10.000 Menschen, die bereit waren, den geforderten Mindesteinsatz von 100 DM 40 zu zahlen, meldeten sich bei einer Senkung des Forderungsbetrags. „Report“, das am 2. Januar dieses Jahres über die KNH-Arbeit berichtet.

Über solche Patenschaftsvermittlung wird ein Konzept finanziert, nach dem Kinder und Jugendliche getrennt werden, „von denen nur relativ wenige Waisen sind, um die sich sonst keiner mehr kümmern würde, ebenwiewenige sind pflege- und behandlungsbedürftige Behinderte von ihren intakten Familien mit der allgemeinen Defizitdefinition „arm“ und „unwissend“ zu trennen. Sie werden isoliert von der Heimat gesteckt, den getrennt und in Heim gesteckt. Den betroffenen Familien wird der soziale Aufstieg des in das Heim gegebenen Kindes versprochen, womit sie die Hoffnung verbinden, damit ein eigenes Leben zu führen, beides wird aber in den seltensten Fällen Wirklichkeit.

Viel wesentlicher scheint dabei für die KNH ihre „missionarisch-diskontinuelle“ Absicht, die sie tatsächlich zur Begründung dieser Erziehungsrichtungen anführt, „Kinder und Jugendliche auch gegen sonst unkontrollierbare nichtchristliche, geistige Einflüsse zu schützen zu können“.

Während einer Tagung der „Internationalen Gesellschaft für Heimerziehung“ (IGFH) am 2. und 3. April 1979 in Frankfurt/Main, wurde diese Konzeption der KNH kritisiert. Am Beispiel der Bedingungen in den von der KNH geförderten 245 Schülernheimen der römisch-katholischen Kirche, wo 1977 über 17.000 Jungen und Mädchen untergebracht waren, wurde folgende Kritik entwickelt:

– Heimerziehung isoliert die Kinder von der Gemeinschaft des Dorfes und entfremdet sie ihren Familien, die ihren Kindern auch am Rande des Existenzminimums Geborgenheit und Zugehörigkeit zu bieten haben, – Heimerziehung bietet vielleicht kurzfristig materielle Sicherheit, nicht aber Zuneigung und Geborgenheit (auf häufig 75 und mehr Kinder kommt ein Erzieher).

Erschreckend ist, daß weit über die Hälfte der Kinder das Heim verläßt ohne das gesetzte Ziel (schulische oder berufliche Ausbildung) erreicht zu haben. Die Kinder werden für Verwaltungs-, Handwerks- und Industriearbeit ausgebildet, die einen sehr begrenzten und total überlaufenen Arbeitsmarkt haben. Heimerziehung erweckt in den Kindern Hoffnung auf sozialen Aufstieg, der in Wirklichkeit überhaupt nur einer verschwindenden Minderheit offen steht, (...).

Die von den Hilfsprogrammen Betroffenen (Kinder, Familien, Dorfgemeinschaften) erhalten keine Chance über ihre tatsächlichen Bedürfnisse zu äußern und die Maßnahmen mitzubestimmen. „Recht einsichtige Kritiken für die KNH bleibt diese Heimunterbringung trotzdem „pädagogisch vertretbar“ keine müde Mark dafür!“

Ein Kieler Genosse

(Alle Angaben und Zitate aus „Neue Praxis Aktuell“, Mai 1979, ein im Luchterhand-Verlag erscheinendes Informationsblatt für Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sozialpolitik).



Lesben Schwule



Weg zehn Jahren. Ende Juni 1969... am 28. Juni 1969... in der New Yorker Christopher Street... Demonstrationen statt, so z.B. gingen letzten Jahr in San Francisco 350.000 „Unnormale“ auf die Straße, in Amsterdam waren es 100.000, auch 2.000. Dieses Jahr... zum zehnjährigen Jahrestag... Demonstrationen... Kinder auch in der BRD ein „Gay Pride Day“... 30. Juni mit einem schwulen Karneval... keine Demonstration... Angelegenheit... in den nächsten AK's werden wir über den aktuellen Stand der Vorbereitungen weiter berichten... „Unnormale“ auf, massenhaft in Bremen anzutreffen... 30. Juni in Bremen zum größten Ereignis... Lesbenbewegung in der BRD machen... Auf nach Bremen!

Kontakt: Rolf Wölfe, Tel.: 0421/38 00 83

Demonstrationen statt, so z.B. gingen letzten Jahr in San Francisco 350.000 „Unnormale“ auf die Straße, in Amsterdam waren es 100.000, auch 2.000. Dieses Jahr... zum zehnjährigen Jahrestag... Demonstrationen... Kinder auch in der BRD ein „Gay Pride Day“... 30. Juni mit einem schwulen Karneval... keine Demonstration... Angelegenheit... in den nächsten AK's werden wir über den aktuellen Stand der Vorbereitungen weiter berichten... „Unnormale“ auf, massenhaft in Bremen anzutreffen... 30. Juni in Bremen zum größten Ereignis... Lesbenbewegung in der BRD machen... Auf nach Bremen!

Kontakt: Rolf Wölfe, Tel.: 0421/38 00 83

GAY PRIDE INTERNATIONAL SCHWULER KARNEVAL

BREMEN 30. JUNI

Treff: 11⁰⁰h Bahnhofsplatz

MUSIK THEATER
SCHNACKS UVM.
MITBRINGEN WIL
WILL: MASKEN,
ZELTE...

Auf nach Homolulu!

Ein internationales Treffen für Schwule und Lesben aus aller Welt bereitet gegenwärtig die „Nationale AG Repression gegen Schwule“ (NARGS) für die Woche vom 21. - 29.7. vor. Die NARGS entstand als Unterstützergruppe für das III. Russell-Tribunal und besteht aus Mitgliedern regionaler Schwulengruppen sowie Einzelpersonen.

Was genau ist nun HOMOLULU? Erstmal soll es die Chance geben, daß Schwule und Lesben unbefrachtet durch zwangsheterosexuelle Normen für ein paar Tage zusammen leben, diskutieren, feiern und Erfahrungen austauschen können — ein „Zusammenbringen von neuen Ideen und Informationen (HOMOLULU Aufruf)“. Im einzelnen sieht das dann so aus: Für eine Woche hat die NARGS ein Gelände am Stadtrand von Frankfurt/Main mit Wald, Kirmeswiese und Bach gemietet, sowie das Studentenhaus der Frankfurter Uni (incl. Kino) und die „Casa di cultura“ zur Benutzung bekommen. Workshops, gemeinsame Aktivitäten und abends die Vorführung von Schwulen- und Lesbenfilmen stehen zu Beginn der Woche im Vordergrund. Im ersten Aufruf werden als Themen für die Workshops z.B. „Schwule im pädagogischen Bereich“, „Schwule gegen (sub-)Kultur“, „Rosa Hilfe“, „Zeit gegen Recht“, „Rechtswirkung Menschenrechte“, „Pädophilie“ usw. genannt.

Die Workshops werden allerdings von der NARGS nicht weiter vorbereitet, sondern es wird der Rahmen gegeben, in dem diese stattfinden können. Da es überhaupt bisher an der inhaltlichen Vorbereitung noch reichlich mangelt, sollten vor allem auch in den verschiedenen Bereichen arbeitende Gruppen diskutieren, ob sie die Gelegenheit nutzen wollen, im breiten Rahmen ihre Arbeit zu besprechen und so Kontakt zu ähnlichen Gruppen in anderen Ländern zu bekommen. Von „Rosa Hilfe“-Gruppen ist derzeit etwas derartiges schon geplant, aber auch Berufsgruppen, Anti-Repressionsgruppen u.ä. könnten für sich einiges aus dem Treffen herausholen.

Der internationale Austausch ist mit einer Veranstaltung am Donnerstag „organisiert“, wo ein Vergleich der Situation Schwuler und Lesben in den unterschiedlichen Ländern möglich ist. Aber gerade in den Workshops ist u.B. viel an persönlichem Kennenlernen und Info-Austausch drin.

Ab Donnerstag steht zusätzlich ein 1000 Personen fassendes Zirkuszelt zur Verfügung, in dem vor allem die Fete am Samstag gefeiert werden soll. Am Samstagmorgen wird es einen Lärmzug durch die Frankfurter Innenstadt geben, der gleichzeitig Parade und Demonstration sein soll. Es folgt ein Parkfest mit Flohmarkt und das große schwule Kulturfest am Samstagabend.

Wohnen und Essen ist darauf organisiert, daß es für alle möglich ist. Wohnplätze sind in Gruppen zu bekommen.

Gelände erfolgt und täglich ein gemeinsames Frühstück und eine warme Mahlzeit angeboten wird.

Wir begrüßen dieses Treffen als eine durchaus gute Möglichkeit zu besserer Kommunikation zwischen Schwulen und Lesben aus den verschiedenen Ländern. Ob es auch Realität wird, hängt sehr stark von den Beteiligten ab, von ihrer Vorbereitung und ihrem Engagement. Leider ist die Arbeit der NARGS nur schleppend an und die notwendige Organisation schien viele von denen zu nerven, die ursprünglich die Idee vehement einbrachten. Hier zeigt sich dieselbe Schwäche wie schon bei der Unterstützung des Russell-Tribunals. Komplikationen wurden nicht mit verstärkter Anstrengung beantwortet, sondern schließlich wurde die ganze Sache infragegestellt und die Motivation ließ völlig nach. Nur der Initiative einzelner war es zu verdanken, daß letztlich doch noch ein Fall von Schwulendiskriminierung vor dem Tribunal behandelt wurde.

Ebenso sind es auch bei HOMOLULU wieder nur einige, die in umso eifriger Weise das Gelingen dieses Treffens vorbereiten. Wir wollen hoffen, daß diese Mühe von denjenigen für die restliche Zeit unterstützt wird, die ehrlich an dem Aufbau einer starken Schwulenbewegung interessiert sind. Deshalb geht unser Aufruf zur Beteiligung vor allem an die Gruppen, die diese Idee mit uns teilen.

AG Schwule im KB

„Nur einen Schwulen getötet“ 6 Monate U-Haft!

Eine makabre Lektion zum Thema „Unabhängigkeit der Justiz“ wurde den Schwulen jetzt vom Schwurgericht Bremerhaven erteilt, das den 25-jährigen Arbeiter Peter K., der wegen Totschlags an einem 39-jährigen Homosexuellen angeklagt war, als freien Mann aus dem Gerichtssaal entließ.

steht, daß dieser ihn nicht zum Sex gezwungen hat — Gewalt war nicht im Spiel. Mit 2,74 Promille Alkohol im Blut, wie die Obduktion ergab, hätte er sein Begehren auch kaum durchsetzen können. Wer hat hier also wen in seiner körperlichen Integrität verletzt? Falsch geraten, gerade um

Ekel ist die Rede, als der Täter sich vom Opfer wie eine Frau (=Nulle) behandelt gefühlt hat, und wenn man den „Weserkurier“ schräg hält, tropft das Mitgefühl förmlich heraus, daß das heterochauvinistische Gericht mitsamt Reporter wegen dieser Schmach mit dem Täter empfinden

„Nur einen Schwulen getötet“ 6 Monate U-Haft!

Eine makabre Lektion zum Thema „Unabhängigkeit der Justiz“ wurde den Schwulen jetzt vom Schwurgericht Bremerhaven erteilt, das den 25-jährigen Arbeiter Peter K., der wegen Totschlags an einem 39-jährigen Homosexuellen angeklagt war, als freien Mann aus dem Gerichtssaal entließ. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Freiheitsentzug, die auf Bewährung ausgesetzt werden; schließlich habe der Angeklagte schon ein halbes Jahr U-Haft verbüßt. Das Plädoyer des Verteidigers, dem das Gericht im Wesentlichen folgte, hatte ebenso in ein Südschweizer-Gericht der Jahrhundertwende gepaßt, das über die Ermordung eines Schwarzen durch einen Weißen rechtsprechen soll. Es geht mir nicht darum, im nachhinein für Peter K. eine drakonische Strafe zu fordern. Von Besserung durch Freiheitsentzug halte ich weniger als die Gerichte.

Zur Vorgeschichte ist anzumerken, daß der 25-jährige dem homosexuellen Verkäufer Lutz S. in dessen Wohnung gefolgt war. Zum weiteren Verlauf sagte der Verteidiger Becke: Die homosexuellen Annäherungsversuche irritierten Peter K. so sehr, daß er — „anstatt „nein“ zu sagen und z.B. wegzugehen — Lutz S. erwürgte. Fest

steht, daß dieser ihn nicht zum Sex gezwungen hat — Gewalt war nicht im Spiel. Mit 2,74 Promille Alkohol im Blut, wie die Obduktion ergab, hätte er sein Begehren auch kaum durchsetzen können. Wer hat hier also wen in seiner körperlichen Integrität verletzt? Falsch geraten, gerade umgekehrt ist's richtig: das Opfer den Mörder, so wörtlich der Verteidiger. Lutz S. habe in dem Angeklagten ein Gefühl des Gequältes hervorgeufen und ihn letztlich veranlaßt, dem Verkäufer die Kehle zuzudrücken, der Angeklagte habe sich wie eine Prostituierte behandelt gefühlt und die Offenheit, mit der ihm Lutz S. begegnet sei, als brutal und ekel erregend empfunden. „Noch das Flüstern des um 14 Jahre älteren Mannes habe sich jenseits der Grenze des für Peter K. erträglichen wie eine Folter ausgenommen“, weiß Herr Becke zu berichten. „Zu diesem Zeitpunkt seien alle Handlungsalternativen, die in seiner Person gelegen hätten, erschöpft gewesen.“

Und damit, möchte man frei nach Herrn Becke schlußfolgern, hat der Schwule sein mieses Leben leider verspielt. Das Plädoyer besticht sich so, wie wir es dem „Weserkurier“ entnehmen konnten, fast wie ein Todesurteil. Von

Ekel ist die Rede, als der Täter sich vom Opfer wie eine Frau (=Nulle) behandelt gefühlt hat, und wenn man den „Weserkurier“ schräg hält, tropft das Mitgefühl förmlich heraus, daß das heterochauvinistische Gericht mitsamt Reporter wegen dieser Schmach mit dem Täter empfinden haben muß. Gegenüber dem getöteten Schwulen kommen Gefühle offenbar nicht auf, wie sollten sie auch. Ich beginne mir vorzustellen, wie denn dieses Gericht bei einem anderen Ausgang der Sache geurteilt hätte. Wenn z.B. Lutz S. sich gegen den Peter K. gewehrt und dabei ungewollt (dasselbe hat das Gericht dem Täter zugebilligt) getötet hätte: Ich schlage im Strafgesetzbuch nach und entdecke: Notzucht mit Todesfolge, Freiheitsstrafe nicht unter 10 Jahren oder lebenslang... (§ 178).

Was Wut und Trauer hervorruft, ist die Vermeidung des Mordes und die Geringschätzung des vernichteten Lebens — es war ja nur ein ekkliger Schwuler — die unterm Schlußstrich des Urteils stehen bleibt. Wolfgang c/o HSH, Hannover 1 Postfach 4722

(aus „faz“ 16.5.79)

„Die Befreiung der Homosexuellen kann nur das Werk der Homosexuellen sein!“ (Aus: „An die Homosexuellen Deutschlands“, Aufruf des Aktionsausschusses“ vom 15.2.1921)

AG Schwule im KB
SCHWULE RECHTE JETZT!
Broschüre 52 Seiten, DM 3,-

Bestellung: J. Reents-Verlag, Lärcherstr. 75
2 Hamburg 50

Inhalt: Artikel zu Repression und Widerstand/Diktatur der Normalität/Coming out/Bundnispolitik/Tuntenstrich/Schwule im „Realen Sozialismus“/Sub-Kultur

Die Broschüre enthält Artikel des ARBEITERKAMPF zur staatlichen und gesellschaftlichen Repression gegen Schwule und dokumentiert den Widerstand aus der Schwulenbewegung. Gleichzeitig wird ein Überblick über die Entwicklung der Schwulenszene im KB gegeben.

„GAY RIGHTS“

Schwule Rechte jetzt!

Opfer bürgerlicher Justiz — Die Paragraphen 174, 175 und 176

Das Statistische Jahrbuch der BRD aus dem Jahre 1977 weist im Bereich der juristischen Verfolgungen im Rahmen der Paragraphen 174, 175 und 176 StGB insgesamt 10.639 Fälle auf, also 10.639malige Verfolgung von Menschen, die aufgrund ihrer Homosexualität oder Päderastie (der Liebe zwischen Personen über 18 Jahren und unter 14 Jahren) kriminalisiert wurden. Letztendlich verurteilt wurden 200 Menschen nach § 175 und weitere 2.316 nach § 176. Hinzu kommen noch Menschen, die als „Tatverdächtige“ von der Polizei und der Justiz eingestuft wurden, bei denen es aber nicht zu einer Verurteilung kam.

785 nach § 175 und 7.338 nach § 176 (siehe hierzu auch AK 150).

(Wie wir jetzt aus dem „Spiegel“ vom 7.3.79 wissen, werden diese Fälle sicher im Zentralcomputer des BKA erfasst. Somit kann eigentlich nicht davon die Rede sein, daß diese Nichtverurteilten-Fälle aus den Fängen juristischer Verfolgung und Überwachung entkommen!)

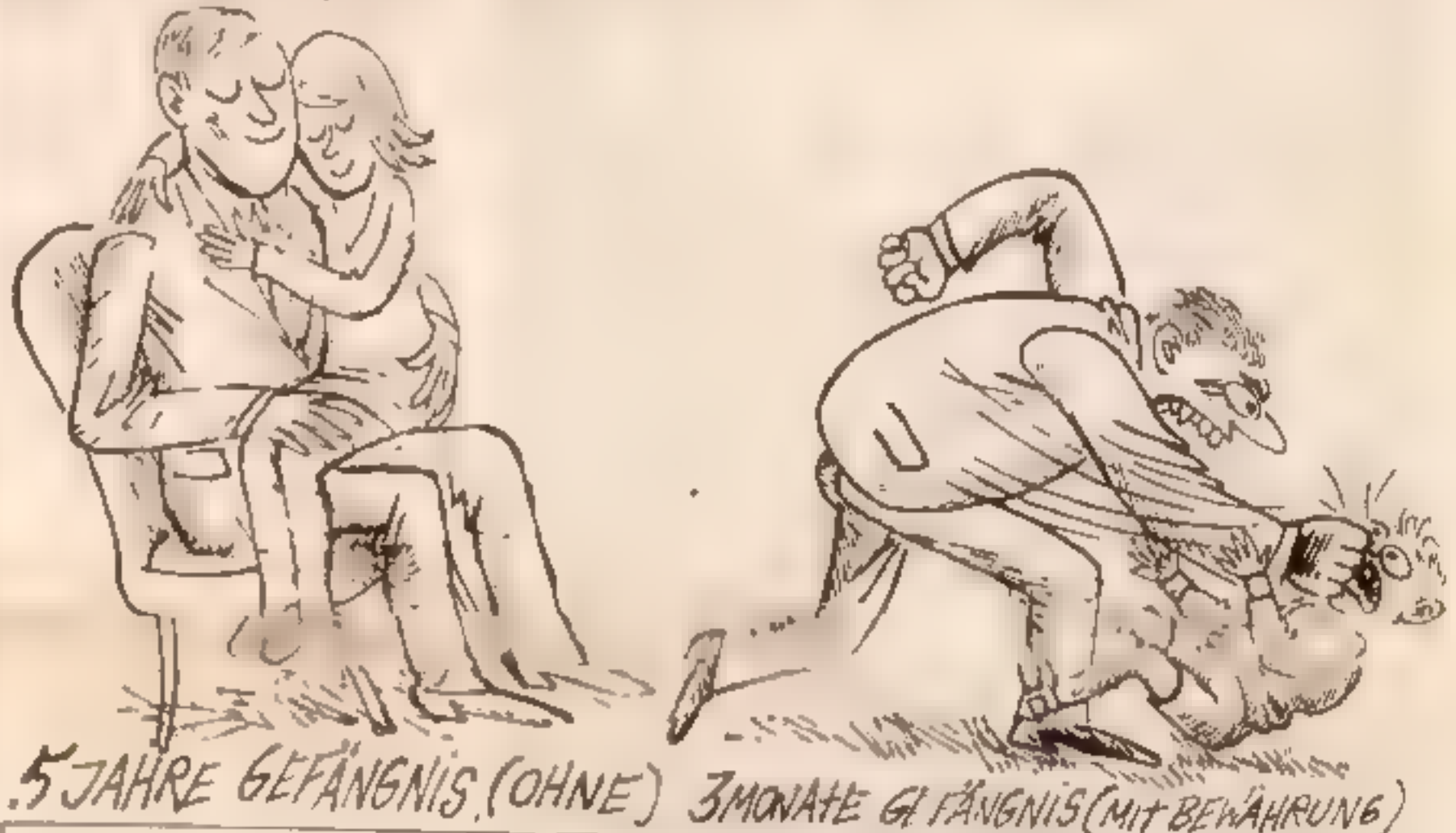
Nicht statistisch erfasst wurden die unzähligen Fälle von Erpressungen, Nötigungen und Abhängigkeiten, die dadurch entstehen, daß diese Paragraphen weiterhin existieren — die Paragraphen, die Schwule und Päderasten zeitlebens mit einem Bein im Knast stehen lassen.

Die Paragraphen

Der § 175 legt die Grenze fest, von der ab schwul geliebt und geliebt werden darf. Nur wer das 18. Lebensjahr vollendet hat und nichts mit Jugendlichen zu tun hat, d.h. sexuell nichts mit ihnen „anfängt“, bleibt von der bürgerlichen Justizmaschinerie unbehelligt. Schon hier liegt ein wesentlicher Zwangsheterosexualität „vorhehliche“ Sexualität ist vom 16. Lebensjahr an erlaubt, und schon der Sprachgebrauch deutet an, daß diese Sexualität in der Ehe zu münden hat. Mit Einwilligung der Erziehungsbe-

rechtigten ist sogar das „Schutzalter“ auf das 14. Lebensjahr gesenkt. Der § 174 StGB („Abhängigkeitsverhältnis“) und § 176 („sexueller Mißbrauch“) von Kindern richtet sich gegen sexuelle Kontakte jeder Art, also sowohl heterosexuelle als auch homosexuelle. Während aber sexuelle Beziehungen zwischen einem über 18jährigen Mann und einem Mädchen, das das 14., aber noch nicht das 16. Lebensjahr vollendet hat, nur auf Antrag der Erziehungsberechtigten verfolgt werden (darüber hinaus überhaupt nicht mehr), werden die Verfolgungsbehörden bei einem Vergehen nach § 175 StGB (homosexueller Kontakt zwischen einem männlichen Jugendlichen und einem über 18jährigen Mann) von selbst tätig (sog. Offizialdelikt). Also auch, wenn es sich um eine völlig gewaltfreie, auf Freiwilligkeit der Beteiligten beruhenden Beziehung handelt, mit der das jugendliche „Opfer“ und seine Erziehungsberechtigten einverstanden sind. Bei Bekanntwerden versucht die Staatsanwaltschaft mit allen Mitteln, u.a. durch Androhung von Beughaft, belastende Aussagen zu erpressen (siehe hierzu AK 149). Diese Methoden sind nach herrschendem Recht völlig „legal“. Jetzt stellt sich die Frage, wer hier eigentlich vor wem geschützt werden soll. Angeblich soll dadurch die sexuelle Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen geschützt werden. Das Kind des Kindes und Jugendlichen, das dem zugrundegelegt ist, das eines asexuellen Wesens, das a k t i v einer über 18jährigen Person (einem sog. „Erwachsenen“) keine sexuelle Zuneigung entgegenbringen kann. Es sind halt nur „Opfer“ oder „Verführte“. Die Justiz als Sachwalterin und Büttel herrschender Moral verweigert die „Minderjährigen“ somit die „Schwulen-Beziehungen“ die hintergründe für die Bestrafung von Päderastie (Liebe mit Kindern) in „betruft-erziehung“ Nr. 4/73 wie folgt „Abgelesen von Notzuchtshandlungen, deren Strafbarkeit außer Diskussion

steht, ... (ist) diese Strafrechtsbestimmung ... also rational nicht begründbar, sondern von emotionalen Vorurteilen bestimmt, die Sexualangst und Abwehr wieder spiegeln. Die Irrationalität des Strafrechts ist die zum Gesetz verinnerlichte Sexualangst und verstärkt die Unfreiheit, gibt ihr Legitimität, d.h. das gute Gewissen. Die Konsequenzen sind weitreichend. Sie treffen nicht nur eine Minderheit, die sog. Pädophilen, hart, sondern vor allem die Kinder bzw. deren Erziehung“. Solange das Verhältnis zwischen Erziehern und den ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen von Berührungängsten gekennzeichnet ist, indem die Strafgesetze (§§ 174, 175 und 176 StGB) wie ein Damoklesschwert über ihren Köpfen schweben, ist die praktische Durchführung einer modernen Pädagogik und Sexualerziehung überhaupt nicht möglich. Der gängige Rechtskommentar äußert sich hierzu folgendermaßen:



Peter Schult verurteilt!



Zu sieben Monaten und zwei Wochen Haftstrafe auf drei Jahre Bewährung angesetzt und 1.000 DM Geldstrafe an den Deutschen Kinderschutzbund wurde Peter Schult nach einem zweitägigen Prozeß verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre ohne Bewährung und sofortige Verhaftung im Gerichtssaal gefordert. Im nächsten AK werden wir ausführlich über den Prozeß berichten, bei dem selbst der Richter zugeben mußte, daß es die beiden „Opfer“ bei Peter besser haltes als bei den Eltern und im Heim — und ihn dann doch verknackte. Verteidigung und Staatsanwaltschaft haben gegen das Urteil Revision eingelegt.

Schwule international

In London nahmen Mitglieder der „Gay Activists Alliance“ an einer Demonstration in Southall teil, die die Ermordung des Lehrers Blair Peach betrauerte. Blair ist das erste Todesopfer bei Kämpfen gegen die „National Front“. Er wurde bei Zusammenstößen zwischen Polizisten und Antifaschisten, die gegen das Wahltreffen der „National Front“ protestierten, getötet.

Die „Gay Liberation“ veranstaltete am Tag des Gedenkmarsches eine Disco, um Geld für den „Blair Peach-Gedenkfonds“ zu sammeln.

Am 5. Mai war in Antwerpen „internationaler Homo-Tag“. Etliche Schwule aus anderen Ländern unterstützten die Belger bei ihrem Protest gegen das belgische Strafrecht, dessen § 372 homosexuellen Geschlechtsverkehr mit Partnern unter 18 Jahren unter Strafe stellt. Für Heterosexuelle liegt dagegen das „Schutzalter“ bei 16. Die IGA (International Gay Association) hatte dazu aufgefordert, diese Aktion zu unterstützen und ver-

mehrte Aktionen gegen Schwulen- und Lesbendiskriminierung zu zeigen.

Die „Londoner Kommunistische Universität“, die in den letzten elf Jahren jeden Sommer stattfand, um kurze Kurse über soziale und politische Fragen abzuhalten, wird dieses Jahr einen neuen Kurs über schwule Politik einführen. Das Ziel dieses Kurses ist es, die Geschichte der Schwulenbewegung und die Arten des Widerstandes gegen die Unterdrückung zu betrachten. Der Kurs wird in vier Sitzungen ablaufen, die erste beschäftigt sich mit den wechselnden Ansichten über Homosexualität in der Gesellschaft, auf der zweiten wird die Frauenfrage behandelt, insbesondere die der Lesben, auf der dritten wird die kommerzielle und nicht-kommerzielle Schwulenszene betrachtet, und im vierten Teil wird die heutige Schwulenbewegung und ihr Verhältnis zur Linken behandelt. Diese Sommerkurs wird von der „Britischen Kommunistischen Partei“ organisiert, eine der wenigen kommunistischen Parteien in der Welt, die schwule Rechte unterstützt.

Dem „Komitee gegen Faschismus“ in Brighton wurde berichtet, daß die „National Front“ hinter den organisierten Angriffen auf Schwule steht. Am Anfang des Jahres hatte eine Gruppe maskierter Männer versucht, eine von CHE organisierte Filmvorführung durch einen Angriff zu unterbrechen. Sechs Schwule wurden später durch einen organisierten Überfall angegriffen. Keines der Opfer ging zur Polizei, da sie davon ausgehen, daß die ihnen sowieso nicht helfen wird. CHE bedauerte, daß die meisten Schwulen Gewalt als einen Teil ihres Lebens, als einen Teil ihres Schwulseins akzeptierten und warnte vor erneuten Angriffen. (alle Nachrichten nach „Gay News“ 167)

AG Schwule

Angriff auf Lesben- und Schwulendemo in New York!

Am 3. März fand in New York ein äußerst befugter und brutaler Angriff von bigotten, antischwulen Reaktionen auf über fünfzig Lesben und Schwule statt, die vor dem Büro des Ratscherr Thomas J. Manton demonstrierten. Manton war zum „Bigotten des Monats“ erklärt worden, nachdem er sich geweigert hatte, ein New Yorker Gesetz über schwule Rechte zu unterstützen. Das Gay Community Center vom Hunter College und die

Demokratie Teil

Opfer des Angriffs: Verhaftung gegen das sexuelle Selbstbestimmung

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 174. Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Jugendlichen, der über 14 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 175. Sexueller Mißbrauch von Schwulen, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 18 Jahren alten Mann, der über 18 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

§ 176. Sexueller Mißbrauch von Kindern, d.h. Verurteilung

„Wer mit einem unter 14 Jahren alten Kind, das über 10 Jahre alt ist, sexuellen Verkehr hat, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

Betr.: 1. Mai-Demo

Wir sind sauer auf euch, weil ihr nichts über uns geschrieben habt. Wir sind auch bei euch im Schulblock mitmarschiert und hatten sogar Pappschilde um mit unseren Forderungen „Wir wollen selber entscheiden, wen wir liebhaben!“ und „Warum dürfen die Erwachsenen uns nicht liebhaben, sondern nur prügeln?“ Sind wir etwa so klein, daß ihr uns nicht gesehen habt, oder nehmt ihr uns auch nur hi für voll?

Jugendliche der Hamburger 1. Mai-Demo

Englische Christen zur Homosexualität

Kürzlich wurde ein „Bericht über menschliche Sexualität“ von britischen Christen veröffentlicht.

Die Abteilung „Soziale Verantwortung der Methodistischen Kirche“ hofft, daß die von ihnen erarbeiteten Position zur offiziellen Meinung der Kirche wird. Darüber wird Ende Juni eine Konferenz entscheiden.

Uns liegt nur der Abschnitt über männliche und weibliche Homosexualität vor, der in der „Gay News“ vom 3. Mai veröffentlicht wurde (gegen 40 Pf in Briefmarken für Kopierkosten und frankierten Rückumschlag schicken wir Kopien zu).

Die „Gay News“ sieht in diesem Bericht einen „Durchbruch für

schwule Christen“, da „die Qualität jeder homosexuellen Beziehung nach den gleichen Grundsätzen beurteilt werden muß, die auch auf heterosexuelle Beziehungen angewandt werden.“

So wird z.B. danach gefragt, ob die Beziehung von beiden Partnern frei eingegangen wurde, als „dauerhafte Beziehung, die durch Liebe gekennzeichnet ist“.

Stellungnahmen der englischen römisch-katholischen Kirche und der „Kirche von England“ zum Thema werden noch dieses Jahr erwartet.

AG Schwule im KB

ohne auch nur das geringste zu tun. Nur die mutante und disziplinierte Organisation der Demonstranten verhinderte schlimmere Verletzungen. Dadurch haben die Lesben und Schwulen sich aber nicht einschüchtern lassen.

Als weiterer Zug in dieser Kampagne wurde zu einer Demo am 31. März vor dem Haus eines Anita-Bryan-ähnlichen Reaktions, dem Ratsmitglied Aileen Ryan, aufgerufen. (Aus „Workers World“, 16.3.79) (Aus „Workers World“, 16.3.79)

AG Lesben im KB

Bericht: Treffen der KB-Lesben

Am 12./13. Mai fand das erste Wochenendseminar von Lesben im und am KB statt. Sechzehn Frauen aus Hamburg, Frankfurt, Aachen, Dortmund, Westberlin und Bonn (die Hannoveraner Lesben konnten leider trotz großen Interesses nicht kommen, da an dem Wochenende in Hannover ein wichtiges Frauenfest stattfand) trafen sich in einem Haus auf dem Lande in der Nähe von Hamburg.

Sonnabendnachmittag gingen wir mit einem Plenum an, auf dem der Reihe nach jede Frau über ihr Lesbischwerden, ihr Coming-out, ihre persönliche Situation und Schwierigkeiten berichtete. Es tauchten zahlreiche Probleme auf, die sicher noch einmal ausführlicher diskutiert werden müssen, deshalb wird hier nur eine kurze Übersicht über die Hauptpunkte, die angeschnitten wurden, gegeben.

— Eine Schwierigkeit, die wir alle haben, ist z.B. die Frauen (bzw. Lesben) überhaupt kennenzulernen. Hier in Hamburg sind wir noch am günstigsten dran, da wir in unserer Gruppe im Moment acht Frauen sind, aber in vielen anderen Städten gibt es eben nur ein oder zwei Lesben, die dem KB nahe stehen. Daraus resultiert dann der Zwang, mit einer dieser wenigen Frauen eine Beziehung aufzubauen, da eben keine andere Wahlmöglichkeit besteht.

— Ein anderer Punkt, der damit zusammenhängt, ist das Verhältnis zur autonomen Frauenbewegung. In den dort bestehenden Lebengruppen wird die Mitarbeit von Frauen aus K-Gruppen nicht gerne gesehen, so daß es für uns nahezu unmöglich ist, dort Kontakte anzuknüpfen.

— Schwierigkeiten bestehen für uns aber auch in den KB-Frauengruppen. Die Frauen dort sehen unsere spezifischen Probleme nicht so stark und es ist schwer für uns, da enge Beziehungen aufzubauen.

— Auch die Beziehungen zu Männern sind natürlich sehr problematisch, wobei sich die Situation für die Lesben noch verschärft, die jegliche Beziehungen zu Männern generell ablehnen.

— Wir stellten fest, daß wir gegenüber Frauen oft eine viel größere Hemmschwelle haben, als gegenüber Männern. Es passiert leider oft, daß frau eher mit einem Mann schmusst, auch wenn eine Frau da ist, die frau mindestens genauso gerne hat. Wir haben alle noch zu stark verinnerlicht, daß die Beziehungen zu Frauen weniger wert sind.

— Die bei einigen Frauen bestehende Bisexualität wurde scharf diskutiert, da auf dem Gebiet noch viele Widersprüche und Inkonsistenzen vorhanden sind.

— Es tauchten natürlich auch Berichte über Probleme am Arbeitsplatz, in Schule, Familie und im Freundeskreis auf.

— Aus all den oben genannten Problemen setzt sich die größte Schwierigkeit vieler Lesben zusammen: die Findung der eigenen lesbischen Identität.

Nach dieser sehr angeregten und langen Diskussion machten wir erst einmal ausgiebige Spaziergänge und genossen die lockere und schöne Atmosphäre, die unter uns Frauen herrschte. Diese gute Stimmung war auch bei der sehr veranstalteten Fete, bei der sehr viel geschmusst wurde (Frau kann sich nämlich auch ohne Männer auf Feten amüsieren!) Einige Spannungen traten aber doch auf, als deutlich wurde, daß die Lesben, die noch Schwierigkeiten mit ihrem coming-out haben, auch beim Schmusen etc. Hemmungen hatten. Die Situation kann vielleicht mit den kalten Hetero-Feten verglichen werden, während die Atmosphäre für andere die einer „warmen Fete“ war.

wo jede mal mit jeder lieb schmusen kann.

Am nächsten Morgen haben wir uns den Film einer Schweizer Lesbengruppe angesehen, die Interviews über Homosexualität geführt hatten. „Normale“ Heteros auf der Straße wurden von den Frauen beispielsweise gefragt, was sie denn von der Homosexualität hielten und ob sie auch Homosexuelle in ihrem Bekanntenkreis hätten. Danach wurden die umgekehrten Fragestellungen an Lesben gerichtet („Hast du Heterosexuelle in deinem Bekanntenkreis?“).

Am Nachmittag bildeten wir, von der ersten Diskussion ausgehend, zwei Arbeitsgruppen. Eine beschäftigte sich mit Bisexualität, die andere mit der Abgrenzungsfrage.

In der Gruppe über Bisexualität stellte sich sofort wieder das Identitätsproblem: Was macht frau, wenn sie entdeckt, daß sie auch Beziehungen zu Frauen aufnehmen kann? Vielleicht keinen Mann mehr angucken? Oder ihr Lesbischsein schnellstens wieder verdrängen? Kann frau überhaupt gleichwertige Beziehungen sowohl zu Frauen als auch zu Männern haben? Darf sie sich eigentlich lesbisch nennen, wenn sie doch auch noch Beziehungen zu Männern hat? Alle stellten fest, daß es sehr schwer ist, ein lesbisches Selbstbewußtsein aufzubauen und daß dazu größtmögliche Unterstützung nötig ist.

Einige sagten, daß es ihnen jetzt fast unmöglich sei, Beziehungen zu Typen einzugehen, da frau jetzt erst den Unterschied zwischen Männern mit ihrem Chauvinverhalten und Frauen kennenlernen. Andererseits besteht natürlich auch die Angst vor dem großen Schritt, die Männer ganz aufzugeben, da wir so auf die Alibi-funktion der Mann verzichtet und daß uns Frauen in den Augen der Gesellschaft noch weiter abseits von

der herrschenden Norm stellt. Viele Frauen fühlen aber doch, daß sie in Hetero-Beziehungen nicht sie selbst sein können, deswegen wird für sie der Schritt aus dem Toleranzbereich der Gesellschaft nach einer gewissen Zeit einfach nötig. In dem Maße, in dem frau persönlich lieber mit Frauen zu tun hat (in Frauengruppen etc.), kann sie sich erst aussuchen, auch Beziehungen zu Frauen zu entwickeln. Sonst wird sie wieder Männer bevorzugen, da die in unseren Köpfen immer noch mehr wert sind.

Es wurde im Gegensatz zur totalen Abgrenzung Männern gegenüber auch der Standpunkt vertreten, Bisexualität als zukünftige Sexualitätsform in einer Gesellschaft zu sehen, in der es keine Unterdrückung des Menschen durch den Menschen mehr gibt. Es gäbe dann insofern keine Einschränkungen wie bei der Homo- und Heterosexualität, als dann nur noch Menschen, nicht aber nur Männer oder nur Frauen geliebt würden. Dem wurde gegenübergestellt, daß es in unserer heutigen gesellschaftlichen Situation vorrangig ist, die Homosexuellen in ihrem Selbstbewußtsein zu stärken.

Die Gruppe, die sich mit Abgrenzungsfragen beschäftigte, kam unter anderem zu dem Schluß, daß wir es als selbstverständliches Recht ansehen, uns gegen Hetero-Männer abzugrenzen.

Außerdem wollen wir uns, ohne uns Schuldgefühle zu machen oder Begründungen liefern zu müssen, auch gegen Hetero-Frauen abgrenzen können. Auf jeden Fall ist es aber sehr wichtig für uns, uns hauptsächlich um Frauen zu kümmern, um unsere eigene Identität zu finden und zu festigen.

Als Gesamtergebnis läßt sich sagen, daß es uns allen viel Mut gemacht hat, unsere Probleme auch bei anderen Frauen wiederzufinden und nun gemeinsam dagegen angehen zu können.

Wir hoffen, daß derartige Treffen auch in Zukunft stattfinden werden und daß mehr Frauen den Mut bekommen, sich damit persönlich zu befassen (= die eigene Sexualität einmal objektiv zu hinterfragen) und nächstesmal mitmachen. Frauenliebe macht uns stark! Kampf der Normalität!

AG Lesben im KB

Erste nationale Demonstration von Lesben in den USA geplant

An einem Wochenende im Februar beschlossen die Repräsentanten von mehreren hundert Schwulen- und Lesbenorganisationen, am 14. Oktober '79 eine nationale Demonstration für schwule und lesbische Rechte durchzuführen. Bisher waren lediglich Kämpfe gegen die Schwulenfeinde der eigenen Gemeinde und allgemein gegen die antischwulen Reaktionen im jeweiligen Land üblich gewesen. Noch nie war allerdings versucht worden, eine Demonstration für die gesamten USA durchzuführen. Nachdem Harvey Milk, ein schwuler Beamter, der die Sache vorgeschlagen hatte, ermordet worden war, stand fest, daß diese Idee in die Tat umgesetzt werden würde.

Auf der Planungskonferenz hatten der Frauenock und der Dritte-Welt-Bock die führenden Rollen inne. Es wurde einstimmig beschlossen, daß in dem Komitee zur Planung und Durchführung der Demo 50 % Frauen und 20 % Angehörige unterdrückter Völker sitzen sollen. In der Demonstration sollen alle Teile der Schwulen- und Lesbenbewegung vertreten sein. Die Forderungen sollen u.a. sein:

- Beseitigung von sozialer, ökonomischer und rechtlicher Unterdrückung.
- Annahme eines Gesetzes für lesbische und schwule Rechte;
- Beseitigung der Diskriminierung in öffentlichen Ämtern und Institutionen;
- Abschaffung aller antischwulen und antilebischen Gesetze;
- Keine Benachteiligung schwuler Väter und lesbischer Mütter;
- Volle Gleichberechtigung für schwule und lesbische Jugendliche;
- Abschaffung des Jugend-„schutzes“.

Dieses Projekt wird als enorm wichtig für die Bewegung angesehen und gleich wichtig wie die Stonewall-Rebellion eingeschätzt (aus „Workers World“, 9.3.79).

AG Lesben

Arm, eine Frau und lesbisch Eine zweite Buchbesprechung

Der Roman „Rubinroter Dschungel“ von Rita Mae Brown wurde im AK 151 auf Seite 28 (Rubrik „Frauen“) bereits von einer Göttinger Genossin besprochen. Die Genossin hat eine gute Inhaltsbeschreibung dieses Buches gegeben, woraufhin ich es gelesen habe. Allerdings habe ich beim Lesen festgestellt, daß der Hauptaspekt des Buches in der Besprechung nicht genügend berücksichtigt wurde, nämlich, was es heißt, eine lesbische Frau zu sein und als solche offen zu leben.

Hier also noch einmal eine Kurzarstellung der Stationen in der lesbischen Entwicklung von Molly Bohl, der Hauptfigur des Buches.

Station 1: Molly verliert die Jugendfreundschaft „Ich weiß nicht, ob ich noch deine Freundin sein kann. Ich werde nervös sein und immer denken, ob Du wohl gleich über mich herfällt, oder so“.

Station 2: Molly verliert ihre erste feste Freundin, eine Studienkollegin, (die wird von den Eltern in psychia-

trische Behandlung gebracht) und wird von der Universitätsleitung im Krankenhaus gesteckt. „Vielleicht gibt es irgendwelche verborgenen Dinge in ihrer Vergangenheit, Geheimnisse in ihrem Unterbewußtsein, die Sie davon abhalten, eine gesunde Beziehung zu Angehörigen des anderen Geschlechts zu haben“.

Station 3: Molly wird nach ihrem College-Rausschluß auch von ihrer Mutter entsprechend behandelt. „Eine Schwule, ich hab eine Schwule. Du sagst weniger als die schmutzigen Beerenpfückerinnen im Gehölz... Du hast dich nie an die Regeln gehalten — nicht an meine und auch an die der Gottes Regeln heraus! Los raus mit dir“.

Molly landet dann zwangsläufig in der New Yorker Subkultur, der erste Ort, wo ihr nicht die Tür gewiesen wird. Das heißt aber nicht, daß der Kampf um ihre Existenzberechtigung als lesbische Frau zu Ende ist. Rita Mae Brown, deren versteckte Autobiographie dieser Roman wohl ist, hat sich in der Frauenbewegung und schließlich bei den „Radicalesbians“ organisiert. Sie sagt am Schluß durch den Mund von Molly: „Meine Bitterkeit spiegelt sich in den Nachrichten, die voller Geschichten über Leute in meinem Alter waren, die protestierend durch die Straßen tobten. Aber irgendwie wußte ich, daß ihre Wut nicht meine Wut war, und sie hätten mich sowieso aus ihrer Bewegung ausgestoßen, weil ich Lesbin war“.

Konfrontation, Provokation, Kampf und nicht ein bißchen der amerikanischen „vom-Tellerwässer zum-Millionär-Ideologie“, wie die Göttinger Genossin meint, durchziehen die Lebensgeschichte dieser lesbischen Frau. Damit lege ich das Buch auch allen lesbischen Freundinnen und Genossinnen ans Herz, die sich bisher noch nicht zum Lesen animiert fühlten. Es ist zu haben im „Arbeiterbuch“ am Grindelhof 45 für die Hamburgerinnen, ansonsten über den Rowohlt Verlag — und kostet DM 16,80. Übrigens: Mit „Rubinroter Dschungel“ ist die Muschi gemeint, also auch eine Einladung zu abenteuerlichen Forschungsreisen, nicht nur in Rita Maes Buch. Also, gute Reise wünscht euch.

Eine lesbische Genossin im KB, HH

Erste irische Lesbianorganisation gegründet

„Liberation for Irish Lesbian“ (LIL) heißt die neue irische Lesbianorganisation. Sie hat sich am 1. April 1979 gegründet. Die LIL ist eine irische Lesbianorganisation, die sich als ersten Versuch, das Problem der Spaltung von Schwulen- und Lesbenorganisationen zu vermeiden. Bis jetzt wurden die spezifischen Lesbenprobleme in der Republik Irland weder von der Frauen- noch von der Schwulen-

bewegung behandelt. Nur Lesbianen in der Irish Lesbian and Gay Association (ILGA) haben sich bisher mit der Zusammenarbeit mit den Schwulen Männern als einen großen Fortschritt an (nach „Gay News“ Nr. 167).

AG Lesben im KB

Frauen-Fest in Hannover

Am 12. Mai fand in Hannover ein großes Frauenfest statt. Veranstalterin war die Frauenkneipe La Lotta, eingeladen war die Lesbienvergruppe „Unterste Stufe“, worauf viele schon von voraus sehr gespannt waren. Mindestens 500 und zeitweise sicherlich 600 Frauen waren erschienen. Neugierig wurde auch umgeschaut und gefreut, daß so viele Frauen Lust hatten, mit Frauen zu feiern.

Frau sprach miteinander, verteilte oder knüpfte Bekanntschaften. Viele schauten sich die Wandzeitungen der beiden Frauengruppen an, die zu dem Problem „Vergewaltigung“ arbeiten, und die Stellwände, die der Arbeitskreis „Frauen zum Bund — Nein danke“ aufgebaut hatte.

Auch der Buchertisch (leider der einzige) fand großes Interesse. Mitte des Abends trat endlich die Revuegruppe auf. Gleich zu Anfang versuchte die Gruppe, auf die vielen gängigen Klischeevorstellungen und oft auch Vorurteile über Lesben einzugehen. Dargestellt wurde die „blutgerige“, sich auf alle Frauen „stützende Lesbe, die sehr „männlich“ wirkende, peitschenknallende Lesbe und eine etwas „entrückte“, auf Frauenfeiern häufig anzutreffende Lesbe. Nun sollte noch ein anderer Lesbentyp vorgestellt werden, der sich jedoch schwächer noch hinter dem Vorhang aufsucht und sich nicht so recht auf die Bühne traute. Mit Begleitung einer anderen Frau wurde sie hervorgeholt und dem Publikum vorgestellt. Doch frau da niemanden. Es war die Lesbe, der frau man überall begegnen kann in der Straßenbahn, auf dem Arbeitsplatz und auch auf dem Frauenfest selbst. Diesem Einstieg folgten nun häufig wechselnde Tanzvorstellungen.

ein sehr schöner Tango, der sicherlich auf viele Frauen sehr erotisch wirkte, und ein Strip, diesmal aber von Frau für Frauen. Leider ging dann die Musikanlage kaputt, es mußte improvisiert werden und mancher Sketch war schwer verständlich, was wohl etliche Frauen veranlaßte, das Fest zu verlassen. Schade!

Schade war auch, daß die Gruppe sehr wenig auf die Schwierigkeiten der Lesben im alltäglichen Leben haben, einging, oder auf die Schwierigkeiten, die viele Frauen mit Lesben lesbisch sein und lesbisch werden haben.

Zum Beispiel, wenn frau am Arbeitsplatz und auf der Straße dazu steht, oder wenn es darum geht, „es“ den Eltern zu sagen, daß am Ende des Festes, als es ans Tanzen ging, erheblich weniger Frauen als zu Anfang anwesend waren lag wohl nicht nur an der defekten Anlage. Für viele Frauen, die nicht immer auf diesem Thema konfrontiert sind, war manches sicherlich unverständlich geblieben. Das Tanzen und miteinander Schmusen, ohne dauernd zu überlegen „Wie wirkt es jetzt?“ (wie oft bei gemischten Feten), machte viel Spaß.

Die hannoversche Lesbengruppe verteilte auf dem Fest selbst noch eine Einladung an alle Lesben und Sympathisantinnen zur zehnten Wiederkehr des „Christopher Street Day“ der dieses Jahr erstmals in der BRD gefeiert werden soll und zwar am 30. Juni in Bremen.

Frauenfest in Hannover wird oft feiert und versucht, noch viel mehr Frauen einzubeziehen!

Frauen-AG Hannover

Rita Mae Brown Rubinroter Dschungel Rowohlt



Überfall im Hamburger Schwulenpark:

Knüppel in der Fresse
und Herz in der Hose

Am Abend des 14. Mai hielt ich mich mal wieder in einer derjenigen Hamburger Grünanlagen auf, wo Nacht für Nacht wir Schwulen uns seit einigen Jahrhunderten treffen. In diesen Schwulen-Parks suchen wir in erster Linie anonyme sexuelle Kontakte zueinander und sind froh, wenn es niemand merkt!

Ich hatte mich mit einigen anderen Schwulen angeregt unterhalten, als ich — ebenfalls in Parks nichts neues — plötzlich zusammengeschlagen wurde. Das kam so:

Im Park waren sehr viele Schwule an dem Abend, weil es angenehm warmes Wetter war. So fiel es nicht auf, daß sich auch eine Reihe halb wüchsiger Heteros im Park aufhielten

fair", und empfahl: „einer gegen einen“. Der mir als „Partner“ vor die Nase gestellt wurde, hatte allerdings einen Knüppel zum Fucheln.

Immerhin konnte ich aufstehen und schnell die Chance zur Flucht nutzen. Aus der Nase lief Blut in meinen Mund. Einer blieb mir auf den Fersen, aber er holte mich nicht ein.

Der Türsteher vom „Bierpasta“ weigerte sich, mich 110 anrufen zu lassen (ebenso der Nachtwächter vom BAT Hochhaus), erst vom Damm tor-Bahnhof aus konnte ich telefonieren.

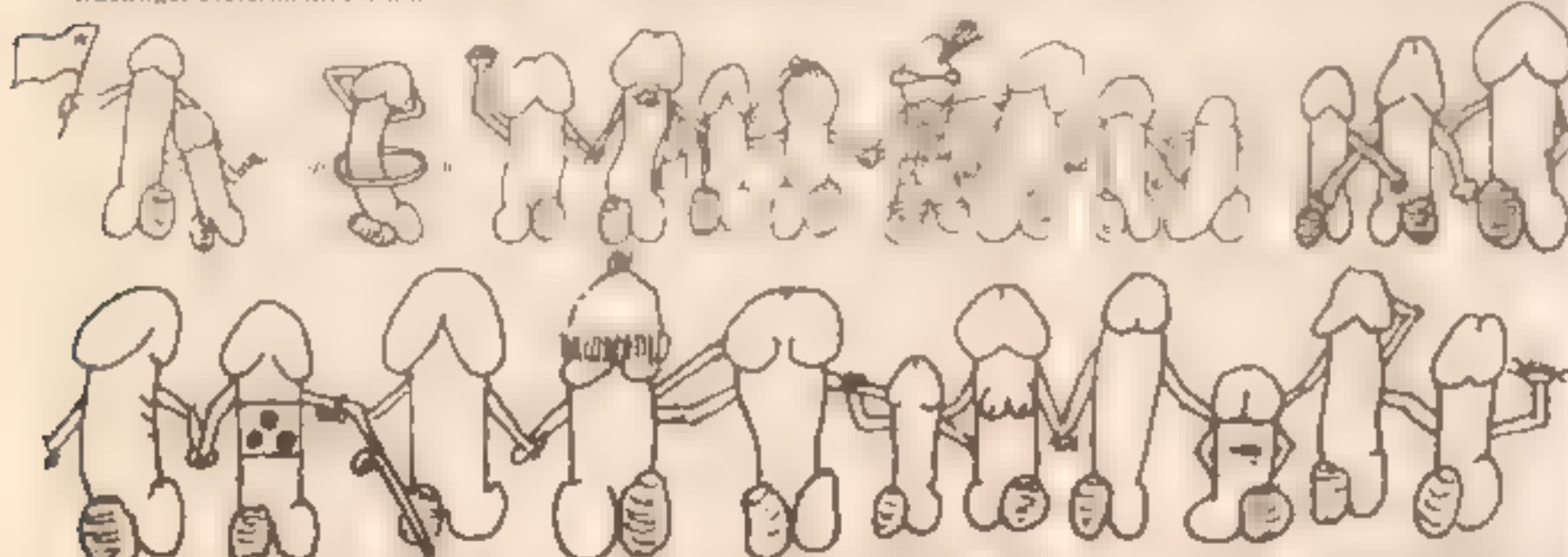
Schwule Solidarität? War nur

Die Schwulen im Park waren bei wei-

Wie schützt man sich vor
Schwulenhassern?

Ich bin am nächsten Tag in einen Laden gegangen und habe mir eine Sprühdose mit Tränengas gekauft. Weiterhin nehme ich in der Homosexuellen Aktion Hamburg an einem Kursus „Schwule Selbstverteidigung“ teil. Das nimmt mir meine Angst.

Was aber noch zehn mal wichtiger ist (und noch neun mal schwieriger), das ist die Schaffung einer schwulen Solidarität, eines Zusammengehörigkeitsgefühls unter uns Schwulen, das den einzelnen in solchen Situationen schützt. Wenn wir erst mal unsere Stärke und unsere Kraft entdeckt haben — wie z.B. unsere Schwestern



Sie hatten Knüppel bei sich, die sie jedoch zunächst versteckt hielten. Es waren vier oder fünf ungefähr 17-19 Jahre alte Typen, die erst kurz vor dem Überfall als Gruppe zusammenstanden. Ich stand ca. 10 m entfernt

waren vier oder fünf ungefähr 17-19 Jahre alte Typen, die erst kurz vor dem Überfall als Gruppe zusammenstanden. Ich stand ca. 10 m entfernt und konnte mit drei Schwulen. Dann kam einer von den Schlägern auf uns zu und wollte eine Zigarette haben. Ich wurde mißtrauisch. Erstens, weil er absolut nicht schwul aussah, zweitens nicht ganz nüchtern zu sein schien — und drittens schon einmal ein Überfall einer Bande diesen Kalibers im gleichen Park, bei dem ich Zeuge war, so begonnen hatte. Kurz darauf stand die ganze Horde um uns rum und zog die Knüppel. Einer hatte sogar einen Totschläger dabei. Und dann passierte das, was mich im Nachhinein viel mehr schmerzt als die Schläge und Kinnhaken, die auf mich zukamen: Alle Schwulen, bis auf die Eingekreisten, schlichen sich weg! Jeder versuchte, seine eigene Haut zu retten und überließ alle anderen Schwulen ihrem „Schicksal“ — nach dem Motto: Den letzten beißen die Hunde.



Wir Eingekreisten versuchten zunächst, die Typen mit Worten dazu zu bringen, von uns abzulassen. Das beeindruckte sie aber nicht besonders. Der mit dem Totschläger kam immer dichter auf uns zu und schleuderte mit dem Ding an unseren Gesichtern entlang. Dabei ergötzte er sich an unserer Angst.

Ich stand ganz still mit angewinkelten Armen, geschlossener Faust und schnell klopfendem Herzen da und wußte nicht, was ich tun sollte. Sich wehren gegen die, ist nicht drin. Ein Schwuler, der außerhalb des Kreises stand und die Polizei holen konnte, tat dies, trotz Aufforderung unsererseits, nicht. Er drohte vielmehr nur damit, was unsere Lage noch prekärer gestaltete.

Dann traf der Totschläger meinen Nebenmann am Kinn, und ich ging auf die Angreifer los. Jetzt verlief alles blitzschnell: Drei schlugen und knüppelten auf mich ein, ich fiel, strampelte mit den Füßen wild um mich, um deren Füße und Knüppel abzuwehren. Ich hatte panische Angst, traute mich aber nicht, laut zu schreien, um sie nicht noch weiter zu provozieren, da ich ihnen ausgeliefert war.

Dann meinte der offensichtliche Anführer: „Halt stop, das ist nicht

tem in der Überzahl. Es wäre ein leichtes gewesen, die Typen durch geschlossenes Auftreten in die Flucht zu schlagen. Sogar, ohne sie direkt zu verprügeln. Wir hätten nur einig zusammentreten müssen und ihnen zeigen, daß wir keine Angst haben — statt sich in die vier Windrichtungen davonzuschleichen! In den USA beispielsweise hat sich bei Überfällen auf die Schwulenghetts folgendes Verhalten eingebürgert: Der, der die Eindringlinge zuerst sieht, pfeift, und dann werden sie vertrieben, sofern sie nicht die Flucht vorziehen. Auch in Ländern mit einer geringeren Schwulengemeinschaft ist die schwule Selbsthilfe weiter entwickelt als bei uns in der BRD. In diesem Lande kann man derzeit noch, ohne auf viel Gegenwehr zu treffen, Schwule überfallen, zusammenschlagen, ausrauben u.s.

In dieser z.Zt. depressiven Situation bleibt einem Schwulen nichts weiter übrig, als auf die Hilfe der ungeliebten Bullen zurückzugreifen — auch wenn man zu denen als Schwuler (und als Linker ja eh) ein sehr gebrochenes Verhältnis hat. Razzien, bei denen die Personalien a-beliebiger Schwuler gesammelt werden und in die „Rosa Kartellen“ ins Polizeihochhaus wandern, finden bekanntlich alle Nase lang statt. Die Bullen sind genau so antischwul wie alles, was unsere Gesellschaft aufrechterhält. Daß wir trotzdem bei Überfällen auf ihre Hilfe angewiesen sind und uns nicht auf unsere eigenen Kräfte verlassen können, ist ein Jammer. Man überlege sich, wer uns überfallen hat und was jetzt mit ihnen passiert. Das sind proletarische oder subproletarische Jugendliche, die aufgrund ihrer Unterdrückung entsprechend frustriert und aggressiv sind. Diese Aggressivität entläßt sich spontan gegen unterlegene „Freiwild“: Alte Omas, schwächere Kameraden, und gegen uns Schwule, die wir sowieso als vogelfrei zählen. Aus der Masse dieser diffus unzufriedenen und diffus wütenden Jugendlichen rekrutieren u.s. die Neonazis ihren Nachwuchs.

Werden die Schläger gefaßt, so kommen sie dann vielleicht ins Heim oder in den Jugendknast. Dann haben wir Schwulen vor den paar Typen vorerst mal Ruhe, vielleicht ein paar Monate lang. Während der Zeit werden diese Jugendlichen noch scharfer brutalisiert und unterdrückt. Ihnen und ihren Freunden die schwule Realität jemals zu vermitteln, wird dadurch erheblich erschwert. So wird die Situation sich zwangsläufig weiter zuspitzen: gegen uns! In dem Maße, wie sich die allgemeine Lage Jugendlicher zuspitzt (Arbeitslosigkeit, Leistungsdruck, sinnentleertes Großstadtleben, Konkurrenzdruck), werden sie auch mehr Dampf ablassen. So wie der Alkoholismus ansteigt, steigt auch die Zahl der Überfälle auf Schwule. Diese Probleme wird die Polizei der Herrschenden mit Sicherheit nicht lösen. Auf längere Sicht können wir Schwulen uns in puncto Sicherheit nur auf uns selber verlassen.

in den USA — werden Schlägerbanden es gegen uns schwer haben. Wir werden kein Freiwild mehr sein.

Ein schwuler Genosse des KB Hamburg

werden kein Freiwild mehr sein

Ein schwuler Genosse des KB Hamburg

1. Treffen von 'Rosa Hilfe'-
Gruppen in Westberlin

Zu einem gemeinsamen Treffen von insgesamt neun schwule Selbsthilfegruppen kam es am 7./8. April in Westberlin. Ziel dieser Gruppen soll es sein, „Schwulen [als] Gesprächspartner bei Konflikten zur Verfügung zu stehen“. Dieses Treffen nun sollte einer besseren Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten der einzelnen Gruppen dienen. In mehreren Kleingruppen wurden dann einige Schwerpunkte bisheriger Arbeit der „Rosa Hilfen“ erörtert, so etwa:

- Öffentlichkeitsarbeit
- Schwule Alkoholiker
- Schwule im Knast
- Verhältnis „Berater“ - „Klient“
- Therapiekonzepte und Perspektiven der Beratung
- typisch schwule Probleme

Die Frage nach den „typisch schwulen Problemen“ konnte auf dem Treffen nicht eindeutig geklärt werden, d.h. die Frage nach Schwierigkeiten beim „Coming Out“, bei der Wohnungssuche und den Schwierigkeiten am Arbeitsplatz. Unsere Meinung sollte aber gerade diesem Punkt mehr Beachtung geschenkt werden, berührt er doch ganz wesentliche Bereiche eines schwulen Lebens. Gelegenheit dazu: das nächste Treffen, angesetzt für den 23./24. Juni in Hannover. Alle bestehenden Gruppen und Interessierte sind dazu herzlich eingeladen.

Kontakt über
B. Wlke
Wedekundstraße 1
3000 Hannover 1

AG Homosexualität
der NRW-Judos

Nachdem die Westberliner Judos im November 1978 eine AG Homosexualität gründeten, hat der Landesrat der Judos in NRW ebenfalls beschlossen, so eine Gruppe zu gründen. Die Aufgaben steht der Landesrat vor allem in drei Punkten:

- Information und Aufklärung in Verband, Partei und Öffentlichkeit
- Erarbeitung eines grundlegenden Konzepts zur Emanzipation Homosexueller
- Einflußnahme auf Programm und Politik der Judos und FDP

Die Hauptaktivitäten sollen der Durchsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes gelten, durch das auch Schwule vor Benachteiligungen geschützt werden sollen.

(nach: „faz“, 18.5.79)

AG Schwule

Theatereindrücke - am
Theatereindrücke - am
Rande notiert

Das Festival Theater der Nationen hat offensichtlich und Gott sei Dank auch bei unseren Genossinnen ein bißchen frischen Wind ins Kulturverständnis gebracht. Wie kamen wir beiden uns noch komisch vor zu Beginn des „Theaters“, die eine mit 8 Karten im Vorverkauf erstanden und die andere als Aktivistin mit zahlreichen Straßentheater-Verpflichtungen und der Teilnahme an dem Workshop von Boal, dem brasilianischen Regisseur des „Theater der Unterdrückten“. Wir fühlten uns so nichtig als zwei, die sich mal für 14 Tage ins Privatleben zurückziehen. Anders konnten wir die zahlreichen Fragen: „Wie vereinbarst Du denn sowas mit Deinen Terminen?“ oder „Na ja, das ist ja Dein Beruf“ bzw. dem ungläubigen Staunen, wie man sich denn überhaupt für sowas wie Theater interessieren kann, nicht deuten. Neben sehr oberflächlichen Statements über Theater herrschte bei einigen Genossinnen die Meinung, dieses Festival sei reaktionär, da vom Senat organisiert und sogar unter der Schirmherrschaft von Scheel Altem das Wort „Theater“ scheint bei vielen als einziges die Reaktion „schwarzer Anzug, Bourgeoisie, Goethe und Langeweile“ hervorzurufen. Wie da ein Dario Fo oder Els Jorglers hineinpassen, (über beide haben wir ausführlich im AK berichtet) ist offensichtlich ungeklärt. Natürlich mußte man bei diesem Festival auf Entdeckungstour gehen, weil viele Gruppen nicht bekannt waren, aber das hat so mancher sicherlich gelernt, dessen Kulturbestreben sich auf den Western am heiligen Sonntagabend oder wenn's hoch kommt, die Marx Brothers, beschränkt.

Wir waren stumm vor Entsetzen als wir im St. Quentins Theater die brutale Realität des schwarzen Ghettos von ehemaligen Gefangenen erlebten. Wir haben laut gelacht über Dario Fos Satire, wir haben uns total identifiziert mit der unglaublich phantasievollen Art des New York Street Caravan Theater. Die Bourgeoisie hochzunehmen, wir waren angeknirscht durch die Kreativität und Ausdrucksform des Odins Theatret, unsere Hände waren wund vom Mitkatschen bei der italienischen Songgruppe „La Nuova Compagnia di canto popolare“. Endlich konnte man auch mal einkaufen gehen und sich von den diversen Straßentheatern inspirieren lassen und dann erst nach den Vorstellungen die Markthalle war immer gerammelt voll und es war auch sonst sehr einfach, mit all den Schauspielern ins Gespräch zu kommen. Wir haben viel gelernt über die

Situation in den USA oder in Spanien, wir sind begeistert und herzlich begrüßt worden, wenn wir zu den Gruppen mit ein paar Plakaten und Buttons der Anti-AKW-Bewegung und der Antifa-Gruppen hingingen. Überall trafen wir auf Genossen und Schauspieler, deren Arbeitsziel es gerade ist, sich mit den gesellschaftlichen Widersprüchen auseinanderzusetzen und sich auf die Seite der Unterdrückten zu stellen.

So klappt denn einfach auch ein zu großer Widerspruch zwischen der Reaktion eines Genossen von uns, Theater sei apolitisch oder in diesem Falle nur instrumentalisiert und der Aufforderung eines griechischen Schauspielers, der auf meine Versuche, ihm die Bunte Liste und die linke Bewegung in der BRD zu erklären, nur sagte: „Laß mal alles andere bei Seite, wie sieht ihr zur RAF?“, er sei aus Zypern und bei ihnen zähle nur der bewaffnete Widerstand. Die Genossen vom Hel Werk Theater, die sich auf die Russell Bücher stützen oder die New Yorker, die sogar auf ihren beiden letzten Vorstellungen deutlich nicht bar die Hemden der „Antifaschistischen Aktion“ trugen oder Dario Fo, der auf die Prozesse von J Reents und Groenewold öffentlich zu sprechen kam, genauso wie das Odins Theatret, das auf der 1. Mai-Kundgebung bewußt für die Anti-AKW-Bewegung auftrat — alles das war Theater der Nationen, wenn man es unvoreingenommen und mit Neugierde für sich erschlossen hat. Offene Ohren, Phantasie, Sensibilität, Kreativität und die Bereitschaft, Neues kennenzulernen, gerade das hat dieses Festival von uns gefordert und hat es uns aber auch gegeben und wir sind froh, daß doch eine ganze Reihe von Genoss(inn)en im Verlauf des Theaters begonnen haben, sich diesen Eindrücken aufzuschließen.

Wir beiden haben uns sehr schnell nicht mehr als die speerigen Außenseiter gesehen, sondern haben uns immer bewußter in die Auseinandersetzung hineinbegeben. Wir hoffen, daß dieses Festival keine Eintagsfliege in Bezug auf Kulturinteresse und die Neugierde an neuen Erlebnissen ist und daß man sich nicht nur als Ignorant fühlt, wenn man Dario Fo nicht gesehen hat (der ist ja mittlerweile wirklich „in“), sondern auch in Zukunft etwas aufmerksamer und unvoreingenommener die einschlägige Kultupresse verfolgt und sich einfach mehr für Kultur interessiert bzw. auch ruhig mal anfängt, mehr Theater zu machen.

Ulrike und Astrid

Betrieb und Gewerkschaft



Bilanz der diesjährigen Tarifrunden

Gewerkschaftliche Tarifpolitik in der Sackgasse

Die Vorstände verschiedener DGB-Gewerkschaften haben in den letzten Wochen eine Bilanz der zurückliegenden Tarifaussinandersetzungen gezogen. Allen ist gemeinsam, daß sie nicht bereit sind, die Niederlagen der letzten Jahre einzugestehen und über ernsthafte Konsequenzen in der Gewerkschaftspolitik zu diskutieren. Gemeinsam ist ihnen aber auch, daß sie ratlos vor der weiteren Entwicklung stehen und gegenüber dem Vorgehen des Kapitals kein Konzept anzubieten in der Lage sind, das die wachsende Unzufriedenheit der Gewerkschaftsmitglieder auffangen könnte, geschweige denn einen wirklichen Schutz gegenüber Arbeitslosigkeit und Lohnabbau bieten kann.

1979: Vorläufiger Tiefpunkt erreicht

Die Ergebnisse nahezu aller Tarifrunden dieses Jahres lassen sich zusammenfassen:

- 1979 ist den Kapitalisten der Lohnabbau gleichmäßig für alle Branchen geglückt. Abschlässe um 4 % bei gleichzeitig erwarteten 3,5 % Preissteigerungen in diesem Jahr sind ein voller Erfolg beim Drücken des Reallohns nach unten.

Die Arbeitszeitverkürzung ist in der offiziellen Tarifpolitik bis 1984 kein Thema mehr. Die Gewerkschaftsführungen haben die Unternehmerforderung nach fünf Jahren Sperre vertraglich akzeptiert.

In allen Branchen wurden 1979 höherer Urlaub vereinbart und ungenutzte Urlaubstage akzeptiert. In allen Branchen wurden 1979 höherer Urlaub vereinbart und unterschiedliche Schulmaßnahmen vor den Folgen der Rationalisierung (z.B. Freischichten), die insbesondere für ältere Arbeiter und Angestellte gelten

bzw. für besonders belastete (Schichtarbeiter).

Das Fazit für 1979: Die Lohnpolitik ist von den Gewerkschaftsführungen kampflos aufgegeben worden. Löhne waren in allen Tarifrunden nicht ernsthaft umstrittener Verhandlungsgegenstand, die Lohnhöhe ist von den Unternehmern diktiert worden. Die Arbeitszeitverkürzung ist von Teilen der DGB-Gewerkschaften als ein wesentliches Mittel gegen die zunehmende Tendenz der Arbeitsplatzvernichtung angesehen worden und ernsthaft als Hauptziel zukünftiger Tarifpolitik erwogen worden. Diese Neuorientierung der Tarifpolitik ist im Ansatz gescheitert. Bereits der erste Arbeitskampf einer Gewerkschaft zu diesem Thema, in der Stahlindustrie, hat zur Absetzung der Forderung geführt, andere Gewerkschaften zogen kampflos nach. Die Unternehmer haben ihre Vorstellung voll durchgesetzt.

Die Unternehmer verschärfen die Gangart

In den Analysen der Gewerkschaftsvorstände wird zu Recht festgestellt, daß von Unternehmerseite ein scharfer Kurs in der Tarifpolitik gefahren wird. Dazu der IG Metall-Vorstand auf seiner Klausurtagung: „Das Vorgehen der Arbeitgeber ist gekennzeichnet durch die Übertragung ihres gesellschaftspolitischen Konfrontationskurses auf den tarifpolitischen Bereich... Die härteste Form der Konfrontationskurses auf den tarifpolitischen Bereich... Die härteste Form der Konfrontationskurses auf den tarifpolitischen Bereich... Die härteste Form der Konfrontationskurses auf den tarifpolitischen Bereich...“

dort platz, wo es um Arbeitsplätze und Verfügungsmacht geht, also beim unternehmerischen Kampf gegen eine generelle Unterschreitung der 40-Stundenwoche und gegen eine tarifvertragliche Ausdehnung der Mitbestimmung“ („Der Gewerkschaftler“, 5/79).

So weit ist das Vorgehen der Unternehmer durchaus richtig beschrieben. Diese wollen:

Stillstand in der Lohnpolitik bzw. Lohnabbau
Keine Arbeitszeitverkürzung vor Mitte der achtziger Jahre.
Bei dahin soll die derzeitige Rationalisierungswelle, die Einführung neuer Technologien und in deren Gefolge die Vernichtung weiterer Millionen Arbeitsplätze abgeschlossen sein.

Mit dem „Tabu-Katalog“ der BDA (Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände) ist diese Zielsetzung eindeutig festgeschrieben. Insbesondere die Arbeitszeitverkürzung und die Verhinderung des Ausbaus weiterer betrieblicher Mitbestimmungsrechte sind dort als Tabus angeführt, die nicht Gegenstand irgendeines Tarifabschlusses mit den Gewerkschaften sein können.

Die Unternehmer sind entschlossen, ihren Kurs gegen die Werkstätten beschleunigt durchzusetzen, und haben 1978/79 dies eindeutig demonstriert. 1978 ist das arbeitskampfreichste Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik gewesen. Offizielle gewerkschaftliche Streiks haben in

reichste Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik gewesen. Offizielle gewerkschaftliche Streiks haben in der Druck Metall-, Stahl-, Bauindustrie und im Hafenbereich stattgefunden. Die Unternehmer antworteten mit Aussparungen bei Druck Stahl und Metall. Ausgespart wurde von den Unternehmern dort, wo ihre „Tabus“ berührt waren.

bei Stahl wegen der Arbeitszeitverkürzung, bei Druck und Metall wegen Forderungen der Gewerkschaften, die geeignet waren, betrieblich die Durchsetzung der Rationalisierung zu behindern (Schutz vor Abgruppierungen und Dequalifizierung).

Diese Praxis der Aussparung ist in Europa einmalig und in der Geschichte der Bundesrepublik in dieser Massierung nie dagewesen, sie vermittelt also die Härte der Klassenauseinandersetzung von Seiten des Kapitals. Gewerkschaftliche Tarifpolitik muß sich hieran messen lassen. Sie hat in allen Fällen Niederlagen hinnehmen müssen. Sie hat in mehreren Fällen kampflos die Unternehmer-Tabus akzeptiert, indem in den nachfolgenden Tarifrunden diese Niederlagen übernommen wurden. Krassestes Beispiel gewerkschaftlichen Versagens ist der Verlauf der Tarifrunde in der Brauwirtschaft im September 1978. Der Vertrag über die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für ältere Arbeiter war praktisch unter Dach und Fach, bis die Unternehmerzentrale BDA intervenierte und ihren Unterverband der Brauwirtschaft zwang, den Vertrag so nicht abzuschließen. Die Gewerkschaft NGG akzeptierte dies ohne Widerstand.

Aus Niederlagen lernen?

Entscheidend für die Beurteilung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik ist nicht allein Erfolg oder Mißerfolg, sondern sind vor allem auch die Lehren, die daraus gezogen werden. Am ausführlichsten hat die Führung der IG Metall die zurückliegende Tarif-

politik analysiert (nachzulesen in „Der Gewerkschaftler“, 5/79), speziell den Stahlarbeitertreik. Dabei kommt die IGM-Führung zu der folgenden Einschätzung des Stahlarbeitertreiks:

„Es ist uns gelungen, Breschen zu schlagen in die fortschrittsfeindliche Einheitsfront des Kapitals“, ohne daß hierfür der geringste Beleg gebracht wird. Und: „An der positiven Langzeitwirkung der Ergebnisse ist nicht zu rütteln“, obwohl an anderer Stelle zugestanden wird, daß die IGM „mit der Festsetzung der 40-Stundenwoche bis Ende 1983 einen hohen Preis für unsere Erfolge in der Urlaubsfrage zahlen“ mußte.

So das Ergebnis auf Erfolg getrimmt, lassen sich auch die nach dem Streik aufgetretenen innerorganisatorischen Kritikpunkte abhandeln. „Es bleibt allerdings auch das Problem, daß nach Beendigung des Arbeitskampfes ein Widerspruch fortbestanden hat zwischen dem objektiven Wert der Ergebnisse und ihrer subjektiven Einschätzung durch Teile von allem der betrieblichen Funktionäre“. Ausgerechnet diesen aktiveren Teilen wird als „unterteilt“ sie hat den „objektiven Wert“ des Tarifabschlusses nicht begriffen, obwohl doch gerade sie es sind, die begriffen haben, daß der Tarifabschluß eine Niederlage war und die Führung ihrer Gewerkschaft hierfür maßgebliche Verantwortung trägt.

Stillstand in der Lohnpolitik akzeptiert

Stillstand in der Lohnpolitik akzeptiert

Nun zu den Lehren der IGM-Führung an keiner Stelle ihres Auswertungs wird die Lohnpolitik überhaupt erwähnt. Das heißt, hier wird stillschweigend die Forderung der Kapitalisten nach Stillstand bzw. Abbau der Löhne akzeptiert. IGM-Vorsitzender Loderer sah sich sogar genötigt, ausdrücklich zu begründen, warum trotz steigender Preise (3,5 %) 4 % Bruttolohnsteigerung ausreichend sind. Im Stile eines kapitalistischen Wirtschaftsexperten stellt er fest: „Durch die Tarifvereinbarungen, durch Verbesserung bei Lohnsteuer und Kindergeld verdienen die Beschäftigten dieses Jahr im Schnitt netto rund 6 % mehr“ (Metall, 16.5.79) – diese unverschämte Rechnung sollte er mal konkret vormachen! Loderers Forderung: „Nach allem, was man gegenwärtig sagen kann wäre es also ungerechtfertigt zu glauben, die Preissteigerung überrolle die Lohn- und Gehaltsentwicklung“ (ebenda). Und: Wenn die Wirklichkeit mit dieser Propaganda nicht übereinstimmt, dann wird halt die Wirklichkeit „angepaßt“.

Dieses stillschweigende Akzeptieren des Lohnabbaus ist quer durch die DGB-Gewerkschaften vereinheitlicht. Führend bei der Entwicklung dieser tarifpolitischen Orientierung war und ist die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, deren Vorsitzender Döding feststellte: „Es kann natürlich jetzt bei veränderten Verteilungsperspektiven und bei gewandelten Wünschen und Bedürfnissen der Mitgliedschaft auch zu einer anderen Gewichtung der Forderungen in der Tarifpolitik kommen“. „Wir (die NGG) haben „geringere Einkommenserhöhungen auch schon ganz bewusst hingenommen“ (in dem Gespräch in Die Zeit, 2.3.79). Assistiert wird er vom IG Chemie Vorsitzenden Hausschad, der um Verständnis bittet, wenn die Gewerk-

schaftsmitglieder sich „nicht so schnell daran gewöhnen können, daß zweistellige Zuwachsraten beim Einkommen nicht mehr vorhanden sind. Daran muß man sich möglicherweise auch beim privaten Lebensschnitt erst noch gewöhnen“ (ebenda).

Döding und die NGG-Spitze wollen, daß „die traditionelle, mehr quantitative Lohnpolitik künftig eine geringere Rolle spielen wird“, dafür soll „mit dem einen oder anderen möglichen Prozent Lohnerhöhung (wohingemerkte: weniger Erhöhung! Anm. d. Red.)... die Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer sowie Schichtarbeiter und ein längerer Urlaub für alle Arbeitnehmer finanziert werden“ (Vorwärts, 18.1.79).

Nach Modellrechnungen des WSI (Wirtschaftsinstitut des DGB) löse eine Stunde weniger Arbeitszeit täglich für Arbeiter über 55 Jahre „in der gesamten Wirtschaft eine Nachfrage nach 280.000 zusätzlichen Arbeitskräften aus“ (ebenda).

Dieser „Modellrechnung“ mag man in der Realität entgegenhalten: Die Statistik behauptet, daß die IGM-Rechnung 400 neue Arbeitsplätze schaffen sollte, die weitere Lotteriekugel der Massenentlassungen nicht aufhalten können.

Rationalisierung in den Gewerkschaftsvorstandstagen

Die gewerkschaftsinterne Tarifpolitik konzentriert sich auf die Abwehr der Folgen der Rationali-

Die gewerkschaftsinterne Tarifpolitik konzentriert sich auf die Abwehr der Folgen der Rationalisierung der „quantitativen Tarifpolitik“ (Lohnpolitik) soll jetzt die „qualitative“ folgen. Die Gewerkschaft NGG konzentriert sich dabei auf mehr Freischichten für ältere Arbeiter, die IG Druck versucht, den Arbeitsplatzabbau durch Schutztarifverträge gegen die Einführung neuer Technologien aufzuhalten, ohne daß dieser Prozeß bisher aufgehalten werden konnte. Die IG Chemie konzentriert sich auf die Verbesserung „der zum Teil überholten Lohn- und Gehaltsstrukturen“. „Entgelttarifvertrag“ genannt (Gewerkschaftspost 5/79 „Neue Schwerpunkte der Tarifpolitik“). Der IGM-Vorstand hat sich diese Ziele gesetzt:

- Erholzeiten auch für Nichtleistungslöhner

- Schutz vor Abgruppierung

- Rationalisierungsschutz und Qualifikationsicherung

- Übernahme der in der Chemie diskutierten differenzierten Lohnbeurteilung (Entgelttarif)

Diese neue tarifpolitische Orientierung gibt aber die brennenden Fragen und Probleme, die auf die Werkstätten zukommen, keine brauchbare Antwort. Der IG Druck Vorsitzende Mahlem kommt in seiner Auswertung der Drucktarifrunde nicht über Allgemeinplätze hinaus: „Alle Gewerkschaften sind daher aufgefordert, neue Wege zu suchen, um dieser Herausforderung (der Unternehmer) zu begegnen“, und „Schon heute ist es unsere Aufgabe, über neue Formen der tarifpolitischen Auseinandersetzung nachzudenken“ (Druck und Papier, 5/79).

Die IG Metall wird in ihren Forderungen etwas konkreter und faßt vier Punkte zusammen:

1. „Neue Formen der Bewegung“

Fortsetzung auf Seite 36

35-Std.-Woche

Uns ist das Ziel



Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung erlitt durch die gewerkschaftliche Tarifpolitik 1979 einen schweren Rückschlag

HSW-Arbeiter klagt:

Verfassungsschutz auf Anklagebank

Weder Nikolaus Piontek, Anwalt des Schlossers Rainer Grimm, noch der vorsitzende Richter konnten sich einstellen, daß es ein derartiges Verfahren in Westdeutschland schon einmal gegeben hat. Ein Spitzel-Opfer verklagt den Geheimdienst - ein derartiger Prozeß hat schon deswegen Seltenheitswert, weil der Betroffene für gewöhnlich gar nichts über die gegen ihn gerichtete Ausspähung erfährt. Polizei und Nachrichtendienste haben mittlerweile die Daten von Millionen Bürgern in ihren Computern erfasst. Die elektronischen Informationssysteme der Polizei und der drei westdeutschen Geheimdienste sind zusammengeschaltet und enthalten nach Angaben des Bundesdatenschutzbeauftragten, Hans-Peter Bull, die Daten von fünf Prozent aller Bürger; der „Spiegel“ nennt noch weit höhere Zahlen. Trotz der Vielzahl der erfaßten Personen bewegt sich das Gericht auf juristisch noch unerforschtem Gebiet.

Dem Kläger Grimm geht es darum, die Rolle des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz (LFV) bei seiner Entlassung durch die Hamburger Stahlwerke (HSW) im Herbst 1976 aufzuklären. Außerdem will er eine Verurteilung des LFV dahingehend erreichen, daß das Amt die Weitergabe von Informationen über seine Person „an andere als staatliche Stellen in Zukunft unterlassen wird“ (so die

Hamburger Betrieb zu den Kunden des Verfassungsschutzes gehörte). Die Gewerkschaftszeitung „Metall“ nannte die Zahl von 10.000 überprüften Arbeitern und Angestellten in der Hansestadt. Während die Schnuffeleien im Öffentlichen Dienst unter dem Stichwort „Berufsverbote“ schon breit in der politischen Diskussion waren, spielte sich die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit den Personalchefs der Privatfirmen bis zu den Enthüllungen Rudolf Schmidts weitgehend unbemerkt, aber für die Betroffenen nicht minder folgenreich ab.

In dieses dunkle Kapitel geheimdienstlicher Praxis Licht zu bringen und seine Rehabilitierung zu erreichen, ist das Anliegen Rainer Grimms. Im einzelnen will er das LFV verpflichten lassen:

„1. mitzuteilen, ob das Landesamt für Verfassungsschutz den Kläger betreffende Informationen an andere als an staatliche Stellen weitergegeben hat;
2. falls dies zutrifft, dem Kläger mitzuteilen, um welche Informationen es sich dabei um einzelnen handelte und an wen die Informationen gegeben wurden;
3. zu erklären, daß die Weitergabe an andere als staatliche Stellen in Zukunft unterlassen wird.“

Dabei stützt sich Rainer Grimm auf Erklärungen seines früheren Personalchefs Schmidt, die dieser zu den Um-

legte sich Regierungsdirektor Lamprecht, Prozessvertreter der Hamburger Innenbehörde, auf's „Mauern“. Der Verfassungsschutz habe auf die telefonische Anfrage von HSW, ob Grimm an sicherheitsgefährlichen Stellen des Betriebes beschäftigt werden könne, lediglich mitgeteilt, daß keine Bedenken bestünden. Auch habe das Amt keine Informationen an andere Betriebe weitergegeben. Um diese Schutzbehauptung zu widerlegen, hat Rechtsanwalt Piontek eine Feststellungsklage eingereicht, so daß es zu einer Beweisaufnahme kommen wird.

Dabei ist die Beteiligung des Verfassungsschutzes an Grimms Entlassung mittlerweile in einem anderen Prozeß gerichtlich festgehalten. Es ging dabei um Grimms Klage auf Wiedereinstellung bei HSW (die er nur deshalb verlor, weil nach Auffassung des Arbeitsgerichtes die hohen Krankheitszeiten einen ausreichenden Kündigungsgrund darstellten). In der Urteilsbegründung stützt sich das Arbeitsgericht auch mit den Aktivitäten des Verfassungsschutzes auseinander und kommt dabei zu der Feststellung: „Die Beweisaufnahme hat ... ergeben, daß die Beklagte [also HSW, Anm. d. Verf.] sich nach einer Denunziation des Klägers durch den damaligen Betriebsrat bei der Geschäftsleitung der Beklagten Auskünfte über den Kläger beim Landesnachrichtendienst [Landesamt für Verfassungsschutz] eingeholt hat. Nach der daraufhin erteilten Auskunft hatte der Kläger an Demonstrationen teilgenommen, ohne daß der Zeuge Schmidt sich daran erinnern konnte, um welche Demonstrationen es sich gehandelt hatte. [...] An der Glaubwürdigkeit des Zeugen Schmidt zu zweifeln, besteht ... kein vernünftiger Grund“ (Urteilsbegründung des Arbeitsrichters Nordmann).

Verfassungsschutz vorverurteilt
Herausgabe der Akte

Eine lebhaft entwickelte sich vor dem Verwaltungsgericht um den dritten Punkt von Grimms nun laufenden Klage gegen den Verfassungsschutz, nämlich die geforderte Erklärung, daß zukünftig Informationen nicht mehr an nicht-staatliche Stellen weitergegeben werden sollen. Eine derartige Erklärung lehnte Regierungsdirektor Lamprecht ab und wollte lediglich versichern, daß sich der Verfassungsschutz „an die geltenden Gesetze halten werde“.

Das war dem Gericht allerdings zu dürftig. Bei näherem Nachfragen stellte sich dann auch schnell heraus, daß der Verfassungsschutz in gängiger Praxis die meisten Informationen telefonisch weitergegeben hatten, oder über persönliche Bekanntschaften mit den jeweiligen Personalchefs Lamprecht: „Man hat ja so seine Kontakte“.

Als Kernpunkte des Streits schälte sich die Frage heraus, ob Grimm eine Gefahr für die FdGO sei, denn nur wenn die Frage bejaht wird, besteht eine Gefahr für die FdGO, denn nur unter dieser Bedingung, so der § 62 des neuen Hamburger Verfassungsschutzgesetzes, ist eine Weitergabe von Informationen an nicht-staatliche Stellen unter bestimmten Umständen überhaupt zulässig. Um nun zu erfahren, ob Grimm eine Gefahr für die Verfassung ist, müsse der Verfassungsschutz die Akte Grimm dem Gericht offenbaren. Denn, so die Richter, man müsse auch prüfen, wo für den Geheimdienst der Verfassungsschutz den Anforderungen bei der Teilnahme an Demonstrationen gegen die Neonazis, bei Anti-Atomkraft-Aktivitäten oder wo sonst? Lamprecht lag daraufhin zunächst: „Es gibt keine Akte Grimm“, und verlegte sich dann, als die Richter auf der Offenlegung der Vorgänge bei HSW beharrten, auf eine trotzig Haltung: „Sie glauben doch wohl nicht, daß wir die Akten rausgeben? Die sind schließlich geheim.“

Die Richter, sichtlich empört über das selbstherrliche Auftreten des Verfassungsschutzes, wollen nun die Akte über eine Verwaltungsklage beschaffen. Der Prozeß soll demnächst mit der Beweisaufnahme fortgesetzt werden.

Hamburger Senat
beschließt Neuregelung
des Geheimdienstes

Der sich anbahnende Streit um die Herausgabe der HSW-Akte, ohne die von einer Aufklärung des HSW Skandals keine Rede sein kann, dürfte auch eine neue Regelung für den „Geheimdienst in Lebens- und verteidigungswichtigen Betrieben“ auf eine erste politische und juristische Probe stellen, die Innensenator Werner Staak am 10. Mai der Presse vorstellte. Mit dieser Regelung verfolgt der Ham-

burger Senat erklärtenmaßen das Ziel, „das Mißtrauen gegen die Arbeit des Verfassungsschutzes abzubauen.“ Doch wie auch schon in den bisher bestehenden gesetzlichen Bestimmungen werden den Betroffenen noch nicht einmal die wenigen Rechte eingeräumt, die den Opfern des berüchtigten Radikalen-Erlasses immerhin noch zustehen. So wird überprüft Beschäftigten der privaten Wirtschaft weder das Ergebnis der Überprüfung mitgeteilt, noch haben sie die Möglichkeit, falsche Informationen richtigzustellen oder sie gerichtlich überprüfen zu lassen. Damit ist ein wesentliches Grundrecht, nämlich die jederzeitige Möglichkeit zur Anrufung der Gerichte, de facto außer Kraft.

Vorwege ein Alibi für zu erwartende spätere Auseinandersetzungen. Schon während des HSW-Skandals hatte sich Staak darauf berufen, daß der Betriebsrat in allen Entscheidungen zugestimmt hätte...

Kontroll-Ausschuß:
Verdunkeln ist Trumpf

Kernstück des im Frühjahr 1978 verabschiedeten neuen Hamburger Gesetzes über den Verfassungsschutz ist der sechsköpfige Kontroll-Ausschuß, der eine parlamentarische Kontrolle des Geheimdienstes sicherstellen soll. Daß es tatsächlich nicht um demokratische Kontrolle, sondern um eine

Privatbetrieb im Range einer Behörde? Antragsformular des Hamburger Verfassungsschutzes.

Vor diesem Hintergrund ist der Streik um die HSW-Akte von grundsätzlicher Bedeutung, zumal es bisher keine Urteile in ähnlichen Verfahren gibt.

Viel Kosmetik, wenig Substanz

Auf drei verschiedenen Ebenen werden diejenigen Betriebe geführt, die sich der Informationen des Verfassungsschutzes bedienen können. Es sind dies 1. Betriebe mit Rüstungs-Produktion (lieferte beim Bundeswirtschaftsministerium), 2. sogenannte „Lebensnotwendige und verteidigungswichtige Betriebe“ (lieferte beim Bundesinnenministerium) und 3. zusätzlich eine eigene Liste von Betrieben, die der Hamburger Senat für „Lebens- und verteidigungswichtig“ hält. Darüberhinaus bekam bisher praktisch jeder Kapitalist Auskünfte vom Verfassungsschutz, sofern er sich „ausgespätet oder bedroht“ fühlte. Dieser hemmungslose Wildwuchs hatte bei Bekanntwerden zu erheblicher politischer Unruhe geführt. So sah sich der Senat jetzt veranlaßt, zumindest die „Hamburger Liste“ von bisher angeblich 35 auf sieben Betriebe zu kürzen.

Weiterhin steht die neue Regelung dem Betriebsrat zur Verfügung.

Weiterhin steht die neue Regelung vor, daß Überprüfungen nur noch in den ausdrücklich als „sicherheitspolitisch“ bezeichneten Abteilungen stattfinden. Diese Bereiche sollen von der Geschäftsleitung gemeinsam mit dem Betriebsrat festgelegt werden.

Vor der Einstellung soll der betroffene Bewerber von der beabsichtigten Überprüfung informiert werden. Jedoch soll es das Ergebnis der Überprüfung, wie schon erwähnt, nicht erfahren.

Unberührt von dieser Regelung bleiben die ca. 100 Betriebe der Hansestadt, die auf den Bundeslisten stehen und vom Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln „betreut“ werden. Über die Praxis dieser „Bundesstützen“ ist bisher nur wenig bekannt geworden.

Außerdem wundert es auch die Bestimmung, daß die zu überprüfenden Betriebe von den Geschäftsleitungen mit dem Betriebsrat festgelegt werden. So hat der Senat keinerlei Kriterien dafür festgelegt, was denn nun eigentlich „sicherheitspolitisch“ ist und was nicht. Den Betriebsräten wird hier also eine Aufgabe gestellt, ohne daß die materiellen rechtlichen Voraussetzungen geklärt sind. Offensichtlich vertraut der SPD-geführte Hamburger Senat darauf, daß es nicht zu Differenzen zwischen den Kapitalisten und den Betriebsräten kommt - eine Annahme, die von der Tatsache gestützt wird, daß fast alle wichtigen Hamburger Betriebsräte fest in der Hand sozialdemokratischer Betriebsgruppen sind. Und oberster Boss der SPD-Betriebsorganisation AFA ist wiederum Innensenator Staak! Indem der Senat die Verantwortung auf die Betriebsräte schiebt, verschafft es sich schon in

Berührungspunkte für die Öffentlichkeit, machte in dankenswerter Offenheit das SPD-Landesvorstandsmitglied Henning Vorschau deutlich. Er ist Mitglied dieses Ausschusses.

Vor sozialdemokratischen Juristen teilte er Anfang April mit, daß der Ausschuß bisher keinerlei Berichte über seine Tätigkeit erstellt habe und dies auch für die Zukunft nicht beabsichtige.

Auf die Frage, wie der Ausschuß die bisher bekannt gewordenen Fälle der Verfassungsschutz-Aktivitäten in den Betrieben behandeln wird, teilte er mit, daß die sich vor ihm auftretenden Fälle keineswegs einheitlich sein werden. Diese Fälle könnten nur durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß geklärt werden, der dazu vom Landesparlament eigens beschlossen werden mußte. Vorschau selbst rief seinen Parteigenossen aber von derartigen Initiativen ab, weil sie für die SPD „ein Eigenior“ werden würden.

Der Mann weiß, wovon er redet!

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Dringender Spendenaufruf!

Der Prozeß Grimm gegen Verfassungsschutz hat schon aufgrund seiner Einmaligkeit grundsätzliche Bedeutung. Darüber hinaus zeichnet sich ab, daß das Verfahren aufgrund der an vielen Punkten unklaren Rechtslage und der politischen Bedeutung auch für den Staatsapparat sehr langwierig werden kann. Prozeß kostet Geld. Rainer Grimm war lange Zeit arbeitslos und ist zur Zeit umschüler. So sind seine Erfolgsaussichten in diesem Prozeß nicht zuletzt auch davon abhängig, ob er handfeste finanzielle Unterstützung von der demokratischen Öffentlichkeit erhält. Hier ist jeder „Verfassungsschutz-Gegner“ angesprochen! Das Verwaltungsgericht hat Rainer zu zwei Punkten seiner Klage das beantragte Armenrecht verweigert, zum dritten Punkt ist noch keine Entscheidung gefallen. Wir bitten deshalb alle AK-Leser sehr solidarisch, spenden reichlich!

Spendenkonto: 218 2832 800
Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg
BLZ 200 101 11
Stichwort: HSW-Geschädigte

Kontaktadresse:
Rainer Grimm
Hayestraße 20
205 Hamburg 80
Tel.: 040/ 724 52 05



Olaf Poth:
Betriebschutz

Aus: IGM Zeitung „Metall“

Klagechiffre

Daß der Verfassungsschutz bei der Entlassung von Rainer Grimm kräftig mitgemischt hat, wird eigentlich nur noch von den Observierern selbst bestritten. Im Rollen kam der Fall im Frühjahr 1977, als nach der ausgeschiedene stellvertretende HSW-Personalchef Rudolf Schmidt die Presse darüber informierte, daß die HSW-Personalabteilung seit Jahren eng mit dem Hamburger Verfassungsschutz gegen die HSW-Beschäftigten konspirierte (ihre AK-Leser werden die Affäre noch gut in Erinnerung haben). Schmidts Enthüllungen lösten eine wilde politische Lawine aus. Mehrere Wochen lang wurden in der Presse immer neue Fälle aufgedeckt, wo Privatfirmen ihre Mitarbeiter vom Verfassungsschutz überprüfen ließen. Der Kaufhauskonzern Karstadt war daran ebenso beteiligt wie Großbäckereien und Schuhhöfe. Die Skandal wurde zum heißen Wahlkampfthema bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen. Die Enthüllungen ließen den Rückschluß zu, daß nahezu jeder halbwegs bedeutsame

Ständen von Grimms Entlassung gegenüber dem Regionalamt fersah ab: „... ich erinnere mich zum Beispiel an den Fall Grimm ... Dieser Mitarbeiter hatte aufgrund von zwei schweren Unfällen sich an den Betriebsrat gewandt und hat um die Überprüfung der Sicherheitsvorkehrungen gebeten. Und er hat es also wahrscheinlich hartnäckig verfolgt. Dieser Herr Grimm wurde vom Betriebsrat an den Personalchef Kappeler weitergeleitet. Die eingeleitete Überprüfung ergab dann eben, daß Herr Grimm politisch aktiv wäre, daß er ein engagierter Gewerkschafter wäre - das war bekannt - und daß Herr Grimm an einer Demonstration gegen eine NPD-Versammlung teilgenommen hatte. Und das war also mit der Anlaß. Der Abteilungsleiter wurde praktisch von Kappeler angewiesen, eine Beurteilung über den Mann abzugeben und die natürlich negativ ausfallen mußte. Ich kann also sagen, daß in solchen Fällen Beurteilungen gefälscht wurden.“

Trotz dieser klaren Aussagen ver-

Seid verschlungen, Millionen! Neues Rekordergebnis bei Daimler-Benz

Trotz des Metallstreiks im Frühjahr 1978, der „Daimler als einziges Autounternehmen voll getroffen und zu einem Umsatzausfall von etwa 1 Milliarde DM und zu beträchtlichen Ertragsrückfällen geführt hat“ (FAZ 6.5.79), wurde die Dividendensumme gegenüber dem Rekordjahr 1977 nochmals um 15 Millionen auf 243 Millionen DM erhöht.

So richtig losgehen soll es allerdings erst in den nächsten Jahren. Von 1979 bis 1983 sollen in der BRD insgesamt über 10 Milliarden DM investiert werden (dazu noch 1,3 Mrd. in den ausländischen Werken). Bei einem Auftragspolster von derzeit 900 000 Bestellungen im PKW-Bereich ist die Produktion für die nächsten zwei Jahre voll ausgelastet. Um die winkenden Profite schneller realisieren zu können, sollen die Investitionen vor allem in den PKW-Produktionswerken stattfinden. „Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Werk Bremen, der ehemaligen Borgward-Fabrik, das neben Sindelfingen zum zweiten großen PAW Montagewerk ausgebaut wird“ (SZ 16.5.79). Welche Millionen der Daimlerkonzern dabei vom Bremer Senat kassiert, darüber haben wir bereits in AK 152 berichtet. Von den anfangs versprochenen 15 000 Arbeitsplätzen bis 1984 bleiben jetzt nur noch 8 000 (zur Zeit arbeiten in Bremen ca. 6 000 Kolleg(innen)).

Insgesamt sollen bei dem Milliardenprogramm 2600 neue Arbeitsplätze geschaffen werden (bei immerhin über 140 000 Beschäftigten!).

Daß die Schaffung von Arbeitsplätzen sicher nicht das Ziel der Investitionen ist, wird deutlich, wenn man einmal den geplanten Anstieg der Arbeitsplätze von ca. 1,85% dem der Produktion gegenüberstellt, die „in den nächsten Jahren um 4 bis 5% pro Anno (jährlich)“ (SZ 16.5.79) steigen soll.

Das kann natürlich nur mit einer verschärften Auspressung der Arbeitskraft erreicht werden. Die Kollegen in Untertürkheim haben schon einen Vorgeschmack auf diese Rationalisierungsmaßnahmen genießen können.

Die Auseinandersetzungen im Motorenprüffeld

Im Februar legten die Kollegen im Motorenprüffeld die Arbeit nieder. „Das neue Motorenprüffeld“

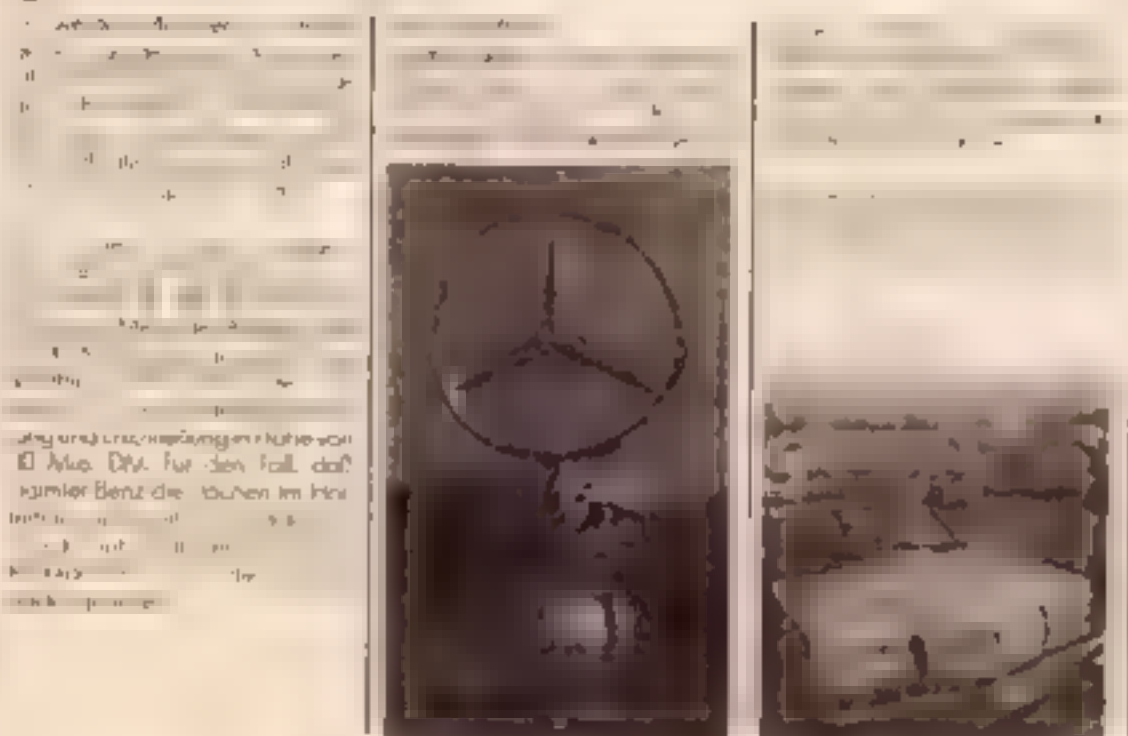
– Eine der modernsten Anlagen dieser Art (nach Aussage der Werksleitung). Alle Vorgänge werden durch Computer gesteuert und überwacht.

– Jeder dritte Arbeiter von den im alten Motorenprüffeld Beschäftigten wird eingesparrt. Gewinn für die Firma: ca. 1 500 DM Lohnkosten pro Stunde.

– Jeder dritte Arbeiter von den im alten Motorenprüffeld Beschäftigten wird eingesparrt. Gewinn für die Firma: ca. 1 500 DM Lohnkosten pro Stunde.

– Was bisher ein Arbeiter gemacht hat: Motor aufbauen, einlaufen lassen und prüfen, nacharbeiten und Motor abbauen (20 Motoren in der Schicht) ... ist an den neuen Anlagen auf drei Arbeiter aufgeteilt: Rüster, Prüfstand-Bediener und Nacharbeiter (100 Motoren in der Schicht)“ (Aus einer Information der oppositionellen Betriebsräte in Untertürkheim). Von den 221 Beschäftigten sollen 77 ausgespart werden. Von den restlichen 144 sollen 87 um 1 bis 6 Arbeitswette (AW) abgruppiert werden. Das würde Einkommensverluste bis zu einer Mark pro Stunde bedeuten („Metall“, 5/79).

Warum Bremen mit Mercedes garantiert gut fahren wird.



Mit einer Hochglanzbrochüre, die kostenlos an alle Haushalte verteilt wurde, wirbt der Bremer SPD-Senat für seine Finanzierung des Daimler-Benz-Ausbaus.

Die Geschäftsleitung ist nicht bereit, den Kollegen ihren alten Lohn auf Dauer zu garantieren. Der Lohnrahmentarifvertrag II, von den IGM-Führern immer wieder als „Absicherungsvertrag“ gegen Rationalisierungsfolgen gepriesen, verschleierte diese Tatsache nur, ohne die Talfahrt der Löhne aufzuhalten. So haben die Kollegen der oppositionellen Hoß-Mühlens-Gruppe ausgerechnet, daß Kollegen, die von 26 AW auf 20 AW abgruppiert werden, bis 1984 2,14 DM die Stunde weniger haben, als wenn sie nicht abgruppiert würden. Kollegen, die in den Zeitlohn übernommen werden, können sogar 1984 83 Pfennig die Stunde weniger als 1979 in der Lohnliste haben – zwischenzeitliche Lohnsteigerungen schon mitgerechnet!

Derwegen haben die oppositionellen Betriebsräte eine Betriebsvereinbarung, die die Rationalisierung im Motorenprüffeld besiegelt, abgelehnt. Im Gegensatz dazu verkaufte die IGM-Mehrheit im Betriebsrat die Vereinbarung als „Erfolg bei Daimler-Benz Abgruppierung verhindert“ („Metall“, 9/79), obwohl darin praktisch festgelegt wird:

„1. Die Arbeiter an den Prüfständen und an den Rüstplätzen im neuen Motorenprüffeld dürfen ihre Vesperpause (Frühstück) und ihre Erholungspausen nicht mehr in der allgemein üblichen Form als gemeinsame Pausen zu festgesetzten Zeiten nehmen.“

2. Diese Kollegen dürfen in Zukunft ihren Arbeitsplatz – außer zum Mittagessen – nur noch verlassen, wenn sie von einem Springer abgelöst werden.“

„Die Betriebsvereinbarung zum Motorenprüffeld, die jetzt abgeschlossen wurde, enthält nur die Forderungen der Werksleitung. Die Forderungen der Arbeiter sind unter den Tisch gefallen“. Insbesondere ist die Werksleitung nicht bereit, „die Qualifikation der Arbeiter im Motorenprüffeld durch vielseitige Ausbildung und den Einsatz aller in allen Tätigkeiten zu erhalten“ (Information der oppositionellen Betriebsräte).

Während in Untertürkheim und vor allem in Bremen (1,2 Mrd DM) in neue Anlagen und Maschinen investiert wird, sieht es in dem anderen norddeutschen Werk, nämlich in Hamburg-Harburg, so aus, als ent-

wicke sich das Werk zu einem Abstellplatz für ausgediente Maschinen. Zwar wird auch hier eine neue Halle, die 10,7 Mio. DM kosten soll gebaut, jedoch entspricht es nicht den Tatsachen, daß „in der Werkhalle 450 Arbeitsplätze geschaffen“ werden („Elbe-Wochenblatt“, 16.8.78). Es werden lediglich Plätze aus anderen zum Teil abbruchreifen Hallen, hier untergebracht.

Seitdem der Mercedes-Transporter nicht mehr in Harburg produziert wird, ist die Arbeit im Werk ständig beschwammiger geworden. Statt Facharbeiter sind heute einfache Maschinenarbeiter an Stanzen, Pressen, Fräsen und Bohrmaschinen gefragt. Der Arbeitswert ist im Werkdurchschnitt seit der Transporter-Verlagerung (trotz Betriebsvereinbarung) von 20,5 auf 19,5 gekunken, wobei man noch bemerkt, daß die kleine Zahl hochbewerteter Arbeitsplätze die Masse niedriger gegenüber steht.

Und jetzt soll noch die Abteilung mit bester Qualifikation verlagert werden, was den Niedergang in Harburg nur noch weiter beschleunigt. In diesem Zusammenhang sollte man sich an den Ausspruch des scheidenden Vorstandsvorsitzenden Zahn erinnern, daß „Werke unter 5 000 Beschäftigte sich für Daimler-Benz nicht lohnen“. In Harburg arbeiten derzeit ca. 2 400.

Bei den betroffenen Kollegen herrscht vielfach eine Stimmung vor, daß es ja noch nicht so weit sei und man sowieso nichts dagegen machen könne. Da die Betriebsratsmehrheit

man sowieso nichts dagegen machen könne. Da die Betriebsratsmehrheit nicht sonderlich daran interessiert ist, daß es in der Abteilung zu Auseinandersetzungen und Diskussionen über die Verlagerung kommt, wäre es Aufgabe der oppositionellen „alternativen“ die mit vier Kollegen im Betriebsrat vertreten ist, hier mal wieder aktiv zu werden.

Es darf nicht wieder passieren, daß die Betroffenen (wie bei der Transporter-Verlagerung) bis zum Letzten im Unklaren gelassen werden und hinter ihrem Rücken eine Betriebsvereinbarung ausgehandelt wird, die in der Folge Abqualifizierung und Lohnsenkungen bringt!

Metallkommission

Tarifabschluß der IG Metall ist dies der erste bekannte Versuch, örtlich wie schon 1973 Lohnerhöhungen zu erkämpfen. Bisher hat die Geschäftsleitung für einen Teil der Belegschaft eine Erhöhung von 1 DM angeboten, die Verhandlungen gehen noch weiter.

Bauknecht, St. Avoldt / Lothringen

Wochenlang freiten die Arbeiter (innen) das Werk besetzt in einen anständigen neuen Tarifvertrag zu bekommen. Der Streik wurde jetzt beendet und es wurde vereinbart, daß ab 1. April der Lohn in drei Stufen 1% erhöht wird (um 78,75 Francs ab 1.2. und weitere 50 Francs ab Mai und September).

Streiks und Proteste gegen Entlassungen

Thyssen-Gießerei, Duisburg-Meiderich

Gegen die geplante Arbeitsplatzverlängerung im Transportbereich legte am 10. Mai die Fröhschicht für eine halbe Stunde die Arbeit nieder. Bereits am 21. März d.J. traten ca. 3 000 Arbeiter und Angestellte der Thyssen-Eisenwerke in Krefeld in den Warnstreik, um gegen die geplante Stilllegung zweier Walzstraßen zu protestieren.

Hoesch-Phoenix-Hütte, Dortmund-Hörde

Knapp 500 Arbeiter demonstrieren am 14.5. gegen die Stilllegung der Drahtverfeinerung im Hüttenwerk Westfalenhütte und gegen Teilstilllegungen im Werk Phoenix. Der Betriebsrat hat einen Sozialplan ausgearbeitet.

AEG Kanis, Nürnberg

500 Beschäftigte legten am 22.5.

zum zweitenmal in diesem Jahr die Arbeit nieder. Insgesamt will die Geschäftsleitung 1979 5 000 Entlassungen vornehmen, mit denen nun begonnen werden soll.

Schraubenwerk Dorn, Herne

160 Beschäftigte erhielten am 18.5. ihre Kündigung. Bereits Ende 1977 kam es zu 130 Kündigungen. Betriebsrat und IG Metall haben in harten Verhandlungen einen Sozialplan aufgestellt.

SEL / Rheinkabel Köln

Mit mehreren spontanen Streiks, zuletzt am 8. Mai in der Früh- und Spätschicht, kämpften die ca. 700 Arbeiter (innen) des Werkes gegen die drohende Totalabschließung. Nachdem im vergangenen Jahr bereits die 900 Kollegen des Werkes Rastatt entlassen wurden, zieht SEL (hinter der ITT steht), eine sogenannte Umstrukturierung und Zentralisierung aller Produktionszweige weiter durch.



500 Hoesch Arbeiter demonstrieren am 14.5. gegen Stilllegungspläne



Frühstückskartell der drei Großbanken

Den juristischen Nachweis, daß die drei Bankriesen (Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank) bei einer „an sich harmlosen Sitzung der Bankverbands-Kommission für „Privatkundengeschäft und Marketing“ („Spiegel“, 21.5.79) Zinsabsprachen getroffen haben, konnten die Fahnder des Kartellamts natürlich nicht liefern. Die Vertreter der drei Großbanken waren nicht gut genug bezahlt, wenn sie solcherlei Dinge beweiskräftig ausplaudern würden. Und die Großbanken hatten eine Millionenstrafe zu erwarten gehabt.

Dennoch wurde durch diese Aktion der Öffentlichkeit plastisch vor Augen geführt, wie präzise die „Zufälle“ koordiniert wurden.

Am 6. April hoben die drei Bankhäuser die Zinsen für Ratenkredite in „auffällig einheitlicher Weise“ (90 Kartellamtspräsident Wolfgang Karle) an. Elf Tage später erhöhten die drei – gleichfalls gemeinsam – den Sparzins um ein halbes Prozent. Auch die Ankündigung der Erhöhung des Sparzins zeigte deutliche „Zufälligkeiten“. Am 30. März kurz vor 9 30 Uhr fand jene „harmlose“ Sitzung statt. Bis dahin gab es laut „Spiegel“ bei der Deutschen Bank noch keinen Vorstandsbeschluß über Zinsveränderungen. Kurz vor elf Uhr war jene Gesprächsrunde beendet und die hohen Herren strebten ihren

eigenen Chefetagen entgegen. Um 11 37 Uhr wurde dann der Kundenschaft der Deutschen Bank die Erhöhung des Sparzins für die Mitte des Monats April angekündigt. „Nur eine Minute später sprang der Ticker erneut an. Auch die Dresdner Bank wurde Mitte April den Zinshochziehen“ („Spiegel“). Die Commerzbank ließ sich bis zur gleichlautenden Mitteilung Zeit bis halb drei. Doch nicht nur die Zeitgleichheit erregt die Gemüter der Bankkunden – auch die gemeinsame Zeitverzögerung von elf Tagen von der Anhebung der Ratenkreditzinsen und der Sparzinsen. Allein diese elf Tage dürften den Banken Zusatzgewinne von 25 bis 40 Millionen DM gebracht haben („FR“, 9.5.79). Andere Banken hatten beide Erhöhungen gleichzeitig vorgenommen.

Die Aktion des Kartellamts wurde vom Dresdner-Bank-Sprecher empört als „geschäftsschädigendes Verhalten“ angeprangert. „Aufgebrachte Kunden hätten böse Briefe geschickt und die Banken als „Zins-schneider“ beschimpft. Die Berliner Filiale der Deutschen Bank sei gar mit Bomben bedroht worden.“ („Spiegel“) Wer schult denn hier den Terrorismus in diesem Land? Das Kartellamt – oder gar die Monopole?

HBV-Komitee

Tarif-Nachrichten

Bekleidungsindustrie

15 000 Beschäftigte der westdeutschen Bekleidungsindustrie aus 45 Betrieben des ganzen Bundesgebietes legten am 15.5. kurzzeitig die Arbeit nieder. Am 16.5. kam es zu weiteren Warnstreiks von knapp 6 000 Beschäftigten in 25 Unternehmen. Zu dieser Zeit verhandelte die Gewerkschaft Textil und Bekleidung über einen neuen Lohn- und Manteltarifvertrag. Ausgangsforderung waren 6,2% mehr Lohn und Verlängerung des Urlaubs auf 4,1% Lohn/Gehaltssteigerung und stufenweise Erhöhung des Jahresurlaubs bis 1982 auf 30 Tage. Der neue Manteltarif (Erhöhungszuschläge u.ä.) tritt 1980 in Kraft. Der Präsi-

dent des Verbandes der Bekleidungsindustrie, der hessische Kinderhosenhersteller Robert Lössch, ließ am zweiten Tag des Warnstreiks in seinem Werk die Maschinen abstellen. Aussparung nannte er das. Die Gewerkschaft will im Falle von Lohnausfall vom Gericht ziehen.

Streik für eine Teuerungszulage bei der Spiess AG in Düseldorf

Wie die TAZ am 10.5. von der Geschäftsleitung der Spiess AG (Werkzeugmaschinenbau) erfuhr (die IG Metall und der Betriebsrat verweigerten jede Auskunft), haben am Mai 90% der 1 300 Beschäftigten eine halbe Stunde für eine Teuerungszulage gestreikt. Nach dem massen-

Bundesregierung will Arbeitsförderungs-gesetz verschlechtern

Demnächst ist es also so weit, die 5. Novelle zum Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) wird voraussichtlich Ende Mai durch die entscheidenden Instanzen im Bundestag gehen und verabschiedet werden. Mitte Mai haben die zuständigen Arbeitsmarktpolitiker der beiden Regierungsparteien nochmals die vorgeschlagenen Änderungen des AFG beraten, und dabei **neuf weitreichende Änderungen** ... **verzielt** (FR, 17.5.). D.h., daß die vom Bundesarbeitsminister Ehrenberg im Herbst letzten Jahres veröffentlichte Novelle zum AFG, die in der Grundtendenz den berechtigten Runderlaß 230 der Bundesanstalt für Arbeit nachzuziehen, Gesetzeswirklichkeit werden wird.

„Zumutbarkeit“ bleibt erhalten

Im Zentrum dieses Änderungsgesetzes steht die Verschärfung der „Zumutbarkeitsklauseln“, die die Grenzen für eine Abmilderung einer durch ein Arbeitsamt angebotenen Arbeit wesentlich enger ziehen. Zunächst wird den Arbeitslosen zugestanden, das Arbeitsamt täglich aufzusuchen. Sodann wird nach dem neuen Gesetz eine Art auch dann für „zumutbar“ erklärt, wenn damit für den Arbeitslosen ein anderer Träger der gesetzlichen Rentenversicherung zuständig wurde. (1) Damit wird jedem Arbeitslosen vorgeschrieben, auch solche Arbeitsstellen anzunehmen, die unter seinem bisherigen Qualifikationsniveau liegen. Ein Ingenieur müßte danach auch den Job eines Schweißers, eine Facharbeiterin auch die Arbeit als Packerin annehmen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, mit einer Sperrfrist belegt zu werden, während der ihnen kein Arbeitslosengeld oder -hilfe ausbezahlt wird.

Ein Arbeitsplatz muß auch dann angenommen werden, wenn der Beschäftigungsort nicht täglich erreichbar ist. (2) Im Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) wurde diese „Mobilitätsverschärfung“ dahin erweitert, daß auch Wochenendpendeln zumutbar ist, wenn der Befehlende sechs Monate ohne Arbeit war oder wenn für den Arbeitnehmer in Betracht kommende Arbeitsstellen in einer günstigen Entfernung zum Wohnort nicht vorhanden sind. (3) In diesem Rahmen wurde auch die Notwendigkeit eines Umzuges vorgeschrieben, auch wenn die Bindungen an Verwandtschaft und Freundeskreis abbrechen oder schulpflichtige Kinder aus der Schule genommen oder der Ehepartner den Arbeitsplatz verlieren würde.

Jede dieser tiefgreifenden Veränderungen der Lebenssituation des betroffenen Arbeitslosen wird als „zumutbar“ betrachtet, und es ist geradezu ein Hohn, wenn einer der sozialliberalen Arbeitsmarktpolitiker während der Diskussionen sagte: „Man kann darüber nachdenken, ob man einiges sozialer macht, aber man kann nicht pauschal sagen, das wird gestrichen und jenes wird gestrichen.“ (FR, 15.5.)

Mit dieser Verschärfung der Zumutbarkeitsklauseln wird der schon sehr oft geäußerte Wunsch der Unternehmern nach mehr „Mobilität“ der Arbeitskräfte eingestrichen. Im November 1977 forderte der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums eine Änderung der Politik der BfA. Unter der Annahme, daß viele Arbeitslose eigentlich gar nicht arbeiten wollen, sollten die Bestimmungen über die Voraussetzungen zum Weiterbezug des Arbeitslosengeldes dahingehend geändert werden, daß ein Anreiz zur Annahme auch einer schlechter als früher bezahlten und einer anderen als der gewohnten Beschäftigung geschaffen wird. Und **„darüberhinaus ist es nötig, die Kriterien für „zumutbare Arbeit“ bei Stellenangeboten zu prüfen und sie gleichzeitig präziser sowie schärfer zu fassen als bisher“**. „Die fehlende berufliche Mobilität der Arbeitnehmer wurde ebenfalls als ein Hemmschub angesehen. „Dies dürfte die wachstumsnotwendigen Umsetzungen auf die Dauer

aber weniger behindern als die unzureichende regionale Mobilität. Die Arbeitslosenquote liegt in einigen Regionen noch immer beträchtlich höher als in anderen“ (3).

„Arbeitsförderung“ nach dem Willen der Unternehmer

Ausgangspunkt dieser Einschätzungen und Forderungen ist auch für den Wissenschaftlichen Beirat, daß für die nächsten Jahre in der BRD ein Umstrukturierungsprozeß in den Produktionsbereichen vollzogen wird, der von einer ungleich höheren Arbeitslosigkeit als wie sie zur Zeit herrscht begleitet sein wird.

Um noch einmal darzustellen, unter welchen Aspekten die sozialliberalen Koalition ihre Arbeitsmarktpolitik ausrichtet, erklärte z.B. Helmut Schmidt im Herbst 1977 u.a. zum Strukturwandel in der kapitalistischen Wirtschaft: **„Wir vermögen die Grundrichtung (des Strukturwandels) nicht zu ändern. Aber die Sinne nach zu erkennen, z.B. arbeitsintensivere Produktionen in der Dritten Welt, kapitalintensivere Produktionen in den westlichen Industrieländern. Und es ist auch zu erkennen, daß damit eine Verlagerung von Arbeitsplätzen einhergeht, mindestens aber eine Verlagerung von Arbeitsplätzen.“** (4)

Auch die Änderung des AFG ist als ein Versuch der Anpassung an diese Entwicklung zu sehen, die heute schon existierende und zukünftig steigende Massenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Die erst vor kurzem in den entsprechenden Zeitungen breitgetriebene Propaganda von den „arbeitsunwilligen Arbeitslosen“ dürfte unter den Betroffenen seine Wirkung nicht verfehlt haben. Mit der jetzt geplanten Diskussion um die Verschärfung der Zumutbarkeitsklauseln und der steigenden Zahl der Sperrzeiten wird auch das Bild des heute arbeitslosen Kollegen in der Position zugewichen, daß sie gefälligst zu nehmen haben, was ihnen angeboten wird. Künftig wird es aber wohl durch die Veränderung des AFG die Kosten für die von den Unternehmern verursachte Arbeitslosigkeit des betroffenen Kollegen auf geladen werden. Demnach ist Tagelohn, daß durch die hohe Arbeitslosigkeit die BfA wesentlich mehr Geld ausbezahlen mußte, und damit ein Loch in den Bundeshaushalt riß, reagierten die Offiziellen der Bundesbank mit folgendem Vorschlag: **„Damit die BfA in den nächsten Jahren zu einem**

finanziellen Gleichgewicht zurückkehren kann, bedürfte es wohl einer stärkeren Verringerung der Zahl der unterstützten Arbeitslosen, als sie sich bisher – trotz schon sehr positiver Ergebnisse – abzeichnet.“ (5)

Flaute Kritik des DGB

Angesichts all dieser Angriffe auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung nimmt sich die Kritik des DGB schon gewollt blaß aus. So sieht er denn auch neben einer **„begrüßenswerten allgemeinen Zielsetzung in §103“**, bezogen auf die Versicherung, daß immer der **„Einzelfall geprüft“** werde, lediglich die **„Tendenz, an die Stelle vorausschauender Arbeitsmarktpolitik kurzfristige Anpassungsmaßnahmen und den noch häufigeren Gebrauch von Zwangsinstrumenten“** zu setzen (FR, 9.2.). Vor diesen zaghaften Versuchen, die Klarheit gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichteten Maßnahmen der so genannten Koalition zu kritisieren, liegt jedoch letztlich die Zustimmung zum Runderlaß 230 der BfA durch die Gewerkschaften. Und so ist unter der BfA Verwahrung und so ist unter schwierigen Umständen, wie sie in der **„Welt der Arbeit“** (DGB-Organ) am 5.10.78 nach offiziellem Bekanntwerden des Runderlaß 230 gestanden haben: **„Jetzt wollen die wirklich Arbeitsunwilligen härter angefaßt und den Arbeits- und Umschulungswilligen gezielter geholfen werden.“** Wenn nun solch eine Gesetzesänderung ohne größeren Widerstand von Seiten der arbeitenden Bevölkerung und der Gewerkschaftsbasis vom Bundestag verabschiedet werden kann, so liegt dies nicht zuletzt daran, daß der DGB seine Rolle gut gespielt hat, die ihm Helmut Schmidt vergab, im Umgang mit den arbeitslosen Kollegen bei Schmidt den Rat: **„Es kommt ... darauf an, ihm zu sagen, daß er nicht dieselbe Arbeit wiederfinden kann. Das muß er auch innerlich akzeptieren. Das muß ihm auch von seiner Gewerkschaft gesagt werden.“**

Wirtschaftskommunikation

- Anmerkungen
- 1) ...
- 2) Dienstlaß Runderlaß der BfA, ZfM/78, 8.8.78
- 3) Aktuelle Probleme der Beschäftigungspolitik, 29.11.77
- 4) Helmut Schmidt vor der Bundesarbeitsverwaltung am 10.9.77
- 5) Wirtschaftswoche, 11.4.79

„Prominente“ Austritte aus der HBV

Sechs hauptamtliche Sekretäre der Gewerkschaft HBV – darunter vier

„Prominente“ Austritte aus der HBV

Sechs hauptamtliche Sekretäre der Gewerkschaft HBV – darunter vier Sekretäre beim Hauptvorstand (Althöfer, Heyll, Fuß, Fromm) hatten die „linksextrémistischen“ in der HBV (im Hauptvorstand?) nicht mehr aus.

Da die HBV von „linksextrémistischen Tendenzen“ durchsetzt und „prokommunistisch“ unterwandert sei, warfen sie das Handtuch, erklärten ihren Austritt – und wechselten über zur DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft). Ex-Sekretär Thomas Heyll bekleidet bereits einen Posten als Sekretär beim DAG-Hauptvorstand.

Offenbar will die DAG sich bei den Angestellten als rechte Alternative profilieren. Immerhin ist nicht von der Hand zu weisen, daß von 600.000 Angestellten, die sich in den vergangenen 10 Jahren gewerkschaftlich organisiert haben, nur 7.500 Mitglieder bei der DAG gelandet sind, 170.000 bei der HBV – und noch etliche in anderen DGB-Gewerkschaften.

Der Pressesprecher der HBV Christian Götz betont in einem Interview mit der „Welt der Arbeit“ vom 17.5.79: **„Für Links- und Rechtsextrémisten – es ist bezeichnend, daß die Ausgeschiedenen nur auf Linksextrémisten abstellen – gibt es innerhalb der HBV keine Basis.“** Christian Götz – Chefredakteur der HBV-Zeitung „Ausblick“ – hat bislang einer Agitation gegen das Treiben von Neonazis, gegen Generalamnestie für NS-Verbrecher und gegen die Be-

rufverbote in der Gewerkschaftszulassung merklich Platz eingeräumt. Allerdings sollten HBV-Gewerkschafter darauf achten, daß nicht rechtliche Kreise in der HBV die „Gunst“ der Stunde nutzen, um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß „Unvereinbarkeitsbeschlüsse bei uns strikt angewendet“ werden und ein paar linke Opfer präsentieren wollen.

Westberliner HBV gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Die Landesdelegiertenversammlung Westberlin der HBV hat in diesem Sinne am 13.5.79 positive Beschlüsse gefaßt. Angenommen wurden zwei Anträge, die eine stärkere Auseinandersetzung mit Ursachen und Entstehung des Faschismus und Neonazismus im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und im Bereich der schulischen Bildung fordern.

Ferner konnten sich dort Kollegen durchsetzen, die die Streichung des DGB-Unvereinbarkeitsbeschlusses forderten. **„Die Möglichkeit der Ausschüsse wegen gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens gemäß Satzung (sei) ausreichend. Ausschüsse aufgrund bloßer Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation seien politisch unglaubwürdig und trafen auch Kollegen, die durch aktive Arbeit für die Gewerkschaft das Vertrauen der Kollegen besitzen.“** („Die Neue“, 15.5.79)

HBV-Komitee

Dieses Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte „Fälle“ aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie, IG Druck, HBV und GEW (darunter mehrere Massenausschlüsse) umfassend beschrieben und dokumentiert.

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwelche unterstützen, gleichzeitig Mitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschlussterror praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende – und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandslinken zum Opfer fielen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenverschönerung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind daher auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

GEW

Disziplinarverfahren gegen Antifaschisten

Gegen den Vorsitzenden der GEW Westberlin, Gerhard Schmidt, wurde vom Bezirksamt Zehlendorf, vertreten durch den Stadtrat für Volksbildung, Plüchbahn (CDU), ein Disziplinarverfahren eröffnet.

Am 28.1.79 veröffentlichte die „Berliner Morgenpost“ (Springer) das Ergebnis einer Telefonumfrage zum Fernsehstreik Holocaust. Unter anderem wurde auch eine Stellungnahme von Gerhard Schmidt abgedruckt, der in Zehlendorf Lehrer ist. Zwei Sätze aus diesem Text lauten: **„Angesichts der vielen neonazistischen Aktivitäten auch an Schulen und „Die Erziehung, das Maul zu halten, darf nicht mehr Platz greifen“** veranlaßten das Bezirksamt bei Schmidt anzufragen, welche Konsequenzen er wisse, auf die seine Äußerungen zuträfen. Denn wenn es neonazistische Vorfälle gäbe und an Schulen dazu erzogen werde, das Maul zu halten, wolle das Bezirksamt sofort eingreifen.

Schmidt verwies in seiner Antwort auf die Umfrage des Senats für Schulwesen, die innerhalb weniger Tage 46 neue neonazistische Vorfälle zutage gebracht hatte, und regte an, mit Schwestern antifaschistische Veranstaltungen und Ausstellungen zu besuchen. Allein dies reichte dem Bezirksamt nicht. Es fragte noch einmal schriftlich nach Antwort von G. Schmidt. Dem ersten Schreiben sei nichts hinzuzufügen. Sollte jedoch Interesse bestehen, obgleichmässlichem Denken und neonazistischen Tendenzen entgegenzutreten, stehe er gern mit anderen Kollegen zu einem Gespräch zur Verfügung. Jetzt zeigte das Bezirksamt seine wahren Absichten. Es nahm das Gesprächsangebot natürlich nicht wahr, sondern leitete Vorermittlungen zu

einem Disziplinarverfahren ein.

Der Vorwurf ist mehr als absurd. Es bestehe der Verdacht, daß Schmidt seine Beratungs- und Unterstützungspflicht gegenüber Vorgesetzten verletzt habe, da er sie nicht von entsprechenden Vorfällen detailliert in Kenntnis gesetzt habe. Das Bezirksamt lud gleich zu einer Anhörung am 18.5. ein, an der Schmidt auf 4.1.10 seinen Anwalt nicht teilnahm. Daß das Bezirksamt Zehlendorf ausgerechnet über den Weg der Einschränkung der Meinungsfreiheit gegen eine „Erziehung, das Maul zu halten“ vorgehen will, ist grotesk.

In den letzten Monaten wurden mehrfach Antifaschisten mit Disziplinarverfahren belegt.

So verbot Schulsensator Ransch an Schulen die Werbung für die Diskussionsveranstaltung „Holocaust und jetzt“, für die die GEW Westberlin eine Schirmherrschaft übernommen hatte, weil dies angeblich Werbung für Verbände sei. Ransch selbst weigerte sich, die Schirmherrschaft zu übernehmen.

So wurde eine Lehrerin in Steglitz bis zu Senator Ransch zurecht, weil sie im Unterricht Waltraff Texte behandelt hat.

Ein Neuköllner Lehrer mußte bei Stadtrat Böhm erscheinen, weil er einen von der faschistischen Junta in Chile Verfolgten in den Unterricht eingeladen hatte.

Unterrichtsstunden zum Thema „Faschismus in Chile“ wurden als einseitig bezeichnet.

Daß Disziplinierungen, Berufsverbote, zügellose Schnüffelei des Verfassungsschutzes etc. den Nährboden für neonazistische Aktivitäten bilden, liegt auf der Hand.

KB/Gruppe Westberlin



Hier Kollege Sie dürfen mit noch so oft erklären, daß es diese neonazistischen Aktivitäten an den Schulen gibt, für mich und das linke Hungeropfer!

... und das linke Hungeropfer!



GEW-Erfolg bei den Personalratswahlen

Hamburg. Nach den diesjährigen Personalratswahlen an den Hamburger Schulen stellt die GEW in allen Personalräten die absolute Mehrheit. Damit konnten die beiden Bereiche Volks-, Real- und Sonderschulen sowie berufsbildende Schulen von der GEW zurückgewonnen werden, wo es seit 1976 nach der Abspaltung der „Alternative“ (rechtssozialdemokratische Gruppierung, die mit ca. 100 Mitgliedern aus der GEW austrat) von der GEW rechte Mehrheiten gegeben hatte.

Die „Alternative“ hatte im Wahlkampf mit ihrer zentralen Parole „Scharbeit statt Ideologie“ an ihre früheren Kampagnen gegen die „linksozialistisch-kommunistische Richtungsgewerkschaft“ anzuknüpfen versucht, sich aber diesmal mehr an die CDU-Kampagne gegen Gesamtschulen angehängt („Gegen die einseitige Bevorzugung der Gesamtschule“, „Gegen die Diffamierung des Regelunterrichts“). Demagogisch wandte sich die „Alternative“ gegen eine „Alles-oder-nichts-Politik“, indem sie sich „gegen die ideologiebedingte Ablehnung überbrückender Beschäftigungsverhältnisse“

B. Teilzeitverträge, Lehraufträge, ABM“ ausspricht

Demgegenüber forderte die GEW die „Abwehr unsozialer Beschäftigungsarten, also keine Teilzeitverträge, sondern Einrichtungen weiterer Planstellen. Weiterhin trat sie für die Gesamtschule ein.

Die Schwäche und Orientierungslosigkeit der „Alternative“ zeigte sich schon im vergangenen September, als sie heimlich bei Frieter um kollektive Wiederaufnahme in die GEW bat (nach der unstrittigen Bestimmung der „Fördernden Mitgliedschaft“). **„Wir können uns nicht vorstellen, daß die GEW ernsthaft bereit sein kann, auf Kolleginnen und Kollegen, die z.T. langjährig und tatkräftig ihr Engagement an einer gemeinsamen Sache unter Beweis gestellt haben, auf Dauer zu verzichten.“**

Erstes beriet im November 1978 im Geschäftsführenden Vorstand die Lage und ließ dann die „Alternative“ abblitzen.

Gewogen und zu leicht befunden, nennt der Volksmund so etwas.

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg



Rotbuch zum Rotwerden...

ARBEITERKAMPF - Verlag A. Baum
Lankheim 79, 2000 Hamburg 50

650 Seiten, Paperback
DM 22.-

ISBN: 3-88305-011-3

Portugal Landraub und Polizeiterror im Alentejo

Von den Rechten und Errungenschaften, die sich die portugiesischen Werktätigen nach dem 25. April 1974 erkämpft hatten, sind der Reaktion zwei besonders verhaßt: die autonome Gewerkschaftsbewegung und die Agrarreform.

Könnte die Bourgeoisie – trotz Gründung der von PS und PSD getragenen Spalter-Gewerkschaftszentrale UGT – auf dem Gewerkschaftssektor ihr Klassenziel, die Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft nicht erreichen, so sind ihre Erfolge auf dem Gebiete der Agrarreform bedeutender. Mit der unter der Regierung Soares 1977 ausgearbeiteten Änderung der Agrarreformgesetzte, (nach dem damaligen PS-Agrarminister „Leí Barreto“ genannt) wurde der Zerschlagung der kollektiven Produktionsstrukturen Tür und Tor geöffnet und eine Wiederherstellung der alten Ausbeutungsverhältnisse eingeleitet.

Das Barreto-Gesetz und seine Ausführungsbestimmungen zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß ihre Regelungen derart lückenhaft und vage gehalten sind, daß der Auslegungswut des zuständigen Ministeriums keinerlei Grenzen gesetzt zu sein scheinen. Dies ist auch die Absicht des Gesetzgebers gewesen: die Umstände, unter denen das Gesetz gemacht wurde, können als Beweis dafür angeführt werden. Sie sollen deshalb hier kurz skizziert werden.

Ende 1977 gelang es Soares, nach langwierigen Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), einen Vertrag über einen Superkredit von 700 Mio. Dollar abzuschließen. Diese Kreditvergabe wurde allerdings mit knallharten Auflagen verbunden, wozu u.a. die Forderung nach allgemeiner Reprivatisierung gehörte. Für den Agrarsektor sollte dies durch das Barreto-Gesetz ermöglicht werden, wobei sich aber für die „sozialistische“ Regierung Soares und seine Partei die Schwierigkeit ergab, diese Reprivatisierung nicht offen gesetzlich regeln zu können, weil zu befürchten stand, sonst vollends die Parteilosigkeit, besonders im Alentejo, zu vergrößern. Das Gesetz wurde daher als „Gesetz zur Förderung der Agrarreform“ bezeichnet, um die Reprivatisierung zu verheimlichen. Das Gesetz wurde daher als Reform getarnt und so wurden ihm Bestimmungen über weitere Landenteignungen (insgesamt noch ca. 700.000 ha), Kredithilfe an Kooperativen, technische Hilfe usw. beigegeben. Agrarminister Vaz Portugal bemerkte dazu Anfang März, daß die im Gesetz vorgesehenen Entscheidungen erst vorgenommen werden würden, wenn der Staat über das Geld verfügt, die Entscheidungen an die Großgrundbesitzer zu zahlen („Diário“, 9.3.79).

Man kann deshalb sagen, daß bisher lediglich der Teil des Gesetzes, der in äußerst vager Form die Reprivatisierungen regelt, praktisch in Angriff genommen worden ist – Soares selbst kam allerdings nicht mehr in die Verlegenheit, hier mit voller Kraft tätig werden zu müssen. Im Laufe des vergangenen Jahres platze die Koalitionsregierung PS – CDS (Christdemokraten)

Ruinieren diese Maßnahmen die Kooperativen noch nicht völlig, so tragen sie doch zumindest dazu bei, unter den Landarbeitern eine Resignation hervorzurufen, wie sie allgemein im Alentejo festzustellen ist.

– Den wirtschaftlichen Zermürbungsangriffen folgen oft Polizeiaktionen, wobei aus Kooperativen Landstücke herausgebrochen und den Großgrundbesitzern zurückgegeben werden.

Auch hierbei sind wieder verschiedene Techniken von Seiten der Regierung festzustellen:

– Es werden Landstücke zurückgegeben, deren Bepunktung 70.000 Punkte nicht überschreitet, deren Rückgabe nach dem Lei Barreto somit vollkommen „legal“ ist. Daß hierbei allerdings häufig ein anderes Bepunktungsverfahren als ursprünglich vorgesehen angewandt wird (und wertvolle Landstücke auf 70.000 Punkte herunterbewertet werden, um so

– Gänzlich Absurdes widerfuhr der Kooperative „Vitória do Povo“ bei Odemira: Es wurde eine Reserve mit 70.000 Punkten an einen Großgrundbesitzer ausgeliefert, der bereits im November 1975 in einem Brief an die entsprechenden Behörden mitgeteilt hatte, daß er diese Reserve nicht annehmen werde, da er wegen seines fortgeschrittenen Alters nicht mehr in der Lage sei, das Land direkt zu bearbeiten. Nun mußte er wohl oder übel die Reserve annehmen. („DL“, 12.4.79)

– Daß es in erster Linie gar nicht darum geht, „armen“ Großgrundbesitzern ihr Land zurückzugeben, sondern darum, mit allen erdenklichen Mitteln die Kooperativen zu zerstören, zeigt auch der Fall der Kooperative „Unidade de Trabalhadores“: ein Techniker des Agrarministeriums gab Befehl, 40 Kühe in die Jungsau der Kooperative zu streiben, weil das

„Unregelmäßigkeiten“ und Korruption bei der Durchführung der Landraubaktionen des Agrarministeriums als „kommunistische Propaganda“ diffamiert werden.

So ist durchgesickert, eine ehemalige Grundbesitzerin habe einen Beamten des Agrarministeriums mit 500.000 Escudos (ca. 10.000 DM) geschmierelt, wodurch ihr die Möglichkeit verschafft wurde, ein zuvor aus einer Kooperative herausgebrochenes Stück Land an einen niederländischen Staatsbürger zu verkaufen („O Jornal“, 6.4.79).

Gegen die Landraub-Kampagne ist es, abgesehen vom üblichen passiven Widerstand (kaum und die GNR-Truppen wieder verschwunden, tauchen die Landarbeiter wieder auf und fahren fort, das Land zu bearbeiten), bisher nur mehr vereinzelt zu offensiveren Formen des Widerstandes gekommen. So in Quebradas bei Rio Maior. Bereits vier Tage nachdem die Bevölkerung unterrichtet worden war, daß sie Land zu räumen habe, tauchten am 27.3. bei Quebradas 300 GNR-Bullen auf. Die Einwohner hatten sich allerdings darauf vorbereitet und hatten auf allen Zufahrtsstraßen Barrikaden aus Erdwällen errichtet. Die GNR rückte nun mit Bulldozern an, und da die Einwohner nichts anderes als Feuerwerkskörper zur Hand hatten, die sie abschossen, war die Ortschaft relativ schnell von der GNR eingenommen. Nun wurden Hunde auf die Bevölkerung gehetzt und die Einwohner zusammengeschlagen („Diário Popular“, 27.3.79).

Dieser Terror ist institutionalisiert durch die faktische Einführung des Ausnahmezustandes im gesamten Alentejo. Allein in Beja, Évora und Portalegre sind mehr als 300 sogenannte „Interventionspolizisten“ ständig auf Patrouille, die den Befehl haben, jeglichen Demonstrationen zu unterdrücken („DL“, 10.3.79). In Évora wurde eine Demonstration von 1500 Landarbeitern verboten, die dagegen protestieren wollten, daß unter Kooperative innerhalb von zwei

Wochen die fünfte Reserve abgenommen werden sollte. Die Bullen verlangten die Auflösung der Versammlung innerhalb von fünf Minuten und entrissen Passanten die bereits verteilten Flugblätter („Diário“, 2.3.79).

Aber auch ohne direkten Anlaß werden in den Orten pausenlos irgendwelche Passanten kontrolliert. Auf besonders widerliche Weise sind Frauen von dieser Repression betroffen: mehr als einmal kam es vor, daß Bullen den Penis aus der Hose holten und Frauen umschlangen („DL“, 10.3.79).

Eine andere Form des Terrors, wie sie täglich im Alentejo vorkommen kann, erleben die Einwohner von Sêdo im Distrikt Portalegre: ohne jeglichen Anlaß führen mehrere Jeepbesatzungen besoffener GNR-Bullen in den Ort, springen von den Wagen, schlagen die Bewohner zusammen und zogen sich dann wieder in das Gutshaus des örtlichen Großgrundbesitzers zurück („Diário“, 17.3.79).

Diese Repressionsmaßnahmen sind mit Knuppel, Helm mit Visier und Schild ausgerüstet, erhalten täglich zusätzlich zum normalen Sold ca. 30 DM „Kostenhilfe“ und werden häufig von Zivilen mit Filmkameras begleitet („Diário“, 2.3.79).

Die Verstärkung der „Sicherheitskräfte“ in den städtischen Zentren des Alentejo hatte das Innenministerium mit dem Vorwand begründet, daß die PC immer häufiger zu aggressiven Demonstrationen mobilisiere, bei denen es schon zu „Beschädigungen an öffentlichen und privaten Besitz und versuchten Überfällen auf öffentliche Einrichtungen“ gekommen sei („DL“, 24.2.79).

Vor diesem Hintergrund ist auch eindeutig, welche Funktion die sogenannte „Anti-Terror-Politik“ haben soll, die in diesem Jahr geschaffen werden soll. Innenminister Gonçalves Ribeiro gab selbst zu, daß es die Hauptaufgabe dieser „Anti-Terror-Einheiten“ sein werde, „die Sicherheitspolizei bei ihrem normalen Dienst hilfreich zu unterstützen“ („DL“, 17.3.79).

Portugal Kommis



Überfall der GNR auf die Kooperative Quebradas

als zurückzugebende „Reserve“ zu gelten, steht auf einem anderen Blatt.

– Häufig werden aber Ländereien zurückgegeben, deren Bepunktung ganz ähnlich wie die Legalen 70.000 Punkte überschreitet. Es ist in letzter Zeit häufig anzutreffen, daß die Bourgeoisie also ihre eigene Legalität verläßt.

Die folgenden Beispiele sollen zeigen, mit welchen Methoden bei diesen Landraub-Aktionen vorgegangen wird und welches politische Klima in den letzten Monaten im Alentejo zum Alltag geworden ist.

– Am 12.3. wurden in den Distrikten Évora und Portalegre drei „Reserven“ an Großgrundbesitzer und einen Arzt zurückgegeben. Dabei wurde der Leiter der Kooperative „Estrela do Alentejo“ von acht GNR-Bullen derart zusammengeschlagen, daß ein Bein gelähmt blieb („Diário“, 13.3.79).

– Die Kooperative „Alentejo Vermelho“ bei Grândola, die über 335 ha verfügte, wurden 253 ha weggenommen, sodaß ihr nur 82 ha bleiben. Damit ist die Kooperative praktisch kaputt. Ursprünglich war mit der Regierung abgemacht, dafür 861 ha mit 96.820 Punkten von einem örtlichen Großgrundbesitzer zu enteignen. Dieses riesige Landstück, von dem nur gut 1 ha bebaut ist und auf dem nur 2 Kühe und 3 Ziegen weiden, ist immer noch in seinem Besitz („Diário“, 20.3.79).

– Die Kooperative „Unidade de Trabalhadores“ im Distrikt Portalegre wurde bereits ihrer 16. Reserve beraubt. Dabei wurden die Landarbeiter mit Schußwaffen bedroht („Diário“, 23.3.79).

Auf der Kooperative „Estrela do Alentejo“ wurden außer einer Reserve 25 Kühe an die Großgrundbesitzer zurückgegeben, obwohl sich zu Zeiten der Landbesetzung kein Stück Vieh auf dem Land befunden hatte. Als zwei Landarbeiter gegen diesen Diebstahl protestierten, wurden sie von der GNR zusammengeschlagen („Diário“, 9.3.79).

Von der Kooperative „Colina Vermelha“ wurde eine Reserve an einen Großgrundbesitzer zurückgegeben, von dem bekannt ist, daß er 1969 insgesamt 36 Stück Vieh den Hunger tot hat sterben lassen („Diário“, 20.3.79).

Etwas bisher vollkommen Neues geschah auf der Kooperative von Casabres im Distrikt Setúbal. Die Kooperative erhielt von der Regierung die Aufforderung, ungefähr 200.000 DM Entschädigung an einen Großgrundbesitzer zu zahlen. In dem momentanen gültigen Gesetz ist eindeutig festgelegt, daß Entschädigungszahlungen immer direkt von der Regierung vorzunehmen sind und niemals von Kooperativen („Diário“, 17.3.79).

Land nun dem Großgrundbesitzer gehöre. Vier Landarbeiter, die das Land weiter bearbeiteten, wurden zusammengeschlagen und festgenommen („Diário“, 30.3.79).

Auch hängende Urteile von höheren Gerichten werden einfach ignoriert. Die Kooperative von Galeana im Distrikt Évora konnte zwar vor dem Obersten Verwaltungsgesicht durchsetzen, daß die auf ihrem Grund und Boden Anfang des Jahres vorgenommenen Enteignungen als rechtswidrig erklärt wurden, was nach allgemeiner juristischer Auffassung die sofortige Rücknahme der Maßnahmen durch das Ministerium nach sich ziehen müßte, die Regierung Mota Pinto fühlte sich jedoch bis heute nicht bemüht, dieser höchstschmerzhaften Entscheidung nachzukommen („O Jornal“, 27.4. und 11.5.79).

Über das bisher erreichte Ausmaß der Landraub-Aktionen liegen uns verschiedene Angaben vor. Nach Angaben des Agrarministeriums hat die erste Regierung Soares 1.200 ha Land an die ehemaligen Grundbesitzer „zurückgegeben“, die zweite Regierung Soares 800, die Regierung Nobre Costa 1800, die Regierung Mota Pinto bisher 5700 („O Jornal“, 18.3.79).

Andere Angaben sprechen davon, daß seit Antritt der Regierung Mota Pinto bis Anfang März bereits 25 Reserven mit mehr als 8.000 ha zurückgegeben worden seien („Diário“, 23.3.79).

Noch höhere Angaben macht eine andere Zeitung, danach sind insgesamt bisher 120.000 ha besten Landes an Großgrundbesitzer ausgeliefert worden, wodurch 30 Kooperativen zerstört worden seien.

Dabei seien den Kooperativen insgesamt 20.000 Stück Vieh und 1.300 landwirtschaftliche Maschinen weggenommen und 600 Landarbeiter verprügelt worden („DL“, 10.3.79).

Das Mitglied des Revolutionsrates und ehemaliger Kommandant der Militärregion Süd, Pezarat Correia, erklärte, daß nach seinen Informationen zwischen September 1977 und November 1978 60.625 ha reprivatisiert worden seien.

Das alles soll aber nur der Anfang sein: Es sind Pläne des Agrarministeriums durchgesickert, wonach bis 1980 (!) 200.000 ha bei einem wöchentlichen Rhythmus von 25.000 ha an die ehemaligen Grundbesitzer „zurückgegeben“ werden sollen („Diário Popular“, 11.5.79).

Natürlich wird versucht, dieses Ziel propagandistisch zu verschleiern. Dies geschieht einmal dadurch, daß die Regierung bzw. das Agrarministerium großsprecherische Absichtserklärungen zur Agrarpolitik abgibt zum anderen, indem Vorwürfe über

Spanien

PSOE-Kongreß: Inszenierung eines Rücktritts

Der 28. Kongreß der „Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei“ (PSOE) – 17.–19.5.1979 – endete mit einem Eklat. Weil die große Mehrheit der Parteitagdelegierten die traditionellen programmatischen Grundlagen der Partei nicht aufgeben wollte und eine ausdrückliche Bezugnahme auf den Marxismus im Programm festgeschrieben haben wollte, trat Felipe Gonzales von einer Kandidatur für den Parteivorsitz zurück. Die Bekanntgabe seines Rücktritts schlug auf dem Kongreß ein wie eine Bombe, und die Delegierten, die sich zuvor noch gegen eine Rechtswendung der Partei, für eine klassenkampfernechte Politik stark gemacht hatten, ergingen sich in minutenlangen Sprechbösen, um ihren Heißhunger zurückzuholen, eben den Mann, der in den letzten Jahren verantwortlich war für die sprunghafte Rechtsentwicklung der PSOE.

Die innerparteiliche Opposition war weder in der Lage noch offensichtlich bereit, ihren Streit mit der PSOE-Führung so weit zu treiben, daß sie einen Gegenkandidaten zu Felipe Gonzales aufgestellt hätte. Hier waren die Delegierten selber Opfer des Images, das sich der „junge Rechtsanwalt aus Sevilla“ während der letzten Wahlkämpfe, die ganz auf seine Person getrimmt waren, aufgebaut hatte: das Image eines heidsärmeligen, sympathischen, aber entschlossen zupackenden Politikers, der es versteht, „Realpolitik“ zu machen.

Es ist versucht worden in der bürgerlichen Presse den Verzicht von Gonzales auf sein hohes Amt als den Schritt eines „Ehrenmannes“ henzustellen, der nicht an seinem Posten klebt, sondern die Konsequenzen zieht, wenn die Mehrheit anderer Meinung ist als er.

Davon jedoch auszugehen, daß Gonzales eine Linkswendung der Partei hinnehmen würde, ließe seine Rolle und Funktion im Namen der internationalen Sozialdemokratie sowie seinen Auftrag im Rahmen der

„Befriedung“ der spanischen Klassenkämpfe im Rahmen des EG-Beitritts zu unterschätzen.

Wir gehen davon aus, daß der Rücktritt von Gonzales ein wohl durchdachter und inszenierter Schritt ist, um seine triumphale Wiederkehr um den Preis der Liquidierung der linken Opposition in der Partei vorzubereiten. Gonzales hat von Anfang an nicht auf eine Verständigung mit der kritischen Basis gesetzt, sondern einen knallharten Gegenkurs gefahren. In drei Monaten soll ein Sonderparteitag der PSOE stattfinden, deren einziger Tagesordnungspunkt die Wahl einer neuen Parteiführung und die Diskussion der ideologischen Grundlagen der Partei sein wird. Hier wird Gonzales die Delegierten mit dem Poker um seine Person politisch erpressen.

Und da die „Marxismus“-Debatte in der PSOE eher Symbolwert hat als einen realen Hintergrund, im Sinne einer realen marxistischen Opposition gegen die sozialdemokratische Tagespolitik der Partei, stellen die Chancen für Gonzales gut. Die Opposition gegen den Führungskurs der PSOE ist eher diffus, es gibt zwar ein breites Unbehagen gegen die selbstherrliche Führungspolitik und die Schnelligkeit, mit der die sozialistischen Zielsetzungen der PSOE über Bord geworfen werden, doch von einer in sich fest gefügten linken Opposition mit klaren politischen Zielsetzungen und Alternativen innerhalb der PSOE kann derzeit nicht ausgegangen werden.

Alfonso Guerra, der zweite Mann der PSOE, bei der Basis der unbeliebteste, weil er die Arroganz seiner Macht in der Parteiführung der Basis immer zu spüren gibt, äußerte sich über die Marschrichtung der PSOE so:

„Zu behaupten, daß der Parteiapparat stark und zentralistisch ist, ist ein Witz, denn was der Partei fehlt,

Fortsetzung auf Seite 41

Fortsetzung von Seite 40

ist genau der Apparat. Die PSOE ist etwas anarchistisch, sehr durchlässig, superdemokratisch. In ihr kann jeder sagen, was er will und es passiert nichts, und es ist gut, daß nichts passiert" (El País, 13.5.79). Tatsächlich ist es so, daß die PSOE heute noch keine zuverlässig funktionierende Partei im Stil der westdeutschen Sozialdemokratie ist, daß sie noch viel „Ballast“ aus der antifaschistischen Zeit mit sich herumschleppt, viele Menschen in ihren Reihen sind, die noch ernsthaft gesellschaftliche Veränderungen wollen und fordern. Um hier einen „Kumawechsel“ herbeizuführen und den linken Reformern einen nachhaltigen Dämpfer zu verpassen, hat Gonzales seinen Rücktritt programmiert.

Die „marxistische“ Opposition

Von insgesamt 1020 Delegierten des 28. PSOE Kongresses waren 86% zum erstenmal Kongreßdelegierte, d.h. daß seit dem letzten Kongreß von 1976 größtenteils andere Delegierte gewählt wurden. In Sevilla z.B. erhielt das alte Parteimittee aufgrund umfassender Kritiken keine einzige Stimme bei den Delegiertenwahlen. Viele Delegierte wurden mit einem imperativen Mandat zum Parteitag geschickt, d.h. ihre Abstimmungsweise war vorher von der Basis festgelegt worden.

Die Kritik der Delegiertenmehrheit bezog sich auf die Faktipolitik der PSOE mit der rechten Regierungspartei LCD, das ausschließliche Messen des Erfolges der Partei an Wahlergebnissen, die nur unter Abstrichen an linken Positionen zustande kamen, die Geringschätzung jeglicher Massenmobilisierung (Einschleifen der Massen durch Parlamentarismus), den „Mangel an Verständnis“ für die Autonomiebestrebungen der spanischen Völker und vor allem auf den Mangel an innerparteilicher Demokratie, an fehlender Diskussion und Auseinandersetzung über Änderungen der Parteilinie, sowie an rückwärts losen Pöschchenjägerei, vor allem bei Jen Wahlen. Die PSOE-Führung hatte in den vergangenen 2-3 Jahren eine rigorose Ausschlußpolitik gegen alle linken Abweichler durchgezogen, der inzwischen tausende von Parteimit-

gliedern zum Opfer gefallen sein dürfen (Ausschlüsse und politisch motivierte Austritte zusammen genommen). Gerade in den letzten Monaten traten ca. 400 Mitglieder der Madrider PSOE nach langen innerparteilichen Auseinandersetzungen zu den Trotzkisten (LCR) über. Daß selbst die so „gereinigte“ Partei noch mehrheitlich gegen Elemente des Führungskurses opponiert, zeigte der sozialdemokratischen Führung, daß sie eine andere, härtere Gangart einschlagen muß, wenn sie mit solchem „Frielelele“ aufräumen will.

Von 100 Anträgen und Resolutionen der verschiedenen regionalen Parteigliederungen an den Kongreß sprachen sich 90 für Beibehaltung der marxistischen Selbstdefinition der PSOE aus. In einer gemeinsamen Resolution von Madrid, Jaén und Alicante hieß es:

„Die Wirklichkeit beweist, daß der Wahlrummel und der Parlamentarismus notwendigerweise zur Entfernung der Arbeiterparteien von ihrer sozialen Basis führen“ (El País, 27.4.79).

Die PSOE-Gruppe von Las Palmas formulierte: „Die PSOE muß ihre Hundstapolitik mit der Bourgeoisie aufgeben...“ (El País, 27.4.79). Die PSM-Organisation von Granada sprach, wie viele andere regionale Gruppierungen von der „Unvereinbarkeit der Interessen der Bourgeoisie und des Proletariats“. In einem gemeinsamen Papier verschiedener Parteigruppierungen heißt es:

„Wenn die sozialistischen Parteien sich kompromittieren und mit den rechten Parteien gemeinsam regieren, verlieren sie das Vertrauen der Arbeiterklasse und sind kein brauchbares Instrument mehr für deren Kampf, wenn eine sozialistische Partei sich in das kapitalistische System integriert, wird sie zu einem bloßen Sachwalter der Interessen der Bourgeoisie reduziert, wenn die Partei eine Kaderpartei und keine Massenpartei ist, kann sie dem Druck der Kräfte des Kapitals nicht widerstehen“ (El País, 27.4.79).

Verschiedene Versuche, die Marxismus-Tag herunterzuspielen bzw. eine Kompromißformel zu finden, scheiterten. Gonzales konnte mit seinem Satz „Sozialist zu sein ist wichtiger als Marxist zu sein“ keinen Befrieden über seinen Reizart wuch-

nur geklatscht, wenn er Marx oder Pablo Iglesias, den Parteigründer, zitierte. Auch ein von einigen Gruppierungen ausgearbeiteter Kompromißvorschlag, der lediglich die „marxistische Methodik“ anerkennen wollte und sich ansonsten für eine Politik nicht nur im Sinne der Arbeiterklasse sondern für einen „Block der Klassen“ (Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibende, freie Berufe, kleine Unternehmer) aussprach, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Wie weitgehend jedoch der Marxismus der linken Opposition ist, zeigte sich bei der Verabschiedung anderer Anträge. So wurde z.B. das Recht der Frauen in Spanien auf Abtreibung von einer knappen Mehrheit abgelehnt! Die Abstimmung war sehr chaotisch und die Mehrheitsverhältnisse wurden nicht korrekt festgestellt, doch wurde kein Protest gegen das Ergebnis der Abstimmung laut.

Ferner entschied sich auch eine Mehrheit der Delegierten für eine Resolution, in der die spanischen Bürger aufgefordert werden, die spanische Polizei nicht als Gegner, sondern als notwendige Beschützer zu akzeptieren.

An einer Stellungnahme des Senats für Madrid Francisco Bustos, der sich zum Wortführer der „Marxisten“ aufschwang, er war vor einiger Zeit wegen Differenzen mit Gonzales aus dem Exekutivkomitee der Partei ausgestiegen - zeigt sich ein zentraler Aspekt der „Marxisten“.

Bustos schrieb in der Tageszeitung El País: „Das Schlimme ist nicht, daß nur ein halber Bruch (mit dem Frankismus - AK) akzeptiert wurde, der Fakt von Moncloa unterzeichnet wurde kein Sozial- und Stichhaltigkeit gegen die Arbeiter - AK, eine Verfassung, mit der alle einverstanden sind beschlossen wurde, der frankistischen Rechten demokratischer Spielraum gegeben wurde. Das Schlimme ist, daß all dieses, das von verschiedenen Gesichtspunkten gerechtfertigt ist auch vom Standpunkt des Marxismus aus (!), innerhalb der Sozialistischen Partei nicht diskutiert wurde, noch ihren aktiven Mitgliedern und Sympathisanten erklärt wurde“ (El País, 11.5.79).

Es ist deutlich, daß die Differenzen von Bustos zu Gonzales lediglich



Gonzales mit erhobener Faust - gegen Marxismus ...

„Wie und nach wem was“ hest. Eine Neuaufstellung für viele „Marxisten“ in der Partei vieles akzeptable, was die PSOE-Führung mehrheitlich ablehnte. Diskussionen darüber

zugelassen hätte. Das kann sie jedoch angesichts des Drucks der EG-Institutionen gar nicht zulassen.

Spanien-Kommission

Frankreich



Das Foto von Heidy auf der Monatskarte (Carte-Orange)



Das Fahndungsfoto der westdeutschen Polizei von Brigitte Mohnhaupt.



Das Foto von Heidy mit kurzen Haaren, so wie sie damals aussah. Copyright H. Kempe-Böttcher/Arbeiterkampf

„In Paris ist es Folter, in Deutschland Selbstmord“

so hieß eine Parole auf der Demonstration vom 7.4.78 in Paris gegen die von französischen Bullen verübte Folterung an Heidy aus Hamburg. Seit jener Demonstration, die die von Heidy erhobene Klage wesentlich unterstützte und eine langwierige Ermittlung einleitete, haben in ganz Frankreich viele Veranstaltungen dazu stattgefunden. Doch in den letzten Monaten ist der Kampf um die Aufklärung dieses Verbrechens mehr auf der juristischen Ebene geführt worden - ohne sichtbaren Erfolg. Niemand ist bis heute dafür zur Verantwortung gezogen worden. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die behördlichen Instanzen nach der Linie „das Opfer ist schuld“ verfahren und der Richter die Ermittlungen manipuliert, um am liebsten einen Schlußstrich unter diese „affaire“ zu ziehen (vgl. AK 142).

Um dieses zu verhindern, wurde jetzt eine Broschüre des französischen „Solidaritätskomitees mit Heidy“ vorgelegt (wie schon im AK 151 angekündigt). Auf einer Pressekonferenz am 26.4.79 stellte Heidy die Behauptungen, Einschüchterungen und Anschuldigungen durch

die Justiz dar. Doch härter als all dies empfand sie „die Auswirkungen, die das allgemeine 'Klima', das sich in diesem Lande auszubreiten beginnt, auf diese Affäre hatte, ein 'Klima', das mich an Westdeutschland erinnert und das darin besteht, nicht wissen zu wollen, weil dies sicherlich sehr viel beruhigender ist. Die Auswirkungen dieses 'Klimas' wurden noch durch ein sehr konkretes Element verstärkt: die Drohung der Polizeipräsidenten vor einem Jahr, alle „unzulässigen Andeutungen“ bezüglich der Rolle der Polizei in dieser Affäre juristisch zu verfolgen. Diese Drohung hat ganz bestimmt ihre Wirkung gehabt, auf uns alle, vielleicht nicht direkt, aber zumindest indirekt“ (Erklärung von Heidy auf der Pressekonferenz am 26.4.79 in Paris).

Wem geht die Folterung?

In der Broschüre wird anhand mehrerer Indizien die Vermutung ausgesprochen, daß Heidy von den französischen Bullen möglicherweise für die gesuchte Brigitte Mohnhaupt gehalten wurde. In der Monatskarte (der „carte orange“) von Heidy, die den Bullen zur Identitätsüber-

prüfung vorlag, ist sie mit langen Haaren abgebildet, während sie inzwischen kurze lockige Haare hat. Auf dem Kommissariat, in das Heidis Freund Jacques gebracht wurde, nachdem die Bullen mit Heidy angeblich zum Krankenhaus führten, hing das Plakat des Bundeskriminalamts mit den 16 meistgesuchten „Terroristen“, und die Fotos von Heidy aus der „carte orange“ und das von Brigitte Mohnhaupt ähneln sich etwas. Für diese Vermutung spricht auch die Tatsache, daß ein Polizist namens Redouet zu Jacques sagte: „Also, Deine Freundin ist eine Linksrückende, die aus Deutschland geflohen ist... Sie hat es uns gesagt!“ Dabei hielt er die „carte orange“ in Händen.

Wer die neue Dokumentation zum „Fall Heidy“ bestellen möchte (5 DM per Nachnahme), kann sich an folgende Adresse wenden:

Heidy Solidaritätskomitee
P.o. Hilde Böttcher
Bahnenfelder Chaussee 29
2 Hamburg 50
Spendenkonto: Hilde Böttcher
Hansa 1016/766436
Stichwort „Heidy“

HEIDY TORTUREE -

NOUS AVONS QUELQUE CHOSE A DIRE !



„Heidy gefoltert“ Wir haben einiges dazu zu sagen“

Collectif Femmes de solidarite avec Heidy

»Krisenstab« nun auch in Frankreich

Jetzt gibt es auch in Frankreich einen „Ständigen Krisenstab“.

Der Stab, der aus drei Beamtinnen besteht, und im Außenministerium angesiedelt ist, soll sich „bei überraschenden Ereignissen wie Flugzeugentführungen oder Problemen in afrikanischen Ländern sofort einschalten können“, („Handelsblatt“, 23.4.79).

Außerdem ordnete der neue Außenminister Francois-Poncet die Schaffung einer Sonderabteilung

„Franzosen im Ausland“ an, deren Aufgabe es sein soll, Franzosen zu helfen, „die im Ausland in Schwierigkeiten geraten sind“ („Handelsblatt“).

Wie sich die französische Regierung in solchen Fällen „Hilfe“ vorstellt, hat man 1978 beim Überfall französischer Legionäre auf Zaïre gesehen.

Antifa-Kommission
Göttingen, 15.5.79

England

nach den Wahlen: Rechts um!

Der Wahlsieg der Tories unter Führung ihrer Vorsitzenden Margaret Thatcher hat weltweit bemerkenswerte Reaktionen ausgelöst.

Daß Franz Josef Strauß sich unverhohlen freute über den Sieg einer konservativen Parteiführerin, die auch innerhalb ihres rechten Lagers noch zur Rechtsaußen gezählt werden muß, und als einer der ersten mit überauswichtigen Glückwünschen reagierte, erstaunt wohl niemanden. Margaret Thatcher ist z.B. durch ihre Verbindungen zur NAFF (National Association for Freedom) bekannt, einem Sammelbecken für Reaktionäre in Großbritannien, die erwiesenermaßen mit faschistischen Organisationen in Verbindung stehen. Von der NAFF wurde z.B. vor einigen Jahren bekannt, daß sie für den Fall von größeren Streiks eine "Armee von Freiwilligen" aufzubauen planen, die durch Übernahme von Transport, Herstellung und Vertrieb von Zeitungen und privater Post ein Netz von Streikbrechern einsetzen können. NAFF-Mitglieder machten auch durch Verbindungen zum CIA von sich reden und ihr ehemaliger Vorsitzender, Robert Moss, wurde durch ein Jüdelbuch über die chilenische Junta bekannt, das er in ihrem Auftrag verfaßte. Von ihm ist bekannt, daß er zeitweilig Thatchers politische Reden schrieb.

Margaret Thatcher, die unter Heath als Erziehungsministerin den Spitznamen "milk snatcher" (= Milchklauerin) erhielt, da eine ihrer Maßnahmen die Abschaffung kosten-

freier Milch für Schulkinder war und die wegen ihrer "Kalten-Kriegs-Reden" gegen die Ostblockstaaten auch die "eiserne Lady" genannt wird, bekam aber nicht nur aus dem ihr besonders nahestehenden Lager Strauß, FAZ und Dreyer Freundschaftsbekundungen! Auch Kanzler Schmidt, der als erster einen offiziellen Staatsbesuch bei ihr abhielt, konnte sich kaum beruhigen vor begeistertem Lob "Es besteht kein Zweifel, daß Frau Thatcher und ich gut miteinander auskommen werden"; von dem "Gast der Entscheidung", der jetzt in Großbritannien getroffen wurde, sei er "beeindruckt" (FR 125).

Thatchers Regierungsprogramm

Diese "Offenheit", mit der der Sozialdemokrat Schmidt zugibt, daß ihm die "Vertretung" imperialistischer Interessen der BRD wichtiger ist als parteipolitische Differenzen - ("In der internationalen Politik kommt es nicht darauf an, ob jemand ein Sozialdemokrat, ein Konservativer oder ein Liberaler ist. Wichtig ist, ob jemand zuverlässig ist, in dem, was er tut") - mag machen SPDler wohl verwundern. Bei näherem Betrachten muß man fast vermuten, daß die westdeutsche Regierungspolitik bei der Regierungserklärung von Margaret Thatcher fast gestanden hat.

• **Rhodesien:** Thatcher begrüßt die politischen Verhältnisse nach der Wahl dort und hat mit Muzorewa Verhandlungen aufgenommen.

• **Fokzef:** Auf der Jahrestagung der Police Federation wurden eine bessere Ausrüstung, Todesstrafe für "Terroristen" und härteres Vorgehen gegenüber Demonstranten gefordert. Thatcher, die persönlich für Wiedereinführung der Todesstrafe ist, weiß, daß sie sich damit im Moment nicht durchsetzen kann! Aber als Sofortmaßnahmen verspricht sie schärfere Gesetze, vor allem zur Einbuhrung Jugendlicher.

• **Gesundheitswesen:** Förderung des Privatbetriebsystems.

• **Wohnungen:** Einschränkung des sozialen Wohnungsbaus, Verkauf staatlicher Wohnungen an Privat.

• **Schulen:** Ausbau und besondere Förderung der Privatschulen; Aufhebung der Verpflichtung der Gemeinden Gesamtschulen einzurichten.

• **Einwanderungsgesetze:** Verschärfung der Bestimmungen, insbesondere gegenüber männlichen Verwandten (Männer, Verlobte) und Jugendlichen über 18, schärfere Kontrollen.

Kein Wunder, daß Schmidt bei diesem Regierungserklärungspaket begeistert ist!

Wahl Thatchers Fortschritt für die Frauen?

Besonders widerlich war und ist an der Presse-Kampagne für Thatcher, wie die Wahl der Thatcher als Verkörperung der Frauenemanzipation verkauft wurde. Thatcher, die sich gerne beim Einkaufen im Supermarkt filmen läßt, dort den Hausfrauen "von Frau zu Frau" praktische Tipps gibt, wie jede mit wenig Geld gesund kochen könne ... Thatcher, die voll emanzipierte Frau, die sich im Hamburger Abendblatt beim Tapezieren mit ihrem Ehemann darstellen läßt, auch wenn jeder auf dem Foto erkennen kann, daß die beiden sich noch nicht mal für den Fotografen die Finger schmutzig machen. In dieser Jubelberichterstattung war von den ersten Auswirkungen ihrer neuen Politik für die Hausfrauen weniger wortstark zu hören. Gleich nach Regierungsantritt löste Thatcher die Preiskommission auf und der Brotpreis stieg kräftig an (Guardian, 17.5.).

Thatchers Kabinett und Regierungsminister: Eine rechte Mafia übernimmt die Geschäfte

Auch bei der Berichterstattung über die Zusammenstellung von Thatchers Regierungsmannschaft überwiegen Töne einer euphorischen Begleitmusik, in deren Windschatten eine rechte Mafia zusammengestellt wird: Da wird in zahlreichen Pressekommentaren "voller Erstaunen" über "so viele Linke" unter den neuen Ministern geschrieben (Guardian, 9.5.). Fakt ist allerdings, daß im Bereich Wirtschaft/Industrie mit der Ausnahme des Arbeitsministers James Prior alle neuen Posten an Rechtsaußen vergeben wurden. James Prior soll durch seine persönlichen Beziehungen zur Gewerkschaftsführung Fehler von Heath vermeiden, nämlich diese zu Feinden zu machen ...

Die Liste der neuen Regierungsminister und Staatssekretäre enthält Namen, die alle Antifaschisten aufhorchen lassen.

• **Sir Keith Joseph** (Industrieminister), rechter Extremist, durch zahlreiche Verbindungen zur Industrie bekannt, Erbe der Baulöwenfirma BOVIS "Es muß Schluß gemacht werden mit der unsinnigen Behauptung, daß eine Neuverteilung möglich ist - das ging sowieso schon viel zu weit und hat den Lebensstandard gesenkt. Aus rascher Genesung" - Gründe und um "primitive und soziale Schichten auszuheilen", plädierte Joseph für Zwangssterilisation von Frauen aus den unteren Schichten! (aus Socialist Challenge v. 7.5.)

• **Nicholas Ridley** (Außenministerium), wurde von Heath gefeuert weil er zu rechts war! Er ist NAFF-Mitglied.

• **Rhodes Boyson** (Unterstaatssekretär im Erziehungs- und Wissenschaftsministerium und im NAFF-Vorstand).

• **Norman Tebbit** (Unterstaatssekretär im Handelsministerium), Philip Goodhart (Nordlandverwaltung) und

Jan Gilmor (Siegelbewahrer) gehören zur FARL (Foreign Affairs Research Institut) - MAFA, einer Organisation, die 1976 von Geoffrey Stewart Smith gegründet wurde und den Zweck verfolgt, die internationalen antikomunistischen Verbindungen in England zusammenzufassen. Stewart Smith arbeitet z.B. in der britischen Sektion der "weltweiten antikomunistischen Liga" (WACL) mit und hat eigens für diesen Zweck einen Verlag.

Die Organisation FARL unterstützte übrigens im letzten Jahr eine Konferenz in Brighton, auf der von internationalen Rechten, Industriellen und "Wissenschaftlern" eine Resolution angenommen wurde, in der die zunehmende Handlungsunfähigkeit des CIA beklagt wird und zum Aufbau einer eigenen geheimdienstähnlichen internationalen Organisation aufgerufen wird! (State Research No 7, 78).

• **William Whitelaw**, Innenminister, (bekannt durch "harten Kurs" in Nordirland unter Heath) kündigt an, daß die Polizei bei ihren Kämpfen gegen Demonstranten besser unterstützt wird und daß er den Menschen die "berechtigte Angst, von den Ausländern überschwert zu werden", nehmen wird!

Diese "Kostprobe" aus dem Schaukabinett der Thatcher mag genügen - es kommt einiges auf die englische Arbeiterklasse, die Linken und Antifaschisten zu.

Großbritannien-Kommission

Berichtigung

Im Artikel "Wahlen in Großbritannien" im letzten AK ist beim Abtippen des Artikels ein Fehler unterlaufen! Im letzten Teil des Artikels zu den Wahlergebnissen der Linken wird als Stimmengrundzahl für "Socialist Unity" 280.000 angegeben. Leider ist diese Zahl um zwei Nullen kleiner und beträgt also 2.800, wie sich aus den angegebenen durchschnittlichen Prozentangaben (0,7 - 0,9 %) ersuchen läßt.

Großbritannien-Kommission

Schweden

Kampagne für die Durchführung einer Volksabstimmung

Wir veröffentlichen hier ein Interview, das wir vor einiger Zeit (25.3.) mit Olle Leisner machten, der Vorstandsmitglied und verantwortlich für die Durchführung der Kampagne für eine Volksabstimmung in der Land Region (Südsweden) ist.

Aus Platzgründen mußten wir leider Kürzungen vornehmen. O. beantwortet dort Fragen über die internationalen Kontakte, über weitergehende Planungen (z.B. über die Vorbereitung der Bräuer-Tagung der AKW-Gegner zu Pfingsten) und spricht über die möglichen Folgen, die ein parlamentarisches "Nein" zur Durchführung der Volksabstimmung hätte.

Zur westdeutschen Großdemonstration in Hannover schickte der Vorstand der Skane-Region ein Solidaritätstelegramm.

Nach neueren Informationen liegen derzeit 300.000 Unterschriften für die Durchführung einer Volksabstimmung über Kernkraft vor, weitere Listen befinden sich noch im Umlauf.

VPK (revisionistische KP) und die bürgerliche Centrum-Partei haben sich vorgenommen, die von den Majo- gruppen vorgeschlagene Nein-Alternative im Parlament, wo jetzt die Debatten stattfinden, zu verteidigen. Die Sozialdemokraten haben ihr grundsätzliches Einverständnis für die Durchführung der Volksabstimmung signalisiert. Nun wird über den Text der Volksabstimmung verhandelt (Arbeterkamp 18/79).

F: Centrum und VPK haben im Reichstag einen Antrag zur Durchführung einer Volksabstimmung über Kernkraft gestellt, der wahrscheinlich Mitte Mai abgestimmt werden soll. Bis dahin soll eure Kampagne, die der Forderung nach der Volksabstimmung außerparlamentarisch Nachdruck verleihen soll vom 1. März ablaufen. Was habt ihr im Zusammenhang mit der Aktion für die Volksabstimmung geplant und wer beteiligt sich daran?

A.: Für die Aktion gibt es einen festen Zeitplan. Jeden zweiten Tag bis Mitte Mai gibt es kurze Ansprachen und Buchertische, hier in Skane in ca. 25 Orten und Städten. In diesem Zeitplan sind auch die größeren Diskussionen mit lokalen Politikern vorher geplant, Ausstellungen und Vorträge.

Bei den Ansprachen ist jeweils eine politische Partei und eine Minderorganisation gemeinsam vertreten.

Telefonische Erkundigungen haben gestern ergeben, daß die Aktion in allen Orten sehr groß ist, außer in den Orten, in denen Centrum eine Rolle spielt.

Die Zentrums-Partei ist keine Partei von Aktivisten. Und sie haben keine Erfahrung über Teilnahme an solchen einer Kampagne. Daher schwächt uns der Mangel an Erfahrung in den Orten, in denen Centrum oder die Jugendorganisation von Centrum teilnimmt. Das ist keine direkte

Schwäche, aber es wirkt lähmend. Hier in Lund haben wir die Arbeit auf verschiedene Hausviertel und Wohngebiete aufgeteilt, und mindestens eine politische Organisation ist für diese Teile verantwortlich. Wir verkaufen die Massenzettel, klopfen an Türen, sammeln Unterschriften und kleben unsere Plakate. Wir legen hierauf den Schwerpunkt, nicht auf die Ansprachen auf dem Marktplatz. Wir fordern die Menschen auf, die Frage an ihren Arbeitsplätzen zu dis-

kutieren, also dort auch Unterschriften zu sammeln, wir fordern z.B. Schüler dazu auf, Stellung zu nehmen. An vielen zentralen Plätzen und auch an Anschlagsfeldern in Schulen liegen Unterschriftenlisten aus. Auch mit der lokalen Presse und mit dem lokalen Radio gibt es regelmäßige Kontakte.

An der Kampagne beteiligen sich bürgerliche Parteien, Centrum mit seinem Jugendverband und der Frauenorganisation, die Christdemokratische Sammlungspartei mit der Jugendorganisation, eine Fraktion selbst der Sozialdemokraten (SAFE) eine Arbeitsgemeinschaft für Energiefragen, Ann. von uns, die sehr interessant und wichtig für den Kampf ist. Dann haben wir die bürgerliche Friedensbewegung und die christlichen Studenten. Von den kommunistischen Parteien nehmen der Kommunistische Arbeiterbund (KAF, 4. Internationale), Föderation Kommunist (FK), VPK (Revisionisten) teil, lokal sogar die SKP-Gruppen (Vaterländer), aber es steht immer noch der Beschluß deren Leitung über die Beteiligung aus. Auch die Syndikalist (SAC) sind dabei. Außerdem nehmen natürlich alle Minderorganisationen teil, mit Majo-förderung an der Spitze. Es ist also ein sehr breites Spektrum. Die Frage, in der wir uns einig sind ist, daß wir eine Volksabstimmung über die Kernkraftwerke fordern. Es wird zu einer Kampffrage, wie klar, die Alternativen in der Abstimmung gestellt werden sollen und welche Informationen über Durchführung der Volksabstimmung verbreitet werden sollen. Diese Fragen werden auch zwischen den teilnehmenden Gruppen und Organisationen diskutiert. Die außerparlamentarischen Gruppen sehen es im Augenblick als sehr wichtig an darüber übereinzukommen, eine klare Alternative auch in der Bevölkerung zu verankern.

F: Was soll das Ziel eurer Kampagne sein, d.h. über welche Fragen soll, eventuell in der Volksabstimmung entschieden werden?

A.: Zielsetzung ist es, das Bewußtsein der schwedischen Bevölkerung und der Verantwortungsgefühl zu heben und zu entwickeln. Wir gehen von der Einschätzung aus, daß heute die schwedische Bevölkerung nicht genügend Informationen hat, um ja oder nein zur Kernkraft zu

sagen. Die Zielsetzung der Unterschriftenkammerung ist es, zu zeigen, daß die schwedische Bevölkerung eine Volksabstimmung zur Kernkraft erzwingen will, weil die Frage als so entscheidend angesehen wird. Hoffentlich wird es auch dazu führen, daß die parlamentarische Demokratie dabei infrage gestellt wird.

F: Soll bei der Abstimmung nur zwischen einer "Nein"-Alternative und einer "Ja"-Alternative entschieden werden. Die einzige "Nein"-Alternative soll zur Folge haben, daß der Ausbau der Kernkraft unmittelbar gestoppt wird. Ein "Ja" muß bedeuten, daß der weitere Ausbau ungehindert geschehen soll.

Je mehr Unterschriften wir sammeln, desto besser wird die Möglichkeit sein, gerade diese beiden Alternativen durchzusetzen. Schon heute legen die bürgerlichen Parteien andere Alternativen vor (z.B. Ja oder Nein zum weiteren Ausbau der Kernkraft, Ann. von uns).

F: Verbindet ihr die Unterschriftenkammerung mit einer Diskussion um die Kernkraft oder werden die Unterschriften in dieser Kampagne nur für die Durchführung der Volksabstimmung gesammelt?

A.: Dies ist eine sehr wichtige Frage. Die Organisationen, die die Kampagne tragen, sind natürlich gegen Kernkraft. Das kann dazu führen, daß die Leute, die ihre Unterschrift geben, glauben, sie nehmen schon Stellung für oder gegen Kernkraft. Diesen Effekt müssen wir akzeptieren. Wir nehmen aber die Gelegenheit wahr, um Massenzeitungen zu verbreiten. In dieser Zeitung steht, wie die Lage ist im Zusammenhang mit der Volksabstimmung und wie die verschiedenen Parteien und Organisationen, die an der Kampagne teilnehmen, sich zur Atomkraft stellen.

F: Wir haben gelesen, daß unter den Frauen besonders viele Atomkraft gegner sein sollen. Kannst du dazu genauer sagen und wie bezieht ihr das in die Kampagne mit ein?

A.: Das kann ich lokal darstellen. Sämtliche Frauenorganisationen in Lund und Umgebung sind von uns eingeladen worden, teilzunehmen, und wir haben Antwort bekommen von Svenska Kvinnors Vänsterförbund (VPK) und vom internationalen Frauenbund für Frieden und Freiheit (IKPF). Kontakt haben wir mit Centerns Frauenverband dem Sozialdemokratischen Frauen-

Fortsetzung auf Seite 43



Wir müssen die Wahl haben - Volksabstimmung über Kernkraft - Unterstützt die Unterschriftensammlung

Fortsetzung von Seite 43

verband und mit Ausbrecherinnen aus der Frauenorganisation der regierenden Volkspartei. Die Zusammenarbeit mit Frauengruppen wie Gruppe R und dem Frauenzentrum in Lund ist sehr gut. Die Frauen in Lund haben beispielsweise eine Kartensammlung gestartet und auf diese Weise innerhalb von kurzer Zeit 500 Unterschriften gesammelt. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Stimmung der Frauen sehr gut ist und eine große Mehrheit zum heutigen Zeitpunkt gegen die Kernkraft Stellung nehmen würde.

F: Du bist Mitglied im Kommunistischen Arbeiterbund (KAF). Kannst du etwas darüber sagen, was die Linken zu dieser Aktion beitragen. Wie ist überhaupt die Stellung der Linken in dieser Kampagne? An: Sie sind wie gewöhnlich außer den Frauen - die aktivsten Kräfte in der Kampagne. Bei allen öffentlichen Aktionen, Unterschriftensammlungen und Verbreiten der Zeitung sind es die organisierten Linken, teils innerhalb der Parteien, teils innerhalb der Milieugruppierungen, die vorwärtstreibend und am aktivsten tätig sind. Am Beginn ging man in der Linken aus von der Einstellung: Nein zur Kernkraft im Kapitalismus (im Sozialismus). Dabei hat es bis heute eine Entwicklung gegeben. Viele Milieugruppierungen, besonders innerhalb von VPK ist das interessant vertreten heute die Position. Nein zur Kernkraft, unabhängig unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen. Durch die Milieubewegung ist auch die Führung von VPK gegangen worden, ihre Haltung zu ändern. Auf die Frage, ob man die Atomkraft akzeptieren sollte, wenn sie ungefährlich wäre, gibt es wahrscheinlich keine einheitliche Antwort, auch in der Zukunft nicht, weil dies auf dem Hintergrund von Ansichten über Möglichkeiten der Technologien steht. Zusammenfassend kann man heute sagen, die Linke nimmt an dieser Kampagne teil, sie beeinflusst sie und hat wirklich einmal eine breite Verankerung in der Kampagne erreicht und auch Unterstützung in der Bevölkerung. Die letzte Meinungsumfrage von SIFO hat ergeben, daß 43% gegen Kernkraft waren, 41% dafür und der Rest hatte sich nicht entschieden. (Neue Zahlen sprechen von 53% dagegen und 23% nur noch dafür, laut DN kurz nach Ostern, Anm. von uns.) Ihr steht hier daß es gelingt, auch aus den bürgerlichen Parteien Leute herauszubringen, die auf die Seite der Milieubewegung übergehen, z.B. aus der Volkspartei und auch aus der Sozialdemokratie, denn außer SAFE haben sich Teile des Jugendverbandes SSU lokal der Kampagne angeschlossen. Es zeigt sich, daß die Kampagne den Beginn einer Massenbewegung bedeuten kann, wenn sie richtig geführt wird. Jetzt zur Frage, wie sich die Linken innerhalb der Kampagne selbst darstellen und aktiv werden. Sie machen keine Parteipropaganda gleichzeitig mit der Tätigkeit für die Kampagne. Sie engagieren sich für die Kampagne und nehmen an ihr teil als Mitglieder der Kampagne und nicht als Mitglieder irgendwelcher Parteien und Organisationen. Dadurch wird aber nicht verhindert, daß gleich zeitig einzelne unserer Mitglieder für die Kampagne arbeiten und andere Mitglieder der Organisation z.B. unsere Zeitung verkaufen („Internationalen“, Anm. von uns). Von den teilnehmenden kommunistischen Organisationen sind es KAF und FK, die die Kampagne aus vollem Herzen unterstützen und an ihr teilnehmen. VPK hat z.B. bis zum letzten Augenblick gezögert, bis sie ihre Unterstützung für die Kampagne breit bekannt gemacht haben. Als der Beschluß gefaßt wurde, stand dies nur in einer winzigen Notiz in der Parteizeitung Ny Dag. Nach einem halben Jahr wird nun aber breit berichtet. Wenn man böswillig sein will, dann kann man sagen, daß VPK im Reichstag von Centern dazu gezwungen wurde, an der Kampagne teilzunehmen. Aber dann ist man, wie gesagt, böswillig.

F: Der ehemalige Energieminister Johansson (Centern) hat gerade das Schreckensbild beschworen, daß im Falle, daß keine Volksabstimmung stattfindet, dann militante Demonstrationen nach westdeutschen Vorbild hier stattfinden werden. Was sagt ihr dazu? An: Dazu kann ich natürlich für die gesamte Milieubewegung keine Stellungnahme abgeben, denn diese Aussage kam erst gestern. Aber zur Repression hier in Schweden ist zu sagen, daß sie ein anderes Aussehen hat, als in der Bundesrepublik. Und solange Centern an den Demonstrationen teilnimmt, wird sich die Polizei zurückhalten.

Skandinavien Kommission



USA

Presse-Monopoly in USA

Am Beispiel eines kleinen Zeitungs-Hauses in Wilkes-Barre schildert Tom Muntzer in „Moving on“ 2/79 das Vorgehen der Pressezentren in den USA. „Moving on“ ist die Monatszeitschrift der „New American Movement“ (NAM).

Wilkes-Barre ist eine kleine Stadt im Kohlengebiet Pennsylvanias. Hier stand die Wiege der Bergarbeitergewerkschaft und noch heute ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad insgesamt überdurchschnittlich. Die Lokalzeitung „Times-Leader“ mit einer Auflage von 70.000 täglich war seit Jahrzehnten in den Händen von drei örtlichen Geschäftsleuten, die den Gewerkschaften tolerant, wenn nicht gar wohlwollend gegenüberstanden.

Am 18.5.78 übernahm die Medienkette Capital Cities Communications den Betrieb für 10,5 Mill. Dollar. Dies war nur ein Teil der in den ganzen Staaten laufenden Konzentrationswelle im Zeitungswesen. Noch vor zwanzig Jahren waren die meisten der 1800 US-Tageszeitungen selbständig. Heute sind bereits 600 in fremden Händen von Medienketten. Für Mitte der 80er Jahre rechnet der bekannte Medienexperte Anthony Lewis damit, daß nahezu alle Tageszeitungen in den Händen von acht bis zehn großen Gruppen sind.

Capital Cities Communications (CCC) befindet sich unter den aufstrebendsten Medienkonzernen. CCC besitzt inzwischen sechs Fernsehstationen, sieben Radiostationen, sechs Zeitungen und 23 Fachzeitschriften. Damit ist CCC nur eines der kleinsten Konzerne mit 212 Millionen Dollar Jahresumsatz auf 540 Stätten der Unternehmenskarte von „Fortune Magazine“ - jedoch an dritter Stelle bei den Gewinnen! So konnte CCC aus seiner Fernsehstation KTRK in Houston bei 21 Mill. Einnahmen 14 Mill. Dollar Profit verbuchen oder 65%.

Repression en detail

In Wilkes-Barre ließ CCC sofort nach Erwerb des „Times-Leader“ rund um das Verlagshaus einen drei Meter hohen Stacheldrahtzaun und Fluchtanlagen anbringen. Werksausweise wurden für die 240 Beschäftigten eingeführt.

Während der Tarifverhandlungen holte CCC sich Spezialisten im Knaken von Gewerkschaften, ein Anwaltsbüro aus Nashville. Als der Tarif am 30. Sept. anderte, ohne daß es zum Abschluß gekommen war, hatte CCC bereits dutzende Journalisten

CCC bereits dutzende Journalisten

und Arbeiter, die nicht gewerkschaftlich organisiert waren, aus den CCC-Häusern „Fort Worth Star-Telegram“, „Kansas City Star“ und „Oakland Press“ in Pontiac zwecks „Orientierung“ einfliegen lassen. In Pontiac hatte CCC im vergangenen Jahr einige schwache Gewerkschaften „geknackt“, d.h. keine Tarifverträge für die Beschäftigten mehr abgeschlossen.

Die Gewerkschaften in Wilkes-Barre forderten die Erneuerung des Tarifvertrags und eine 10% jährliche Erhöhung. Die Geschäftsleitung konterte mit einer 37seitigen Liste von

Rücknahme“ Wunschen.

Am 6. Oktober begann der Streik. Bis auf 12 Mann stand die Streikfront geschlossen da. Die Zeitung erschien nicht. Die Streikenden gaben ihre eigene Zeitung heraus, die im Nu eine Auflagenzahl von 50.000 erreichte: „Citizens Voice“. Sie bekam starke Unterstützung durch Anzeigen der örtlichen Geschäftswelt.

Noch CCC holte 150 Sicherheitswachen von der berühmten Wackenhut-Gesellschaft aus New York. Die meisten von ihnen waren Schwarze und erhielten 18 Dollar am Tag. Die Vorgesetzten waren durchweg

Weiße. In Wilkes-Barre gibt es fast überhaupt keine Schwarzen. So war der Konflikt schon programmiert.

Wachen versuchten, mit LKWs durch die Streikenden zu brausen. Fünf verletzte Gewerkschafter blieben liegen.

Wachen kletterten auf ein Dach und spritzten aus Wasserwerfern ein Gemisch aus Ammoniak und Wasser auf Streikposten, Passanten und sogar auf die Polizisten, die als Teamster-Gewerkschaftsmitglieder ebenfalls verfolgt wurden.

Sechs Werkschützer wurden verhaftet wegen Körperverletzung, zwei Werkschützer wurden verhaftet wegen Vergewaltigung in einem Motel der Stadt. Ferner ist inzwischen verurteilt.

Dies alles verschreckte die Streikbrecher, die zurück in ihre Heimatorte wollten. Als auch noch die Belegschaft in Kansas meuterte, mußte CCC nach öffentlichen Protesten sich in den Wackenhut-Leuten lösen und etwas ungünstigere Typen anheuern.

Seitdem ist der Streik zu einem Konkurrenzkampf zwischen „Citizens Voice“ und „Times-Leader“ geworden. Das CCC-Produkt krankt nach wie vor am fast totalen Boykott der Leser, der Zeitungsausleger und der gewerkschaftsfreundlichen Geschäftseute.

„Repression en gros“

Wie im kleinen so wollen auch im Großen auch die Medienketten Tech machen. Es gibt keine ungesprochene Politik gegen fortschrittliche Medien. Aber die Vermarktungstechniken haben sich geändert.

Zu diesen Techniken gehört das Auswählen von „Zielgruppen“, Lebern, die zu den besten Kommentaren der Anzeigengeber gehören. Manche Medienbosse sprechen schon nicht mehr von Zeitungen, sondern von „Verbraucherprodukten“. Als Folge erscheinen Themen, die sich mit den Innenstädten, den Slums, den armen Bevölkerungsschichten befassen, nicht mehr in den Zeitungen, dies sind keine Abonnements- geschweige denn Anzeigen-Zielgruppen.

Damzufolge werden die Zeitungen der Medienkette zusehends zu Journalen für „Lebensstil“, Unterhaltung, Eigenheim etc.

97% der US-Tageszeitungen stellen in ihrem Bereich das Monopol

USA Kommission

USA Kommission



„Werkschützer“

„Werkschützer“

Black Panther Jagd ohne Ende

Huey P. Newton, Gründungs- und Leitungsmitglied der Black Panther Party, wird immer noch verfolgt. In mehreren skandalösen Scheinprozessen wollte die US-Klassengesellschaft ihn verurteilen, doch alle endeten mit blamablen Ergebnissen. Und trotzdem wollen die Richter nicht eingestehen, daß sie Unrecht vertreten.

Newton war im Herbst 1974 aus den USA nach Kuba geflohen, als ein Scheinprozeß begonnen sollte und hatte dort bis Juni 1977 gelebt. Dann war er nach Kanada gekommen, wo er sich auf den Prozeß kurz vorbereiten wollte, um dann in die Staaten zurückzukehren. Inzwischen waren Beweise für die schmutzigen Tricks des FBI bei der Zerschlagung der Black Panther Party bekanntgeworden und Newton hatte genügend Entlastungsmaterial. Außerdem meinte er, „der Prozeß kann stattfinden, nachdem sich das politische Klima in den USA geändert hat“ („International Herald Tribune“, IHT 27.6.77).

Nach kurzer Inhaftierung konnte er in Kanada mit seinem Verteidiger alles besprechen, um dann nach San Francisco zu fliegen. Dort kam es zu einem denkwürdigen Zwischenfall. Lang Lewis, ein schwarzer Sicherheitsbeamter auf dem Flughafen, der dort seit acht Jahren Dienst tat, ging auf Newton zu und schüttelte ihm die Hand - und wurde anschließend fröhlich gefeuert! Ein weißer Kollege bedrohte ihn und sein schwarzer Vorgesetzter, Lieutenant Westbrook, schickte ihn nach

Haus („Liberation News Service“, 16.7.77).

Nach kurzer Haft wurde Newton gegen hohe Kaution auf freien Fuß gesetzt. Sein erster Prozeß sollte ihn überführen, einen Schneider mit einem Pistolengriff attackiert zu haben. Nach vierzehntägigen Tagen kam das Gericht zu dem Ergebnis, daß es hier zu einer Verurteilung nicht reiche - aber für den Besitz einer Faustfeuerwaffe gab es eine Strafe („Guardian“, 2.10.78).

Im ersten Prozeß wegen Mordes an einer 17-jährigen Prostituierten lehnte Newton den Richter ab, als er meinte, „bei ihm keinen freien Prozeß zu bekommen“ (IHT, 2.7.79). So etwas ist in den USA legal und durchführbar!

Am 10. März sagte dann eine der vier Kronzeugen der Anklage aus und widerrief am 20. März, womit sich die These der Verteidigung von einem durch die Justiz konstruierten Fall erhärtete. Michelle Jenkins, die Newton vierzehn Jahre zuvor eindeutig als Mörder ihrer Kollegin „erkannt“ hatte, sagte aus, daß sie sich gar nicht richtig erinnern könnte an den Mörder und daß sie unter Vorlage von sechs Fotografien extra auf ihn hingewiesen worden sei. Außerdem hatten die Staatsanwälte behauptet, die Polizei und die Gerichte Druck auf sie ausgeübt („Guardian“, 21.3.79).

Aus Eröffnungstag stellte sich ferner heraus, daß eine Zeugin eine farbige Prostituierte, die Newton auch „erkannt“ hatte, zur Zeit wegen Mordes in einem Gefäng-

nis einsaß! Eine weitere Zeugin wurde gar nicht erst vorgeladen, sie sei angeblich von einem „Black Panther-Mordkommando“ überfallen worden und jetzt in Gefahr. Die Verteidigung konnte allerdings herauskriegen, daß sie für eine Aussage Straffreiheit für einen Freund von der Staatsanwaltschaft verlangt hatte (IHT 26.3.79).

Der Anklage blieb nur noch die Aussage eines Mannes, der sich selbst als „Strichjunge“ bezeichnet und den die Verteidigung für den wahren Mörder hält („Guardian“, 26.3.79).

Die Jury, die sich aus elf Weißen und einem Schwarzen zusammensetzte, entschied nach vier Tagen mit 10:2 für Newtons Freispruch.

Doch die Anklage ist unerschüttert. Sie fordert eine erneute Verhandlung! - Mittlerweile muß Newton fünf Tage in den Knast, weil er

sich weigerte, dem Gericht Auskunft über seine Flucht nach Kuba zu geben („Guardian“, 29.3.79).

Doch nicht alle Black Panther-Führer sind derart Verfolgungen ausgesetzt. So kehrte Eldridge Cleaver reumütig aus dem Exil heim und ist seitdem als Vaterlandsverteidiger und Schneider scharfer Hosen für „wahre Männer“ aktiv. - Stokely Carmichael, einst Führer des Student Nonviolent Coordinating Committee, lebt seit zehn Jahren in Guinea Conakry, von wo er die schwarze Revolution betreibt. Am 14.4. erklärte er vor 200 Menschen in Denver, Colorado: „Der erste Weg zur Gerechtigkeit in Amerika ist die Zerstörung des kapitalistischen Systems. Die Bedingungen in diesem Land sind reif für die Revolution“ (IHT, 16.4.79).

Der Prozeß gegen Newton legt das bedrückende Zeugnis ab. USA-Kommission

Polizeiübergriffe gegen Frauen

Verkehrswünderinnen - immer nur Frauen - müssen sich in den USA ausziehen und an den Genitalien abtasten lassen. Einmal sogar die Befahrerin eines Verkehrswünderers der selbst angezogen bleiben durfte! Die Bürgerrechtsorganisation ACLU, an die sich einige Frauen wandten, schätzte, daß in den vergangenen Jahren 10.000 Frauen ungerechtfertigt abgetastet wurden. Die US-Polizei gibt inzwischen zu, daß eine Dienstanweisung „grob fehlinterpretiert“ worden sei, in

der es um Drogen- oder Waffenverstecke ging. Mittlerweile klagen 50 Frauen auf Schadenersatz für jedes Opfer.

Viele Frauen, die sich bei der ACLU/Chicago aus mehreren anderen Bundesstaaten meldeten, sagten, daß sie bislang noch nicht einmal mit ihren nächsten Angehörigen darüber gesprochen hätten (aus: „Spiegel“ 19/79). - Hat's hier sowas nicht auch schonmal, gegeben?

Antifa-Kommission Hannover

Fortsetzung von Seite 44

geraot größten Ausmaßes auswirken Ende April/Anfang Mai boykottierten über 50.000 Schüler aus Protest gegen die Repression den Unterricht, Bauern und Landarbeiter forderten in Massendemonstrationen die Freilassung der politischen Gefangenen.

Die FSLN versucht verstärkt, die Widersprüche in der Nationalgarde, vor allem in Bezug auf die einfachen Truppen, die monatelang auf ihre Lohnauszahlung warten, zu schüren. Ein neuer Generalsekretär, zu dem möglichst die nationale patriotische Front (FPN) und die breite Oppositionsfront (FAO), die kapitalistische Opposition gegen Somoza gemeinsam aufrufen sollen, wird vorbereitet. Dieses Klima breiten Protests und Widerstands versucht die FSLN für eine Ausdehnung der bewaffneten Aktionen zu nutzen.

In den meisten europäischen Ländern wurde eine aktuelle Solidaritätskampagne über die Nicaragua-Büros und Vertretung der FSLN mit Plakaten, Unterschriftensammlung (siehe Textabdruck in diesem AK), Veranstaltungen eingeleitet, um eine breite Öffentlichkeit auf diese weitere Zuspitzung der Kämpfe aufmerksam zu machen.

Es wird damit gerechnet, daß die FSLN in den Gebieten, die sie kontrolliert, eine provisorische Regierung ausrufen wird.

Der US-Imperialismus stellte (zum wiederholten Mal) für El Salvador und Nicaragua jede offizielle Hilfe ein, was aber nur heißt, daß die Diktaturen über andere, unverfügbare Kanäle beliefert werden, so der 40 Mio. Kredit vom US-beherrschten IWF, Waffen und militärische Berater aus Israel. Die Kräfte in den USA, denen an einer demokratischen Profilierung liegt, Paradeferd ist dabei Edward Kennedy, fordern die Einstellung jeglicher Unterstützung und sogar ökonomische Sanktionen für Nicaragua und El Salvador, wozu sich „Menschenrechtler“ Carter immer noch nicht entschließen konnte. Im Anschluß an die Auseinandersetzungen am 1. Mai in Nicaragua wutete neben den K.

Chief und Gewerkschaftsführern auch Alfonso Robelo, Führer der großbürgerlichen Opposition gegen Somoza, verhaftet. Möglicherweise soll Robelo (wie zeitweise Sandjani in Iran) zum konsequenten Oppositionellen profiliert und als Nachfolger Somozas aufgebaut werden, wenn die Verhaftung Robelos nicht einfach Teil von Somozas Amoklauf der völligen Repression ist. Thomas Borge, Mitglied des Führungsgremiums und Gründungsmitglied der FSLN sagte dazu in einem Interview:

„In meinem Land entscheidet sich derzeit das Schicksal Mittelamerikas. Unser Sieg in Nicaragua wird eine große Änderung in der gesamten politischen Situation der Region bedeuten.“ Und die FAZ kommentiert: „... gerade das macht es den Vereinigten Staaten so schwer, eine klare Position für ihre Nicaragua-Politik zu finden. Nicaraguas Bedeutung für

die instabilen Nachbarländer ist einer der Gründe für die fehlenden oder halben Maßnahmen Washingtons gegen Somoza, die Symbolfigur für alle Militär- oder Militärdiktaturen in Lateinamerika. Die Staaten zwischen Mexiko und Panama sind ein möglicher Krisenherd der nahen Zukunft“ (FAZ, 23.4.79). Der enorme Aufschwung des Widerstandes in El Salvador, die Fortsetzung der Kämpfe in Nicaragua, die wachsenden sozialen Spannungen in Guatemala und auch Mexiko machen Mittelamerika tatsächlich zum derzeitigen Zentrum der revolutionären Kämpfe in Lateinamerika. Wir hoffen sehr, daß sich diese „Krisenherde“ zum Pulverfaß für die Imperialisten und Diktaturen auswachsen und auf den Kontinent ausdehnen.

Lateinamerika-Kommission

Die Nicaragua-Solidaritätskomitees in den meisten europäischen Ländern führen zur Zeit angereicherter Zuspitzung der Kämpfe in Nicaragua eine Öffentlichkeitskampagne durch, zu der neben Plakaten, Veranstaltungen usw. die folgende Unterschriftensammlung gehört, die bei entsprechenden Veranstaltungen und Festen eingesetzt werden sollte.

Eine Chance für Nicaragua

Mehr als achtzig Solidargruppen für ein demokratisches Nicaragua arbeiten heute in allen Ländern des westlichen Europas, mehr als fünfundsiebenzig in der Bundesrepublik Deutschland. Wir unterstützen ausdrücklich die Ziele dieser Solidargruppen, die Öffentlichkeit auf die fünfzigjährige Diktatur der Familie Somoza aufmerksam zu machen und die demokratische Opposition zu unterstützen. Die Diktatur Nicaraguas hat sich ständiger Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht und mit der Bombardierung der Städte im September 1978 Völkermord begangen. Die Ausnahme der Repression in diesem Land ist ein Grund, es zu

gegen die Zivilbevölkerung, gegen Gewerkschaften und Kirchen, gegen uns Mord und Terror und Alltag in Nicaragua. Wir fordern Nicaragua möge die Chance zu eigener Gestaltung seiner Gesellschaft bekommen. Für das Ziel kämpfen und sterben Menschen das Volk selbst, dabei, gegen die Diktatur aufzustehen, die nur noch mit Hilfe von außen überleben kann. Wir wenden uns deshalb gegen die Einmischung in die Entwicklung Nicaraguas und verurteilen jegliche Komplizenschaft mit tyrannischer oder politischer Natur mit dem Diktator. Interventionen haben seit über hundert Jahren die Entwicklung Zentralamerikas und Nicaraguas zurück gemacht und sie zu Benachteiligten verkommen lassen. Die Weltöffentlichkeit darf eine neue Intervention nicht dulden und nicht schweigen, wenn fremde Mächte aus machtpolitischen Gründen Somoza oder den Somozismus im Leben erhalten. Das Volk von Nicaragua will Freiheit und Selbstbestimmung. Wir bitten Sie, einen Kampf um die Entscheidung jetzt zu unterstützen.

Informationsbüro Nicaragua e.V.,
Wuppertaler Bank für Gemeinnützige
Postfach 1111
42101 Wuppertal

Spaltung der Sozialistischen Partei Chiles Altamirano ausgeschlossen

Mit einer sehr drastischen Maßnahme immerhin wird nicht alle Tage der amtierende Generalsekretär aus seiner Partei geworfen – scheint sich der rechte Flügel der Sozialistischen Partei Chiles (PS) vorerst durchgesetzt zu haben. Der Ausschluß Altamiranos und die damit wohl unvermeidliche weitere Abspaltung einer Strömung aus der PS kann unter Umständen das relativ verhärtete Gefüge des chilenischen Widerstandes in Bewegung bringen und neue Diskussionen und Bündnisse innerhalb der chilenischen Linken bewirken.

Der Ausschluß

Am 26.4.79 beschloß das ZK der PS in Berlin DDR an dem auch Vertreter der Inlandsleitung teilnahmen mit knapper Mehrheit (5 : 4) den Ausschluß des seit über acht Jahren amtierenden Generalsekretärs wegen „irrationaler Führungstätigkeit“. Neuer Generalsekretär wurde Clodomiro Almeyda, bisher Stellvertreter Altamiranos und Vorsitzender der Auslandsleitung der UP. Während Almeyda in Presseerklärungen verbreitete, daß der Beschluß nach ausführlichen Diskussionen der Parteibasis und -gremien in Chile und im Ausland zustande gekommen sei, nannte Altamirano den Ausschluß ein „fraktionelles Manöver“, das er nicht akzeptiert. Es gebe heute zwei Generalsekretäre der PS. Zur Bewältigung dieser Krise schlug Altamirano eine sofortige Einsetzung einer „Kommission für die Einheit“ vor, deren Aufgabe sein soll, alle Mittel zu entwickeln, um die Einheit der Partei zu wahren. Zugleich rief er zur sofortigen Vorbereitung eines Parteikongresses in Chile und um Ausland auf, forderte eine erneute ZK-Sitzung mit der einzigen Aufgabe der Kongreßvorbereitung. Bis zu diesem Kongreß sollte die alte Leitung bestehen bleiben. 16 Inlandsführer sollen in einem Kommuniqué diese Forderungen unterstützt haben (El Día, Mexico, 3.5. und 5.5.79).

Während Altamirano nach Kanada und verschiedene lateinamerikanische Länder zu Treffen mit exilierten Mitgliedern der PS gereist ist, haben europäische Vertreter der PS Altamirano scharf angegriffen, weil er die Partei „geringgeschätzt und beleidigt“ und die Spaltung hervorgerufen habe (so PS-Vertreter in Spanien, El Día, 3.5.79).

Um welche Widersprüche geht es?

Der wesentliche Punkt der Kontroverse liegt offensichtlich im Bereich der Bündnispolitik. Der Flügel der PS, der von Almeyda repräsentiert wird, orientiert sich stark an der KP, d.h., er strebt das dauerhafte Bündnis der UP (also vor allem PS und KP) mit der Christdemokratie an. Die Strömung um Altamirano dagegen lehnt den Weg der KP, im Bündnis mit der Bourgeoisie um Eduardo Frei die Junta zu stützen und eine antifaschistische Demokratie zu errichten, ab. Sie ist offener für eine Zusammenarbeit mit der revolutionären Linken wie dem MIR und hält lediglich vorübergehende Allianzen mit der Christdemokratie für sinnvoll.

An welchem konkreten Anlaß sich die Widersprüche so zugespitzt haben, daß es zu dem Ausschluß kam, ist bislang unbekannt. Neben der augenblicklichen Verschärfung der Widersprüche zwischen Altamirano und Almeyda gibt es zwei weitere Abspaltungen aus der PS.

Die PS-ent (Coordinadora Nacional de Regionales), die seit dem Putsch relativ selbstständig von der Auslandsleitung gearbeitet hat, aber erst 1978 nach zahlreichen Auseinandersetzungen ausgeschlossen wurde bzw. sich organisatorisch selbstständig gemacht hat. Die Coordinadora hat sich aus dem Zusammenschluß von um Untergrund aktiven Parteizellen entwickelt. Von Anfang an wurde vor allem kritisiert, daß die Führung der Partei ins Ausland gegangen ist und ab spätestens 1977 erkannte die Coordinadora die Auslandsleitung nicht mehr an, sondern die „Coordinadora Nacional de Regionales (sei) der wahre und authentische Ausdruck der sozialistischen Partei Chiles, die Führungsinstanz die sich die große Mehrheit der Parteibasis unter den harten Bedingungen der Repression und der Untergrundarbeit im Inneren Chiles gegeben hat“. Im September 1976 hatte die PS-Führung unter Altamirano die Coordinadora ultimativ aufgefordert, jede eigene parteipolitische Aktivität (Herausgabe von Erklärungen etc. unter dem Namen der PS) zu unterlassen und sich der gemeinsamen Führung zu unterstellen. In ih-

rer Antwort kritisierte die Coordinadora vor allem die Überbewertung der Bedeutung der UP die überhaupt nur im Ausland existiere die Bündnispolitik gegenüber der Christdemokratie und die mangelnde Bereitschaft der Auslandsleitung zur Auseinandersetzung mit der Arbeit und den Positionen der ent, d.h. bürokratischen Führungsspitze.

Der Konflikt spitzte sich zu, als 1977 Pedro Vuscovic, Wirtschaftsminister unter Allende und führender Kopf des Coordinadora-Flügels aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Die vierte Strömung schließlich ist sozialdemokratisch – unter Führung von Anacleto Rodríguez, der sich vor wenigen Wochen offiziell von der PS gelöst hat. Dieser Flügel weist die sozialistische Perspektive und die Hegemonie der Arbeiterklasse ausdrücklich zurück. Rodríguez spekuliert auf die Unterstützung der europäischen Sozialdemokraten und der Sozialistischen Internationale. Ob und in welcher Form diese ihn von der Abspaltung von der PS unterstützt haben, um neben der Radikalen Partei weiteren Einfluß im chilenischen Widerstand zu gewinnen, ist zur Zeit nicht zu beurteilen.

Die PS war neben der KP die entscheidende Achse der Unidad Popular. Die letzte Spaltung dürfte sich auch auf den Bestand der UP bzw. ihren Einfluß schwächend auswirken. Andererseits hat sich die Rest-PS um Almeyda durch den Ausschluß Altamiranos günstige Bedingungen für eine noch engere Zusammenarbeit mit der KP geschaffen. Ob sich dadurch eine Stärkung des rechten Flügels im chilenischen Widerstand herauskristallisiert, bleibt abzuwarten. Altamirano wird in dieser Situation trotz der alten Streitigkeiten und politischen Differenzen auf die Zusammenarbeit mit der Coordinadora setzen müssen. Ob diese Polarisierung innerhalb des Widerstandes zur Stärkung der Revolutionäre beitragen wird ist noch offen. Die starren Fronten zwischen den Organisationen der Linken sind teilweise aufgebrochen – zumindest haben sich neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit der nicht-revisionistischen Linken ergeben.

Lateinamerika-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 086245 A
238 Flensburg

Gesacht
Postlagerkarte 02/2054 Gesacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Markt

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagerkarte
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Buchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 18 bis 19 Uhr
Jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holtenauerstraße zwischen „Kie-
Nachrichten“ und Buchladen „Monte-
nut“

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Postlagerkarte
24 Lübeck 1

Möln/Retzburg
M. Bölow
Postfach 1111
241 Möln

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598

Oldenburg
Eutin, Plön, Melente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 072 854
242 Eutin

Jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr
Jeden Donnerstag von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinnberg/Steinburg
Postlagerkarte A 072 926
241 Pinnberg

Rainbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Rainbek/West

Bremen

Bremerhaven
K.B. c/o Arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/47597
Di-Fr 13.30 - 18.30
Sa 9.30 - 14.00
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Kurstadt
Nordersteintstraße

Emden
Postlagerkarte 0574 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Lampen
Postfach 1262
3 Hannover 1
Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächenstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Wees-Emm-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Büdingen
G. Wißmeyer
Postfach 22
8748 Bad Bengelbarn

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddenstr. 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 bis 20 Uhr

Postlagerkarte A 056 011

463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstags 12 bis 14 Uhr
Mensa Münsterstraße
Sonnabend 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte
41 Duisburg

Essen
Jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwoch von 18.30 bis 19 Uhr
in der Einkaufstraße

Mönchengladbach
Postlagerkarte A 0087 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Olenstag
Buchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch Büchertisch – Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumack 52
61 Darmstadt

Frankfurt

J. Reents Vertriebsbüro
Postfach 1111
Ecke Untermainstr. 1
Röderheimer Str. 13
6000 Frankfurt 90

Kassel
E. H. H. H.
Postfach 10 31 43
3410 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Jeden Samstag Verkauf
11 bis 12 Uhr
Kaiser-Josel-Str./Ecke
Rathausgasse

Heidelberg
AK Lesekreis jeden Montag
und Buchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080845B

Karlsruhe
Heldt Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Solidarität 59
Jeden Freitag von 18 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen“
c/o KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Buchertisch 11.13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A. Fierback
Postfach 2413
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
P. Tröndler
Postfach 15471
85 München

Würzburg
Postlagerkarte 078303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwoch nach
AK Erscheinen Alte Mensa

Westfalen

J. Reents Vertriebsbüro
Eisenbahnstr. 4
1 Westfalen 38



afrika

Zur Lage der patriotischen Front

Offiziell ist der zimbabwische Widerstand „vereinigt“; er wird auf internationaler Ebene von der Patriotischen Front der Dachorganisation von ZANU und ZAPU, repräsentiert. Diese offizielle „Einheit“ ist von höchster diplomatischer Wichtigkeit, weil sie ein entscheidender Faktor der internationalen Isolierung von Smith, Muzorewa etc. ist. Die Einbeziehung eines Teils der PF in eine „interne Lösung“ oder auch nur das Auseinanderfallen der PF, wäre ein Meilenstein der imperialistischen Strategie und würde die internationale Isolierung Rhodesiens weitgehend aufheben.

Die Notwendigkeit, nach Außen eine „Einheit“ zu repräsentieren, verbietet es seit längerem sowohl ZANU als auch ZAPU interne Differenzen der PF darzustellen.

Relativ überraschend kommt daher ein Interview des ZANU-Präsidenten Mugabe mit der in Afrika vielgelesenen „New African“ (Mai '79), in dem die ZAPU-Führung massiv angegriffen und nicht deutlich zum Sturz Nkomos aufgefordert wird. Mugabe greift Nkomo an, wegen dessen Torpedierung der Einheit an der Basis, wegen der Geheimgespräche mit Smith, wegen des Versuchs der ZAPU-Führung weiterhin das Monopol der Beziehung zum RGW und seinen Bündnispartnern zu beanspruchen (eine offenbar sehr wichtige Frage nach dem Bruch der ZANU mit China), und wegen der Unterdrückung innerparteilicher Opposition.

In einem Parallel-Interview äußert sich N k o m o wesentlich zurückhaltender. Er bestätigt allerdings, daß er gegen ein gemeinsames militärisches Oberkommando ist.

Über internationalen Druck auf die Entwicklung der PF beschwert sich Nkomo wie Mugabe – er wirft Tanzania einseitige Unterstützung der ZANU vor, während Mugabe Nigeria und „einige Frontstaaten“ (damit dürfte Sambia gemeint sein) der Einmischung zugunsten der ZAPU bezichtigt.

Hier die wichtigsten Passagen im Wortlaut:

Mugabe

Wir unterzeichneten (1977) ein Abkommen zur Vereinigung unserer Streitkräfte und erarbeiteten gemeinsame Prinzipien für die ideologische Ausbildung der Kader, bildeten ein gemeinsames militärisches Oberkommando und trafen Festlegungen bezüglich der Disziplin.

Aber als es an die Umsetzung ging, hatte die ZAPU andere Vorstellungen. Sie brachten das Gegenargument, daß die politischen Parteien zuerst vereinigt werden sollten und die Armeen später. ... Wir wollen ein wirkungsvolles Instrumentarium zur Zerstörung des Feindes entwickeln.

Die ZAPU will Mechanismen zur Erlangung der Führung erarbeiten. Sie sind mit der Frage der Führung der nationalen Bewegung beschäftigt. Wir sind mit der Zerstörung des Feindes beschäftigt, zwei sehr verschiedene Standpunkte.

F: Ist nicht eine Verfassung für die politische Einheit innerhalb der PF ausgearbeitet worden?

A: Nachdem wir das Abkommen über die militärischen Strukturen erstellt hatten, schlug die ZAPU die Ausarbeitung einer Verfassung vor. Wir verweigerten das nicht, wir arbeiteten ein Dokument aus, das noch nicht vollständig ist, aber im Großen und Ganzen doch akzeptabel. Wir weisen den Gedanken der Einheit nicht zurück; wir sind für die Einheit, wenn die Zeit reif und die Chancen ihrer Verwirklichung gut sind.

Die PF hat einige Bedingungen des anglo-amerikanischen Plans akzeptiert und das hat den Feind verwirrt. Die Briten und Amerikaner entwickelten eine Strategie zur Spaltung der Front und drängten Smith direkten Kontakt mit Nkomo aufzunehmen. Smith versuchte Nkomo einzuwinkeln. 'Die Menschen hier denken, daß sie zurückkommen sollten, Schwarze und Weiße vertrauen Ihnen, Muzorewa und Sithole sind Fehlschläge; ich möchte die Macht abtreten, aber an wen? Sagen Sie mir jemand'.

Nkomo ließ sich verführen und verhandelte mit Smith, ohne uns zu informieren.

Wieder geht es der ZAPU darum, für sich selbst die Führung zu beanspruchen und nicht darum, den bewaffneten Kampf zur Zerstörung des Feindes zu führen und die Führung von der Basis her aufzubauen.

F: Es klingt, als ob ernsthafte Differenzen zwischen der ZANU und ZAPU bestehen. Hat die ZANU eine Strategie zu ihrer Überwindung?

A: Wir sind darauf vorbereitet, uns auf der Grundlage des Kampfes zu vereinigen.

Lassen Sie mich einige weitere Beispiele dafür nennen, warum wir uns mehr davon versprechen, den Kampf auf die ZANU allein gestützt zu führen. Nkomos Gespräch mit

Smith war nicht das einzige Problem im letzten Jahr.

Als ich von verschiedenen sozialistischen Staaten eingeladen wurde, protestierte Nkomo gegen die Einladungen und Hilfsangebote, die man uns machte. Ich besuchte im letzten Jahr Vietnam und Nkomo beschwerte sich. Wenn wir zusammenarbeiten, sollte er diese Beziehungen begrüßen.

Wir erhielten die Einladung, eine gemeinsame ZANU-ZAPU-Kulturgruppe zu den Jugendfestspielen nach Havanna zu schicken. Wir traten an die ZAPU heran aber sie sagten, wir seien nicht eingeladen worden. Daraufhin reiste ich mit einer ZANU-Havanna zu schicken. Wir traten an die ZAPU heran aber sie sagten, wir seien nicht eingeladen worden. Daraufhin reiste ich mit einer ZANU-

Delegation nach Kuba und war sehr erstaunt, eine reine ZAPU-Kulturgruppe auf dem Festival anzutreffen. Sie hatten das mit dem kubanischen Botschafter in Sambia ausgehandelt, unter Ausschuß unserer Gruppe. Hinzuzufügen ist noch, daß die kubanischen Behörden mir mitteilten, sie hätten mich trotz der Einwendungen Nkomos eingeladen, daß selbst nach meiner Ankunft Nkomo zwei Stunden bei Fidel Castro verbracht hat, um gegen meine Einladung zu protestieren. Äthiopien bot unserem Volk Ausbildungsmöglichkeiten an, wie allen übrigen Befreiungskämpfern im südlichen Afrika und wir nahmen das Angebot an. Sofort ging Nkomo zu Mengistu und beschwerte sich. Er argumentierte, daß nicht unsere Ausbildung die Chancen der Einheit verbessern würden. Mengistu bot auch der ZAPU Ausbildungsmöglichkeiten an, aber Nkomo lehnte ab, solange nicht in getrennten Camps ausgebildet würde.

In Tanzania werden wir gemeinsam ausgebildet. Immer wenn die Ausbildung beginnt, schicken wir die Hälfte der Männer (wir könnten zweimal so viel schicken) aber die Plätze sind immer leer, weil Nkomo nicht will, daß seine Truppen Seite an Seite mit unseren ausgebildet werden. Meinen Sie, die Situation ist reif für eine Vereinigung?

F: Gibt es irgendwelche Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen ZANU und ZAPU zu verbessern?

A: Sicher, wir arbeiten noch zusammen. Im diplomatischen Bereich hat es nicht sehr viel Schwierigkeiten gegeben, abgesehen von der zeitweisen Abweichung der ZAPU von der Linie der PF. So haben wir im Großen und Ganzen seit Genf zusammengearbeitet, auf verschiedenen internationalen Foren und haben eine Front repräsentiert. Wir sind entschlossen, unsere Probleme zu lösen; wir können es uns nicht leisten, gespalten zu werden und den Feind von dieser Spaltung profitieren zu lassen.

F: Wie versuchen Sie, ZAPU für ihre Position zu gewinnen?

A: Es gibt revolutionäre und fortschrittliche Elemente in der ZAPU, aber die Führung unterdrückt sie!



Die Führer der patriotischen Front: ZANU-Mugabe (links) und Nkomo

Wir haben gehört, daß es eine Gruppe in der ZAPU gegeben hat, die für die Bildung eines gemeinsamen Kommandos und die Teilnahme an Operationen mit uns eingetreten ist, aber sie wurde wegen Verrats der Sache isoliert.

F: Setzen Sie die ZAPU unter Druck?

A: Nein, das ist nicht meine Position. Einige Front-Staaten und andere afrikanische Staaten im Auftrag der ZAPU haben versucht, uns in eine Einheit mit der ZAPU zu zwingen und Nkomo als Führer zu akzeptieren. Nigeria hat das versucht. Wir stimmen mit derartigen Versuchen nicht in unserer Meinungsbildungsprozeß einmischen, nicht überein.



Nkomo

F: Die PF hat damit begonnen, ZANU und ZAPU in einer Organisation zusammenzuschließen. Aus zwei Führungen muß eine gebildet werden. Ist das ohne destruktive Kämpfe zu bewältigen und wird es gelingen, beide Organisationen zu erhalten?

A: Die Position der ZAPU ist, daß zur Zusammenführung aller Teile der beiden Organisationen eine Partei benötigt wird. Unsere Genossen von der ZANU meinen, daß wir mit einer gemeinsamen Armee beginnen müssen und daß die Zusammenführung der beiden politischen Parteien garantieren würde. Aber wir haben das mit der ZAPU versucht und es funktioniert nicht.

Verstärkte Wühltätigkeit gegen die VR Mosambik



Opfer rhodesischer Terroranschläge auf Flüchtlingstager

In den letzten Monaten eskalierte die reaktionäre Wühl- und Sabotage-tätigkeit gegen die VR Mosambik enorm. Zeitlich abgestimmt mit den rassistischen Überfällen arbeiten im Wesentlichen drei Organisationen im Innern an der Destabilisierung der Volksrepublik. Es handelt sich um die Zambesische Befreiungsfront (ZLF), die Demokratische Mosambikanische Front (FUMO) und die Nationale Widerstandsbewegung Mosambiks (NRM).

Ende Dezember 1978 überfiel eine Gruppe bewaffneter Männer einen Bus in der Manica-Provinz, raubte die Passagiere aus und eröffnete dann das Feuer. 14 Menschen wurden getötet. Drei der Bandenmitglieder, zwei Mosambikaner und ein Rhodesier, konnten festgenommen werden. Sie sagten aus, in rhodesischen Lagern ausgebildet worden zu sein. Sie erhielten einen Sold von 2.000 DM monatlich und im Fall des Sturzes der

FRELIMO waren ihnen hohe Regierungsstellen angeboten worden.

Neben bewaffneten Überfällen auf die Zivilbevölkerung haben diese Banden den Auftrag, zentrale Versorgungsrichtungen zu zerstören und damit den wirtschaftlichen Aufbau Mosambiks erheblich zu behindern. Die NRM verübte beispielsweise einen Anschlag auf ein Öl-Depot im Hafen von Beira, bei dem ein Sachschaden von sechs Millionen DM entstand. In den anschließenden Kämpfen mit mosambikanischen Soldaten gelang es der NRM, 18 von ihnen zu töten. Allein im Februar letzten Jahres wurden 300 (!) Söldner und regierungsfeindliche Agenten von mosambikanischen Soldaten in der Tete-Provinz aufgespürt und festgenommen. Vergangenen Monat wurden erstmals zehn Männer vom Revolutionären Militärgerecht zum Tode verurteilt und anschließend erschossen, ein Zeichen für das bedrohliche Anwachsen konterrevolutionärer Aktivitäten innerhalb Mosambiks.

Reaktionäre Propaganda

Die NRM ist auch für die Verbreitung reaktionärer antikommunistischer Propaganda verantwortlich. Zu diesem Zweck unterhält sie in Gwelo (Rhodesien) einen Rundfunksender, der sich „Stimme des freien Afrika“ nennt und u.a. Morddrohungen gegen führende FRELIMO-Mitglieder nach Mosambik hineinsendet.

Unterstützung erhalten diese Terrororganisationen vorwiegend vom US-Imperialismus aber auch von europäischen Imperialisten. Personell werden diese Aktivitäten und die Koordination der militärischen Operationen im wesentlichen von zwei Männern getragen:

1. Domingo Arouca Arouca, Präsident der FUMO, war ein enger Freund des portugiesischen Premierministers Caetano. Mit Hilfe des damaligen Präsidenten Salazar erhielt er einen Job in Por-

tiert nicht. Bevor nicht die politische Einheit und Autorität hergestellt ist, ist es auch nicht möglich, innerhalb der Streitkräfte die Tatsache verankern zu wollen, sie seien eine Einheit.

In erster Linie ist die Armee ein Instrument der politischen Organisation.

Wir haben angefangen, Dinge in Aktion zu tun und es scheint sehr schwerwiegende Probleme. ZANU und ZAPU haben sich seit 1963 getrennt entwickelt und verschiedene Wege der Praxis beschritten. ... Die Gründe, warum wir uns zusammen schließen sollten, sind sehr stark — um den bewaffneten Kampf erfolgreich zu führen und dann zu verteidigen, was wir ohne Konflikte erreicht haben. Es ist erforderlich, daß wir handeln.

F: Werden von der ZAPU Schritte angegangen, diesen Prozeß zu beschleunigen?

A: Es geht nicht nur um die ZAPU. Wir haben zusammen eine Verfassung erarbeitet. Sie ist fertiggestellt, aber noch nicht angewendet worden. Innerhalb der Frontstaaten zu arbeiten, die ihre eigenen Probleme haben, ist ebenfalls ein Hindernis für die Einheit gewesen.

Darüberhinaus, woher kommt die ZANU? ZANU wurde von einigen Leuten in Tanzania gegründet und deshalb wünschten Tanzanier Erfolge dieser Organisation zu sehen. Unglücklicherweise haben sich alle Einigungsversuche zwischen ZANU und ZAPU auf diesem Feld internationaler Interessen abgemüht. Aber wenn wir ernsthaft sind, sollten wir in der Lage sein, Probleme, die aus äußeren Quellen entspringen, zu überwinden.

Zentralafrikanisches „Kaiserreich“: Bokassas Thron wackelt

tugals führender Bank. Arouca versuchte verschiedene Male, mit der FRELIMO ins Geschäft zu kommen. Als diese Versuche nichts fruchteten, setzte er sich nach Portugal ab und gründete dort die FUMO.

2. Jorge Jardim

Jardim, ein Unter-Staatssekretär unter Salazar, begann seine politische Karriere in Afrika mit der Einleitung diplomatischer Beziehungen zwischen Malawi und dem faschistischen Portugal. Schließlich ernannte der malawische Präsident ihn zum General-Konsul Malawis in Mosambik. Jardim unterhielt einen eigenen Geheimdienst und baute eine Spitzelagentur auf, die AQIM. Darüberhinaus arbeiteten die Mitglieder der berüchtigten Spezialeinheiten, auf deren Konto die grausamsten Terroraktionen während des Unabhängigkeitskrieges gehen, mit Vorliebe für Jardim.

Jardim verfügte auch über ausgezeichnete Geschäftsverbindungen zu portugiesischen und französischen Firmen und war selbst Direktor und Mitigentümer einer der größten Tageszeitungen, der Noticias da Beira. Nach der Befreiung Mosambiks ging Jardim nach Malawi, wo er eine private Armee gegen die FRELIMO aufbaute (nach „New African“, Mai 79).

Afrika-Kommission

Einen barbarischen Beitrag zum Jahr des Kindes leistete sich die Armee des Zentralafrikanischen „Kaiserreichs“ (ZAK). Wie „amnesty international“ inzwischen enthüllte, fanden am 18.4. in der Hauptstadt Bangui erneut Demonstrationen von Schülern statt, die ihren Ursprung in deren Kampf gegen die Einführung von obligatorischen (und teuren) Schuluniformen hatten. Dabei äußerten sie ihre Wut auch in Steinwürfen auf vorbeifahrende Regierungsautos, darunter das des selbsternannten „Kaisers“ Bokassa („International Herald Tribune“ — „IHT“, 15.5.).

Am Abend besetzte die Leibgarde Bokassas vier als besonders unruhig geltende Stadtteile und holte wahllos mindestens 250 Jugendliche und Kinder aus den Häusern. Sie wurden im zentralen Gefängnis für politische Gefangene zusammengetrieben und dermaßen eingepfercht, daß in einer fest verschlossenen Zelle 28 von ihnen erstickten („Le Monde“ — „LM“, 15.5.). Weitere wurden gesteinigt, mit Bajonetten erstochen oder mit Peitschen zu Tode geprügelt („MoPo“, 15.5.). „Ein Kind wurde mit dem Taschenmesser, das es ge-
de bei sich trug, getötet“, berichtet ein Augenzeuge („LM“, 15.5.). Insgesamt sollen ungefähr 100 Kinder und Jugendliche ermordet worden sein („SZ“, 17.5.).

Die Massendemonstrationen gegen das herrschende Regime dauern schon mindestens seit Januar dieses Jahres an, begleitet von breiten Streikbewegungen. Gingen zunächst vor allem Schüler und Studenten auf die Straße, so griff die Protestwelle schnell auf andere Schichten der Bevölkerung über („LM“, 24.1.).

Diese Unruhen wurden mit Hilfe zaurische Truppen (!) niedergeschlagen, so brutal, daß nach Auskunft der „Union der zentralafrikanischen Studenten“ mehr als 1.000 Tote zu beklagen waren (Radio Alger, 30.1. nach „Monitordienst, 1.2.). Trotz dem breitete sich der Protest aus Streiks in Ministerien und Banken, in der Energiewirtschaft und auf Baumwollplantagen sowie in Schulen und Universität. In den Provinzhauptstädten wurden Behörden von Bauern angegriffen.

Die Reaktion der Regierung waren die zeitweise Besetzung von Schulen und der Universität, sowie Verhaftun-

gen, darunter die dreier hoher Funktionäre der staatlichen Verwaltung, die der Sympathie mit den Protestierenden verdächtigt wurden. Kurz vor den Demonstrationen vom 18.4. wurde der ehemalige Informationsminister Yangongo eingesperrt, der als vermutlicher Kader der „Volksbefreiungsfront Zentralafrikas“ (FPLC) gilt.

Das Bokassa-Regime am Rande des Zusammenbruchs

Seit Jahren gehört das Bokassa-Regime zu den ärmsten Ländern des afrikanischen Kontinents und zu den 20 ärmsten Staaten der Welt. Die Exporte sinken ständig, die Handelsbilanz befindet sich in einem chronischen Defizit, die Schulden beim imperialistischen Ausland belaufen sich auf Milliarden. Vor dem totalen Staatsbankrott wird das Bokassa-Regime faktisch nur durch massive Finanzspritzen der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und Südafrikas

bewahrt.

Frankreich ist der Haupthandelspartner des ZAK und steht auf der Liste der Gläubigerländer an erster Stelle. Der Diktator und selbsternannte Monarch Jean-Bedel Bokassa hat jahrelang in der französischen Armee gedient, kämpfte im Indochina-Krieg und im Kongo des französischen Imperialismus und war der höchstdekorierte Farbige in der französischen Armee („Welt“, 7.12.70). Auch in seiner Lebensweise bemüht sich Bokassa, dem Vorbild seiner französischen Lehrer nachzuempfehlen. In Anlehnung an die Feudalherrschaft Ludwig XIV. verschwendet er 2/3 der Staatsausgaben für die Verwaltung und Hofhaltung. Die niedrigsten Schätzungen für die Kosten der Krönungsfeier im Dezember 1977 liegen bei 20 Mio. DM („FR“, 3.12.77). Die jüngsten Aufstände zeigen allerdings deutlich, daß die Bevölkerung entschlossen ist, der korrupten Diktatur Widerstand entgegenzusetzen.

Afrika-Kommission

Kurzmeldungen Südliches Afrika

Südafrika: Polizeistation von Soweto überfallen

Als Antwort auf die Hinrichtung des ANC-Mitglieds Solomon Mahlangu durch das Rassistenregime (s. AK 152) stürmten drei Mitglieder des ANC am 3.5. eine Polizeistation des schwarzen „Townships“ Soweto in Bulwer bei dem Überfall erschossen und zwei weitere verletzt. Die Guerillas brannten die Polizeistation nieder, hinterließen Flugblätter und entkamen unerkannt mit erbeuteten Waffen („IHT“, 5.5.). Straßensperren und umfangreiche Hausdurchsuchungen in der Ein-Million-Stadt Soweto haben bisher keine „Erfolge“ für die Rassisten erbracht. Pretoria hat Panzer und Armeeinheiten nach Soweto verlegt. Gleichzeitig hat der ANC in größerem Umfang Flugblätter verteilt, die zur Intensivierung des Kampfes gegen das Apartheid-Regime aufrufen („Neue“, 18.5.).

Südafrika: „Elf von Soweto“ verurteilt

Mit milderem Urteil als befürchtet endete am 11.5. der Prozeß gegen elf Mitglieder des Repräsentativrats der Studenten von Soweto (SSRC) in Johannesburg. Nach 21- bis 28-monatiger Haft und 7-monatiger Prozeßdauer wurden vier schwarze Studenten wegen „Aufruhr“ zu Haftstrafen zwischen sechs und acht Jahren verurteilt. Jeweils vier Jahre wurden zur Bewährung ausgesetzt. Sieben weitere Angeklagte erhielten ebenfalls zur Bewährung ausgesetzte Haftstrafen von fünf Jahren („FAZ“, 14.5.). Die etwa ein Jahr andauernden, 1976 ausgebrochenen Kämpfe von Soweto führten zu einer der schwersten Erschütterungen des Rassistenregimes. Der spontane Protest der schwarzen Bevölkerung gegen die Apartheid weitete sich auf das ganze Land aus. Die Rassisten erstickten die Kämpfe schließlich im Blut: mindestens 500 Farbige wurden vom südafrikanischen Militär abgeschlachtet.



Einer der Angeklagten wird nach dem Prozeß von Freunden begrüßt.

Südafrika: CIA spioniert für Südafrika

Die vor kurzem erfolgte spektakuläre Ausweisung dreier US-Diplomaten aus dem rassistischen Südafrika hat — so ganz nebenbei — Skandalöses aufgedeckt. Die Ausweisung erfolgte aufgrund angeblicher Luftaufnahmen von „sensitiven“ militärischen Einrichtungen der RSA durch ein in Pretoria stationiertes US-Spionageflugzeug. Bekannt wurde in der amerikanischen Presse, daß von jenen Flugzeugen aus in der Vergangenheit Luftaufnahmen in Südafrika, Angola und Kambodscha gemacht und diese im Austausch gegen andere Informationen an den südafrikanischen Geheimdienst weitergeleitet wurden. Ein Reporter der „Johannesburger Sunday Times“ berichtet von einem über Jahre geführten Informationsaustausch zwischen dem CIA und südafrikanischen Regierungsstellen („FAZ“, 2.5.).

(IHT, 30.4.). Wozu diese Luftaufnahmen des US-Flugzeugs (das mittlerweile seine Basis von Botswana aus fliegt) von den Rassisten Pretorias u.a. genutzt wurden, liegt auf der Hand: zielgerichtete, brutale Luft- und Bodeneingriffe der südafrikanischen sowie der rhodesischen Armee gegen Flüchtlingslager in den benachbarten Frontstaaten zeugen von genauester Kenntnis über Lage, Größe und Belegung dieser Lager.

Südafrika: Rassisten stocken Aggressionsrat auf

Eine neue erhebliche Erhöhung des Rüstungsetats (um 20 %) hat die weiße Rassistenregierung von Pretoria bekanntgegeben. Grund: „in alarmierendem Tempo“ sich verstärkende „totale Bedrohung“ („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 18.4.). Als Schwerpunkt sind folgende Bereiche vorgesehen:

Eine bedeutende Verstärkung der südafrikanischen Marine, deren Budget von 234 auf 268 Millionen DM erhöht wird.

Eine umfassende Überholung des Luftraum-Verteidigungssystems. Vor allem geht es hierbei um die Modernisierung des Radarsystems.

Die Ausgaben für das Heer werden von 2,1 Milliarden auf 2,37 Milliarden DM erhöht. Neu aufgestellt werden soll eine Fallschirmjägerbrigade, damit „eine schnelle Reaktionsstruppe zur Verfügung steht, die in kürzester Frist alarmiert und eingesetzt werden kann für konventionelle wie unkonventionelle Aktionen“. Die Zahl der Berufssoldaten wurde darüber hinaus um ein Drittel vergrößert.

Zusätzlich wurde der Staats-Sicherheitsrat, der 15 Sicherheitskomitees koordiniert, reorganisiert und vergrößert, um eine „totale nationale Sicherheits-Strategie“ zu entwickeln („FR“, 18.4.79, „Neue Zürcher Zeitung“, 31.3., „Süddeutsche Zeitung“, 6.4.). Das waffenstarrende südafrikanische Rassistenregime hält damit weiter die Spitzenposition in der Liste der Waffenproduzenten aller Länder der südlichen Halbkugel.

Namibia: Große Teile unter Kriegsrecht

Mit der Einsetzung einer „Nationalversammlung mit Interimautorität“ durch die südafrikanische Rassistenregierung (s. AK 153) hat der „Generaladministrator“ der RSA Sieyn über den Großteil Namibias das Kriegsrecht verhängt. Versammlungen jeder Art sind verboten, außer Sondergremien, die sich mit Fragen der öffentlichen Ordnung befassen. Die betroffenen Gebiete sind auch formell erhalten („SZ“, 15.5.). In der gleichen Zeit wurden 60 Führer des internen Zweigs der SWAPO und Hunderte Sympathisanten in Namibia festgenommen und verhaftet („Neue“, 3.5.). Entgegen der Forderungen der SWAPO, die SWAPO in Johannesburg und S. Lynn (Guardian, 2.5.) Inzwischen wird von den südafrikanischen Behörden das Verbot der SWAPO erzwungen. Die Buren der SWAPO in der Hauptstadt Windhoek wurden von Angehörigen der „Weißen Widerstandsbewegung“ (WRM) völlig verwüstet („NZZ“, 9.5.).

Parallel dazu bemühen sich die Rassisten in letzter Zeit verstärkt um den Aufbau einheimischer Militäreinheiten nach rhodesischem Vorbild. Bis jetzt sind 6 nach Stammeszugehörigkeit getrennte Einheiten aufgebaut worden — sie fallen unter das südafrikanische Militärregiment und werden von südafrikanischen Offizieren kommandiert. Diese Kommandos, die den späteren Kern der Armee eines „unabhängigen“ Namibias bilden sollen, werden auch mit der Besetzung der schwarzen Bevölkerung betraut — eine Aufgabe, die den weißen Rassisten aufgrund ihrer Hautfarbe bisher nur in beschränktem Umfang möglich war („NZZ“, 11.5.).

Namibisches Uran für die Nato

Nach der Londoner Monatszeitschrift „African Business“ werden NATO-Mitgliedsstaaten mit namibischem Uran beliefert. Die südafrikanische Luftfahrtgesellschaft hat reguläre Flüge zwischen Windhoek und Westeuropa über Libreville in Gabun und Abidjan in der Elfenbeinküste zu diesem Zweck eingerichtet. Im Februar 1978 hat erstmalig eine südafrikanische Boeing 100 Container voll Uran im Wert von zwei Millionen Dollar in ein nicht bekanntes NATO-Land transportiert. Südafrika verkauft das Uran unter anderem an die „British Nuclear Fuels Ltd.“ und an die westdeutsche „Uran-Gesellschaft“. Nachdem es in Großbritannien und in den Niederlanden aufgetaucht ist, wird es an die übrigen westeuropäischen Käufer weitergeliefert (nach „Neue“, 5.5.79).

Rhodesien: Wahlrummel zeitigt Erfolge

Die im April unter Kriegsrecht und einer Totalmobilmachung der rhodesischen Armee „mit großem Erfolg“ stattgefundene Wahl (s. AK 152) scheint ihren Zweck zu erfüllen. Wahlbeobachter von allen konservativen Parteien Westeuropas und der USA, die am 2.5. in London ein „Commonwealth Election Forum“ einberufen, haben die Wahl als „fair“ und „frei“ bezeichnet. Die britische Regierung und die USA erklärten, daß sie die Resolution „als Empfehlung an die Mitgliedsstaaten und nicht als bindende Pflicht betrachten, die Wahlergebnisse in Rhodesien nicht anzuerkennen“ („NZZ“, 3.5.). US-Präsident Carter ließ mitteilen, daß er momentanen Ausganges der Scheinwahlen „sorgfältig prüfe, um entscheiden zu können, ob die gegen Rhodesien verhängten Wirtschaftssanktionen aufgehoben werden könnten“ („SZ“, 2.5.).

Drei Wochen später stimmte der US-Senat mit einer überwältigenden Mehrheit von 175:19 Stimmen für die offizielle Aufhebung der Sanktionen („FR“, 17.5.). In einem Zusatzantrag wurde Carter aufgefordert, spätestens 30 Tage nach Amtsantritt der „neuen“ rhodesischen Regierung seine Entscheidung zu fällen. Von Ian Smith wurde diese Entscheidung mit Begeisterung aufgenommen: „Ich bin glücklich sagen zu können, daß die Senatoren der Vereinigten Staaten offensichtlich Männer mit Prinzipien sind, die ihr Wort zu halten bereit sind, und das ist außerordentlich erfrischend und hoffnungsvoll für alle Rhodesier“ („IHT“, 17.5.).

Auch der kommende Premier Muzorewa erklärte, daß die Abstimmung „das Prestige der amerikanischen Nation erhöht hat“. Mit Freuden hat Muzorewa auch die „gute Nachricht“ vom Sieg der englischen Konservativen bei den Unterhauswahlen aufgenommen, der seinem Land „ein wenig mehr Hoffnung“ verleihe („FAZ“, 5.5.). In der Tat hat auch die britische Beobachtergruppe der Konservativen und jetzt auch der neue Außenminister Großbritanniens die „Wahlen“ als „fair“ bezeichnet („Neue“, 18.5.). Die britische Regierung hat ihren Staatssekretär Duff inzwischen nach Rhodesien geschickt, um „Gespräche anzufachen“. Allerdings hat die Regierung durchblicken lassen, daß über eine Anerkennung nicht vor der nächsten Commonwealth-Sitzung entschieden würde. Sambia hat bereits den Ausschluß Großbritanniens aus dem Commonwealth im Falle einer Anerkennung des Marionettenregimes gefordert („SZ“, 10.5.).

Eindeutig äußerten sich unsere westdeutschen „Experten“ der CDU/CSU: Die Delegation der Hans-Seidel-Stiftung (CSU-Verein) sprach kurz vor ihrer Abreise aus Rhodesien in einer Erklärung von „freien, fairen Wahlen, die allen demokratischen Erfordernissen genügt“ hätten („FAZ“, 24.4.). In einem Brief an

Muzorewa kündigte Helmut Kohl an, daß er sich bei der Bundesregierung für eine Anerkennung des neuen Marionettenregimes einsetzen werde („FR“, 4.5.) und nahm die Einladung Muzorewas nach Rhodesien dankend an. Auch die in der Opposition stehende Christliche Volkspartei Dänemarks forderte die Regierung auf, „dieses einzigartige demokratische Experiment in Afrika“ offiziell anzuerkennen („SZ“, 28.4.).

Freuen scheinen die rhodesischen Medien auch über die Wahlen. Die Wahlen sind als „fair“ und „frei“ bezeichnet worden. Die Wahlen sind als „fair“ und „frei“ bezeichnet worden. Die Wahlen sind als „fair“ und „frei“ bezeichnet worden.

„Objektiv betrachtet“ war der „Wahl“-Monat der blutigste seit Beginn des bewaffneten Kampfes in Rhodesien. 823 Tote zählt die offizielle rhodesische Statistik („IHT“, 3.5.). „Klima der freien, fairen Wahlen?“ Afrika-Kommission

Stadtverwaltung verbotet Sammlung

Die Freiburger Stadtverwaltung hat mit einem Bescheid vom 8.3. die vom KBW beantragte Sammlungsanmeldung für eine Druckauflösung der ZANU abgelehnt. Die Begründung der Stadt Freiburg erklärt praktisch jede Unterstützung des Befreiungskampfes als Verstoß gegen „Recht und Ordnung“.

„Wie aus dem Antrag vom 2.3. 1979 zu entnehmen ist, soll der Sammlungsvertrag der Befreiungsbewegung ZANU [Zimbabwe African National Union] zugute kommen. Diese Organisation ZANU führt mit Hilfe der von ihr ausgebildeten und unterstützten ZANLA [Afrikanische Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe] einen Volkskrieg in Zimbabwe. Der verfassungswidrige kommunistische Bund Westdeutschlands [KBW] und die ZANU unterstützen [von KBW] rufen immer wieder zum bewaffneten Kampf in Zimbabwe und zu Spenden für Waffen und Munition für die Befreiungsarmee ZANLA auf.“

Es ist daher sicher, daß der KBW mit der beantragten Sammlung nicht einen humanitären Zweck verfolgt, sondern Geld für Kriegsmaterial, insbesondere Waffen, beschaffen will.

Auch ist der angegebene Zweck für eine Druckauflösung nicht als humanitär anzusehen.

Die Verwendung des Sammlungserlöses für die Unterstützung kriegsrischer Handlungen ist dem Grundgesetz, mit dem von der Bundesregierung praktizierten Gedanken der Völkerverständigung und dem Ziel des Sammlungsgesetzes, das humanitäre Zwecke verfolgt, nicht zu vereinbaren. Durch die Verwendung des Sammlungserlöses zu unethischen Zwecken wären Recht und Ordnung verletzt“ (aus „KVZ-Dokumentation“, 28.3.79).



nahost

Iran heute – wie Deutschland kurz vor 1933?

Fortsetzung von Seite 1

durchzusetzen, um im Rahmen dieser Rechte die notwendigen Instrumente für den bevorstehenden Kampfschaffen zu können. Wenn in den nächsten Tagen oder Wochen das Schah-Regime stürzt und eine Koalitionsregierung zwischen den religiösen und bürgerlich-liberalen zustande käme, was durchaus eine denkbare Möglichkeit wäre, würde meiner Ansicht nach diese Herrschaft nicht von langer Dauer sein, vielleicht sechs Monate, ein Jahr, zwei Jahre, wenn es hoch kommt drei Jahre, dann würde wieder eine Diktatur an die Macht kommen. Wir haben also nicht viel Zeit, gerade während dieser für die Linke so lebenswichtigen Periode müssen wichtige Vorbereitungen für die bevorstehende (demokratische, Ann.) Revolution getroffen werden.“ (AK 143, S. 53)

In den dreieinhalb Monaten nach dem Sturz des Schah-Regimes ist die Errichtung einer neuen Diktatur weit vorangeschritten. Der Spielraum der linken und demokratischen Kräfte ist außerordentlich klein geworden. Unter dem Deckmantel des Islam hat sich, zumindest in Ansätzen, eine faschistische Massenbewegung formiert, religiöse Hetze und Fanatismus werden von den neuen Machthabern bewußt als politisches Mittel eingesetzt, um die in verschiedenen Sektoren stattfindenden Klassenauseinandersetzungen für die iranische Reaktion und den Imperialismus zu entscheiden.

Totale Kampfnahme an die ethnischen Minoritäten

Seit dem Sturz des Schah-Regimes kam es in den Gebieten Irans, in denen die verschiedenen nationalen Minderheiten leben, zu Protestaktionen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Besonders entwickelt sind die Auseinandersetzungen in Turkmenistan und Kurdistan, aber auch in der Erdölprovinz Khuzestan, in der vor allem Araber wohnen.

Die nationalen Minderheiten haben an die Regierung Bazargan die Forderung nach Autonomie und Selbstbestimmung gestellt. Die eth-

nischen Minoritäten machen etwa die Hälfte der iranischen Bevölkerung aus und wurden unter dem Schah-Regime besonders unterdrückt. Die Forderungen der Minderheiten wurden zunächst von der Regierung ignoriert, bewaffnete Auseinandersetzungen brachen in den Regionen jeweils aus, wenn Khomeiny-treue Komitees versuchten, ihre Volksherrschaft in den Gebieten zu errichten. Sie stießen dabei auf den Widerstand der ebenfalls bewaffneten Minderheiten, die sich die Errungenschaften der Revolution nicht kampflos wieder abnehmen lassen wollten. Die ersten Kämpfe fanden in Kurdistan statt, die Kurden haben bekanntlich eine lange Kampftradition, sind gut organisiert, 1946 hatte es schon einmal für ein paar Monate die kurdische Republik Mahabad gegeben. Das Beispiel der Kurden machte schnell Schule, insbesondere bei den Turkmenen, die außer demokratischen Forderungen die sofortige Rückgabe der vom Schah geraubten und an seine Günstlinge verschenkten fruchtbaren Ländereien verlangten.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen in Kurdistan wurden in Verhandlungen, in denen die Regierung Zugeständnisse machen mußte, begleitet, nachdem das blutige Vorgehen islamischer Milizen und der Armee erfolglos geblieben war. In Turkmenistan erstickte die Armee den bewaffneten Widerstand. Besonders die islamischen Milizen starteten in den Minderheitsgebieten immer wieder bewußte Provokationen, wobei in Turkmenistan und Kurdistan die kurdischen Gebiete besonders verheerend waren, die beiden Minderheiten gegenüber aufzuheizen. Versucht wird ebenfalls, Widersprüche zwischen den sinnlichen Kurden und den übrigen schiitischen Iranern auf Grund der unterschiedlichen islamischen Glaubensrichtungen aufzubauen.

In der geplanten Verfassung der „Islamischen Republik“ soll die Minderheitenfrage folgendermaßen „gelöst“ werden. Jede der 13 iranischen Provinzen – die in ihrer Einteilung natürlich nicht den Gebieten der nationalen Minderheiten entsprechen – soll eine Lokalregierung erhalten, die

berechtigt ist, Lokalsteuern einzutreiben, Unterrichtswesen und Kulturpolitik zu bestimmen. Für die Kurden beispielsweise wurde dies kein Schritt zur nationalen Autonomie bedeuten, weil sie über verschiedene Provinzen verstreut leben, und nur Sanandaj eine rein kurdische Provinz ist („NZZ“, 18.5.79).

Dies erregte natürlich den Unmut der Kurden, die auf einer präzisen Grenzziehung des kurdischen Gebietes bestehen. Mit den Versprechungen der Regierung hatten die Kurden darüber hinaus schlechte Erfahrungen gemacht. In den Verhandlungen, mit denen die Kämpfe im März in Sanandaj beigelegt worden waren, war den Kurden eine eigene Übergangsverwaltung zugesagt worden. Als bei den Stadtratswahlen die fortschrittlichen und unabhängigen Kandidaten siegten, provozierten bewaffnete islamische Gruppen erneut Kämpfe („Neue“, 19.4.).

In einem Gespräch mit Vertretern der Minderheiten machte Khomeiny am 18.5. deutlich, was er von den Autonomieforderungen hält. Die Einheit des Volkes auf der Grundlage des Koran hatte erlaubt, über die Pahlavis „vor den erstaunten Augen der Welt“ zu triumphieren. „Aber jetzt, wo wir frei sind und unser Schicksal in die eigenen Hände genommen haben, lassen uns die, die alte SAVAK Agenten in ihren Dienst genommen haben, nicht in Ruhe. Sie besuchen auch, ihr Bewohner von Luristan, Kurdistan und Belutschistan und versuchen euch zu spalten in Sunniten und Schiiten. Sie gehen auch in die Fabriken und Universitäten Teherans, um Unruhe zu stiften... In Wirklichkeit repräsentieren sie die verfaulten Wurzeln des alten Regimes, und ich glaube, wenn wir sie nicht ausreißen, schaffen sie nur eine schlimmere Situation als die vergangene. Viele von ihnen sind über die Grenze gekommen, um uns den Hintern in den Rücken zu stoßen. Wir müssen sie vernichten, denn wenn es ihnen gelingt, die Einheit des Koranwortes zu zerstören, wird der Iran seine Freiheit und Unabhängigkeit verlieren und niemals wiedergelangen.“ („Le Monde“, 20./21.5.79).

Inmitten nach diesem Gespräch mit Khomeiny erhob der Kurdenführer (und sinnliche Ayatollah) Hosseini einen Aufruf an die Araber, Belutschen und Turkmenen, im gemeinsamen Kampf um Autonomie Solidarität zu üben. „Wir wollen Freiheit für alle politischen Parteien, eine Regierung, die nicht die bürgerlichen Freiheiten verteidigt, sondern auch die Forderungen der ethnischen Minderheiten nach Autonomie respektiert.“ Und – in deutlicher Anspielung auf Khomeiny: „Nicht ein einzelner wird unsere Gesellschaft respektiert.“ Und – in deutlicher Anspielung auf Khomeiny: „Nicht ein einzelner wird unsere Gesellschaft beherrschen. Wir werden es der Diktatur nicht erlauben, in den Iran zurückzukehren.“ („The Guardian“, 19.5.79). „Imperialisten und Reaktionen wollen teilen und herrschen... laßt nicht zu, daß die Religion uns spaltet!“



Die Warnung vor einer neuen Diktatur ist auch bei Hosseini neu. Noch Anfang März hatte er erklärt: „Wir kämpfen in dieser Revolution nicht aus religiöser Überzeugung, sondern für politische Ziele. Wir wollen Autonomie, unser eigenes Parlament, unsere eigene Sprache, unsere eigene Kultur. Die Revolution hat den Despotismus beseitigt, aber sie hat nicht die Diskrimination der Minoritäten beendet. Die Revolution muß weitergehen, bis alle größeren Minderheitsgruppen die Kurden hier, die Türken in Aserbeidschan, die Belutschen im Osten ein Maß an Autonomie gewinnen. Iran ist ein großes Land und kann eine Föderation autonomer Staaten werden wie andere große Länder.“ „Als glück-



Kurdische Kämpfer in Sanandaj, 318 Meilen westlich von Teheran, schießen auf Hubschrauber, die der iranischen Armee Waffen-Nachschub bringen.

liger Modem kann ich den Kommunismus nicht akzeptieren, aber ich akzeptiere die Linken in unserer Bewegung, weil sie in der Revolution gegen den Schah kämpften und für die gleiche Sache wie wir kämpfen, für die Autonomie.“ („International Herald Tribune“, 6.3.79). Hosseini tritt also ebenso wie der fortschrittliche Ayatollah Taleghani, der eng mit den religiösen Volksmoderatoren zusammengearbeitet, für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein. Sein Demokratieverständnis unterscheidet sich erheblich von den unversöhnt geäußerten diktatorischen Absichten Khomeinys, verbunden mit der Ankündigung, alle politischen Gegner, und das sind die, die Autonomie und Demokratie fordern, mit „Stumpf und Stiel“ auszurotten.

Auseinandersetzungen um die Pressefreiheit

Bei seiner Rückkehr nach Teheran hatte Khomeiny – ebenso wie Bazargan vor seinem Regierungsantritt – Pressefreiheit versprochen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß damit die Freiheit Andersdenkender nicht gemeint war.

Schon Anfang Februar waren „Revolutionäre Komitees“ immer wieder in die Redaktionsräume der großen Zeitungen eingedrungen, um die Berichterstattung auf die „heutige islamische Linie“ auszurichten. Nach dem Sturz des Schah-Regimes wurden diese Überfälle immer häufiger und immer bedrohlicher. Die drei großen Tageszeitungen „Ettelaat“, „Kayhan“ und „Ayandegan“ erhielten immer wieder anonyme Telefonanrufe, in denen den Journalisten häufig genug mit ihrer Ermordung gedroht wurde. Boykottaufrufe gegen Zeitungen wurden erteilt, in der Provinz wurden Zeitungsverkaufsstellen von aufgeregten Menschen gestürmt, die Zeitungen zu tausenden Exemplaren verbrannt.

Einen neuen Höhepunkt erreichten diese Angriffe, als am 10.5. im Teheraner Rundfunk in regelmäßigen Abständen zwei Stellungnahmen des Büros Khomeinys verlesen wurden, in denen die fortschrittlichen Zeitungen „Ayandegan“ – die sich in ihrer Berichterstattung im Gegensatz zu „Kayhan“ und „Ettelaat“ nicht auf die reaktionär-islamische Linie ausgerichtet hatte – und „Peygam Emrouz“, in diesen beiden Zeitungen konnten auch die Linken ihre Stand-

punkte darlegen, beide Zeitungen hatten in der Vergangenheit wiederholt Enthüllungen über die reaktionären Machenschaften des Außenministers Yazdi und des Direktors der Rundfunk- und Fernsehanstalten, Gholizadeh, gebracht.

Anlaß für diesen Angriff wurden genannt:

„Peygam Emrouz“ hätte berichtet, daß der „Imam“ (Khomeiny) vorhätte, einen nationalen Rat zu konstituieren unter der Führung von Taleghani, in dem alle religiösen und weltlichen Gruppen, rechts oder links, vertreten sein sollten (diese Meldung war auch tatsächlich von vielen Seiten bestätigt worden). Das Büro kritisierte nun, solche Informationen würden der „Nationalen Einheit untergraben“, eine Formulierung, die scharfe Sanktionen erwarten läßt.

Zu „Ayandegan“ ließ Khomeiny erklären, daß er diese Zeitung niemals wieder lesen würde, da sie der Revolution und der islamischen Nation feindlich gegenüberstehe, und forderte ihren Boykott, da die Zeitung „fälschliche Informationen bezüglich der Ermordung des Ayatollah Motahari“ wiedergegeben hätte.

„Ayandegan“ hatte in der Ausgabe vom 10.5. zwei Artikel dazu veröffentlicht: Eine Zusammenfassung eines „Le Monde“-Interviews mit Khomeiny, in dem dieser Agenten des Imperialismus für die Ermordung Motaharis verantwortlich gemacht hatte. In weiteren Sätzen hatte Khomeiny allerdings in der üblichen zweideutigen Art eindeutig von „imperialistischen Agenten“ gesprochen, die sich hinter der Maske der „pseudo-islamischen Forghan“ (die Organisation, die sich für die Erschließung Gharanis und Motaharis verantwortlich erklärt hatte) und der Maske der Linken verstecken.

Ganz offensichtlich wurde diese Meldung in einer iranischen Zeitung deshalb vom Büro Khomeinys kritisiert, weil die Erschießungen von Gharani und Motahari den reaktionären Kräften willkommenen Anlaß für eine antikommunistische Hetzkampagne sind. In diesem Sinne erklärte auch Ayatollah Mahdavi-Karubi, Chef der Revolutionskomitees, der die antikommunistischen Parolen als „spontane Reaktion des Volkes“ bezeichnete: „Das Volk kennt seine Feinde und die des Ayatollah Motahari, der sein Leben im Kampf gegen die Marxisten geopfert hat.“

Die Acht-Punkte-Resolution des kurdischen Volkes

1. Das kurdische Volk und die anderen Völker Irans begrüßen die Revolution. Das kurdische Volk wird sich bemühen, eine kämpferische Verbindung mit den anderen iranischen Völkern herzustellen und gemeinsam mit ihnen den Aufbau einer freien zukünftigen Gesellschaft anzupacken.
2. Das kurdische Volk und die anderen Völker Irans fordern die Aufhebung der nationalen Unterdrückung und die Einführung des Selbstbestimmungsrechtes in Form einer Föderation im Rahmen des iranischen Staates.
3. Wir weisen jeglichen Vorwurf von Separatismus zurück. Wir fordern von der provisorischen Regierung von Ingenieur Bazargan, daß sie offiziell ihre Stellungnahme zu unseren Forderungen bekanntgibt.
4. Wir meinen, daß die arbeitenden Massen des Iran den grundlegenden Anteil an der Revolution haben und es deshalb das natürliche Recht der Arbeiter, Bauern und anderer Werktätiger ist, daß sie an der revolutionären Regierung beteiligt sind.
5. Eine unserer grundlegendsten Forderungen ist die nach Aufhebung der ökonomischen Unterdrückung. Wir sind einer der zurückgebliebensten Bereiche des Iran.
6. Alle Kasernen Kurdistans müssen unter die Aufsicht der revolutionären Kräfte gestellt werden. Dafür sollte ein gemeinsames Militärkomitee von patriotischen Offizieren und Vertretern der revolutionären Räte gebildet werden.
7. Alle verbrecherischen Offiziere, die Schießbefehl gegeben und damit die Tötung der Kinder des Volkes verursacht haben, müssen revolutionären Volksgerichten übergeben werden. Um die reaktionäre Armee in eine Volksarmee umwandeln zu können, muß die Armee von konterrevolutionären Elementen gesäubert werden.
8. Alle anwesenden Vertreter der kurdischen Städte geben hiermit bekannt, daß Ayatollah Hosseini bevollmächtigt ist, an der Spitze einer Delegation seitens des kurdischen Volkes mit der Zentralregierung in Konsultation zu treten. Wir warnen die Führung der Revolution und die provisorische Regierung vor Verbindungsaufnahme und Absprachen mit reaktionären kurdischen Elementen.
9. Da Mullah Mustafa Barzani und die sogenannte Gruppe Ghahghah mo waghghat Schergen des CIA, des SAVAK und des türkischen MIT waren und sind, werden sie vom kurdischen Volk gehaßt. Darum fordern wir von der revolutionären Regierung, daß jegliche Kontakte mit dieser Gruppe untersagt werden und ihre verräterischen Führer aus dem Iran ausgewiesen werden.

(nach „Azadi“ vom 26.3.79)

Interview mit Bahman Nirumand

Frage: Khomeiny soll in einer Rede im Rundfunk in der letzten Woche den Kampf gegen die Linken und Demokraten für wichtiger erklärt haben als den Kampf gegen das Schah-Regime. Trifft das zu und was steckt eigentlich dahinter?

Antwort: So deutlich hat er es nicht gesagt, aber deutlich genug, um die Stimmung nicht nur gegen die Linke sondern gegen jede Opposition anzuheizen. Es war auch der erste offene Angriff, gegen seine Gegner im religiösen Lager. Mit dem Koran in der Hand erhebt Khomeiny zum ersten Mal unverblümt den totalen und absoluten Anspruch auf die Macht und bezeichnet jeden als Konterrevolutionär und Feind des Volkes, der es wagt, gegen diesen Anspruch auch nur den leisesten Zweifel anzubringen. All diejenigen, die eine Republik oder eine demokratische Republik oder eine demokratisch-islamische Republik wünschten, seien unsere Feinde, erklärte er. Selbst jene, die eine islamische Republik befürworten, aber den Islam falsch interpretieren, seien ebenfalls als Gegner der Revolution zu betrachten. Wer aber den Koran außer Khomeiny richtig interpretiert, bestimmt wiederum Khomeiny selbst. Der Grund für diese offene Abgrenzung der Machbefugnisse liegt einmal in den nun für jedermann nicht mehr aufgetretenen Widersprüche innerhalb des islamischen Lagers und zum anderen in der bevorstehenden Entscheidung über den Inhalt der Verfassung. Während nach Khomeiny Ansicht die Verfassung den religiösen Bestimmungen und Geboten entsprechen und die Macht sich in den Händen des Klerus konzentrieren soll, treten die Regierung

Bazargan, Teile der religiösen Führer und alles, was zum bürgerlich-liberalen Flügel zu rechnen ist, für eine nach bürgerlich-demokratischen Prinzipien verfaßte Staatsordnung ein. Die Teilung der Gewalten, das Zivilrecht, die Grenzen der bürgerlichen Freiheit, die Macht des Parlamentes und des Staatspräsidenten, das Verhältnis der Zentralgewalt zu den kommunalen Mächten, die Autonomie der jeweiligen Nationalitäten, die Freiheit zur Bildung von Parteien und Gewerkschaften, das Recht der Frauen und noch einiges mehr, stehen hier zur Debatte.

Doch der Streit, der immer heftigere Formen annimmt, geht nicht nur um die Verfassung, sondern überhaupt um die Zukunft Irans. Die islamische Revolution, falls man nach den bisherigen Ergebnissen überhaupt von Revolution sprechen kann, zeigt eigenartige, zum Teil schwer verständliche Züge. An keiner der bisherigen Revolutionen waren die Massen so stark beteiligt, umso erstaunlicher wirkt, daß die Führung der Revolution sogleich nach dem Sturz der Monarchie in den Untergrund gewandert ist, die Mitglieder des Revolutionärs sind bisher der Öffentlichkeit unbekannt. Die sogenannten revolutionären Tribunale finden hinter verschlossenen Türen statt. Von den Akten des Geheimdienstes SAVAK ist bisher kaum etwas veröffentlicht worden. Die zur Führung der Regierung ernannten Personen sind machtlos. Die eigentlichen Hebel der Macht befinden sich in der Hand unachtbarer Mächte Rundfunk und Fernsehen unterliegen einer starken Zensur. Auch die Presse bleibt von dem Monopolspruch der geheimen Mächte unberührt nicht verschont. Die erste

Szene der Revolution ist vorbei. Der Vorhang ist gefallen. Hinter den Kulissen werden die Entscheidungen gefällt. Das Volk darf bis zur nächsten Szene Daumen drehen.

Tatsächlich staut die große Euphorie über den Rauschschuß Pahlavis langsam ab. Probleme von weitreichender Bedeutung drängen sich auf. Dreieinhalb Millionen Arbeiter die die Abhängigkeit der Industrie vom imperialistischen Kapital und vom imperialistischen Technologie der Mangel an ausgebildeten Kräften, die dem früheren Regime nicht gedient haben und dem jetzigen ihre Loyalität erweisen das Problem der Imports von ausländischen Konsumgütern, Ersatzteilen und Kapitalgütern, der Export von Öl und anderen Bodenschätzen, das Schicksal der Armee, deren wichtigste und nachgefragte Kader in den USA in der BRD und in Israel ausgebildet wurden und daher nicht zuverlässig genug sind, die aufgeblähte Verwaltung, deren Reduzierung Abertausende von neuen Arbeitslosen schaffen würde, die nach wie vor bestehende Korruption, deren Beseitigung eine langjährige Umerziehung der Beamten erfordern würde und nicht zuletzt die Nationalitätenfrage, die bisher zahlreiche Todesopfer erfordern hat, all dies und noch vieles mehr warten unmittelbar auf Entscheidungen. Die Schaffung eines künstlich aufgebauten Feindes, wobei es ähnlich wie auch herzulande die Nacht auf die Linken fällt, kann kaum über diese Probleme hinweghelfen.

Bei der Lösung all dieser Probleme drängt sich eine Hauptfrage auf: Wer soll die Lösung herbeiführen? Eine starke Zentralmacht, d.h. eine absolute Diktatur oder die Volksmassen selbst. Diese historische Entscheidung ist meiner Ansicht nach zugleich eine Entscheidung um das Schicksal der gegenwärtigen Herrschaft im Iran. Die Zentralisierung der Macht, wodurch von wenigen gefüllte Entscheidungen mit Gewalt durchgesetzt werden, scheint den kurzfristigen und Reaktionen der gangbarsten Weg zu sein. Wichtig ist so meinen die Befürworter dieses Weges, daß die Macht in der Hand einiger, dem Volke wohlgesinnter Führer liegen, was in letzter Konsequenz nichts anderes bedeuten würde, als daß die frühere gesellschaftliche Hierarchie aufrechterhalten bliebe und nur führende Köpfe abgeschlagen und durch neue ersetzt

würden. Wie man auf diese Weise die Unabhängigkeit des Irans vom Imperialismus erreichen möchte, bleibt ein Rätsel. Dieser Strategie entsprechend versucht man, die während der Revolution entstandenen demokratischen Ansätze wieder rückgängig zu machen. Die Selbstverwaltungszentren, die Arbeiter- und Bauernräte, das Bestreben nach Selbstverwaltung an Universitäten, Schulen und staatlichen Behörden usw. sind zum größten Teil durch die sogenannten „Komitees zur Wahrung revolutionärer Errungenschaften“, die z.T. mit konterrevolutionären und reaktionären Kräften durchsetzt sind, bereits zum größten Teil institutionalisiert. Streikende Arbeiter, die nicht bereit sind unter den früheren Verhältnissen zu arbeiten oder Arbeitslose, die eine Arbeitsstelle verlangen, werden als konterrevolutionär bezeichnet. Trotzdem hat sich die neue Macht noch längst nicht stabilisiert. Der Widerstand gegen eine neue Diktatur ist zu groß und die Instrumente der Macht sind längst nicht genügend intakt. Um von diesem Mangel abzulenken, werden immer wieder die Massen mobilisiert. Khomeiny's neueste Ansprache soll diesem Zweck dienen. Es ist bezeichnend, daß die Massen wie damals gegen den Schah auch jetzt gegen und nicht für etwas mobilisiert werden. Die Alternative ist „Islamische Republik“ und „Islamische Gerechtigkeit“ und was darunter zu verstehen ist, wissen bisher nur die Götter.

Frage: Für uns sind die antiimperialistischen Demonstrationen zum gegenwärtigen Zeitpunkt etwas undurchschaubar, vor allem der Umstand, daß Linke und Rechte gleichermaßen daran beteiligt sind.

Antwort: Den Anlaß zu diesen Demonstrationen bot eine Resolution gegen die Hinrichtungen im Iran, die einstimmig vom amerikanischen Senat verabschiedet wurde. Natürlich versuchen die Imperialisten die bestehenden Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Kräften zu ihren Gunsten auszunutzen. Wenn sich nun der amerikanische Senat als Verteidiger der Menschenrechte aufspielt, werden diese Absichten allzu deutlich. Als in den Gefängnissen des Schah tausende gefoltert und hunderte umgebracht wurden, hat der amerikanische Senat nicht nur geschwiegen, sondern den Schah als den engsten Freund der USA herzlichst empfungen und ihn hochgejubelt. Es ist allzu

offensichtlich, daß der gegenwärtige Propagandafeldzug, der auch in der BRD über die Menschenrechte im Iran durchgeführt wird, zur Schwächung der iranischen Bewegung führen soll. Es stehen große wirtschaftliche und politische Interessen auf dem Spiel, und wenn diese in Zukunft nicht gesichert werden, können wir uns auf ganz andere Schritte seitens der Imperialisten gefaßt machen. Mit der gegenwärtigen Kampagne soll die öffentliche Meinung auf wirkksamere Schritte vorbereitet werden.

Die rechten Kräfte nahmen die Resolution des amerikanischen Senats zum Anlaß, um ihre Macht auszubauen, die Massen bei der Stange zu halten und zugleich alles, was an berechtigter Kritik durch progressive Kräfte aus dem Ausland kommt, von vornherein nichtig zu machen. Den Linken bot die Resolution eine Gelegenheit, um den Kampf gegen den Imperialismus fortzusetzen. Die großen Demonstrationen der beiden Lager fanden an zwei aufeinanderfolgenden Tagen, Donnerstag und Freitag, statt. Übrigens marschierten die Tudeh-Partei und die Anhänger Huo Guo-fengs und Deng Hsiao-pings gemeinsam mit der Partei der islamischen Republik. Die Volksmoudjahedin, die den progressiven Teil der religiös orientierten Bevölkerung repräsentieren, hatten eine eigenständige Demonstration angesetzt.

Frage: Kam es bei den Demonstrationen zu Auseinandersetzungen?

Antwort: Ja. Die Demonstration der Opposition, an der rund 200.000 Personen teilnahmen und zu der die Volksfedayin, die Demokratische Nationalfront und andere Organisationen aufgerufen hatten, wurde von etwa 2.000, mit Schlagstöcken und Messern bewaffneten fanatisierten Personen angegriffen. Es gab mehrere Verletzte, trotzdem konnte der Demonstrationsszug zu seinem Ziel, die amerikanische Botschaft, gelangen. Das Demonstrationrecht für die Linken wird faktisch immer weiter eingegrenzt. Während bei den früheren Fällen die Gegendemonstranten mehr oder weniger spontan auftraten, waren sie diesmal gut organisiert. Wenn ein Regime nicht Polizei- und Armeekräfte, sondern die Massen gegen ihre Opposition mobilisiert, riecht es allzu stark nach Faschismus. Eine derartige Tendenz ist im Augenblick im Iran unübersehbar.

Telefoninterview, 27.5.79

China und der „Friedens“ vertrag

China hat beim Abschluß des ägyptisch-islamischen Vertrages die Politik der Sadat-Regimes gerechtfertigt. Gegenüber den Ländern, die die Sadat-Politik ablehnen, behauptet die chinesische Außenpolitik einen neutralen Standpunkt und warnt vor der Einmischung der Sowjetunion, die den innerarabischen Konflikt schüre und ausnutzen wolle. Obwohl die PLO teilweise China öffentlich angegriffen hat, hat China erneut seine Solidarität mit der PLO bekräftigt.

Unterstützung des Sadat-Regimes

China hatte von Anfang an die Abkehr des ägyptischen Regimes von der Sowjetunion begrüßt und unterstützt. So lieferte China z.B. kostenlos Ersatzteile für die sowjetischen Waffen, nachdem Ägypten die Mißverständnisse mit der Sowjetunion gekündigt hatte.

Die chinesische Presse hat in ihrer Berichterstattung über die „Friedens“-politik Sadats im wesentlichen die ägyptischen Lügen wiederholt. Sadat habe gesagt, daß er nicht nach Israel gegangen sei, um ein separates Abkommen zu schließen; der ägyptische Außenminister habe erklärt, daß Ägypten seinen Standpunkt und seine Prinzipien nicht verändert habe („Neues China“, 27.11.77). Huo Guo-feng bezeichnete das ägyptische Herangehen als „gerecht und in Übereinstimmung mit den Interessen der Völker, insbesondere der palästinensischen und des ägyptischen Volkes“ („NC“, 4.2.78 nach „Umanifesto“, 5.2.78). Die Politik Sadats wurde als Versuch gerechtfertigt, „aus dem Zustand weder Krieg noch Frieden herauszukommen“, der von der Sowjetunion zur Erpressung Ägyptens genutzt worden sei („Beijing Rundschau“ – „BR“, 6.2.79).

Eine leise Kritik an der völligen Kapitulation Sadats vor dem US-Imperialismus kann man allenfalls dann sehen, daß China die „halsstarrige Haltung“ Israels verurteilt und dafür beide Supermächte verantwortlich macht. „Die Supermächte, die Israel dulden und seine Aggression unterstützen, verstärken

die Rivalität in diesem Gebiet.“ („BR“, 20.3.79)

China und die ablehnenden Staaten

Es ist klar, daß die Haltung Chinas im Widerspruch steht zur politischen Linie des Teils der arabischen Staaten, der die Politik Sadats als Verrat an der arabischen Sache ablehnt. China versucht, diesen Widerspruch abzuschwächen und sich zum Hüter der arabischen Einheit gegen die Einmischung der Supermächte, insbesondere der einen, aufzuwerfen.

Über die arabischen Gipfelkonferenzen gegen die Sadat-Politik wird in „objektivem“ Tonfall berichtet. „Einige Länder unterstützen die Bemühungen Sadats, andere nehmen eine abwartende Haltung ein, wieder andere, so auch die PLO, waren entschieden gegen das Vorgehen Sadats und schlossen sich zu einer 'Front Arabischer Staatseinstellung und Konfrontation' zusammen.“ („BR“, 3.4.79)

China leugnet den scharfen Kampf zwischen reaktionären und fortschrittlichen Kräften, den es im Nahen Osten aufgrund der Klassenwidersprüche gibt. „Die Differenzen zwischen den arabischen Ländern, einschließlich der von der Geschichte hinterlassenen Differenzen, können auf dem Weg freundschaftlicher Konsultationen beigelegt werden.“ Sie würden jedoch durch die Sowjetunion geschürt. „Nachdem die Sowjetunion einige arabische Länder als reaktionär, andere wiederum als fortschrittlich kategorisiert hatte, wuchsen die Differenzen zwischen diesen Ländern an und es entbrannten sogar Gefechte.“ („BR“, 13.3.79). Dagegen sei es die Politik Chinas, sich nicht in die innerarabischen Angelegenheiten einzumischen. China trete vor allem für die Festigung der arabischen Einheit ein.

Widersprüche zur PLO

Naturngemäß treten die Differenzen zwischen der chinesischen Politik und den Interessen der arabischen Kräfte am deutlichsten bei der PLO

hervor. Dies gilt nicht nur für die Ablehnung der Sadat-Politik, sondern auch gerade bei grundlegenden internationalen Fragen.

So betont die PLO immer wieder die strategische Bedeutung des Bündnisses der fortschrittlichen arabischen Kräfte mit der Sowjetunion, gegen den US-Imperialismus. (Z.B. im Abschluß des 14. Palästinensischen Nationalrates, nach „Palästina Bulletin“, 1.2.79). So hat sich die PLO ausdrücklich gegen den chinesischen Angriff mit Vietnam solidarisch erklärt. Eine Delegation der PLO nahm teil an der Vietnam-Solidaritätskonferenz in Helsinki Anfang März. „Die Konferenz verabschiedete eine Solidaritätsresolution für Vietnam, in der sie den bedingungslosen Rückzug Chinas aus allen vietnamesischen Gebieten forderte“ („Palästina“, Zeitschrift der PLO, 16.3.79).

In seinem politischen Bericht an den 14. Nationalrat soll das Exekutivkomitee der PLO Chinas Nahostpolitik kritisiert haben: das „Fehlen einer klaren und offenen Haltung Chinas gegenüber den Handlungen der USA in der Region“ (nach „Anti-imperialistisches Bulletin“, 4/79). Und auf der Konferenz von Addis Abeba hatte die PLO gemeinsam mit anderen Befreiungsbewegungen und Kräften eine Verurteilung der Außenpolitik der chinesischen Führer unterzeichnet. „und mit Entrüstung und Befremden deren Kollaboration mit reaktionären, imperialistischen und faschistischen Regimes festgestellt, wie Chile, der Regierung Südafrikas und Israel... Die anti-sowjetische Haltung der chinesischen Führer dient nicht der Sache der nationalen Befreiungsbewegungen.“ (Aus der Abschlusserklärung der Konferenz, vergl. auch AK 144, S. 59).

In Wahrheit kann allerdings von einer Kollaboration Chinas mit Israel keine Rede sein, höchstens im übertragenen Sinne dadurch, daß China Ägypten und den Friedensvertrag unterstützt. Die Erklärung von Addis Abeba verrät also ihren Charakter als Gefälligkeitsleistung für die Sowjetunion, bedingt dadurch, daß die fortschrittlichen Kräfte heute nach der



Rechtsentwicklung Chinas sich enger an die Sowjetunion anlehnen müssen.

Die PLO versucht dabei geschickt, auf beiden Hochzeiten gleichzeitig zu tanzen. Die PLO und China haben trotz der heutigen offiziellen politischen Differenzen ihre Beziehungen immer aufrechterhalten. So besuchte z.B. Ende vergangenen Jahres das Mitglied des ZK der Fatah, Abu al Hu, China und erklärte dazu in einem Interview. „Die VR China leistet uns jährlich wichtige ökonomische und militärische Unterstützung, insbesondere während des libanesischen Bürgerkrieges und des Krieges im Südhonon“ (dieses und folgende Zitate nach „Kämpfer“, Zeitung der SKO, Schweiz, 16.2.79).

Huo grüßt Arafat

Vor einem Monat richtete dann auch Huo Guo-feng eine Botschaft an Arafat in der die Unterstützung von Regierung und Volk Chinas für den Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker betont wird und es u.a. heißt: „Wir bekräftigen, daß eine Lösung im Nahen Osten nur dann erzielt werden kann, wenn das palästinensische Volk seine ihm widerrechtlich entzogenen Rechte zurück erhält die Zionisten sich aus allen besetzten arabischen Gebieten zurückziehen und sie von ihrer aggressiven

und expansionistischen Haltung abbrechen.“ („Monatdienst“, 19.4.79, nach „Stimme Palästinas“, 18.4.)

Nun spricht auch Sadat leidenschaftlich gern von den „palästinensischen Rechten“, während er sie verrät, und auch China hat mit ähnlichen Worten den Vertrag mit Israel kommentiert. „Die ägyptische Seite bestand stets auf einer vollständigen Lösung und auf der Verwirklichung eines gerechten Friedens in Mitteleast, der nur möglich sei, wenn die Palästina-Frage gelöst würde.“ („BR“, 3.4.79). Es kommt eben darauf an, was jeder unter den „palästinensischen Rechten“ versteht. Umso bemerkenswerter ist es, wenn auch der Fatah-Vertreter Abu al Hu nach seiner China-Reise berichtet, es bestehe „Einigkeit in der palästinensischen Frage“.

Und Israel?

In der Logik der chinesischen Politik würde es liegen, auch Israel in den Kreis der Länder im Nahen Osten einzubeziehen, deren Differenzen untereinander nur durch die Wohlwiltigkeit der Sowjetunion verschärft werden.

Israelische Quellen streuen denn auch von Zeit zu Zeit Gerüchte aus, Israel bemühe sich um eine Anerkennung durch China. („FAZ“, 18.4.79). Dazu sagte Abu al Hu: „Die chinesischen Gesprächspartner leugerten die westliche Propaganda, die von einer Anerkennung Israels durch die VR China spricht, und betonten, daß dies nie passieren wird“.

Rechtfertigung der Sadat-Politik, Bündnispartnerangebot an die Ablehnern, Verurteilung der Einmischung der Sowjetunion, Verteidigung der palästinensischen Rechte – mit dieser Widersprüchlichkeit ist offenbar in der heutigen Situation der Bogen der chinesischen Nahostpolitik so weit wie möglich gespannt. Eine weitere Entwicklung der Kapitulation arabischer Staaten und der Schwächung der palästinensischen Bewegung könnte jedoch für Israel und China neue Möglichkeiten eröffnen....

Nahost-Kommission



asien

Chinesische Kriegsverbrechen in Vietnam

Das „Vietnamkomitee zur Untersuchung der Verbrechen der chinesischen Expansionisten und Hegemonisten während des Krieges gegen Vietnam“ hat jetzt ein erstes Kommuniqué herausgegeben, aus dem deutlich wird, wie dieser Krieg insbesondere gegen die vietnamesische Zivilbevölkerung und deren soziale Einrichtungen geführt worden ist.

Ein erster Überblick gibt folgende Zerstörungen an:

	Insgesamt im Invasionsgebiet vorhanden gewesen	Verluste durch Feindeinwirkung	Prozentsatz Verluste
1. Zahl der zerstörten Provinzhauptstädte	4	4	100
2. Zahl der zerstörten Dörfer	320	320	100
3. Zerstörte Wohnfläche der Städte		10 000 qm	60
4. Zahl der Stadtbewohner die obdachlos wurden		10 000	15
5. Zahl der zerstörten Häuser auf dem Land		10 000	4,5 %
6. Zahl der obdachlosen Dorfbewohner		10 000	20 %
7. Zahl der zerstörten allgemeinbildenden Schulen	904	735	81,4
8. Zahl der Schüler ohne Schulen		10 000	15
9. Zahl der zerstörten Kindergärten	61	61	100
10. Zahl der Kinder ohne Erziehungsplatz		10 000	1
11. Zahl der Lehrer ohne Schulen		5 570	
12. Zahl zerstörter Krankenhäuser	410	428	99,5
darunter:			
- Provinzkrankenhäuser	4	4	100
- Kreiskrankenhäuser	26	24	92
- Krankenhäuser	400	400	100
13. Zahl der zerstörten Aufforstungsstationen	42	38	90,5
14. Zahl der zerstörten Staatsfarmen und Landwirtschaftsstationen			
15. Zahl der gestohlenen Buffel und Ochsen	260 000	157 000	60
16. Zahl der gestohlenen oder gestohlenen Schweine	305 000	244 000	80

Im Gegensatz zur chinesischen Propaganda vom „Gegenangriff zwecks Selbstverteidigung“ ging es bei der Aggression vor allem auch darum,

im Grenzgebiet einer Seite der verbrannten Erde zu schaffen und die dort lebende Bevölkerung ihrer Lebensgrundlagen zu berauben.

Im Kommuniqué heißt es dazu: „Sie zerstörten ebenfalls die Umwelt, indem sie große Waldgebiete in Brand setzten. Tausende Hektar natürlichen Waldes in der Provinz Lao Chau wurden niedergebrannt. Im Sapa-Gebiet, Provinz Hoang Lien Son, wurden tausende Hektar Pinien- und „Samu“-Wälder verbrannt, die die Stadt umgaben und eine wichtige Rolle in der Klimaregulierung und Luftreinigung spielten.“

Industrie und Landwirtschaftslagen wurden systematisch zerstört. Die Maschinen und Einrichtungen wurden ebenfalls zerstört oder weggeschleppt.

Was Einrichtungen der Erziehung, Gesundheit und religiösen Institutionen betrifft, so zerstörten sie nicht nur alle Klassenräume, Krankenhäuser, Stationen, Apotheken, Gotteshäuser, wobei sie keine Wand stehen ließen, sondern auch Schulische und Lehrmittel, Altsachen und religiöse Gegenstände, christliche Heiligenfiguren und Buddhastatuen.

Während die Bevölkerung in den Grenzgebieten datangegangen ist, die Zerstörungen allmählich zu beseitigen, droht jederzeit eine zweite „Strafexpedition“, wie die chinesischen Führer erst kürzlich wieder verkündet haben.

Am 18. Mai brach die chinesische Seite die Verhandlungen in Hanoi über eine Regelung des Konflikts nach der 5. Runde vorerst einseitig ab, wobei den Vietnamesen vorgeworfen wurde, „auf die vernünftigen Vorschläge“ nicht reagiert zu haben und in seinen eigenen Angelegenheiten für die Wiederherstellung normaler Beziehungen die grundlegenden Probleme des chinesisch-vietnamesischen Verhältnisses außer Acht gelassen zu haben. Vietnam habe sich vor allem geneigt, über die von China vertretene Forderung nach einem Verzicht auf Vormachtstreben in Indochina zu sprechen“ („Süddeutsche Zeitung“, 19.5.79).

Dieser Punkt zeigt wieder einmal



daß der chinesischen Führung von Anfang an gar nicht ernsthaft an einer tatsächlichen Regelung von Grenzkonflikten mit Vietnam gelegen war, sondern in Verdröhung der Tatsachen Vietnam als „Aggressor“ und „Hegemonisten“ in Südostasien abzumalen.

Gegen welche Vorbedingungen in den Verhandlungen hatte sich Vietnam stets gewandt. Ihr Verhandlungsführer Phan Hien erklärte dazu: „daß die vietnamesische Seite bereits gesagt hat, daß wir entschieden gegen Pekings Politik der Zusammenarbeit mit dem Imperialismus protestieren. Wir haben jedoch nicht gefordert, daß Peking auf seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten als Bedingung für die Normalisierung der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen verzichtet.“ (Radio Hanoi, 4.5.79, nach „SWB“, 7.5.79).

Nach dem (vorläufigen) Scheitern der Gespräche und den anhaltenden Kriegsverbrechen (s. S. 52) ist die chinesische Führung zu dem Entschluß gekommen, den Kampf gegen Vietnam zu intensivieren. Die chinesische Führung will, daß die Schärfe mit den Vietnam-Indochina zu verstärken.

Die Kommission zur Untersuchung der chinesischen Kriegsverbrechen in Vietnam ruft am Ende ihres Kommuniqués noch einmal eindringlich zur Unterstützung Vietnams auf.

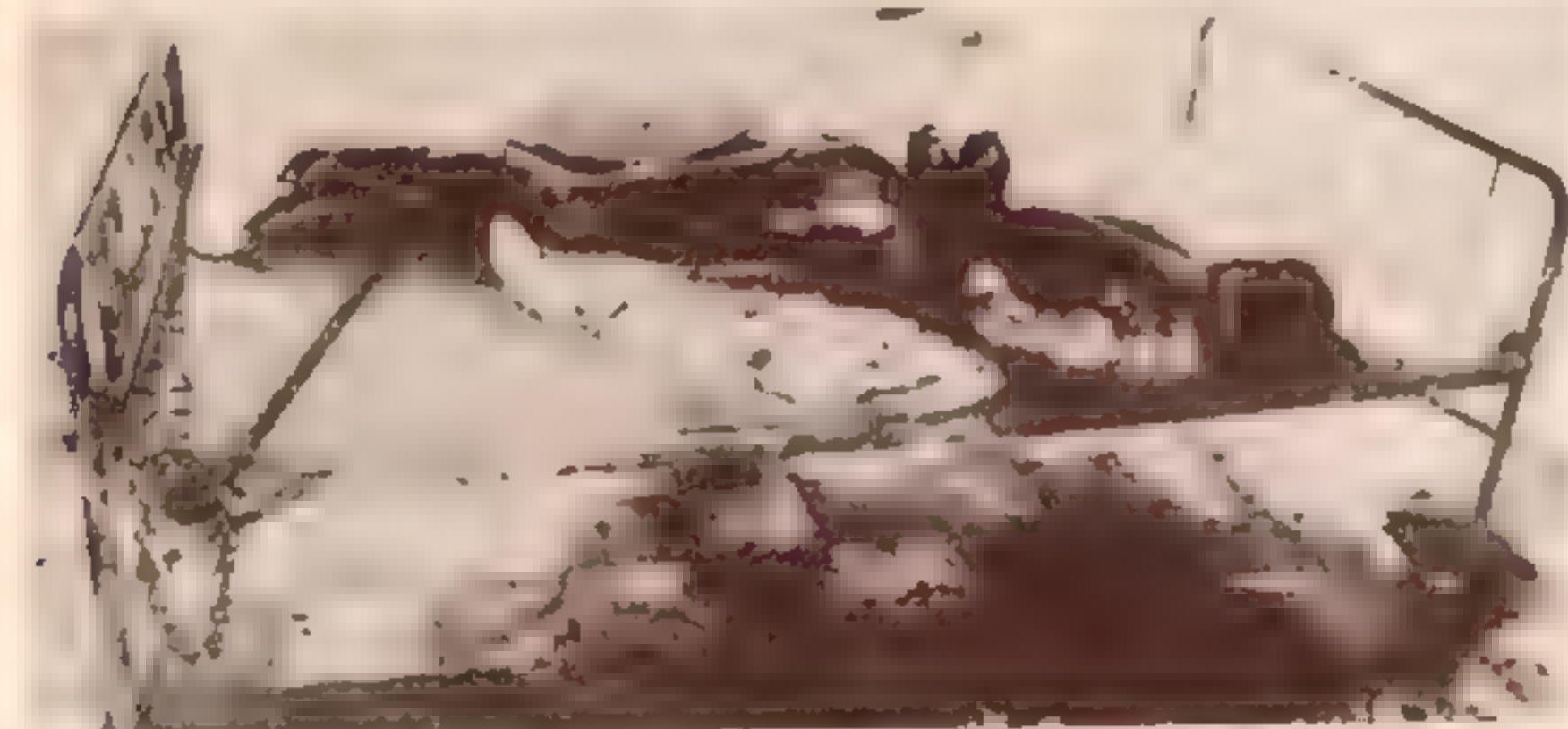
„Angesichts der Gefahr einer Erneuerung und Ausdehnung dieser Verbrechen der Aggression mit den zerstörerischen Schrecken des Völkermords in ihrem Gefolge ruft das vietnamesische Volk ernsthaft die Regierungen und Völker aller Länder, die revolutionären Bewegungen und die internationalen demokratischen Organisationen und ihre Genossen und Freunde in allen Kontinenten dazu auf, energischer für die Sache von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden zu handeln. Vietnam zu unterstützen, entschieden die chinesischen reaktionären Aggressoren zu verurteilen und zu fordern, daß sie auf die von der vietnamesischen Regierung auf den Tisch gebrachte Drei-Punkte-Lösung antworten, um Frieden und Stabilität im vietnamesisch-chinesischen Grenzgebiet zu garantieren – eine faire und sinnvolle Lösung der aktuellen Situation und eine Antwort auf die Sehnsucht der Völker Vietnams und Chinas und dem Sehnen der Völker Südostasiens und der Welt nach Frieden und Stabilität.“

Das vietnamesische Volk ruft alle völkischen Kommunisten und Völker auf, entschieden die reaktionäre Politik und den ungerechten Krieg der chinesischen Führer zu bekämpfen und aufzuhalten.“ (Vietnamesische Nachrichtenagentur 15.5.79, nach „SWB“, 16.5.79).

Asien/Australien-Kommission

Der Terror des Pol-Pot-Regimes

Der Terror des Pol-Pot-Regimes



Seit der zweiten Befreiung Kampuchas im Januar '79 wurden zahlreiche Meldungen über den Terror des Pol-Pot-Regimes veröffentlicht. Inzwischen liegen erste Dokumente von ausländischen Journalisten über Massengräber, Folterzentren usw. vor. Geständnisse von ehemaligen Pol-Pot-Soldaten sowie Verhandlungen vor Volksgerichten in Kampuchea bestätigen diese Meldungen.

Nach Angaben der neuen kambodschanischen Regierung ermordete das Pol-Pot-Regime schätzungsweise 3 Millionen Menschen direkt oder indirekt (ein Großteil soll aufgrund von Hungersnot, Strapazen der Umsiedlungskampagnen usw. gestorben sein). „Ich möchte sagen, daß 3 von mehr als 7 Millionen Kampucheanern seit 1975 ermordet wurden oder gestorben sind aus Mangel an Ärzten und Medikamenten. Tausende von Kindern sind umgekommen durch Beri-Beri, Malaria, ohne das Minimum an ärztlicher Versorgung“ (so der kubanische Filmemacher Santiago Alvarez lt. „Die Neue“, 5.5.). Die gleiche Schätzung nannte der kambodschanische Vizeprä-

sident Pen Sovan („FR“, 19.4.). Die nach dem Sturz gefundenen Massengräber deuten unabhängig von Zahlen auf ungeheure Massaker hin.

„Phnom Penh meldete, 2 000 an einandergefesselte und mit Steinen beschwerte Skelette seien auf dem Grund eines Sees bei Siung Trueng entdeckt worden. Bei den Opfern des Terrors könnte es sich um Vietnamesen handeln. In Massengräbern wurden weitere Hunderte von Skeletten gefunden“ („SZ“, 4.4.).

Nach den Angaben der kambodschanischen Regierung war vom Terror neben der politischen Opposition vor allem die sogenannte Intelligenz betroffen. So soll es in Kampuchea zur Zeit der Befreiung im Januar nur noch 4 Ärzte gegeben haben („UZ“, 9.3.). Deutlich wird dies auch an der derzeitigen Schwierigkeit, die Verhältnisse zu normalisieren. „Es fehlen vor allem Beamte und Fachleute... Es mangelt auch an Lehrern, um den Schulbetrieb wieder aufzunehmen und an Technikern sowie an Arbeitern, um Fabriken wieder in Betrieb zu setzen“ („SZ“, 20.4.).

Massaker halten selbst heute noch an. Es ist in den letzten Wochen bekannt geworden, daß die Pol-Pot-Truppen auf ihrem Rückzug Zivilbevölkerung als Geiseln verschleppten. Der „Guardian“ berichtete in diesem Zusammenhang von Massenerschießungen in Dörfern, die von den Pol-Pot-Truppen geräumt wurden („Guardian“, 26.3.).

Zahlreiche Berichte deuten darauf hin, daß den Pol-Pot-Anhängern ein immenser Haß in der Bevölkerung entgegen schlägt. Aus verschiedenen Städten wurde von spontanen Hinrichtungen berichtet („Stimme des kambodschanischen Volkes“ lt. „Die Neue“, 24.2. und 28.4.). Ganz offensichtlich hat die Regierung erhebliche Schwierigkeiten, eine ordnungsgemäße Aburteilung der Verantwortlichen durchzusetzen und die angekündigte Umkehrung für aktive „Mitläufer“ durchzuführen („Die Neue“, 28.4.).

Asien/Australien-Kommission

Thailand bereitet Krieg gegen Kampuchea vor

Nachdem die restlichen Truppen Pol-Pots in einer neuen Offensive der Volksrepublik Kampuchea offenbar vernichtet geschlagen wurden, beabsichtigt auch das faschistische Thailand eine Intervention vor.

Nachdem die nach Thailand geflüchten Pol-Pot-Truppen stillschweigend Asyl erhalten, wurde die thailändische Armee in Alarmbereitschaft gesetzt („SZ“, 21.5.). Die thailändischen Generäle begründen ihre Kriegsvorbereitungen mit einer drohenden „großangelegten vietnamesischen Truppeninvasion“ („SZ“, 20.5.). Angeblich habe Vietnam rund 150 000 Mann an der Grenze zu Thailand „zusammengedrängt“ („SZ“, 23.5.). Thailand halte bereits vor ca. 14 Tagen begonnen, seine Grenztruppen zu verstärken und Grenzorte zu evakuieren („SZ“, 5.5. u. 23.5.). Die thailändische Luftwaffe wurde auf ein mögliches Eingreifen vorbereitet. Angesichts der Tatsache, daß militärische Übergriffe gegen Thailand von Kampuchea aus völlig abwegig sind und es keinerlei Anhaltspunkte hierfür gibt, können solche Vorbereitungen nur im Sinne der thailändischen „Vorwärts-Verteidigung“ gewertet werden. Thailands Generäle haben jedenfalls nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie bereits bei „drohenden Angriffen“ zuschlagen werden.

Unterstützung Thailands für Pol Pot

Die thailändischen Kriegsvorbereitungen decken sich mit der sonstigen aktiven Unterstützung für die

Pol-Pot-Truppen. Die thailändische Grenze steht diesen Truppen offen. „Bankok gewährt den Roten Khmer kein Asyl, erlaubt ihnen jedoch, sich über thailändisches Gebiet in für sie sichere Gebiete zu begeben.“ („SZ“, 8.5.). Auch die Stützpunkte der faschistischen „Khmer Serai“ (eine von thailändischen und an amerikanischen Geheimdienst ausgehende Widerstandsbände im thailändischen Gebiet) stehen den Pol-Pot-Truppen zur Verfügung. Gleichzeitig führt das faschistische Thailand gegenüber Kampuchea momentan eine „Politik der Stärke“ mit steten Provokationen durch. Mehrmals sollen thailändische Militärflugzeuge tief in den kambodschanischen Luftraum eingedrungen sein („SPK“, 13.5. lt. „SWB“, 16.5.).

Thailand hat dies indirekt zugegeben, indem es einräumte, „daß entlang der Grenze zu Kambodscha Aufklärungsflüge angeordnet worden seien“ („SZ“, 8.5.). Es fragt sich natürlich, was das thailändische Militär in Kampuchea aufzuklären hat? Kampucheanische Flüchtlinge aus den Reihen der Pol-Pot-Truppen berichten zudem von starker materieller Unterstützung Thailands für die Pol-Pot-Truppen. So sollen diese Banden mit neuen amerikanischen Waffen ausgerüstet worden sein („SWB“, 18.5.).

Daß die thailändischen Faschisten auch keinerlei Ambitionen hegen, das Verhältnis zum neuen Kampuchea zu verbessern, zeigt sich in der Tatsache, daß Thailand nach wie vor die Pol-Pot-Administration als „rechtmäßige Regierung“ anerkennt.

Asien/Australien-Kommission

Frauen in Vietnam

ihre Rolle in Geschichte und Gegenwart

Den Beitrag „Frauen in Vietnam“ hat Magdalena Weinmann von der Kinderhilfe Vietnam auf einer Vietnam-Solidaritätsveranstaltung am 4.5.79 im Audi-Max der Technischen Universität in Westberlin gehalten (vergl. unseren Bericht von der Veranstaltung in AK 163, S. 54). Nach der Veranstaltung hat Magdalena Weinmann ihren Beitrag überarbeitet und ergänzt und dem ARBEITERKAMPF mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt. Dieser Bitte kommen wir gern nach.

Etwa 85 % der vietnamesischen Bevölkerung lebte auf dem Land bevor sie durch koloniale und imperialistische Interessen in die Städte vertrieben wurde.

Unter den Menschen auf dem Land war die Rolle von Frau und Mann durch den Kampf um die Existenz relativ gleichberechtigt.

Sowohl in der feudalen Periode wie auch aus der konfuzianischen Tradition war die Frau noch weiteren Zwängen unterworfen, sei es die Verpflichtung auf die „vier Tugenden: Ehrlichkeit, Sparsamkeit, Höflichkeit (und) Treue“ oder die „drei Gehorsame: als Kind dem Vater (gegenüber), als Ehefrau dem Ehemann, als Witwe dem ältesten Sohn“.

Obwohl schon seit der Gründung der KP in Vietnam, 1930, die Gleichberechtigung der Frau auf dem Programm steht, nahmen die Frauen selbst den Kampf um die Verwirklichung auf, indem sie im gleichen Jahr die Frauenunion gründeten. Sie hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Frauen zu befähigen, gleichberechtigt in der Gesellschaft zu leben. Dazu haben sie Bildungsvereinigungen geschaffen, Krippen und Kindergärten organisiert, damit die Frauen von der Sorge für die Kinder befreit werden können, damit die Frauen von der Sorge für die Kinder entbunden werden können, und sie haben sich ein Mitspracherecht bei allen Organisationsgeschäften. Trotz dem können auch in Vietnam viele Frauen folgende Bemerkung wiederholen: „Ich muß dir sagen, daß es wirklich viele männliche Kader in der Befreiungsfront gibt, die auf Lehrgängen, in großen Versammlungen und vor einer großen Zuhörerschaft in der Lage sind sehr schöne Reden über die Gleichberechtigung der Frauen zu halten - wirklich wunderschöne Reden. Aber in Wirklichkeit verhält er sich zu Hause bei seiner Frau wie ein Feudalherr.“

Ho-Chi-Minh wies anlässlich des internationalen Frauentages am 8. März 1952 auf die tiefliegenden Ursachen hin: „Viele Menschen glauben, daß die Gleichheit der Geschlechter ein einfaches Problem ist. Heute bereitet der Ehemann das Essen, wäscht das Geschir, kehrt das Haus aus, morgen kehrt die Frau das Haus aus, bereitet das Essen, wäscht das Geschir. Das ist die Gleichberechtigung! Welch großer Irrtum! In Wirklichkeit ist die Gleichberechtigung eine tiefgehende und schwierige Revolution, die die Verachtung der Frau eine Jahrtausende währende Gewohnheit ist. Sie ist im Kopf von jedem einzelnen verwurzelt, im Familienleben, bei allen sozialen Schichten. Man kann sie nicht mit Kraft bekämpfen. Der Umfang dieser Revolution beruht auf den generellen Fortschritten auf politischer, ökonomischer, kultureller und rechtlicher Ebene. Diese Revolution muß sich im Inneren eines jeden vollziehen und sich auf die ganze Bevölkerung ausbreiten.“

Diese Wirklichkeit dieser Erkenntnis spiegeln sich auch im Leben vietnamesischer Frauen wieder. Z.B. Vo Thi San.

Diese junge Frau war mit 16 Jahren bei ihrem Kampf gegen die Franzosen festgenommen worden. Sie wurde zum Tode verurteilt. Die französische Kolonialverwaltung im Erbe der bürgerlichen Revolution mit ihren Idealen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit konnte sich nicht dazu entschließen, eine Minderjährige zu exekutieren. Sie wurde auf die Insel Con Son gebracht, die uns durch die Berichte über die Tigerkäfte bekannt wurde, um dort bis zu ihrer Volljährigkeit gefangen gehalten zu werden. Sie war die erste Frau auf dieser Insel. Als sie volljährig war, richtete sie der Henker hin.

Oder Frauen zur Zeit der Herrschaft von Diem.

Das Genfer Abkommen, 1954,

hatte bestimmt, daß die vietnamesischen Soldaten sich nördlich des 17. Breitengrades aufhalten mußten, bis 1956, nach allgemeinen Wahlen, eine gemeinsame Regierung entstehen sollte.

Diem ordnete an, daß Frauen, deren Männer im Norden waren, sich von ihnen scheiden lassen sollten. Frauen wurden bei Weigerung verhaftet, gefoltert, getötet, ohne je in einem ordentlichen Gerichtsverfahren verurteilt worden zu sein. Ihnen wurden die Kinder weggenommen mit der Begründung, daß man sie vor dem Kommunismus schützen wolle. „Ich habe nirgendwo in Süd-Vietnam eine vollständige Familie gefunden. Mütter suchten Kinder, die schon vor Jahren entführt worden waren. Männer wußten schon seit Jahren nicht mehr, ob ihre Frauen noch in Haft saßen oder längst umgebracht waren.“ berichtet Madeleine Riffaud 1967 auf dem Russell-Tribunal.

Oder vor Jahren ging das Foto durch die Presse, wo eine junge Vietnamesin einen amerikanischen Piloten abführte. Danach schlugen unsere Herzen höher. Warum? Es



symbolisierte uns die Wirklichkeit einer Hoffnung, nämlich, daß die Stärken nicht das letzte Sagen haben.

Diese junge 17-jährige vietnamesische Frau, Kim Lai, ist ebenso wie Vo Thi San eine von vielen Frauen, die im Kampf um die Unabhängigkeit ihres Landes teilgenommen haben.

Daß ihr Bild durch die Welt ging, hat Kim Lai erst ein Jahr später erfahren. Nicht mehr durch die Presse aller Länder ging, wie ihr Leben weiterging. Auch dies ist eines von vielen Schicksalen. Denn viele Frauen und Männer haben gleichermaßen hart erfahren, daß ihre Verlobten oder Gatten aus dem Kampf um die Unabhängigkeit nicht zurückkehrten. Die Hoffnung, eine glückliche Familie zu gründen und mit ihr leben zu können, hat auch Kim Lai aufgegeben.

Überall im Land kämpften die Frauen mit. Als wir im Sommer '78 z.B. einige Frauen in der Provinz Quang Ninh trafen, der nördlichsten Küstenprovinz, erzählten sie uns stolz, daß wenige hundert Meter von unserem Schiff entfernt das von ihnen abgeschossene zweitausendste amerikanische Flugzeug ins Meer stürzte. Die Verteidigung der Heimat gegenüber denjenigen, die sie in die Steinzeit bomben wollten, war für sie genauso selbstverständlich wie die Übernahme der Aufgaben ihrer Männer, als diese eingezogen wurden.

In dem mehr als 100 Jahre dauernden Kampf um die Unabhängigkeit wurden dann Texte wie folgende zu Volksliedern:

„Mein Geliebter,
wir sind uns immer nah,
einer dem anderen
trotz hundert von Gebirgen

trotz der tausend Flüsse,
die uns trennen
die Angelegenheiten unserer Familie
die Angelegenheiten unseres Dorfes
weiche es auch seien.
Ich erfülle sie an deiner Stelle.“

So mod Vo Thi San, Kim Lai, die Frauen von Quang Ninh Beispiele und Vorbilder wie ihre Schwestern in den Jahrhunderten zuvor, sei es Kieu, die ihre Hoffnung auf Glück ihrer Pflicht unterwarf oder die Schwestern Truong, die 43 v. u. Z. einen Aufstand gegen die Chinesen anführten und diese aus Vietnam vertrieben. Vieles hat sich seit der feudalen, kolonialen Zeit geändert. Daran haben die Frauen wesentlich gearbeitet. Heute sind 30 % der Abgeordneten im Nationalen Parlament Frauen, 30 % der Genossenschaften werden von Frauen geleitet und unter den Studenten des Schuljahres 72/73 waren 43,5 % Frauen. Es gibt ein modernes Ehegesetz, das

- die freie Wahl der Partner,
- die Monogamie,
- die Gleichheit der Geschlechter,
- den Schutz der Rechte von Frau und Kind (einschließlich lediger Mütter und ihrer Kinder)

Ich kann hier nicht unerwähnt lassen, daß sich seit der Befreiung an den Grenzen zu Kampuchea in den vietnamesischen Dörfern vieles von den oben erwähnten Schicksalen wiederholte und ich kann auch nicht unerwähnt lassen, was uns die Frauen in einem Brief jetzt über die Erlebnisse von Frauen und Kindern in den Dörfern und Städten an der Grenze zu China berichten. Mir fällt es schwer, dies nachzusprechen, aber um der Menschen willen, soll hier ein Beispiel gegeben werden. Tran Huan, ein Oberschullehrer, sagte, daß um acht Uhr am 17. Februar chinesische Truppen jedes Haus der Bat-Sat-Straße durchstöberten, alle Kinder, die noch übrig geblieben waren, weil sie nicht fliehen konnten, wurden auf dem Marktplatz von Bat-Sat gegenüber dem Warenhaus und Restaurant zusammengetrieben. Chinesische Unmenschen stürzten sich auf die unschuldigen und hilflosen Kinder, ließen ... auf ihre Köpfe und Hüften, unter Schreien, die kilometerweit zu hören waren.

Herr Huan sagte, daß er in jener Nacht des 17.2. in den Bat-Sat Bezirk zurückging, um sein verlorenes Kind zu suchen. Er fand schließlich den erschlagene Körper eines elfjährigen Kindes unter 100 anderen Kinderleichen. Er sah auch den Leichnam der Tochter von Vu A Tin, der von den chinesischen Angreifern mit herausragenden Gedärmen am Restaurant aufgehängt worden war.

Gegenüber UnGeneralsekretär Waldheim in Peking kündigte der stellvertretende Ministerpräsident Deng eine weitere Strafexpedition gegen Vietnam an.

Aber wir wollten fragen, was hat sich geändert für die Menschen seit der Befreiung?

In Ho-Chi-Minh Stadt z.B. haben die Frauen seitdem 300 Kindergärten eingerichtet - vorher gab es ganze r i e r. Sie haben den arbeitslosen Prostituierten den Weg zur Schule zur Wiederherstellung der Würde der Frau gezeigt. Schulen, in denen diese Frauen neu anfangen können. Sie erhalten Hilfe, ihr Selbstbewußtsein wiederzufinden, zu erkennen, daß sie, jede für sich, ein wichtiger Mensch in der Gesellschaft sind und jede zu ihrem Aufbau wesentlich beitragen kann. Sie werden von ihren körperlichen Gebrechen geheilt, sie erhalten eine einfache Ausbildung, um sich ihren Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen zu können und sie leben mit Frauen zusammen, deren oberstes Gebot ist, sie nicht zu tadeln, sei es aufgrund ihrer Vergangenheit oder ihrer Unlust oder Unfähigkeit diesen

Grausamste Folge bis heute ist, daß die Frauen Mißgeburten gebären müssen.

Die Menschen wurden in Lagern untergebracht, siedelten sich am Rande der Städte an, in denen amerikanische Behörden nach Arbeitskräften suchten. Völlig neue Maßstäbe wurden damit gesetzt. Die Verdienste waren im Vergleich zu dem, was sich in der Landwirtschaft erarbeiten ließ, ungeheuer hoch, ebenso hoch war das Angebot von Waren in den Städten. Völlig fremde Konsumgüter wurden zugunsten amerikanischer oder anderer Importe den

Menschen angeboten, während ihre einheimische Produktion keine Käufer mehr fand und die in ihr Arbeitenden arbeitslos wurden.

Frauen, die keine Arbeitstabelle fanden, um ihre Familie zu ernähren, prostituierten sich, ja sogar Mädchen wurden dazu angehalten.

Kinder, die zum Wachsen Zuwendung in jeder Beziehung brauchen, erhielten sie nicht. Sie bildeten Banden, in denen nur noch der Stärkste und am schnellsten Mordende letztlich entschied. Es wuchsen Kinder heran, die jegliche Fähigkeit zur Gemeinschaft verloren hatten.

Für viele kleine Kinder bedeutete die Entwurzelung der Familien aus dem gewohnten Lebensraum der sichere Tod, es fehlte nicht nur an Nahrung und Medikamenten, sondern vor allem an der Fähigkeit der Erwachsenen, unter diesen Bedingungen noch Liebe weitergeben zu können.

Das sind nur wenige Bemerkungen zu dem, was Menschen in Vietnam in den Jahrzehnten des Krieges zugefügt wurde. Ist das Leben dieser Menschen nach der Befreiung menschlicher geworden? Was trugen die Frauen dazu bei?

Ich kann hier nicht unerwähnt

lassen, daß sich seit der Befreiung an den Grenzen zu Kampuchea in den vietnamesischen Dörfern vieles von den oben erwähnten Schicksalen wiederholte und ich kann auch nicht unerwähnt lassen, was uns die Frauen in einem Brief jetzt über die Erlebnisse von Frauen und Kindern in den Dörfern und Städten an der Grenze zu China berichten. Mir fällt es schwer, dies nachzusprechen, aber um der Menschen willen, soll hier ein Beispiel gegeben werden. Tran Huan, ein Oberschullehrer, sagte, daß um acht Uhr am 17. Februar chinesische Truppen jedes Haus der Bat-Sat-Straße durchstöberten, alle Kinder, die noch übrig geblieben waren, weil sie nicht fliehen konnten, wurden auf dem Marktplatz von Bat-Sat gegenüber dem Warenhaus und Restaurant zusammengetrieben. Chinesische Unmenschen stürzten sich auf die unschuldigen und hilflosen Kinder, ließen ... auf ihre Köpfe und Hüften, unter Schreien, die kilometerweit zu hören waren.

Herr Huan sagte, daß er in jener Nacht des 17.2. in den Bat-Sat Bezirk zurückging, um sein verlorenes Kind zu suchen. Er fand schließlich den erschlagene Körper eines elfjährigen Kindes unter 100 anderen Kinderleichen. Er sah auch den Leichnam der Tochter von Vu A Tin, der von den chinesischen Angreifern mit herausragenden Gedärmen am Restaurant aufgehängt worden war.

Gegenüber UnGeneralsekretär Waldheim in Peking kündigte der stellvertretende Ministerpräsident Deng eine weitere Strafexpedition gegen Vietnam an. Aber wir wollten fragen, was hat sich geändert für die Menschen seit der Befreiung?

In Ho-Chi-Minh Stadt z.B. haben die Frauen seitdem 300 Kindergärten eingerichtet - vorher gab es ganze r i e r. Sie haben den arbeitslosen Prostituierten den Weg zur Schule zur Wiederherstellung der Würde der Frau gezeigt. Schulen, in denen diese Frauen neu anfangen können. Sie erhalten Hilfe, ihr Selbstbewußtsein wiederzufinden, zu erkennen, daß sie, jede für sich, ein wichtiger Mensch in der Gesellschaft sind und jede zu ihrem Aufbau wesentlich beitragen kann. Sie werden von ihren körperlichen Gebrechen geheilt, sie erhalten eine einfache Ausbildung, um sich ihren Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen zu können und sie leben mit Frauen zusammen, deren oberstes Gebot ist, sie nicht zu tadeln, sei es aufgrund ihrer Vergangenheit oder ihrer Unlust oder Unfähigkeit diesen

neuen Weg zu gehen. 2.000 Frauen haben dieses Zentrum bereits verlassen, sie konnten zu ihren Familien zurückkehren und ihren eigenen Platz in einem der neuen Dörfer einnehmen.

Frauen haben die früher bittenden behinderten Kinder in Zentren vermittelt, wo ihre Gebrechen geheilt werden. Wir besuchten eines dieser Zentren in Ho-Chi-Minh-Stadt. Dort leben 360 solcher Kinder aus den verschiedensten Familien. 20 Frauen, darunter auch Nonnen, arbeiten für die Wiederherstellung dieser Kinder. Viel mehr Mitarbeiter benötigten sie, aber die 300 Kindergärten haben bereits viele Kräfte der Frauenunion in Anspruch genommen. Hier fehlt es an Kleidung, die vietnamesischen Traditionen entspricht, aber trotzdem lernen sie ihre alte Geschichte und die Lieder und Tänze der Vorfahren.

Die Frauen, die diese Häuser leiten, haben alle jahrelang im Gefängnis gesessen, weil sie sich für die Unabhängigkeit ihres Landes eingesetzt haben. Heute können sie für die Zukunft, für den Aufbau ihres Landes arbeiten. Dies sind nur wenige Beispiele von den Anfängen, die wir

fortsetzen könnten. All diese Arbeit von Aufbau und Hilfe muß geschehen, obwohl die Menschen in Vietnam - nach Angaben im „Spiegel“ - nicht mehr als ein Kilogramm Reis pro Monat erhalten können, weil die Überschwemmungen die Ernte vernichtet und die Hilfe, die Vietnam aus dem Ausland braucht, seitens des Westens nicht gegeben wird.

Zerstören konnten die westlichen Länder Vietnam mit einer Heftigkeit, die jeder Vorstellungsfähigkeit sich entzieht. Doch wo ist die Bereitschaft, den Menschen die materiellen Bedingungen für ein neues Leben zu ermöglichen?

Hier ist eine Gelegenheit. 4.000 Waffen sollen Kleidung zum Wechseln bekommen. Die behinderten Kinder haben einen besonders hohen Verschleiß an Kleidung. Darum sind wir gebeten worden, 32.000 m Stoff

dem Kunststadium für die Heilung der Kriegswunden zu übergeben. Stoffe, aus denen Hosen, Blusen, Röcke und Hemden nach vietnamesischen Vorstellungen genäht werden können. Zum großen Teil geschieht dies durch die älteren Mädchen und Jungen in den Kinderzentren selbst.

Spenden für diesen Stoff können überwiesen werden auf das Konto der KINDERHILFE E.V., Falterweg 22, 1 Berlin 19, beim

Postscheckamt Berlin West

220064-104

Schlüsselwort Solidarität

Spendenbescheinigungen auf Anforderung

M W

Alle Schüler wollen dasselbe — Grolle in die Elbe

Am 16.5. zogen ca. 500 Schüler aus verschiedenen Hamburger Schulen während der Schulzeit zur Schulbehörde. Anlaß dieses Protestes war die auf 10.00 h angesetzte Deputationsatzung, auf der der neue „Zeugniserlaß“ verabschiedet werden sollte. Schon als die ersten dort ankamen, war der Sitzungssaal von Bullen abgegrenzt. Als wir darauf drängten, Grolle im Sitzungssaal zu besuchen und ihn an seine Versprechen bezüglich des Zeugniserlasses zu erinnern, zeigten die Bullen uns wiederum ihr Demokratieverständnis: Ein Schüler wurde an den Haaren zu Boden gerissen und am Boden liegend noch mit Fußtritten traktiert! Aus Antwort riefen wir: „Bullen verpöbte Euch, keiner verpöbt Euch!“ und es flogen auch ein paar Eier.

Dann wurde die Kreuzung Hamburger Straße in allen Richtungen mit Parolen wie „Grolle komm runter sonst machen wir dich munter“ für eine Viertel Stunde besetzt, um Grolle wenigstens über diesen Weg zu einer öffentlichen Stellungnahme zu zwingen. Aber auch auf diese Aktion folgte keine Reaktion, bis sich nach einiger Zeit Landesschulrat Neckel herunterbeugte. Er konnte unsere Fragen erwartungsgebiert nicht einmal ansatzweise beantworten, sodaß er sich lieber auf Pöbeln beschränkte. („...warum macht ihr das was die mit dem Megaphon sagen, das sind doch nur Aufreitzer“ u.ä.)

Die Schüler zogen noch einmal vor die Schulbehörde. Hier wurde Grolle minutenlang aufgefordert endlich herunterzukommen. Die Aktion wurde mit einer Demo zur U-Bahn Mandsburg beendet.

Was ist nun der Grund für diese Proteste?

Im September '78 legte die Schulbehörde einen Entwurf für einen Zeugniserlaß vor (wie im AK benachrichtigt). Dieser Entwurf beinhaltete u.a.:

- Zulassungsbefreiungen für die Realschule und das Gymnasium nach der 6. Klasse
- Bestrafungen von Leistungsverweigerung.

Gegen diesen Entwurf protestierten Schüler, Eltern und Lehrer/Lehrerinnen. Darauf reagierte Grolle ganz anders als sein Vorgänger „Spar schwein“ Apel. Er könne die Proteste der Schüler gegen die Notenschwelle verstehen, der Erlaß würde noch einmal überarbeitet und die Notenschwelle gesenkt.

Doch was hat sich wirklich geän-

dert? Grundsätzlich nichts! Nach wie vor soll ein Notenschnitt beim Übergang aus der Beobachtungsstufe in die Realschule bzw. das Gymnasium eingeführt werden. Mußte man nach dem im 1. Entwurf vorgesehenen Bestimmungen zwei „Dreien“ in Mathematik, Deutsch und 1. Fremdsprache haben, so muß man jetzt in drei der Fächer Deutsch, Mathematik, 1. Fremdsprache, Geschichte, Erdkunde und Physik mindestens „Drei“ haben, darunter eine „Drei“ in einem der Fächer Deutsch, Mathematik und 1. Fremdsprache.

Nach wie vor müssen alle anderen Leistungen mindestens „ausreichend“ sein. Zum Ausgleich können die drei „Dreien“ nicht herangezogen werden. Nach wie vor besteht auch ein NC beim Übergang von der Beobachtungsstufe Haupt- und Realschule aufs Gymnasium. Hier benötigt der Schüler drei „Zweien“. Ansonsten gilt die gleiche Regelung wie beim Übergang in die Realschule.

Auffällig an diesen Bestimmungen ist, daß bezeichnenderweise die Fächer Sport, Musik, Kunst u.ä. bei den Regelungen ausgeklammert sind. D.h., daß der alte „Fächerkanon“ (Unterteilung in Haupt- und Nebenfächer) durch die Hintertür wieder eingeführt worden ist. Bisher war es so, daß diese Fächer gleichberechtigt waren.

Besondere Aufmerksamkeit muß man der Tatsache widmen, daß mit diesem Erlaß das Sitzheben in der Beobachtungsstufe wieder eingeführt worden ist. Damit macht der SPD-Senat deutlich, daß er gänzlich von einer Entwicklung hin zur integrierten Gesamtschule Abschied nimmt.

Lediglich eine Bestimmung, die Schüler auf die Palme brachte, wurde ersatzlos gestrichen: „Das Fehlen bei einer schriftlichen Klassenarbeit ohne Angabe eines wichtigen Grundes wird ab Klasse 7 wie eine ungenügende Leistung gewertet.“ Der Verweigerung der Schüler zum Leistungswang sollte so mit der totalen Anwendung des Notenterrors begegnet werden.

Dieser Zeugniserlaß, soviel ist klar, wird die Auslese an den Schulen noch um ein weiteres enorm erhöhen. Schon jetzt müssen wir täglich um die Zensuren kämpfen, damit wir halbwegs über die Runden kommen. Schon jetzt scheitern viele Schüler an den Anforderungen. So verlassen über 33% der Gymnasialisten bis zum Übergang in die Klasse 10 das Gymnasium. Bei der Realschule steht das nicht viel besser aus: hier bleiben 25% der Schüler auf der Strecke. Und selbst bei den Hauptschulen bleiben 12,5% ohne Abschluß. Der Zeugniserlaß wird dies verstärken. So berechnet die GFW für die Bestimmungen des 1. Entwurfs, daß ca. die Hälfte der Schüler an den Anforderungen scheitern würde.

Alle halbe Jahre, wenn Zeugnisse vergeben werden, steigt die Selbstmordrate unter Schülern. Mit diesem Zeugniserlaß muß die Schulbehörde die Verantwortung für eine weitere Verschärfung dieser unmenschlichen Situation übernehmen. Angesichts ihrer eigenen Praxis können die Hinweise an die Eltern nur als zynisch zurückgewiesen werden!

Ein Genosse des SSB/Hamburg



Polizei hindert Schüler am Weitergehen

Mobile Lehrer — heute in der Schule, morgen im Bankgewerbe

Als ich Anfang Mai die Zeitung „Erziehung und Wissenschaft“ der GFW (Bund) für diesen Monat durchblätterte, stieß ich auf einen interessanten Artikel zur Ausrichtung der Lehrerbildung mit der Überschrift: Rollenden — ein Mobilitätsunternehmen.

Zwar sind schon seit längerem Vorstellungen des Wissenschaftsrates über ein flexibles Studienangebot im Hinblick auf eine vielfältige spätere Verwendung von Lehrern (z.B. für Sekretariats- und Sachbearbeiterfunktionen oder Verwaltungs- und Bankfunktionen) bekannt, doch wenn ein Vertreter (Klaus Parmentier) des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (IAB) ähnliche, heute schon in der Umsetzung befindliche Vorstellungen unterbreitet und diese von Seiten des GFW Referenten Dieter Wunder als „notwendige, wenn auch in sich nicht ausreichende Ergänzung zur Diskussion um die Verbesserung der Lehrerbildung“ (1) bezeichnet werden, lohnt es sich doch, seine Nase mal tiefer in diesen Artikel zu stecken.

Klaus Parmentier fordert eine größere Flexibilität von Lehrernabsolventen, weil „abzusehen ist, daß es sich bei den hier zu Tage tretenden Beschäftigungseigenschaften nicht um ein Übergangsproblem, sondern um ein Abstellungsproblem von grundsätzlicher Bedeutung handelt“ (2). Zwar werde „durch derartige Flexibilisierungsstrategien“ „selbstverständlich kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen“, aber „immerhin könne damit erreicht werden, „auch die letzte Chance vom Nachfrage zu erschließen“ (3).

Der Ansatzpunkt für Parmentiers Thesen ist also nicht die Überlegung, die Lehrerbildung zu beheben, indem die arbeitslosen und die noch in der Ausbildung befindlichen Lehrer an den Schulen eingesetzt werden, um dort in kleineren Klassen für die Schüler eine bessere Ausbildung zu

gewährleisten. Nein, Parmentiers Ansatzpunkt ist, die Lehrer in ein Beschäftigungssystem einzupassen, indem gerade ihre eigene berufliche Ausweglosigkeit, die Arbeitslosigkeit, produziert wird. Das Trostpflaster in seinem Vorschlag, „die letzte Chance vom Nachfrage zu erschließen“ (s.o.) bleibt kümmerlich, denn wo gibt es auf dem Arbeitsmarkt eine reale Nachfrage nach „flexiblen Lehrernabsolventen“, die nicht darauf beruht, einen Teil der Beschäftigten in anderen Berufen genau aus diesen zu verdrängen. Nüchtern!

So kann man den Zynismus eigentlich nur bewundern, mit dem er moniert, daß sich die bisherige Lehrerbildung auf Kosten der Flexibilität nahezu ausschließlich an den erzieherischen Prozessen im Schulbereich orientiert, und dadurch eben die berufliche Rollenerwartung an der Schule zu unterrichten geweckt würde. Nun liegt bei solchen Vorstellungen denn auch nichts näher als der Versuch, diese Rollenerwartungen von Lehrerstudenten(inen) und Lehrern (nein schon im Studium aufzuspüren, um die geforderte Flexibilität zu erreichen. Diesen Versuch macht Parmentier, wenn er fordert, die Ausbildungsvoraussetzungen und Laufbahnbestimmungen dieses Vorlesungen entsprechend zu verändern, in der Lehrerbildung durch Angleichung von Diplom- und Lehrerbildungswegen, die fachlichen Schwerpunkte außerhalb der Pädagogik stärker zu betonen, das Pädagogiestudium nur bedingt am schulischen Verwendungsbereich zu orientieren.

Nun wäre die Auseinandersetzung mit solchen Thesen nicht weiter wichtig, wenn diese nicht Grundkonsens ebenfalls von Wissenschaftsrat und anderen für die Bildungspolitik dieser Republik verantwortlichen Gremien getragen würden und im Prozeß der Umsetzung stünden. Ich will hierfür

nur zwei von einer Vielzahl von Beispielen heranziehen.

Erstens: Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hatte schon im April letzten Jahres trotz Widerstands der Universitäten einen Entwurf vorgelegt, die Pädagogischen Hochschulen des Landes aufzulösen und „im Sinne einer Fach-zu-Fach-Integration“ (4) den Universitäten zuzuschlagen (D.h. beispielsweise, die Fachrichtung Soziologie der Pädagogischen Hochschulen wird in den Studiengang Soziologie der Universitäten eingegliedert). Kernbegründung für diese Fach-zu-Fach-Integration als einzig mögliche vom Wissenschaftsministerium war die Aussage: „daß die Lehrmittelsstudienange auf diese Weise um Fachgebiete erweitert werden könnten, die den Studenten späterhin Einsatzmöglichkeiten in Tätigkeitsfeldern außerhalb der Schule eröffnen“ (5).

Zweitens: In Hamburg gibt es einen Entwurf für eine neue Lehrerbildungsordnung, in dem in haarsträubender Weise das Verhältnis des Fachs Erziehungswissenschaft zu den anderen Fachwissenschaften verändert wird. Gerade im Lehramt für Grund- und Mittelstufe soll der Anteil der Fachwissenschaft am erziehungswissenschaftlichen Studium von 5:10 auf die Relation 10:10 erhöht werden. Sollte dies Praxis werden, käme das einem Erdbeben der Erziehungswissenschaft gleich und riefte zur gleichen Zeit eine enorme Leistungsverfälschung im fachwissenschaftlichen Studium hervor. Von Erziehung bleibt dann kaum etwas übrig. Die Schule ist eben zum Pauken da!

(1) „Erziehung und Wissenschaft“

5/79, S. 11

(2) a.a.O. S. 10

(3) a.a.O. S. 10

(4) „FR“, 9.11.78

(5) a.a.O.

Bildungskommission SSB Hamburg

VS hatte die Listen von sechs Unis

Der baden-württembergische Verfassungsschutz hatte von den Universitäten des Landes Listen aller eingetragenen Studenten angefordert. Inzwischen steht fest, von mindestens sechs Unis hat er derartige Listen, die „Namen, Adresse, Studienfach und teilweise auch Geburtsdatum“ enthalten, auch bekommen. Zwei Universitäten stellten sie zur Verfügung, in vier weiteren Fällen beschaffte sich der Verfassungsschutz „unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel“ die Listen selbst.

Um welche Universitäten es sich im Einzelnen handelt, wird wohlweislich geheimgehalten. Eine dpa-Umfrage bei den neun Universitäten Baden-Württembergs ergab, daß keine der Studentenlisten herausgegeben haben will.

Inzwischen hat Landesinnenminister Palm etwas ausführlicher Stellung genommen. Natürlich brachte er sofort seine „Mißbilligung“ zum Ausdruck. Natürlich seien die Listen

„nur als Arbeitshilfen bei Einzelfallermittlungen verwendet worden“ und natürlich waren sie „in keinem Fall für eine generelle Überprüfung von Studierenden bestimmt und geeignet“ („FR“, 18.5.)

Palm weist jedoch ausdrücklich darauf hin, daß die Beschaffung der Listen in allen Fällen „rechtmäßig“ gewesen sei, die Mißbilligung habe er nur ausgesprochen, weil der „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“ nicht gewahrt worden sei. Von einer grundsätzlichen Ablehnung derartiger Bespitzelung weit entfernt, bereitet er die Studenten gleich auf die Zukunft vor: „Allerdings kann es Situationen geben, in denen der Verfassungsschutz bei schwerwiegenden verfassungswidrigen Aktivitäten auch (!) im Bereich der Hochschulen Studentenlisten beschaffen muß.“ Wie bei vielen anderen VS-„Skandalen“ dürfte auch in diesem Falle nur die Spitze eines Eisberges ans Tageslicht gelangt sein.

Erfolgreiche Wahlen an der FH Darmstadt

Vom 8. - 10.5. fanden an der Fachhochschule Darmstadt die Wahlen zum Studentenparlament, Konvent, Fachbereichsrat und Fachschaftsrat statt. Diese Wahlen waren gekennzeichnet durch das unerwartet gute Abschneiden linker Studenten- und Fachschaftslisten, durch die relativ hohe Wahlbeteiligung von gut 40% (auf Fachbereichsebene bis zu 62%), und die Abfuhr der rechten und RCDS-Listen erteilt wurde. Diese Ergebnisse sind ein großer Erfolg für die fortschrittlichen Studenten an der FH und nicht zuletzt eine Ermunterung für die hochschulpolitische Arbeit in der Zukunft.

Die Listen waren vielfach von reaktionären Dozenten initiiert, mit deren Hilfe auch prompt in Atemberaubendem Tempo neue Studien- und Prüfungsordnungen verabschiedet wurden, die vielfach sogar noch weit über die Ziele des LHG's hinausgingen.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde vielen bewußt, wie notwendig eine breite Öffentlichkeitsarbeit, wie notwendig die Koordination und Diskussion unter den Fachbereichen, die kontinuierliche Auseinandersetzung ist, um den immer massiver werdenden Repressalien entgegenzuwirken. So kandidierten dann auch die

Ergebnisse		
MSB	92 Stimmen	2 Sitze
Fachschaftliste Arch./Bauing	385 Stimmen	17 Sitze
Fachbereichsliste Kunststoff/Masch	211 Stimmen	4 Sitze
Fachschaftliste Informatik	102 Stimmen	3 Sitze
Fachschaftliste Soz. Pad.	281 Stimmen	8 Sitze
„Keine Experimente — Die Stimme aus dem Jenseits“	33 Stimmen	1 Sitz

Obwohl seit ca. einem Jahr war die Situation an der FH bestimmt durch Resignation, Perspektivlosigkeit und Frust. Die Erfahrungen aus dem unbefristeten HRC-Streik im SS 77, den massiven Polizeieinsätzen, den 26 Strafanzeigen gegen Studenten, und letztlich die Durchsetzung des HRC, wurden kaum analysiert und aufgefing. So schlug die damals „Fachschaftsliste Soz. Pad.“ auf, die damals sehr breite, aber eben spontane Bewegung, schnell um in Frust und Rückzug. Diese Entwicklung machte auch nicht bei den damaligen ASIA-Leuten halt, was schließlich dazu führte, daß weder eine Informationsarbeit geleistet wurde, geschweige denn um politische Fragen, inhaltlich auf breiter Basis diskutiert wurde. Im Laufe dieser Entwicklung lösten sich die Basisgruppen praktisch auf, die bis dahin dominierten die Kraft an der FH, und mit ihnen auch der ASIA, den sie bis dahin stellten. Auf der anderen Seite tauchten erstmals an der FH RCDS-Listen und rechte Studentenlisten auf. Die

Fachschaftsliste „Keine Experimente — Die Stimme aus dem Jenseits“ kandidierte für die Stupa. Diese Listen bestanden fast ausschließlich aus Unorganisierten jüngerer Semester, mit Ausnahme einiger weniger KBlar und StBlar. Die Kandidaten dieser Listen gewannen die große Mehrheit der Stupa. Die Kandidaten dieser Listen gewannen die große Mehrheit der Stupa im Stupa. Dies wohl auch durch die wieder breiter und offensiver geführte Informationsarbeit, auch über Fachbereichs- und Hochschulebene hinaus, die in den letzten Wochen geleistet wurde.

Ob es gelingen wird, diese Erfolge in der praktischen Hochschulpolitik umzusetzen, wird letztlich auch davon abhängen, inwieweit es gelingt eine basisorientierte Massenpolitik unter praktischer Einbeziehung möglichst vieler fortschrittlicher Studenten zu verankern.

Ein Genosse an der FHD

Mitarbeiter und Studenten gegen Konzilswahlen

Braunschweig: Die Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst, die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten der Technischen Universität Braunschweig haben sich in ihren beschlußfassenden Organen für eine Nichtbeteiligung an den Nachwahlen zum Konzil am 28./29. Mai ausgesprochen.

Schon im Januar hatten diese drei Gruppen die Konzilswahlen boykottiert, da die Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes den Professoren eine absolute Mehrheit in diesem Gremium zusprach.

Trotz dieser Beschlüsse haben sich einige Studenten, Bedienstete und

wissenschaftliche Mitarbeiter veranlaßt gesehen, für die Nachwahlen zu kandidieren. In einer gemeinsamen Presseerklärung der Mitarbeiter und Studenten wird dazu Stellung genommen: „Es entspricht dem NHG, für das Konzil oder ein anderes Hochschulgremium zu kandidieren. Es ist ebenso gesetzlich, seinen Vertreter in das Konzil zu wählen. Trotzdem verurteilen die gewählten Gruppenvertreter dieses Verhalten, da sie meinen, daß die gefaßten Beschlüsse bindend sind. Wieviel bleibt von einer Gruppenuniversität übrig, wenn die Einigkeit einer Gruppe (Professoren) ausreicht, um die Meinung aller anderen zu überstimmen?“

Höcherl nach Hause geschickt

Ausgerechnet Hermann Höcherl hatte die Verwaltung der Universität Tübingen als Diskussionssteuermann einer Veranstaltung mit dem Thema „30 Jahre Grundgesetz“ geladen.

Höcherl, Mitglied einer Partei, der CSU, die es heute wie in den letzten 30 Jahren als ihre Hauptaufgabe ansieht demokratische Rechte mit Füßen zu treten, der als damaliger Innenminister hauptverantwortlich für die Verfolgung und Festsperre tausender vom KPD Verbot Betroffe

ner steht. Die Tübinger Studenten haben dieser Provokation eine richtige Antwort erteilt: sie forderten eine Diskussion ohne Höcherl. Ihre Ablehnung des großzügigen Kompromißangebotes der Uni-Verwaltung (man könne doch erstmal anfangen und wenn's nicht so gut wäre immer noch abbrechen) brachten die anwesenden Kommunisten durch „Höcherl raus!“ Rufe zum Ausdruck. Es war nichts mehr zu retten. Höcherl mußte gehen.

Kritik unserer Jugendfreizeitarbeit im KB-Bezirk Hamburg-Harburg

Die KB Kreisdebatte, die bekanntlich gerade am Jugendbereich nicht spurlos vorüberging, hat dazu geführt, daß wir endlich mal versuchen, zusammenhängende Auswertungen unserer bisherigen Jugendarbeit zu machen. Das hier abgedruckte Papier Harburger Jugendgenossen behandelt dabei ein besonders trauriges Kapitel. Wir meinen, daß die mit den hierin aufgeführten Beispielen dokumentierte Sektiererpolitik a la ML-Szene auch in anderen Arbeitsbereichen anzutreffen war (und ist?). Der Artikel soll somit alle Genossen zur kritischen Aufarbeitung der eigenen Arbeit anregen.

Diese Auswertung bezieht sich auf die Initiative, die in der Jugendzentruminitiative Harburg (JZI) vor drei bis fünf Jahren gemacht wurden. Die JZI Harburg gründete sich Ende '73 unter maßgeblicher Beteiligung von KB Genossen. Sie beantragte einen Raum in der St. Johannes-Gemeinde, der auch vom Kirchenvorstand bewilligt wurde. Ein Jahr lang ging alles gut, bis der Kirchenvorstand (KV) der JZI mitteilte, daß er die JZI nicht mehr als Teil seiner Arbeit einsehen will.

Der „Kampf gegen den Kirchenvorstand“

Statt hierin ein völlig legitimes - wenn nicht sogar begrüßenswertes - Anliegen des Kirchenvorstandes zu sehen, übertrugen wir die negativen Erfahrungen Jugendlicher mit anderen Kirchenvorständen schematisch auf die St. Johannes-Gemeinde. Es wurde ohne jeden Anhaltspunkt dem KV unterstellt, daß er der JZI einen Maulkorb umhängen wollte. Die JZI meinte es ab, drei Vertreter zum KV zu schicken, forderte aber gleichzeitig den KV auf, mit der geplanten JZI auf einer öffentlichen Veranstaltung zu sprechen. In einem ausführlichen Schreiben des KV an die JZI erklärte sich dieser von Anfang an mit den Vorstellungen der JZI zur Freizeitsituation und der Notwendigkeit ihrer Verbesserung. Er bat die JZI noch einmal zu einem Meinungsaustausch im Kirchenvorstand statt einer öffentlichen Veranstaltung. In der Zeitungs „Biss“ holte die JZI nun gegen den KV los: „Nicht hinter verschlossenen Türen, Herr Kirchenvorstand! Sondern der KV nicht im ersten Teil seines Briefes schreibbar (!) mit unserer Arbeit überein? Warum dann dieser Rückzug? Gleichgültigkeit müssen doch wohl ein Interesse daran haben, ihre Sache öffentlich zu diskutieren! Dem KV geht es aber offensichtlich nicht um breite Öffentlichkeit. Sie halten an ihrer Taktik (!) fest, nur mit einzelnen Mitgliedern der Initiative zu sprechen.“ Zwei fortwährende Pastoren (Hennicke, Jandt) versuchten noch einmal, die JZI umzustimmen. Das wurde jedoch als „Spaltungsversuch“ des KV energiegelich zurückgewiesen. Der KV seinerseits warf der JZI nun mangelnde Diskussionsbereitschaft vor und drohte mit Raumkündigung. Über das weitere Verhalten der JZI schrieb der „Biss“: „Trotzdem gibt es in unserer Initiative verschiedene Meinungen zum Vorgehen gegenüber dem KV. Einige meinen, man solle doch drei Leute hinschicken, um noch eben die Räume zu erhalten. Diese Meinungen müssen ausdiskutiert werden...“ Diese „Opposition“ konnte sich aber in der JZI nicht durchsetzen, denn unter „ausdiskutieren“ von Meinungen verstanden wir eigentlich mehr das Ausradieren. So war der Rauschschuß aus den Rufen „ne klare Sache. Wir organisierten dann im März '75 noch 'ne Demo dagegen und schrieben in „Biss“: „Weiterhin wäre es möglich, beim KV auf allen Vieren anzuknien und ihm zu erklären: Wir haben uns von allen radikalen Flüssen getrennt, stehen mit beiden Beinen auf der Bibel und vielleicht noch auf der Hitlerparade und werden in Zukunft keine Lehrlingsveranstaltungen mehr machen. Dazu noch eine handfeste Beichte und drei Vaterunser.“ Es ist fast ein Wunder, daß wir uns bei solch großkotziger Arroganz überhaupt in Harburg noch sehen lassen konnten. Die total schwachmüßige Alternative - entweder Konfrontation oder Anpassung - zeigt das Schema auf, nach dem Politik gemacht wurde. Kompromisse, Taktik, Bundespolitik und Freid-

wörter für uns gewesen. Das ganze Debakel muß auch noch mal vor dem Hintergrund gesehen werden, daß der KV - mit der JZI über die neue Freizeitsituation einer Meinung war und auf der Grundlage der KV vielleicht sogar als Bundespartner für ein JZ hätte gewonnen werden können.

Die SÖZdL Harburg regelte Big Räume in der St. J. nutzt und jetzt einen Artikel über ihre Arbeit in der Kirchenzeitung veröffentlicht hat.

Pastor Hennicke damals selber eine Kriegsdienstverweigerungsgruppe in der KJG. aufgezogen hat. Die St. J. G. Mitveranstalter einer großen Ausstellung gegen AKW war. Das gesamte Kirchenschiff war mit Plakaten und Wandzeitungen gegen AKW geschmückt. Diese Beispiele dürfen noch einmal untermauern, mit welchem Größenwahn wir damals Politik gemacht haben.

Dieses war der 1. Streich und der 2. ...

Am Anfang '75 gründete sich die Freizeitsituation. Sie bestand hauptsächlich aus Jusos, wurde aber auch von der CDU unterstützt. Die Vorstellungen über ein Freizeitzentrum gingen erstmalig so weit, daß das FZ politisch neutral und für jedermann bis hin zur JU, zugänglich sein sollte. Es sollte viel Musik nach dem Vorbild der Fabrik Altona gemacht werden. Der JZI wurde das Angebot gemacht, dort mit zuarbeiten! Die JZI ging auf das Angebot folgendermaßen ein: „Frage dich bloß, warum die eisernen Kämpfer für ein JZ nicht die bestehende JZI unterstützen? Soll es etwa der Sache dienen, wenn es 1. 2. viele Initiativen in Harburg gibt?“ (aus „Biss-Extra“). Die JZI gab sich einen Alleinvertragsanspruch nach dem Motto: Es soll keine andere Initiative geben neben der JZI. In einer Kankatur wird er als Kankatur bezeichnet. Und weiter: „Uns ist er dadurch bekannt, daß er dem Polizeistatist im HJZ zugeordnet hat.“ (aus „Biss-Extra“) (Anm.: Die Bullen überfielen damals eine Versammlung von 100 Jugendlichen, die über die Mißstände im HJZ diskutieren wollten.) Das stimmte nicht! Anhand dieser Behauptung konnten die Jusos die JZI als Lugner hinstellen, da Holger Fram auch auf der Bezirksversammlung zu dem Punkt gar nicht übertrat! Selbst nachgewiesene falsche Behauptungen wurden nicht zurückgenommen, sondern weiter aufrechterhalten. Hieraus ergab sich für die JZI folgendes Bild: „Daran wird wohl deutlich, daß die Gründer der neuen Initiative die Jugendlichen von ihren Problemen ablenken wollen. Ihr Ziel ist wohl ein 2. Maß mit etwas höherem Anteil.“ („Biss-Extra“).

Zu dieser Politik gab es auch eine Opposition, die sich leider erst ein Jahr später formierte. Ihre Einschätzung zur Freizeitsituation, und wie sich die JZI ihr gegenüber hätte verhalten müssen, teilten wir damals noch gar nicht auszug aus ihrem Papier: „Die Freizeitsituation wurde aktiv, konnte Leute an sich heranziehen und bekommt ein Haus. Warum sie das Haus bekommen, ist klar: Die Jusos marschieren mit der Behörde, die Behörde hofft, durch dies Freizeitzentrum fest in den Händen der Jusos - die Bewegung für ein Freizeitzentrum unter Kontrolle zu bekommen. Nicht, daß diese Bewegung so stark ist, aber aufgrund der beschriebenen Freizeitsituation könnte sie es werden. Außerdem springt ein prima Wahlschinken dabei heraus. Rührer sieht es so aus, als ob die Behörde Erfolg hat. Der Vorstand besteht auf jeden Fall aus Leuten so richtig nach dem Geschmack der Behörde. Aufpassen und einige sehr progressive wirkende Leute so weit so schlecht. Aber haben wir ihr dabei nicht geholfen? Was sollte der Alleinvertragsanspruch der JZI? Was sollte die Hetze gegen

die „Gegeninitiative“ statt ihr mit konkreten Angeboten auf der Ebene des selbstverwalteten Jugendzentrums dem Wind aus den Segeln zu nehmen? ... statt zu versuchen, mit konkreten Arbeitsbereichen, konkreten Vorschlägen usw. ... die Freizeitsituation auszunutzen für eine Arbeit für ein Jugendzentrum. Wir haben das schon diskutiert, aber es gehört in eine Reihe mit den Fehlern, die wir schon immer gemacht haben, und an diesem Beispiel wird deutlich, daß diese Fehler der Behörde genutzt haben.“

Bestrebungen von einzelnen JZlern, eine Töpfergruppe zu machen, wurden von uns als „unpolitisch“ abqualifiziert. Lockerer Klönschnack war nicht vorgesehen. In der Woche war der Jugendraum praktisch nur für die JZI Jugend offen. Damit wurde der Raum für die Masse der Jugendlichen versperrt. Jugendlichen, die neu in den Raum kamen, um mal zu gucken was da läuft, wurde gleich der AK um den Hals gehängt und in Gesprächen auf irgendeine Gruppe orientiert. Die meisten Jugendlichen kamen einmal und nicht wieder.

Reiz Abstimmungen setzten sich eigentlich immer die Position des KB durch. Und zwar nicht inhaltlich (was ja nicht schlecht wäre), sondern rein formal. Dabei wurde sich auch vor Einheitsgeschwindel nicht ge scheut. Ein Beispiel hierfür: Es gab auf einer VV eine Auseinandersetzung darüber, an welcher Demo man sich am 1. Mai 78 beteiligen sollte. Ein GIMler orientierte auf die Heidenreich-Harbeck Demo der IG-Metall, 4 KBler orientierten auf die DGB Demo. Es entschied sich ein Streitgespräch zwischen dem GIMler und den KBlern. Danach sollte dann abgestimmt werden auf welche Demo die JZI nun geht. Abstimmungsgeheim! Hier der GIMler stimmte für die Heidenreichdemo, die KBler für die

DGB Demo, alle anderen enthielten sich der Stimme! Die JZI lief dann zur DGB Demo auf.

Ein anderes Beispiel: Eine BDJ Gruppe wollte den Film „Abenteuer in Rio“ im JZI Raum zeigen. Wir KBler lehnten den Film als unpolitisch ab und forderten die gesamte JZI zum Boykott und zur Demobilisierung auf! Nachdem der Film gelaufen war, meinten einige Genossen, daß man dem BDJ für diesen Film den JZI Raum hätte verweigern müssen.

Wie verhielten wir am besten interessierte Jugendliche?

Lehrungsgruppe:

Eine Jugendliche, die seit geraumer Zeit nicht mehr zur Lehrungsgruppe gekommen war, erschien plötzlich wieder und wollte sich Rat holen, da sie am 1. Mai arbeiten sollte. Die Lehrungsgruppe (in der 2 Genossen mitarbeiteten) ging nicht auf das Problem ein, da es nicht auf der Tagesordnung stand! Dieses Mädchen wurde nie wieder in der Lehrungsgruppe gesehen.

Ein Kartastadtlering schrieb einen Artikel für den „Biss“ über die Arbeitsituation der Lehrungsgruppe bei Kartastadt. Diesen Artikel mußte er zusammen mit einem Genossen drei mal amschreiben. Zum 3. Entwurf hatte der Lehrling Widerprüche. Der Artikel erschien trotzdem im „Biss“. Als der „Biss“ vor Kartastadt verkauft wurde, kamen die Abteilungsleiter reihenweise aus Kartastadt gestürzt, um sich einen „Biss“ zu kaufen. Der Lehrling mußte sich auf einer Betriebsversammlung von dem Artikel distanzieren.

Der Biss:

Der „Biss“ war fest in der Hand von Genossen. Die meisten Artikel wurden von uns geschrieben. Das gilt

sogar soweit, daß Artikel von Unorganisierten einfach umgeschrieben wurden, bzw. mußten die Unorganisierten ihren Artikel 3-mal umschreiben, bis er uns bissreif erschien. Das hatte natürlich gewisse Verbindungsprobleme zur Folge, da die Jugendlichen den „Biss“ nicht mehr verkaufen, weil sie Schwierigkeiten hatten sich damit zu identifizieren.

Aus diesen Beispielen wird wohl sehr deutlich, daß wir die JZI lediglich als Vehikel ansahen, das unsere Politik formale vertreten sollte.

Die Folgen dieser Politik blieben natürlich nicht aus: Die Gruppen arbeiteten nicht mehr richtig, es waren viele Abgänge und kein Zuwachs an Jugendlichen für die JZI zu verzeichnen. Außerdem kam noch dazu, daß die Akademie Locum den Raum nicht mehr finanzieren wollte. Ein Grund: Es gab doch jetzt das Freizeitzentrum. In dieser Situation baute sich die JZI noch einmal auf. Sie brachte regelmäßig Programme heraus, wohnen wesentlich mehr auf die Freizeitbedürfnisse von Jugendlichen eingegangen wurde. Es kamen dazu noch auch wieder mehr Jugendliche, doch als der Raum dann dicht war, brach die JZI sehr schnell zusammen. Es wurden noch Versuche gestartet, die JZI am Leben zu erhalten. In der St. J. G. wurden wieder Räume beantragt. Sie bekam einen Raum, aber nur einen Tag in der Woche für ein paar Stunden. Das reichte natürlich nicht aus. Jetzt war die JZI in der Situation Räume in FZ zu beantragen.

Der Antrag wurde abgelehnt. Begründung: Die JZI ist vom KB unterwandert und von daher parteipolitisch. Das ist natürlich übel, aber die Quittung für eine Sektierpolitik.

Jugendzelle Harburg
KB Gruppe Hamburg

Drogen-Kurzmeldungen

Drogenabhängigen aus Beratungszentrum herausgeholt!

In Bonn holte die Polizei einen jugendlichen Drogenabhängigen wegen eines angeblichen früheren Apothekekenbruchs aus der Drogenhilfe des Diakonischen Werkes. Hier führte er mit Betreuern ein Vorbereitungsgespräch, das Voraussetzung ist, um überhaupt einen der ersten Plätze in einer Langzeittherapie zu erhalten.

Die Mitarbeiter dazu: „Mit solchen Maßnahmen wird uns die Grundlage jeder Drogenberatung entzogen, denn unabdingbare Voraussetzung ist die

unterbringung und Selbstmord, - nämlich die Möglichkeit der Therapie - für sie versperrt ist, wenn ihnen Festnahme im Bereich von Beratungsstellen droht.“ („Deutsche Volkszeitung“, 18.3.79).

Start Therapie - zunehmender Ausbau des Polizeisystems...

Statt erfolgreiche Drogentherapieansätze zu unterstützen (z.B. Free Clinic, Heidelberg, Drop In, Frankfurt), wird die Polizei eingesetzt.

So auch in Hamburg. Vor Jahren wurde hier das erfolgreiche Therapiezentrum Altona (TZA) wegen angeblicher Sparmaßnahmen geschlossen.

marken („Welt“, 12.4.79). Denn die Ursache für den Anstieg des Drogenkonsums sieht der Staat nicht etwa in den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern „vor allem in der Tatsache, daß der Polizei nicht genügend Kräfte zur Bekämpfung der Rauschmittelkriminalität zur Verfügung stehen“, so der Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Manfred Franke (s.o.).

Allein im letzten Jahr waren in Hamburg 900 Verfahren wegen „Rauschmitteldelikten“ anhängig. In der bekannten Hamburger „Disco Apple“ waren die Drogensonderkommandos derart aktiv, daß alle die Kontrollen 1978 zu 400 (!) Gerichtsverfahren führten, 1977 waren es „nur“ 286 Verfahren. Diese Disco wurde kürzlich geschlossen.

Geschlossen werden soll auch das „Cafe Adler“, als Schenkens-Cafe bekannt, das zu den Bürgerschaftswahlen für die „Bunte Liste“ warb.

Wie es aussieht, ist der Auf- und Ausbau von Polizeisonderkommandos zur Drogenbekämpfung nur ein Vorwand, um einen besseren Überblick und Eingriffsmöglichkeiten in die alternative Szene, besonders Jugendtreffs, zu bekommen.

Drogentodesbilanz steigt weiter

Die Zahl der Jugendlichen, die an der Drogen sterben, steigt weiter an. In diesem Jahr wird mit 540 Drogen-Toten gerechnet, im vergangenen Jahr waren es 400 und 1977 340 Drogentote.

Die Zahl der so „harten Kern“ gehörenden Dauerdrogenkonsumenten sei 1978 um 4.000 auf 44.000 gestiegen, heißt es im Bericht der Drogenbeauftragten der Bundesländer.

Als wichtigster Grund für den Anstieg wurden „raffinierte Absatztechniken“ und „Billigheroin“ genannt. Skrupellose Dealer würden gezielt jugendliche Hasch-Konsumenten mit kostenlosen Heroin-„Probierproben“ anwerben.

Der Westberliner „Tagesspiegel“ meldete am 3.5.79 bereits das 33. Rauschgiftopfer für dieses Jahr. Das 9. Drogenopfer für Frankfurt wurde am 3. April gefunden. In Hessen hat die Zahl der Drogenopfer inzwischen einen „neuen Höchststand“ erreicht. Im vergangenen Jahr waren es 86; 1977 wurden 63 und 1976 53 Todesfälle registriert.



Bildung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Klient und Berater. Da die Polizeisysteme bereits in der Bonner Drogenzone bekannt ist, ist das Verhältnis bereits erheblich gestört. Die Situation der Drogenabhängigen wird dadurch weiter verschlechtert. Drogenabhängige die ohnehin schon mit der Kriminalisierung ihrer Krankheit umgehen müssen, haben künftig damit zu rechnen, daß eine der wenigen Alternativen zu Gefängnis, Zwangs-

Die Drogenabhängigen wurden ohne Rücksicht auf bestehende Therapieverhältnisse, Bezugspersonen etc. nach Ochsenzoll verfrachtet (Ochsenzoll ist vergleichbar mit der berühmten Bonnsen Rauch in Westberlin, in der die Drogenabhängigen mit allen möglichen Betäubungsmitteln vollgestopft werden). Genügend Geld hatte der Senat aber, um die Drogensonderkommandos „beträchtlich“, nämlich auf 50 Leute zu ver-

„Rote Fahne“ Neue Märchen über China

Wie bereits angekündigt (vgl. Artikel in AK 151, S. 57) hat die „KPD“ jetzt öffentlich mit einer „Neubewertung der Kulturrevolution“ begonnen. Mehrere Artikel in der „Roten Fahne“ vom 17.5. behandeln dieses Thema. Die bewußt irreführend als „Diskussion“ ausgegebene Behandlung dieses Themas soll der Anpassung der „KPD“ an den in China inzwischen erreichten „Diskussionsstand“ dienen. Die Ergebnisse dieser „Diskussion“ sind daher vorprogrammiert. Über den Ausgang dieser „Diskussion“ wird in China entschieden. Jeder der Mahnung der „Rote Fahne“-Redaktion bei der Neubewertung der Kulturrevolution „sollten wir es allerdings nicht eiliger haben als die Chinesen selbst“.

Der Artikel der „Roten Fahne“ sollte man breit zur Lektüre empfehlen. Sie sind ein gutes Beispiel für die verlogene, pseudo-wissenschaftliche Herangehensweise der „KPD“ an den „reinen Sozialismus“ in China.

Hat die „KPD“ mit der idealistischen Berichterstattung über China gebrochen?

Die „Rote Fahne“-Redaktion erklärt, ihr China-Bild sei früher „unkritisch“, „schematisch“ und „ideologisch“ gewesen. Das ist zweifellos richtig. Sie behauptet aber auch, sie habe „seit etwa einem Jahr damit begonnen, mit der idealistischen Berichterstattung über China zu brechen“. Das ist nicht wahr. Richtig ist zwar, daß die „KPD“ damit begonnen hat, ein etwas realistischeres, auch konstruktiveres China-Bild zu reproduzieren. Das entspricht aber 100% der Selbstdarstellung der chinesischen Führung, die sich mit Recht bei ihrer Öffnung nach Westen vom alten schematischen Bild (in der Lage im Lande ist ausgezeichnet und der Vorsitzende Mao ist bei bester Gesundheit) nicht viel Gutes vermag.

Andererseits gilt nach wie vor, daß eine grundsätzliche Kritik der „KPD“ an Innen- oder außenpolitischen Maßnahmen der chinesischen Führung völlig undenkbar ist. Was dort geschieht, wird von der „KPD“ gerechtfertigt oder allenfalls verschwiegen. So verzerrte die „Rote Fahne“ auf eine Berichterstattung – geschweige denn Kommentierung – zu der Prozeß- und Verfolgungswelle gegen die Aktivisten der Kulturrevolution, zu den Märschen, „Rückzählungen“ an die alten Kapitalisten, zu den neuen repressiven Maßnahmen, zur Aburteilung demonstrierender Jugendlicher in China. Im Prinzip verhält sich also die „KPD“ gegenüber ihrem „reinen Sozialismus“ auch nicht besser als die DKP.

Freilich leistet sich die „KPD“ – wie jetzt in der „Roten Fahne“ vom 17.5. – leicht voneinander differierende Standpunkte zu Themen, wo der erreichte chinesische „Diskussionsstand“ noch ein wenig Spielraum für schöpferische Eigenleistungen offen läßt. Mit solchen Pseudo-Diskussionen möchte die „KPD“ auch bei ein paar besonders gutmütigen Liberalen und Spontis als diskussionsbereiter Partner ohne vorgelagerte Denkschemata in Empfehlung bringen. Daß das manchmal sogar gelingt, ist nicht erstaunlich. Auch die DKP findet ja immer noch ein paar Dumme.

Gibt es „bisher kein endgültiges Urteil der chinesischen Führung über die Kulturrevolution“?

Die „Rote Fahne“ behauptet, in China sei noch keine endgültige Bewertung der Kulturrevolution gefällt worden. Die Frage sei noch „unmürter“. Als Beleg dieser Behauptung zitiert die RF eine Erklärung des ZK-Plenums der KP Chinas vom Dezember 1978. Die „Mängel und Fehler“ der Kulturrevolution sollten „zu einer angemessenen Zeit“ zusammengefaßt werden, das solle „nicht übereilt“ geschehen.

Der „Roten Fahne“-Redaktion geht es darum, ihre Behauptung zu untermauern, daß in China eine „wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Kulturrevolution“ stattfindet. Diese Behauptung ist falsch.

Richtig ist zwar, daß es seitens der chinesischen Führung noch kein zu-

sammengefaßtes, formales Urteil über die Kulturrevolution gibt. Richtig ist aber auch, daß existenz fast alle entscheidenden Auseinandersetzungen der Kulturrevolution inzwischen negativ („ultralinks“) gewertet worden sind, und daß zweitens mit Ausnahme Liu Xiaochus alle in der Kulturrevolution kritisierten und abgelösten „Machthaber“ auf dem kapitalistischen Weg rehabilitiert und soweit sie noch am Leben sind – wie der in führenden Positionen sind.

Die „Rote Fahne“-Redaktion wird dieser Tatsache nicht voll gerecht, wenn sie sich auf eine Angabe der Zeitschrift „China aktuell“ (herausgegeben vom Hamburger Institut für Asienkunde) bezieht, wonach 2/3 der „verfolgten Führungskader“ inzwischen rehabilitiert seien. Denn erstens bezieht sich die entsprechende Übersicht von „China aktuell“ auf den Stand vom September 1978 – vor der jüngsten massenhaften Rehabilitierungswelle. Und zweitens enthält die Statistik von „China aktuell“ einen erheblichen Denkfehler, sie läßt bei ihren Prozent-Rechnungen die inzwischen verstorbenen Kader einfach außer acht. („China aktuell“ Dezember 78). Tatsächlich sind inzwischen weit mehr als 2/3 rehabilitiert worden.

Richtig hat also H. Str., wenn er in der „Roten Fahne“ schreibt, „daß es kaum mehr einen namhaften ‚Revisionisten‘ aus der Zeit der Kulturrevolution gibt, der nicht wieder rehabilitiert worden ist“.

Das aber bedeutet bereits nichts anderes als die totale Verurteilung der Kulturrevolution. Denn das erklärte Hauptziel der Kulturrevolution war es, „die den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber“ zu würgen, um eine revisionistische Entwicklung Chinas zu verhindern. Wenn heute behauptet wird, daß die damals rehabilitierten „Machthaber“ alles gute Revolutionäre waren und die Gefahr einer revisionistischen Entwicklung folglich gar nicht real bestand, so war die Kulturrevolution offenbar ein folgenschwerer Irrtum. Verantwortlich für diesen Irrtum wäre in erster Linie Mao selbst. Verantwortlich wären aber auch Parteiführer wie Tschu Enlai, die damals die Aufforderung zum Sturz der „den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber“ unterstützten.

Offen bleibt lediglich die Frage, ob man die Kulturrevolution als so schuldhaften Irrtum Maos betrachtet, oder sie irgendwann als eines seiner „Verbrechen“ qualifiziert. Alles andere ist, soweit es die chinesische Führung angeht, heute nicht mehr „umstritten“.

Gibt es in China eine „wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Kulturrevolution“?

Laut „Rote Fahne“ steht seit dem „Sturz der Viererbande“ in China das wissenschaftliche Denken („Die Wahrheit in den Tatsachen suchen“) in hohen Ehren. Folglich muß die „Rote Fahne“ behaupten, daß die Frage der Kulturrevolution in China noch „sehr umstritten“ sei, daß es darüber eine „wissenschaftliche Auseinandersetzung“ gebe, daß man sich dafür in China viel Zeit lassen wolle.

Nichts davon stimmt! Es hat in der chinesischen Öffentlichkeit niemals auch nur eine einzige wissenschaftliche Kontroverse über die Einschätzung der Kulturrevolution gegeben. Es hat überhaupt keine Kontroverse darüber in der Öffentlichkeit gegeben. Die chinesische Führung hat Stück um Stück über die total von ihr kontrollierten Medien ihre Version der Ereignisse publizieren lassen, ohne daß irgendjemand jemals Gelegenheit gehabt hätte, darauf öffentlich zu antworten. Wenn die „KPD“ das wirklich bestritten will, ist sie herzlich aufgefordert, einen Gegenbeweis zu nennen.

Es soll damit nicht bestritten werden, daß partei-interne, vor allem auf der Kader- und Spitzen-Ebene, auch kontroverse Diskussionen stattgefunden haben könnten. Nicht aber, wie sie sich heute in den öffentlichen Medien.

Indirekt gesteht die „Rote Fahne“-Redaktion das sogar ein, wenn sie erklärt, die (Nicht-)Behandlung dieses Themas durch die chinesische Führung „zielt auf die Verhinderung et-

ner neuen Spaltung der chinesischen Völker über die Fragen der Kulturrevolution“. Noch deutlicher wird H. Str. in seinem Artikel „Es liegt also die Vermutung nahe, daß eine menschenhaft geführte Diskussion über die Kulturrevolution u.ä. zu neuen Fraktionskämpfen und Unruhen im Volk führen würde“. Das ist einkeuchend und erklärt die Taktik der chinesischen Führung nach dem Rechtsputz. Zuerst ließ es, man wolle die Kulturrevolution „fortführen“, dann wollte man sie „verteidigen“, und schließlich begann wohlweislich die Abrechnung mit den wichtigsten Klappen der Kulturrevolution und mit der Rehabilitierung ihrer Gegner. Offensichtlich war (und ist) es die Taktik der Rechten, nach der Ausschaltung der „Viererbande“ zu nächst unnötige Widerstände zu vermeiden und erst schrittweise vollständig mit ihren wahren Absichten herauszukommen.

Die Wahrheit in den Tatsachen

„Die Wahrheit in den Tatsachen zu sehen“ ist ein ausgezeichnetes Prinzip. Leider wendet es die „KPD“ gegenüber der Kulturrevolution ebenso wenig an wie z.B. bei ihren berüchtigten antihumanistischen „Grusel-Geschichten“. Die „Rote Fahne“ setzt (bewußt) am falschen Ende an, wenn sie ihre „Neubewertung der Kulturrevolution“ mit spekulativen Betrachtungen über die „Schanghaier Kommune“ oder mit einer Kritik am „Anarchismus“ und „Antiautoritarismus“ von Beiteilnehmern eröffnet. Über die „Schanghaier Kommune“ beispielsweise gibt es zwar vielfältige, aber keine gesicherten historischen Quellen. Der „RF“-Autor H.K. zitiert in diesem Zusammenhang z.B. (früher aus dem Buch „Mao intern“ (eine Zusammenstellung angeblicher „interner“ Mao-Texte, Hanser Verlag), ohne seine Leser überhaupt auf die extreme Fragwürdigkeit dieser Texte aufmerksam zu machen – Was über die „ultralinks“ Politik der „Viererbande“ behauptet wird, stützt sich ausschließlich auf Veröffentlichungen nach dem Rechtsputz, die z.T. in offensichtlichem Gegensatz zu den während der Kulturrevolution publizierten Reden und Artikeln der „Viererbande“ stehen. Dieser Widerspruch wird von der „Roten Fahne“ selbstverständlich nicht erklärt.

Eine „Neubewertung“ der Kulturrevolution müßte heute mit der Beantwortung der grundsätzlichen Frage beginnen: War die Kulturrevolution notwendig? Staud China Mitte der sechziger Jahre vor der Gefahr einer „revisionistischen Entwicklung“? Hatten Revisionisten erhebliche Positionen im Partei- und Staatsapparat erobert? Oder waren die „gestürzten“ angeblichen Revisionisten damals die wirklichen Revolutionäre?

Diese Fragen zu beantworten würde voraussetzen, sich mit den Fraktionskämpfen in der KP Chinas in den fünfziger und sechziger Jahren, mit der Linie des VIII. Parteitags (1956), mit den Auseinandersetzungen um die Landwirtschaftspolitik und dem „Großen Sprung“ zu befassen. Nur aus dieser Sicht kann über die historische Rolle der Kulturrevolution diskutiert werden.

Die „Rote Fahne“ tut so, als ginge es nur darum, die Politik der „Viererbande“ und einzelne von ihr zu verantwortende Aspekte der Kulturrevolution (wie z.B. die „Kommune von Schanghai“) neu zu erörtern. Das aber ist längst nicht mehr die Frage. Sondern angegriffen ist die Kulturrevolution insgesamt. Die damals „gestürzte“ Fraktion der KP Chinas ist an die Macht zurückgekehrt und betreibt die Abrechnung mit ihren damaligen Gegnern. Angegriffen ist damit nicht nur „eine Handvoll Ultralinks“, sondern angegriffen ist Mao Tse-tung, angegriffen sind die Ergebnisse des IX. und X. Parteitags der KP Chinas, die zu einer positiven Wertung der Kulturrevolution und ihrer wichtigsten – heute für „konterrevolutionär“ erklärten – Ereignisse kamen.

Daß die „Rote Fahne“ sich um diesen Kern des Problems herumwandelt und stattdessen Pseudo-Diskussionen inszeniert, ist aus ihrer Sicht verständlich.

Härtere Zeiten für Chinas „Bruderparteien“?

Der frühere Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der KP Chinas, Geng Biao, wurde kürzlich abgelöst. Sein Nachfolger wurde Dji Peng-fei. Die Umbesetzung wurde vermutlich während der 6. Tagung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses (NVK) im Februar vorgenommen.

Geng Biao hatte diesen Posten bereits seit mindestens 1975 also schon vor dem Rechtsputz vom 6. Oktober 1976, gehabt. Seine Ablösung entspricht insofern der Tendenz, die Mittelkräfte, die schon vor dem Rechtsputz (also noch zur Zeit Maos und der „Viererbande“) Spitzenfunktionen im Staats- und Parteiapparat hatten, schrittweise zurückdrängen und durch rechte Figuren zu ersetzen. (Geng Biao bleibt allerdings im außenpolitischen Dienst aktiv, derzeit bereist er Skandinavien).

Geng Biaos Nachfolger Dji Peng-fei war chinesischer Außenminister vom Januar 1972 bis zum November 1974. Dji Peng-fei muß also als einer der wichtigsten Kräfte bei der außenpolitischen Rechtswende Chinas in dieser Zeit angesehen werden. Im November 1974 war Dji Peng-fei als Außenminister abgelöst worden durch Tjiao Guo-hua. Dieser wiederum verlor den Posten 1976, bei der Ausschaltung der „Viererbande“, der Tjiao angeblich zu nahe gestanden hatte.

Reisen Dji Peng-fels nach Afrika, Irak, Mexiko und Kanada in den letzten Monaten signalisierten seinen Wiederaufstieg nach dem „Sturz der Viererbande“. Dji Peng-fei war es auch, der kürzlich in den USA zu einer „Strafaktion“ gegen Kuba auftrug.

Die Abteilung für Internationale Verbindungen beim ZK der KP Chinas ist gewissermaßen das Außenministerium der Partei.

Die Abteilung für Internationale Verbindungen beim ZK der KP Chinas ist gewissermaßen das Außenministerium der Partei. Dieser Abteilung ist u.a. auch die Pflege der Beziehungen zu den „ML“-Parteien und -Parteiern in aller Welt anvertraut. Als Leiter dieser Abteilung hatte Geng Biao viele internationale „ML“-Größen empfangen, denen kein Empfang bei Hua selbst geschenkt wurde, aber denen doch gewisse Ehren erwiesen werden sollten. Denkbar wäre also, daß die Ablösung Geng Biaos durch den mehr außenpolitisch als bruderparteilich orientierten Dji Peng-fei auch einen Stimmungswandel der chinesischen Machthaber gegenüber ihrem internationalen „ML“-Feldzug anzeigt. Daß es sich tatsächlich so verhält, darauf deutet der derzeit fast totale Stopp der Empfänge von „ML“-Delegationen in Peking hin. Nach dem Rechtsputz 1976 hatte es zunächst einen regen Aufschwung der Reueiligkeit nach Peking gegeben. In rascher Folge, teilweise mehrmals kurz hintereinander, wurden alle wesentlichen „Bruderparteien“ in Peking empfangen. Hua schenkte großen Wert darauf zu legen, den „Bruderparteien“ die neuen Verhältnisse schmackhaft machen zu lassen. Noch 1978 wurden mindestens 25 „ML“-Delegationen in China empfangen. Der Strom versiegte aber ziemlich plötzlich im Oktober 1978. Danach kam nur noch KBW-Schmerer (im Dezember 78) zu den schönsten Eh-

ren. In diesem Jahr wurden in China bisher nur zwei oder drei „ML“-Delegationen empfangen – zuletzt die französische PCR(m).

Dies könnte so zu verstehen sein, daß Chinas Führung es nicht mehr für besonders interessant hält, ihren Volkstempel durch Empfänge und vollmundige Erwähnungen in den chinesischen Medien bei Laune zu halten. Im Gegenteil: Chinas Führung könnte den verbliebenen Verbalradikalismus der „ML“-Sekten als störend bei der weiteren Entfaltung ihrer eigenen Zusammenarbeit mit dem Imperialismus ansehen.

Andererseits ist – im Zusammenhang mit dem Überfall auf Vietnam – eine Neigung der chinesischen Führung erkennbar geworden, einige der loyalsten „ML“-Parteien enger an die chinesische Außenpolitik anzubinden, sie intern bevorzugt zu unterstützen usw. Das sind Organisationen, die von „strategischer“ Bedeutung erscheinen (z.B. die „KPD“, als vaterländische Stimmungsakademie in einem der aggressivsten Frontstaaten zum Warschauer Pakt) und deren bedingungslose „Loyalität“ als gesichert eingeschätzt wird.

Chinesische Unterstützung für neue belgische „ML“-Partei?

Als Knüller der diesjährigen Mai-Veranstaltungen der AMADA konnte die Leitung dieser größten belgischen „ML“-Organisation den Plan präsentieren, sich im November endlich in eine „richtige“ Partei umzuwandeln. In der in diesen Kreisen üblichen Bescheidenheit verglich der Vorsitzende Ludo Martens diesen Beschluß mit der Gründung der Sozialistischen Partei 1894 und der Bildung der KP Belgens im Jahre 1921. Nach zehn Jahren Vorbereitung (die AMADA wurde 1968 von einigen führenden Köpfen der Studentenrevolte gegründet) sei nun die Zeit reif, die „Partij van de Arbeid“ auszurufen.

Den entscheidenden Anstoß dazu hatte offensichtlich der einige Wochen zurückliegende China-Besuch der AMADA-Führung gegeben. Stolz wird Dji Peng-fei, Leiter der „Internationalen Abteilung“ des ZK der KPCh zitiert, der angeblich mit den Worten: „Wir wissen ..., daß AMADA intensiv für den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei kämpft. Hierüber sind wir sehr erfreut!“ das Wohlwollen der KP Chinas signalisiert hatte („Amada“, 9.3.79).

Gespannt darf man sein, wie die bisher einzige mit Parteilassung auf tretende belgische Vaterländler-Gruppe PCMLB, die bisher über gute Beziehungen zur KPCh verfügte, auf diese Konkurrenz reagieren wird. Eine Veranstaltung zur Europawahl am 19.3.79 in Brüssel, auf der „europäische Marxisten-Leninisten“ den Wahlkampf der ARMADA-Liste ein bißchen anfeuern sollten, verzeichnete als westdeutsche Redner interessanterweise einen KBW-Vertreter, während die „KPD“ nur mit einer Grußadresse vertreten war.

Belgien Kommission

KPD/ML beweist: China ist imperialistisch!

„Ist China ein imperialistisches Land“, fragt der „Rote Morgen“ der KPD/ML (25.3.79). Die Antwort lautet nach einer wahrhaft atemberaubenden „Beweisführung“ JA!

Zwar weiß die KPD/ML, daß es seit Lenin eine präzise ökonomische Definition des Imperialismus gibt. Das hat sie aber im Falle der Sowjetunion nicht bekümmert und stört sie selbstverständlich auch im Falle Chinas nicht. Zwar träfen auf China „nicht alle“ der von Lenin genannten Imperialismus-Kriterien zu (genauer genommen, trifft kein einziges auf China zu), aber daraus zu schließen, daß China nicht imperialistisch ist, wäre „schematisch und dogmatisch“, aber keineswegs wissenschaftlich.

Wissenschaftlich ist hingegen die Argumentation der KPD/ML: China sei überhaupt niemals sozialistisch gewesen, denn die „Mao-Tse-tung-Ideen“ seien „eine gegen den Marxismus-Leninismus gerichtete revisionistische Ideologie“. „In China existiert – und nicht erst seit Maos Tod – der Kapitalismus“. Diese hochinteressante Behauptung, für die die „Rote Morgen“ nicht einen Hauch von Beweisführung anführt, läßt darauf schließen, daß die KPD/ML eine sehr eigen-

würdige Definition von Kapitalismus hat. Jedenfalls, China ist kapitalistisch, behauptet der „Rote Morgen“. Und was könnte es denn dann überhaupt noch anderes sein als imperialistisch? Kapitalismus? Aber nicht doch. Na also!

Der „Rote Morgen“ hat außerdem noch eine andere Argumentation auf Lager: China sei imperialistisch, weil es erstens mit seiner Politik dem Imperialismus diene und weil es sich zweitens zum Imperialismus hin entwickelt. Von allem, was dem „Rote Morgen“ zu dem Thema eingefallen ist, kann nur letzteres als ernsthaft gelten. Dann ist es aber unsinnig, China heute schon als imperialistisch zu bezeichnen.

Die derzeitige „Beweisführung“ der KPD/ML zum Thema China ist von derselben Skrupellosigkeit und Wissenschaftsfeindlichkeit gekennzeichnet, mit der sie bis 1976 jede noch so geringe Kritik an der chinesischen Politik als „konterrevolutionär“ bekämpfte. Die KPD/ML hat diesbezüglich niemals eine ernsthafte Selbstkritik geleistet, sondern setzt einfach das alte Spiel unter umgekehrten Vorzeichen fort.

Leserbrief zu „KBW-Veteranen planen Wiederaufbau“

Am 13./14. April 1979 fand, ohne große Publizität in der linken Öffentlichkeit, eine „Arbeitskonferenz“ mit 142 Teilnehmern aus 37 Städten, meist ex-KBW'ler, statt. Darüber liegt uns bisher der offizielle Kurzbericht, ein beschlossener „Plattformvorschlag“ sowie das Referat von W. Maier (ehem. Mitbegründer des KBW und Chefredakteur der „KVZ“) vor. Auf dieser Grundlage berichteten wir im AK 153, S. 61, über das Treffen. Inzwischen erreichten uns zwei Leserbriefe/stellungnahmen von Teilnehmern der Mannheimer Konferenz, die wir hier abdrucken.

Da der Autor des Artikels diesen auf Grundlage von wenigen Informationen, desto mehr aber auf Grundlage von Gerüchten und Vermutungen geschrieben hat, möchte ich als Teilnehmer der Mannheimer Arbeitskonferenz und zweier in Hamburg stattfindender Sitzungen einiges ergänzen bzw. richtigstellen.

Das Jammern, daß trotz des Beschlusses der Mannheimer Arbeitskonferenz, den Vorschlag zur Bildung örtlicher Komitees an alle Organisationen heranzutragen, dies nicht geschah, entbindet den Autor nicht davon, dann eben selbst sich um Material zu bemühen; womit ich das Versäumnis der Verantwortlichen nicht entschuldigen will.

Ausgehend davon, daß es in der BRD einige tausend Revolutionäre gibt, die nicht oder nicht mehr in sozialistischen/kommunistischen Organisationen arbeiten, aber doch aktiv in Gewerkschaften, Betrieben und BI's, voneinander isoliert, tagtäglich bewußt Politik machen, sind Genossen zu der Ansicht gekommen, vorwiegend ausgetretene oder ausgeschlossene KBW-Genossen, daß eine Koordinierung dieser Menschen den Zustand der Handwerker überwinden helfen könnte.

Als Hebel sehen die Genossen, zum größten Teil Delegierte kommunistischer Arbeitsgruppen aus 37 Städten, weniger Einzelpersonen wie ich, die Bildung von Komitees für Demokratie und Sozialismus an. Entschieden wurde ein Führungsanspruch oder die Herausbildung eines neuen Parteinatsatzes abgelehnt. Weder ein zweiter „korrekter“ KBW wurde anvisiert, noch diesen wieder auf Vordermann zu bringen.

wurde „anvisiert“, noch diesen „wieder“ auf Vordermann zu bringen.

Die Plattform, auf der die örtlich zu bildenden Komitees als politische vereinheitlichende Grundlage arbeiten sollen, ist:

1. eine provisorische politische Willenserklärung der meisten Teilnehmer der Konferenz mit Vorschlagscharakter;

2. eine Zusammenfassung der allgemein gültigen Erkenntnisse aller Sozialisten/Kommunisten. Im AK-Artikel steht ja auch, daß die Plattform sich „inhaltlich mit keinem Wort von den zahlreichen bestehenden Zirkeln und Organisationen mit kommunistischem Selbstverständnis abgrenzt.“ Der an die Plattform anschließende Forderungskatalog wurde aus zeitlichen Gründen überhaupt nicht diskutiert, sondern als Vorschlag mit nach Hause gegeben. Kurz konnte deshalb auch nur das Fehlen von Forderungen zum § 218, zur Frauenfrage, Berufsverbote und Gewichtung einzelner Forderungen kritisiert werden.

Falsch im Artikel ist, daß auf Themen wie Kriegsgefahr, antihomonistische Einheitsfront usw. nicht eingegangen wurde. Genosse Hildebrandt hat ein ziemlich langes Referat zur Theorie der Drei Welten vorgetragen, was auch wohl bald veröffentlicht wird.

Um gerade solche Themen zu klären, und zwar öffentlich in möglichst großem Rahmen, wollen diese Genossen eine nationale Zeitung herausgeben, die „der Auseinandersetzung offensteht“ soll. Es gibt nach Einschätzung der meisten in Mannheim anwesenden Genossen heute keine öffentliche Diskussion zwischen den Revolutionären über strittige Fragen, sondern jede Organisation vertritt ihren Standpunkt, den des anderen zitiert sie bestenfalls.

Den AK würde ich selbst teilweise davon ausnehmen.

Die Zeitung soll nun aber kein allgemeines liberales Diskussionsorgan werden, sondern auf Grundlage von politischen Grundsätzen arbeiten, wie sie in der vorläufigen Plattform im allgemeinen Teil angeschnitten sind. Sie soll auch keine abgehobene Theoriezeitung werden. Ausgehend von der Erkenntnis, daß es „ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis“ gibt, soll sie „Anleitung geben für die theoretische Fundierung der praktischen Politik der Revolutionäre in der BRD“

(Gen. Fucks). „Wir brauchen eine Zeitschrift, die von allen Revolutionären gelesen wird, aber keine Spezialzeitschrift für die Anhänger einer bestimmten Sekte.“ (Gen. Hildebrandt).

Ich verstehe die Mannheimer Konferenz und die zwei bisherigen Hamburger Sitzungen, in denen sich jeweils 60 Genossen zusammenfanden, als eine Möglichkeit, die momentane Misere der revolutionären Linken zu beheben, nicht um „den Schutz des KBW“ einzufahren; wobei ich mich weigere, Menschen als einzuführenden „Schutt“ zu betrachten, Genossen!

H.W., Mitglied eines AK-Leserkreises in Hamburg St. Pauli

Als Teilnehmer an der Konferenz in Mannheim waren wir doch einigermaßen überrascht, als wir aus dem „Arbeiterkampf“ erfuhren, wir hätten da beschlossen, einen neuen, besseren KBW zu gründen. Das Gegenteil trifft zu. Wir haben nämlich aufgrund unserer ML-Erfahrungen begriffen, daß in der jetzigen Situation die Gründung einer neuen Organi-



tion (mit Avantgarde-Anspruch, versteht sich) den bereits existierenden Spaltungen und Sekten nur eine neue hinzufügen würde. Und euer Artikel bestätigt, daß auch ihr für uns keine politische Alternative seid.

Wir wollen in den einzelnen Stadtpolitische Alternative sein.

Wir wollen in den einzelnen Städten als Komitees arbeiten, die Aktionsinhaltepolitik betreiben und allen Sozialisten und Kommunisten offenstehen. Es ist schon bezeichnend, wie organisiert MLer auf unorganisierte „KBW-Veteranen“ losdröschten, die die sektiererischen Fehler der gesamten ML-Bewegung überwinden wollen (mal davon abgesehen, daß in den verschiedenen Gruppen nicht ausschließlich ehemalige KBWler sind). Interessant finden wir, daß der KB, der gern mit dem Gehabe des offenen und ehrlichen Mäklers auftritt und die Politik der Aktionsinhalte stets im Munde führt, auf unsere Initiative von vorherein unsolidarisch reagiert. Auf gut 200 Zeilen schafft ihr das Kunststück, zur beschlossenen Plattform nicht Stellung zu nehmen.

In ihr werden allgemeine Grundsätze, auf die sich Sozialisten und Kommunisten einigen können, festgehalten. Um eine möglichst breite Arbeitsbasis zu schaffen, grenzen wir uns gerade nicht „von den zahlreichen bestehenden Zirkeln und Organisationen mit kommunistischem Selbstverständnis“ ab. Alle derzeit unter Revolutionären strittigen Fragen haben wir in die Diskussion verwiesen, um nicht von vornherein falsche Spaltungslinien zu ziehen.

Besonders gefreut haben wir uns über die faschistoide Formulierung „Schutt des KBW“. Das bringt eine Organisation, die sich sonst für den antifaschistischen Kampf stark macht (der Haß gegen euren Intimfeind, den KBW, scheint doch noch recht tief zu sitzen. Bei der sonst unter Sektierern üblichen Arroganz macht ihr aber schon Fortschritte auf dem Pfad der Bescheidenheit, wenn ihr euch mittlerweile darüber freuen könnt, daß die Schrumpfungsenergie eurer Konkurrenten größer ist als die eigene).

Im übrigen vermutet ihr, daß wir uns um Fragen wie die Drei-Welten-Theorie, die Stalinfrage usw. keine Gedanken machen. Wir können euch beruhigen: um diese Fragen führen wir kontroverse Diskussionen, die ihr demnächst in unserer Zeitschrift verfolgen könnte. Wenn euch das zu lange dauert, schaut doch einfach mal vorbei. Dann braucht ihr in Zukunft auf eurer Klatschseite nicht mehr im Stil eines vorwitzigen Schlüsselochguckers zu berichten, der obendrein nicht bemerkt hat, daß die Tür eigentlich offenstand. Die

KPD z.B. hat einen Vertreter geschickt (nebenbei: wo ist denn eure kontroverse Diskussion der Drei-Welten-Theorie?).

Im großen und ganzen reißt ihr auf einigen vorgeschlagenen Aktionsforderungen herum, die wir gerade deshalb nicht beschlossen haben, weil wir nichts mehr davon halten, die staunende linke Öffentlichkeit mit immer neuen Wundertaten zu überraschen. Gerade solche Fragen wollen wir in der öffentlichen Diskussion mit der fortschrittlichen Bewegung erarbeiten. Zum einen betrachten wir ein Aktionsprogramm nicht als Gebetbuch, wo man in allen Lebenslagen nachblättert; andererseits meinen wir aber, daß ohne jegliche Grundlage eine kontinuierliche revolutionäre Politik nicht möglich ist.

Das ist euch wohl auch klar. Bleibt also zu hoffen, daß euch der Heilige Geist beim großen Brainstorming zu Pfingsten erleuchtet. In diesem Sinne wünschen wir euch viel Erfolg zur bevorstehenden 1. Zehnjahreshauptversammlung. Halte den Schraubenschlüssel hoch, auch wenn die Sonne untergeht!

Heinrich D., Waldemar G., Westberlin

Anmerkung zu den Leserbriefen

Wir haben uns über die Briefe gefreut, weil sie vielleicht ein klein bißchen mehr Klarheit über den politischen Hintergrund dieses Unternehmens schaffen können.

Hintergrund dieses Unternehmens schaffen können.

Weniger schon ist, daß teilweise mit der KBW-typischen Arroganz wieder einmal der Spieß umgedreht werden soll und man uns die Schuld für eigene Versäumnisse anzuhängen versucht. Wir sind sicherlich nicht dafür verantwortlich zu machen, wenn dieser Kreis – aus welchen Gründen auch immer – sich vorerst mit Exklusivität und Heimlichkeit umgibt. Daß ein „KPD“-Vertreter in Mannheim anwesend war, ist interessant. Vermutlich war er eingeladen worden. Der KB wurde nicht eingeladen, wir haben über die Konferenz erst nachträglich und auf Umwegen erfahren. Wenn es Genaueres zu berichten gibt, z.B. über Hildebrandts Referat (das uns leider noch nicht vorliegt), werden wir darüber berichten.

Was dieser Kreis nun tatsächlich will, darüber bestehen offenbar unterschiedlichste Auffassungen. Auch diese Unklarheit sollte man lieber nicht der AK-Berichterstattung anlasten. Gerade wegen dieser Unklarheit haben wir zu unserer Pfingsten stattfindenden Arbeitskonferenz diesen Kreis eingeladen, einen Vertreter zu uns zu schicken, um ihr Projekt, ihre Initiative vorzustellen.

Wir sind selbstverständlich auch interessiert, etwas über die „kontroversen Diskussionen“ in diesem Kreis zum Thema „Theorie der Drei Welten“ zu erfahren. Die Westberliner Schreiber haben Recht mit ihrem Hinweis, daß diese Frage im KB nicht „kontrovers diskutiert“ wird. Das liegt einfach daran, daß im KB noch nie m a n d aufgetreten ist, der auch nur im geringsten diese „Theorie“ zu verteidigen wüßte. Wir meinen, daß das in einer kommunistischen Organisation durchaus nichts Ungewöhnliches ist. Zumindest beim heute erreichten Stand der „Theorie der Drei Welten“ sollte es darüber unter Kommunisten keine „Kontroversen“ mehr geben.

Im übrigen wird sich in der Praxis erweisen, ob die zukünftige Zeitung, die dieser Kreis herausgeben möchte, ihren Anspruch auf offene Diskussion einlösen wird. W. Maier hat genau dasselbe schon einmal 1971/72 von seinem Zeitungsprojekt (damals die „KVZ“) versprochen. Ein Gewinn wäre es sicherlich, wenn eine solche Zeitung die Diskussion wiederbeleben würde!

AK-Redaktion

„Europa-Forum“ der MLD: Bisher nix Dolles!

Ein „Europa-Forum“ plant die CSU-nahe Gruppe MLD („Marxisten-Leninisten Deutschland“) am 27. Mai in Frankfurt (Volksbildungsheim). Es soll in der Tradition der „Lissabonner Konferenz“ stehen, die vor einem Jahr zwischen „ML“-Gruppen und bürgerlichen Rechten stattfand. Was die MLD dazu bisher ankündigt, ist allerdings nicht berauschend:

– Veranstalter ist eine „Initiative Vereinigt Europa gegen die sowjetische Bedrohung“. Dahinter verbirgt sich ein von der MLD im Dezember 1978 gegründetes und kurz darauf mangels Masse wieder abgeblasenes „Wahlbündnis“ zu den Europawahlen.

– Den „Vorstand“ des „Europa-Forums“ bilden MLD-Chef Heiner Hölzel, Renate Baumum (bereits als „Pressesprecherin“ des MLD-„Wahlbündnisses“ bekannt) und Dr. Gisela Klein. Als Vorsitzende des geplatzen MLD-„Wahlbündnisses“ hat sich diese Dame bereits hinreichend demarkiert. Nebenbei ist sie aber auch evangelische Kirchenfunktionärin (Mitglied der Landesynode) in Hessen-Nassau und 1. Vorsitzende des Ortsvereins Frankfurt der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft.

Als Teilnehmer des „Europa-Forums“ sind angekündigt:

– Vertreter einer „Initiative für Unabhängigkeit und Demokratie“ aus Erlangen und Frankfurt. Über diese „Initiative“ ist uns nichts bekannt. Vermutlich handelt es sich ebenfalls um einen Eigenbau der MLD.

– Ein Vertreter des vom MLD kontrollierten „Verband Deutscher Pfadfinder“ (VDP).

– Zwei Vertreter der MLD.

– Zwei Vertreter der französischen „ML“-Gruppe ORPCF(ML), zu der die MLD schon seit längerem Beziehungen unterhält.

– Zwei Vertreter einer „Finsbury Communist Association“ – eine der zahlreichen winzigen Gruppen, die sich in Großbritannien um die Bildung einer rechten „ML“-Organisation bemühen.

– Jacques Benoit (Teilnehmer der Lissabonner Konferenz 1978) und Edouard Sarlet (ehem. Leitungsmitglied der belgischen „Bruderpartei“)

der „KPD“, der PCMLB) aus Belgien. Beide sind als Vertreter des knallhart pro-imperialistischen Kurses bekannt; Sarlet verließ 1978 die PCMLB, weil sie ihm zu linksradikal war! Zu beiden hatte die MLD schon vor einigen Monaten Kontakt aufgenommen.

– Ein „Journalist“ Marco Lauranti aus Florenz, Italien. Näheres ist uns nicht bekannt.

– Aus Portugal wird ein bisher nicht namentlich genannter „Journalist“ angekündigt.

– Interessant ist die angekündigte Teilnahme von Yüderim Dagylil von der türkischen „ML“-Zeitung „Aydinlik“. Dagylil hat einigen Einfluß in der türkischen „ML“-Szene und wurde bisher von der „KPD“ hofiert.

– Aus Südafrika wird Benni Bunsee von der Zeitschrift „IKWEZI“ angekündigt, er trat auch schon auf Kongressen der „KPD“ auf.

– Als „Exil-Ukrainer“ wird ein Johannes Marczuk aus München (Hochburg des „Exil“-Rechtsradikalismus) angekündigt, Mitglied einer „Ukrainischen Studiengesellschaft für Asienprobleme“. Über Marczuk und seinen Verein ist uns nichts bekannt.

Mit ihrem „Europa-Forum“ verfolgt die MLD ein doppeltes Ziel:

1. Einen Einbruch in die internationale „ML“-Szene, um den Aufbau eines internationalen Rechtsaußen-Flügels voranzutreiben und zum ernsthaften Konkurrenten der „KPD“ zu werden. Bis auf Yüderim Dagylil kann die MLD für ihr „Forum“ jedoch bisher keinen neuen Kontakt aus der Szene präsentieren.

2. Gewinnung seriöser Bündnispartner im bürgerlichen Lager. Auch das scheint der MLD, den bisher angekündigten Teilnehmern nach zu schließen, mit ihrem „Forum“ nicht zu gelingen. Eher scheint es so, als würde die MLD ihre wenigen bürgerlichen Bündnispartner (wie die Frau Dr. Klein) durch ständige „Initiativ“-Gründungen und sonstige „bündnispolitische“ Einsätze schnell zerstreuen. Es scheint, auch im Rückblick auf die peinliche Episode mit dem mißglückten „Wahlbündnis“, ganz so, als hätten wir das politische Geschick dieser Provokateure etwas zu hoch eingeschätzt.

Vietnam-Spendenkampagne

Die Vietnam-Solidarität nach der chinesischen Aggression ist bei uns noch nicht aus den Kinderschuhen herausgekommen. Seit Beginn unserer Kampagne (im Anfang März) sind bislang lediglich rd. 8.200 Mark gesammelt worden. Um die Diskussion – auch aktuell unter der Drohung der zweiten „Strafexpedition“ – voranzutreiben und auch von uns aus Erfahrungen zu vermitteln, geben wir im folgenden einen Bericht eines Nürnberger Genossen auszugewiesener wieder. Gleichzeitig bitten wir um weitere Erfahrungsberichte:

„Auf der Vollversammlung, auf der wir uns bereit erklärten, für Vietnam zu sammeln, ging ich davon aus, daß wir allerhöchstens 2.50 DM einnehmen würden, dafür aber umso mehr angemotzt werden würden.“

Völlig überraschend war dann das tatsächliche Ergebnis: Auf einer Kneipentour durch fünf mittelbeachtete Kneipen sammelten wir sage und schreibe 40 DM. Die wenigsten Leute kamen mit dummen Argumenten. Hauptächlich die abgewichene Linke, durch lange Kämpfe und „Ilustionen“ verhärtet, kam mit Sprüchen wie: „Sammelt doch für Kambodscha“. Ich blick da eh nicht durch. Ich will dein privates Sparkonto doch nicht auffüllen etc.

Auffallend viele Leute (vor allem jüngere) zückten, ohne viel zu fragen, sofort das Portemonnaie. Diejenigen,

die nichts spenden wollten, gaben einfach keine Antwort.

In einer Kneipe wurde durch die Sammlung auch ein Revifunktor in arge Bedrängnis gebracht. Einzige das „Argument“, daß das Geld nachher doch in den Taschen Pekings landen wird, konnte er vorbringen.

Der Arbeiterbund meinte, die Revifunktor würden schon genug sammeln, wir sollten Vietnam lieber „politisch“ unterstützen und die Auseinandersetzung führen, und das ginge halt nur, wenn wir in die deutsch-vietnamesische Freundschaftsgesellschaft eintreten würden.

Auf der 1.-Mai-Demonstration brachten dann eigentlich nur die „KPD“-ler dumme Sprüche: „Wir wären aus der Mottenkiste der entilmpertistischen Bewegung“. Ob wir für einen sowjetischen Panzer sammeln etc.

Gesendet haben hauptsächlich Unorganisierte. Auf der Kundgebung und dem Fest sind insgesamt 160 DM zusammengekommen.

Insgesamt hat die Spendenkampagne gezeigt, daß mit relativ wenig Aufwand eine ganz gute Solidaritätsarbeit zu Vietnam geleistet werden kann. Neben der Tatsache, daß wir 200 DM gesammelt haben, dürfte dadurch die ganze Frage auch etwas mehr in die Diskussion kommen.“

Ein Nürnberger Genosse

Texte zur Stalinfrage

irv

Nach Jahren des Tabus und Schweigens wird ein heißes Eisen wieder angepackt:

DIE ENTWICKLUNG DER UdSSR NACH DER OKTOBERREVOLUTION und die STALIN-FRAGE

Eine kritische Betrachtung und ein Diskussionsbeitrag ...

ca. 160 Seiten DM 12,50

ab Mitte Juni im linken Buchhandel oder gegen Nachnahme direkt beim J. Roents-Verlag 2 Hamburg 60, Lerchenstraße 76

Solidarität mit Rudolf Bahro — Russell-Tribunal über die DDR?

Am 30. Juni 1978 wurde Rudolf Bahro in der DDR zu acht Jahren Gefängnis verurteilt (Anm. 1). Bahro hatte in seinem Buch „Die Alternative“ versucht, vom sozialistischen Standpunkt aus eine umfassende Kritik an den Verhältnissen des „real existierenden Sozialismus“ in der DDR zu leisten (Anm. 2). Rudolf Bahro unterscheidet sich von anderen „Dissidenten“ schon dadurch, daß er nicht für eine Opposition eintritt, sondern ausdrücklich für die Legalität einer kommunistischen Opposition, für den Aufbau eines „Bundes der Kommunisten“ in der DDR.



Verurteilt wurde Bahro unter der Anklage „nachrichtendienstlicher Tätigkeit“. Bahro hatte es zunächst konsequent abgelehnt, in den Westen abgeschoben zu werden, um eindeutig zu demonstrieren, daß es ihm um die Legalität in der DDR geht. Rudolf Bahro hat diesen Standpunkt kürzlich revidiert: Er ist heute bereit, in den Westen zu gehen, um seine „politische Position noch weiter zu entfalten. Auch bin ich der Überzeugung, daß es in Westeuropa und ganz besonders in der BRD eine Aufgabe für Marxisten und Kommunisten meiner Prägung gibt.“ (Anm. 3)

Aktionen der Bahro-Solidaritätsbewegung

Aktionen der Bahro-Solidaritätsbewegung

Seit März wurden in der BRD-Linken, insbesondere von den Bahro-Komitees, Solidaritätsaktionen zum ersten Jahrestag der Verurteilung Bahros und zum 30. Jahrestag des Bestehens der DDR im Herbst diskutiert. Beschlossen ist mittlerweile eine Veranstaltung und eine zentrale Demonstration in Marburg (30.6./1.7.79), eine westeuropäische Unterschriftensammlung (den Text dieses Appells an den Staatsrat der DDR druckten wir im AK 153, Seite 2, ab), sowie eine weitere zentrale Demonstration im Herbst in Köln. Im Gespräch ist außerdem ein Russell-Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in der DDR.

Sowohl die Demonstrationen als auch besonders das Tribunal sind in den die Bahro-Solidarität tragenden Gruppen heftig umstritten. Der Vorschlag einer zentralen Demonstration zum ersten Jahrestag der Verurteilung Bahros wird vom Westberliner Bahro-Komitee seit langem vertreten. Das Komitee möchte den Sinn einer derartigen Aktion allerdings zunächst von der Haltung der Jusos und der Gewerkschaften abhängig. Das Komitee strebt eine internationale Demonstration an, die sich nicht ausschließlich auf Bahro und die DDR beziehen sollte, sondern auf die Verletzung von Menschenrechten in „Ost und West“ (Anm. 4). Am 17. und 18. März fand in Hannover auf Einladung des Westberliner Bahro-Komitees ein Koordinationstreffen statt. Beteiligt waren neben einigen Bahro-Komitees: SB, GIM, Jusos, ESC-Stuttgart, „KPD“ und KB. Diskutiert wurde über den Sinn und Ort einer zentralen Demonstration (versus regionale Aktivitäten) zum ersten Jahrestag der Verurteilung Bahros, über eine weitere Demonstration zum 30. Jahrestag des Bestehens der DDR und über den Vorschlag, ein Russell-Tribunal über die DDR durchzuführen. Für eine zentrale Demonstration bestanden zwei Vorschläge: Köln und Marburg. Für Köln votierte besonders die „KPD“ und der von ihr dominierte Kölner „Lese- und Solidaritätskreis Rudolf Bahro“. (Köln ist die Hochburg der Bahro-Arbeit der „KPD“ und Sitz ihrer Parteizentrale.) Alternativ dazu stand der Vorschlag der Marburger Bahro-Gruppe, eine Veranstaltung und zen-

trale Demonstration in Marburg durchzuführen; politisch sollte sich diese Aktion vor allem gegen die in Marburg starke DKP richten. Die Veranstaltung sollte als Podiumsdiskussion konzipiert werden unter Beteiligung von „Euros“ (PCI), Gewerkschaftlern, der Marburger Bahro-Gruppe, der DKP-nahen „Marburger Schule“ (Frank Deppe u.a.) und einem „Undogmatischen“ (vorgeschlagen wurde Bernd Rabehl). Von den Aktivitäten in Marburg versprachen man sich auch Auswirkungen auf die im Sommer an der Marburger Uni stattfindenden Wahlen zum Studentenparlament und den Fachschaftsräten. Die Mehrheit auf dem Treffen in Hannover sprach sich schließlich für eine zentrale Veranstaltung und Demonstration (in Marburg) sowie für ein weiteres Koordinationstreffen in Frankfurt aus. In Frankfurt waren leider einige Gruppierungen nicht mehr vertreten. Wir selbst haben dieses Treffen schlichtweg verpennt. Außer einigen Bahro-Komitees (besonders die Kölner und Marburger Gruppe waren zahlreich erschienen) waren nur GIM und „KPD“ an dem Treffen beteiligt. Auf diesem Treffen erklärte das Westberliner Bahro-Komitee, daß es angesichts des Kräfteverhältnisses (schwache Mobilisierung und Bündnisbreite) eine zentrale Demonstration nicht für sinnvoll halte. Das Komitee schlug stattdessen regionale Aktivitäten vor. Insbesondere die „KPD“ und die Marburger Gruppe setzten sich vehement für eine zentrale Aktion ein. Die „KPD“ warf dem Westberliner Bahro-Komitee vor, es demobilisiere, zersplittere die Kräfte und behindere die Initiative. Angenommen wurde schließlich ein Kompromiß zwischen den Marburgern und der „KPD“: Zum ersten Jahrestag der Verurteilung zentrale Aktivitäten in Marburg, zum 30. Jahrestag des Bestehens der DDR zentrale Aktivitäten in Köln. Angesichts dieser Situation vertritt das Westberliner Bahro-Komitee die Ansicht, daß es nun, da die Aktion beschlossen sei, darum gehe, diese möglichst erfolgreich zu gestalten. Daher wird das Komitee die Demonstration in Marburg unterstützen und zugleich Aktivitäten in Westberlin durchführen. Die „KPD“ möglichst erfolgreich zu gestalten. Daher wird das Komitee die Demonstration in Marburg unterstützen und zugleich Aktivitäten in Westberlin durchführen. Der KB hat auf dem Hannoveraner Treffen im März seine Bedenken gegen die mit dem Marburg-Projekt verbundene politische Strohrichtung vorgetragen. Trotzdem werden wir die Demonstration unter der Forderung „Freiheit für alle verfolgten Demokraten und Sozialisten in Ost und West — Freiheit für Rudolf Bahro“ unterstützen. Nicht mittragen werden wir den Hauptstoß gegen die DKP, den wir bei dieser Demonstration und Thematik für schädlich halten. Den Hauptstoß der Bahro-Solidarität gegen die DKP richten, stoß mögliche Bündnispartner von vornherein ab, darunter auch Kräfte aus dem Einflusssbereich der DKP, die dem taktischen Verhältnis der DKP zu den Menschenrechten, ihrer doppelzüngigen Haltung in Bezug auf die demokratischen Rechte skeptisch gegenüberstehen.

Appell für politische Amnestie

Der „Appell an den Staatsrat der DDR...“ (siehe Abdruck in AK 153) soll zum 30. Jahrestag des Bestehens der DDR im Herbst in mehreren großen westeuropäischen Tageszeitungen (Le Monde, Frankfurter Rundschau, Times u.a.) veröffentlicht werden. Dazu werden ca. 10000 Unterschriften benötigt. Der Kostenbeitrag pro Unterschrift beträgt für Arbeitslose/Schüler 10 DM, sonstige Einzelpersonen 25 DM und für Organisationen, Redaktionen u.a. 100 DM. Überweisung auf das Konto:

Rudolf Steinko
Sonderkonto
Postcheckkonto
Berlin West 291 39-108

Der Aufruf kann bezogen werden: Komitee für die Freilassung Rudolf Bahros
Postfach 3005
1000 Berlin 30

Wir bedauern, daß dieser Appell vom Westberliner Bahro-Komitee ohne vorherige Diskussion innerhalb der Solidaritätsbewegung und der Linken verschickt wurde. Unsere Kritik gilt in erster Linie der Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen in der DDR.

Es wäre besser gewesen, wenn durch eine weniger zweideutige Formulierung der Gedanke ausgeschlossen worden wäre, daß damit indirekt auch die Freilassung inhaftierter Neonazis in der DDR gefordert wird. Abgesehen von der Kritik an dieser Forderung halten wir die Unterschriftensammlung im wesentlichen für eine richtige Aktion und werden diese unterstützen.

Ein Russell-Tribunal über die DDR?

Der Vorschlag zu einem Russell-Tribunal über die DDR kommt vom Kölner „Lese- und Solidaritätskreis Rudolf Bahro“, also von der „KPD“. Diese Initiative forderte mit einem Brief die Russell Peace Foundation auf, „das nächste Tribunal zu Menschenrechtsverletzungen in der DDR oder im Osteuropa insgesamt durchzuführen“ (Anm. 6).

Die Mehrheit der in Hannover Anwesenden stand diesem Vorschlag skeptisch gegenüber. Es wurde von mehreren Seiten betont, ein solches Tribunal liefe Gefahr, dem Antikommunismus Munition zu liefern, es könnte mißbraucht werden zu geneziellen Abrechnung mit dem Sozialismus oder könnte von der „KPD“ für ihre „Hauptfeinde: Sozialimperialismus“ These funktionalisiert werden. Das Westberliner Bahro-Komitee befürchtet, daß ein solches Russell-Tribunal die „Entspannungspolitik“ gefährden würde (Anm. 6). Genau das hofft selbstverständlich die „KPD“. Die „KPD“ verheimlicht nicht einmal, daß sie ein Russell-Tribunal über die DDR als Teil ihrer Kriegshetze sieht: „Diese Entspannungspolitik ist mit Solidarität mit der Opposition im anderen Teil Deutschlands nicht vereinbar. Alle, die an der Entspannungspolitik festhalten und — damit in Verbindung — die SPD und die DGB in die Solidarität mit der Opposition in der DDR einbeziehen wollen, tragen — bewußt oder unbewußt — dazu bei, eine notwendige schonungslose Kritik an dieser Politik zu behindern“ (Anm. 7).

Die Russell Peace Foundation hat sich zu dem Vorschlag eines Tribunals bisher folgendermaßen geäußert: Sie „erwäge“ diesen Vorschlag „ernsthaft“ und habe „eine ziemlich große Anzahl Briefe in diesem Sinn erhalten“. Zunächst wolle man dazu aber die Meinung „verschiedener Leute“ einholen, die Erfahrungen mit der DDR haben. Genannt werden Biermann, Havemann, Heinz Brandt.

Mittlerweile hat sich auch Robert Havemann zu dem Vorschlag eines Tribunals geäußert. Er befürchtet, daß dieses „nicht sehr geeignet wäre, auch innerhalb der DDR sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei der Regierung eine nachhaltige Wirkung zu erreichen“ (Anm. 8). „Ich würde es für gut halten“, schreibt Havemann weiter, „wenn ein Affront dabei vermieden werden könnte, jedenfalls ein solcher, der von den westlichen Freunden der DDR nicht mitgetragen würde und nur von reaktionären Medien zur Hetze gegen die DDR ausgeschlehtet würde“.

Aber auch außerhalb des unmittelbaren Einflusssbereichs der „KPD“ gibt es Befürworter eines Russell-Tribunals über die DDR. So unterstützen Ingeborg Drewitz, Heinz Brandt und Rudi Dutschke diesen Vorschlag. Die Diskussion um ein solches Tribunal ist sicherlich nicht abgeschlossen. Sie wird im Gegenteil in der nächsten Zeit zunehmen. Wir stehen einem Russell-Tribunal über die DDR oder andere Länder des „realen Sozialismus“ nicht unbedingt ablehnend gegenüber. Für völlig richtig halten wir aber den Standpunkt der Russell Peace Foundation, sich bei ihrer Entscheidung darüber an den Meinungen aus der DDR-Opposition zu orientieren. Ein antikommunistisch-„antihegemonistisches“ Tribunal unter der Regie von „KPD“ und sozialdemokratischen Kommunisten-Fressern wäre für die demokratisch und sozialistische Opposition kein guter Dienst.

Ein Genosse der RGW-Kommission KB/Hamburg

Anmerkungen

1. Siehe AK 133
2. R. Bahro: „Die Alternative“, EVA 1977. Mittlerweile ist die verbilligte Studienausgabe erschienen: EVA 19,80
3. „Spiegel“ vom 19.2.79
4. Rundschreiben des Westberliner Bahro-Komitees vom 30.1.79
5. „Rote Fahne“ 20/79
6. „Tageszeitung“ vom 16.5.79
7. ibenda
8. „Frankfurter Rundschau“ vom 19.5.79

Trotz Bewegungsfreiheit für Robert Havemann — Kritiker unter Druck!

Kurt Hager, Sekretär des ZK der SED, nahm in der „Weltbühne“ vom 18.5. zum „Fall Havemann“ Stellung. Dies ist unseres Wissens die erste Stellungnahme der SED-Führung in dieser Sache seit der Aufhebung des Hausarrestes gegen Robert Havemann.

Die Vorwürfe der DDR-Führung sind dann auch ganz besonderer Natur: Robert Havemann habe seit Anfang der 60er Jahre „im zunehmenden Maße Angriffe gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichtet“, vorwiegend in Zeitschriften der BRD.

Da Havemann wiederholt im „Zusammenwirken mit westlichen Publikationsorganen und Massenmedien die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR“ diskriminiert habe, sei gegen ihn am 26.11.76 ein Urteil ergangen, mit dem „der Aufenthalt Havemanns auf seinem Grundstück in Grünheide beschränkt“ worden sei. Die Bewegungsfreiheit seiner Familie sei „zu keiner Zeit eingeschränkt“ gewesen.

„Im übrigen kann man feststellen, daß Havemann sich gern in Szene setzt und von sich reden macht“. Außerdem, so höhnte Hager, sei man sehr milde mit Havemann umgegangen, denn dieser habe „dank der Nachsicht der Justizorgane“ zu seinem Bekanntenkreis Kontakte unterhalten können.

Seit November 1976 lebte Robert Havemann in seiner Wohnung „unter haushälterischen Bedingungen“. Diese Maßnahmen sind mit der Veröffentlichung einer Erklärung gegen die damalige Ausbürgerung Wolf Biermanns begründet worden, da dadurch „die Ruhe und Ordnung in der DDR gefährdet worden“ seien. Mitte April dieses Jahres wurden die Maßnahmen gegen Robert Havemann drastisch verschärft. Man verhängte gegen ihn sowie gegen seine Frau und sein Kind eine drastische Ausgangssperre. Gleichzeitig wurde vorübergehend ein Besuchsverbot (bis hin zum Hausarzt) ausgesprochen. Robert Havemann schrieb in einer Erklärung: „Es handelt sich um inhumane Willkürakte, die an die Praxis der sogenannten ‚Sippenhaft‘ erinnern, von der wir glauben, daß sie endgültig der Vergangenheit angehört“. Ende April wurde gegen Havemann ein Verfahren „wegen Verstoßes gegen die Zoll- und Devisenbestimmungen der DDR“ eingeleitet („FR“, 23.4.79). In diesem Zusammenhang wurden seine Wohnung durchsucht und mehrere Unterlagen beschlagnahmt, die Postzustellung unterbrochen und die Konten gesperrt.

Bei einer Befragung durch die Staatsanwaltschaft machte Havemann keine Angaben, mit der Begründung, „er sei nicht bereit, sich an einer staatsfeindlichen Handlung“ gegen die DDR zu beteiligen, der er sich durch seine Beteiligung an einem Verfahren schuldig machen würde, das der DDR national und international schweren Schaden zufüge“ („FAZ“, 28.4.79).

Am 9. Mai wurde relativ überraschend das Urteil vom November 76 aufgehoben, so daß Robert Havemann sich wieder ungehindert innerhalb der DDR bewegen kann. Das

Kontaktverbot mit westlichen Journalisten bleibt jedoch weiterhin bestehen. Ebenso bleibt das Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Zoll- und Devisenvergehens aufrechterhalten.

In einem Telefongespräch mit Wolf Biermann schätzte Havemann seine gewonnenen „Freiheit“ sehr vorsichtig ein: „Mit diesem zarten Pflänzchen müssen wir noch vorsichtig umgehen. Ich will jetzt sehen, was mit den anderen geschieht. Vielleicht können auch die davon profitieren, vielleicht wird sich etwas für Rudolf Bahro tun“ („stern“, 17.5.79).

Trotzdem: Neue Angriffe auf DDR-Kritiker

Die überraschende Aufhebung des Havemann-Urteils darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die DDR-Führung weitere Maßnahmen gegen DDR-Kritiker eingeleitet hat. Ein Ausreiseverbot wurde für die Schriftsteller Rolf Schneider, Erich Löst, Klaus Pöcher und Bettina Schlesinger ausgesprochen. Das wohl spektakulärste Ausreiseverbot betraf Stefan Heym: Er wollte anlässlich einer Ausstellung in Mainz einen Vortrag über antifaschistische Flugblattpropaganda während des zweiten Weltkriegs halten. Dies wurde ihm ohne Begründung von der DDR-Regierung verweigert. Zugleich wurde gegen ihn ein ähnliches Verfahren wie gegen Robert Havemann eingeleitet: Verdacht auf Zoll- und Devisenverstoß! „Auf Verstoß gegen das Devisengesetz aber folgt nicht ein einfaches Ordnungsverfahren mit 300 Mark Geldbuße; nein, nun wird der Autor vor Gericht geschleppt und zu einer Geldstrafe bis zu 10.000 Mark und/oder Gefängnis bis zu zwei, in schweren Fällen bis zu zehn Jahren verurteilt“ (Persönliche Erklärung von Stefan Heym, „FAZ“, 26.4.79). Inzwischen wurde Heym zu einer Geldstrafe von 9.000 Mark verurteilt.

Die kritischen Schriftsteller der DDR waren und sind z.T. gezwungen, bei ihren Veröffentlichungen auf Verlage außerhalb des „sozialistischen Lagers“ zurückzugreifen. Dasselbe gilt für kritische Stellungnahmen, die würden sie nicht in den bürgerlichen Medien erscheinen, von der DDR-Regierung zurückgegriffen. Dasselbe gilt für kritische Stellungnahmen, die würden sie nicht in den bürgerlichen Medien erscheinen, von der DDR-Führung totgeschwiegen würden. Dies einzudämmen, war einer der Gründe für die kürzlich verfügten Beschränkungen gegen westliche Journalisten.

Zugleich sind die „Dissidenten“ einer massiven, vor keiner Gemeinschaft zurückweichenden Hetze ausgesetzt. Zum Beispiel wird der jüdische Antifaschist und aktive Kämpfer während des zweiten Weltkriegs, Stefan Heym, seit neuestem als „US-Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft“ und „kaputtierter Typ“ („Neues Deutschland“) titulierte.

Im Fall Robert Havemann hat sich gezeigt, daß die Bemühungen um internationale Solidarität nicht immer ohne Folgen bleiben. In diesem Sinn gilt unsere Solidarität allen fortschrittlichen Kritikern der DDR.

RGW-Kommission
KB/Hamburg

— Leserbrief —

„Wer sich nicht wehrt, leidet verkehrt“ — tatsächlich, unter diesem Motto fand der 6. Bundeskongreß der SDAJ in Hamburg statt, und mit Spannung habe ich einen Artikel der Zeitung „die tat“ vom 11.5. über diesen Kongreß gelesen. Werner Stürmann, Bundesvorsitzender der SDAJ ging gleich in die Vollen: „Unter den Bedingungen der Krise erfolgreich kämpfen, mobilisieren — das war die große Herausforderung... Diese Herausforderung haben wir angenommen und im Kampf für die Grundrechte der Jugend bestanden: Unsere Bilanz ist erfolgreich“.

Um das auch zu beweisen, sagte Stürmann: „Schon wieder die SDAJ war der Seufzer bei BDI und BDA, bei Thyssen und Mannesmann, bei Siemens, den Botsen in Neunkirchen und auf den Werften“.

Ob die obengenannten Herren noch ruhig schlafen können oder ob gar einige, des ewigen Seufzens müde, sich das Leben nahmen, war dem Artikel nicht zu entnehmen. „Die tat“ stellt nach diesen Ausführungen Stürmanns wohl berechtigterweise fest: „Nicht Resignation und Stöhnen kennzeichnete die Stimmung des Kongresses, sondern Optimismus und Entschlossenheit, die eigene Sache in die eigenen Hände zu nehmen“.

Bis jetzt war das alles nichts Neues und ich langweilte mich schon beim Weiterslesen, doch es passierte doch noch etwas:

„Die tat“ berichtete darüber, daß die Diskussion über „die Haltung zur Kernenergie großen Raum“ einnahm. Die Diskussion über die Atomenergie soll sogar „teilweise kontrovers“ geführt worden sein, was ich echt für erwähnenswert halte. Herauskommen ist hierbei (leider wie gehabt): „Daß die friedliche Nutzung der Atomenergie nur dort möglich sei, wo sie dem Profitstreben der Konzerne entzogen und der gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen ist, wurde bei nur wenigen Gegenstimmen als die Position der SDAJ beschlossen“.

Immerhin gab es einige Gegenstimmen bei diesem Beschluß, während die restlichen Beschlüsse mit „großer Einstimmigkeit“ gefaßt wurden.

Wen wundert, wenn Werner Stürmann, „einmütig“ gewählter neuer Vorsitzender der SDAJ, in seinem Schlußwort feststellt: „Er war ein toller Kongreß. Wir werden weiterkommen“.

Ich frag mich nur, wohin, tomt ut Lübeck

BKA-Chef Herold als Berater in Moskau

Na, wer begleitet wohl unseren Innenminister diese Woche nach Moskau? Richtig, BKA-Chef Herold. Nicht etwa um, wie man annehmen könnte, unseren Innenminister vor möglichen Zugriffen der Terroristen zu schützen, die (wie man aus informierten Kreisen unserer Presse erfahren kann) sich besonders gern im Osten tummeln. Nein, die Sowjets brauchen Rat! Sie möchten gern mit BKA-Chef Herold über "positive und negative Erfahrungen mit der Sicherheit von Olympischen Spielen" plaudern. Das jedenfalls schreibt die "Frankfurter Allgemeine" (21.5.79). Vielleicht könnte Herold ja auch ein paar Tipps zum Umgang mit renitenten Bürgern geben? Er soll ja über Erfahrungen mit "Beobachtender Fahndung" verfügen. Oder wie man die Dissidenten ohne die lästige Begleitschutz des Imageverlustes im Ausland drangsaliert kann... Auf jeden Fall heißt es am Ende: Die Gespräche verliefen herzlich und zur vollsten Zufriedenheit im Rahmen der Entspannung...

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wie üblich veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im ARBEITERKAMPF Nr. 150 an. Wir sind grundsätzlich bereit, Geld und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen. Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne Abzug weiterleiten. Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenfalls den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können. Unser Spendenkonto: H.Eckhoff, Kto. Nr. 4501 755 Dresdner Bank, Hamburg. Eingänge auf unser Verlagskonto werden wir entsprechend weiterleiten.

Korrektur zum Bericht über den 1. Mai in Bremerhaven

(AK 153, S. 14 rechts oben)

Der Artikel entspricht größtenteils nicht den Tatsachen. So ist es nicht richtig, daß in diesem Jahr „von Gewerkschaften und Kollegengruppen auffallend viele Forderungen“ mitgetragen wurden. Das war im letzten Jahr ähnlich – eine neue Qualität hat sich u.E. nicht gezeigt.

Zu einem oppositionellen Vorgehen hat es nicht nur „mehrere Aufrufe“ gegeben, es hat auch stattgefunden: Pfiffe und Sprechchöre, das Entrollen des Anti-Vogel-Transparents und der Abmarsch von ca. 150 Leuten während der Vogel-Rede kann man ja wohl so bezeichnen. Richtig ist allein, daß es kein „Formelles Bündnis“ gegeben hat. Ein „Fest“ mit 100 Teilnehmern hat dagegen nicht stattgefunden – das wäre dann ja reichlich mickrig ausgefallen. Gemeint ist wohl ein kleiner Abschuß-Unitrunn von Demonstrationsteilnehmern nach dem Abmarsch vom Kundgebungsplatz.

Die fehlerhafte Berichterstattung ist hauptsächlich auf Mißverständnisse bei der Übermittlung zurückzuführen.

Wir geloben Besserung.
KB-Gruppe Bremerhaven

Spendenliste

Für Vietnam

D.H., Hamburg 76	100,00
L.L., Heidelberg	10,00
H.-D., BO Wandebek	
KB Gruppe Hamburg	100,00
Skatrunde, HBV-Bereich	
KB Gruppe Hamburg	50,00
Sammlung Iranveranstaltung in Bremerhaven am 28.2.79	106,50
N.H., Hamburg	100,00
KB Gruppe Freiburg	50,00
WG Deisterstraße, Göttingen	20,44
M.T., Sigmaringen	50,00
A.F., München	50,00
Sammlung KB Gruppe Freiburg	71,00
Sammlung Vietnam-Demonstration Hamburg	525,50
BO Steilshoop	
KB Gruppe Hamburg	119,40
Rosa Erna und Freunde	
Hamburg-Wilhelmsburg	75,00
BO Bergedorf	
KB Gruppe Hamburg	404,80
K.P.I., Göttingen	75,00
Protopoli Runde, Stöckheim	120,00
Sammlung Vollversammlung	
BO Barmbek, KB Gruppe Hamburg	164,70
U.N., Göttingen	100,00
H.P., Mainz	12,00
Sammlung Frankfurter GLH Treffen	10,00
KB Genossinnen, Frankfurt	112,00
Vietnam Stand Bunte Liste	
Fest Hamburg von WG	
Schanzenstraße	890,00
Fest Metallbereich, KB Gruppe Hamburg	1000,00
AK Schulung	
KB Gruppe Göttingen	150,00
Sammlung SOGZDL, Hmb.-Hamburg	20,00
Wohnungsgemeinschaft in Göttingen	600,00
Bücherthick, KB Gruppe Göttingen	180,86
Kleiderverkauf Schülerinnengruppe Frankfurt	250,00
Chemiebereich	
KB Gruppe Hamburg	590,00
BO Eppendorf	
KB Gruppe Hamburg	75,00
Druck- und HBV-Bereich	
KB Gruppe Hamburg	175,00
BO Eimsbüttel	
KB Gruppe Hamburg	110,00
N.N.	45,00
BO Eimsbüttel	
KB Gruppe Hamburg	288,00
Sammlung BO Bergedorf	
Bunte Liste Fest Hamburg	84,00
KB Gruppe Nürnberg	246,00
J.E., Unkirch	20,00
Frauengruppe Hamburg-Eimsbüttel	128,00
Rosa Erna, Hamburg-Wilhelmsburg	
Info-Tisch und Vietnam-Basar	58,00
BO Eimsbüttel	
KB Gruppe Hamburg	41,00
Spendendose M.u.M., Bremen	55,50
Sammlung HSG, Bremen	67,50
Schmuckverkauf	
KB Gruppe Bremen	40,00
Wohnungsgemeinschaft Bremen	50,00
C., Bremen	50,00
Geburtsstiftung, Bremen	100,00
BO Hamburg, KB Hamburg	28,50
KB Gruppe Bremen	76,00
Summe	7792,70
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für die Vietnam-Solidarität auf	8239,70.

Für ein Schulprojekt in Eritree

G.V., Heisterkamp	50,00
Ch.W., WG Gladys-Diaz-Allee, Göttingen	150,00
Abschiedsfeier G.u.H., Göttingen	75,00
B.E., Osnabrück	50,00
Sammlung in Schweinfurt	
K.M.S., Schweinfurt	31,00
J., J. und P., Wedel	36,00
Ferienüberschul, Grandweg Hmb.	120,00
Dieter, Hamburg-Eimsbüttel	30,00
W.H., Herne	30,00
Wohnheim Hansa-Kolleg, Hmb.	45,00
M.L. und M.L., Lübeck	1000,00
A.S., Lüneburg	65,00
K., Chemiebereich	
KB Gruppe Hamburg	500,00
Axel, Tangstedt	50,00
BO Steilshoop	
KB Gruppe Hamburg	75,00
Summe	2257,00
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für das Schulprojekt in Eritree auf bisher insgesamt	24280,93.
Die bei uns eingehenden Spenden für die EPLP/Eritree werden entsprechend den Vereinbarungen mit den Genossen der EPLP gleichfalls für das Schulprojekt verwendet und sind in obiger Aufstellung enthalten.	

Für Frente Polisario West-Sahara

Chemiegenosse, KB Gruppe Hmb.	50,00
R.H., Bremen	10,00
Summe	60,00
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für Frente Polisario auf	31499,13.

Für MIR, Chile

Chemiegenosse, KB Gruppe Hmb.	50,00
Frauenzelle, KB Gruppe Kiel	112,00
P.M., Hamburg	40,00
Summe	202,00
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für MIR auf insgesamt	28364,37.

Für PFLP, Palästina

R.H., Bremen	70,00
VAB Mannheim	100,00
U.S., Hamburg	110,00
Summe	280,00
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für PFLP auf insgesamt	131160,62.

Für Volksfedayin, Iran

W.N., Herne	30,00
KB Gruppe Hildesheim	74,06
Summe	104,06
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für Volksfedayin auf insgesamt	180,47.

Für Sandinistische Befreiungsbewegung, Nicaragua

Chemiegenosse, KB Gruppe Hmb.	50,00
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für Sandinistische Befreiungsbewegung auf	250,00.

Bestellungen bei

Verlag J. Reents, Lerchenstr. 76, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/43 53 06 oder 43 53 20
Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers;
pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg – BLZ 200 800 00 – Kto. 451 83 78
Postcheckamt Hamburg – BLZ 200 100 20 – Kto. 2405 95-203 oder
Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.

Kampf dem Faschismus

- Antifaschistische Russell-Reihe
- Buch 1: Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrängung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945 - 1977
ISBN 3-88305-001-6
181 Seiten, DM 10,-
- Buch 3: „NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe, Dokumentation von NS-Provokationen der Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande und ihre Deckung seitens staatlicher Organe
ISBN 3-88305-003-1
204 Seiten, DM 13,50
- Buch 4: „Jeder kann der nächste sein“ – Dokumentation der politischen Todeschinesen seit 1971 und ihrer Legitimation
ISBN 3-88305-004-0
316 Seiten, DM 19,-
- Buch 5: Nach Schleyer: „Sonderkommando“ in der BRD, Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo
ISBN 3-88305-005-9
236 Seiten, DM 14,-
- Droht ein neuer Faschismus?
279 Seiten, DM 7,-
- Deutschland und seine Juden
23 Seiten, DM 2,50,-
- Hamburg: Stadt mit Herz für Faschisten, 10 Jahre „NSDAP“-Untriebe in Hamburg
64 Seiten, April 1978, DM 3,50
- Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden? Dokumentation einer Podiumsdiskussion
56 Seiten, Juli 1977, DM 4,-
- „Die Wunder von Stannheim und Stadelheim“ vor Gericht
Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord!
68 Seiten, DM 4,-

Kampf den Atomkraftwerken

- War WAA alt, wird Widerstand ernten
38 Seiten, DM 2,-
- Albrecht wir kommen
24 Seiten, DM 1,50,-
Weiterhin Prospekt
- „Kalkar am 24.9.“
64 Seiten, A 4, Sept. 77, DM 3,50
- Brokdorf – Ein Exempel
Zur Strategie und Taktik des Polizeinsatzes
87 Seiten, A 4, Febr. 77, DM 3,50
- Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?
46 Seiten, 2. Aufl., A 4, Nov. 76, DM 2,-
- Zum Erfolg verdammt – La Hague
78 Seiten, A 4, 1977, DM 4,20
* Hrap.: Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung e.V.

- WiederaufbereitungsgeTÜVtel I
– Was der TÜV verschweigt ...
Brochüre verschiedener Umweltschutzverbände, 37 Seiten, DM 3,-

Frauen

- Weg mit dem § 218! Abtreibung ja oder nein – das muß Sache der Frauen sein!
40 Seiten, A 5, Jan. 76, DM 1,50

Sozialismus

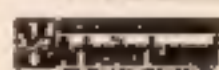
- Eins teilt sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Paperback, A 5, 3. Auflage, November 1975, DM 7,-
- Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten
134 Seiten, A 4, Febr. 74, DM 8,-
- Zur Außenpolitik der VR China
58 Seiten, A 4, 3. Aufl., Aug. 76, DM 3,-

Westdeutsche Linke

- KB Unser Weg: 1. Kongreß für 1979 beschlossen
Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1979 Teil 1
39 Seiten, DM 3,-
- KB Unser Weg: Rechenschaftsbericht des Leitenden Gramiums und andere Dokumente für den 1. KB Kongreß,
Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1979 Teil 2
32 Seiten, DM 3,-
- Schulungshäfte des KB, Unser Weg Nr. 1
Revisionismuskritik
40 Seiten, A4, DM 4,-
- Schulungshäfte des KB, Unser Weg Nr. 2
Zur Kritik des „Realen Sozialismus“
93 Seiten, A4, DM 5,50,-
- Schulungshäfte des KB, Unser Weg Nr. 3
Zur Kritik des „Eurokommunismus“
35 Seiten, A4, DM 3,-

Aus Betrieb und Gewerkschaft

- Rotbuch zu den Gewerkschaftsauschlüssen
ISBN 3-8805-011-3
645 Seiten, DM 22,-
- Die politische Macht kommt aus den Gewerkschaften
244 Seiten, A 5, Paperback, 2. Auflage, Juni 76, DM 7,-
- GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie
108 Seiten, Febr. 77, A 5, DM 3,50
- betriebsräte-Veranstaltung 1976 in Hamburg, Reden der Teilnehmer
38 Seiten, Jan. 76, A 5, DM 2,50
- Ernst Thälmann
Über Gewerkschaften
120 Seiten, Paperback, DM 3,50



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den.....

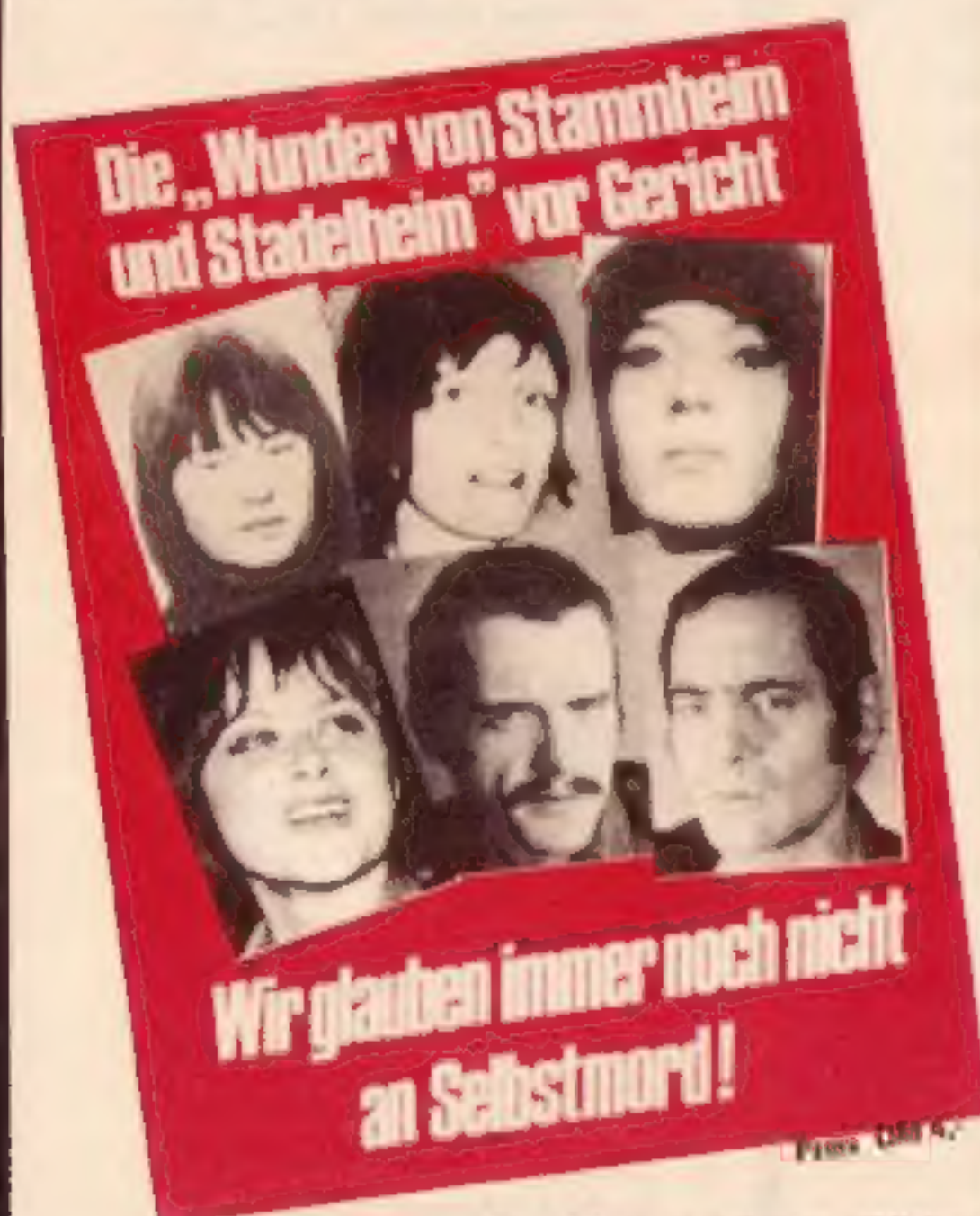
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen



Diese Broschüre ist gedacht zur weiteren Auseinandersetzung um Fragen des antifaschistischen Widerstandes unter Demokraten und Antifaschisten aus verschiedenen politischen Lagern. Reichhaltig bebildert. 24 Seiten A 4 DM 2,50

Diese Broschüre ist gedacht zur weiteren Auseinandersetzung um Fragen des antifaschistischen Widerstandes unter Demokraten und Antifaschisten aus verschiedenen politischen Lagern. Reichhaltig bebildert. 24 Seiten A 4 DM 2,50



Broschüre im A 4-Format, 68 Seiten
Dokumentationsmaterial zum KB-Prozess: mit der Anklageschrift
+ Hintergrundmaterial (AK-Artikel)
+ Berichterstattung über die Prozeßtermine (Prozeßinfo)
Für Interessierte haben wir zusätzlich eine Arbeitsbroschüre mit dem aktuellsten Stand zusammengestellt. Solidaritätspreis DM 5,-



Die Unterzeichnenden drücken ihre ernste Sorge um das Leben und die Gesundheit zahlreicher politischer Gefangener in China aus. Beispielhaft nennen wir Nieh Yuan-tsu, die Verfasserin der

Die Bestrafung politischer Gegner in China ist außerordentlich hart und kann dem Vergleich mit jedem anderen Land des „realen Sozialismus“ standhalten. So wurde erst kürzlich in Shanghai ein jugendlicher zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er im Dezember an Demonstrationen und Verkehrsblockaden teilgenommen hatte (Bericht dazu in diesem AK).

Die Unterzeichnenden drücken ihre ernste Sorge um das Leben und die Gesundheit zahlreicher politischer Gefangener in China aus. Beispielhaft nennen wir Nieh Yuan-tsu, die Verfasserin der „ersten Wandzeitung“ der Kulturrevolution 1966, sowie Kuai Ta-fu und Tan Hu-lan, zwei damals bekannte Leiter der „Roten Garde“ in Peking.

Wir mißbilligen die Praxis, heute – 12 Jahre nach den damaligen Ereignissen – mit den „Rebellen“ der Kulturrevolution vor Gericht abzurechnen. Wir mißbilligen ebenso die Praxis, Agitation zu Streiks oder sit-ins, Besetzung von Behörden-Räumen als Zeichen politischen Protests, oder gar die „Verunglimpfung“ chinesischer Partei- und Staatsführer wie Hua Guofeng, Deng Hsiao-ping oder Tschu En-lais als kriminelle Delikte zu behandeln und abzuurteilen.

Wir mißbilligen besonders scharf die Praxis, solche Gerichtsverfahren ohne präzise öffentliche Anklageschrift und ohne Bekanntgabe der Urteile und ihrer Begründung durchzuführen.

Wir fordern daher die Freilassung aller inhaftierten Aktivisten der Kulturrevolution und aller anderen politischen Gefangenen der Arbeiterbewegung, die aufgrund ihrer Überzeugung inhaftiert worden sind.

Als Sofortmaßnahme fordern wir von der Regierung der VR China:

- Informationen über die Zahl der politischen Gefangenen
- Informationen über erfolgte Urteile und über die Haftbedingungen
- Zulassung von Vertretern internationaler Organisationen wie amnesty international zu den Gefangenen
- Zulassung internationaler Beobachter zu den politischen Prozessen

Bisher wird dieser Appell an die chinesische Regierung unterstützt von:

- Kommunistischer Bund
- Gruppe Internationale Marxisten (GIM)
- Vereinigtes Sekretariat der IV. Internationale
- OCT (Frankreich)
- MIR (Chile), Vertretung in der BRD
- Westdeutsches Internationalsolidaritätskomitee (WISK)
- Komitee gegen die chinesische Aggression (Niederlande)

Zum Hintergrund dieses Appells

Nach dem Rechtsputsch vom Oktober 1976 ist eine neue Welle von Tausenden oder Zehntausenden chinesischer Oppositioneller in die Knä-

ste und Arbeitslager geschickt worden. In erster Linie handelt es sich um Menschen, denen von den neuen Machthabern eine „ultralinke“ Einstellung vorgeworfen wird.

Über das Schicksal dieser politischen Gefangenen ist im Ausland und selbst in China nur wenig bekannt. Nur in Ausnahmefällen informieren die öffentlichen Medien Chinas über Verhaftungen; Urteile werden fast nie genannt. Aus den wenigen erreichbaren Informationen haben wir im AK seit Dezember 1978 eine laufende Liste von Verhaftungen und Verurteilungen veröffentlicht, die über 60 Personen namentlich erfaßt. Darunter auch vier öffentlich bekanntgegebene Todesurteile im Januar in Peking gegen ehemalige Rotgardisten.

Die Bestrafung politischer Gegner in China ist außerordentlich hart und kann dem Vergleich mit jedem anderen Land des „realen Sozialismus“ standhalten. So wurde erst kürzlich in Shanghai ein jugendlicher zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er im Dezember an Demonstrationen und Verkehrsblockaden teilgenommen hatte (Bericht dazu in diesem AK).

Der oben abgedruckte Appell stellt als Minimalforderung die Aufklärung über die Zahl der politischen Gefangenen und die Herstellung einer internationalen demokratischen Öffentlichkeit für politische Prozesse. Was diesen Punkt angeht, sind die Verhältnisse in China bisher noch finsterner als beispielsweise in der Sowjetunion. Da die chinesische Führung sich vorgenommen hat, sich international ein relativ offenes und liberales Image zuzulegen, sollte es möglich sein, internationalen Druck zu organisieren, um die Minimalforderungen des Appells durchzusetzen.

Wichtig ist, daß dieser Appell verbreitet wird und daß möglichst viele weitere Unterzeichner (Personen und Organisationen) gewonnen werden. In der vorbereitenden Diskussion um diesen Appell wiesen die Genossen der GIM darauf hin, daß bereits in den frühen 50er Jahren insgesamt etwa 200 chinesische Trotzkisten verhaftet worden seien, über deren weiteres Schicksal seither kaum noch etwas bekannt geworden sei. Der Appell für „111 politische Gefangenen der Arbeiterbewegung, die aufgrund ihrer Überzeugung inhaftiert worden sind“, bezieht auch diese chinesischen Trotzkisten mit ein.

In der Solidarität mit den Dissidenten des „realen Sozialismus“ ist bisher China kaum im Blick. Unseres Wissens hat sich (außer ansatzweise „amnesty international“) vor diesem Appell noch niemand aus dem demokratischen Spektrum der BRD in dieser Frage engagiert. Die Unterdrückung in China ist aber ebenso „real“ wie die in der DDR oder Sowjetunion, auch wenn China ein ganzes Stück weiter weg liegt. Solidarität ist tatsächlich untrennbar!

LG des Kommunistischen Bundes

China: Demonstrant soll 5 Jahre in den Knast!

In den chinesischen Großstädten haben in den Monaten Dezember bis Februar Demonstrationen und andere Kampfaktionen stattgefunden. Beteiligt waren vor allem Jugendliche, die in den früheren Jahren zwangsweise zur Arbeit auf dem Land angesiedelt worden waren und die jetzt Arbeit und Wohnung in ihren Heimatstädten forderten.

Ein erstes Urteil gegen einen Demonstranten wurde nun bekannt: In Shanghai wurde Chen Yung-sheng am 27. April zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt!

Chen hatte im November 1978 die Kommune, in der er arbeitete, verlassen und war „illegal“ nach

Shanghai zurückgekehrt. Dort beteiligte er sich laut Anklageschrift vom 11. bis zum 13. Dezember an Demonstrationen. Er habe, wie es pauschal heißt, „Gerüchte verbreitet und Unruhe gestiftet“. Konkret wird ihm vorgeworfen, am Anhalten von Fahrzeugen vor dem Shanghaier Rathaus, d.h. an einer Verkehrsblockade, beteiligt gewesen zu sein. Chen sei auch auf Fahrzeuge geklettert, „um Unruhe zu schüren“. (Radio Shanghai, 28.4., nach SWB, 4.5.)

Das Urteil gegen Chen gibt nur einen sehr beschränkten Einblick in die jetzt offenbar angelaufene gerichtliche Abrechnung mit den Aktionen

vom Winter. Die meisten Urteile werden hierzulande erfahrungsgemäß nicht bekannt werden. Viele der Urteile werden wahrscheinlich noch schärfer ausfallen als das gegen Chen, dessen „Delikte“ vergleichsweise geringfügig sind.

Die „KPD“, die ja bei jeder Verurteilung in der DDR, Polen und der Sowjetunion zur Stelle ist, hat jetzt eine ausgezeichnete Gelegenheit, zu beweisen, ob sie es mit ihrer Parole gegen die „Unterdrückung in Ost und West“ wirklich ernst meint. Wahrscheinlich wird sie aber in diesem Fall nur schweigen.

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich – DM 27,50 ☐

jährlich – DM 55,- ☐

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postcheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift

AK
Abo
Karte

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

ausschneiden
und in einen
Umschlag stecken!